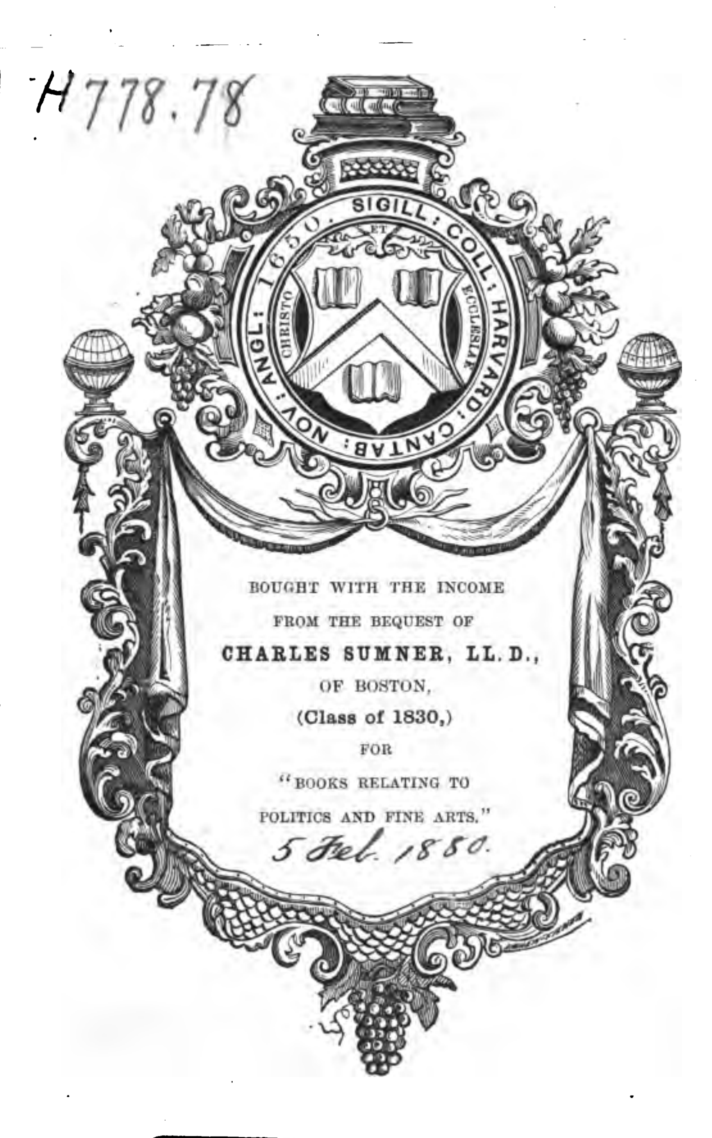

H
778
78


SIGILL: COLL: HARVARD: CANTAB: NOV: ANGL: 1650.
CHRISTO ET ECCLESIAE
BOUGHT WITH THE INCOME
FROM THE BEQUEST OF
CHARLES SUMNER, LL. D.,
OF BOSTON,
(Class of 1830,)
FOR
"BOOKS RELATING TO
POLITICS AND FINE ARTS."
5 Feb. 1880.

Geschichte

der

Jahre 1871 bis 1877

von

Constantin Bulle.

Zweiter Band.

Das übrige Europa.

Mit einem Register für Bd. I und II.



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1878.

Inhaltsverzeichniß.

III. Oestreich-Ungarn.

1. Der Sieg der Verfassungspartei in Cisleithanien.

Während das deutsche Volk, so weit es berufen war, in dem Rahmen des neu zu gründenden Reiches die langersehnte staatliche Einigung zu finden, jenseits des Rheines im blutigen Kampfe für seine Existenz lag, fochten die Deutschen in Oestreich eine minder großartige, aber gleichwohl für sie nicht minder ernste und heiße Fehde aus, von deren Ausgang das Schicksal des deutschen Elementes in dem östreichisch-ungarischen Doppelstaate abhing. Vergebens war in den letzten Jahren Alles versucht worden, die widerstrebenden slawischen Stämme der Monarchie zur Anerkennung des mit Ungarn vereinbarten Dualismus zu bewegen. Statt die Tschechen und Polen von ihrem Widerstande abzubringen, war vielmehr über das Maß des Entgegenkommens, das man ihnen erweisen dürfe, im eigenen Schoße der Verfassungspartei Zwiespalt entstanden; das sogenannte Doctorenministerium war darüber Anfang 1870 zerbröckelt und an die Spitze der Geschäfte ein Pole, Graf Potozki, berufen, der durch die Auflösung des Reichsrathes und der sämmtlichen Landtage Ende Mai eine letzte Probe darauf gewagt hatte, ob es nicht möglich sei, eine Mehrheit für einen Ausgleich zwischen Deutschen und Slawen zu gewinnen. Allein wie früher, so scheiterte auch jetzt dieser Versuch an der Unbeugsamkeit der Tschechen: der böhmische Landtag verweigerte von Neuem die Wahl von Reichsrathsabgeordneten, und aus den directen Wahlen, die Potozki darauf ausschreiben ließ, gingen neben 24 verfassungstreuen Deutschen 36 Tschechen als Sieger hervor, die ihr Mandat nur benutzten, um die bekannte Declaration von 1868 zu erneuern, und es dann niederlegten. Das Ministerium fand sich daher in beiden Häusern des Reichstages der alten Majorität gegenüber, die in Adressen an den Kaiser die dringende Bitte aussprach, nicht länger auf Ausgleiche zwischen Gegensätzen, die doch unvereinbar seien, zu sinnen. Ein Entschluß mußte gefaßt werden: entweder die Krone stand entschlossen zu der rechtsgültigen Verfassung und dem durch sie begründeten Dualismus, oder

sie gab die Deutschen preis und schickte sich an, Oestreich mit Hülfe der Polen und Tschechen in einen lockeren Bundesstaat aufzulösen. Die Fruchtlosigkeit der bisherigen Vermittelungspolitik lag klar vor Augen; an ihr noch länger festzuhalten, bedeutete nichts Anderes, als den Zersetzungsproceß ohne jedes selbstthätige Eingreifen wie ein Naturereigniß über sich ergehen zu lassen.

Dennoch wurde es dem Kaiser unendlich schwer, zu einem Entschlusse zu kommen. Potozkis Entlassungsgesuch und die Vertagung des Reichstags datirte vom 23. November 1870: aber erst am 4. Februar 1871 fiel die kaiserliche Entscheidung. Sie lautete zu Gunsten der slawischen Forderungen: die Verfassung schien preisgegeben zu sein. An der Spitze des neuen Ministeriums stand zwar ein Deutscher, Graf Hohenwart; aber keiner seiner Collegen gehörte dem Reichsrath an. Es befanden sich darunter zwei Tschechen, Habietinek und Jireczek, deren Namen bisher kaum dem Politiker von Fach bekannt geworden waren. Zu ihnen gesellte sich ein Professor der Volkswirthschaft von der Wiener Universität, Schäffle, dessen socialistische Neigungen damals noch weniger an den Tag getreten waren, während sein Preußenhaß sogar in seiner Heimat Würtemberg Aufsehen erregt hatte. Der frühere Finanzminister von Holzgethan blieb im Amte; das Heerwesen übernahm der Generalmajor von Scholl; durch den Polen Grocholski wurde das Cabinet etwas später vervollständigt. Das Programm des neuen Ministeriums ging nicht dahin, die Verfassung mit einem Schlage zu zertrümmern; es wollte vielmehr die Deutschen erst niederdrücken, den Ultramontanismus kräftigen und die Slawen ans Ruder bringen; dann sollten dem Reichstage Gesetze vorgelegt werden, durch welche die Verfassung umgestaltet, insbesondere die Macht des Reichsraths zu Gunsten der Landtage beschränkt würde. Seltsam genug lautete es, wenn die Minister für diese „echt östreichische Politik“, wie Hohenwart sie nannte, ganz unbefangen auch die Unterstützung der Deutschen in Anspruch nahmen, derselben Deutschen, die besonders Jireczek schon jetzt mit allen Mitteln um ihren Einfluß an den Universitäten und im Volksschulwesen zu bringen suchte, und denen man ihre freudige Theilnahme an den Siegen der Stammesgenossen über Frankreich als eine Illoyalität vorzuwerfen wagte.

Natürlich waren die Verfassungstreuen im Reichsrathe vom ersten Augenblicke an zum Widerstande entschlossen. Die erste große Vorlage der Regirung bezweckte, den Landtagen das Recht zu ertheilen, auch in solchen Dingen, die zur Befugniß des Reichsrathes gehörten, für ihre Provinz Gesetze zu beschließen, die dann dem Reichsrathe en bloc zur Annahme oder Ablehnung vorgelegt werden sollten. Sie fiel am 4. Mai 1871, von dem Berichterstatter Herbst unerbittlich zerfetzt, durch 88 gegen 58 Stimmen. Unerschrocken legte Hohenwart darauf ein zweites

Gesetz vor, einen Ausgleich mit Galizien, der diesem Lande eine ausgedehnte Selbständigkeit verlieh, zugleich aber seinen Vertretern im Reichsrathe das Recht beließ, in den Angelegenheiten der anderen Provinzen mitzustimmen. Und dabei gab der Ministerpräsident noch ganz offen zu verstehen, daß er ein eben solches Abkommen auch mit den Tschechen zu schließen bereit sei, so daß also die slawischen Stämme nicht allein ihre eigenen Angelegenheiten unabhängig in den Landtagen würden geordnet, sondern überdies noch durch ihre Mehrheit im Reichsrathe den deutschen Provinzen ihr Gesetz würden auferlegt haben, sofern die letzteren unter solchen Umständen nicht lieber vollständig auf die Existenz eines Reichsrathes verzichteten. Bei der Kundgebung dieser Pläne beschloß das Haus, sich klagend in einer Adresse an den Kaiser zu wenden. Von Herbst entworfen, wurde sie am 26. Mai 1871 mit 93 gegen 66 Stimmen angenommen. Aber als der Monarch beim Empfange derselben am 30. Mai sein volles Vertrauen zu dem Ministerium aussprach, und nun der Reichstagsmehrheit kein anderes Mittel als die Verweigerung des Budgets übrig blieb, da versagte einigen unter den Abgeordneten doch der Muth: sie enthielten sich der Abstimmung oder legten ihre Mandate nieder, und mit 77 gegen 66 Stimmen wurde Herbsts Antrag, nicht in die Budgetberathung einzutreten, abgelehnt.

Damit hatte das Ministerium einen großen Vortheil errungen und es säumte nicht ihn auszunutzen. Kaum war das Budget bewilligt, so wurde der Reichsrath am 10. Juli 1871 vertagt, und es begannen nun die vertraulichen Berathungen mit den Tschechen über das Maß der Zugeständnisse, die sie forderten. Wie nicht anders zu erwarten, gingen die Verhandlungen ziemlich glatt von Statten. Schon am 5. August war Alles so weit geordnet, daß der Kaiser persönlich die Führer der tschechischen Opposition, Clam Martinitz und Rieger, in langer Audienz empfangen konnte. Der Weg, den man einschlagen wollte, bestand darin, daß zunächst die sieben verfassungstreuen Landtage aufgelöst wurden, während die föderalistisch gesinnten bis auf den tiroler, den man aus andern Gründen zu erneuern wünschte, in Thätigkeit blieben. Durch starke Beeinflussung der Wahlen hoffte man dann wenigstens in einigen der deutschen oder der gemischten Länder regierungsfreundliche Mehrheiten zu Stande zu bringen, eine Erwartung, die wirklich in Oberöstreich und Mähren glänzend in Erfüllung ging. Aber freilich hatte man sich zu diesem Zwecke so unerhörter Gesetzwidrigkeiten und Kunstgriffe bedient, daß die besiegten Deutschen mit gutem Rechte die Legalität der neuen Landtage bestritten und ihre Theilnahme an denselben verweigerten. Dadurch erreichten sie wenigstens so viel, daß die neuen Wahlgesetzentwürfe, durch die Hohenwart die liberalen Parteien ein für alle Mal um eine Anzahl von Sitzen zu bringen hoffte, in vielen

Landtagen schlechterdings nicht angenommen werden konnten, da die verfassungsmäßig erforderliche Anwesenheit von drei Vierteln der Mitglieder, Dank dem Fernbleiben der deutschen Minderheit, nie zu erzielen war. Aber was sich nicht mehr verhindern ließ, war der Sieg der Verfassungsfeinde bei der Wahl der Reichsrathsdelegirten in Mähren und Oberöstreich, so daß der nunmehr in Aussicht stehende Reichsrath unter 203 Mitgliedern nur 66 verfassungstreue zählte, und die Regirung über eine Zweidrittelmehrheit, die zu Verfassungsänderungen erforderlich war, verfügte. Allerdings war dabei vorausgesetzt, daß die Tschechen sich für dies eine Mal zum Eintritt in den Reichsrath bequemten; und dazu waren sie in der That willig, wenn der Kaiser ihrem Landtage vorher die Gewährung der Declarationsforderungen zusagte. Den ersten Schritt dazu that Franz Joseph in dem Schreiben, mit welchem der böhmische Landtag am 14. September eröffnet wurde; er erkannte darin die Rechte des Königreichs Böhmen an und versprach sie in einem Krönungseide zu bekräftigen. Der Landtag machte sich darauf unter Protest der deutschen Minderheit, die sich jeder Theilnahme enthielt, sofort an den Entwurf einer Verfassung. Ein Ausschuß, an dessen Spitze Clam Martinitz und Fürst Taxis standen, entwarf im Einverständniß mit Hohenwart die sogenannten 18 Fundamental-Artikel, die dem Königreich Böhmen etwa dieselbe Stellung wie Ungarn gaben; nur wenige Angelegenheiten sollten mit den übrigen cisleithanischen Ländern gemeinsam bleiben und durch einen Delegirtencongreß der einzelnen Landtage geordnet werden; zur Genehmigung von Staatsverträgen und Verfassungsänderungen, zur Schlichtung von Competenzstreitigkeiten zwischen den Einzellandtagen und dem Delegirtencongreß, und mit anderen ähnlichen Befugnissen wurde ein Senat in Aussicht genommen. Die Bitte um die Genehmigung dieser Fundamental-Artikel ward in einer Adresse vom 10. October, welcher sich auch der mährische Landtag in allen Stücken anschloß, dem Monarchen vorgetragen.

Bis dahin hatte sich sowohl das ungarische wie das Reichsministerium diesen Vorgängen gegenüber sehr gleichgültig verhalten; jetzt scheuchte die mächtige Aufregung, die in den deutschen Erblanden ausbrach, Beust aus seiner Unthätigkeit auf, während der ungarische Ministerpräsident Andrassy über das Echo stutzig wurde, das die tschechischen Forderungen bei den Kroaten fanden. Die Kundgebungen nicht der deutschgesinnten Landtagsabgeordneten allein, sondern nicht minder das Verhalten der Gemeindebehörden, die Beschlüsse öffentlicher Versammlungen, die rückhaltslose Sprache der Zeitungen, Alles zeigte, daß den Deutschen die Geduld ausgehe, und daß sie den Verfassungsbruch, der durch das Schreiben Franz Josephs an den böhmischen Landtag angebahnt war, nicht ungestört sich vollenden lassen würden.

Schon forderten die Tschechen, daß der Reichsrath nach Kremsier berufen werde, weil er in Wien nicht sicher sei; schon dachte das Ministerium an die Verhängung des Belagerungszustandes und traf polizeiliche Vorkehrungen zum Schutze seiner Mitglieder, denen allerdings mit ausgesuchter Rücksichtslosigkeit überall begegnet wurde; am schlimmsten dem vielverspotteten Jireczek, den beispielsweise die wiener Studenten bei einer akademischen Feierlichkeit durch ihre endlosen Pereatrufe aus der Aula vertrieben, während der gleichfalls anwesende Beust die ihm gespendeten Beifallssalven wohlgefällig anhörte und dem Acte bis zu Ende anwohnte. So lebhaft aber die Erregung der Deutschen auch war, so hätte sie doch vielleicht die Kraft nicht besessen, den Kaiser schon jetzt zur Umkehr auf der beschrittenen Bahn zu veranlassen, wenn nicht die Vorgänge in Kroatien hinzugekommen wären. Hier erhob einerseits die südslawische Partei in dem sogenannten Septembermanifest die Forderung, daß der magyarische Ausgleich aufgehoben und Kroatien mit Ungarn und mit der cisleithanischen Reichshälfte lediglich durch Personalunion verbunden sein solle; andererseits brach am 8. October in der Militärgrenze, von Starzewitsch und anderen kroatischen Agitatoren geleitet, eine förmliche Empörung aus, die zwar durch das kräftige Einschreiten des Landescommandanten von Mollinary schon am dritten Tage unterdrückt wurde, ohne dasselbe aber, wie alle Anzeichen lehrten, leicht eine große Ausdehnung hätte gewinnen können. Gerade in diesen Tagen nun setzte Beust in einer ausführlichen Denkschrift, die er dem Kaiser nach Ischl sandte, die Unzulässigkeit der Fundamental-Artikel und ihre Unvereinbarkeit mit dem ungarischen Ausgleich auseinander. Durch Alles, was vorgefallen war, bedenklich gemacht, schob Franz Joseph nun wenigstens seine Antwort auf die böhmische Adresse hinaus und berief Andrassy am 16. October zu einer Berathung nach Wien. Die Auffassung des ungarischen Ministerpräsidenten stimmte mit der Beusts durchaus überein, und in einem Ministerrathe, an dem Beust, Kuhn, Lonyay, Andrassy und die Mitglieder des Cabinets Hohenwart Theil nahmen, fand der Letztere nicht die mindeste Unterstützung, ja es fielen sogar von seinen eigenen Collegen einige, wie Holzgethan und Scholl, von ihm ab, und es wurde der Entwurf einer Antwort an den böhmischen Landtag vereinbart, in dem von einer Vorlage der Fundamental-Artikel an den Reichsrath keine Rede mehr war.

Für den Kaiser mußte diese Entschließung allerdings sehr peinlich sein, da die Tschechen zu ganz anderen Erwartungen berechtigt waren. Auf seinen besonderen Wunsch kamen Rieger und Clam Martinitz am 24. October nach Wien, um noch einmal eine Verständigung zu versuchen. Natürlich wurde sie nicht erreicht, und am 30. October trat das Ministerium Hohenwart mit Ausnahme Grocholskis und Holzgethans zurück; der Letztere führte die Geschäfte fort, bis am 20. November

Fürst Adolf Auersperg ein verfassungstreues Ministerium zu Stande brachte, in dem die früheren Minister Lasser, Stremayr, Banhans und auch Holzgethan selbst, außerdem die Professoren Glaser und Unger und der Oberst Horst, Platz fanden. Aber Hohenwart und seine Collegen waren nicht die einzigen Opfer des verunglückten böhmischen Ausgleichs: nicht mit Unrecht machte der Kaiser dem Grafen Beust Vorwürfe, daß er durch sein Verhalten im Frühjahr 1870 das Verfassungsministerium in seiner Stellung wesentlich erschüttert, die Verhandlungen mit den Tschechen selbst in Gang gebracht und dann mit seinem Einspruch so lange gewartet habe, bis der Monarch persönlich schon stark compromittirt war. Der Reichskanzler verstand den Wink und bat am 6. November um seine Entlassung, die ihm sofort unter Ernennung zum Botschafter in London ertheilt wurde. An seinen Platz trat der ungarische Ministerpräsident Andrassy, dessen Stelle in Pest wiederum Lonyay, der bisherige Reichsfinanzminister, einnahm. Holzgethan rückte darauf aus dem cisleithanischen in das gemeinsame Cabinet vor, und sein Ersatzmann in dem ersteren wurde Depretis, der früher schon Potozkis Ministerium angehört hatte.

Es war doch keine mühelose Arbeit, die Verwirrung, welche das Ausgleichsministerium angerichtet hatte, wieder zu heilen. Mit dem böhmischen Landtage ließ sich selbstverständlich gar nichts anfangen. Er nahm die Zurückweisung der Fundamental-Artikel, die ihm noch unter Holzgethans Präsidium mitgetheilt wurde, mit höhnischem Trotz zur Kenntniß, verweigerte die Wahl der Reichsrathsdelegirten und wurde darauf sofort geschlossen. Zum Statthalter des Königreiches ernannte der Kaiser wiederum den Baron Koller, der, wie bereits unter dem Bürgerministerium, Civil- und Militärgewalt in seiner Hand vereinigte. Die directen Volkswahlen zum Reichsrathe, die sodann angeordnet wurden, ergaben doch nur die alte Minorität von 24 Abgeordneten, die ihr Mandat auszuüben bereit waren; die Mehrheit lehnte den Eintritt in das Parlament ab. Dagegen wurde in Oberöstreich und Mähren durch Neuwahlen eine deutschliberale Majorität wieder gewonnen; eben so siegte in der Bukowina die verfassungstreue Partei, während Vorarlberg und Krain, deren Landtage wegen der gesetzwidrigen Wahlbeeinflussung gleichfalls erneuert werden sollten, ihre bisherigen klerikalen, resp. slowenischen Vertreter wieder wählten. Uebrigens verzichteten doch selbst diese darauf, dem tschechischen Beispiele zu folgen und die Delegationen in den Reichsrath zu verweigern; und auf alle Fälle war durch die 24 Deutsch-Böhmen, die 18 Mähren, die 8 Oberöstreicher und die 5 Bukowiner, zu denen sich wenigstens ein verfassungstreuer Edelmann aus Krain gesellte, die Beschlußfähigkeit des Reichsrathes sicher gestellt, selbst wenn die Polen und Slowenen mit ihrem föderalistischen und klerikalen Anhang aus den anderen

Landestheilen den Versuch vom März 1870 wiederholen und in Masse hätten austreten wollen. In der That dachten sie aber nicht daran, und die Tschechen blieben die einzigen, die in Wien nicht blos, als der Kaiser am 28. December 1871 den neuen Reichsrath eröffnete, fehlten — denn diese kleine Demonstration gestatteten sich auch die meisten Slowenen und viele Clericale —, sondern auch im Verlaufe der Session von ihren Sitzen fern blieben.

Wenn die Thronrede über die Thaten des Ministeriums Hohenwart mit einer schonenden Anspielung hinwegging, so war das begreiflich. Die beiden Häuser des Reichsrathes fühlten sich zu einer gleich milden Beurtheilung nicht veranlaßt und glaubten, wenn sie auf die vielfach geforderte Anklage wegen Verfassungsbruchs verzichteten, wenigstens aus ihrem Verdammungsurtheil kein Hehl machen zu dürfen. Die Antwortsadressen, hier von dem Grafen Anton Auersperg (Anastasius Grün), dort von Herbst verfaßt, geißelten deshalb mit herben Worten die Verwirrung in den Rechtsbegriffen und die furchtbare Erschütterung des alten Staatsverbandes, die man habe erleben müssen; sie trafen dann aber wieder mit der Thronrede darin zusammen, daß sie aus den herben Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit die Unerläßlichkeit eines Gesetzes folgerten, das die directen Wahlen zum Reichstag zur Regel mache. Auch diese Uebereinstimmung hatte freilich wieder ihre Grenzen: die verfassungstreue Mehrheit betrachtete das neue Wahlgesetz als eine Schutzwaffe vornehmlich gegen die Polen; sie war deshalb entschlossen, nicht ehe es zu Stande gekommen sei, für Galizien diejenige Ausnahmestellung zuzulassen, welche die Regirung den Polen in jedem Falle einräumen wollte. Da nun über den Umfang derselben eine Verständigung noch nirgends erreicht war, weder zwischen der Regirung und dem galizischen Landtage, noch zwischen der Verfassungspartei und der Regirung, so lag es nahe, daß man auf der einen Seite das Verlangen nach dem Wahlgesetz als Hebel für den galizischen Ausgleich, auf der anderen Seite das Verlangen nach diesem Ausgleich als Drücker für das Wahlgesetz zu benutzen wünschte. Die Regirung setzte nun wohl insoweit ihren Willen durch, daß ein Ausschuß des Reichstags mit der Frage des Ausgleichs beauftragt wurde, ehe noch die Wahlgesetzvorlage eingebracht war; allein dieser Ausschuß verwies die Sache an einen Unterausschuß, der ihm nicht eher Bericht erstattete, als bis der Minister Lasser am 9. Februar 1872 wenigstens ein Nothwahlgesetz vorgelegt hatte, das die directen Wahlen auch dann gestattete, wenn nicht der Landtag die Wahl, sondern der Gewählte die Ausübung des Mandates unterlasse. Nun wurde dieses Nothgesetz erst mit großer Schnelligkeit durchberathen und am 20. Februar mit 104 gegen 49 Stimmen, also mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit, im Herrenhause vierzehn Tage später sogar mit 76 gegen nur 10 Stimmen,

angenommen; allein das Gelingen des galizischen Gesetzes war dadurch eher gefährdet, als gesichert. Die Polen waren nämlich in dem Ausschusse zu dem Versprechen bewogen worden, sich wenigstens der Abstimmung zu enthalten, da sie nun einmal nicht für die directen Wahlen zu gewinnen waren. Statt aber dieser Zusage treu zu bleiben, stimmten sie Mann für Mann mit den Slowenen und Clericalen gegen die Vorlage, so daß deren Annahme schließlich doch an einem Haare hing. Das erbitterte die Verfassungstreuen in hohem Grade, und nur die feste Erklärung Lassers, daß die Regierung ihr Programm nicht fallen lassen könne, bewirkte endlich, daß der Ausschuß den in seinem Schoße gestellten Antrag, über den Entwurf des Unterausschusses zur Tagesordnung überzugehen, ablehnte, und zuletzt auch die lange zäh festgehaltene Clausel aufgab, nach der wenigstens das Inkrafttreten des Ausgleiches, wenn auch nicht seine gesetzgeberische Durchberathung, von dem Inkrafttreten des definitiven Wahlgesetzes abhängig bleiben sollte.

Aber selbst mittels dieser Zugeständnisse war der Ausgleich nicht gesichert: Ministerium wie Verfassungspartei forderten zum mindesten, daß die Polen sich damit für befriedigt erklären sollten, und knüpften daher die Wirksamkeit des Ausgleichs an die Bedingung, daß der galizische Landtag ihm seinerseits bindende Kraft zuerkenne. Nach der Haltung der Polen im Ausschusse war aber nicht zu erwarten, daß dies geschehen werde; denn dieselben stimmten gegen alle Paragraphen, die von der Lemberger Landtagsdeclaration von 1868 abwichen, und zwar selbst dann, wenn es zu ihrem offenbaren Schaden war, so daß beispielsweise in Folge dieses doctrinären Verfahrens die dem galizischen Landtage zu eigener Verwendung zugedachte Budgetquote nicht in der Höhe, welche die freigebigsten deutschen Abgeordneten zugestehen wollten, sondern um einige hunderttausend Gulden niedriger bewilligt wurde, lediglich deshalb, weil die Polen es verschmähten, durch ihre Stimmen dem höheren Satze die Mehrheit zu verschaffen. Auch das politisch noch wichtigere Zugeständniß, daß bei der beabsichtigten Wahlreform Galizien ausgeschlossen bleiben und, während überall sonst die directen Wahlen zum Reichsrath eingerichtet würden, seine Landtagsdelegation behalten solle, wurde auf diese Weise in den Wind geschlagen, und als der Reichsrathsausschuß nach einer langen Pause, die den Polen reichlich Zeit zur Erwägung gegeben hatte, endlich am 13. Juni 1872 seinen Entwurf zum Ausgleich in Schlußabstimmung annahm, konnte man denselben bereits als ein todtgeborenes Kind betrachten: das Ministerium erhielt die Ermächtigung, nach eigenem Ermessen ihn entweder zuerst dem galizischen Landtag und dann dem Reichsrath vorzulegen, oder umgekehrt zu verfahren; in der That legte es ihn ganz bei Seite: denn den zweiten Weg zu beschreiten, hätte der Würde des Reichsrathes leicht einen empfindlichen Stoß versetzen können, und als gegen Ende

des Jahres der Landtag in Lemberg zusammentrat, war dessen gesammtes Verhalten der Art, daß auch der erste Weg als ungangbar erkannt wurde, da die Zustimmung der Polen zu dem Entwurfe nicht von ferne mehr zu hoffen war, und das Ministerium daher sehr thöricht gehandelt haben würde, wenn es sich nutzloser Weise einer unvermeidlichen Ablehnung hätte aussetzen wollen.

Jedenfalls durften Regirung und Reichsrath sich sagen, daß sie allen berechtigten Forderungen der Polen bis an die äußerste Grenze entgegengekommen seien; hatte trotzdem eine Verständigung mit ihnen nicht erzielt werden können, so war damit der letzte Grund weggefallen, aus dem man sich bequemt haben würde, Galizien bei der Wahlreform eine Ausnahmestellung zu lassen; diese Wahlreform aber mußte für die nächste Reichsrathssession die dringlichste Aufgabe sein. Seitens der Verfassungspartei waren dabei vornehmlich drei Ziele ins Auge gefaßt: Wahl durch die Bevölkerung statt durch die Landtage, Beseitigung des Wahlsystems nach den drei Curien der Großgrundbesitzer, der Städter und der Bauern, endlich erhebliche Vermehrung der Abgeordnetenzahl. In dem ersten Punkte, der ja weitaus der wichtigste war, stimmte die Regirung durchaus mit der Verfassungspartei überein; bei dem dritten gingen die Ansichten über den Umfang der wünschenswerthen Vermehrung wohl auseinander, indes war eine Verständigung bei diesem rein arithmetischen Gegensatz von vornherein selbstverständlich; am zweifelhaftesten stand es um die mittlere Frage, ob man die drei Curien beseitigen solle oder nicht. Das Ministerium war entschieden dagegen und wies in den vertraulichen Besprechungen, die besonders Lasser mit Herbst und anderen hervorragenden Parteiführern hatte, nachdrücklich und mit Erfolg darauf hin, daß gerade im Interesse der Deutschen und der Verfassungstreuen das privilegirte Wahlrecht der Großgrundbesitzer und der Städter in manchen Kronländern durchaus fortbestehen müsse. Schließlich fügten sich denn auch die widerstrebenden Elemente der Verfassungspartei diesen Gründen und begnügten sich damit, daß bei der Vermehrung der Abgeordnetenzahl die Großgrundbesitzer nur etwa die Hälfte, die Bauern schon etwa zwei Drittel, die Städter aber fast die die volle Anzahl ihrer bisherigen Sitze gewinnen sollten, so daß unter 353 (statt der bisherigen 203) Unterhausmitgliedern der Großgrundbesitz 85, der Bauernstand 131, die Städte 137 Vertreter erhielten.

Auf dieser Grundlage wurde von Auersperg das Gesetz am 15. Februar 1873 eingebracht: schon am 6. März nahm es das Unterhaus, am 21. das Herrenhaus an, letzteres mit 93 gegen 14, ersteres mit 120 gegen 2 Stimmen. Die auffällig kleine Zahl der Verwerfenden war freilich nur eine formelle; denn von den 81 Stimmen, die gar nicht abgegeben waren, gehörten mindestens 70 den Gegnern an, so daß diese stark genug gewesen wären, die erforderliche Zweidrittel-

mehrheit zu vereiteln, wenn sie nur unter sich einig gewesen und alle auf ihren Plätzen gewesen wären; da dies nicht der Fall war, die Tschechen vielmehr nach wie vor durch ihre Abwesenheit glänzten und ihre, sowie eine Reihe anderer Mandate cassirt waren, so besaßen die Polen für sich allein nicht mehr die Kraft den Sieg der Reform zu vereiteln und gaben ihrem Zorn darüber vor der Abstimmung durch eine feierliche Secession Ausdruck.

In den einzelnen Ländern der Monarchie hatte die Regirung mittlerweile die Zügel sehr stramm gehalten und besonders in Böhmen damit bedeutende Erfolge erzielt. Die tschechische Agitation hatte nach dem Sturz des Ministeriums Hohenwart so maßlose Formen angenommen, daß auch dem Statthalter sein drakonisches Regiment nicht verübelt werden konnte, so seltsam auch diese oder jene Maßregel, wie etwa die Verweisung der Prager Preßprocesse an die deutschen Geschworenen in Eger, erscheinen mochte. Besonders als die Auflösung des im November 1871 nur vertagten Landtages verfügt, und nun im tschechischen wie im deutschen Lager alle Kraft angestrengt wurde, um bei den Neuwahlen Sieger zu bleiben, trat auch der General Koller mit vollstem Nachdruck in den Kampf ein. Das Feld, auf dem der Sieg errungen werden mußte, boten die Mandate der Großgrundbesitzer; in Stadt und Land gab es höchstens hier und da einen Sitz, der nicht von vornherein unbedingt der einen oder der anderen Partei sicher gewesen wäre; die Großgrundbesitzer aber wählten ihre Vertreter, die über die Mehrheit entschieden, in Einer Versammlung, und somit kam Alles darauf an, welche Partei dort am stärksten an der Wahlurne erschien. Bei den letzten Wahlen hatten die Tschechen nur mit etwa 20 Stimmen gesiegt; viele Deutsche hatten sich damals, eingeschüchtert durch den Terrorismus der Gegner, vielleicht auch durch des Kaisers Parteinahme für den Ausgleich beeinflußt, der Wahl enthalten; jetzt suchten die Tschechen sie durch Massendeputationen, die bis zu 200 Köpfen stark die Schlösser umlagerten und Gewalt nicht blos drohten, sondern wirklich gebrauchten, wiederum zur Enthaltung oder wohl gar zu einem deutschfeindlichen Votum zu zwingen, stießen dabei aber auf die entschlossenste Gegenwehr seitens der Regirung, die sofort bei der Hand war, diejenigen Gemeinden, in denen solche Tumulte vorkamen, mit militärischer Einquartirung zu belegen, und dadurch dem Unwesen ein schnelles Ende zu machen. Als dann die Tschechen zu anderen Mitteln ihre Zuflucht nahmen, als sie die großen Güter ihrer Parteigenossen durch Scheinverkäufe einzelner Theile in mehrere kleine zerlegten oder verschuldeten deutschen Edelleuten die ihren um hohe Preise abzukaufen begannen, trat die deutsche Partei, von Wien aus mit Geldmitteln unterstützt, diesem Vorhaben mit den gleichen Waffen entgegen und zwar mit solchem Erfolge, daß eine sehr erhebliche Zahl

tschechischer Güter in deutsche Hände überging, freilich manchmal zu Preisen, die den Werth weit überstiegen. Der Sieg in dem Kampfe blieb endlich auf Seiten der Deutschen; als der Landtag am 24. April 1872 zusammentrat, wählte er den Fürsten Carlos Auersperg, den Bruder des Ministerpräsidenten, zu seinem Vorsitzenden; die 84 Tschechen legten ihr Mandat nieder, aber die deutsche Zweidrittelsmehrheit wählte ihre Delegirten in den Reichsrath, der nun 40 statt 24 böhmischer Mitglieder zählte; 14 Sitze hatte die Majorität den Tschechen überlassen, die davon natürlich so wenig Gebrauch machte wie bisher von ihren dreißig.

Auch im Uebrigen waren die Tschechen sehr in Nachtheil gerathen; besonders einige Processe thaten ihnen großen Schaden. Zunächst wurde im Juni 1872 ein Attentat auf den Statthalter Koller rechtzeitig entdeckt und die Schuld der Verschworenen vollständig erwiesen. Dann folgten Anklagen gegen Skrejkowski, den Redacteur der beiden alttschechischen Blätter Politik und Pokrok, sowie gegen seinen Rivalen Gregr, den jungtschechischen Redacteur der Narodni Listy, die beide beschuldigt wurden, den Staat um sehr erhebliche Summen an Stempel- und Inseratensteuer betrogen zu haben. Im Herbst 1872 verhaftet, wurden sie zwar in erster Instanz freigesprochen, Skrejkowski jedoch in so gezwungener Motivirung, daß der Staatsanwalt Berufung einlegte, und das Obergericht auf 18 Monate Gefängniß erkannte. Auch Riegers Unbescholtenheit wurde in das schlimmste Licht gerückt, als die Regirung gegen ihn wegen der Steuerrückstände vorging, die er, Dank der Durchsteckerei tschechischer Beamten, auf 20,000 Gulden hatte anschwellen lassen. Eine große Anzahl minder bekannter Parteifanatiker wurde endlich durch den Nachweis blosgestellt, daß sie die Gelder der ihnen anvertrauten Vorschußvereine zu politischen Zwecken gebraucht, und die Auflösung dieser Vereine beseitigte dann einen Parteiorganismus, der sich nicht minder wirksam erwiesen hatte, als die patriotisch-ökonomische Gesellschaft, der Koller schon aus Anlaß ihrer Umtriebe bei den April-Wahlen ein Ende gemacht hatte.

Die Festigkeit des Statthalters ging aber Hand in Hand mit einer sehr wohlwollenden und fürsorglichen Verwaltungspraxis, und eine große Calamität, die das Land durch furchtbare Ueberschwemmungen betraf, gab auch dem Reichsrathe und dem Ministerium Gelegenheit, durch die Bewilligung einer Staatsunterstützung von einer Million Gulden ihr Interesse für das Land zu bezeugen. Diese schnelle Hülfe in der Noth und Kollers sorgsame Bemühungen, persönlich der Bedrängniß zu steuern, verfehlten doch nicht, einen tiefen Eindruck zu machen. Das zeigte sich, als, um die Wahlreform zu hintertreiben, Alt- und Jungtschechen sich wieder versöhnten und mit den Ultramontanen im Bunde eine Monstrepetition an den Kaiser in Umlauf setzten;

allerdings brachten sie dafür glücklich sieben Bände voll Unterschriften zusammen, aber in einer großen Anzahl tschechischer Gemeinden wurden sie doch auch entschieden abgewiesen, und sehr erheblich war in Anbetracht der Verhältnisse die Zahl der Unterschriften, die eine gegnerische Adresse zu Gunsten der Wahlreform fand.

In den übrigen Landestheilen, in denen die föderalistische Opposition das Uebergewicht oder eine erhebliche Stärke hatte, ließ es die Regirung ebenfalls nicht an Entschiedenheit fehlen. Meist wurden noch vor Ende des Jahres 1871 neue Statthalter ernannt, unter denen einige, wie Weber in Mähren oder Alexander Auersperg in Krain, mit derselben Entschlossenheit und Tüchtigkeit wie Koller in Böhmen ihr Amt verwalteten. Wo es angebracht schien, zeigte sich das Ministerium aber auch einer Verständigung durchaus zugänglich und brachte so z. B. mit den Dalmatinern, denen es sich durch Beamtenernennungen und Erfüllung von Wünschen in Eisenbahnsachen gefällig erwies, ein leidliches Einvernehmen zu Wege, allerdings nicht ohne dadurch die in Dalmatien verfassungstreuen Italiener zu verletzen und den nationalen Hoffnungen auf Vereinigung Dalmatiens mit Kroatien wieder Nahrung zu geben. Selbst den Polen machte der Kaiser noch nach Abschluß der Wahlreform ein Zugeständniß, für das er doch keinen Dank erntete, indem er den gemäßigten Bürgermeister von Lemberg, Ziemialkowski, am 23. April 1873 zum Minister für Galizien ernannte. Am bedenklichsten war die Nachgiebigkeit, in der sich Graf Taaffe, der Statthalter von Tirol, gefiel. Dort war in dem regelmäßigen Turnus der Facultäten die theologische an die Reihe gekommen, den Rector der Universität Innsbruck aus ihrer Mitte zu stellen; nun war der Rector verfassungsmäßig Mitglied des Landtags; die theologische Facultät bestand aber lediglich aus Jesuiten, die in Gemäßheit einer Bestimmung aus dem Jahre 1857 einfach von ihren Oberen in die Professuren eingesetzt, also weder von dem Kaiser ernannt wurden, noch diesem den Treueid leisteten. Da sie somit offenbar unfähig waren ein Landtagsmandat zu bekleiden, hatte der Cultusminister Stremayr auf Antrag der übrigen Facultäten angeordnet, daß die philosophische Facultät den Rector stellen solle, und so war aus deren Mitte der Professor Ullmann im Landtage erschienen. Diesen zuzulassen weigerte sich die ultramontane Mehrheit, obgleich er von der Universität mit der erforderlichen Stimmenzahl gewählt war und ein Protest unzweifelhaft nur von der Universität hätte erhoben werden können. Taaffe hatte die Weisung, in diesem Falle den Landtag sofort zu schließen; statt dessen ließ er der Mehrheit Zeit am 14. November 1872 ihren Austritt zu erklären und so der Regirungsmaßregel zuvorzukommen.

Uebrigens war den Ultramontanen gegenüber auch das Ministerium selbst, diesen einen Fall und wenige andere ausgenommen, sehr vor=

sichtig in seinem Auftreten. Zu wiederholten Malen war dem Reichstag schon früher die Vorlage von Gesetzen versprochen, welche das Verhältniß des Staates zur Kirche neu ordnen sollten, wie das ja nach Aufhebung des Concordates ganz unerläßlich war. Stremayr hatte auch während seines früheren Ministeriums bereits Entwürfe ausarbeiten lassen und dabei Döllingers Mitwirkung in Anspruch genommen; er hatte dann, als er sich in der Opposition befand, von seinem Nachfolger dringend die Vorlage gefordert, zögerte jetzt aber selbst damit, obgleich die Thronrede vom 28. December 1871 ganz bestimmte Zusicherungen enthalten hatte. Statt dessen schlug er gegen die Altkatholiken ein Verfahren ein, das auf lebhaften Widerspruch stoßen mußte; er erklärte, daß dieselben, so lange sie sich nicht von der katholischen Kirche lossagten, deren Jurisdiction in Ehesachen u. s. f. unterworfen bleiben müßten, und wollte nichts davon hören, daß, wo sie die Mehrheit einer Gemeinde bildeten, ihnen die Pfründen zufallen sollten. Auch den Bischöfen gegenüber zeigte er sich sehr unentschieden. Als dieselben im April 1872 auf einer Conferenz in Wien ein Memorandum an die Regirung richteten, fand er dasselbe sehr gemäßigt, obgleich es nicht viel weniger als die unbedingte Herrschaft der Kirche über die Schule forderte. Die einzige seiner Vorlagen, die den Einfluß der Geistlichkeit in etwas beschränkte, war ein Universitätsgesetz, das im Januar 1873 vom Reichsrathe genehmigt wurde, ohne daß die heftige Opposition der Cardinäle Rauscher und Schwarzenberg es hätte hindern können. Als dann aber das Abgeordnetenhaus in einer Resolution dringend die Vorlage der übrigen Kirchengesetze forderte, erklärte Stremayr rund heraus, daß die Regirung die Zeit dazu noch nicht für gekommen erachte. Den wahren Grund für das Verhalten glaubte man in der Gesinnung des Kaisers zu finden, der unter Anderem einen katholischen Geistlichen, welcher wegen Beleidigung eines altkatholischen Priesters zu einer Gefängnißstrafe verurtheilt war, aus freiem Antrieb, ohne auch nur ein Bittgesuch abzuwarten, begnadigte. Lag die Schwierigkeit wirklich in der Person des Monarchen, so gebot allerdings die Klugheit dem Ministerium, dessen Bedenklichkeiten zu schonen, um nicht den Gegnern wieder die Wege zu ebnen. Im Allgemeinen erkannte das auch die Verfassungspartei wohl an; sie erzeigte sich selbst dem Kaiser in manchen Stücken gefällig und benutzte manche Gelegenheit, die sich darbot, die Erhöhung der Civilliste, den Tod der Erzherzogin Sophie, der Mutter des Kaisers, die Verlobung seiner Tochter Gisela mit dem Prinzen Leopold von Baiern, um geflissentlich ihre Loyalität zu zeigen. Aber auch an empfindlichen Punkten fehlte es doch nicht, und besonders die Forderungen für das Heer fanden, da sie beständig wuchsen, ernstlichen Widerstand, sowohl im cisleithanischen Reichstag, wo man aus dem Landwehrgesetze, das Auersperg mit Mühe durchbrachte, wenigstens die

Landwehr-Cavallerie gestrichen hatte, als auch in den Delegationen, wo die Bewilligung des vollen Armeebudgets von Herbst, Rechbauer, Giskra u. A. bekämpft und schließlich gegen ihre Stimmen mit Hülfe der Ultramontanen durchgesetzt wurde. Rechneten diese darauf, durch solche Willfährigkeit den Monarchen zu gewinnen, so war es gewiß Pflicht des Ministeriums, ihnen nicht durch schonungslose Verletzung der religiösen Gefühle des Kaisers in die Hände zu arbeiten.

2. Die Ministerien Lonyay und Szlavy.

Im Uebrigen lag eine starke Bürgschaft dafür, daß die innere Politik nicht wieder in die Hände der Ultramontanen fallen werde, in dem zweifellosen Erfolge, den Graf Andrassy als Leiter der auswärtigen Politik erzielte. Auch er vermied es freilich, in allzu feindliche Conflicte mit den Clericalen zu kommen, und wenn das ihm beigelegte Wort, er pflege nach Spatzen nicht mit Kanonen zu schießen, auch nur erfunden war, so entsprach es doch insofern seiner ganzen Haltung, als er den clericalen Wühlereien gegenüber eine große Gelassenheit zu zeigen beflissen war. Allein trotzdem war doch gerade er es, der die römischen Hoffnungen am schwersten verwundete. Durch die entschiedene Hinneigung zu Deutschland und die dadurch vermittelte Annäherung an Rußland, die ihm in den Delegationen zu wiederholten Malen Anerkennungsvoten verschafft hatte, stellte er sich voll und ganz auf die Seite derer, die von Rom am heftigsten angefeindet wurden und diese feindlichen Angriffe am entschlossensten erwiderten; selbst mit Italien, das doch in der wiener Hofburg begreiflicher Weise immer noch etwas scheel angesehen wurde, bahnte er ein mehr als gutes, ein wirkliches Vertrauensverhältniß an, und gewährte so dem Friedensbedürfniß, das in Oestreich sehr lebhaft war, eine Bürgschaft, die ihm nicht ohne die schwerste Schädigung aller materiellen Interessen wieder geraubt werden konnte, durch Andrassys Rücktritt, der bei einem Siege des Ultramontanismus doch unausweichlich war, aber sofort geraubt worden wäre. Die Ueberleitung der früheren deutschfeindlichen Politik in ihr Gegentheil war ja freilich schon vor Andrassy von Beust selbst vollzogen, und dieser hatte seinen Platz auch dann noch behauptet, als Hohenwart das Ohr des Kaisers gewann; aber man irrt wohl nicht, wenn man annimmt, daß der Reichskanzler nur deshalb während der Hohenwart'schen Periode geduldet wurde, weil man zu ihm das gute Zutrauen hatte, er sei im Herzen doch noch immer der alte Preußenfeind und werde das im gegebenen Augenblicke auch durch die That beweisen. Von Andrassy munkelte man wohl auch, er sei einem östreichisch-französischen Bündniß nicht abgeneigt gewesen; allein diese

Gerüchte standen doch auf sehr schwanken Füßen und wurden von dem Minister selbst entschieden zurückgewiesen. Als der Herzog von Gramont an Daru, den Präsidenten der Untersuchungscommission der französischen Nationalversammlung, ein Schreiben gerichtet hatte, das auch Andrassy mit zu compromittiren schien, erwiderte dieser in einer Note an den östreichischen Gesandten in Paris, Grafen Apponyi, er habe seinerzeit Gramont, als dieser mit ihm von einem östreichisch-französischen Bündniß habe sprechen wollen, in einer Weise geantwortet, die denselben veranlaßt habe, weiterhin jedem politischen Gespräche mit ihm sorgfältig auszuweichen. Auf alle Fälle zeigte Andrassy schon durch die Personalveränderungen, die er bei seinem Amtsantritt im diplomatischen Dienste vornahm, daß er mit allen Intrigen gegen Deutschland und Italien vollständig brechen wolle. Fürst Metternich war endlich aus Paris abberufen und durch Apponyi ersetzt; dessen londoner Posten, auf dem sich jedenfalls am wenigsten gut gegen Deutschland wühlen ließ, wurde Beust übertragen; nach Berlin ging im December 1871 Graf Karolyi, der dort bis 1866 gewesen war, und zwar mit dem Range eines Botschafters, wodurch die freundlichen Gesinnungen noch deutlicher ausgesprochen wurden; sein Vorgänger in Berlin, Graf Wimpffen, endlich ersetzte den ultramontanen Freiherrn von Kübeck am Hofe Victor Emanuels. Diese Reihe von Ernennungen enthielt ein vollkommen deutliches Programm, und was insbesondere den Papst anlangte, so fand Andrassy noch im Januar 1872 eine Gelegenheit sich über diesen sehr verständlich zu äußern. Keine katholische Regirung, erklärte er einer ultramontanen Deputation, könne dem heiligen Vater eine so vortheilhafte und für die Ausübung seiner geistlichen Macht geeignete Stellung bereiten, wie er sie in Rom besitze. Das war in Anbetracht der Phrasen über die Gefangenschaft im Vatican die schärfste Abweisung, die ersonnen werden konnte.

Rußland gegenüber war es gerade für Andrassy als Ungarn nicht so ganz leicht ein freundschaftliches Einvernehmen anzubahnen; durch Bismarcks Vermittelung gelang aber auch dieser schwere Schritt. Nachdem im Sommer 1872 die Zusammenkunft der drei Kaiser in Berlin verabredet war, entschloß sich Franz Joseph zu verschiedenen Höflichkeitsbeweisen, wie sie zwischen ihm und dem Zaren Alexander noch nicht ausgetauscht waren: er sandte den Erzherzog Wilhelm zu den Manövern nach Petersburg und verlieh zwei russischen Großfürsten östreichische Regimenter. Die Septembertage in Berlin befestigten dann die neue Freundschaft, und beide Theile empfanden die wohlthätigen Folgen derselben bald genug in den Wirren, die auf der Balkanhalbinsel ihren Anfang nahmen.

Am unmittelbarsten berührten dieselben die östreichisch-ungarische Monarchie dadurch, daß sie der slawischen Agitation in Kroatien, der

Woiwodina und den übrigen südslawischen Provinzen neue Nahrung zuführen mußten. Durch den Sieg des Föderalismus in der westlichen Reichshälfte waren begreiflicher Weise auch in Transleithanien die Hoffnungen aller derer mächtig gewachsen, die sich der Herrschaft des Magyarenthums nicht unterwerfen wollten. So waren die kroatischen Landtagswahlen im Mai 1871 durchaus national ausgefallen, und das ungarische Ministerium hatte umsomehr Bedenken getragen, den Landtag nach Agram einzuberufen, als die Mehrheit der neuen Abgeordneten in der früher erwähnten Erklärung vom 20. September 1871 den Ausgleich mit Ungarn rundweg verworfen hatte. Lonyay versuchte vergeblich, als er an Stelle Andrassys den Vorsitz in dem ungarischen Ministerium übernommen, sich mit Vertrauensmännern der Kroaten zu verständigen; es blieb ihm schließlich nichts übrig, als den Landtag auf den 15. Januar 1872 nach Agram zu berufen, ihn sofort nach der ersten Sitzung aufzulösen und durch Ernennung des Magyarenfreundes Vukanowitsch zum stellvertretenden Banus die Zügel der Regirung in die Hände eines Mannes zu legen, von dem eine kräftige Einwirkung auf die Neuwahlen zu erwarten stand.

Immerhin ergaben auch diese, im Mai 1872, wieder 50 Nationale gegen 25 Freunde der Union. Allein zu den letzteren kamen noch 30 Magnaten, die aus der Minderheit der gewählten Vertreter eine Mehrheit machten und am 8. Juli 1872 den ungarischen Ausgleich wenigstens grundsätzlich anerkannten. Sie wählten ihre Delegirten für den Pester Reichstag und erreichten dafür das Zugeständniß, daß der Ausgleich von 1868 im Herbste einer Revision unterzogen werden solle. Nachdem der Landtag auch zu diesem Zwecke seine Deputation gewählt hatte, wurde er vertagt; die nationale Partei aber machte ihrem Zorne durch verstärkte Agitationen Luft. Ihr Führer Miletitsch stand an der Spitze einer wohlorganisirten Verbindung, die für ein großes Südslawenreich arbeitete, der sogenannten Omladina, und nicht ohne Bedenken gewahrten die östreichischen Staatsmänner, daß die serbische Regirung mit diesem Geheimbunde Beziehungen zu unterhalten schien, die beispielsweise dazu benutzt wurden, dem jungen Fürsten Milan Obrenowitsch bei seinem Regirungsantritt am 22. August 1872 Huldigungen aller Art seitens der östreichischen Serben zu bereiten. Gleichzeitig tagte in Carlowitz der serbische Nationalcongreß, dem das Recht zustand, den erledigten Patriarchenstuhl wieder zu besetzen; auch hier waren die Omladinisten im Besitz der Mehrheit und gedachten davon so ungenirt Gebrauch zu machen, daß sie dem kaiserlichen Commissar Mollinary einfach die Theilnahme an den Berathungen verwehrten. Die Folge war die sofortige Auflösung des Congresses, die Absetzung des bisherigen omladinistischen Patriarchatsverwesers Stojkowitsch und die Ernennung eines kaiserlichen Commissars, der das Kirchenvermögen in Verwaltung

nahm und so die Nationalen einer ihrer einträglichsten Geldquellen beraubte.

Inzwischen stand Lonyays Ministerium auch nur auf sehr schwachen Füßen, weil einerseits der Ministerpräsident selbst, andrerseits aber auch die ganze deákistische Partei schwere Einbuße an ihrer Autorität erlitten hatte. Es zeigte sich das besonders darin, daß sie trotz ihrer Mehrheit im Reichstage nicht im Stande war, das von dem Ministerium vorgelegte Wahlgesetz durchzubringen. Die Linke, die von der vorgeschlagenen Erhöhung des Census und der Verlängerung der Reichstagsperioden von drei auf fünf Jahr nichts wissen wollte, war entschlossen, und ließ das durch ihr Mitglied Helfy offen ankündigen, das Gesetz durch Todtreden zu Fall zu bringen, und sie setzte ihren Willen durch, obgleich zwischen dem Anfang der Debatte und dem Tage, wo das Mandat des Reichstages erlosch, noch zwei Monate lagen. Gleich beim Beginn der Discussion am 21. Februar 1872 hatten sich 60 Redner der Opposition einschreiben lassen; zweiunddreißig hatten sich schriftlich auf Ehrenwort verpflichtet, das Gesetz um jeden Preis zu vereiteln, und da die Geschäftsordnung keine Schlußanträge zuließ, hatten sie die wirksame Waffe unbedingt in der Hand. Natürlich erzeugte diese Art des Kampfes eine furchtbare Erbitterung; wenn man außerhalb der Sitzungen durch Volksversammlungen und Fackelzüge, hier für Deák, dort für Tisza, agitirte, so fielen während der Verhandlungen die ehrenrührigsten Anschuldigungen besonders gegen Lonyay, dem unumwunden vorgeworfen wurde, daß er sich und seine Familie auf Kosten des Landes bereichere. Nicht besser wurde die Stimmung, als die Rechte zu der einzigen Gegenwaffe griff, die sie finden konnte, und die Sitzungen für permanent erklärte, worauf die Linke mit der unermüdlich wiederholten und erzwungenen Forderung, durch Namensaufruf die Beschlußfähigkeit des Hauses zu constatiren, antwortete. Endlich kam es am 12. April zur Abstimmung über den ersten Paragraphen, der denn auch angenommen wurde; allein nun war das Mandat der Abgeordneten erloschen und damit die Weiterberathung vereitelt: die verbitterte Stimmung der Parteien aber übertrug sich auf die Wahlagitation, aus der schon im Juni der neue Reichstag hervorgehen sollte.

Obgleich die meisten der unterdrückten Nationen, Rumänen, Slowaken und Serben, mit der Linken stimmten, errangen doch die Deákisten, auf deren Seite die siebenbürgischen Sachsen standen, eine Mehrheit von 245 gegen 145 Stimmen. Aber diese Mehrheit war nicht mehr die alte, geschlossene. Deák selbst hatte bei seinen siebenzig Jahren nicht mehr die alte Kraft und den alten Einfluß; die conservativeren Elemente der großen Fraction fingen an ihre eigenen Wege zu wandeln; dazu traten die Anfänge einer ultramontanen Absonderung immer

deutlicher an den Tag, und endlich war Lonyays Persönlichkeit bei einem großen Theil der liberalen Parteigenossen doch auch in volle Mißachtung gesunken, da man die Beweise seiner Geldgier mehr und mehr mit Händen greifen konnte. Als der Reichstag am 4. September 1872 wieder zusammentrat, brachen diese Spaltungen allerdings noch nicht hervor; denn es handelte sich zunächst um wenig mehr als um die Constituirung und die Delegationswahlen. Zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses wurde der Minister Bitto gewählt, weil sein Vorgänger Somssich sich durch die Geschäftsleitung am Schluß der letzten Session, besonders durch einen tactlosen Ausfall gegen Deutschland, unmöglich gemacht hatte. Die Veränderungen im Ministerium, die dadurch veranlaßt wurden, beschränkten sich auf den Tausch einiger Portefeuilles und den Eintritt Treforts. Die Delegationsberathungen unterbrachen dann die Reichsrathssession bis in den October. Kaum aber waren die Sitzungen wieder aufgenommen, so gab auch schon die Berathung der Antwortsadresse auf die Thronrede der Linken die Gelegenheit zu heftigen Ausfällen gegen Lonyay. Noch einmal gelang es diesem sich mit guter Deckung zurückzuziehen, indem der Finanzminister Kerkapolyi, dessen Unbescholtenheit Niemand anzutasten wagte, die Angriffe der Gegner zurückwies. Aber wenige Wochen darauf erneuerte sich der Sturm. Csernatonyi, ein Mitglied der Linken, dem man Banknotenfälschung und Spionendienste im Auftrage der wiener Polizei vorwarf, schleuderte dem Ministerpräsidenten die Worte ins Gesicht: sich Güter zu kaufen und Häuser zu bauen, gebe noch kein Recht darauf, ungarischer Minister zu sein; zwar dürfe sich in Ungarn Jedermann begütern und bereichern, ein Minister jedoch nicht ohne Mißdeutung; gleichwohl stehe die Sache jetzt umgekehrt: das Land verarme und die Minister würden reich. Ein unendlicher Sturm der Aufregung erhob sich nach diesen Worten; Lonyay erklärte, daß er für einen Menschen von der Vergangenheit Csernatonyis nur Verachtung habe; dieser gab ihm das Wort zurück und unter dem Alles übertönenden Lärme der Versammlung mußte der Präsident die Sitzung schließen. Lonyays Stellung war nun doch gänzlich unhaltbar geworden; alle Welt war davon überzeugt, daß an dem jüngsten Gerüchte, auf das Csernatonyi angespielt hatte und das dem Ministerpräsidenten Schuld gab, bei der Verpachtung staatlicher Kohlenbergwerke eine Million für sich verdient zu haben, etwas Wahres sei. Als Lonyay daher von der Mehrheit in einer Sitzung des Deák-Clubs verlangte, daß sie ihm persönliche Genugthuung verschaffen solle, wurde diese Forderung abgelehnt und nur ein Antrag auf Abänderung der Geschäftsordnung beschlossen, in dessen Motivirung ein Tadel gegen Csernatonyi enthalten war. Zäh wie er an seinem Posten festhielt, machte Lonyay selbst jetzt noch keine Anstalten zum Rücktritt; ja als jener Antrag

am 25. November zur Verhandlung stand, und sein Gegner vorher die Erklärung abgab, daß er die Würde des Hauses verletzt und daher eine Rüge verdient habe, spielte der Minister sogar den Großmüthigen, indem er seinerseits auf Streichung der Motivirung antrug. Indes der Unwille gegen ihn war in seiner eigenen Partei so groß, daß er wohl oder übel weichen mußte. Um ihm den Rückzug zu erleichtern, bat das ganze Cabinet den König um Entlassung, freilich nicht mit der Motivirung, die Lonyay anfänglich gefordert: weil sie alle zusammen und jeder für sich das Vertrauen ihrer Partei verloren, sondern in einer Form, die es dem Handelsminister Szlavy ermöglichte, sich mit der Neubildung des Cabinets betrauen zu lassen und seine bisherigen Collegen außer Lonyay wieder für ihre Aemter vorzuschlagen.

So war das Cabinet vom 5. December 1872 also wesentlich das alte. Aber der feste Rückhalt, den die Regierung an dem Deák-Club besessen, blieb doch verloren. Lonyay selbst, der nicht aus der Partei geschieden war, wühlte unter der Hand und suchte Fühlung mit den Conservativen und Ultramontanen wie Sennyey und Apponyi; dazu stieß man in der schroffsten Weise die Deutschen vor den Kopf, indem man trotz Deáks Warnung ein Gesetz annahm, das in Ofen-Pest, wo zwei Drittel der Bevölkerung Deutsche sind, das Magyarische zur einzigen Geschäftssprache der städtischen Behörden machte, und durch ein Ministerialdecret verfügte, daß vom 1. Januar 1874 an auch auf den Eisenbahnen, deren Beamte zum größeren Theile Deutsche waren, der amtliche Verkehr nur in magyarischer Sprache stattfinden solle. So entfremdete man sich auch noch die Sachsen, und wenn gleichwohl die Session ablief, ohne die Stellung Szlavys zu erschüttern, so war doch augenscheinlich die Zeit vorbei, in der das Wort Deáks die verschiedenartigen Elemente, die sich unter seinem Banner vereinigt hatten, in straffer Disciplin zusammen zu halten vermochte.

3. Der Krach und die Ausstellung.

Hoffnungslos war in Ungarn die Lage der Finanzen. Obgleich nach der Meinung der Cisleithanier der dreißigprocentige Beitrag, den es zu den gemeinsamen Ausgaben zahlte, keineswegs den berechtigten Anforderungen der westlichen Reichshälfte entsprach, so litt doch auch so schon das transleithanische Budget Jahr für Jahr an starkem Deficit. Nicht wenig hatten dazu die schlechten Ernten beigetragen, die schon zweimal, und nun 1873 zum dritten Male hintereinander die Hoffnungen des Landes täuschten; schlimmer aber war die Einwirkung des furchtbaren Krachs, der Anfang Mai 1873 an der Wiener Börse ausbrach und der natürlich auch Ungarn in schwere Mitleidenschaft zog.

Der schwindelhaften Zustände, welche diesen furchtbaren Zusammenbruch herbeiführten, ist schon früher gedacht worden, als es galt, die ähnlichen Erscheinungen in Deutschland darzustellen (I, 200). Darüber, daß es nirgends ärger hergegangen sei als in Wien, herrschte kein Zweifel, und ärger als irgend wo sonst war deshalb auch die Katastrophe. Mit unglaublicher Schnelligkeit hatte sich das Actienwesen in Oestreich Bahn gebrochen. Bis zum Jahre 1853 gab es in Wien nur eine Bank, bis zum Jahre 1866 stieg die Zahl auf sechs; nach dem Kriege aber trat eine rasche Steigerung ein, besonders 1869, wo nicht weniger als 25 neue Banken mit 780,000 Stück Actien an der wiener Börse neu zugelassen wurden. Ein heftiger Rückschlag, der im Herbst desselben Jahres den Bankerott vieler dieser neuen Institute herbeiführte und die Actien anderer auf den fünften Theil ihres Werthes herunterdrückte, diente nur für kurze Zeit als Warnung, und mit dem December 1870 begann die eigentliche Schwindelperiode, die zwei und ein halbes Jahr andauerte. In dieser Zeit wurden ca. 750 Gesellschaften mit 2100 Millionen Gulden Capital gegründet und die Curstreiberei gewann bald solchen Umfang, daß danach der Wohlstand Oestreichs täglich um 10—20 Millionen Gulden hätte steigen müssen und daß der Werth der an der wiener Börse amtlich notirten Papiere am 31. März 1873, dem Tage, wo ihr Stand der höchste war, über 7600 Millionen, mit Zurechnung der ohne amtliche Notirung gehandelten aber 9000 Millionen betrug, d. h. etwa soviel wie der gesammte Realbesitz in der Gesammtmonarchie. Die Machinationen der Gründer, die einzig darauf berechnet waren, dem unwissenden und leichtgläubigen Publicum das Geld aus der Tasche zu ziehen, können hier nicht im Einzelnen geschildert werden; ermöglicht wurden sie schließlich doch nur durch die Mitwirkung der Presse, die sich in einem kaum glaublichen Grade der Bestechung zugänglich zeigte. Die Regierung erkannte die Gefahren, mit denen das wirthschaftliche Leben des Volkes bedroht war, nur allmälig; lange Zeit war man über die stets höher anschwellende Zahl der Concessionsgesuche sehr erfreut, weil man in den neuen Schöpfungen einträgliche Besteuerungsobjecte zu finden hoffte. Gegen den einen oder andern schwindelhaften Auswuchs zog Depretis als Finanzminister allerdings zu Felde, so als er im Januar 1872 den Gesellschaften die Ausgabe s. g. junger Actien verbot, so lange die alten nicht voll eingezahlt seien. Allein mit derartigen vereinzelten Maßregeln ließ sich deshalb nicht viel ausrichten, weil die Börse mit raffinirter Schlauheit auf Umwegen ihr Ziel doch zu erreichen wußte, und nun beispielsweise statt junge Actien auszugeben, Cartellbanken gründete, die mit der Mutterbank alle Geschäfte gemeinsam machen und also auch den gleichen Gewinn erzielen sollten. Daß dieses Treiben zuletzt ein Ende mit Schrecken nehmen müsse, war den Urhebern und

Führern des Schwindels selbstverständlich vollkommen klar; Jeder speculirte darauf, vorher seinen Gewinn in Sicherheit zu bringen; das Publicum dagegen beharrte in seiner Blindheit, auch als die warnenden Anzeichen immer deutlicher wurden. Schon im Herbst 1872 kündigte sich die nahende Krisis sehr vernehmlich an; allein den Künsten der Börsenmänner gelang es, sie noch von einem Monat zum andern hinauszuschieben und dadurch ihre verheerenden Wirkungen noch unendlich zu verschlimmern. In den ersten Tagen des Mai brach dann der Sturm los; am 5. erfolgten die ersten Zahlungseinstellungen; schnell verbreitete sich das Mißtrauen, das bis dahin künstlich unterdrückt war: Alles eilte, seine zweifelhaften Werthe loszuschlagen; die Curse fingen an in rasender Eile zu fallen; die Insolvenzerklärungen drängten sich; die Börse wurde der Schauplatz der wildesten Scenen, die am 8. und 9. Mai ihren Höhepunct erreichten und sich zu so grausigen Tumulten und Gewaltthätigkeiten steigerten, daß die Säle geräumt werden mußten. Wie es schlechterdings keine Classe der Bevölkerung gegeben hatte, die nicht an der tollen Jagd nach Reichthum Theil genommen, wie „vom Dienstmann bis zum Pair, von der Theaterprinzessin bis zum Erzherzog" Alles mit gierigen Händen nach den fabelhaften Schätzen gegriffen hatte, die nur so auf der Straße zu liegen schienen, so war jetzt die Niedergeschlagenheit, der Ruf nach Staatshülfe und die Wuth gegen die Börsenjobber in allen Kreisen gleich groß. Für die politische Entwicklung war es besonders verhängnißvoll, daß die hervorragendsten Führer der Verfassungspartei, Männer wie Giskra, Kaiserfeld, Hasner, Banhans, Hopfen zu den Gründern gehörten, und daß nur wenige wie der letztgenannte Präsident des Abgeordnetenhauses jetzt mit ihrem Vermögen zur Sühnung des Unheils, das sie angerichtet hatten, eintraten. Von einer Rettung der zusammenbrechenden Schwindelinstitute war natürlich nicht zu reden; so hart es war, daß viele Verleitete um ihr ganzes Vermögen gebracht wurden, so war doch die völlige Beseitigung der faulen Gründungen die unerläßliche Vorbedingung zur Besserung der Lage. Wenn die Börse selbst den Versuch machte sich zu helfen, indem sie eine mehrtägige Frist für alle Differenzzahlungen ansetzte, oder indem die großen Firmen einen Garantiefonds von 20 Millionen zeichneten, um daraus Vorschüsse gegen Verpfändung zweifelhafter Papiere zu leisten, so konnte damit nicht mehr als eine kurze Galgenfrist gewonnen werden. Das ungestüme Verlangen, daß der Staat einschreiten solle, wurde von dem Finanzminister Depretis entschieden zurückgewiesen; nur das eine Zugeständniß machte er, daß er vom Kaiser am 13. Mai die Genehmigung einholte, den Paragraphen des Bankstatuts zu suspendiren, der für jede Note über 200 Millionen hinaus volle Deckung forderte; aber er wies dabei die Bank ausdrücklich an, davon nur soweit Gebrauch zu machen, wie nöthig sei, um der Erschütterung des

Vertrauens in den Kreisen des soliden Handels und Gewerbes vorzubeugen, und statt der 2—300 Millionen, auf welche die Jobber gehofft hatten, gab der Generalsecretär der Bank, von Lucam, zunächst nur 23 Millionen mehr heraus und blieb dabei noch um 4 Millionen unter der Summe, die er auch ohne die Suspension ausgeben durfte. Der höchste Betrag, um den die an sich gestatteten 200 Millionen überschritten wurden, wurde Mitte November mit etwa 24 Millionen erreicht.

Den berechtigten Zwecken, die mit dieser Maßregel erreicht werden sollten, kam sie in der That zu Statten; den wirklich soliden Instituten wurde die Möglichkeit gewährt, sich vor dem Untergang zu retten; auch ein zweites Aushülfscomité, das sich im Juni bildete und in den Provinzen verzweigte, wirkte nach derselben Richtung mit gutem Erfolge. Einige Monate später ließ sich die Regierung überdies von dem Reichstage eine Anleihe von 80 Millionen bewilligen, um Eisenbahnen zu bauen und der bedrängten Industrie durch Vorschußcassen fördernd entgegen zu kommen; auch wurde durch ein Gesetz auf 25 Jahre für Neu-, Zu- und Umbauten Steuerfreiheit gewährt und am 28. Januar 1874 ein neues Actiengesetz eingebracht, das die Wiederkehr vieler schwindelhafter Machinationen unmöglich machen sollte. Aber durch alle diese Mittel konnten die verderblichen Folgen der tollen Jahre doch höchstens gemildert werden; auf den acuten Krach im Mai folgte der chronische, der in einzelnen Zweigen, z. B. im Eisenbahnwesen auch späterhin noch sehr plötzliche Zusammenbrüche aufwies. Von den drei Milliarden Gulden, die bis zum 1. November 1875 an Actien verloren wurden, kam etwa die Hälfte auf den ersten jähen Sturz aller Papiere, die andere Hälfte auf das nachherige beständige Sinken. Unzählige Existenzen waren dadurch in ihren finanziellen Verhältnissen unrettbar ruinirt und bis in die vornehmsten Kreise hinauf galt der Selbstmord als das einzige Mittel, sich aus einer unerträglichen Lage zu befreien. Wohl keiner der zahlreichen Fälle dieser Art wirkte erschütternder als das Ende des Feldmarschalls von Gablenz, der sich in Zürich das Leben nahm.

Einen seltsamen Contrast zu dem Bilde der Verwüstung, das die wiener Börse bot, gewährte gleichzeitig die am 1. Mai 1873 mit den glänzendsten Hoffnungen eröffnete Weltausstellung. An Großartigkeit der Ausstattung und Vollständigkeit der Beschickung ihren Vorgängerinnen noch überlegen, zog sie trotz der trüben Zeiten unendliche Schaaren von Besuchern an, so daß deren Gesammtzahl sich auf über 7 Millionen belief; aber die überschwänglichen Erwartungen der wiener Geschäftswelt erfüllte sie trotzdem nicht, schon weil man sich gar bald genöthigt sah, auf die unerhörten Preise, die man den Fremden abzupressen gedacht hatte, zu verzichten. Die Eröffnung ging noch im vollsten

Glanze von Statten. Um den Kaiser schaarten sich die Kronprinzen von Deutschland, England, Belgien, Dänemark und andere Mitglieder regierender Familien, die gleichsam als Vorläufer der Herrscher selbst gekommen waren. Denn Franz Joseph hatte an alle Höfe seine Einladungen ergehen lassen, und eine große Menge von Zusagen erhalten. Von politischer Bedeutung waren besonders die Besuche der Kaiser von Deutschland und Rußland und des Königs von Italien. Alexander II. weilte während der ersten Juniwoche in Wien, und die Conferenzen, die zwischen Gortschakoff, Andrassy und dem deutschen Botschafter General Schweinitz statt fanden, zeigten, daß die Politik eine bedeutende Rolle bei diesem Besuche spielte. Das Einverständniß, das man erzielen wollte, bezog sich naturgemäß vor Allem auf die Stellung der beiden Mächte zu der Türkei und ihren Vasallenstaaten, und wie die Ereignisse bald lehrten, war Oestreich bewogen worden, sich dem russischen Standpunct bedeutend zu nähern. Aeußerlich trat das schon in der Art hervor, wie die Fürsten von Serbien, Rumänien und Montenegro empfangen wurden, als sie gleichfalls zum Besuch der Ausstellung eintrafen; nicht durch den türkischen Botschafter, wie dieser beanspruchte, sondern durch Andrassy wurden sie dem Kaiser vorgestellt und dadurch aus der Classe der türkischen Unterthanen, zu denen die Pforte sie rechnete, herausgehoben. Abdul Aziz nahm das sehr schlecht auf und blieb von der Ausstellung fort; ja die gereizte Stimmung, in die er gegen Oestreich gerathen war, machte sich im October auch auf diplomatischem Wege Luft, indem die türkische Regierung den östreichischen Generalconsul in Serajewo, Theodorowitsch, beschuldigte, die Bosnier aufgereizt und dadurch eine Anzahl Bewohner von Gradiska zur Flucht nach Oestreich und zu einer Beschwerdeschrift an die Großmächte bewogen zu haben. Die feste Sprache, in der Andrassy diesen Versuch des Angeklagten, sich zum Ankläger zu machen, zurückwies, bewirkte aber schnell genug ein Einlenken: der Statthalter von Bosnien wurde abberufen, den Flüchtlingen die straffreie Rückkehr gestattet und in Wien eine Note überreicht, die in bester Form die Entschuldigungen der Pforte aussprach.

Dem Besuche des deutschen Kaisers sah man anfänglich auch schon im Juni entgegen; aber da ein Unwohlsein dem greisen Monarchen um diese Zeit Schonung gebot, so ließ er sich einstweilen durch seine Gemahlin vertreten und traf erst Mitte October in Wien ein. Wenn es Deutschlands Verdienst gewesen war, das gute Einvernehmen zwischen Oestreich und Rußland wieder herzustellen, so schien jetzt Oestreich vermittelnd thätig zu sein, um zwischen den scandinavischen Ländern und Deutschland gute Beziehungen zu befördern. Der dänische Kronprinz kam während der Anwesenheit des Kaisers nochmals nach Wien, wo er beim Beginn der Ausstellung schon mit dem deutschen

Kronprinzen zusammengetroffen war, der mittlerweile nicht blos Schweden und Norwegen bereist, sondern auch Kopenhagen besucht hatte. Ob es zu ernsthaften politischen Verhandlungen, besonders über die Zurückgabe eines Theiles von Nordschleswig, gekommen und welchen Verlauf dieselben in diesem Falle genommen, ist bisher unbekannt geblieben; immerhin zeigten die fürstlichen Begegnungen an, daß eine erhebliche Annäherung zwischen Dänemark und Deutschland statt gefunden haben mußte, und daß die scandinavischen Länder sich der Politik des Dreikaiserbündnisses anschlossen.

Ungleich wichtiger als diese erfreuliche Thatsache war es aber, daß auch Italien den gleichen Schritt that. Groß war der Unwille der Ultramontanen und der Franzosenfreunde darüber, daß Victor Emanuel vom 17.—22. September 1873 als Gast Franz Josephs in Wien verweilte, um von da nach Berlin zu fahren; noch größer aber das Entsetzen darüber, daß der östreichische Kaiser grade am 20. September, dem Jahrestage des Einzugs der Italiener in Rom, eine große Truppenschau zu Ehren des Königs abhielt, während die Messe verboten wurde, welche die Ultramontanen an diesem Tage für die gefallenen päpstlichen Soldaten bestellt und angekündigt hatten. Wenn es für die schwere Krankheit des wirthschaftlichen Lebens, die durch den wiener Krach offenbar geworden war, ein äußerliches Heilmittel hätte geben können, so würde es in diesen demonstrativen Beweisen der Freundschaft und Friedseligkeit, zu denen die Ausstellung den mächtigsten regierenden Häuptern Anlaß gab, haben liegen müssen. Wenn Deutschland, Oestreich, Rußland, Italien und die scandinavischen Länder vertrauensvoll zusammenhielten, war der Friede des Erdtheils gesichert; man hatte nichts von den Agitationen der Ultramontanen in Frankreich, nichts von dem Auftauchen der orientalischen Frage zu fürchten; man konnte sich in Ruhe den Geschäften widmen und die schweren Wunden zu heilen suchen, welche die letzten Jahre geschlagen hatten. Was Oestreich insbesondere anlangt, so kam zu diesen friedlichen Gestaltungen der auswärtigen Politik noch die glückliche Entwickelung der inneren Verfassungsfragen; machte die Zerfahrenheit der Deák-Partei in Ungarn vielleicht einige Sorge, so wurde sie doch bald reichlich ausgeglichen durch den Entschluß der Linken, die neuen Verhältnisse anzuerkennen; und vollends in der diesseitigen Hälfte der Monarchie ließ sich Alles so gut an, wie man es unter so schwierigen Verhältnissen nur irgend wünschen konnte.

4. Die kirchliche Gesetzgebung in Cisleithanien.

Daß der Monarch mit der Geschäftsführung seiner Minister zufrieden sei, bewies eine Fülle von Ordensdecorationen, die er über sie

ausschüttete. Aber auch die öffentliche Meinung hielt mit ihrer Anerkennung im Allgemeinen nicht zurück. Wenn Depretis mancherlei Angriffen ausgesetzt war, so waren die nicht des lautersten Ursprungs und hingen auch kaum mit der Gesammtpolitik zusammen; außer gegen ihn aber wußte die Opposition eigentlich nur gegen Stremayr wegen seines entgegenkommenden Benehmens gegen den Clerus Anklagen, die einen gewissen Schein der Berechtigung hatten, zu erheben. In der That gehorchte der Cultusminister doch nur den Bedingungen der Lage, die er nicht ändern konnte. Er mußte, wie früher erwähnt, mit dem stark ausgeprägten kirchlichen Sinne des Kaisers rechnen, er durfte die halbwegs nachgiebige Haltung eines Theiles der Bischöfe, an deren Spitze der Beichtvater Franz Josephs, Cardinal Rauscher, stand, nicht unbenutzt lassen, er hatte endlich auch mit einer wirklich unverständigen, oder doch unpolitischen Opposition, beispielsweise in den Lehrerkreisen, zu kämpfen. Daß diese die Herrschaft der Kirche in der Schule möglichst schnell zu stürzen wünschten, war vielleicht begreiflich; aber sie ließen in ihrem Eifer, dieses Ziel zu erreichen, nicht blos die Grenzen des Möglichen ganz aus den Augen, sondern stürzten sich auch vielfach so sehr in die Agitation, daß die redliche, ernste, gewissenhafte Pflichterfüllung, nach dem Zeugnisse unbefangener Beobachter, darüber schweren Schaden litt. Als Stremayr durch eine Verordnung vom 4. Juli 1873 die religiösen Uebungen in den Volksschulen neu ordnete, begann dagegen eine Auflehnung, die durch straffes Einschreiten unterdrückt werden mußte. Auch in der Innsbrucker Universitätsfrage that der Minister den Heißspornen nicht genug. Er entschied dahin, daß die jesuitischen Theologen berechtigt seien, an der Rectorwahl Theil zu nehmen, offenbar durchaus consequent, da sie Glieder der Universität waren und nur, weil ihnen die Staatsangehörigkeit mangelte, nicht im Landtage sitzen, mithin nicht selbst das Rectorat bekleiden konnten. Er hob aber auch am 6. September das Privilegium der Jesuiten, aus ihrer Mitte die theologische Facultät in Innsbruck zu besetzen, vollständig auf, forderte von den zur Zeit angestellten Professoren die nachträgliche Erfüllung der staatlichen Bedingungen und änderte damit zwar nicht das Personal, wohl aber den Charakter der Facultät grundsätzlich um, eine Maßregel, die für den Augenblick ohne durchschlagende Bedeutung, für die Zukunft doch sehr wichtig werden mußte. Daß er den Jesuiten überhaupt nichts weniger als freundlich war, bewies er durch die Aufhebung mehrerer Niederlassungen, die sie ohne Ermächtigung begründet hatten. Auch gegen den Erzbischof von Olmütz, der sich weigerte, italienische Todtenscheinformulare ausfüllen zu lassen, weil er damit die Beraubung des Papstes anerkennen würde, schritt Stremayr mit der Androhung von hohen Geldstrafen so energisch ein, daß der Prälat sich schnell besann und der Weisung gehorchte.



Durch die mäßigen Zugeständnisse, die Rauscher gemacht wurden, gewann das Ministerium nun aber dessen Unterstützung bei den Reichstagswahlen, für die bereits im März die Agitation begann, obgleich sie erst im October statt fanden. Da von Seiten der staatsrechtlichen Opposition, die schon am 11. März auf einer Conferenz in Wien ihr Programm aufstellte, alle Kräfte aufgeboten wurden, um bei den ersten directen Wahlen möglichst viele Sitze zu erringen, war es von der höchsten Wichtigkeit, daß wenigstens ein Theil ihrer ultramontanen Bundesgenossen ihr abwendig gemacht wurde. Die liberalen Parteien traten gespalten in den Wahlkampf ein. In der Hohenwart'schen Zeit hatte eine Fraction der Verfassungstreuen, die s. g. Jungen, den damals nicht unberechtigten Gedanken vertreten, daß die Deutschen gegenüber den einseitigen nationalen Forderungen der Magyaren, Tschechen, Polen u. s. f. nicht ausschließlich das Interesse des Gesammtstaates, sondern auch das einseitig deutsch-nationale betonen müßten. Obgleich nun mit den veränderten Verhältnissen die Berechtigung dieses Standpunktes hinweggefallen war, dauerte doch ein gewisser persönlicher Gegensatz fort, der eine sachliche Begründung in der Annahme eines radicaleren Programms suchte. Junge und Alte hielten daher besondere Parteitage ab, jene in Wien am 27. April, diese in Teplitz am 16. Mai; in Wien tauchte überdies noch eine entschieden demokratische Fraction auf, die zuletzt dank der Unterstützung der Jungen ein halb Dutzend Sitze in der Hauptstadt eroberte. Das Ergebniß der Wahlen war, daß von 353 Abgeordneten ein starkes Drittel, 126, der staatsrechtlichen Opposition angehörte, und daß in der Mehrheit die durchweg conservativen Vertreter des Großgrundbesitzes 57, die liberalen Alten 105, die fortgeschritteneren Jungen mit ihrem Anhang von Demokraten 65 Sitze zählten. Somit war, wenn die Opposition vollständig eintrat, die Möglichkeit gegeben, daß sie bald mit den Jungen, bald mit den Großgrundbesitzern zusammen eine Mehrheit gegen die Regierung, die ja im Wesentlichen den Standpunkt der Alten einnahm, bildete. Diese Gefahr wurde aber vorerst durch das Fernbleiben der 42 Tschechen und der 3 Vorarlberger beseitigt. Von den 81 Mitgliedern der Opposition, die eintraten, gingen die 43 Polen ihre eigenen Wege, und die 38 Mitglieder, die sich als Rechtspartei unter Hohenwarts Führung stellten, waren in vielen Dingen auch nicht einmal einig unter einander. So gespalten mithin der neue Reichstag auch war, so lagen die Dinge doch für die Regirung und die Verfassungspartei sehr günstig und man durfte der weiteren Entwickelung mit Vertrauen entgegen sehen.

Der erste Zusammentritt der beiden Häuser erfolgte am 5. November 1873. Da aber noch für denselben Monat die Landtage einberufen waren, so erledigte der Reichsrath nach seiner Constituirung und einigen anderen formellen Acten, zu denen die Einberufung der ausge-

bliebenen tschechischen Mitglieder gehörte, nur die früher erwähnte Regirungsvorlage, die eine Anleihe von 80 Millionen zur Herstellung von Eisenbahnen und Errichtung von Vorschußcassen forderte. Die bequeme Gelegenheit, um mit dem Börsenschwindel der letzten Jahre abzurechnen, ließen sich natürlich beide Häuser nicht entgehen, und man wollte die Beobachtung machen, daß mancher Abgeordnete, der nicht in dem besten Rufe stand, jetzt in der Strenge der Kritik alle anderen zu überbieten suchte. Als der frühere Staatsanwalt Lienbacher von der Rechtspartei eine Untersuchung über die Ursachen der Krisis und über die Mittel ihr abzuhelfen und einer Wiederkehr vorzubeugen beantragte, stimmte natürlich Alles dafür; auch die Anleihe wurde bewilligt, freilich nicht, ohne daß ziemlich lebhafte Discussionen vorangegangen waren, die sich besonders auf die Frage bezogen, ob von den Vorschußcassen andere als pupillarische Papiere belehnt werden dürften. Das Abgeordnetenhaus verneinte die Frage anfänglich mit 119 gegen 116 Stimmen, als aber das Herrenhaus sie mit gewissen Beschränkungen bejahte, trat es nachträglich in einer Extrasitzung am 10. December mit 135 gegen 118 Stimmen auch diesem Beschlusse bei. In den Landtagen wurde mittlerweile von der staatsrechtlichen Opposition der Versuch gemacht, Erklärungen gegen die Gesetzlichkeit der Wahlreform zu Stande zu bringen. Allein das Unternehmen scheiterte fast überall, am glänzendsten in Galizien, wo der Antrag des Fürsten Czartoryski, einen Ausschuß mit dem Entwurfe eines solchen Protestes zu betrauen, mit 73 gegen 52 Stimmen abgelehnt wurde. In Mähren und Tirol wurde der Protest gleich fertig übergeben und von dem Präsidenten des Innsbrucker Landtags auch wirklich verlesen, während der mährische Landeshauptmann dies Verlangen als ungesetzlich zurückwies. In Vorarlberg gediehen die Dinge am weitesten; doch ehe der beantragte Beschluß noch gefaßt wurde, löste die Regirung den Landtag auf. Schlimmer als diese verschiedenen Fehlschläge war es für die Opposition aber, daß in ihrem eigenen Schoße vielfache Uneinigkeit ausbrach. Am härtesten wurden die Tschechen davon betroffen: nicht allein, daß ihre neun mährischen Reichsrathsabgeordneten sich entschlossen, mit dem neuen Jahre in den Reichsrath einzutreten; auch in Böhmen selbst ging das bisher mühsam bewahrte Einverständniß zwischen Alt- und Jungtschechen verloren. Der letzte gemeinsame Act war, daß die 33 Reichsrathsabgeordneten der beiden Fractionen am 23. November gemeinsam den Eintritt in den Reichsrath verweigerten; als dann aber anderen Tages die Alten das Fernbleiben auch von dem Landtage beschlossen, fügten sich die Jungen nur mit der Erklärung, daß sie ihre Mandate niederlegen und im Fall der Neuwahl sich ihre freie Entscheidung vorbehalten würden. In Folge dessen boten die Alten ihren ganzen Einfluß auf, um für den Reichsrath wie für den Landtag keinen der Jungen durchkom-

men zu lassen, und da sie von den Ultramontanen dabei kräftigst unterstützt wurden, behauptete sich bei den Neuwahlen zum Reichsrath wirklich nur der eine Sladkowski und bei den Wahlen zum Landtage nicht mehr als sieben der Jungen, die dann im September 1874 wirklich in die Versammlung eintraten. Von praktischer Bedeutung war dieser Umschwung zunächst wohl noch nicht, weil er sich in zu engen Grenzen vollzog; daß aber die Alttschechen die principielle Wichtigkeit dieser Vorgänge sehr schmerzlich empfanden, zeigte besser als etwas die Verleumdung, die sie ausstreuten: Fürst Bismarck habe die Jungen bestochen.

Bei der Wiedereröffnung des Reichsrathes am 21. Januar 1874 waren die Mähren und Vorarlberger erschienen und nur die Tschechen beharrten bei ihrer Enthaltung. Das ganze Interesse der Versammlung wurde sofort durch die lange erwarteten und nun endlich eingebrachten kirchlichen Gesetze Stremayrs in Anspruch genommen. Es waren derselben vier. Das erste regelte die äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche: das Concordat wurde schlechthin für aufgehoben erklärt; für die Erlangung geistlicher Aemter und Pfründen sollte die Staatsangehörigkeit Vorbedingung sein; alle Anstellungen seitens der Bischöfe mußten den weltlichen Behörden angezeigt werden; jede Beschränkung staatsbürgerlicher Rechte und jede Verletzung der staatlichen Gesetze seitens der Geistlichkeit wurde mit Strafe bedroht, die Verwaltung des kirchlichen Vermögens der Aufsicht des Cultusministeriums untergeordnet. Das zweite Gesetz bezog sich auf die klösterlichen Genossenschaften; neue Ansiedlungen sollten der Genehmigung des Staates bedürfen, dem auch die alten ihre Statuten und jährliche Mitgliederlisten einzuliefern hatten; Stiftungen und Geschenke von 3000 Gulden an hatte die Staatsbehörde zu bestätigen; bei dem Verdachte gesetzwidriger Vorgänge innerhalb einer Corporation durfte die Regirung eine Visitation anstellen; wenn die öffentliche Ruhe, der Friede der Familien, die Sittlichkeit bedroht wurde, die Aufhebung der Niederlassung verfügen. In dem dritten Gesetze wurde die Beitragspflicht der Pfründen zur Deckung der Bedürfnisse des katholischen Cultus geordnet; eine Pfründe bis zu 10,000 Gulden sollte ½ Procent, eine solche von 400,000 Gulden 12½ Procent zur Verbesserung des Einkommens der Seelsorge-Geistlichkeit und zur Verminderung der Staatszuschüsse beisteuern; die Zwischenstufen waren in allmälig steigendem Verhältniß herangezogen. Das vierte Gesetz endlich stellte die Bedingungen auf, unter denen neue Religionsbildungen, wobei man vorzugsweise an die Altkatholiken dachte, staatlich anerkannt werden sollten. Lehre, Gottesdienst, Verfassung und Benennung durften nichts Gesetzwidriges, sittlich Anstößiges oder Andersgläubige Verletzendes enthalten, und die Bildung mindestens einer Gemeinde mußte gesichert sein; für die Geistlichen wurde unter Anderem auch die Absolvirung eines Gymnasiums gefor-

dert. Ausführliche Motive, die allen diesen Gesetzen beigegeben waren, suchten sowohl den Standpunkt der Regirung im Großen historisch zu begründen, als die Einzelbestimmungen zu rechtfertigen.

Von Seiten der Rechtspartei und der Polen hatten diese Vorlagen natürlich den entschiedensten Widerspruch zu erwarten; aber auch die Demokraten und die Fortschrittspartei, wie sich die Jungen jetzt nannten, schienen zum Scheitern derselben beitragen zu wollen, indem sie mehr verlangten und durch ihren Führer Kopp die Verweisung an einen Ausschuß beantragten, der die Entwürfe rasch und umfassend ergänzen sollte. Die Mehrheit des Hauses lehnte diese Forderung zwar ab, indes doch nicht, ohne sie der bereits gewählten Commission zur Berücksichtigung zu empfehlen. Diese arbeitete denn auch in der That viele Bestimmungen der Vorlagen in liberalerem Sinne um und setzte überdies einen Unterausschuß ein, der ein fünftes Gesetz behufs Einführung der Civilehe verfassen sollte. Anfang März konnte die Generaldebatte über die erste Vorlage beginnen. Auf lebhafte Verhandlungen war man durch mancherlei Vorspiele zur Genüge vorbereitet, besonders durch eine Erklärung des Bischofs Zwerger von Graz, welcher die Gesetze als Gewaltacte bezeichnete, denen der Katholik keinen Gehorsam schulde. Auch die übrigen Bischöfe hatten ähnliche Erklärungen erlassen, doch war es nicht unbeachtet geblieben, daß sie sich zu keiner gemeinsamen Kundgebung, weder wie 1867 an den Kaiser, noch auch nur wie 1872 an das Ministerium vereinigt hatten. Der Papst selbst erhob seine Stimme erst am 7. März 1874, als die Verhandlungen im Abgeordnetenhause schon im vollen Zuge waren. In einer unendlich langen Encyclica versicherte er, daß die Regirungsvorlagen die Kirche in die verderblichste Knechtschaft bringen würden, daß sie trotz des Scheines von Mäßigung, den sie zur Schau trügen, von derselben Natur und Tragweite wie die preußischen seien, und daß die Aufhebung des Concordates lehre, wie die Treue in diesen traurigen Zeiten alle Geltung verloren habe. Auf die katholische Gesinnung des Kaisers setzte Pius nur noch schwache Hoffnungen; doch beschwor er ihn gleichzeitig in einem neuen Handschreiben, die schmachvolle Knechtschaft von der Kirche abzuwenden. Die Antwort, welche er darauf erhielt, war zwar ungemein freundlich und milde gehalten, allein eine um so schärfere Begleitnote aus Andrassys Feder schnitt jede Aussicht ab, daß an höchster Stelle noch ein Gesinnungswechsel möglich sei. Von Seiten der Bischöfe und des feudalen Adels wurde die Agitation trotzdem noch fortgeführt; eine Volksversammlung vom 19. März, in der die Liechtenstein, Schwarzenberg, Metternich und andere hocharistokratische Personen erschienen, schlug sogar noch einen sehr zuversichtlichen Ton an und pochte auf die Zustimmung der slawischen Massen, des deutschen Bauern und des Papstes in Rom, „der höchsten Stelle auf Erden“. Auch im Abgeordneten=

hause hatten manche Redner in den ebenso erregten wie geistvollen Debatten vom 5. bis 9. März sehr ungeberdig gesprochen; der tiroler Pater Greuter und sein Landsmann Giovanelli erklärten gar im Namen ihres Heimatlandes, es werde den neuen Gesetzen niemals gehorchen. Darauf blieben aber weder Stremayr noch Auersperg die Antwort schuldig. Mit einer Schärfe, wie man sie ihm nicht zuzutrauen pflegte, erklärte jener, die Regirung werde die Religion nicht zu staatsgefährlichen Umtrieben gebrauchen lassen, noch gestatten, daß aus den Dienern Gottes Mandatare der staatsrechtlichen Opposition würden; und mit noch größerer Lebhaftigkeit fügte der Ministerpräsident hinzu, er setze sein Wort dafür ein, daß die Regirung, so lange er an der Spitze stehe, die Autorität des Gesetzes wahren und nicht zu einer Unterbehörde der Curie herabsinken werde; die revolutionären Drohungen nehme er nicht ernst; sollten sie aber zur That werden, dann besitze die Regirung Energie genug, den Kampf aufzunehmen und ihn zum Vortheil der staatlichen Autorität durchzuführen. Mit 224 gegen 71 Stimmen wurde darauf der Eintritt in die Specialdebatte beschlossen und diese bis zum 16. März in allen Stadien durchgeführt. Das Herrenhaus erledigte das erste Gesetz vom 10. bis 13. April 1874. Eine Erklärung der Bischöfe, die im vollen Ornate und mit großer Feierlichkeit im Hause erschienen, um gegen jede Verletzung des Concordates zu protestiren, und ein Antrag auf Tagesordnung, der von den Feudalen gestellt war, wurden kurz beseitigt, worauf die Bischöfe sich der ferneren Theilnahme an den Sitzungen enthielten. Die Mehrheit für das Gesetz betrug 34 Stimmen; einige Abweichungen von der Fassung des Abgeordnetenhauses wurden von diesem am 17. April genehmigt, und damit war das Gelingen des ersten und wichtigsten der vier Gesetze gesichert. Auch das dritte und vierte gelangte bis Anfang Mai, und zwar ohne erhebliche Zwischenfälle, zur Annahme; dagegen scheiterte das zweite über die Stellung der Klöster daran, daß die Mehrheit des Abgeordnetenhauses die Begründung neuer Niederlassungen nicht von der Zustimmnng der Regirung, sondern von der Annahme eines Specialgesetzes in jedem einzelnen Falle abhängig machen wollte. Das Herrenhaus, welches darauf und auf ein paar andere Abänderungen einzugehen keine Lust hatte, begrub die Vorlage deshalb in seiner Commission, und das Ministerium war damit ganz zufrieden. Daß aus dem Entwurf eines Civilehegesetzes nichts wurde, war unter diesen Umständen ganz begreiflich, und wer die zahlreichen Schwierigkeiten erwog, die das Ministerium nach oben hin zu überwinden hatte, konnte dem letzteren sicher keinen Vorwurf daraus machen, wenn es dem Drängen der Fortschrittspartei sich fest entgegenstemmte. Diese kam zu wiederholten Malen darauf zurück und erreichte wenigstens soviel, daß im Abgeord=

netenhause am 9. Februar 1876 ein Entwurf durchging, der die Verehelichung von Juden und Christen, von Priestern, die aus der katholischen Kirche ausgetreten seien, von geschiedenen Protestanten u. s. f. gestattete; aber auch diese beschränkte Vorlage ward vom Herrenhause ein Jahr später verworfen, und die Regirung war damit ganz zufrieden, da ihr die Gestalt, welche das Abgeordnetenhaus ihrem Entwurfe gegeben hatte, keineswegs zusagte. Dem Episcopat gegenüber hatte das Ministerium einen leichteren Stand, als von vornherein zu erwarten war. Theils Cardinal Rauschers Bemühungen, theils des Papstes eigener Initiative war es zu danken, daß die neuen Gesetze unter dem Vorgeben, man erfülle nur die Bestimmungen des noch immer rechtsgültigen Concordates, fast überall befolgt wurden; zum großen Aerger der Heißsporne traf schon Mitte April ein neuer Nuntius, Jacobini, in Wien ein, der nach allen Seiten hin beschwichtigend wirkte, und so war denn schon nach einigen Monaten der neue Rechtszustand thatsächlich überall in Kraft getreten. Daß die Regirung dabei manchmal ein Auge zugedrückt habe, wurde von Stremayr im December 1874 „mit dem ganzen Nachdruck des guten Gewissens" in Abrede gestellt; das Ministerium habe, so versicherte er, ganz und voll, wenn auch ohne Animosität und Ostentation, seine Pflicht erfüllt und werde das auch ferner thun, unbekümmert um die Vorwürfe von rechts und links und das hetzende Tagesgeschrei. Aber das blieb trotz alledem wahr und bestätigte sich auch weiterhin bei jeder Gelegenheit, daß die Kirche durch die Größe ihres Einflusses noch zu gar mancher berechtigten Klage Anlaß gab und das Ministerium gleichwohl außer Stande war, vom Kaiser die Genehmigung zur Abhülfe zu erreichen. Wie wenig sich in der persönlichen Stellung des Monarchen geändert hatte, ließ sich besonders deutlich aus den Worten ersehen, die er im September 1874 auf eine Anrede des prager Erzbischofs Fürsten Schwarzenberg erwiderte, als dieser ihn bei einem Besuche in Prag feierlich begrüßte und dabei in sehr zweideutigen Wendungen von den blutigen und unblutigen Verfolgungen sprach, denen die Kirche ausgesetzt sei. Franz Joseph meinte darauf, er habe sich leider bisher nicht, wie sein Herz es verlangt, Verdienste um die Kirche erwerben können, aber doch Vieles verhindert, was ihr weit schädlicher hätte werden müssen als das, was wirklich zu ihrem Nachtheil geschehen sei; er verspreche, sie auch fernerhin nach Kräften zu schützen. Ganz besonders mochte ihm dabei der Widerstand vorschweben, den er geleistet, um eine Anerkennung und Förderung des Altkatholicismus zu verhüten. Wie die Dinge zur Zeit lagen, waren die altkatholischen Geistlichen in Oestreich durchaus nicht im Stande, rechtsgültige Ehen einzusegnen; ihre Anhänger wurden, wenn sie nicht ausdrücklich aus der Kirche austraten, einfach an die katholischen Priester

verwiesen, die ihnen als Excommunicirten die Sacramente verweigerten. Durch den Austritt aus der katholischen Kirche konnten sich die Altkatholiken natürlich die Rechte erwerben, welche durch das Gesetz von 1874 allen Religionsgesellschaften zugesichert waren; aber gerade dieser Austritt war ihnen ja unmöglich, weil sie behaupteten, die wahren Katholiken zu sein. Im März 1875 legte nun der confessionelle Ausschuß des Abgeordnetenhauses einen Gesetzentwurf vor, der die größten Härten beseitigen und den Altkatholiken die Gemeindebildung ermöglichen sollte, ohne ihnen doch Antheil an dem Kirchenvermögen zuzugestehen. Selbst dieser Entwurf aber, soweit er auch hinter dem preußischen zurück blieb, ging den Ministern zu weit; sie enthielten sich der Theilnahme an der Discussion vollständig und verließen sich, als er trotzdem am 17. März 1875 mit kleiner Mehrheit angenommen wurde, auf das Herrenhaus, das denn auch im Januar 1876 auf Antrag seines Ausschusses ohne ein Wort der Debatte darüber zur Tagesordnung überging. Erst im October 1877 entschlossen sich die Altkatholiken zu dem schweren Schritte, sich auf Grund des Gesetzes von 1874 zu constituiren, worauf das Ministerium natürlich sofort ihre staatliche Anerkennung verfügte.

Ein anderer Punkt, bei dem das Zurückweichen Stremayrs handgreiflich ans Licht trat, war die Regelung der Schulverhältnisse in Tirol. Trotz des Gesetzes von 1868 hatte sich der Innsbrucker Landtag noch nicht dazu bequemt, die nöthigen Maßregeln zur Beschränkung des geistlichen Einflusses in der Schule zu treffen; eine kaiserliche Verordnung hatte zwar diesem Mangel abgeholfen, aber sie konnte jeden Augenblick zurückgenommen werden. Als nun der Abgeordnete Wildauer, Ende November 1874, den Antrag stellte, daß der Reichsrath selbst eingreifen möge, verhielt sich der Cultusminister dazu durchaus entgegenkommend, während die Rechtspartei und die Ultramontanen Alles aufboten, um den Angriff abzuschlagen. Wirklich verging ein volles Jahr, ehe der Wildauer'sche Entwurf aus der Commission, die ihn berathen sollte, wieder an das Haus kam, und diese Frist hatte die Ansichten Stremayrs soweit geändert, daß er zwar immer noch den Antrag für zulässig und die leidenschaftlichen Proteste der Gegner, die sogar den Saal verließen, als ihr Einspruch nicht gehört wurde, für unbegründet erklärte, trotzdem aber die Ablehnung des Antrags forderte, weil derselbe nicht zeitgemäß sei und überdies nichts nützen würde; denn für die dringendsten Fragen, wie die Errichtung neuer Schulen, die Besoldung der Lehrer u. dergl. könne man die Mitwirkung des Landtags doch schlechterdings nicht entbehren. Als der Antrag dann gleichwohl gegen die Stimmen der Minister von allen Anwesenden am 15. November 1875 angenommen wurde, ersparte wiederum das Herrenhaus dem Ministerium weitere Unannehmlichkeiten,

indem es am 20. December den Beschluß der Abgeordneten mit Stimmengleichheit ablehnte. Die Entscheidung über das vierte der großen confessionellen Gesetze, das Klostergesetz, zog sich noch länger hinaus. Nachdem das Abgeordnetenhaus es, wie erwähnt, im Mai 1874 noch erheblich verschärft hatte, kam es im Herrenhaus erst im Januar 1876 zur Debatte. Der Antrag Schwarzenbergs, zur Tagesordnung überzugehen, wurde abgelehnt und sodann in eingehender Berathung die Fassung des Abgeordnetenhauses nicht allein nicht abgeschwächt, sondern trotz des Einspruchs der Minister noch verschärft, das ganze Gesetz am 17. Januar genehmigt. Seitens der Abgeordneten nahm man keinen Anstand allen Wünschen der ersten Kammer am 21. Februar 1876 beizutreten, und so würde das Gesetz haben publicirt werden können. Statt dessen erklärte Stremayr auf Grund eines Beschlusses des Ministerrathes, daß dieser es dem Kaiser nicht zur Genehmigung empfehlen könne, sondern an seiner ursprünglichen Vorlage festhalten müsse. Da somit gar nichts zu Stande kam, gingen die Bischöfe, die noch im Januar 1876 eine neue gemeinsame Erklärung gegen jedes Klostergesetz, welches auch seine Fassung sein möchte, erlassen hatten, als Sieger aus dem Streite hervor, und man durfte dieses Ergebniß immerhin als einen Beweis dafür ansehen, daß die fortgeschrittenen Liberalen nicht wohl daran thaten, das Ministerium über die von ihm selbst als unüberschreitbar erkannten Grenzen hinausdrängen zu wollen.

Innerhalb dieser Grenzen geschah doch immerhin schon genug, um der Geistlichkeit zu zeigen, daß es mit ihrer früheren Allmacht vorüber sei. Der Olmützer Bischof wurde gezwungen, die Einkünfte erledigter Pfründen an den Religionsfonds abzuführen; in die Innsbrucker Facultät wurden zwei nicht jesuitische Theologen berufen; im December 1875 gestattete das Cultusministerium die Bildung zweier protestantischer Gemeinden in Tirol, ein äußerst empfindlicher Schlag für die Vorkämpfer der Glaubenseinheit. Sie protestirten dagegen denn auch bei der Eröffnung der nächsten Landtagssession, am 9. März 1876, in sehr unparlamentarischer Weise, indem sie eine Erklärung abgaben, die ein vollständiges Sündenregister der Regirung enthielt, und dann — obwohl sie die Mehrheit bildeten — die Versammlung verließen. Der Minister des Innern, von Lasser, löste darauf den Landtag wegen des pflichtwidrigen Benehmens seiner Majorität auf; aus den Neuwahlen im April 1877 ging die letztere aber noch um einige Mitglieder verstärkt als Siegerin hervor und wiederholte ihren Protest, wenn auch diesmal ohne den Saal zu verlassen. An einen Umschwung der Volksstimmung war in Tirol noch auf lange hinaus nicht zu denken und die Geistlichkeit war hier fanatischer als in vielen andern Kronländern, in denen sich doch manche Spuren des Einlenkens bemerklich machten. So war schon seit Mitte 1875 nach und nach von den Bischöfen der

langjährige Widerstand gegen die Schulgesetze aufgegeben; der neu ernannte Bischof Binder von St. Pölten war der erste, der alle mit den Staatsgesetzen unvereinbaren bischöflichen Verordnungen aufhob. Selbst der leidenschaftlichste aller Prälaten, Rudigier von Linz, ließ sich von Rom die Brücke zum Rückzug bauen, indem er sich von dem Nuntius Jacobini die Meldung verschaffte, der Papst widerspreche nicht der Meinung, daß die Kirche sich der Forderung des Staates, ihm von der Anstellung eines Seelsorgers Anzeige zu machen, fügen könne (non dissentit tolerari posse). Kurz, wenn die Beschränkungen des clericalen Machtgebietes auch nicht so umfassend waren, wie man es wohl hätte wünschen mögen, so wurde doch das Bereich, welches der Staat für sich in Anspruch nahm, wirklich festgehalten und von der Kirche auch thatsächlich geräumt, und wer das Concordatsjahr 1855 mit dem Jahre 1875 verglich, mußte sich sagen, daß der Fortschritt für den Zeitraum von zwei Decennien doch ein ungeheuerer sei.

5. Der Umschwung in Ungarn.

Auch in Ungarn beschäftigte man sich mit kirchlichen Fragen sehr lebhaft und legte vor Allem sehr großen Nachdruck auf die Einführung der Civilehe. Auch hier war es wohl vornehmlich die Rücksicht auf den Monarchen, die trotzdem die Erfüllung dieses Verlangens vereitelte. Obgleich schon im Mai 1874 ein Ausschuß des Unterhauses einen Gesetzentwurf vorlegte und der Cultusminister denselben billigte, so ging die Mehrheit doch auf den nachträglich ausgesprochenen Wunsch der Regirung ein und setzte die Berathung am 21. Juni von der Tagesordnung ab, wogegen sie das Versprechen erhielt, daß in der nächsten Session von Seiten des Ministeriums die Sache in Angriff genommen werden solle. In der Thronrede vom 31. August 1875 wurde dann auch eine Vorlage angekündigt, welche die Schwierigkeiten der Ehegesetzgebung, so weit das Bedürfniß dazu vorliege, lösen werde; aber schon diese vorsichtige Fassung zeigte, daß kein durchgreifendes Vorgehen zu erwarten sei, und als die Vorlage dann endlich am 6. November erfolgte, bezog sie sich in der That nur auf die Ehen zwischen Juden und Christen, sowie auf die Wiederverehelichung geschiedener Katholiken. Auch das cisleithanische Ministerium machte nun dem Reichsrathe eine ähnliche, oben erwähnte Vorlage; aber hüben wie drüben wollte es nicht recht glücken. Wenn in Wien der Regirungsentwurf im Abgeordnetenhause mit so bedeutenden Aenderungen angenommen wurde, daß die Minister selbst dagegen stimmten, so hatte man in Pest mit anderen, hochpolitischen Fragen soviel zu thun, daß man die Berathung immer weiter hinausschob.

Das Ministerium Szlavy hatte während des ersten Halbjahrs von 1873 noch die mühevollen Unterhandlungen fortzusetzen, die schon zu Lonyays Zeiten zwischen der kroatischen Landtagsdeputation und den Abgeordneten des pester Reichstages über die Revision des Ausgleichs von 1868 gepflogen waren. Am 29. Juni 1873 wurde endlich eine Verständigung zwischen den beiden „Regnicolardeputationen" erzielt. Was die Kroaten erreichten, war nicht eben von großer Bedeutung. Während sie bisher von ihren eigenen Einnahmen im Höchstbetrage nur $3^1/_5$ Millionen behielten, sollten sie künftig 45 Procent derselben auch dann bekommen, wenn dadurch jene Summe überstiegen würde; ferner sollte Ungarn die Deckung des Deficits übernehmen, das für Kroatien zu erwarten stand, wenn ihm die kroatisch-slavonische Militärgrenze einverleibt würde, wozu durch ein Gesetz vom 20. Juni 1873 die Einleitungen getroffen waren. Der Banus von Kroatien sollte niemals ein militärisches Commando führen dürfen; die Zahl der kroatischen Deputirten zum Unterhause wurde von 29 auf 34 erhöht. Im Agramer Landtage, der am 25. August 1873 wieder zusammentrat, erhob sich gegen diesen Ausgleich die äußerste Rechte unter der Führung des Barons Rauch und die nationale Linke, an deren Spitze Makanetsch und Bischof Stroßmayer standen; aber eine sehr große Mehrheit, 79 gegen 20 Stimmen, nahm die Vorlage am 5. September 1873 an. Ihr Führer Mazuranitsch wurde darauf zum Banus ernannt, und nachdem Anfang November auch der ungarische Reichstag seine Zustimmung gegeben hatte, wurde der neue Ausgleich publicirt. Die nationale Agitation gab sich deshalb natürlich doch nicht zur Ruhe. Aeußerst lebhaft wurde sie von den Serben betrieben, theils in den omladinistischen Umtrieben der Miletitsch und Genossen, theils auf dem Carlowitzer Nationalcongreß, der im Juli 1874 wieder zusammenkam, um die erledigte Patriarchenstelle zu besetzen. Seine erste Wahl, die den frühern Verweser Stoikowitsch traf, wurde von der Regirung nicht bestätigt; erst bei der Neuwahl am 1. August, die auf den rumänischen Metropoliten Ivacscowitsch fiel, kam eine Verständigung zu Stande.

Im Pester Reichstage hatte sich inzwischen im November 1873 ein wichtiger Umschwung angebahnt. Im Hinblick auf die unendlich traurige Lage der Finanzen erklärte sich der Führer der gemäßigten Linken, Koloman Ghyczy, in einer Clubsitzung dahin, daß man den staatsrechtlichen Hader aufgeben, den Ausgleich von 1867 anerkennen und gemeinsam mit der Deákpartei energisch an der Beseitigung des Deficits arbeiten müsse. Da die Mehrheit des Clubs auf Betrieb des anderen Führers, Koloman Tisza, diese Vorschläge gänzlich zurückwies, legte Ghyczy am 15. November 1873 sein Mandat nieder und setzte seinen Wählern die Gründe ausführlich auseinander. Die Folge davon war, daß er am 10. December wieder gewählt wurde und nun aus

der Linken eine Fraction von etwa 30 Mitgliedern um sich sammelte. Dadurch war in die Regirungspartei ein neuer Gährstoff geworfen. Es lag auf der Hand, daß Ghyczy mit seinem neuen Programme den liberalen Deákisten viel näher stand, als der conservative rechte Flügel, der scheinbar das Ministerium noch stützte. Aber doch eben nur scheinbar; denn wie hülflos das letztere den unberechenbaren Spaltungen in seiner eigenen Partei gegenüber dastand, zeigte sich als am 20. November die nochmalige Prüfung des schon erledigten Budgets für 1874 beschlossen wurde. Der Finanzminister Kerkapolyi legte darauf mit einem seiner Collegen sein Amt nieder; Szlavy selbst schien Neigung zu haben diesem Beispiele zu folgen; durch ein Vertrauensvotum ließ er sich jedoch bewegen vorläufig auf seinem Posten zu bleiben und nach einem Ersatz der beiden Ausgeschiedenen zu suchen. Allein da Niemand mehr an die Dauerhaftigkeit des Cabinets glaubte, bekam er nichts als abschlägliche Antworten, und mußte endlich selbst am 20. December die Finanzen noch mit übernehmen, während der Handelsminister Graf Zichy mit seinem Portefeuille noch das der Verkehrsanstalten vereinigte. Nun folgten ein paar Monate, während deren das so verstümmelte Cabinet zwischen Leben und Sterben hing. Der Preis, um den es sich behaupten konnte, um den aber auch jedes andere Ministerium der Nation recht gewesen wäre, bestand in einem gesunden Finanzprogramm. Um dies mit vereinten Kräften auszubilden, hatte der Reichstag Ende 1873 einen großen Ausschuß niedergesetzt, in dem alle Parteien vertreten waren; aber statt die Eifersüchteleien zu unterdrücken und die politischen Gesichtspunkte in den Hintergrund zu drängen, machten sich grade diese in der Commission breit, so daß keinerlei praktische Ergebnisse gewonnen wurden und der Ausschuß endlich seine Aufgabe einem Unterausschuß übertrug, der natürlich nicht viel fruchtbarer war. Während dieser noch mit seinen Berathungen beschäftigt war, sah sich Szlavy zu einer Vorlage genöthigt, die seinem Ansehen einen letzten schweren Stoß gab. Zu den verwerflichsten Ausnutzungen seines Amtes, die Lonyay sich hatte zu Schulden kommen lassen, gehörte die Gründung der Ostbahngesellschaft, in deren Verwaltungsrath der Bruder und eine Reihe von Hausfreunden des Ministerpräsidenten mit einigen anderen Koryphäen der Deákpartei, dem Hofkanzler Baron Bay, dem ehemaligen Justizminister Horvath, einem Grafen Zichy u. A. saßen. Diese Männer hatten mit allen Gründerkünsten daran gearbeitet das Actiencapital in ihre Taschen hinüberzuspielen und der Gesellschaft ein Deficit von 24 Millionen Gulden zu Wege zu bringen. Bei Lonyays Sturz hatte das Ministerium Szlavy nicht den Muth gefunden kräftig einzuschreiten, sondern die bisherige Praxis des Nichtsehenwollens fortgesetzt. Als nun der Krach kam, gerieth die Gesellschaft in die höchste Noth und der Bankerott

wäre unvermeidlich gewesen, wenn nicht die Nationalbank 15 Millionen vorgeschossen hätte. Ende Januar 1874 lief aber die Frist, wo der Vorschuß zurückgezahlt werden mußte, ab; erneuern wollte ihn die Nationalbank nicht, da die Zahlungsunfähigkeit der Ostbahn zweifellos war; es stand also eine höchst schmähliche Katastrophe vor der Thür, die für Szlavy um so peinlicher war, als die Nationalbank auf das ganze Vorschußgeschäft nur auf Bürgschaft des ungarischen Ministeriums eingegangen war. Für den Verlust, der sie jetzt zu treffen drohte, war somit die pester Regirung verantwortlich, nur Szlavy war deshalb ehrenhalber verpflichtet, von dem Reichstage zu fordern, daß er mit dem Staatscredit eintrete. Am 31. Januar 1874 begann die Debatte über dieses Ansinnen. Leidenschaftlich und rücksichtslos wie die Vorwürfe der Linken, waren die Antworten der Minister; aus ihrer eigenen Partei wagte Niemand sie zu verteidigen; nur weil sie bestimmt erklärten, mit dem Gesetze zu fallen, gewannen sie schließlich eine Mehrheit von 166 gegen 155 Stimmen. Aber der Sieg konnte ihre Existenz doch nicht mehr retten; nachdem auch das Oberhaus, und zwar mit allen gegen 4 Stimmen, die Ostbahnvorlage am 7. Februar angenommen hatte, brach die Ministerkrisis aus. Am 1. März reiste Szlavy nach Wien, um dem Könige Bericht zu erstatten; dieser kam selbst nach Pest, berief die Führer aller Parteien, auch Koloman Tisza, zu sich, besuchte Deák, der seit Monaten auf dem Krankenbette lag, um seinen Rath zu vernehmen, und bewog nicht ohne Schwierigkeiten den Präsidenten des Unterhauses, Bitto, und Koloman Ghyczy die Regirung zu übernehmen. Jener wurde Ministerpräsident, dieser Finanzminister; den Handel gab Zichy an Bartal ab, behielt aber selbst die Verkehrsanstalten; nur Szlavy trat ganz zurück, alle übrigen Minister blieben; am 21. März 1874 war die Krisis beendigt.

Einen langen Bestand konnte man doch auch diesem neuen Cabinette kaum in Aussicht stellen. Bitto betonte zwar in seiner ersten Rede vor dem Reichstage sehr stark, wie werthvoll es sei, Ghyczys Mitwirkung gewonnen zu haben; aber dieser selbst lehnte ausdrücklich die moralische Verantwortlichkeit für Alles, was außer seinem Ressort geschehe, ab und wollte nur in der Ordnung der Finanzen seine Aufgabe erkennen; ja, was noch bedenklicher war, nicht einmal für diese beschränkte Mitwirkung hatte er die volle Zustimmung seiner Fractionsgenossen; ein Theil derselben wandte sich zu Tisza zurück, um wie dieser dem Ministerium zwar keine unbedingte Opposition zu machen, aber seine Unterstützung doch nur dann in Aussicht zu stellen, wenn dasselbe Gesetzentwürfe zur Abänderung des Ausgleichs mit Oestreich vorlege. Allein auf diesem Wege glaubte die Linke auch die finanziellen Schwierigkeiten beseitigen zu können. Sie behauptete, daß Ungarn durch die Bestimmungen von 1868 über Verhältniß belastet sei, während die

Cisleithanier umgekehrt dasselbe für sich behaupteten. Jedenfalls war die augenblickliche Noth durch Ausgleichsverhandlungen nicht zu heilen, da doch Niemand erwarten konnte, daß man in Wien freiwillig vor dem Ablauf der Verträge in eine nachtheilige Abänderung derselben willigen würde. Ghyczy suchte deshalb nach andern Mitteln, und das nächste war eine Anleihe, die zur Deckung des Deficits mit verwendet werden sollte. In seiner Budgetvorlage für 1875 gelang es ihm mancherlei Ersparungen anzubringen; für die 25 Millionen aber, die trotzdem als Deficit blieben, wollte er nur zur Hälfte aus Anleihegeldern, zur andern Hälfte durch neue Steuern Deckung schaffen. Damit war eigentlich Nimand zufrieden. Das Mißtrauen gegen den Finanzminister äußerte sich gleich lebhaft in den Reihen seiner früheren Parteigenossen, wie inmitten der Deákisten; die Conservativen unter Sennyeys Führung und Lonyay mit seinem Anhang blieben mit ihren Angriffen auch nicht zurück. So war die Stellung Ghyczys bald vollständig erschüttert und weder aus der trostlosen Lage der Finanzen, noch aus dem verfahrenen Parteigetriebe schien ein Ausweg sich zu eröffnen, als zu allgemeiner Ueberraschung Koloman Tisza am 3. Februar 1875 eine Rede hielt, in der er die bisherige Opposition gegen die Ausgleichsgesetze von 1867 mit einem Schlage aufgab, und die Finanznoth für so dringend erklärte, daß alle Parteien an ihrer Beseitigung mitarbeiten müßten. Andre Vorschläge als Ghyczy hatte er doch in der That nicht zu machen und die nächste Folge seiner Rede war auch, daß eine große Majorität denselben zustimmte. Aber das Ministerium selbst betrachtete sich fortan als unmöglich und gab zu verstehen, daß es zurücktreten werde, wenn der König einverstanden sei, Tisza in seinen Rath zu berufen, wenn er, mit anderen Worten, um die Opposition auf den Boden des Ausgleichs hinüberzuführen, ihr die Möglichkeit geben wollte, diesen Ausgleich durch neue Verhandlungen in einer für Transleithanien vortheilhaften Weise umzugestalten. Bitto begab sich persönlich nach Wien und erwirkte die Erklärung des Monarchen, daß er Tisza empfangen wolle. Dann wurden Verhandlungen zwischen den Deákisten und der bisherigen Opposition begonnen, die am 19. Februar 1875 zu einer Verständigung über alle brennenden Fragen führten. Franz Joseph kam darauf selbst nach Pest und am 3. März war das neue Cabinet fertig. Den Vorsitz übernahm provisorisch der Baron Wenckheim, ein Deákist; fünf andere Ministerien blieben in den Händen seiner Parteigenossen, darunter das der Finanzen, das Szell übernahm, ein eifriger Verteidiger der Ghyczyschen Steuervorlagen; Tisza erwählte für sich das Portefeuille des Innern und übertrug seinem Freunde Baron Simonyi den Handel, Pechy die öffentlichen Arbeiten. Ghyczy, der das siebzigste Lebensjahr überschritten hatte, zog sich wohl gern in das Privatleben zurück; wenn ihm seine

kurze Ministerlaufbahn viel Undank eingetragen hatte, so durfte er sich doch sagen — und der König selbst sprach es aus — daß er dem Lande die größten Dienste geleistet habe. Denn nur dem Muthe, mit dem er der Unpopularität getrotzt, war es zu danken, daß das Eis gebrochen und die Opposition bis auf einen geringen Ueberrest auf den Boden des Ausgleichs hinübergeleitet war. Vor diesem principiellen Gewinn traten doch die Gefahren, die aus dem Verlangen, den Ausgleich materiell beim Ablauf der zehnjährigen Frist umzuändern, nothwendiger Weise entspringen mußten, tief in den Schatten zurück; aber das konnte man schon damals kaum verkennen, daß es Cisleithanien sein werde, das durch allerlei Opfer den Preis für die Nachgiebigkeit der magyarischen Opposition zu zahlen habe.

6. Die Erneuerung des Ausgleichs.

Dies Verlangen kündigte das Ministerium Tisza denn auch gleich in seinem Programme an: es versprach den Magyaren eine Nationalbank zu verschaffen und das Zoll- und Handelsbündniß mit Oestreich zu kündigen. Außerdem stellte es noch acht andere Punkte auf und schuf damit die Grundlage, auf der sich die neue liberale Partei constituirte. Sie zählte etwa 350 Mitglieder, die Opposition zur Rechten und Linken verfügte zusammen über kaum hundert Stimmen. Schon dieser geringen Zahl wegen war sie nicht zu fürchten, auch wenn sie nicht aus den äußersten Extremen bestanden hätte. Nur die spärlichen Vertreter der fremden Nationalitäten, der Serben, Rumänen, Sachsen, Slovaken, nahmen den Kampf gegen das neue Ministerium sofort auf; waren sie doch aus dem Regen unter die Traufe gekommen, da die blinde Magyarisirungswuth der Deákisten von der Linken noch überboten wurde. Die heftigen Scenen, die besonders der leidenschaftliche Führer der Serben, Miletitsch, heraufbeschwor, waren die natürliche Antwort auf die Verwaltungsmaßregeln des neuen Cabinets, das selbst die materiellen Interessen des Landes, z. B. im Eisenbahnbetriebe, schädigte, um die magyarische Sprache zur ausschließlich berechtigten zu erheben. Im Uebrigen verlief der Rest der parlamentarischen Session ohne wichtigere Zwischenfälle; ein Conflict mit dem Oberhause, das anfangs die Verminderung der Gerichtshöfe erster Instanz ablehnte, wurde durch die schnelle Nachgiebigkeit der Magnaten erledigt und am 24. Mai 1875 konnte der Reichstag geschlossen werden und die Wahlcampagne beginnen, die über die neue Zusammensetzung des Parlamentes entscheiden sollte.

In der deutsch-slawischen Hälfte der Monarchie hatte sich mittlerweile nicht viel geändert. In Böhmen gewannen die Jungtschechen

langsam an Boden, während die Alten sich immer schroffer und verbitterter zeigten; die Landtage nahmen ihren ungestörten Verlauf; für die wachsende Beruhigung konnte als ein Symptom gelten, daß der energische Statthalter und Commandant Baron von Koller am 15. Juni 1874 zum Nachfolger des bisherigen Kriegsministers Kuhn berufen und darauf die Civil- und Militärverwaltung des Königreiches wieder getrennt wurde. In Galizien setzten die Ruthenen ihren tapferen Widerstand gegen die polnische Majorität fort und dienten der Verfassung als werthvolle Stütze. Die Slowenen in Krain verloren im Januar 1875 ihren begabtesten Führer Costa durch den Tod und erlitten einen noch schwereren Schlag durch die Erhebung des sehr gemäßigten Pogatschar auf den erzbischöflichen Stuhl. In Tirol entschlossen sich die liberalen Italiener 1875 auf dem Landtage zu erscheinen; in Istrien und Dalmatien machte es einen versöhnlichen Eindruck, daß der Kaiser im April 1875 den König Victor Emanuel in Venedig besuchte und dann die beiden Provinzen durchreiste. Alles in Allem war also die Befestigung der bestehenden Verfassung in erfreulichem Wachsthum begriffen; dazu erlahmte die Opposition der Ultramontanen sichtlich, und die Vorgänge in Ungarn übten doch auch ihre förderliche Rückwirkung. Auch an Schattenseiten fehlte es freilich nicht. Die furchtbare moralische Versumpfung, die durch das Gründerthum in den oberen Schichten Platz gegriffen hatte, kam in ihrer ganzen Scheußlichkeit an den Tag, als im Januar und Februar 1875 vor dem wiener Schwurgericht einem der ärgsten Speculanten, dem Ritter Ofenheim von Ponteuxin, der Proceß gemacht wurde. Das Schlimmste war doch, daß die Geschworenen ihn freisprachen; obgleich die moralische Verwerflichkeit seiner Geschäftsführung, der nach der Anklage Bestechungen, Unterschleife und sonstige Betrügereien im Betrage von etwa sieben Millionen Gulden zur Last fielen, unwiderleglich erwiesen wurde, schien er doch durch die allgemein herrschende Praxis dergestalt gedeckt zu sein, daß die Geschworenen ihn der formalen Verletzung der Gesetze nicht für schuldig erkennen wollten. Sehr nützlich war es, daß einer Reihe von Politikern bei dieser Gelegenheit die Maske vom Gesichte gerissen wurde; die früheren Minister Giskra und Petrino wurden überführt, riesige Summen empfangen zu haben; Giskra hatte die Dreistigkeit, seine hunderttausend Gulden mit dem Trinkgelde zu vergleichen, das man einem Kellner oder Bedienten gebe. Auch die früheren Minister Plener, Grocholski und Potozki waren arg gravirt, und der zeitige Handelsminister Banhans spielte in den Verhandlungen mindestens eine bedenkliche Rolle, so daß der Kaiser ihn veranlaßte, zunächst einen Urlaub, dann seinen Abschied zu nehmen: am 20. Mai 1875 wurde er durch Chlumetzky ersetzt; Giskra wurde, freilich nur für ein paar Wochen, der Hof verboten. So widerwärtig Scandalprocesse von der

Art des Ofenheim'schen auch sein mochten, so trugen sie doch dazu bei, die verpestete Luft zu reinigen und zu einer Heilung der moralischen Corruption die Möglichkeit zu bieten. Mit der Besserung der materiellen Noth, die dem Gründerunwesen auf den Fersen folgte, sah es nicht so günstig aus. In der That lag ja die Industrie, gerade wie in Deutschland, schwer darnieder, die Fabriken wurden massenhaft geschlossen oder in ihrer Production eingeschränkt, Tausende von Arbeitern waren brodlos geworden. Entmuthigend, wie dieser Zustand war, bereitete er den rastlos thätigen Schutzzöllnern den Boden. Noch ehe sie in Deutschland sich recht an das Tageslicht wagten, begannen sie in Oestreich ihr Werk; Congresse von Industriellen und von Arbeitern erhoben die Forderung, daß mit dem System der Handelsverträge gebrochen und ein autonomer östreichischer Tarif aufgestellt werden müsse; auf fast allen Landtagen und auch im Reichsrathe wurden ähnliche Forderungen laut. Das war denn freilich gerade jetzt politisch ein sehr bedenklicher Umstand; der Ablauf der Handelsverträge mit Deutschland und anderen Staaten stand bevor; Ungarn kündigte seinerseits das Zollbündniß: nach der einen wie nach der anderen Seite erschwerte ein schutzzöllnerisches Programm eine neue Verständigung; denn Ungarn, das fast gar keine Industrie besaß, war überwiegend freihändlerisch und verlangte zwar hohe Finanzzölle für Kaffee, Petroleum und ähnliche Artikel, wollte aber keine Schutzzölle für Fabrikate; und Deutschland war natürlich auch nicht Willens, bei der Erneuerung der Handelsverträge den Export seiner Industrie schlechter stellen lassen, so daß die Auspicien für die bevorstehenden Verhandlungen in jeder Beziehung ungünstig waren. Dazu kam noch das drohende Heraufziehen der orientalischen Frage, die in ihrer weiteren Entwickelung das Dreikaiserbündniß und den Frieden, den Oestreich so dringend gebrauchte, ernstlich gefährden konnte: der erfreulichen inneren politischen Entwickelung standen also in der That auch sehr bedenkliche Schwierigkeiten gegenüber.

Von der orientalischen Frage dürfen wir in diesem Zusammenhange absehen, da sie an anderer Stelle in ihrer Gesammtheit zu behandeln sein wird. Die Verhandlungen mit Ungarn wurden auf Tiszas Verlangen Anfang Juni zugestanden und dienten somit bereits als ein wirksames Mittel um den neuen Minister bei den Wahlen zu unterstützen. Niemand zweifelte daran, daß Tisza Cisleithanien zwingen werde, der anderen Reichshälfte günstigere Bedingungen bezüglich der Consumtionssteuern zuzugestehen und ihm dadurch die Mittel zur Deckung des ungarischen Deficits auf die bequemste Weise zu liefern; wenn Oestreich sich weigere, auf diese Forderung einzugehen, dann wollte man mit einem eigenen ungarischen Zollsystem drohen und zweifelte nicht daran, daß dieser Druck auf die ohnehin so schwer leidende cisleithanische Industrie seine Wirkung thun werde. Auch andere Mittel

der Wahlbeeinflussung wurden nicht verschmäht und das Ergebniß war denn auch ein glänzendes: wiederum stand eine Mehrheit von 350 gegen nicht einmal hundert Opponenten dem Ministerium zur Verfügung, und die größere Hälfte derselben wurde überdies von alten Anhängern Tiszas gebildet; die Deákisten hatten etwa 60 Sitze an ihre früheren Gegner und jetzigen Bundesgenossen verloren; auch ihr ergrauter Führer, der schon seit Monaten schwer erkrankt war, fehlte ihnen fortan; obwohl er auf vieles Bitten noch einmal ein Mandat annahm, konnte er doch nie mehr im Reichstage erscheinen und starb bereits am 28. Januar 1876. Die wirkliche Parteilage erhielt schon am 24. October 1875 auch dadurch den richtigen Ausdruck, daß Baron Wenckheim das Präsidium, das er ja nur provisorisch übernommen hatte, an Tisza abtrat.

Das cisleithanische Cabinet hatte inzwischen den Anspruch Ungarns auf einen höheren Antheil an den Consumtionssteuern mit der Bemerkung zurückgewiesen, daß der vereinbarte Antheil im engsten Zusammenhange stehe mit der Vertheilung der Ausgaben, zu denen Ungarn bekanntlich nur 30 Procent beizusteuern hatte. Da es bei dieser Ansicht verharrte, kündigte ihm Tisza am 28. November wirklich das Zollbündniß auf, versicherte übrigens nunmehr im Reichstage, daß er die Erneuerung desselben als für beide Theile wünschenswerth betrachte, und daß man sich auf keine allzu glänzenden finanziellen Resultate Rechnung machen möge, eine Warnung, die schon deshalb nöthig war, weil andernfalls die Bewilligung der von Szell geforderten neuen Steuern, die erst am 10. December 1875 erfolgte, sehr fraglich geworden wäre. Die Verhandlungen mit dem östreichischen Cabinet wurden im tiefsten Geheimniß gepflogen; Fürst Auersperg kam mit Lasser, Depretis und Chlumetzky am 2. Januar 1876 nach Pest und berieth acht Tage lang unter Theilnahme Andrassys mit den ungarischen Collegen. Nur so viel verrieth er hinterdrein von den Vorgängen, daß Tisza außer der Verzehrungssteuer auch Zugeständnisse in Bezug auf den Zolltarif und eine eigene ungarische Bank gefordert habe; aber, setzte er hinzu, wir wollen von alledem nichts und sind stark, weil wir uns in der Defensive befinden. Die Verfassungspartei beruhigte sich vorerst in allen ihren drei Fractionen, dem Fortschrittsclub, der Linken und dem Centrum, bei diesen Versicherungen; das Herrenhaus wollte weiter drängen, wurde aber von dem Ministerium mit der Bemerkung abgefertigt, daß es um so weniger irgend eine Directive annehmen könne, als das Parlament ja später über das Ergebniß in völliger Freiheit berathen werde. Es handelte sich also um ein Vertrauensvotum, welches das Cabinet von den Verfassungsparteien forderte, und obgleich es je länger je mehr zu vielfachen Reibereien zwischen den beiden Factoren gekommen war, so lag es doch offen auf der Hand, daß ein

Conflict, der unter den obwaltenden Umständen ausbrach, den Interessen Cisleithaniens nur verderblich werden konnte. Man fügte sich deshalb in beiden Häusern dem unvermeidlichen Zwange und ließ das Ministerium gewähren; eine ungemein warm aufgenommene Rede Ungers, der die Versicherung ertheilte, das Cabinet fühle sehr tief, wie noth ihm der enge Zusammenhang mit der Partei, aus welcher es hervorgegangen sei, thue, verbesserte am 1. März die Stimmung noch wesentlich. Aber als dann endlich im Mai die Grundlagen der Verständigung zwischen beiden Ministerien bekannt wurden, fühlten sich die Oestreicher doch sehr enttäuscht. Allerdings hatte auch Ungarn nachgegeben. Da Tisza bei den Ausgleichungsconferenzen, die im April unter Betheiligung des Kaisers in Wien wieder aufgenommen waren, sich der Unerläßlichkeit gewisser Zugeständnisse nicht verschließen konnte, war er nach Pest zurückgegangen und hatte die Zustimmung seiner Partei dafür gewonnen. Die Hauptsache war, daß man den Kreis der Verhandlungen erweiterte, daß außer der Bankfrage und dem Zoll- und Handelsbündniß auch die s. g. Quotenfrage, d. h. die Bestimmung, nach der Oestreich 70, Ungarn 30 Procent der ungedeckten Reichsausgaben tragen mußte, und der Streit über die 80-Millionen-Schuld mit herangezogen wurde. Diese letztere war unverzinslich von der Nationalbank für die Dauer ihres Privilegiums, d. h. bis Ende 1877 vorgeschossen; sie mußte also, wenn jenes Privilegium nicht verlängert wurde, zurückgezahlt werden, und die Frage war nun, ob Ungarn mit 30 Procent davon belastet werden dürfe, da es doch in dem Ausgleich sich nur verpflichtet hatte, 30 Procent von den Zinsen der Staatsschuld zu tragen. Indem man nun alle diese Streitfragen verband und sie als ein untrennbares Ganzes behandelte, verständigte man sich dahin, daß eine Erneuerung des Zollbündnisses auf zehn Jahre stattfinden, die Zölle auf Gewebe, Getreide, Wein, Kaffee, Petroleum und andere Artikel erhöht werden, der Quotensatz und die Berechnung der Consumtionssteuern im Wesentlichen wie bisher bleiben und das Privilegium der Nationalbank auf zehn Jahre erneuert werden solle, jedoch mit der Bedingung, daß ihre Direction paritätisch aus Cis- und Transleithaniern zusammengesetzt und ihre Noten im Betrage von 30 Procent der ganzen Emission der pester Filiale überwiesen werde. Zufrieden war man mit diesen Vereinbarungen in keiner der beiden Reichshälften, doch konnten sich die Ungarn leicht beruhigen, da Tisza ihnen versicherte, daß sie sich um 4—5 Millionen verbessern würden. Uebrigens lagen noch keine formulirten Entwürfe vor, sondern nur erst die Grundlagen des neuen Ausgleiches. Diese nahm die ungarische Volksvertretung einstweilen zur Kenntniß. Die Mehrheit der liberalen Partei war für sie gesichert; zu den wenigen Unzufriedenen gehörte der Han-

delsminister Simonyi, der deshalb auch im August 1876 seine Entlassung nahm. Die Schlußverhandlungen zwischen beiden Regirungen fanden im September statt. Die Streitfrage der 80 Millionen-Schuld sollte den Delegationen und nöthigen Falls einem Schiedsgericht überwiesen werden; das neue Bankstatut bedurfte vor Allem der Zustimmung der Nationalbank; wenn die erfolgt sei, sollte es mit den übrigen Vorlagen im Januar 1877 den beiden Parlamenten vorgelegt werden. Allein die Voraussetzung traf nicht zu; vielmehr wies die Direction der Nationalbank den Statutenentwurf Ende November 1876 als ganz unannehmbar zurück, und fast gleichzeitig erklärten sich auch die verfassungstreuen Clubs des cisleithanischen Reichsraths mit äußerster Entschiedenheit dagegen. Vergebens eilten nun Lasser und Depretis nach Pest um das Ministerium Tisza zur Nachgiebigkeit zu bewegen; vergebens fanden im Januar 1877 nochmalige Berathungen in Wien statt: eine Verständigung war unerreichbar, und Tisza forderte und erhielt am 8. Februar seine Entlassung.

Gewonnen war damit in Wahrheit doch nicht das Mindeste, denn die Unbeugsamkeit des bisherigen Ministerpräsidenten wurde von der ungeheuren Mehrheit des ungarischen Reichstages womöglich noch überboten und hinter dem Reichstage stand die Nation. Die Häupter der conservativen Partei, an welche sich der Kaiser wandte um sie zur Bildung einer neuen Verwaltung aufzufordern, mußten deshalb diesen Antrag schlechterdings ablehnen; Bitto, Ghyczy, Szlavy waren in derselben Lage, und schon nach wenigen Tagen saß Tisza wieder am Ruder: neue Verhandlungen wurden angeknüpft und endlich der Ausweg angenommen, daß der größere Theil der Mitglieder des Bankausschusses von den Actionären nach ihrem eigenen Ermessen gewählt werden solle. Dadurch wurde formell die Gleichberechtigung der beiden Reichshälften gewahrt, während doch thatsächlich vorauszusetzen war, daß die Mehrheit der Gewählten wie die Mehrheit der Actionäre Cisleithanien angehören und diesem also das gebührende Uebergewicht sichern werde. Theils durch diese Erwägung, theils durch die Erklärung Auerspergs, daß er im Falle der Ablehnung zurückzutreten entschlossen sei, ließen sich die Clubs der Verfassungspartei bestimmen, ihre vorläufige Zustimmung zu geben. Die endgültige Verhandlung im Parlamente nahm erst im November ihren Anfang und zog sich mitsammt den Debatten über die anderen Punkte des Ausgleichs bis tief in das nächste Jahr hinein, so daß ihr glücklicher Abschluß im Juni 1878 bereits außerhalb des von uns behandelten Zeitraumes fällt. Dieser langsame Fortschritt stand in Wechselwirkung mit den Verhandlungen, die mit Deutschland über den Abschluß eines neuen Handelsvertrages gepflogen wurden; denn natürlich mußten die Tarifpositionen,

die man vereinbaren wollte, mit denen des östreichisch=ungarischen Zollbündnisses zusammenfallen. Vom 16. April 1877 an fanden Conferenzen in Wien statt, die zu keiner Verständigung führten und am 15. Mai vorläufig abgebrochen wurden, ohne daß man deshalb auf die Wiederaufnahme hüben oder drüben verzichtet hätte; als jedoch ein neuer Versuch im October abermals fehlschlug, erschien es im December doch als angemessener, durch eine provisorische Verlängerung des bestehenden Handesvertrags sich eine weitere Frist von drei Monaten zu verschaffen, die dann später nochmals verlängert wurde. Auch diese Frage wurde also ungelöst in das neue Jahr hinübergenommen.

Zog man dazu nun noch die unsichere Lage der Dinge im Orient in Betracht, so konnte man nicht leugnen, daß die Situation Oestreich=Ungarns Ende 1877 recht unbehaglich war. Natürlich machte sich das in den Aeußerungen der öffentlichen Meinung auch bemerklich; aber trotzdem, wie ungeheuer war doch der Fortschritt, den die Monarchie in dem letzten Jahrzehnt gemacht hatte. In beiden Reichshälften standen an der Spitze der Regirung Männer, die trotz mancher ernsten Differenz doch das Vertrauen ihrer Nation genossen; in beiden Reichshälften war die grundsätzliche Opposition gegen den bestehenden Rechtszustand auf ein durchaus ungefährliches Maß zurückgedrängt worden. Dunkel und ungewiß mochte es erscheinen, auf welchem Wege und mit welchen Modalitäten schließlich die Erneuerung des Ausgleichs würde erreicht werden; aber daß eine solche Erneuerung nicht ausbleiben könne, durfte ernsthafter Weise doch gar nicht in Frage gezogen werden. Wer über den Schwierigkeiten des Augenblicks nicht völlig den großen Zug der geschichtlichen Entwickelung übersah, mußte sich sagen, daß, wenn auch mit unliebsamen Opfern auf der einen oder der andern oder auf beiden Seiten, eine schließliche Verständigung ganz außer aller Frage stand. Und nicht minder günstig war, von einem höheren Gesichtspunkte aus betrachtet, die Stellung der Monarchie nach außen. Das intime Verhältniß zu Deutschland konnte nicht einmal vorübergehend durch die Schwierigkeit der zollpolitischen Verhandlungen getrübt werden; auf der Balkanhalbinsel mochte die eine oder andere Umgestaltung nicht ganz im Einklang mit den Wünschen Oestreichs stattfinden, allein im Ganzen und Großen bürgte das gute Einvernehmen mit den beiden benachbarten Kaiserstaaten dafür, daß die über kurz oder lang ja doch unvermeidlichen Aenderungen grade jetzt mit vollster Rücksichtnahme auf die östreichischen Interessen sich vollziehen würden. Die gelassene Ruhe, welche Andrassys auswärtige Politik zur Schau trug, war nicht erheuchelt, um die heimliche Unsicherheit und Schwäche zu verbergen, sondern erwuchs auf dem Boden des Vertrauens zu dem Dreikaiserbündniß und

des Bewußtseins der eigenen Stärke. So stand Oestreich denn beim Eintritt des Jahres 1878 zwar vor gar mancher ernsten und dunklen Frage; Niemand hätte vermocht die Lösungen, welche sie finden würden, im Einzelnen mit Sicherheit vorauszusagen; aber daß sie ihre Lösungen in befriedigender Weise finden würden, das durfte mit einem Grade von Zuversicht angenommen werden, wie ihn die Bevölkerungen der Monarchie seit langer Zeit so ernsten Conflicten gegenüber nicht hatten hegen können.

IV. Schweiz.

An dem Verlauf und Ausgang des deutsch=französischen Krieges war außer Belgien kaum ein anderes neutrales Land so direct interessirt wie die Schweiz. Die Nähe der feindlichen Armeen nöthigte sie schlechterdings auch ihrerseits militärische Vorkehrungen zu treffen, und der Uebertritt Bourbakis erwies thatsächlich, daß die geübte Vorsicht nicht überflüssig gewesen sei. Aber auch diplomatische Verhandlungen waren in mehr als einem Punkte unerläßlich. So durfte die Schweiz es augenscheinlich nicht unterlassen, die von ihr beanspruchte Neutralität der savoyischen Grenzbezirke zu sichern und nöthigenfalls durch eine Besetzung zu erzwingen. Bei dem Gange der kriegerischen Operationen war die Frage allerdings nicht brennend geworden, aber der Bundesrath hatte sein Recht doch ausdrücklich gewahrt, und bestand auch nach dem Friedensschluß darauf, durch Verhandlungen mit Frankreich das obwaltende unklare Verhältniß durch bestimmte Vereinbarungen zu ersetzen. Freilich verwahrte er sich dabei allzu ängstlich gegen den Vorwurf, daß er Frankreichs Unglück zu einer einseitigen Lösung der Frage benutzen wolle, und ließ den günstigsten Augenblick entschlüpfen; aber da die übrigen Mächte die Gerechtigkeit seiner Forderungen anerkannten, war die Lage der Schweiz in diesem Punkte jedenfalls nicht unerheblich verbessert worden. Ganz eitel dagegen waren alle Versuche in die deutscherseits aufgestellten Friedensbedingungen sich einzumischen. Am liebsten hätte man zumal in Basel und Bern es gesehen, wenn das Elsaß bei Frankreich geblieben wäre; man behauptete, durch die Annexion werde die Neutralität der Schweiz ernstlich gefährdet; auch für die Handelsbeziehungen zu Frankreich sei es in hohem Grade bedenklich, daß die zwei rivalisirenden ausländischen Bahnlinien, die von Basel aus nordwärts gehen, fortan beide in deutschen Händen seien. Mochte das vom schweizerischen Standpunkte aus ganz begreiflich erscheinen, so war es doch eine seltsame Täuschung, wenn man glaubte von Deutschland die Abtretung des südlichen Elsaß oder auch nur Garantien für den ungehinderten zollfreien Transitverkehr nach Frankreich erlangen zu

können. Die Aufnahme, welche diese Forderungen bei dem Fürsten Bismarck fanden, war nichts weniger als günstig, und nur insofern schien das schweizerische Interesse berücksichtigt zu sein, als die neue Grenze im Süden so gezogen wurde, daß die von Pruntrut ausgehende Eisenbahn ganz auf französischem Boden verblieb. Unzufrieden wie man in den Grenzcantonen mit dieser Abweisung unberechtigter Wünsche war, gestand man sich doch kaum ein, daß die Aeußerungen der öffentlichen Meinung in der Eidgenossenschaft nichts weniger als geeignet gewesen waren, Deutschland zu einem außergewöhnlichen Entgegenkommen gegen das Nachbarland zu bewegen. Grade Basel, das nächstbetheiligte, hatte aus seinen französischen Sympathien gar kein Hehl gemacht, und in Zürich kam es am 9. März 1871 sogar zu pöbelhaften Feindseligkeiten gegen die Deutschen, die in der Tonhalle das Siegesfest feiern wollten. Nach und nach trat jedoch in diesen Stimmungen ein Umschwung ein, zu dem das Benehmen der Bourbakischen Armee vieler Orten beträchtlich beitrug. Den wesentlichsten Antheil daran durfte man aber dem Umstande zuschreiben, daß die Ausschreitungen der ultramontanen Partei dem schweizerischen Liberalismus die Augen darüber öffneten, daß sein eigenes Heil untrennbar mit dem Siege der deutschen Regirung über die Anmaßungen der Curie verbunden sei.

In den letzten Decennien hatten die Bischöfe in der Schweiz ziemlich freies Spiel gehabt. Ihrer fünf, mit den Sitzen in Chur, St. Gallen, Solothurn, Freiburg und Sitten, standen sie unter Aufsicht eines Nuntius in Luzern und pflegten in einer jährlichen Conferenz sich über ihr gemeinsames Handeln zu verständigen. Ihrer Thätigkeit war es zum größten Theile zuzuschreiben, wenn 1866 der Versuch einer liberalen Reform der Bundesverfassung in der Volksabstimmung scheiterte; auch gelang es ihnen, in mehreren Cantonen, so in Luzern, Zug und Appenzell-Innerrhoden, ihre Anhänger ans Ruder zu bringen. Für das Unfehlbarkeitsdogma traten sie — den St. Galler ausgenommen — mit Entschiedenheit ein, und selbst die Proteste gegen die Beraubung des Papstes brachten sie dergestalt in Gang, daß sogar die Landsgemeinde von Uri als solche den Bundesrath im November 1870 ersuchte, sich für die Wiederherstellung des Kirchenstaates zu verwenden. Erregte alles das schon den Zorn und Argwohn der Gegner, so kamen dazu noch Conflicte zwischen einzelnen Bischöfen und den Cantonalregirungen. Neben Streitigkeiten, die aus der Zulassung von Jesuitenmissionen entsprangen, verdroß hauptsächlich die Ankündigung des Bischofs Lachat von Solothurn, ein neues Priesterseminar gründen zu wollen, das der staatlichen Aufsicht entzogen sein sollte, und das Verhalten des Bischofs Marilley von Freiburg, der den Pfarrer Mermillod in Genf, welchen der Papst zum Bischof von Hebron in partibus

erhoben hatte, als selbständigen Bischof schalten ließ, statt wie er bisher gethan, für die Amtshandlungen desselben die gesetzliche Verantwortlichkeit zu übernehmen. So war Unzufriedenheit und Mißtrauen in überreichem Maße angesammelt und der Umstand, daß die liberale Partei ernstlich darüber aus war, einen neuen Versuch zur Reform der Bundesverfassung zu unternehmen, einen Versuch, dem die feindseligste Opposition der Ultramontanen gewiß war, machte die Gemüther nur um so geneigter, den Kampf gegen die Bischöfe entschieden aufzunehmen.

Die Führung dabei fiel naturgemäß dem Altkatholicismus zu, der in der Schweiz von vornherein radicaler als in Deutschland auftrat und eine weit stärkere politische Färbung zeigte. Auf einem solothurner Congreß am 18. September 1871 sammelte er sich zum ersten Male, erklärte die Unfehlbarkeit für unvereinbar mit der Bundesverfassung, wahrte den Anspruch der altkatholischen Minderheiten an das Kirchenvermögen und wies die Forderung der Bischöfe, daß die Pfarrerwahlen der Gemeinden ihrer Bestätigung bedürften, zurück. Zu Conflicten führte das zunächst in der Diöcese Solothurn, die aus den sieben nordwestlichen Cantonen bestand. Die s. g. Diöcesanconferenz hatte dem Bischof Lachat schon früher die Verkündigung des Dogmas untersagt; da er nun gleichwohl Pfarrer wegen ihrer altkatholischen Lehren abzusetzen und zu excommuniciren begann, verbot ihm die Conferenz das am 19. Nov. 1872 und forderte ihn auf, an Verhandlungen über eine neue Fassung des Vertrages von 1828, auf dem die Existenz des Bisthums beruhte, Theil zu nehmen. Lachat lehnte das ab und weigerte sich überhaupt, ermuthigt durch einen Protest des Nuntius in Luzern, den Weisungen der Diöcesanconferenz in geistlichen Dingen nachzukommen. Darauf beschloß diese mit fünf gegen zwei Stimmen (Bern, Basel, Solothurn, Aargau und Thurgau gegen Luzern und Zug) die Absetzung des Bischofs, der dann auch seine Amtswohnung räumen und dann nach Luzern übersiedeln mußte. An Unterstützung aus der Mitte der Geistlichkeit und des Volkes fehlte es auch ihm nicht; selbst die unangenehme Entdeckung, daß er ein Legat von 285,000 Franken, das dem Diöcesanbischof zu kirchlichen Zwecken vermacht war, auf seinen und seines Kanzlers Duret Namen belegt hatte, wurde von seinen Anhängern als harmlos gedeutet. Am erregtesten gebärdeten sich die Ultramontanen im berner Jura, wo 97 Geistliche im März 1873 der Cantonalregirung gradezu den Gehorsam aufkündigten. Diese verfuhr indes mit rücksichtsloser Strenge. Sie suspendirte die Pfarrer und leitete den Proceß auf Amtsentsetzung gegen sie ein, die dann auch im September 1873 von den Gerichten gegen 69 Geistliche verfügt wurde. Durch militärische Besetzung der widerspenstigen Gemeinden gelang es den drohenden Unruhen zuvor-

zukommen oder sie im Keime zu ersticken; neue Geistliche wurden durch Decret der Regirung eingesetzt, und da keine genügende Zahl zur Verfügung stand, wurden die Gemeinden gruppenweise zu Pastoralkreisen zusammengelegt. Die künstlich genährte Gährung dauerte aber noch lange fort und wuchs vorübergehend noch einmal in bedenklicher Weise, als im Januar 1874 ein umfassendes neues Kirchengesetz zur Volksabstimmung kam und mit etwa 70,000 gegen 18,000 Stimmen angenommen wurde. Seine Stärke zog der Widerstand aus der Ermuthigung durch die kirchlichen Autoritäten. Wie der Papst die ungehorsamen Geistlichen schon durch ein Breve vom 7. April 1873 zum Ausharren ermuntert hatte, so that auch Lachat von Luzern aus das Seinige, um sie zu stärken. Unbekümmert um die Ermahnungen der ihm doch freundlich gesinnten Regirung seines neuen Wohnortes, excommunicirte er im November sogar die neuangestellten Pfarrer im Jura, ein Verfahren, das die luzerner Regirung selbst offen als einen Uebergriff mißbilligte und das Lachats Stellung auch dem Bundesrathe gegenüber ernstlich schädigen mußte.

Dieser hatte bisher noch keineswegs die Berechtigung des Absetzungsdecretes der Diöcesanconferenz anerkannt; seine Antwort auf die Beschwerde Lachats stand noch aus. Dagegen hatte er gegen Mermillod in Genf entschiedene Maßregeln ergriffen, sobald dieser offen die gesetzlichen Schranken überschritt. Im October 1872 stellte sich nämlich heraus, daß der Papst den genfer Pfarrer wirklich zum Bischof einer neuen Diöcese ernannt habe; der freiburger Bischof Marilley trat öffentlich von den Rechten, die er bisher in Genf ausgeübt hatte, zurück, und machte dadurch seinerseits jeder Zweideutigkeit ein Ende. Aber gleich darauf schien man in Rom dieses brüske Vorgehen doch für gefährlich zu erachten und suchte sich dadurch eine Hinterthür zu öffnen, daß ein päpstliches Breve vom 16. Januar 1873 Mermillod zum apostolischen Vicar (nicht zum Bischof) des Genfergaus (nicht der Diöcese Genf) ernannte. Die Cantonalregirung aber ließ sich durch solche Schliche nicht täuschen; sie bedrohte jeden Pfarrer, der das Breve von der Kanzel verlese, mit der Einziehung des vierten Theiles seines Gehalts und rief die Hülfe des Bundesraths an. Dieser erließ auch sofort einen Protest an den Nuntius, verbot Mermillod die Ausübung der bischöflichen Functionen und wies ihn, da er sich weigerte zu gehorchen, am 17. Februar 1873 aus der Schweiz aus. Der Verbannte nahm nun seinen Wohnort unmittelbar vor den Thoren Genfs in dem französischen Orte Ferney und hetzte von dort in der unerhörtesten Weise zu Gewaltthätigkeiten; nöthigen Falls, sagte er, müsse man selbst zu den Flinten greifen. Auch machte er die größten Anstrengungen, um die französische Regirung zur Einmischung zu bewegen, indes ohne Erfolg. In Genf aber schritt man zu einer radicalen Reform der kirchlichen

Gesetzgebung und berief auf Grund eines Gesetzes vom 23. März 1873, das den Gemeinden das Recht der Pfarrwahl ertheilte, unter anderen altkatholischen Geistlichen auch den Pater Hyacinthe an die Hauptkirche der Stadt. Aehnliche Wahlen fanden auch in anderen Cantonen statt und fast überall, wo die Liberalen die Mehrheit hatten, wurde, sofern es nöthig war, in demselben Geiste wie in Genf und Bern das Verhältniß der Kirche zum Staate neu geordnet. Der ganze Zorn des greisen Papstes entlud sich in Folge dessen in einer Encyclica vom 21. November 1873 über die Schweiz; der Bundesrath aber ließ sich das nicht gefallen, sondern kündigte dem Nuntius Agnozzi schon am 12. December an, daß er die Verbindungen mit ihm abbrechen werde und ihn zur Abreise auffordern müsse. Nach einigem fruchtlosen Protestiren mußte der Vertreter des Papstes sich fügen und verließ am 9. Februar 1874 die Schweiz.

Die Heftigkeit des Streites war nicht wenig dadurch gesteigert worden, daß die Revision der Bundesverfassung beim ersten Anlauf am 12. Mai 1872 in der Volksabstimmung wirklich gescheitert war. Als sie am 19. April 1874 der Nation in veränderter Gestalt zum zweiten Male vorgelegt wurde, drang sie jedoch siegreich durch, und dieser Erfolg kam nun der liberalen Sache nicht minder zu Gute als vorher der Mißerfolg. Besonders die berner Regirung zeigte eine große Festigkeit gegen jede ultramontane Widersetzlichkeit und einen großen Eifer in der Reorganisation der kirchlichen Verhältnisse; daß sie im December 1874 an der Universität in Bern eine katholisch-theologische Facultät eröffnete und in dieselbe den altkatholischen Professor Friedrich aus München mit zwei gleichgesinnten Collegen berief, kam der ganzen Schweiz zu Gute. Im Allgemeinen aber trug der Kampf der beiden kirchenpolitischen Parteien so sehr den Charakter eines Kleinkrieges, der nicht allein in den Cantonalregirungen, sondern fast noch mehr in den einzelnen Gemeinden ausgefochten wurde, daß eine Erwähnung dieser zahllosen Scharmützel sich von selbst verbietet. Nur hier und da traten eigenthümliche Erscheinungen hervor; so in den genfer Dörfern Compesières und Bardonnez, wo sich die Ultramontanen gewaltsam altkatholischen Taufen widersetzten und dadurch im Januar 1875 zu militärischem Einschreiten Veranlassung gaben, oder in der Stadt Bern, wo die katholische Diplomatie vergeblich den Anspruch erhob, daß aus Rücksicht gegen sie die katholische Kirche nicht den Altkatholiken, die in der städtischen Gemeinde die Mehrheit bildeten, überliefert werden dürfe. Derartige Einmischungen des Auslandes schlugen doch nur zum Schaden der ultramontanen Partei aus; auch alte Sünden wurden jetzt an das Tageslicht gezogen, und die Veröffentlichung eines über zwanzig Jahre alten Actenstückes, in dem der freiburger Anwalt Wuilleret die Ein=

mischung der französischen Regirung angerufen hatte, noch mehr freilich ein Interventionsgesuch an die Unterzeichner der wiener Verträge von 1815, das Anfang 1874 durch einen Abbé Collet in Umlauf gesetzt wurde, stachelten das National- und Unabhängigkeitsgefühl der Schweizer gewaltig auf. Collet wurde vom Bundesrath aus der Eidgenossenschaft ausgewiesen und Wuilleret, dessen Schuld freilich verjährt war, fand sich der unverhohlensten Mißachtung preisgegeben.

Uebrigens waren es nicht immer die Liberalen, auf deren Seite der Sieg verblieb. Einen höchst empfindlichen Schlag erhielten sie besonders in dem Canton Tessin, wo bei den Wahlen im Februar 1875 die Ultramontanen eine Mehrheit von 20 Stimmen im Großrath gewannen; bald darauf wurden liberale Verfassungsrevisionen in Baselland, Schaffhausen, Glarus, St. Gallen in der Volksabstimmung abgelehnt, während in Luzern eine von den Ultramontanen entworfene Aenderung des Cantonalgrundgesetzes mit riesiger Mehrheit angenommen wurde. Auch die Verwerfung eines eidgenössischen Gesetzes, das die Stimmberechtigung der schweizer Bürger in Gemeindeangelegenheiten regelte, mußte für einen Sieg der Ultramontanen gelten; sie erfolgte am 23. Mai 1875 mit 205,000 gegen 201,000 Stimmen. Dagegen drang ein anderes Gesetz, das die Civilehe einführte und das den Ultramontanen somit noch viel verhaßter sein mußte, an demselben Tage mit 211,000 gegen 201,000 Stimmen durch. Solche Zahlen bewiesen deutlich, wie sehr sich die beiden Parteien die Wage hielten, und grade dieser Umstand feuerte dann wieder die beiden Lager zu desto rücksichtsloserem Vorgehen an. Um so bemerkenswerther war die Unparteilichkeit, die der liberale Bundesrath in einer sehr wichtigen Frage bewies. Die verbannten jurassischen Geistlichen beschwerten sich bei ihm darüber, daß ihre Ausweisung noch immer aufrecht erhalten werde, obgleich sie nach den Bestimmungen der revidirten Bundesverfassung nicht mehr zulässig sei. Die liberale Presse und die berner Staatsgewalten waren sehr geneigt, sich über diesen gegründeten Einwand ohne großes Bedenken hinwegzusetzen; der Bundesrath aber nahm sich der Beschwerde entschieden an: er gewährte dem Canton Bern allerdings eine reichlich bemessene Frist bis zum November 1875, damit er innerhalb derselben ein Gesetz zu Stande brächte, das ihn befähigte, den Agitationen der heimkehrenden Priester mit Geld- und Gefängnißstrafen entgegenzutreten; aber nachdem dies Gesetz durchgegangen und die Frist abgelaufen war, mußten die Verbannten in ihrer Heimat wieder zugelassen werden. Wenn man diesem Zeitpunkte nicht ohne Befürchtung ernstlicher Ruhestörungen entgegengesehen hatte, so erwiesen sich doch die gesetzlichen Vorkehrungen im Allgemeinen als durchaus zureichend. Einige der Heimgekehrten versuchten ihnen zwar zu trotzen; aber da die angedrohten Strafen rücksichtslos an ihnen vollzogen wurden, hielten die

übrigen es für gerathener, sich zu fügen, und die Ruhe blieb im Ganzen und Großen im Jura vollständig gewahrt.

Nicht so friedlich ging es im Canton Tessin her, wo beide Parteien, die Ultramontanen wie die Liberalen, nur zu sehr zu Excessen geneigt waren. Die kleine Localpresse predigte hüben wie drüben ganz offen die Anwendung von Gewalt gegen die Gegner, und diese Aufreizungen fanden bei der heißblütigen Bevölkerung williges Gehör. Mehr als einmal sah der Bundesrath sich gezwungen, einzuschreiten. Er erkannte principiell an, daß die Liberalen im Rechte seien, wenn sie das Cantonalwahlgesetz, das jedem Bezirke, so ungleich deren Bevölkerungszahl auch war, drei Vertreter im Großrathe zuwies, für eine Verletzung der Bundesverfassung erklärten; er stimmte aber nicht der ferneren Forderung zu, daß der bestehende Großrath ohne Weiteres aufgelöst werden müsse, sondern erkannte diesen bis zu dem Zeitpunkte an, wo ein neues Wahlgesetz, das mit der Bundesverfassung im Einklang stehe, in regelmäßiger Weise zu Stande gekommen sei. Ein solches Gesetz beschloß der Großrath am 6. Mai 1876 ausarbeiten zu lassen; am 19. November sollte das Volk darüber abstimmen. Allein der Tessiner Staatsrath, in dem die Liberalen die Mehrheit hatten, wollte sich trotz der bundesräthlichen Entscheidung dabei nicht beruhigen und schrieb für den 5. November Neuwahlen für einen Großrath, der constituirende Befugnisse erhalten sollte, aus. Dadurch wurde der Parteifanatismus aufs höchste gereizt. Ende October kam es in Stabio zu Blutvergießen; liberale Schützen wurden von ultramontanen meuchlings ermordet. Beide Parteien bewaffneten sich im ganzen Cantone; der Bundesrath schickte einen eidgenössischen Commissär ab und bot Truppen auf. Nur mühsam gelang es, einen Vergleich zu schließen, der im Wesentlichen doch dem ultramontanen Standpunkt entsprach. Die anberaumten Wahlen und das vom Großrath vorgeschlagene Wahlgesetz wurden gleichmäßig zurückgezogen; statt des letzteren wurde ein anderes vereinbart, das provisorisch in Kraft treten sollte, sobald es der Bundesrath genehmigt habe; auf Grund desselben seien dann die Wahlen zu einem constituirenden Großrathe vorzunehmen. Diese ergaben im Januar 1877 abermals eine clericale Majorität, und der Canton war nun vollkommen in den Händen der Ultramontanen. Die Reibereien zwischen den beiden Parteien dauerten aber unausgesetzt fort, und als die Regirung im August das liberale Lugano durch Einquartirung einiger Compagnien Miliz einzuschüchtern suchte, mußte der Bundesrath abermals schützend und beschwichtigend eingreifen.

In den liberalen Cantonen hatte man sich inzwischen immer mehr mit dem Gedanken vertraut gemacht, ein altkatholisches, oder wie man in der Schweiz lieber sagte, ein christkatholisches Nationalbisthum zu gründen. Eine altkatholische Synode, die demselben als Grundlage zu

dienen hatte, trat schon am 14. Juni 1875 in Olten zusammen. Sie wählte einen Synodalrath, dessen Präsident der aargauische Landammann Keller, der eifrigste Vorkämpfer des Altkatholicismus, wurde. Im Allgemeinen hielt man sich auf einer Linie mit den Gesinnungsgenossen in Deutschland; doch wurde beispielsweise im September der Beschluß gefaßt, daß auch verheiratete Priester anstellbar seien, wozu sich die deutschen Altkatholiken noch nicht entschließen konnten. Die Begründung des Nationalbisthums erhielt am 28. April 1876 die Zustimmung des Bundesrathes, worauf die Synode am 7. Juni den Pfarrer und Professor Herzog in Bern zum Bischof erwählte; die Consecration desselben wurde am 17. September von dem deutschen altkatholischen Bischof Reinkens vollzogen. Es waren etwa 75,000 Seelen in 60 Gemeinden, die der neuen Organisation beitraten. Uebrigens bedurfte Herzog, um seine Functionen ausüben zu können, der Anerkennung der einzelnen Cantone, die nur in beschränktem Maße zu erwarten stand. Zuerst lief sie ein von Bern und Genf. Von den römisch-katholischen Bischöfen wurde der neue College mit dem üblichen Hirtenbriefe begrüßt, der ihm alle und jede bischöfliche Eigenschaft schlechterdings absprach.

Ihren Höhepunkt hatten die kirchlichen Streitigkeiten übrigens um diese Zeit bereits überschritten. Einerseits hingen sie doch zu eng mit dem Culturkampf in Deutschland zusammen, als daß sie nicht von dem gelinderen Tempo, in das dieser seit dem Sommer 1875 getreten war, hätten beeinflußt werden müssen; andererseits war auch seit dem Augenblicke, wo die Revision der schweizer Bundesverfassung gesichert war, von den politischen Motiven, welche die Geister gegen den Ultramontanismus erbitterten, das stärkste aus der Welt geschafft. Daß der erste Anlauf zur Revision im Jahre 1872 mißlungen war, hatte die Anhänger derselben sehr überrascht; man hatte nicht geglaubt, daß der Ultramontanismus in Verbindung mit den Anhängern des Cantonalparticularismus und den französischen Schweizern, die sich vor dem Uebergewicht der deutschen Cantone fürchteten, so stark sein würde. Allerdings hatten die beiden ersten Gruppen der Opposition triftige Gründe, sich gegen den Verfassungsentwurf, wie er am 5. März 1872 vom Ständerath mit 23 gegen 18, vom Nationalrath mit 78 gegen 36 Stimmen angenommen war, aus allen Kräften zu wehren. Nach demselben sollten die Vollmachten der Centralregirung in Militärsachen ganz erheblich erweitert werden; für Forstwesen und Wasserbau im Hochgebirge wurde ihr die Oberaufsicht, für den Bau und Betrieb der Eisenbahnen die Gesetzgebung übertragen. In allen Cantonen mußte der obligatorische unentgeltliche Schulunterricht eingeführt werden, dessen geringste Leistungen der Bund festsetzen sollte. Den Cantonen wurde der Antheil, den sie bisher pro Kopf an den Zöllen, und die Entschä-

digung, die sie für das Postregal erhielten, genommen; die Spielbanken sollten aufgehoben, das Bankwesen und die Fabrikgesetzgebung dem Bunde unterstellt werden. Von großer Tragweite war die Einführung der vollen Freizügigkeit, die jedem Schweizer an jedem Orte alle politischen und communalen Rechte unter enggezogenen Einschränkungen verbürgte; auch das Verbot der Verbannung aus einem Cantone, dessen oben in der Sache der jurassischen Geistlichen gedacht wurde, war in diesen Paragraphen ausgesprochen. Weiterhin wurde neben der Glaubens= und Gewissens= auch die Cultusfreiheit von dem Bunde gewährleistet und das Recht der Eheschließung von kirchlichen, polizeilichen und finanziellen Beschränkungen befreit; den Jesuiten wurde die Wirksamkeit in Kirche und Schule untersagt, das Civil= und das Strafrecht der Bundesgesetzgebung unterstellt, die Todes= und die körperlichen Strafen aufgehoben. In der Organisation der Centralbehörden fanden keine wesentlichen Aenderungen statt; wohl aber wurde ihnen gegenüber dem Volke ein doppeltes Recht gegeben, das des Referendums und das der Initiative. Das Referendum bestand darin, daß jedes Gesetz, wenn fünf Cantone oder 50,000 Bürger es verlangten, einer allgemeinen Volksabstimmung unterworfen werden mußte; das Initiativrecht ertheilte den gleichen Minoritäten die Befugniß, von der Bundesversammlung den Erlaß oder die Aufhebung eines bestimmten Gesetzes zu fordern, resp. dieselbe zu zwingen, eine Volksabstimmung über diese Forderung zu veranlassen. Das Referendum und die Volksabstimmung waren insofern nichts absolut Neues, als sie nach der alten Verfassung bereits für Verfassungsänderungen vorgeschrieben waren und somit auch jetzt zur Anwendung kommen mußten. Das Ergebniß war, daß am 12. Mai 1872 eine Mehrheit von 5511 Stimmen unter 516,681 Votanten die Revision verwarf: in neun Cantonen, Bern, Zürich, Basel, Aargau, Solothurn, Thurgau, Schaffhausen, St. Gallen und Glarus, war die Mehrheit günstig, in den dreizehn übrigen ungünstig ausgefallen.

Die Freunde der Revision entschlossen sich sofort, das einmal gescheiterte Werk deshalb noch nicht preis zu geben. Nachdem im Herbst Neuwahlen zu der Bundesversammlung stattgefunden und der alten revisionsfreundlichen Partei von Neuem die Mehrheit gesichert hatten, wurde noch im December des Jahres von dem Nationalrath die Vornahme einer neuen Revision beschlossen und vom Ständerathe genehmigt. Der Bundesrath unterzog sich dieser Arbeit und legte im Juni einen Entwurf vor, der im Ganzen und Großen sich von dem früheren nicht unterschied, aber doch in manchen Einzelpunkten der Cantonalsuveränetät einen größeren Spielraum ließ. Beispielsweise wurden vor der Hand nur bestimmte Abtheilungen des Civilrechts dem Bunde überwiesen, das Strafrecht blieb vorläufig ganz ausgeschlossen; die Minimalleistungen der Volksschulen sollten von den Cantonen bestimmt werden. An=

dererseits aber waren die Paragraphen, die sich gegen das Treiben der Ultramontanen richteteten, noch verschärft, die Bildung neuer Bisthümer ausdrücklich dem Bunde überwiesen, nicht minder auch diesem das Recht ertheilt worden, jeden auszuweisen, der in der Schweiz eigenmächtig im Auftrage einer ausländischen Autorität amtliche Handlungen verrichte. Der Stände- und der Nationalrath unterwarfen diese Vorschläge erst gründlichen Commissions- und Plenarberathungen, in denen sie noch mannichfachen Abänderungen unterlagen; vielleicht die wichtigste war, daß das Referendum schon von 30,000 Bürgern oder von acht Cantonen verlangt werden durfte. Die Volksabstimmung über den neuen Entwurf fand am 19. April 1874 statt und führte zu einem glänzenden Siege der Revisionisten, die 340,199 Stimmen zählten, während die Gegner auf 198,000 sanken. Mit einer kleinen Mehrheit war Graubünden, mit überwältigend großer Appenzell-Außerrhoden, Genf, Waadt und Neuenburg zu ihnen übergetreten. Allein diese drei letzten Cantone, die 1872 eine Mehrheit von 52,000 Nein in die Urne geworfen hatten, stellten jetzt eine Majorität von 30,000 Ja, und unbedenklich konnte man diesen Umschlag von mehr als 80,000 Stimmen dem Treiben der Ultramontanen beimessen, das die gut calvinistische Bevölkerung der genannten drei Cantone trotz des Gegensatzes, in dem sie sich sonst zu dem centralisirenden Liberalismus des deutschen Nordens und Ostens fühlte, doch in dessen Lager trieb.

Der Ausbau der neuen Verfassung im Wege der Bundesgesetzgebung gab für die nächsten Jahre noch Arbeit und dank dem Referendum auch Aufregung genug. Schon im Herbst 1874 wurde das oberste Bundesgericht organisirt und Lausanne zum Sitz bestimmt. Gleichzeitig kam das Militärgesetz zu Stande, das den Schwerpunkt der militärischen Erziehung in die Volksschule verlegte und die Einübung der Recruten auf eine Dauer von 48 Tagen beschränkte. Daß im folgenden Jahre das Civilehegesetz die Feuerprobe des Referendums glücklich bestand, das Gesetz über die Stimmberechtigung in Cantonal- und Gemeindesachen aber durchfiel, wurde schon erwähnt. Nicht besser erging es 1876 dem Bankgesetz und 1877 der Ersatzsteuer, welche denen auferlegt werden sollte, die vom Militärdienst freikämen, während das Fabrikgesetz, in dem u. A. ein elfstündiger Normalarbeitstag festgesetzt war, 1877 vom Volke bestätigt wurde. Neben diesen gesetzgeberischen Arbeiten erweckten vorzüglich noch die Eisenbahnfragen ein lebhaftes Interesse, das, soweit dabei die Alpenübergänge in Frage kamen, auch in den Nachbarländern getheilt wurde. Die Splügen-Bahn, die 1871 viel Aussicht auf Verwirklichung gehabt hatte, mußte mehr und mehr in den Hintergrund treten, als sich zeigte, daß nicht einmal die Gotthardlinie in ihrer Ausführung gesichert sei (vgl. I, 418). Selbst als Deutschland und Italien sich zur Uebernahme neuer Lasten

bereit erklärt hatten, weigerte sich ein Theil der schweizer Cantone, den auf sie entfallenden Theil der Mehrkosten zu bewilligen und erst im August 1878 kam nach langen Verhandlungen, die hier nicht mehr zu schildern sind, ein befriedigendes Resultat zu Stande. Auch mit den Aussichten der Simplon-Bahn stand es sehr schlecht; die französische Gesellschaft, welche sie bauen wollte, gerieth in Concurs und die im Rhônethal vollendete Strecke wurde von der schweizer Westbahn im Sommer 1874 übernommen; Zuschüsse des Cantons Wallis und der betheiligten Gemeinden ermöglichten den Weiterbau, der aber noch nicht bis zum Beginn der Bergbahn vorrückte. Die allgemeine Flauheit in der Geschäftswelt machte sich bei diesen Unternehmungen in hohem Maße geltend und wurde der Schweiz überhaupt sehr fühlbar durch das starke Sinken des Fremdenbesuches in den letzten Jahren. Auch die Bundesfinanzen, die mit einem Deficit hinter dem anderen abschlossen, wurden davon empfindlich berührt. Bedenklicher aber als diese materiellen Nothstände war das unverkennbare Erstarken des Radicalismus und die ungesunde Spannung in den Beziehungen der Parteien zu einander; aus beiden Erscheinungen konnten für einzelne Cantone leicht ernsthafte Störungen der Ordnung sich entwickeln.

V. Italien.

1. Italien und die Curie.

Der päpstlichen Curie waren aus den Ereignissen des Jahres 1870 zwei Aufgaben erwachsen, die für lange Zeit die allein wirksamen Triebfedern ihrer Politik werden mußten: die Wiedergewinnung der verlorenen politischen Selbständigkeit und die Verteidigung des Unfehlbarkeitsdogmas gegen die ketzerischen Leugner desselben. Von einer Annäherung an die italienische Regirung wurde zwar von Zeit zu Zeit immer wieder gesprochen, und gute Gründe berechtigten zu der Annahme, daß Pius und Victor Emanuel gegen einander weit wohlwollendere Gesinnungen hegten, als ihre politische Stellung mit sich brachte; allein angesichts der rückhaltlosen und leidenschaftlichen Aeußerungen, die der Papst trotzdem persönlich gegen den König und sein „subalpinisches" Cabinet schleuderte, konnte doch nicht der leiseste Zweifel daran aufkommen, daß jede Möglichkeit einer Versöhnung vorerst noch vollständig ausgeschlossen sei. Halb verstohlen machte Victor Emanuel der ewigen Stadt seinen ersten Besuch am 30. December 1870; unangemeldet, unter dem Vorwande, den Schaden zu besichtigen, den eine Ueberschwemmung der Tiber angerichtet hatte. Aber an demselben Tage bestätigte der Senat die Einverleibung Roms in das italienische Königreich, und die Minister unterzeichneten und datirten das Gesetz von Rom. Das war für die Curie zu viel. Entrüstet beschuldigte Antonelli die Rathgeber des Monarchen in einer bitteren Note, daß sie ihren König zu einer improvisirten, ja bei dem Zustande der Straßen sogar gefährlichen Reise gezwungen hätten, nur um der Würde des Papstes eine noch blutigere Beleidigung zuzufügen, eine Absicht, die doch dem florentiner Cabinet schon im eigensten Interesse durchaus fern lag; mußte es doch wünschen, sobald wie möglich zu einer Verständigung mit dem Papste zu gelangen, oder mindestens die Ueberzeugung zu verbreiten, daß nicht an ihm die Schuld liege, wenn der Kriegszustand fortdauere. Die Männer, welche seit 1869 das Staatsruder führten, meist Piemontesen des rechten Centrums wie Sella und Lanza, waren

zu wirklich großen Zugeständnissen bereit; das zeigten sie durch den Gesetzentwurf, welcher die Vorrechte des Papstes und die Bürgschaften für seine Unabhängigkeit feststellen sollte, und den sie gleichzeitig mit dem anderen, der die Verlegung der Regirung nach Rom anordnete, den Kammern vorlegten. Diese erledigten den letzteren jedoch zuerst, noch im Laufe des Januar 1871; auch nahm der Kronprinz Humbert mit seiner Gemahlin für längere Zeit Aufenthalt in der Weltstadt und bewohnte trotz Antonellis Protest den Quirinal. Victor Emanuel selbst vermied es, auch als die Regirung am 1. Juli 1871 ihre Uebersiedelung vollzogen hatte, dauernd in seiner neuen Residenz zu wohnen. Aber derartige kleine Rücksichten konnten doch den Conflict nicht mildern; selbst jenes Garantiegesetz mit seinen weitgehenden Zugeständnissen blieb gänzlich wirkungslos. In zwei Abschnitten ordnete es die Vorrechte des Papstes und die Beziehungen des Staates zur Kirche. Die Person des obersten Kirchenfürsten erklärte es für heilig und unverletzlich, Angriffe auf ihn für ebenso strafbar wie Angriffe auf den König. Das Halten einer Leibwache wurde ihm zugestanden, sein bisheriger Ehrenvorrang unter den Suveränen ausdrücklich anerkannt. Als Civilliste sollte ihm aus der Staatscasse dieselbe Summe ausbezahlt werden, die nach dem römischen Budget für die Unterhaltung der Paläste, für das Cardinalscollegium, die Congregationen, das Staatssecretariat und die Vertretung im Auslande bisher verwandt war, d. h. 3¼ Million Franken; außerdem behielt er zur Nutznießung den Vatican und Lateran sowie die Villa von Castel Gandolfo mit allem Zubehör. In diese päpstlichen Residenzen sollten die Staatsbehörden nicht eindringen dürfen; für alle Functionen seines geistlichen Amtes wurde dem Papste unbedingte Freiheit gewährleistet; nicht minder sollte etwaigen Concilien und Conclaven die vollste Unabhängigkeit gesichert sein; ja die geistlichen Behörden der Curie wurden sogar gegen jede polizeiliche Untersuchung ihrer Acten, die Mitglieder derselben vor jeder Belästigung oder Rechenschaftsforderung seitens der Regirung geschützt. Das Gesandtschaftsrecht des Papstes fand die unumwundenste Anerkennung; die bei ihm beglaubigten oder von ihm entsandten Diplomaten wurden auf gleichem Fuße mit den königlichen behandelt; um die Freiheit seiner Correspondenz zu sichern, wurde ihm das Recht eingeräumt, ein eigenes Post- und Telegraphenamt zu halten, das ebenso von jeder staatlichen Beeinflussung frei sein sollte, wie alle zur Erziehung und Ausbildung der Geistlichen begründeten Anstalten in Rom selbst und in den sechs sogenannten vorstädtischen Bisthümern. In dem zweiten Abschnitte verzichtete die Regirung auf das Ernennungs- oder Vorschlagsrecht bei der Erledigung von Bisthümern und auf die besonderen geistlichen Vorrechte, die sie in Sicilien besaß; auch wurde jede staatliche Bestätigung kirchlicher Acte aufgehoben, mit der einzigen Beschränkung, daß sie für

Bestimmungen über das Kirchengut (einschließlich der Zuweisung von Pfründen) in Kraft bleiben sollte, bis ein besonderes Gesetz über die Erhaltung und Verwaltung desselben erlassen sei. Zu Geistlichen durften außer in Rom und den vorstädtischen Bisthümern nur italienische Staatsbürger eingesetzt werden; ein Treueid für den König wurde nicht verlangt. Von der kirchlichen Disciplinargewalt gab es keine Berufung an den Staat; doch fehlte ihr andererseits auch die Zwangsvollstreckung, und Rechtskraft besaßen ihre Verfügungen nur, so weit sie die Staatsgesetze nicht verletzten. Das Versammlungsrecht des Clerus endlich wurde von jeder besonderen Beschränkung befreit.

In den Verhandlungen des italienischen Parlamentes wurden viele dieser Bestimmungen einer sehr scharfen Kritik unterworfen, und der ursprüngliche Entwurf der Regirung erlitt manche Abänderungen, ehe er von beiden Häusern genehmigt und am 13. Mai 1871 in Turin vom Könige vollzogen werden konnte. Wie der Papst sich dazu stellen würde, wußte man zum voraus durch ein Breve, das er am 2. März an seinen Generalvicar Cardinal Patrizi gerichtet hatte. Er wies alle Zugeständnisse, eben weil es Zugeständnisse seien, zurück; nähme er sie an, so würde er dadurch die Gewalt anerkennen, welche der Zugestehende gerade durch das Zugeständniß über den Andern beanspruche; das ganze Gesetz sei eine Lüge, bei der man nicht wisse, ob man mehr die Absurdität oder die Verschmitztheit oder den Hohn anstaunen solle. Demgemäß versicherte er auch in einer Encyclica, die er am 15. Mai den Bischöfen übersandte, daß er die Bürgschaften der italienischen Regirung niemals annehmen werde, und daß eine Versöhnung ihm ohne Verletzung seines Eides nur dann möglich sei, wenn alle Rechte Gottes und des heiligen Stuhles unvermindert wieder hergestellt würden. Gebe Gott, so schloß das Actenstück, daß die Fürsten der Erde, denen am meisten daran gelegen sein muß, daß nicht ein solches Beispiel der Vergewaltigung, wie wir sie erdulden, fortbestehe, sich einmüthigen Herzens verbinden, um diesem heiligen Stuhle seine Rechte, dem sichtbaren Haupte der Kirche seine volle Freiheit, der bürgerlichen Gesellschaft die ersehnte Ruhe wiederzugeben. Uebrigens hinderten alle Proteste die Curie nicht, aus dem Garantiegesetz doch vielfältigen Vortheil zu ziehen. Unter Anderem ernannte Pius noch im Laufe des Jahres 1871 nach und nach 46 Bischöfe für erledigte italienische Diöcesen, wozu er ohne das Gesetz, welches das landesherrliche Ernennungs- und Vorschlagsrecht aufhob, gar nicht befugt war. Da die Bischöfe sich weigerten, ihre Bestallungen der Regirung mitzutheilen, mußten sie freilich auf den Genuß ihrer Pfründen verzichten; allmälig verminderte sich aber ihr Widerstand auch nach dieser Richtung hin, und die Staatsgewalt zeigte sich äußerst beflissen ihnen den Rückweg offen zu halten.

Mit großer Zähigkeit steifte sich der greise Papst darauf, die Rolle

eines Gefangenen zu spielen; mit keinem Fußtritt verließ er die Schranken des Vaticans; es war ihm recht aus dem Herzen gesprochen, was eine Adresse der vorstädtischen Bischöfe im Februar 1871 ausführte: daß es für ihn keine andere Stellung gebe als die des Suveräns oder des Gefangenen. An dem allerfreiesten Verkehr mit der Außenwelt hinderte ihn das doch nicht, und an dem gebührenden Comfort fehlte es ihm in den prächtigen Räumen des Vaticans und bei den reichlichen Erträgen des Peterspfennigs auch nicht. Wenn das Mitleid gläubiger Seelen durch allerlei schauderhafte Beschreibungen und Abbildungen, ja wohl gar durch den Verkauf einzelner Halme angeblichen Kerkerstrohs vom Lager des Papstes erregt wurde, so zeugte das nur von der grenzenlosen Unwissenheit, die in vielen Schichten des katholischen Volkes herrschte. Die Massendeputationen aus allen Weltgegenden, die den heiligen Vater zu besuchen kamen, und die er mit unerschöpflicher Redefülle empfing, lehrten am besten, wie völlig frei er war. Es wurde über diese Kundgebungen der Anhänglichkeit sehr sorgfältig Buch geführt; in den Jahren 1871—73 empfing Pius nicht weniger als 40,000 Personen, an die er etwa 300 Ansprachen hielt, die nachher gesammelt im Druck erschienen; an einem einzigen Tage, dem seines 25jährigen Pabstjubiläums, am 16. Juli 1871, waren acht Massendeputationen von zusammen 6200 Köpfen bei ihm; vollends die Adressen, die ihm überreicht wurden, trugen zahllose Unterschriften: als die italienische Regirung die religiösen Orden unterdrückte, sollen 71,000 Römer (d. h. beinahe der dritte Theil der Gesammtbevölkerung) dem Papste ihr Leid deshalb geklagt haben. In den Ausdrücken, mit denen man die italienische und weiterhin auch die deutsche Regirung beehrte, war man durchaus nicht wählerisch. Philister und Pharisäer, Diebe und Lügner, fleischgewordene Teufel und Ausgeburten der Hölle, stinkende Cadaver und Satanskinder waren Ausdrücke, die sogar in den gedruckten Reden ihren Platz behaupteten, während Victor Emanuel sich mit Holophernes und Absalom, mit Pilatus und Kaiphas, mit Herodes, Goliath und Attila vergleichen lassen mußte. In der Verherrlichung des Papstes kannte man gar kein Maß mehr; es war noch wenig, wenn der Marchese Cavaletti ihn im Namen der guten Katholiken bat, sich Pius den Großen nennen zu lassen; Andere gingen so weit ihn wie einen Heiligen zu ehren, ja in Vergleichen mit Christus von ihm zu sprechen, die dem, der an die Gottheit Christi glaubte, wie Gotteslästerung erscheinen mußten. Die traurigen Folgen des Unfehlbarkeitsdogmas traten in keiner Erscheinung so grell hervor, wie in dieser Verhimmelung des altersschwachen und von seiner Umgebung völlig abhängigen Kirchenfürsten.

Ueber die Gegner des neuen Dogmas ergoß der Papst bei jeder Gelegenheit die ganze Fülle seines Zornes. Die sacrilegischen Congresse

der Altkatholiken, ihre Schriften voll Irrthümer und Lügen aller Art, ihre boshaften und abgeschmackten Verleumdungen boten ihm Stoff zu mehr als einer grimmigen Rede. Die politische Bedeutung des Dogmas bestritt er dagegen, wo er konnte. Besonders lebhaft wandte er sich gegen den malitiösesten aller Irrthümer, gegen die Behauptung, daß in der Unfehlbarkeit das Recht eingeschlossen sei, Fürsten abzusetzen und die Völker vom Eide der Treue zu entbinden. Wenn das früher geschehen sei, so erklärte er im Juli 1871 einer von dem Cardinal Asquini geführten Deputation, so sei das eine Folge des damals geltenden öffentlichen Rechtes gewesen; die Stimme der Völker hätte die Päpste dazu berufen. Aber wie konnten solche abschwächenden Erklärungen Eindruck machen, wenn man sich daneben vergegenwärtigte, wie derselbe Papst die Grundlagen der modernen Gesetzgebung mit seinen Bannflüchen getroffen, die Verfassung und die Gesetze der mächtigsten Staaten für ungültig zu erklären gewagt hatte? Auch überzeugten er oder seine Rathgeber sich bald davon, daß sie von den bestehenden Regirungen nichts zu hoffen hätten. Die Mahnung, daß die Fürsten Europas durch die Aufrechterhaltung der heiligen Rechte des römischen Stuhles auch ihre eigenen zu verteidigen bedacht sein möchten, erklang wohl noch einmal in dem langen Briefe, den Pius am 26. Jahrestage seiner Thronbesteigung an Antonelli richtete, aber wenige Tage darauf, am 24. Juni 1872, hielt er jene berüchtigte Rede, in der er dem thönernen Koloß des deutschen Reiches mit dem Steinchen drohte, das seinen Fuß zertrümmern solle, und wiederum ein paar Wochen später klagte er, wie er vergeblich bei den Regirungen Europas angeklopft habe, sprach von der sogenannten Regirung in Italien, der sogenannten Regirung in Madrid, der sogenannten Regirung in Paris, denen er später noch den neuen, sogenannten Kaiser von Deutschland (il nuovo detto di Germania) zugesellte, und schloß: wir kömmen keine Hülfe von den Regirungen erwarten, sondern nur von Gott. Diesem, so vertraute er in denselben Tagen dem römischen Curatclerus, habe er jüngst ein großes Anliegen anempfohlen, das sie selbst auch mit ihren Gebeten unterstützen möchten: den Erfolg des Ultramontanismus bei den politischen Wahlen in den verschiedenen Staaten Europas.

In dieser Richtung entfaltete denn also fortan die Curie eine eifrige Thätigkeit. Ueberall suchte sie die Bildung und Verstärkung clericaler Fractionen in den Landesvertretungen zu fördern und charakteristischer Weise begünstigte sie obendrein überall die radicaleren Elemente gegenüber den gemäßigten. Nur in Italien selbst wurde die von dem Papste ertheilte Weisung an den politischen Wahlen theil zu nehmen nachträglich auf die Gemeinderathswahlen beschränkt, weil die ultromontanen Heißsporne durchaus folgerecht in dem Eintritt in das italienische Parlament eine unzulässige Anerkennung des neuen

Staates fanden. Ueberall sonst dagegen stürzten sie sich mit Eifer in die parlamentarische Arena, und besonders Frankreich betrachteten sie als eine Beute, die ihnen kaum entgehen könne, und hofften, daß es der Hebel werde, um in Deutschland und Spanien, besonders aber in Italien, ihre Absichten zu fördern. Den zweifellosen Erfolgen, die sie dabei errangen, standen freilich weit erheblichere Verluste gegenüber, und wenn man im Vatican über das Erstarken der ultramontanen Fractionen, über das mächtige Wachsthum der clericalen Presse, über die Wiederbelebung des Wunderglaubens und Wallfahrtenschwindels jubiliren mochte, so mußten die gesetzgeberischen Neuerungen, die in Deutschland, Oestreich, der Schweiz, Spanien, theilweise selbst in Frankreich und Italien die Macht und den Einfluß des Clerus untergruben, doch ernste Sorgen wach rufen. Die beiden letztgenannten Länder begünstigten freilich durch sogenannte liberale Gesetze, die der Geistlichkeit den Volksunterricht, ja selbst die höheren Lehranstalten mehr oder weniger in die Hände spielten, die Fortdauer jener Herrschaft, welche das Priesterthum über die Volksmassen übte. In Italien ging man in der Verehrung für das Cavour'sche Programm der freien Kirche im freien Staate soweit, daß man im Januar 1873 sogar die Aufhebung aller theologischen Facultäten an den Staatsuniversitäten beschloß. Dagegen drohte der Curie ein harter Schlag durch das Gesetz, welches die Aufhebung der Klöster in Rom verfügte. Schon lange, ehe es eingebracht wurde, beunruhigte man sich im Vatican lebhaft darüber. Da fast alle Orden und Congregationen des Erdballs in Rom ihren Mittelpunkt hatten und von dort aus ihre Netze ausbreiteten, so konnte die Maßregel, wenn sie rücksichtslos durchgeführt wurde, allerdings von verhängnißvoller Tragweite werden. Die Linke des italienischen Parlamentes verlangte, daß die Regirung entschieden durchgreife, und die Gesetze, welche die Klöster im übrigen Königreiche aufgehoben hatten, einfach auf Rom übertrage. Dagegen wurden aber von den übrigen Parteien und vom Ministerium schwerwiegende Bedenken geltend gemacht. Einerseits standen manche der römischen Klöster unter dem Schutze fremder Mächte, die man schonen mußte, andrerseits konnte man das Garantiegesetz so auslegen, daß durch dasselbe den Ordensgeneralaten ihre Fortdauer zugesichert sei. Die Regirung hielt deshalb bedeutende Ausnahmebestimmungen bei der Uebertragung des Klostergesetzes auf Rom für geboten und faßte dieselben in einem Gesetzentwurf zusammen, den der Justizminister de Falco dem Parlamente im November 1872 vorlegte. Darnach wurde die überwiegende Mehrzahl der 207 Klöster zwar einfach aufgehoben und ihr Vermögen zu drei großen Fonds für Hospitäler, Schulen und Pfarren verschmolzen; die unter fremdem Schutz stehenden Congregationen aber sollten sich in Stiftungen verwandeln dürfen, die

mit den Kirchen der betreffenden Nation in Rom verbunden werden mußten, und die Ordensgeneralate sollten gleichfalls als Specialstiftungen fortbestehen. Die Linke bot Alles auf diese Bestimmungen zu Fall zu bringen. Schon bei der ersten Berathung im December 1872 erreichte sie wenigstens soviel, daß unter den Generalaten, deren Fortdauer anerkannt wurde, das des Jesuitenordens wegfiel; dagegen blieb sie bei der Wahl des Ausschusses, der die streitigen Punkte berathen sollte, in der Minderheit; gegen drei aus ihrer Mitte hatte die Rechte vier Mitglieder durchgesetzt. Für den Papst lag darin natürlich kein Beweggrund die Sache milder aufzufassen. In der zornigen Allocution vom 22. December 1872, in der er dem deutschen Reiche den Vorwurf machte, in unverschämter Weise die Kirche zu verfolgen, erhob er vor Allem auch seine Stimme gegen die verbrecherische Tendenz dieses Klostergesetzes, verdammte dasselbe als ein verruchtes Attentat und erklärte es im Voraus für ungültig und nichtig. Die französischen Bischöfe thaten das Ihrige, um ihn in dieser Sache zu unterstützen; siebzig von ihnen wandten sich an Thiers mit der Bitte Frankreichs Einfluß gegen das Klostergesetz geltend zu machen; auch in Italien brachte man hier und da regirungsfeindliche Kundgebungen zu Stande, verstärkte dadurch aber nur die Angriffslust der radicalen Parteien. Unter großer Erregung begann am 6. Mai die parlamentarische Discussion des Gesetzes. Eine Niederlage der Regirung schien ziemlich gewiß zu sein, da etwa 40 Mitglieder der Mehrheit, darunter sämmtliche Vertreter von Rom unter Führung des Abgeordneten Ruspoli, gegen die Fortdauer der Generalate zu stimmen entschlossen waren. Allein noch im letzten Augenblicke gelang es der Beredtsamkeit und Autorität Ricasolis, der sonst kaum noch an der Sitzung der Kammer theil zu nehmen, geschweige denn zu reden pflegte, etwa die Hälfte der Abtrünnigen für einen Mittelweg zu gewinnen, dem auch die Rechte und die Regirung beistimmten. Danach sollten die zur Zeit im Amte stehenden Ordensgenerale für die Dauer ihrer Amtsthätigkeit im Besitz der Generalatshäuser bleiben, dem heiligen Vater aber jährlich eine Summe von 400,000 Franken zur Verfügung gestellt werden, um damit die Kosten der Generalate, die als Vertretung der Orden bei der Curie aufgefaßt wurden, zu bestreiten. Mit 220 von 414 Stimmen wurde dieses Amendement am 17. Mai angenommen; doch schloß ein Zusatzantrag der Linken ein paar Tage später das Jesuitengeneralat von den eingeräumten Vergünstigungen aus; der weitergehende Vorschlag Mancinis, den Jesuitenorden mit den ihm verwandten Gesellschaften gänzlich zu verbieten, blieb mit 157 gegen 179 Stimmeu in der Minderheit. Das ganze Gesetz wurde schließlich in der zweiten Kammer gegen 46, im Senat gegen 20 Stimmen genehmigt und vom Könige unmittelbar darauf am 19. Juni 1873 unterzeichnet.

Der erneute Protest des Papstes ließ nicht lange auf sich warten; schon am 25. Juni wiederholte er seine Bannflüche und Ungültigkeitserklärungen in den längstgewohnten Ausdrücken. Die 400,000 Franken nahm er so wenig an, wie die jährliche Rente, die ihm durch das Garantiegesetz zugewiesen war; die reichlichen Erträge des Peterspfennigs, die sich in den acht Jahren von 1861—1868, wie die Unità cattolica um diese Zeit berichtete, auf mehr als 71 Millionen Franken belaufen und seitdem gewiß einen noch höheren Jahresdurchschnitt ergeben hatten, ließen ihn den Staatszuschuß leicht verschmerzen. Empfindlicher waren die Bestimmungen des Klostergesetzes freilich für die zunächst davon Betroffenen; auch sie protestirten in einer Schrift, die von 82 Ordensgeneralen und Generalprocuratoren unterzeichnet war, ohne doch damit den Vollzug des Gesetzes irgend aufzuhalten. Im October begann die königliche Commission, die zu diesem Zwecke eingesetzt war, ihre Thätigkeit; die Mönche und Nonnen in den Klöstern erhielten ihre Pensionsberechtigungsscheine und mußten dann die Wohnungen räumen; 29 Klöster in der Stadt Rom wurden sofort in städtische Bureaus und Unterrichtsanstalten umgewandelt, 34 bisher von Geistlichen geleitete Schulen weltlichen Lehrern überwiesen. Der Jesuitengeneral Beckx verschmähte die ihm vom Papste angebotene Freistätte im Vatican und begab sich nach Belgien. Von Seiten der fremden Mächte erfolgten die Verwahrungen, auf die man in der Curie gehofft hatte, nicht. Obgleich in Frankreich Thiers vom Präsidentenstuhle gestürzt war und zeitweilig die Bestrebungen, Heinrich V. auf den Thron zu erheben, nicht ganz hoffnungslos zu sein schienen, so erwiesen sich auch diese Erwartungen doch im Herbst als eitle Träume. Das Verhältniß Oestreichs zu dem Königreiche Italien gewann sogar um eben diese Zeit nicht wenig an Herzlichkeit; denn Victor Emanuel entschloß sich dazu, die längst beabsichtigte Reise nach Wien Mitte September wirklich anzutreten; der freundliche Empfang, der ihm zu Theil wurde, nicht zum wenigsten insbesondere die glänzende Truppenschau, die ihm zu Ehren am 20. September, dem Tage, wo die Italiener vor drei Jahren in die ewige Stadt eingezogen waren, abgehalten wurde, zeigten, daß in der Hofburg der Groll gegen den alten Gegner geschwunden war. Auch in Berlin, wohin Victor Emanuel seine Reise ausdehnte, fand er die lebhaftesten Sympathien, die Lamarmora vergeblich durch die Anklageschrift gegen Preußen, welche er ein paar Wochen vorher unter dem Titel: Etwas mehr Licht über die Ereignisse von 1866, veröffentlicht hatte, zu stören suchte. Mußte man doch in Deutschland das entschlossenste Vorgehen der Italiener in ihrem Kampfe gegen die Curie schon im eigenen Interesse lebhaft wünschen, zumal seit der Briefwechsel zwischen dem Kaiser und dem Papste die letzte Brücke der Verständigung abgebrochen hatte. Pius IX. hatte somit guten Grund

mit einer Art von Verzweiflung den Lauf der Welt zu betrachten und in einer langen Encyclica vom 21. November seinen Klagen wieder einmal Luft zu machen. Auch die Schweiz bekam ihr gutes Theil darin, aber besonders war es doch Deutschland, dem er seine Aufmerksamkeit schenkte, dessen Bischöfe er als ein Schauspiel für Engel und Menschen pries, weil sie bewaffnet mit dem Panzer der katholischen Wahrheit und dem Helm des Heils die Kämpfe des Herrn ausföchten. In grellen Farben entwarf er ein Bild der Verfolgungen, denen die Gläubigen in Preußen ausgesetzt seien, und verteidigte sie gegen die ebenso schroffe wie unerwartete Anklage, welche der Kaiser in seinem Antwortsbriefe gegen sie gerichtet habe. Daß man diesen Brief im Reichsanzeiger ohne sein Wissen veröffentlicht hatte, vermerkte er als einen tadelnswerthen Verstoß gegen die übliche Sitte; ganz besonders aber verarbeitete er die Altkatholiken, die ob ihres Namens erröthen sollten, da sie durch ihre Lehre, ihre Neuheit und ihre Zahl von dem Charakter der Katholicität und des Alters soweit wie möglich entfernt seien. Er schleuderte gegen sie und zumal gegen ihren Pseudobischof Reinkens das Anathema und gesellte sie der Zahl derer zu, mit denen der Apostel allen Christen den Verkehr und Umgang solcher Gestalt verboten habe, daß er vorschreibe, ihnen nicht einmal mehr den Gruß zu entbieten.

Großen Nutzen konnte sich von solchen Tiraden doch der greise Kirchenfürst selbst nicht versprechen. Er tröstete sich wohl mit den Erfahrungen der Vergangenheit und mit den göttlichen Verheißungen, gedachte, wie viele Tyrannen versucht hätten die Kirche zu unterdrücken, wie alle Scheiterhaufen und Glutöfen, alle geschärften Schwerter und Zähne reißender Thiere nichts wider sie vermocht hätten, und pries die Kirche, die heller als die Sonne glänze, während ihre Feinde dem Schweigen und der Vergessenheit anheimgefallen seien. Aber seine eigene Hinfälligkeit, die ihn, den Achtzigjährigen, im Frühling des Jahres 1873 bis an den Rand des Grabes gebracht hatte, gestattete ihm doch nicht die Hoffnung, daß er selbst noch den Triumph seiner Sache sehen werde. Vorkehrungen, die auch über seinen Tod hinaus wirksam bleiben sollten, und Maßregeln für die Wahl seines Nachfolgers mußten ihn oder seine Umgebung deshalb lebhaft beschäftigen. Zu den ersteren gehörte die Bulle Romanus Pontifex, die er am 28. August 1873 erließ, um die Wahl und Vollmacht der Capitelsvicare zu regeln, die verwaiste Bisthümer zu verwalten hatten. Die Frage war ohne Zweifel eine hochwichtige, da man sich auf die Erledigung zahlreicher Diöcesen in Deutschland wie in Italien einrichten mußte. Da nun nach dem bestehenden Rechte ein neu erwählter oder ernannter Bischof auch vor der Bestätigung durch den Papst schon seine Jurisdiction ausüben durfte und demnach die Möglichkeit gegeben war,

daß friedliebende Domcapitel einen gemäßigten Mann wählen könnten, der dann auch ohne päpstliche Bestätigung sein Amt anträte, so verordnete diese Bulle, daß Alles, was solche Bischöfe vor ihrer Anerkennung durch den Papst thun würden, ungültig sein solle. Offenbar wäre nun für den gedachten Fall der bequemste Ausweg, den die versöhnlichen Capitel einschlagen konnten, der gewesen, daß sie ihren Bischofscandidaten zum Capitelsvicar erwählten; um auch das unmöglich zu machen, verordnete die Bulle weiter, daß diese beiden Stellungen sich ausschließen sollten. Dagegen wurde dem Capitelsvicar, gleichfalls gegen das bestehende Recht, die ganze ordentliche bischöfliche Jurisdiction zur freien und gültigen Ausübung übertragen, so daß die Absicht der Bulle augenscheinlich die war, die Verwaltung von Diöcesen durch Administratoren zu einer stehenden Einrichtung zu machen, die der Papst dann so lange aufrecht erhalten konnte, bis ihm ein durchaus genehmer Candidat für das Bisthum vorgeschlagen wurde.

In welcher Weise er für die Wahl seines Nachfolgers Sorge getragen, wurde in officieller Weise nicht bekannt. Es hieß, daß er bereits Ende 1870 eine Bulle deshalb vollzogen habe, die aber versiegelt worden sei und erst nach seinem Tode (praesente cadavere) habe geöffnet werden sollen. Da sie trotzdem in unrechte Hände gefallen, sei sie am 28. Mai 1873 abgeändert worden, und diese neue Form wurde von der Kölner Zeitung im Januar 1874 veröffentlicht. Bestritten blieb freilich die Echtheit auch dieses Actenstückes, und auf alle Fälle hatte es ja der Papst in der Hand es täglich abzuändern; gleichwohl fand die Annahme, daß es im Ganzen und Großen die Dispositionen der Curie enthalte, in den unterrichteten Kreisen Glauben. Der wesentliche Inhalt der nach den Anfangsworten Apostolicae sedis munus benannten Constitution war der, daß die bisher gültigen Bestimmungen über die Papstwahl sämmtlich aufgehoben wurden; es sollte den Cardinälen gestattet sein, sich schon bei Lebzeiten Pios über das Verfahren bei der Neuwahl zu verständigen; nur Besprechungen über die Person des Nachfolgers blieben wie stets verboten. Derjenige Cardinal, dem die Berufung des Conclaves obliegen werde, solle die Freiheit haben, es in Monaco, Malta oder einer französischen Stadt zu versammeln, sofern er nur sicher sei, daß es sich dort vollständiger Unabhängigkeit erfreuen werde. Daß Bestimmungen dieser oder ähnlicher Art getroffen seien, ging mit einiger Wahrscheinlichkeit daraus hervor, daß Bismarck in seiner Circulardepesche vom 14. Mai 1872 die deutschen Gesandten an den großen katholischen Höfen beauftragt hatte, die betreffenden Regirungen zu einer Verständigung darüber aufzufordern, wie man sich verhalten wolle, wenn man dem künftigen Papste aus materiellen oder formellen Gründen die Anerkennung verweigern müsse. Könne doch Niemand voraussehen, unter welchen Um-

ständen die nächste Papstwahl stattfinde, ob sie nicht vielleicht in übereilter Weise versucht werde, so daß die früheren Garantien, auch der Form nach, nicht gesichert seien. Die Antworten der betreffenden Regirungen wurden nicht bekannt, mochten aber im Allgemeinen wohl ausweichend gelautet haben. Dem italienischen Cabinette lag jedenfalls viel daran, daß die Neuwahl in Rom vollzogen werde. Es hatte deshalb schon in dem Garantiegesetze die vollste Freiheit des Conclaves zugesichert und benutzte die Gelegenheit, als der Papst am 22. December 1873 zum ersten Male seit 1870 wieder eine Anzahl von Cardinälen (sechs italienische und sechs ausländische) ernannte, zu einem Rundschreiben, in dem Visconti=Venosta, der damalige Minister des Auswärtigen, von Neuem betheuerte, daß weder von unten noch von oben die Unabhängigkeit der Wahl irgendwie gestört werden solle. Er durfte darauf hinweisen, daß das Garantiegesetz in allen Punkten, die von der Regirung abhingen, streng zur Ausführung kam; er hätte auch darauf Bezug nehmen können, daß unter dem Schutze desselben fast alle italienischen Diöcesen (einige Monate später, im Juli 1874, war nur noch eine einzige von 265 erledigt) hätten besetzt werden können, ja daß die meisten von diesen Bischöfen sogar ihr Gehalt aus der Staatscasse bezogen, obgleich sie ihre Bestallungsurkunden den Behörden nicht eingesandt hatten Das Ministerium ging nämlich in seiner Nachgiebigkeit so weit, daß es sich mit einer Abschrift dieser Urkunden begnügte, die von den Gemeinderäthen der bischöflichen Residenzstädte genommen zu werden pflegte, wenn das betreffende päpstliche Decret in der Sacristei ausgelegt war. Man betrachtete dann die Uebersendung dieser Copie durch die städtische Behörde als eine Anerkennung der Staatsgewalt durch den Bischof und ließ dem letzteren bereitwillig sein Gehalt anweisen. Versöhnlicher wurde durch solche Zeichen der Schwäche die Stimmung im Vatican aber nicht; auch sorgten allerlei Vorkommnisse und gesetzgeberische Maßregeln dafür, daß der alte Groll stets neue Nahrung erhielt. So hatten ein paar Gemeinden im Bisthum Mantua sich herausgenommen, sich selbst ihre Pfarrer zu wählen. Angesichts der ähnlichen Vorgänge in der Schweiz und in Deutschland gerieth man darüber in der Umgebung des Papstes in große Aufregung. Man fürchtete die Macht des Beispiels. Als im März 1874 der von seiner Gemeinde gewählte Pfarrer von San Giovanni unter großen Feierlichkeiten, ja selbst unter der Betheiligung benachbarter Geistlicher in sein Amt eingeführt wurde, erging ein zorniges Decret gegen diese Werkzeuge der Gottlosigkeit, die sich bemühten, die Kirche Christi in ihren Grundlagen zu untergraben; allein selbst die große Excommunication, die über sie verhängt wurde, schreckte andere nicht von der Nachfolge ab, und bei der Regirung Hülfe zu suchen war für die Curie ja nicht möglich. Viel größer noch war die Gefahr, welche

ihrer Herrschaft durch das Gesetz über das Volksschulwesen drohte, mit dem der Unterrichtsminister Scialoja vor das Parlament trat. Forderte dasselbe doch nicht allein den Schulzwang, sondern gestattete sogar den Gemeinden, den Religionsunterricht durch eine Unterweisung in den Grundsätzen der Gerechtigkeit und der gesellschaftlichen Moral zu ersetzen. Da bei der Specialberathung der Entwurf in allen seinen Paragraphen angenommen wurde, mußte man erwarten, daß er auch in seiner Gesammtheit den Beifall der Kammern finden werde. Allein bei der Schlußabstimmung am 4. Februar 1874 vereinigten sich die Gegner der einzelnen Paragraphen zu einer buntscheckigen Mehrheit; die Einen verwarfen das Gesetz, weil sie den Religionsunterricht erhalten wollten, die Andern weil sie gegen den Schulzwang waren, die Dritten weil sie die Gemeinden nicht mit neuen schweren Ausgaben belasten mochten: kurz mit 140 gegen 107 Stimmen fiel die Regirungsvorlage durch, und Scialoja forderte seine Entlassung. Unter dem Eindruck dieses Ereignisses unternahm ein Turiner Cleriker, Don Bosco, den Versuch, eine Annäherung zwischen dem Papste und der Regirung zu bewirken. Natürlich war bei Pius nicht die Rede davon, daß er den neuen Zustand anerkennen wolle; aber wenn ihm die Staatsdotation ohne Quittung ausgezahlt, das königliche Exequatur für die von ihm ernannten Bischöfe aufgehoben, der Unterricht vollständig freigegeben und von jeder staatlichen Aufsicht befreit, endlich das Recht der Geistlichkeit, Brautleute auch vor der Civiltrauung einzusegnen, anerkannt würde, dann wollte er wenigstens die Bischöfe zu einer entgegenkommenden und friedlichen Haltung anweisen. Das Ministerium mußte derartige Vorschläge selbstverständlich ablehnen. Besonders der Mißbrauch der geistlichen Trauung ohne zuvor geschlossenen Civilehevertrag war unerträglich, da er die größte legale Verwirrung anrichtete: allein in den Jahren 1866—71 waren über 120,000 solcher gesetzlich ungültiger Ehen geschlossen, und es ließ sich gar nicht voraussehen, welche Flut von Erbschaftsprocessen daraus entspringen mußte, wenn es nicht gelang, die schwierige Frage nachträglich zu ordnen. Ein Glückwunschschreiben, das der Ministerpräsident Minghetti am Jahrestage von Pios Inthronisirung 1874 an den Papst richtete, wurde nicht einmal beantwortet, sondern statt dessen in einer Allocution an die Cardinäle mit bitteren Glossen verspottet. Das bot dann wieder der Linken die Gelegenheit, aus dieser eigenthümlichen Lage der Regirung Nutzen für ihre Oppositionspolitik zu ziehen, und da die öffentliche Meinung sich mehr und mehr in demselben Sinne aussprach und Neuwahlen bevorstanden, so sah sich das Ministerium zu einigen entschiedeneren Maßregeln veranlaßt. Ein Hirtenbrief des Erzbischofs von Paris, den die ultramontanen Blätter wegen seiner Schmähungen auf Italien mit großem Behagen abdruckten, wurde überall confiscirt; durch dringende

Vorstellungen in Versailles erreichte der Gesandte Nigra im October die Abberufung des französischen Kriegsdampfers L'Orénoque, der seit Jahren zum Schutze des Papstes in Cività Vecchia lag; fast gleichzeitig wurde der Verein der vormals päpstlichen Soldaten, der sich in Rom gebildet hatte, aufgelöst. Auch nachdem die Neuwahlen im November 1874 der Regirung von Neuem eine Mehrheit gesichert hatten, erwies sich der Druck der Linken doch gerade in den kirchlichen Fragen als stark genug, um dem Ministerium wenigstens einige Zugeständnisse abzupressen. So wies der Justizminister Vigliani im Februar 1875 die Justizbehörden an, Ausschreitungen der Geistlichkeit und der clericalen Blätter schnell gerichtlich zu verfolgen; der Entwurf des neuen Strafgesetzbuchs bedrohte den Mißbrauch der geistlichen Amtsgewalt mit strenger Ahndung; in dem Militärgesetz wurde die Dienstpflichtigkeit der Geistlichen aller Confessionen ausgesprochen und nur vorbehalten, daß sie möglichst als Nichtcombattanten sollten verwendet werden. Bei allen diesen Anlässen war es stets die Mehrheit der zweiten Kammer, welche die Regirung von ihrem anfänglich unentschiedenen Standpunkte vorwärts drängte. Die päpstliche Bulle vom 5. Februar 1875, welche die preußischen Kirchengesetze für ungültig erklärt hatte, war die Veranlassung, daß auch der deutsche Reichskanzler einen gewissen Druck ausübte, indem er dem italienischen Cabinet am 14. März vorstellen ließ, wie der Papst durch das Garantiegesetz vor der völkerrechtlichen Verantwortlichkeit für sein Auftreten geschützt sei und diese Verantwortlichkeit daher auf das Land zurückfalle, das ihm jenen Schutz gewähre. Auch in der Opposition wurde der Gedanke, daß man mit dem Garantiegesetz brechen müsse, dadurch wieder lebendig. Die Abgeordneten Laporta und Petrucelli della Gattina kündigten im April 1875 Interpellationen und Anträge in dieser Richtung an und gaben dadurch Gelegenheit zu einer achttägigen Debatte vom 1—8. Mai. Minghetti und Vigliani waren eifrig bemüht, die Aufregung zu beschwichtigen; sie versicherten, die Unbotmäßigkeit des Clerus gegen die Staatsgesetze habe in letzter Zeit sehr nachgelassen, und so lange man nur von der Aufhebung des Garantiegesetzes absehe, sei das Ministerium gern bereit, über die Handhabung und Ausführung desselben, insbesondere über den darin vorbehaltenen Erlaß eines Gesetzes über die Verwaltung der Kirchengüter in eine Discussion einzutreten. Damit war ein Theil der Linken z. B. Laporta selbst, beruhigt; Petrucelli hingegen und neben ihm besonders Mancini, ließen sich nicht so schnell befriedigen. Wenn Minghetti im Hinblick auf das so viel schneidigere Verfahren der preußischen Regirung meinte, jedes Volk müsse sich in dem Streite zwischen der Kirche und den freisinnigen Elementen der Gesellschaft derjenigen Waffen bedienen, welche den Ueberlieferungen und Interessen des Landes entsprächen, so bestritt Mancini eben dies, daß die

eingeschlagene Politik dem Bedürfnisse und den geschichtlichen Traditionen des italienischen Volkes gemäß sei. Eine lange Reihe von Rednern behandelte dann das schier unerschöpfliche Thema von den verschiedensten Standpunkten aus; am radicalsten zeigte sich Petrucelli, der in feuriger Rede als sein Programm die verantwortliche Kirche im verantwortlichen Staate und die engste Verbindung mit Deutschland verkündete; er wollte das Garantiegesetz zwar nicht sofort aufgehoben, aber seine Gültigkeit auf das Pontificat Pius IX. beschränkt wissen. Besteht es über den Tod dieses Papstes hinaus, rief er, dann werden sie einen Papst wählen, der noch fanatischer als Pius sein und euch so viele Uebel auf den Hals schicken wird, als nur möglich; besteht es nicht mehr, so wird man einen Papst wählen, der für seine Handlungen verantwortlich ist, und sich begnügen wird, Bischof von Rom zu sein, wie es die Päpste der ersten acht Jahrhunderte gewesen sind. Daß für diesen entschiedenen Bruch mit der Curie sich keine Mehrheit finden ließ, war ja von vornherein selbstverständlich; aber es schien, als ob überhaupt kein Majoritätsvotum zu Stande kommen solle, denn die Zahl der vorgeschlagenen Tagesordnungen stieg allmälig auf 15. Dadurch gewann die Regirung wieder an Halt, was sie durch die Discussion vielleicht verloren hatte. Sie erklärte sich für die Formulirung des Abgeordneten Barazzuoli, die das Vertrauen aussprach, die Regirung werde die Rechte des Staates mit Festigkeit handhaben und der Kammer demnächst ein Gesetz über die Verwaltung der Kirchengüter vorlegen. Alle Tagesordnungen verwandten Inhalts wurden darauf zurückgezogen und mit 219 gegen 149 Stimmen der Antrag Barazzuolis angenommen. Aus der gesammten Debatte war dem Ministerium jedoch, wie Minghetti zum Schluß auch gradezu aussprach, so viel klar geworden, daß das liberale Italien eine größere Strenge gegen den Clerus verlange, wenngleich das Volksgewissen nicht gestatte eine Kirchenpolitik wie die deutsche zu befolgen. Er verhieß also, daß der neue Unterrichtsminister Bonghi den Einfluß der Geistlichkeit in den Schulen beschränken werde, und willigte ausdrücklich in das geforderte Gesetz über die Verwaltung der Kirchengüter; überdies schritt er endlich energisch gegen diejenigen Bischöfe ein, deren Ernennung der Regirung nicht einmal durch eine Abschrift der in der Sacristei ausgelegten päpstlichen Bulle kund geworden war, und zwang den Erzbischof von Palermo und viele andere Prälaten zur Räumung ihrer Paläste. Der Besuch des deutschen Kaisers in Mailand, der in den October 1875 fiel, stärkte das Ministerium wenigstens moralisch in dieser seiner kräftigeren Haltung, und eine directe Bezugnahme auf die deutsche Gesetzgebung durfte man wohl darin sehen, daß Minghetti wenige Tage später seinen Wählern in Bologna erklärte, die Regirung werde darauf bedacht sein, den niederen Clerus vor der Unterdrückung

durch die hohe Geistlichkeit zu schützen und die Mitwirkung der Laien bei der Gemeindeverwaltung zu sichern. Daß der eine wie der andere Punkt ein praktisches Bedürfniß sei, konnte durch mancherlei Vorfälle belegt werden. Die Zahl der von ihren Gemeinden trotz bischöflichen Einspruchs gewählten Pfarrer war wieder um einige gestiegen; die Gerichte von Mantua hatten in dem Falle des Pfarrers von St. Giovanni zu dessen Gunsten entschieden und die Regirung mußte ihn und seine Schicksalsgenossen deshalb schützen. Auch sonst fehlte es an Conflicten zwischen den Bischöfen und ihrem Clerus nicht; so hatten sich in Grotte, einer sicilischen Stadt, 25 Geistliche von dem Bischof von Girgenti losgesagt oder in Mantua und Siena die Capitel sich geweigert, einen Abt oder Propst, den der Papst dem historischen Rechte zuwider ihnen setzen wollte, anzunehmen, und nach altem Gebrauche selbst gewählt. Waren das auch nur vereinzelte Fälle, so forderten sie doch den Schutz der Regirung, und je unsicherer sich diese aus anderen Gründen auf den Füßen fühlte, um so mehr mußte sie bedacht sein, in diesen Dingen den berechtigten Anforderungen zu entsprechen.

Pius erfreute sich seinerseits während des ganzen Jahres 1875 wieder in hervorragender Weise der Huldigungen seiner Getreuen. Er hatte am Weihnachtsfest 1874 durch eine Encyclica für 1875 die Feier eines Jubeljahres angekündigt, in dem nach uraltem heiligem Gebrauche den Gläubigen der Schatz der Leiden Christi, der Jungfrau Maria und aller Heiligen mit vollen Händen gespendet werden solle. Theils die Rücksicht darauf, daß 1850 die beklagenswerthen Zeitumstände die eigentlich schon damals fällige Feier verhindert hätten, theils der Hinblick auf die großen Leiden der Kirche, auf die wachsende Verbreitung des Giftes des Unglaubens und auf die nie gesehene Höhe, zu der sich die Gottlosigkeit aufgeschwungen, diente zur Begründung der Feier, die jedenfalls nebenbei den Vortheil hatte, die Gemüther wieder neu zu erregen und neue Geldsummen nach Rom zu lenken. Der Papst ließ es an hetzenden Reden beim Empfang der Deputationen weniger als je fehlen; doch brach er zu allgemeiner Ueberraschung insofern mit der Fiction seiner Gefangenschaft, als er sich im Februar 1875 zum ersten Male seit 1870 in die Peterskirche begab, um die dort vollendeten Arbeiten anzusehen. Auch ernannte er wieder ein Dutzend Cardinäle, darunter Ledochowsky und Manning, und entschloß sich zur Anerkennung des Königs Alfonso von Spanien, da es mit den Hoffnungen des Don Carlos doch einmal rettungslos zu Ende ging. Die größeste Ueberraschung aber bereitete er der ungläubigen Welt, als er ankündigte, daß er sie am 16. Juni 1875 dem heiligen Herzen Jesu weihen werde. Es war der Tag der dreißigsten Wiederkehr seiner eigenen Thronbesteigung, der zweihundertste jener Vision, in der die

Marie Alacoque in Paray le Monial das brennende Herz Jesu einem Schmelzofen gleich gesehen haben wollte. Die ultramontane Partei ging natürlich auch auf diesen aberwitzigen Einfall der Jesuiten mit Bereitwilligkeit ein; die katholische Welt zeigte, daß sie sich schlechterdings Alles bieten lasse. Schon war es so weit gekommen, daß man dem Papste ins Gesicht sagen durfte, Jesus durchleide in ihm als in der Person seines Stellvertreters von neuem seine Passion, ja daß die Civiltà cattolica, das officielle Blatt der Curie, erklärte: Jesus ist nicht anderswo als bei dem Papste und in dem Papste, der Papst ist Christus auf Erden, und durch die Hingebung an Christus auf Erden müssen wir die Hingebung an Christus im Himmel beweisen. Ihm gebühre unbegrenzter Gehorsam nicht blos bezüglich des Handelns, sondern auch bezüglich des Wollens und Denkens; wer ihn höre, der höre Gott, und wer ihn verachte, der verachte Gott. Nach solchen Aeußerungen konnte es kaum noch als eine Steigerung betrachtet werden, wenn geschäftig berichtet wurde, der Segen des Papstes habe eine Nonne von der Lähmung des rechten Armes geheilt; man war eher versucht sich zu wundern, daß der Rest von Schamgefühl groß genug war, um häufigere Betrügereien dieser Art zu verhindern. Jedenfalls wurde die Welt darauf vorbereitet, daß mit der Leiche und dem Grabe des Verstorbenen das Geschäft einst schwungreicher betrieben werden könne, als es mit dem lebenden Papste räthlich schien.

2. Die parlamentarischen Vorgänge.

Die inneren Verhältnisse des Königreichs Italien waren inzwischen noch immer weit davon entfernt, befriedigend zu sein; doch besserte sich die Finanzlage ein wenig und, was vielleicht politisch noch wichtiger war, die Linke gab nach und nach ihre republikanischen Neigungen in den Kauf, um das Heft in die Hand zu bekommen. Das Ministerium Lanza-Sella, das im Jahre 1870 am Ruder saß und vornehmlich dem rechten Centrum angehörte, konnte doch, da es auch Mitglieder der Rechten, der sog. Consorteria, in seinen Reihen zählte, in der Regel auch bei dieser, der gemäßigt liberalen Partei, auf Unterstützung zählen. Bis zum 24. Juni 1873, d. h. etwa drei und ein halbes Jahr lang, behauptete sich dieses Cabinet; doch wurden je länger desto mehr die Spuren seiner Schwäche bemerklich und schon Ende April hatte es einmal seine Entlassung gefordert, weil es in der Kammer eine Niederlage erlitten hatte. Allein da grade damals das Klostergesetz auf der Tagesordnung stand, so wünschte im Grunde die Mehrheit der Abgeordneten doch keine Krisis und erklärte sich damit einverstanden, daß der Gesetzentwurf, über den

es zum Bruch gekommen war — die Erbauung eines Seearsenals in Tarent, wofür das Ministerium nur $6^1/_2$, das Abgeordnetenhaus aber 23 Millionen bewilligen wollte — ganz zurückgezogen wurde. Kaum war jedoch das Klostergesetz durchgegangen, so begann die unzufriedene Consorteria wieder ihre Versuche, das Ministerium zu stürzen, und der Umstand, daß in eben diesen Tagen, am 5. Juni 1873, Rattazzi starb, der allein für fähig galt, eine Regirung des linken Centrums und der Linken zu bilden, ermuthigte die Rechte noch mehr; denn sie fühlte sich nun sicher, daß ihr die Beute nicht etwa von der Linken entrissen werde. Gemeinsam mit dieser verweigerte sie daher am 23. Juni dem Finanzminister Sella die Berathung der von ihm eingebrachten Steuervorlagen und bewog dadurch das ganze Cabinet zum Rücktritt. Der König beauftragte darauf wirklich Minghetti als den Führer der Consorteria mit der Bildung des neuen Ministeriums; aber über eine Mehrheit verfügte auch er nicht, und da Verhandlungen mit Depretis, dem Haupte der Linken, dem Minghetti ein Bündniß der beiden extremen Parteien gegen die beiden Centren vorschlug, ohne Erfolg blieben, so war die Stellung der neuen Regirung eine sehr unsichere. Dennoch behauptete sie sich und errang sogar im Februar 1874 den so dringend gewünschten Beistand eines Theiles der Linken, indem 64 Mitglieder derselben unter Führung de Luca's einem Gesetzentwurf beistimmten, der den Umlauf des Papiergeldes dadurch ordnete, daß die sechs bedeutendsten Banken ermächtigt wurden, eine Milliarde Franken mit Zwangscurs auszugeben. Ganz unverhohlen wurde es ausgesprochen, daß der Preis für diese Unterstützung einige Ministerportefeuilles seien und daß, wenn Minghetti diese verweigere, die Opposition von Seiten der 64 wieder aufgenommen werde. Die geeignetste Gelegenheit dazu bot sich bei der Budgetberathung. Jahr aus Jahr ein galt es hier für ein Deficit Deckung zu suchen, und Minghetti hatte zu diesem Zwecke eine lange Reihe von Steuergesetzen — den Omnibus nannte man sie spottweise — zusammengestellt, die in ihrer Gesammtheit zur Noth die erforderlichen Mittel zu bieten versprachen. Daß man auf andere Weise dem Bedürfniß nicht abhelfen könne, wurde ziemlich allgemein zugestanden. Zwar sprachen die Einen davon, daß man die Militärlasten um die Hälfte verringern und alle großen Bauten einstellen solle, während die Anderen das System der Steuererhebung von Grund aus umgestalten und besonders durch eine einheitliche Veranlagung der Grundsteuer bedeutende Summen zu erzielen hofften; aber den ersten Vorschlag hätten seine Urheber selbst, wenn sie ans Ruder gekommen wären, durchzuführen nicht den Muth gehabt, und der zweite, der im Uebrigen viel für sich hatte, da es in Italien noch 24 sehr ungleichartige Kataster gab, erforderte Jahre der Vorbereitung, ehe er dem Budget Nutzen bringen konnte. Man ging also an die Berathung

des Omnibus, und Minghetti brachte glücklich alle die einzelnen Vorlagen durch, bis die meistbestrittene derselben, die den Urkundenstempel betraf und ungestempelte Urkunden für ungültig erklärte, am 24. Mai 1874 mit 166 gegen 165 Stimmen abgelehnt wurde, obgleich die einzelnen Paragraphen vorher alle genehmigt waren. Minghetti hatte im Voraus erklärt, daß er in diesem Falle seine Entlassung fordern werde, und handelte nun demgemäß; allein auf Bitten des Königs ließ er sich doch bewegen zu bleiben und das verstümmelte Budget anzunehmen. Die Opposition beruhigte sich in Anbetracht ihrer Schwäche dabei denn auch, machte aber Anstalt, unbekümmert um das Deficit, die Ausgaben noch zu steigern, indem sie einen bisher auf Verlangen des Ministeriums vertagten Commissionsantrag, der die Verwendung von beinah 90 Millionen zu Befestigungsarbeiten forderte, auf die Tagesordnung setzte und annahm. Indessen stellte sich der Senat auf Minghettis Seite und vertagte seinen Beschluß, bis die Mittel für diese Ausgaben vorhanden seien, und der Schluß der Session machte dann bald weiteren Conflicten ein Ende. Um so sicherer standen dieselben beim Wiederzusammentritt der Kammern zu erwarten und das Ministerium beschloß deshalb, den Versuch zu machen, ob es sich durch Neuwahlen eine sichere Mehrheit verschaffen könne. Am 3. October 1874 wurde die zweite Kammer aufgelöst, am 15. November das Land an die Urnen gerufen. Der Erfolg war insofern günstig, als die Regirung 288 Anhänger gegen 220 Oppositionelle in der neuen Volksvertretung zählte; aber freilich war die Mehrheit nichts weniger als zuverlässig und ein Theil der Opposition sehr begierig, sich durch irgend welche Allianz den Weg zu der längst schon ersehnten Ministerbank zu erobern. Geraume Zeit hindurch ging jedoch Alles für Minghetti recht gut. Zu ihrem Präsidenten erwählte die Kammer Biancheri, den Candidaten der Regirung; ein Tadelsvotum wegen der Art, wie die allerdings sehr drückende Mahlsteuer eingetrieben wurde, lehnte sie am 14. December 1874 mit 188 gegen 145 Stimmen ab; die langwierigen Debatten über kirchliche Fragen, die früher erwähnt wurden, erledigte sie zu Gunsten des Ministeriums, nachdem dieses Bürgschaften dafür gegeben hatte, daß es entschlossen sei, den clericalen Umtrieben kräftiger entgegenzutreten. Indessen wie bei diesen Verhandlungen die Opposition wiederholt eine sehr gefährliche Stärke gezeigt hatte, so gebot das Ministerium auch in anderen Fragen nur über schwankende Majoritäten. Eine sehr bestrittene Vorlage betraf die Anwendung außerordentlicher Maßregeln zur Herstellung der Sicherheit in den Provinzen. Dieselbe war ganz allgemein gehalten und konnte in der That, wie die socialistischen Putsche, die 1874 bei Rimini, Imola und anderen Orten versucht wurden, oder die zahlreichen Raubanfälle und Mordthaten in Neapel und Venetien lehrten, in den verschiedensten Gegenden des Kö-

nigreiches nicht wohl entbehrt werden; aber am dringlichsten war sie doch für Sicilien, wo das Räuberunwesen eine unerträgliche Höhe erreicht hatte und in der sog. Mafia, einer großartigen Organisation von Hehlern und Helfershelfern, eine unheimliche Stütze besaß. Trotzdem waren es neben der eigentlichen Linken grade die sicilischen Abgeordneten, die sich der Vorlage, als ob sie eine Beleidigung für ihre Insel enthielte, in heftigster Weise widersetzten. Schon bei der Wahl des Ausschusses, der das Gesetz vorberathen sollte, trugen in Folge dessen die Gegner den Sieg davon; die Mehrheit entschied sich für einfache Ablehnung und wählte den Führer der Linken Depretis zum Referenten; selbst die Minderheit hielt nicht an der Vorlage der Regirung fest, sondern arbeitete einen Gegenentwurf aus, den Minghetti für unannehmbar erklärte. Noch verwickelter wurde die Lage, als bei der achttägigen Debatte, Anfang Juni 1875, der Abgeordnete Tajani, der früher Staatsanwalt in Palermo gewesen war, die Behauptung aufstellte, daß die Regirung selbst sich mit der Mafia eingelassen und die Mitglieder derselben, deren Dienste sie in Anspruch genommen, dem Arme der Gerechtigkeit in ungesetzlicher Weise entzogen habe. Wenn Minghetti durch diese Anklage auch nicht unmittelbar betroffen wurde, da sie sich auf die Zeiten des Ministeriums Lanza bezog, so litt darunter doch das Ansehen der Regirung an sich und eine gründliche Untersuchung war unweigerlich geboten. In diese zu willigen, sträubte sich der Ministerpräsident auch nicht; wohl aber widersetzte er sich entschieden dem Verlangen, die Berathung des Gesetzes bis zum Abschluß jener Untersuchung zu vertagen und brachte diesen Antrag der Linken auch glücklich mit 220 gegen 203 Stimmen zu Fall; dieselbe Mehrheit bewilligte ihm dann die geforderten Vollmachten in einer sehr abgeschwächten und höchst allgemein gehaltenen Form.

Mochte das ein Sieg von zweifelhaftem Werthe sein, so ermöglichte er doch das Verbleiben der Minister, zumal andere Umstände ihre Stellung befestigten. Vor Allem kam ihnen der Besuch des Kaisers von Oestreich in Venedig (April 1875) zu statten, und wenn das Ausbleiben des deutschen Kaisers für den Augenblick zum Nachtheil der Regirung ausgelegt werden konnte, so wurde dieser Eindruck doch durch die Reise des deutschen Kronprinzen gemildert und durch die festlichen Octobertage, in denen Kaiser Wilhelm als Gast Victor Emanuels in Mailand weilte, vollständig beseitigt. Wichtige Erfolge in der Gesetzgebung erzielte Minghetti durch die Annahme des neuen Strafgesetzbuches und durch den Abschluß der seit Jahren schwebenden Reform der Militärverfassung, die ihr unermüdlicher und hochverdienter Förderer, der Kriegsminister Ricotti, jetzt endlich herbeiführen konnte. Es wurde nämlich am 7. Juni 1875 das Recrutirungsgesetz verkündet, das die allgemeine Dienstpflicht erst vollends zur Wahrheit machte, indem es

die Bedingungen regelte, nach denen der Wehrpflichtige in eine der drei Kategorien des Heeres eintrat, und dabei den Loskauf und ähnliche Mittel gänzlich ausschloß. Die Normalfriedensstärke der Armee belief sich auf circa 230,000 Mann und 26,000 Pferde; der Effectivstand im September 1876 mit Einschluß der Reserve auf 630,000, mit Einschluß der Landwehr auf 900,000 Mann. Auch die Gesetzentwürfe, durch welche das Verteidigungssystem des Landes geordnet wurde, gelangten im Mai 1875 zur Annahme und gewährten der Regirung die dazu nöthigen Mittel nahezu in dem Umfange, den sie gefordert hatte.

Zum Theil durch die Rücksichten auf die Verteidigung des Landes bewogen, entschloß sich dann aber das Ministerium zu einem Schritte, der ihm neue schwere Kämpfe in Aussicht stellte. Das italienische Eisenbahnnetz war bei seinem allmäligen Ausbau von militärischen Gesichtspunkten so gut wie gar nicht beeinflußt worden; es zeigte sich das zum Theil in der Richtung der Bahnlinien, zum Theil in der Art und dem Umfang des Betriebsmaterials, ganz besonders aber darin, daß man die wichtigsten von allen Bahnen, die oberitalienischen, einer ausländischen, größtentheils französischen Gesellschaft überlassen hatte, an deren Spitze der Baron Alfons von Rothschild stand. Militärisch-politische Gründe gesellten sich also in diesem Falle den nationalökonomischen zu, die schon länger dahin gedrängt hatten, das Eigenthum an den Eisenbahnen für den Staat zu erwerben. Bei einer Reihe von kleineren Linien, die außer Stande waren, sich zu erhalten, hatte man das denn auch seit etwa acht Jahren schon gethan und seit 1875 sogar eins der drei großen Netze, das römische, angekauft, so daß der Staat etwa den vierten Theil der 8000 Kilometer langen Eisenbahnen besaß. Der Rest war in den Händen der erwähnten oberitalienischen und der sog. süditalienischen Gesellschaft. Besonders mit der ersteren mußte man sich über kurz oder lang jedenfalls auseinandersetzen. Minghetti nahm die Sache deshalb ernstlich in Angriff; er beauftragte den früheren Finanzminister Sella mit den Verhandlungen und schloß durch ihn am 18. November 1875 den sog. Basler Vertrag ab, der die oberitalienischen Bahnen für die Summe von etwa 800 Millionen zur Verfügung der Regirung stellte. Durch einen anderen Vertrag vom 21. Januar 1876 wurden in ähnlicher Weise auch die neapolitanischen Bahnen dem Staate gesichert. Die Zustimmung des Parlamentes zu diesen Vorlagen durfte für die wichtigste Aufgabe der Session von 1876 gelten. Die Vorzeichen, unter denen sie eröffnet wurde, waren aber für das Ministerium nichts weniger als günstig. Zwar wählte die zweite Kammer wie früher den Candidaten der Regirung, Biancheri, zu ihrem Präsidenten; allein die anderen Mitglieder des Büreaus wurden fast sämmtlich durch eine Vereinbarung der Opposition mit den mißvergnügten toscanischen Abgeordneten ernannt und bei der Wahl der

Budgetcommission wiederholte sich dasselbe Schauspiel. Dadurch ermuthigt, beschloß die Linke, nicht erst auf die Discussion der Eisenbahnvorlagen zu warten, sondern sofort zum Angriff überzugehen. Es geschah das am 18. März 1876 durch eine Interpellation des Abgeordneten Morana, der die Minister fragte, wie sie die ungerechte Art, in der sie die Mahlsteuer erhöben, rechtfertigen könnten. Minghetti mußte in seiner Antwort zugestehen, daß die Beschwerden über das bestehende System, nach dem die Steuer auf Grund der Umdrehungen der Mühlsteine veranlagt wurde, begründet seien; er fügte hinzu, daß ein anderes System, welches das Gewicht des gemahlenen Mehles zur Grundlage nehme, bald eingeführt werden solle, und ersuchte die Kammer, wenn sie dem Ministerium ihr Mißtrauen erklären wolle, das aus Anlaß der Eisenbahnvorlagen zu thun. Allein selbst damit drang er nicht durch, sondern wurde mit 242 gegen 181 Stimmen geschlagen. Darauf reichte er dem Könige seine Entlassung ein, und dieser berief nun den Führer der Linken Depretis zu sich, um ihm die Bildung eines neuen Cabinets zu übertragen. Depretis hatte schon wiederholt in seinem Ministerium gesessen, und wenn er jetzt eine Coalitionsregirung gebildet hätte, so würde der Wechsel von nur sehr mäßiger Tragweite gewesen sein. Ursprünglich lag das auch in der Absicht; als aber die Verhandlungen mit den in Aussicht genommenen Mitgliedern der Rechten zu keinem Resultate führten, gab Victor Emanuel seine Zustimmung zu einem Cabinet, das ganz aus den Reihen der Linken gebildet war und neben Depretis Nicotera, Mancini, Zanardelli, Melegari, Coppino, Majorana, Brin und Mezzacapo zu Mitgliedern zählte. Waren die meisten dieser Männer auch schon anderweitig im Staatsdienste thätig gewesen, so hatten sie doch alle mehr oder minder für Republikaner gegolten, und daß sie jetzt mitsammt ihren Hintermännern, daß selbst ein Nicotera trotz seiner vieljährigen antimonarchischen Vergangenheit das Königthum thatsächlich anerkannte, war ein unbestreitbarer Gewinn für Italien, den selbst die Rechte nicht unterschätzen durfte.

Ueberdies stellte sich bald heraus, daß das neue Regiment durchaus nicht so ungestüm auftreten werde, wie man wohl gefürchtet hatte. Depretis' Programm betonte natürlich die alten Forderungen der Partei, aber es versicherte z. B. auch, daß die Minister nicht feindselig gegen die Kirche vorgehen würden, und behielt sich in der Eisenbahnfrage nur die Abänderung gewisser Bestimmungen vor, ohne das Project an sich zu bekämpfen. Die Art, wie Nicotera die Gesetze auch gegenüber der radicalen Partei handhabte, war für diese geradezu verblüffend. Er verbot unter Anderem eine Versammlung in Mantua, die eine Steuerverweigerung beschließen wollte, und gestand dann in der Kammer die Ungesetzlichkeit seines Verfahrens bereitwillig zu, aber mit der unverblümten Erklärung, daß er im gegebenen Fall stets so handeln werde.

Wegen der oberitalienischen Eisenbahnen ließ das Ministerium neue Verhandlungen mit Rothschild anknüpfen, um die gewünschten Aenderungen zu erlangen; da dieser Schwierigkeiten machte, sollte das Parlament einen Druck auf ihn ausüben; die ursprüngliche Vorlage wurde an die Abtheilungen verwiesen und in sieben derselben Anfang Mai 1876 verworfen, nur von zweien genehmigt. Darauf gab Rothschild wirklich ein wenig nach, und es konnte am 11. Juni in Paris ein neuer Vertrag von dem italienischen Unterhändler Correnti unterzeichnet werden, der u. A. die Kaufsumme um etwa 26 Millionen verringerte. Kaum 14 Tage später begannen die Kammerdebatten über die Vorlage; das Ergebniß war am 29. Juni die Genehmigung der Verträge, gegen die sich bei der Schlußabstimmung nur noch 35 Stimmen erklärten; gleichzeitig aber wurde der Regirung die Verpflichtung auferlegt, in der nächsten Session ein Gesetz einzubringen, durch welches der Betrieb auf den sämmtlichen Staatsbahnen in die Hände von Privatgesellschaften gelegt werde.

Der Curie gegenüber traten Depretis und seine Collegen doch energischer auf, als ihr Programm Anfangs hatte vermuthen lassen. Besonders Aufsehen erregte es, daß sie die ersten Jahresraten der vom Papste verschmähten Staatsrente für verfallen erklärten. Auch legte Mancini dem Parlamente einen Gesetzentwurf vor, durch den der Mißbrauch der priesterlichen Amtsbefugnisse zur Aufreizung der öffentlichen Meinung, zur Störung des Familienfriedens u. s. f. mit zweijährigem Gefängniß und hohen Geldstrafen bedroht wurde. Die Abgeordnetenkammer gab demselben denn auch nach langen Debatten im Januar 1877 ihre Zustimmung; im Senate aber fiel die Vorlage am 7. Mai mit einer Mehrheit von 13 Stimmen durch. Besseren Erfolg hatte der erneute Antrag auf Einführung des Schulzwangs, der einige Jahre vorher, als Scialoja ihn stellte, abgelehnt war, jetzt aber in beiden Häusern zum Gesetz erhoben wurde. Auf dem Verordnungswege untersagte Nicotera den Umzug von Processionen außerhalb der Kirchen, sofern nicht die Behörden ihre besondere Genehmigung dazu ertheilt hätten, und machte den Präfecten die sorgsame Ueberwachung der Mönche und kräftiges Einschreiten gegen jeden Versuch, das Klosterwesen in irgend welcher Form zu erneuern, zur Pflicht. Gegen die pöbelhaften Tumulte, mittels deren die Bevölkerung von Bologna im October 1876 den dort tagenden katholischen Congreß störte, ergriffen aber weder der Präfect noch der Minister die gebührenden Maßregeln, sondern zogen es vor, den Congreß selber aufzulösen.

Aber in den Augen des italienischen Volkes schadete selbst dieses parteiische Verhalten dem Ministerium nichts, und sein kühneres Vorgehen gegen Rom wurde sogar höchst freudig begrüßt. Nach einigen Monaten mußte selbst Sella vor seinen Wählern gestehen, daß die Linke

sich in der Regirung befestigt habe und die Rechte weit davon entfernt sei, bald wieder ans Ruder zu kommen. Depretis durfte es daher wagen die zweite Kammer, in der seine Macht doch ganz und gar von dem Beistande der Toscanesen und anderer mißvergnügter Liberalen abhing, aufzulösen und auf den Anfang November Neuwahlen auszuschreiben. Der Sieg, den er errang, war geradezu beispiellos: mit Einschluß von etwa 20 Republikanern zählte die Linke über 400 Mitglieder, die Rechte hatte kaum 100 Sitze gerettet und vermißte manchen ihrer tüchtigsten Männer wie Bonghi oder Visconti-Venosta. Daß der Senat dem radicalen Ministerium keine Schwierigkeiten machte, ließ der König seine Sorge sein. Hatte er schon im Mai 24 neue Senatoren ernannt und dadurch die Existenz des Cabinets zur Noth ermöglicht — die Abstimmungen ergaben in den nächsten Monaten wohl Stimmengleichheit oder die Mehrheit einer Stimme – so berief er nach dem glänzenden Wahlsiege der Linken weitere 32 Senatoren aus ihrer Partei und sicherte dadurch die Harmonie unter den gesetzgebenden Factoren. Es waren also augenscheinlich nicht blos schöne Worte, wenn er bei der Eröffnung des neuen Parlamentes am 20. November 1876 versicherte, daß er sich bei der Wahl der Minister zunächst zwar durch die Abstimmung der Kammer habe leiten lassen, daß er ihnen aber auch persönlich ganzes und volles Vertrauen schenke.

Trotz aller dieser günstigen Verhältnisse kamen aber doch bald bedenkliche Anzeichen zu Tage, die auf eine Zersetzung der Majorität von innen heraus schließen ließen. Mit wachsender Unzufriedenheit sahen die radicalen Lombarden die augenfällige Begünstigung der Süditaliener, deren sich Nicotera, Mancini und Mezzacapo, die drei Neapolitaner, schuldig machten. Die toscanischen Abgeordneten zürnten darüber, daß die Verwaltungsreform, die sie verlangten, von dem Ministerium immer wieder auf die lange Bank geschoben wurde; umsonst harrten sie darauf, daß dem hartbedrängten Florenz, das sich während der wenigen Jahre, wo es Hauptstadt war, in schwere Schulden gestürzt hatte, die versprochene Staatsunterstützung zu Theil werde; auch fanden sie sich in der Erwartung getäuscht, daß der Betrieb der Staatsbahnen, wie sie es gewünscht hatten, der Florentiner Gesellschaft, die bereits das Tabaksmonopol gepachtet hatte, übertragen werden würde; es stellte sich vielmehr heraus, daß dieselbe trotz ihrer gewaltigen Capitalien der doppelten Aufgabe nicht gewachsen sei, und was noch schlimmer war: die Regirung konnte auch keinen anderen Unternehmer in Italien finden, so daß es mehr und mehr den Anschein gewann, als ob doch der Staat selbst den Betrieb werde übernehmen müssen; und als dann endlich doch von Depretis persönlich im September 1877 ein Vertrag mit der Nationalbank und der Südbahngesellschaft zu Stande kam, erhoben dagegen nicht allein von allen Seiten

die angeblich oder wirklich verletzten Interessen Opposition, sondern auch der Handelsminister Zanardelli forderte seine Entlassung. In den Steuerfragen, die das Land lebhaft beschäftigten, konnte das Ministerium auch nicht recht aus der Stelle kommen; besonders die oft versprochene Aufhebung der Mahl- und der Salzsteuer war schlechterdings unmöglich. Für die nöthigsten Verwaltungsreformen und die Abänderung des Wahlgesetzes wurden zwar umfassende Vorarbeiten gemacht, aber bis Nicotera seine Entwürfe im November 1877 einbringen konnte, war er doch den unaufhörlichen Vorwürfen der Saumseligkeit ausgesetzt. Mehr und mehr wurde grade er, der für die Seele des Cabinets gelten mußte, von seinen Parteigenossen in Nord- und Mittelitalien im Stich gelassen und selbst unter seinen neapolitanischen und sicilianischen „Janitscharen" begann die Meuterei, als er gegen die Camorra und die Mafia energisch einschritt. Nach seiner Gewohnheit nahm er es dabei mit den Gesetzen nicht allzugenau, und da er mit Hülfe des rücksichtslos durchgreifenden Präfecten Malusardi in Palermo wirklich vorzügliche Resultate erzielte, so durfte man ihm diese Praxis gegenüber so verzweifelten Zuständen wohl nachsehen. Allein die Mafia hatte ihre Verzweigungen bis in die höchsten Gesellschaftsclassen, und da auch diese nicht geschont wurden, so wurden bald in Presse und Parlament bittere Klagen laut, und ein großer Theil der sicilischen Abgeordneten fiel von Nicotera ab. Als die Seele dieser Opposition, die sich unter dem Vorsitze Cairolis, etwa 110 Mitglieder stark, von der ministeriellen Partei trennte, durfte man den Kammerpräsidenten Crispi betrachten, der sich mit diesem seinem Ehrenposten nicht zufrieden gab, sondern Nicotera zu verdrängen suchte. Von Seiten des Königs war kein Einspruch gegen den Eintritt Crispis in seinen Rath zu erwarten; war es doch für die Sache der Monarchie nur vortheilhaft, wenn die Schaar der sie thatsächlich anerkennenden Parteimänner sich immer weiter nach links hin ausdehnte. Nicht ganz ohne Sorge schien man aber darüber zu sein, wie Deutschland sich zu einem noch radicaleren Ministerium stellen werde. In Anbetracht der ernsten Verwicklungen im Oriente, die fast unwillkürlich in Wien einen instinctiven Argwohn gegen geheime italienische Pläne erweckten, in Anbetracht vollends der reactionär-clericalen Strömung, die in Frankreich seit dem 16. Mai 1877 oben auf war, durfte man in Rom nicht leichtfertig die Sympathien der deutschen Regirung in die Schanze schlagen. Um über diesen Punkt Gewißheit zu gewinnen, unternahm Crispi selbst im September 1877 eine Reise nach Deutschland; er machte dem Reichskanzler, der zur Cur in Gastein verweilte, seine Aufwartung, und wurde in Berlin von den ministeriellen wie von den parlamentarischen Kreisen mit Auszeichnung empfangen. Waren die Ehren, die man ihm erwies, auch scheinbar als Erwiderung der Aufmerksamkeiten, die Herrn

von Bennigsen bei einer Reise nach Rom im Mai 1877 erzeigt waren, von selbst geboten und deshalb von geringerer Bedeutung, vergalt man an dem italienischen Kammerpräsidenten, was die Italiener dem preußischen an Freundlichkeiten erwiesen hatten, so ergab sich doch immerhin daraus, daß gegen Crispis Persönlichkeit keine Einwendungen zu befürchten waren. Das Gerücht ging weiter und versicherte, der Zweck der Reise sei ein Bündniß abzuschließen, das seine Spitze gegen Frankreich kehre. Um diese Mißdeutungen zu berichtigen oder auf ihren wahren Werth zurückzuführen, begab sich Crispi denn auch nach Paris und wußte dort seine politischen Gesinnungsgenossen völlig zu beruhigen. Bald nach seiner Rückkehr wurde dann der parlamentarische Angriff auf das Ministerium unternommen, und obwohl er formell mißlang, obwohl die Kammer am 14. December 1877 auf Antrag des Abgeordneten Salaris mit 184 gegen 162 Stimmen ein Vertrauensvotum beschloß, reichte doch das Cabinet zwei Tage darauf dem Könige seine Entlassung ein. Dieser nahm dieselbe an, beauftragte aber sofort den bisherigen Präsidenten Depretis mit der Neubildung des Ministerium. Crispi trat an Nicoteras Stelle, Mancini, Mezzacapo und andere blieben, ein ganz neues Portefeuille, das des Schatzes, wurde neben dem der Finanzen für den Senator Bargoni gebildet.

Wenige Tage später, an der Schwelle des Jahres 1878, sollte Italien seinen König verlieren; am 9. Januar starb Victor Emanuel nach kurzer Krankheit. Kaum vier Wochen verstrichen, und am 7. Februar folgte ihm der greise Pius IX in den Tod. Die beiden großen Gegner, die doch persönlich ein starkes Wohlwollen gegen einander nie verleugnet hatten, wurden fast gleichzeitig von ihrer Arbeit abgerufen. Von maßgebender politischer Bedeutung war vielleicht keiner der beiden Todesfälle; die Richtung, in der König und Papst gewirkt hatten, war ihnen durch ihre Stellung angewiesen und mußte sich, höchstens mit einer leichten Schwenkung, auf ihre Nachfolger vererben. Aber die Todesfälle hätten wohl eine politische Bedeutung gewinnen können, wenn die parlamentarische Linke nicht am Ruder, wenn sie vielleicht gar mit der Monarchie noch verfeindet gewesen wäre. Jetzt sorgten dieselben Männer dafür, daß sich der Uebergang der Gewalten und die Wahl des neuen Papstes friedlich vollzog, die unter andern Umständen vielleicht den Moment zu einer republikanischen Schilderhebung benutzt und zum mindesten das Garantiegesetz umzustoßen gesucht hätten. Auch dem conservativen Politiker mußte es jetzt einleuchten, daß diese Ministerien der Linken ein Segen für das Land seien, daß sie mehr zur Conservirung der neugeschaffenen Zustände beitrügen als eine Verwaltung aus dem Schoße der alten Parteien. Und das darf denn wohl auch als die werthvollste Frucht bezeichnet werden, die für Italien in den letzten Jahren gereift ist, daß die Monarchie als gemeinsamer

Boden auch von der Masse der Radicalen anerkannt ist. Die nächste Etappe, die der junge Einheitsstaat zu erreichen wünschen muß, ist die Betheiligung der Clericalen an seinem politischen Leben. Denn wenn deren Eintritt in die Wahlen auch große parlamentarische Schwierigkeiten voraussehen läßt und eine geschlossene regirungsfähige Mehrheit dann kaum zu erwarten steht, so ist dies doch ein Schritt, der unerläßlich für die Entwicklung des Landes ist, und dessen Gefahren durch das engere Zusammentreten aller liberalen Elemente auch glücklich zu überwinden sein werden.

VI. Spanien und Portugal.

1. Die Regirung Amadeos.

Von den mannigfaltigsten Wechselfällen war in dem Zeitraume, den wir zu schildern haben, Spanien heimgesucht worden. In die Enttäuschung, die ihm durch das Scheitern der Throncandidatur Leopolds von Hohenzollern bereitet wurde, hatte sich Volk wie Regirung gleich schnell gefunden. So lebhaft man im ersten Augenblicke sich über die herrische Einmischung Napoleons und die geradezu beleidigende Sprache, die Gramont in amtlichen Schriftstücken führte, erbost hatte, so schnell verrauchte dieser Zorn; man betrachtete die Neutralität Spaniens in dem ausgebrochenen Kriege als etwas Selbstverständliches, ja mit dem Sturze des Kaiserthums erwachten sogar bei den Republikanern die allerlebhaftesten Sympathien für die Regirung der Nationalvertheidigung. Die Manifeste der Partei flossen über von Schmähungen gegen den Absolutismus des Nordens, der die Freiheit des Südens vernichten wolle, gegen den königlichen Sieger, dessen von lateinischem Blute triefender Degen die Karte Europas ändern möchte, und was dergleichen Tiraden mehr waren. Einzelne Hitzköpfe, wie der alte Orense, versuchten sogar eine spanische Legion für die französische Republik zu bilden, und faselten von einer Million Streiter, die sie aus der Erde stampfen wollten. Prim war mit seinen Sympathien zurückhaltender; wenn sein Gesandter in Paris, Olozaga, bisher ein treuer Bewunderer Napoleons, voll Eigenmächtigkeit die Regirung vom 4. September anerkannte, so mißbilligte er das entschieden und rief den unlenksamen Diplomaten von seinem Posten ab. Er wünschte es mit keiner der Großmächte zu verderben, um bei allen auf die Anerkennung des Throncandidaten, den er schließlich für die spanische Krone gewinnen würde, rechnen zu dürfen. Zeitweilig schien es, als ob Dom Fernando von Portugal seine bisherigen Weigerungen aufgeben würde. Schon während der verhängnißvollen Juliwoche hatte er sich bereit erklärt, das Opfer seiner Freiheit zu bringen, wenn dadurch der Friede zwischen Deutschland und Frankreich gesichert werde; jetzt wollte man

aus Besprechungen, die Prim mit dem früheren portugiesischen Ministerpräsidenten Saldanha hatte, schließen, daß Fernandos Candidatur und der Plan einer Verbindung Portugals mit Spanien, der mit ihr fast unlöslich verknüpft war, wieder aufgenommen werde. Um so größer war das Erstaunen, als Ende October verlautete, ein anderer Bewerber sei gewonnen: Victor Emanuels zweiter Sohn, Amadeo, Herzog von Aosta, um den man sich früher ja auch schon vergeblich bemüht hatte. In der That hatte Prim schon Ende August seine Werbungen in Florenz wieder aufgenommen; aber wochenlang konnte ihm sein Gesandter Montemar keine Fortschritte der Verhandlungen melden. Die Besetzung Roms und was damit zusammenhing, nahmen begreiflicher Weise den König von Italien und seine Regirung so vollauf in Anspruch, daß sie keine Neigung zeigten, gleichzeitig auch noch eine zweite dornige Frage anzugreifen. Erst am 11. October konnte Montemar eine Audienz bei Victor Emanuel erhalten, um ihm seine Wünsche vorzutragen, und auch dann verstrichen noch fast drei Wochen, bis die Sache ganz geordnet und das Widerstreben des Prinzen durch die Zureden seines Vaters, seines Bruders Humbert und auch seiner Gemahlin gebrochen war. Am 2. November erst ging die Mittheilung von Florenz nach Madrid, daß Amadeo die Krone annehmen werde, wenn die Abstimmung der Cortes beweise, daß es der Wunsch des spanischen Volkes sei.

Eine Hinterthür blieb also auch jetzt noch offen. Wenn nicht mehr als die gesetzlich erforderliche Mehrheit einer Stimme oder wenige darüber sich für den italienischen Prinzen zusammenfand, konnte dieser immer noch den geforderten Beweis für nicht erbracht erklären und sein Wort zurücknehmen. Mit unruhiger Spannung sah man daher dem Wahlacte entgegen, der auf den 16. November angesetzt war. Die Entscheidung lag bei den Mitgliedern der liberalen Union, die bisher treu zu Isabellens Schwager Montpensier gestanden hatten, die zum Theil auch für die Wahl ihres Sohnes Alfonso ohne Widerstreben gestimmt haben würden, denen aber die Erhebung eines fremden Prinzen durchaus nicht in den Kopf wollte. Auf der anderen Seite zählte die Partei aber doch wieder zu viele Männer, denen die monarchische Staatsform höher stand als die Person des Monarchen, und die sich der Einsicht nicht verschlossen, daß die Fortdauer des augenblicklichen Zustandes nur den Republikanern zu Gute komme. Eine Spaltung in der Partei gab der doppelten Strömung Ausdruck; die eine Hälfte unter den alten Führern Rios Rosas und Vega de Armijo beharrte bei ihrem Nein, die Uebrigen stimmten für Amadeo. Von 311 Abgeordneten, die in der Sitzung erschienen (36 waren ausgeblieben), wurden 19 unbeschriebene Zettel abgegeben, 62 trugen das Wort Republik, 38 zersplitterten sich auf Montpensier, dessen Frau, Alfonso und

Espartero; die übrigen 191 erklärten sich für den Herzog von Aosta. Fünf Tage darauf traf die Nachricht ein, daß der Erwählte die Krone angenommen habe; worauf eine Deputation der Cortes, geführt von dem Präsidenten Ruiz Zorrilla, nach Florenz reiste, um diese Erklärung officiell in Empfang zu nehmen.

Die Rede, in welcher Amadeo vor diesen Zeugen am 4. December 1870 seine Annahme wiederholte, machte einen sehr günstigen Eindruck. Bei seiner Jugend, die ihm noch nicht erlaubt habe, sich Verdienste zu erwerben, glaube er dem Ruhme seines Vaters, dem Glücke seines Heimatlandes allein die Ehre der Wahl zu verdanken; er werde das Beispiel der constitutionellen Ueberlieferungen, in denen er erzogen sei, ehrlich befolgen und, Soldat im Heere, vor den Vertretern der Nation der erste Bürger sein. Schon binnen vierzehn Tagen war er bereit sich in sein Reich zu begeben; einige Deputirte blieben zurück, ihn zu geleiten; Zorrilla und die übrigen eilten nach Madrid, um dort in aller Eile von den Cortes noch die nöthigen Beschlüsse über die Formalitäten beim Empfange und bei der Eidesleistung, über die Civilliste und ähnliche Dinge fassen zu lassen. Aber sie fanden die Stimmung daheim nicht so friedlich und ruhig, wie sie wohl erwartet hatten. War schon bei ihrer Abfahrt in Cartagena ihnen vereinzelt der drohende Ruf: Er wird nicht kommen! entgegengeschleudert, so hatten inzwischen die Republikaner eine ganz maßlose Polemik eröffnet. Wie in Madrid, so kam es in Cadix, Sevilla, Salamanca, Valladolid zu feindlichen Kundgebungen; ein republikanischer Abgeordneter nannte den König einen Affen, ein anderer die Beschlüsse der Cortes Possen; in den Zeitungen wurde die Parole ausgegeben: Fort in die Schlacht! Krieg dem Fremden, Krieg dem Tyrannen! Auf das leidenschaftlichste wurde Prim angegriffen und ganz offen zu seiner Ermordung als zu einer patriotischen That aufgefordert. Einem Cäsar ein Brutus! rief das eine Blatt aus; Prim lebt noch, giebt Geld aus und triumphirt! das andere. Nur einen Brutus, nur ein paar Männer von Muth, so hieß es überall in den Clubs, und die Republik in Spanien sei begründet.

Prim ließ sich dadurch nicht einschüchtern, sondern beantragte bei den Cortes die erforderlichen Gesetze, darunter auch eines, kraft dessen ihre constituirenden Befugnisse mit dem 31. December erlöschen sollten. Den neuen König aber ließ er ersuchen seine Abreise bis zum 27. December zu verschieben, damit er am 1. Januar 1871 in die Hauptstadt einziehe. An demselben 27. December trafen ihn selbst die Kugeln der Mörder. Als er Abends 1/2 9 Uhr aus den Cortes nach Hause fuhr, versperrten zwei Wagen dem seinigen in der Straße del Turco den Weg; gleichzeitig fielen von rechts und links mehrere Schüsse, die den Minister achtfach verwundeten. Noch lebend erreichte er seine

Wohnung und drei Tage lang schwebte er zwischen Leben und Tod; am Abend des 30. Decembers, wenige Stunden, nachdem Amadeo in Cartagena den spanischen Boden betreten hatte, hauchte er den Geist aus.

Eine schlimmere Nachricht hätte den jungen König bei seiner Ankunft nicht empfangen können; denn in dem allgemeinen Wirrwarr der Parteien hatte Prim allein es verstanden seinen Willen durchzusetzen; er würde dem jungen Herrscher ein oft lästiger und gebieterischer Führer geworden sein, aber ein Führer, dessen klares Wort unbedingt über die maßgebende Partei der Progressisten verfügte, der die Unionisten in seinem Schlepptau mitzuführen verstand und die übrigen Fractionen erfolgreich niederzuhalten wußte. Wie seltsam mußte es den König berühren, als er an Bord seines Schiffes von einem Ministerpräsidenten begrüßt wurde, der gegen seine Wahl gestimmt hatte, von Topete, dem der Regent Serrano einstweilen die Leitung der Geschäfte übertragen hatte. Freilich durfte er sich auf dessen Ehrenhaftigkeit durchaus verlassen: Meine Brust wird des Königs Schild sein, hatte der Minister vor den Cortes erklärt, und bis er den Mann auswählt, der die Regirung bilden soll, bürge ich mit meinem Leben für das seine. Amadeo schenkte diesen Worten vollen Glauben; muthig und ohne Zögern nahm er die neue Lage an und ging den Gefahren entgegen, die seiner in der Hauptstadt harren konnten. Am 2. Januar 1871 traf er in Madrid ein. Nach einem Gebete an der Leiche Prims in der Kirche von Atocha begab er sich zur Eidesleistung in die Cortes, wo er sehr gut empfangen wurde. Mit der Bildung des Ministeriums betraute er den bisherigen Regenten Serrano, der Progressisten und Demokraten, wie Sagasta, Zorrilla, Martos und Moret y Prendegast zum Eintritt zu bewegen wußte. Auch im Uebrigen ließen sich die Dinge leidlich gut an. Die Bevölkerung von Madrid bezeigte dem Könige viel Aufmerksamkeit, sein einfaches, arbeitsames Wesen gefiel; der Haß des Adels, der sich in der Entfernung vom Hofe und selbst in öffentlichen Zeichen der Mißachtung kund gab, erwarb dem Monarchen beim Volke nur neue Sympathien. Die Geistlichkeit freilich wirkte dem wieder entgegen, obwohl sich der Papst gar nicht unfreundlich gegen Amadeo stellte, sondern wie alle weltlichen Mächte ihn anerkannte; nur wenige Bischöfe ermahnten ihren Clerus zur Treue gegen den neuen Herrscher. In der Armee dagegen stand es umgekehrt; die Zahl der Offiziere, welche den Eid verweigerten, war nicht beträchtlich; die Entschlossenheit, mit der die subalternen unter ihnen verhaftet und abgesetzt, die höheren nach den Balearen verwiesen wurden, erstickte vollends weitere Widersetzlichkeiten. Die Hauptsache endlich war, daß die Wahlen, zu denen das Land berufen wurde, für die Regirung günstig ausfielen; in die Provinzialräthe wurden Anfang Februar 913 Ministerielle gegen 467 Oppositionelle gewählt; der Senat, der aus dem Schoße der Provinzial-



räthe hervorging, zählte in Folge dessen eine Dreiviertelmehrheit für die Regirung; in das Abgeordnetenhaus kamen freilich 62 Carlisten, 48 Republikaner und etwa halb so viel Anhänger Montpensiers oder Alfonsos; allein die 237 Ministeriellen bildeten doch auch hier eine erdrückende Mehrheit, und die Adresse, mit welcher das Haus die Thronrede vom 3. April beantwortete, war mit 164 gegen 98 Stimmen angenommen worden. Wenn die Regirung wirklich einig gewesen wäre, oder wenn eine mächtige Persönlichkeit wie Prim die verschiedenartigen Elemente zusammengehalten hätte, so würden die Aussichten sehr günstig gewesen sein.

Zum Unglück für den König wie für das Land war aber das Parteiwesen innerhalb wie außerhalb der Regirung zerfahrener und verlogener als je. Seitens der Opposition war bei den Wahlen ein ungeheuerlicher Bund zwischen den Republikanern und Carlisten geschlossen, der beiden Theilen sehr gute Früchte getragen hatte. Auch zwischen Rios Rosas, dem Führer der oppositionellen Unionisten, und Canovas del Castillo, dem Haupte der alten Moderados, war eine Allianz geplant worden, die aber schließlich doch nicht zu Stande kam. Die demokratisch-progressistisch-liberale Regirungspartei bewahrte den Schein der Einheit, die sie in Wahrheit nie besessen, nur wenige Wochen über die Eröffnung der Kammern hinaus. Die Demokraten und ein Theil der Progressisten, dessen Führer Zorrilla war, verlangten die freisinnigste Weiterbildung der demokratischen Verfassung und die Begründung einer Bürgermiliz von 400,000 Mann; der andere Theil der Progressisten unter Sagastas Leitung und die Unionisten betrachteten dagegen die Constitution von 1869 als das letzte Wort der Revolution und begünstigten sogar schon allerlei rückläufige Maßregeln. Es wäre vielleicht noch früher zum offenen Bruche zwischen den beiden Gruppen gekommen, wenn nicht ein Antrag Castelars auf Proclamirung der Republik, die Forderung der Carlisten auf Absetzung Amadeos, clericale Straßendemonstrationen zu Gunsten der weltlichen Macht des Papstes und ähnliche Vorgänge die auseinanderstrebenden Elemente wieder zusammengedrängt hätten. Ende Juni waren die Mißverständnisse gleichwohl so groß geworden, daß die Minister den König um ihre Entlassung baten. Amadeo wollte davon jedoch nichts hören. Er berief sich darauf, daß die Regirung, wie sie sei, in den Kammern die Mehrheit besitze, und meinte, er verstehe sich nur auf parlamentarische Ministerkrisen, nicht auf solche, die lediglich aus Partei- und Clubumtrieben entständen. Für ein paar Wochen wurde dadurch der Friede wieder hergestellt; Mitte Juli aber brach die Krisis von Neuem aus, und da Serrano, den der König am liebsten behalten hätte, außer Stande war sich mit Sagasta zu verständigen, während er doch ohne die gemäßigten Progressisten auf keine Mehrheit rechnen konnte, so wurde Zorrilla mit

der Cabinetsbildung betraut. Wider Erwarten fand aber auch dieser weder nach links bei den Demokraten, noch nach rechts bei den Sagastinern Bereitwilligkeit an seiner Regirung Theil zu nehmen, so daß er sein Ministerium ganz und gar aus seiner eigenen Partei bilden mußte. Behielt er trotzdem in der Kammer die Mehrheit, so war diese Gleichförmigkeit des Cabinets gewiß kein Unglück. Und wirklich versprach nicht blos Sagasta ihn zu unterstützen, sondern auch die Demokraten verhießen ihren Beistand, ja die gemäßigten Republikaner sogar erließen Anfang August ein Manifest, das sich sehr nachsichtig über die Regirung aussprach. Auch sonst ließ sich Alles gut für Zorrilla an. Montpensier verdarb es eben jetzt mit seiner Partei dadurch, daß er, ohne sie um Rath zu fragen, sich mit der Königin Isabella aussöhnte; Amadeo erhielt bei Gelegenheit eines Besuches, den ihm sein Bruder, der italienische Kronprinz, machte, unzweideutige Zeichen der Sympathie von der Bevölkerung wie von den Truppen; eine Reise, die er auf Andringen seines Ministerpräsidenten nach Valencia, Barcelona, Saragossa machte, die ihn also recht eigentlich in die Centren der Opposition führte, lief nicht allein ohne Mißklang ab, sondern trug ihm sogar viele Beweise von Popularität ein; unter den Carlisten entstand eine ernstliche Spaltung, weil Cabrera den Prätendenten überredete, einen Aufstand, den die Ungeduldigsten, den Canonicus Manterola an der Spitze, vorbereitet hatten, zu verbieten. Nicht minder förderlich war es für Zorrillas Stellung, daß eine dreiprocentige Anleihe von 150 Millionen Pesetas, die er am 6. September auflegte, achtfach überzeichnet wurde, und daß es den vereinigten Anstrengungen seiner Collegen gelang, in den einzelnen Verwaltungszweigen Ersparungen einzuführen, deren Gesammtbetrag sie auf nicht weniger als 400 Millionen Realen berechneten.

Dennoch aber stand das Ministerium auf schwachen Füßen. Daß der König und die Königin lieber ein conservativeres Cabinet gehabt hätten und Serrano mit etwas demonstrativer Auszeichnung behandelten, war das Geringste; der eigentliche Stein des Anstoßes war die Feindschaft Sagastas. Als die Cortes nach den Sommerferien wieder zusammentraten, warf man von beiden Seiten die Maske, unter der man seine wahre Gesinnung bisher noch verborgen hatte, ab. Zorrilla forderte die Kammer auf, zu ihrem Präsidenten den Demokraten Rivero zu wählen, Sagasta beanspruchte diese Würde für sich selbst. Bei der Abstimmung am 3. October 1871 siegte der Oppositionscandidat mit 123 gegen 113 Stimmen, und damit war das Schicksal des Cabinets entschieden. Der König nahm das Entlassungsgesuch, das Zorrilla ihm einreichte, sofort an, und beauftragte, nachdem Espartero abgelehnt hatte, den Admiral Malcampo mit der Bildung eines neuen Ministeriums. Die Mitglieder desselben waren fast ausnahmslos ziemlich unbekannte

Personen; sie sollten gleichsam die alte Progressistenpartei ohne Rücksicht auf die feindliche Spaltung zwischen Zorrilla und Sagasta repräsentiren, gehörten aber durchaus zum Anhange des letzteren. Auch wurde der Bruch zwischen beiden Gruppen jetzt durch gesonderte Manifeste an die Nation vollendet; das Zorrillas erhielt 141 Unterschriften von Abgeordneten und Senatoren, das Sagastas 61. Die Stellung des Ministeriums Malcampo war daher eine sehr schlechte und nur dann haltbar, wenn die rechts stehenden Parteien, die Unionisten, Alfonsisten und Carlisten es stützten. Einen Augenblick schien es, als ob dies der Fall sein würde. Im Gegensatz zu Zorrilla, der das Treiben der Internationalen in Spanien vollständig unbelästigt gelassen hatte, war nämlich Malcampo sofort dagegen aufgetreten und hatte sogar durch seinen Minister des Auswärtigen de Blas am 9. November die europäischen Regirungen zu gemeinsamem Einschreiten aufgefordert. Zorrilla griff dieses Verfahren sehr scharf an, die Mehrheit der Cortes, 191 gegen 83 Stimmen, erklärte sich aber nach 25tägigen Debatten damit einverstanden. Allein kaum war dieser Sieg errungen, so folgte ihm eine Niederlage auf dem Fuße. Der Carlist Ochoa beantragte, daß den religiösen Körperschaften auf Grund der Verfassung und des Vereinigungsrechtes freies Feld gegeben werde; die Republikaner, Demokraten und Progressisten stellten sich auf seine Seite, und der von dem Sagastiner Romero Robledo vorgeschlagene Uebergang zur Tagesordnung wurde mit 178 gegen 118 Stimmen verworfen. Sofort verlas Malcampo ein bereit gehaltenes königliches Decret, das die Cortes vertagte. Die Zwischenzeit bis zu ihrer Wiedervereinigung wurde mit Versuchen zur Umbildung des Ministeriums zugebracht. Sagasta, der jetzt die Leitung übernahm, bot sogar Zorrilla vier Plätze in dem neuen Cabinet an; da sie ausgeschlagen wurden, blieb schließlich nichts anderes übrig, als mit einem im Wesentlichen nicht veränderten Ministerium vor den Cortes zu erscheinen. Sagasta trat an die Spitze, Malcampo mit dreien seiner Collegen blieb, Topete ließ sich zur Uebernahme des Colonialamtes bewegen, die übrigen Posten wurden sämmtlich Sagastinern übertragen. Zorrilla kündigte sofort an, daß er diesem Cabinette gleichfalls den Krieg erkläre und deshalb sich um das Präsidium der Kammer bewerbe. Noch ehe es zur Wahl kam, bot sich aber, am Tage der Wiedereröffnung, dem 22. Januar 1872, eine andere Gelegenheit zu einem Mißtrauensvotum. Der Kammerpräsident Herrera ertheilte nämlich Sagasta, während ein oppositioneller Abgeordneter sprach, das Wort, und wurde deshalb von der Kammer mit 172 gegen 120 Stimmen getadelt. Das Ministerium stellte nun dem Könige die Wahl zwischen seiner Entlassung und der Auflösung der Kammer, und Amadeo entschied sich für das zweite. Seiner Beliebtheit beim Volke gab er dadurch einen schweren Stoß. Die feindlichen Kundgebungen gegen ihn,

die Drohungen mit dem Lose Maximilians von Mexico, die Forderungen, daß er abdanke, wurden zahlreicher. Alle oppositionellen Parteien schaarten sich eng zusammen. Sagasta erkaufte sich wohl durch einen neuen Wechsel in seinem Ministerium den Beistand der Unionisten, denen er am 20. Februar 1872 nicht weniger als fünf von den acht Portefeuilles überließ; er erkämpfte mit ihrer Hülfe bei den Wahlen vom 4. April auch eine Mehrheit von über 200 Stimmen im Abgeordnetenhause; allein trotzdem war nicht blos seine, sondern auch des Königs Lage nicht besser geworden. Die Unionisten hatten innerhalb der Mehrheit weitaus das Uebergewicht; in ihrer Mitte aber befanden sich sehr viele unzuverlässige Anhänger Amadeos, die mit den Alfonsisten enge Fühlung hatten. Seitens der Opposition war zwischen Republikanern, Demokraten, Progressisten, Alfonsisten und Carlisten zum Zweck der Wahlen eine „nationale Vereinigung" geschlossen, die ihren Kampf gegen das Ministerium auch in der Kammer fortsetzte. Die Carlisten aber hatten aus diesen Vorgängen so viel Muth geschöpft, daß sie jetzt offen, mit den Waffen in der Hand, gegen Amadeo aufzutreten für angezeigt hielten.

Schon bei den Wahlen hatte das carlistische Centralcomité den Seinigen zugerufen: Jetzt an die Urnen, später wohin Gott uns ruft! Anfang April begannen dann allerlei unruhige Bewegungen und Gewaltthaten in den nördlichen Provinzen; ein Brief, den der Secretär des Don Carlos, Don Emilio de Arjona, am 15. April an den Präsidenten des Wahlcomités, Nocedal, richtete, proclamirte den Aufstand, und am 21. April erklärte Don Diaz de Rada als Oberbefehlshaber der carlistischen Truppen in den baskischen Provinzen und Navarra die Feindseligkeiten für eröffnet. Am 2. Mai traf König Carl VII., wie der Prätendent sich nannte, selbst in Vera an der Bidassoa ein. Einen wir uns, so rief er in seiner Proclamation an die Spanier, in dem Rufe: Nieder mit dem Fremden! und das Gebrüll des spanischen Löwen wird die Männer der Revolution, wird die Schleppträger Italiens erschrecken. Kommet alle zu mir, und wenn ihr einig seid, wird es eurem Könige ein Leichtes sein, euch Frieden und Wohlfahrt, eure Gerechtsame und die wahre Freiheit zu verleihen.

Der erste Anlauf nahm jedoch ein sehr klägliches Ende. Serrano, der von dem Könige Amadeus mit dem Oberbefehl betraut wurde, verhängte den Belagerungszustand in Biscaya und Navarra und säuberte schnell bedeutende Striche dieser Provinzen von den feindlichen Banden. Zu einem größeren Treffen kam es am 4. Mai zwischen seinem Unterfeldherrn Moriones und de Rada bei Oroquieta im Bezirk von Pamplona. Da die Carlisten über 700 Gefangene verloren und völlig auseinander gesprengt wurden, flüchteten sich Don Carlos und de Rada über die französische Grenze; fast alle die kleinen Schaaren,

die das Land unsicher machten, unterwarfen sich oder lösten sich auf; nur um Bilbao herum waren noch größere Banden vereinigt. Dorthin begab sich Serrano und ließ sich mit dem Marquis de Urquizu, dem Bevollmächtigten der Carlisten von Alava, und mit einigen andern Deputirten in Verhandlungen ein, die am 24. Mai zu der Convention von Amorevieta führten, kraft deren den Aufständischen volle Amnestie, ja den Offizieren, welche zu Don Carlos übergetreten waren, die Wiedereinsetzung in ihre frühere Chargen zugesagt wurde.

Die Nachricht von dieser Convention erregte in der Hauptstadt begreiflicher Weise gewaltiges Aufsehen, um so mehr als Serrano in diesem Augenblicke als Haupt des Ministeriums betrachtet werden konnte. Zwei Tage vorher war nämlich Sagasta ganz unerwartet zum Rücktritt gezwungen worden. Bei den Prüfungen der Wahlen hatten sich die unerhörtesten Einmischungen des Ministeriums ergeben; insbesondere waren dem betreffenden Ausschusse der Cortes Actenstücke in die Hände gespielt worden, woraus sich ergab, daß Sagasta zwei Millionen Realen aus den Kassen des Colonialministeriums genommen und zu Bestechungen verwandt, daß er außerdem durch seine Polizei unter Verletzung des Briefgeheimnisses die angesehensten Personen aller Parteien, sogar den König selbst hatte überwachen lassen. Dadurch unmöglich geworden, reichte er seine Entlassung ein, und Amadeo ersuchte nun Serrano ein neues Cabinet zu bilden. Dieser übertrug das Geschäft zwar zunächst seinem Freunde Topete, der ein rein unionistisches Ministerium zu Stande brachte, in welchem er für Serrano den Vorsitz und das Portefeuille des Kriegs offen hielt. Sofort griff nun Zorrilla den Vertrag von Amorevieta an, indem er die Würdelosigkeit eines Verfahrens, durch das treubrüchige Offiziere wieder in Rang und Stellung eingesetzt wurden, zornig brandmarkte. Die Mehrheit der Cortes blieb freilich der Regirung treu; die Sagastiner vertheidigten das Verhalten Serranos eben so eifrig wie die Unionisten, obgleich sie kaum vier Wochen früher dem Könige in der Thronrede vom 24. April die Worte in den Mund gelegt hatten, er werde, eingedenk daß sich die in ähnlichen Fällen früher geübte Milde stets als fruchtlos erwiesen habe, diesmal in der Züchtigung der beharrlichen Feinde der Freiheit und der unverbesserlichen Störer der Ordnung unerbittlich sein. Es kam sogar jetzt eine völlige Verschmelzung der Sagastiner mit den Unionisten zu Stande, so daß beide zusammen nur eine Partei, die Constitutionellen, bildeten, wie sich andrerseits die Progressisten mit den Demokraten unter dem Namen der Radicalen zu einem Club verbunden hatten. Bei der Discussion des Vertrags von Amorevieta stießen die Gegensätze so heftig aufeinander, daß auch der Präsident der Cortes Rios Rosas Partei ergriff und Zorrilla beständig unterbrach. Dieser verließ darauf mit den Radicalen die Sitzung

und veranlaßte ein Mißtrauensvotum gegen den Präsidenten. Natürlich wies die Mehrheit dasselbe zurück, obwohl Zorrilla für diesen Fall mit seinem Austritt gedroht hatte, den er dann auch am 1. Juni der Kammer anzeigte. Da die Carlisten gleich bei Beginn der Session sich zurückgezogen hatten, die Republikaner den gleichen Entschluß auf das ernstlichste erwogen, so schien den Cortes die Gefahr, zu einem bloßen Rumpfparlamente zusammenzuschrumpfen, sehr nahe zu stehen. Gleich die Genehmigung der Convention von Amorevieta, die am 3. Juni mit 140 gegen 22 Stimmen ausgesprochen wurde, nachdem Serrano selbst zur Verteidigung seiner Maßregel herbeigeeilt war, erfolgte vor so leerem Hause, daß dem Beschluß jede Autorität abging. Die Mehrheit fühlte das Peinliche ihrer Lage sehr wohl und wollte dem durch Ausnahmemaßregeln abhelfen. Am 11. Juni hielt sie eine Parteiversammlung, an der Serrano, der jetzt den Vorsitz im Ministerium übernommen hatte, und seine Collegen Theil nahmen. Es wurde beschlossen, dem Ministerium durch Suspendirung der Verfassungsbürgschaften die Dictatur zu übertragen. Damit war man aber an einem Punkte angelangt, wo der König selbst seine Mitwirkung verweigerte. Gegenüber den dringlichen Vorstellungen Serranos und Topetes berief er sich einfach auf den Schwur, den er auf die Verfassung geleistet, und nahm lieber das Entlassungsgesuch der Minister an, als daß er ihr Verlangen erfüllt hätte. Da Zorrilla Madrid bereits verlassen hatte, wandte er sich zunächst an dessen Parteigenossen, den General Cordoba, der denn auch sofort ein neues Cabinet bildete und die Cortes, die verfassungsmäßig erst vier Monate nach ihrem Zusammentritt aufgelöst werden durften, einstweilen vertagte. Zorrilla erklärte sich damit einverstanden und übernahm den ihm offen gehaltenen Vorsitz im Ministerium; die öffentliche Meinung schien mit dem Wechsel sehr zufrieden zu sein; in Madrid und vielen andern Orten wurden lebhafte Kundgebungen zu Gunsten des Umschwungs veranstaltet; auch die Führer der republikanischen Partei mahnten ihre Freunde zum Abwarten, freilich mit der Begründung, daß Jedermann das Kommen der Republik ahne und eine Erhebung in diesem Augenblick eine Verschwörung gegen die eigene Sache wäre.

Die gegnerischen Parteien hielten dem gegenüber mit ihrem Unwillen auch nicht zurück. Abgeordnete und Senatoren der bisherigen Mehrheit protestirten in einem Manifeste vom 16. Juni gegen die Vertagung der Cortes; etwa 230 hervorragende Persönlichkeiten aus allen Ständen erließen eine Erklärung zu Gunsten Alfonsos und des Herzogs von Montpensier, der, wie jetzt erst bekannt wurde, in einem Briefe vom 17. April 1872 die Erbberechtigung seines Neffen anerkannt hatte. Auch die Carlisten entfalteten wieder eine rege Thätigkeit. Don Carlos Bruder, Don Alfonso, hatte den Kampf überhaupt nie

aufgegeben; schon Mitte Mai war ein Aufruf von ihm erschienen, in dem er dem Lande sich als Generalissimus des Königs vorstellte; noch vor Schluß des Monats war dann in Catalonien Tristany, Graf von Avino, der vielerprobte carlistische Bandenführer, erschienen, und Anfang Juni streiften seine Schaaren schon bis Reus und Tarragona; wiederum vier Wochen später ließ auch Don Carlos selbst sich in einem neuen Manifeste vernehmen, der Aufstand griff wieder nach Navarra und den biscayischen Provinzen hinüber und die Geistlichkeit, aus deren Mitte nachweislich 177 Bandenführer hervorgegangen waren, hetzte aus allen Kräften. Endlich erhob sich auch unter den Republikanern eine Faction, die ungeduldig wurde und den Castelar, Figueras und Pi y Margall in ihrer abwartenden Politik nicht länger folgen wollten. Ende Juni hielten diese Intransigenten eine Versammlung in Madrid ab, auf der ihre Führer wie Galiana und Garcia Lopez unverhohlen Gewalt predigten und sich mit den Internationalen verbrüderten. Auch wenn man es ihnen nicht nachweisen konnte, blieb doch an diesen Elementen vorzugsweise der Verdacht hängen, daß sie die Anstifter eines Attentats seien, das in der Nacht zum 20. Juli 1872 gegen das Königspaar unternommen wurde, als es aus den Gärten von Buen Retiro in den Palast zurückfuhr. An drei verschiedenen Stellen wurden aus den Seitenstraßen der Calle del Arenal volle Salven auf den Wagen des Königs abgegeben, ohne doch ihn oder seine Gemahlin zu verwunden, und obgleich das Ministerium vorher gewarnt war und seine Vorkehrungen hätte treffen können, gelang es doch nicht, irgend eine Spur von den Thätern zu finden. Alle Parteien wetteiferten in Folge dessen sich gegenseitig die Schuld in die Schuhe zu schieben, und selbst der Regirung blieb der Verdacht nicht erspart, daß sie die ganze Sache künstlich arrangirt habe.

Jedenfalls war der Rückschlag zunächst dem Herrscher günstig. In Madrid wurden ihm viele Zeichen der Theilnahme gegeben; selbst eine Reise in die nördlichen Provinzen trug ihm mancherlei Kundgebungen ungekünstelter Anhänglichkeit ein. Die Wahlen, die nach Auflösung der alten Cortes am 24. August stattfanden, ergaben eine ungeheure Mehrheit für die Regierung. Von ungefähr 1,9 Millionen Wählern, die gestimmt hatten, waren mehr als 1,3 Millionen für die Radicalen, dazu noch reichlich 100,000 für die dynastischen Conservativen eingetreten; die Alfonsisten hatten keine 50,000, die Republikaner nicht volle 400,000 Stimmen erhalten; die Carlisten waren der Wahl ganz fern geblieben. So traten denn die Radicalen mit der ungeheueren Mehrheit von 294 den sämmtlichen andern Parteien, die nur 99 Mitglieder, darunter 76 Republikaner, zählten, entgegen. Zorrilla konnte triumphiren; dem Könige selbst mochte die Sache doch nicht unbedenklich erscheinen. Von den 191 Abgeordneten, die ihn vor nicht zwei Jahren

gewählt hatten, saßen in den neuen Cortes nur noch 46; Männer wie Serrano, Topete, Sagasta, denen er das größte Vertrauen schenkte, waren durchgefallen; die radicale Mehrheit umfaßte auch die Demokraten, denen an der Fortdauer der Monarchie wenig lag, und die jetzt in Rivero den Präsidenten des Abgeordnetenhauses stellten. Von der Flüssigkeit der Parteiverbindungen hatten die letzten Jahre redendes Zeugniß abgelegt, und die Befürchtung lag daher nahe genug, daß die Demokraten sich wieder von den Progressisten trennen und mit den Republikanern verbinden könnten. Diese pflanzten gleich in der Adreßdebatte ihr Banner offen auf; Garrido, Orense, besonders Salmeron eiferten gegen die unfertigen Zustände, die zu bessern der Fürst aus dem savoyischen Hause weder Geist noch Selbständigkeit genug gezeigt habe. Zugleich brachen in Ferrol und andern Orten republikanische Aufstände los, die von den Intransigenten angestiftet waren, die offen zu tadeln aber auch die Gemäßigten nicht wagen wollten. Höchstens ließ sich Figueras dazu herbei zu versichern, daß er solche Unordnungen nicht liebe. Aber weshalb nicht? „Weil wir uns für Ihre Erben halten, weil wir glauben, daß Sie der letzte Minister des Königs Don Amadeo sind, weil wir die nahe Verwirklichung unserer republikanischen Hoffnungen nicht verhindern wollen.“ Die mit den Socialisten eng verbundenen, ja fast identischen Intransigenten ließen sich dadurch von ihren Putschen natürlich nicht abhalten, und in Dutzenden von Orten Andalusiens, Cataloniens, Galiziens und anderer Provinzen flackerte die Empörung auf. Wetteifernd damit rührten sich auch die Carlisten. In Guipuzcoa wurde der Pfarrer Santa Cruz der Schrecken der liberalen Gemeindevorsteher und Richter, die er Nachts aus ihren Wohnungen wegholen und erschießen ließ; in Catalonien sammelten sich um den General Saballs beträchtliche Banden, überfielen die Eisenbahnzüge, plünderten die Postwagen, zerstörten die Telegraphendrähte und erhoben die Steuern an Stelle der Regirungsbeamten. Auch in Navarra, in Aragon, an der portugiesischen Grenze zeigten sich die Anhänger des Don Carlos wieder zahlreicher und kühner, und seitens der Regirung geschah wenig, um ihnen entgegenzutreten. Zum Theil mochte daran freilich die verzweifelte Lage der Finanzen Schuld sein; denn seit der Revolution von 1868 bezifferten sich die Mindereinnahmen gegenüber den Ausgaben auf ungefähr eine Milliarde Pesetas, und die Regirung mußte jetzt daran denken, diese Summe durch eine Anleihe zu decken. Sie schloß zu diesem Zwecke im September 1872 mit der Banque de Paris einen Vertrag ab und legte auf Grund desselben den Kammern, die am 15. jenes Monats zusammentraten, umfassende Reformprojecte vor, durch welche das ganze Steuersystem geändert, die Staatsschuld convertirt, eine Hypothekenbank zur Sicherstellung der Zinszahlungen gegründet werden sollte. Auch sonst kündigte

sie gesetzgeberische Entwürfe von höchster Bedeutung an: ein Militärgesetz, das die allgemeine Wehrpflicht einführte, ein Kirchengesetz, das den Unterhalt der Geistlichkeit zum guten Theil auf die Gemeinden abwälzte, ein Gesetz zur Reform des Strafprocesses und zur Begründung von Geschworenengerichten, endlich eine Vorlage, welche die Sklaverei auf Portorico abschaffte. Von Seiten der Cortesmehrheit wurden alle diese Entwürfe bereitwillig angenommen oder doch in Commissionen für die Annahme vorbereitet; aber Erfreuliches hatte diese rege und fördernde Thätigkeit trotzdem nicht, weil Jedermann unter dem dumpfen Gefühle litt, daß eigentlich ganz etwas Anderes Noth thue, daß die Verfassung selbst und das Königthum in seinen Grundfesten wanke.

Amadeo selbst verhehlte sich das am allerwenigsten; was ihn am meisten entmuthigte, das war die augenfällige Abwendung der gemäßigten Liberalen von seiner Sache; sogar Serrano ließ die schuldigen Rücksichten der Höflichkeit gegen den Monarchen außer Acht; er schlug die Einladung zur Tafel aus und lehnte die Erhebung zum Fürsten von Alcolea ab; es lag auf der Hand, daß er und seine Freunde jeden Augenblick bereit waren, zu den Alfonsisten überzugehen. Daß diese in der Armee einen beträchtlichen Anhang hatten, war ein offenes Geheimniß; man sprach von 7000 Offizieren, die alfonsistisch-gesinnt seien. Durch einen verhängnißvollen Mißgriff des Ministeriums wurde nun auch noch die ganze Artillerie dem Könige entfremdet. Der Kriegsminister hatte im November den General Hidalgo zum Generalcapitän der baskischen Provinzen ernannt, obgleich derselbe durch die Herzlosigkeit, mit der er bei einem Aufstande 1866 einen verwundeten Kameraden der Wuth der Meuterer überlassen hatte, in Verruf gekommen war. Als er zur Uebernahme seines Postens in Vittoria eintraf, ließen sich sämmtliche Artillerieoffiziere krank melden, und der Brigadier Blengua reiste ohne Urlaub nach Madrid, um die Ernennung rückgängig zu machen. Diese Verletzung der Disciplin wollten Zorrilla und der Kriegsminister Cordoba nicht ungestraft hingehen lassen; sie deckten sich durch einen Beschluß der Cortes erst weislich den Rücken und schritten dann rücksichtslos gegen die aufsässigen Offiziere ein. Allein das soldatische Ehrgefühl war stärker als ihre Energie. Die ungeheure Mehrzahl der Artillerieoffiziere im ganzen Königreiche stellte sich auf Blenguas Seite, und die Regirung hatte in kurzer Zeit 700 Abschiedsgesuche in Händen. Vergebens dachte sie durch Verschleppung dem Conflicte die Spitze abzubrechen und endlich, zu Anfang des Jahres 1873, durch die Versetzung Hidalgos nach Tarragona einzulenken: der Widerstand der Artillerie blieb unerschütterlich. Darüber reifte dann bei Amadeo der langgehegte Plan der Abdankung zum festen Entschluß; er befragte seinen Vater um Rath und erhielt von diesem am 5. Februar 1873 eine zustimmende Antwort; darauf ertheilte er zwar Zor-

rilla am 9. Februar noch die Ermächtigung, das ganze Artilleriecorps aufzulösen, beauftragte ihn aber noch am selben Tage den Cortes seine Abdankung anzuzeigen. Vergebens suchte der Minister ihm diesen Entschluß auszureden, vergebens auch hoffte er von Seiten der Kammern dabei Unterstützung zu finden: die Demokraten vereinigten sich sofort mit den Republikanern und gaben die Monarchie preis. Die königliche Botschaft ward ihnen erst am 11. Februar übergeben. Sie warf einen Rückblick auf die Hoffnungen und die guten Absichten, mit denen Amadeo die Krone angenommen habe: zwei lange Jahre seien seitdem verstrichen und Spanien lebe noch immer in beständigem Kampfe, sehe Frieden und Glück von Tag zu Tage weiter hinausgeschoben. „Wenn die Feinde seines Glückes Fremde wären, fuhr der König fort, dann würde er an der Spitze dieser ebenso tapferen wie ausdauernden Soldaten der Erste sein sie zu bekämpfen. So aber sind Alle, die mit dem Schwerte, der Feder oder dem Worte die Leiden der Nation verlängern, Spanier; Alle rufen den süßen Namen des Vaterlandes an und inmitten des tosenden Kampfes ist es unmöglich ein Heilmittel für so viele Uebel zu finden.“ Er wenigstens habe umsonst darnach gesucht und sei jetzt davon überzeugt, daß alle seine Anstrengungen fruchtlos, seine Absichten unausführbar seien; deshalb entsage er der Krone, nicht aber zugleich der Liebe zu diesem eben so edlen wie unglücklichen Lande, voll Bedauern, daß er ihm nicht das Glück habe verschaffen können, das sein treues Herz für Spanien erstrebt.

Die beiden Häuser der Cortes, die zum Congreß vereinigt diese Botschaft entgegennahmen, beschlossen sofort einstimmig, die Abdankung zu bestätigen. Ein Ausschuß wurde gewählt um dem Könige in einer Antwortsadresse davon Mittheilung zu machen. Im Hinblick auf den unerschütterlichen Charakter des Fürsten, so hieß es darin, stehe man von jedem Versuche ab, ihn in seinem Entschlusse wankend zu machen; an den Zeichen der Achtung und Loyalität, die der König verdiene, werde man es nicht ermangeln lassen, und wenn Spanien ihm fortan keine Krone mehr bieten könne, so biete es ihm eine andere Würde, die Würde des Bürgers im Schooße eines freien Volkes. So wie diese Adresse genehmigt war, beantragte Pi y Margall die Ausrufung der Republik und die Wahl einer absetzbaren und verantwortlichen ausführenden Gewalt. Nur 32 von 290 Stimmen erklärten sich dagegen; zum Präsidenten der Executive wurde Figueras erwählt; das Ministerium des Innern ward Pi y Margall, das des Aeußern Castelar übertragen; die übrigen Posten erhielten die beiden Salmeron, Cordoba, Beranger, Becerra und Echegaray, also überwiegend Radicale. Der König empfing noch um Mitternacht eine Deputation der Cortes, die ihm die Adresse überreichte, und verließ ein paar Stunden später mit

seiner Gemahlin Madrid, um sich ohne Aufenthalt nach Lissabon zu begeben.

2. Die Republik.

Hier war man über die Ereignisse in dem Nachbarlande nicht wenig beunruhigt und wandte sich sofort mit der Bitte um etwaigen Beistand an England. Auch bei den übrigen Cabinetten fand die neue Republik nur wenig Wohlwollen; selbst das republikanische Frankreich hielt sich scheu zurück, weil es fürchtete, die Internationale möchte in Madrid zur Herrschaft kommen; von allen Seiten liefen Mahnungen ein, die neue Regirung möge ja darauf bedacht sein, die staatliche und gesellschaftliche Ordnung zu wahren. Castelar ließ es denn auch an beruhigenden Versicherungen nicht fehlen. Die spanische Demokratie, verkündete er, hat nichts von dem unbestimmten Weltbürgerthum, das dem Auslande Besorgniß einflößen oder uns im Inneren durch seine Träumereien Schwierigkeiten bereiten könnte; wir sind entschlossen, die Ordnung aufrecht zu erhalten und den Frieden Europas zu achten. Trotz dieser schönen Worte fand sich keine der großen Mächte außer den Vereinigten Staaten von Amerika bewogen, mit der Anerkennung zu eilen; sie begnügten sich damit, einen officiösen Verkehr mit der neuen Regirung zu unterhalten. In der That zeigten schon die nächsten Tage, daß die Bewegung noch keineswegs zum Abschluß gekommen sei. In Barcelona und anderen Städten, am 24. Februar auch in Madrid selbst, kam es zu Kundgebungen gegen den radicalen Theil des Ministeriums; die Freiwilligen der Freiheit, die sich angeblich zum Schutz der Cortes in Permanenz erklärten, forderten die Bildung einer neuen Regirung; der größere Theil der Radicalen, der offen ins republikanische Lager übergetreten war, schloß sich dem Verlangen an, auch der neue Präsident der Cortes, Martos, der am 13. Februar den Platz seines gemäßigteren Parteigenossen Rivero eingenommen hatte. Die ganze Executivgewalt gab demgemäß ihre Entlassung, und während Figueras, Castelar, Pi y Margall und Nicolas Salmeron fast einstimmig wieder gewählt wurden, brachten es ihre radicalen Collegen nur auf einige 40 Stimmen und wurden durch wenig bekannte Republikaner ersetzt.

Gleichwohl beabsichtigten auch die demokratischen Radicalen wie Martos keineswegs, sich den Republikanern unbedingt zur Verfügung zu stellen, und schon nach wenigen Tagen fand sich eine Gelegenheit, dies zu zeigen. Figueras legte am 4. März einen Gesetzentwurf vor, der die Wahlen zu den constituirenden Cortes auf den 10. April, deren Zusammentritt auf den 1. Mai ansetzte. Die bestehende Versammlung sollte noch ein paar schwebende Gesetze erledigen, dann einen

Ausschuß wählen und darauf ihre Thätigkeit einstellen. Das wahlfähige Alter wurde auf 20 Jahre herabgesetzt. Damit würde die radicale Partei das Heft vollends aus den Händen gegeben und auch ihre Zukunft auf das Aeußerste gefährdet haben. Sie raffte sich also noch einmal zusammen und wählte eine Commission zur Berathung dieses Gesetzes, welche dessen Verwerfung beantragte. Allein auch diesmal bewährte der Druck von außen seine Kraft. Als in Barcelona auf die falsche Kunde, daß Figueras zurückgetreten sei, die Föderativrepublik ausgerufen wurde, als in Madrid die Freiwilligen der Freiheit sich zusammenschaarten, um die Cortes zu bedrohen, da ließ Martos sich bereit finden, für einen Vermittlungsvorschlag einzutreten, der die Wahlen und den Zusammentritt der Constituante um einen Monat verschob; die Mehrheit der Radicalen verzichtete auf die Theilnahme an der Abstimmung und mit 187 gegen 19 Stimmen wurde das Gesetz am 12. März angenommen. Es hatte wenig zu bedeuten, wenn die Opposition Martos ihren Haß dadurch zu erkennen gab, daß sie ihn zum Rücktritt vom Vorsitz drängte, wenn sie den Republikaner Orense, der zu seinem Nachfolger vorgeschlagen wurde, durchfallen ließ, und wenn sie schließlich ihre Mehrheit dazu gebrauchte, um in den ständigen Ausschuß, der ja doch zur Ohnmacht verdammt war, neben 5 Republikanern 15 Mitglieder anderer Parteien zu wählen: die Republikaner waren trotzdem vollkommen Herren des Staates und konnten, nachdem die Cortes am 23. März auseinander gegangen waren, ihre Vorkehrungen treffen, um sich ein günstiges Wahlergebniß zu sichern.

Die Proben, die sie in dieser Zeit von ihrer Befähigung zum Regiren gaben, fielen allerdings nicht besonders aus. In der Armee ging der letzte Rest von Disciplin verloren; man erlebte es, daß in der Hauptstadt ein Manifest der Garnison veröffentlicht wurde, das jedem Befehle, welcher dem Gesetze und der Freiheit zuwiderlaufe, im Voraus den Gehorsam aufkündigte. Die Versuche, das Artilleriecorps wieder herzustellen, scheiterten trotz aller Bemühungen Castelars und des Kriegsministers Acosta, und als Serrano seine werthvolle Vermittelung in dieser wichtigen Frage anbot, mußte die Regirung sie wider Willen zurückweisen, weil der Pöbel von Barcelona es gebieterisch forderte. Der Carlismus machte in den nördlichen Provinzen unaufhaltsame Fortschritte; Ende März eroberte Saballs, allerdings nur vorübergehend, die Städte Ripoll und Berga in Catalonien und machte an letzterem Orte 500 Gefangene, während Dorregaray in Navarra immer mehr Boden gewann und im Mai den Republikanern in einem Treffen bei Estella sogar 3 Kanonen abnahm. Schlimmer als diese Verluste waren jedoch für die herrschende Partei die socialistischen und separatistischen Bewegungen, die in ihrem eigenen Schoße ausbrachen; im Süden des Landes kam es bereits zu gräuelvollen Scenen von Mord und Brand-

stiftung und zur gewaltsamen Vertheilung des Grundbesitzes; in einzelnen Städten machten sich die Behörden von der Centralregirung so gut wie unabhängig und in Malaga behauptete sich gar der Intransigente Carvajal gegenüber dem von Madrid gesandten Statthalter im Besitz der Macht, die er im Namen des Volks übernommen hatte.

Inmitten solches Wirrwarrs glaubte der ständige Ausschuß noch einen Versuch wagen zu können, die Cortes wiederherzustellen. Er hielt am 23. April eine Sitzung ab, in der ihm die Executivgewalt Rede stehen sollte. Da schon seit mehreren Tagen heftige Erörterungen von beiden Seiten vorhergegangen waren, so war man auf einen ernsten Conflict gefaßt und hatte hüben und drüben seine Vorbereitungen getroffen. In den Straßen und auf den Plätzen der Hauptstadt sammelten sich die Schaaren der alten Miliz, die auf Seiten der Radicalen stand, und ihnen gegenüber die republikanischen Freiwilligen der Freiheit. Nicht die Uebermacht allein, sondern auch die größere Entschlossenheit war bei den letzteren, und nachdem man sich ein paar Stunden drohend gegenüber gestanden, hielt es die alte Miliz für gerathener, nach Hause zu gehen. Während dessen hatte der Ausschuß vergeblich mit der Regirung verhandelt; mit der Drohung, ihn aufzulösen, entfernten sich die Minister, indeß jener seine Berathungen fortsetzte. Erst als nach Mitternacht die Freiwilligen gegen den Sitzungssaal anstürmten, entschloß sich der Präsident, die Versammlung aufzuheben; aber schon war der Augenblick vorüber, in dem sich die Mitglieder noch ungehindert hätten entfernen können. Nur den ernstlichen Bemühungen Castelars und einiger Freunde war es zu danken, daß es nicht zum Schlimmsten kam; aber die schimpflichen Mißhandlungen, denen Männer wie Echegaray, Becerra oder Figuerola anheim fielen, konnten sie nicht verhüten. Einzelne Ausschußmitglieder entgingen dem Tode nur dadurch, daß sie ins Gefängniß abgeführt wurden; andere, darunter Serrano, flüchteten auf die englische oder amerikanische Gesandtschaft; fast alle eilten dann so schnell wie möglich der Grenze zu, um sich im Auslande, wohin sich Zorrilla gleich nach Amadeos Abdankung begeben, in Sicherheit zu bringen. Gegen die Auflösung des Ausschusses, die anderen Tages von der Regirung verfügt wurde, erließen sie noch einen Protest, dem über 200 Mitglieder der Cortes beitraten.

Auf die Wahlen, die nahe bevorstanden, hatte dies Ereigniß den bedeutsamsten Einfluß. Alle oppositionellen Parteien waren vollständig eingeschüchtert und hatten gelernt, was es mit der republikanischen Freiheit auf sich habe. Eine allgemeine Wahlenthaltung war die Folge, so daß von fünftehalb Millionen Wählern wenig mehr als eine Million an der Urne erschien. Demgemäß traten die Republikaner am 1. Juni 1873 in die constituirenden Cortes in der Stärke von etwa 360 Köpfen ein, während außer ihnen nur etwa 20 Radicale und 10 Alfonsisten

gewählt waren. Allein in der Mehrheit selbst nahm jetzt der Zersetzungsproceß bestimmtere Formen an. Am schwächsten war die Fraction derjenigen Republikaner, welche die Einheit des Staates wahren wollten und die Begründung eines Bundesstaates nach dem Vorbilde der Schweiz und Nordamerikas bekämpften. Die Anhänger dieser letzteren Idee, die sogenannten Föderativ-Republikaner, waren aber auch in sich wieder gespalten, insofern die Einen der Centralregirung doch eine bedeutende Macht lassen, die Anderen alle Gewalt in die Hände der Particularstaaten legen wollten. Figueras und Castelar, die der ersten Richtung angehörten, fühlten, daß sie in der Minderheit seien und daß ihre Pläne, was noch traurigere Aussichten eröffnete, in denjenigen Provinzen, wo die Intransigenten überwogen, zu offener Empörung führen würden. Gleich bei der Eröffnung der Cortes erklärten sie deshalb, daß ihnen der Ruhm, Begründer der Republik gewesen zu sein, genüge und daß sie vom Schauplatze zurückträten. Das Princip der Föderativ-Republik wurde nun am 8. Juni mit 210 gegen 2 Stimmen angenommen, und Pi y Margall zum Präsidenten des Ministeriums erwählt mit der Vollmacht, seine Collegen selbst zu ernennen. Doch als er seine Liste, die den verschiedenen Fractionen entnommen war, anderen Tages vorlegte, wurde von allen Seiten Protest dagegen erhoben, und nun begann ein unendlicher Wirrwarr. Erst trat Pi y Margall von seinem Posten zurück, dann ließen in einer geheimen nächtlichen Sitzung sowohl er wie Figueras und Castelar sich bewegen, ihre Aemter wieder zu übernehmen; dann erklärte sich gar das gesammte bisherige Ministerium bereit, am Ruder zu bleiben, und empfing ein Vertrauensvotum der Cortes; endlich — und zwar Alles noch am 9. Juni — gaben sie allesammt wieder ihre Entlassung ein, weil sie sich über ihre Finanzpolitik nicht einigen konnten, und Figueras eilte, damit noch nicht zufrieden, sofort aus Madrid weg und suchte, verfolgt von Verwünschungen und Anklagen der Doppelzüngigkeit und Verrätherei, eine Zuflucht in Frankreich. Nach zweitägigen Versuchen brachte dann Pi y Margall eine neue Ministerliste zu Stande, die wiederum Republikaner aller Schattirungen enthielt, aber fast ausnahmslos unbedeutende Menschen. Trotzdem oder auch deshalb bestätigten die Cortes dieses Cabinet am 11. Juni fast einstimmig und gaben ihre Sehnsucht nach Versöhnung und Ruhe auch dadurch kund, daß sie zu ihrem Vorsitzenden an Stelle des Anfangs gewählten Intransigenten Orense den gemäßigteren Nicolaus Salmeron erkoren. Die äußerste Linke gerieth darüber in heftigen Zorn, ihre Vertreter in der Regirung erwiesen sich als unfähig oder unlustig, mit der Mehrheit des Cabinets zusammen zu wirken, und schon nach zehn Tagen mußte Pi y Margall den Cortes anzeigen, daß sein Ministerium sich zu schwach fühle, um ohne einen neuen Beweis des Vertrauens seitens der Volksvertretung weiter

bestehen zu können. In der Debatte, welche sich darüber entspann, erklärte sich Castelar mit der größten Entschiedenheit gegen die Unversöhnlichen, für die Ordnungspartei. Es scheint mir manchmal, rief er aus, ich habe mein Vaterland sehr aufgeregt, und wenn die Republik unglücklicher Weise die Unordnung, die Entfesselung jedes Hasses, das Grab aller Freiheiten sein sollte, ach, dann möge mir Gott verzeihen und die Geschichte mich vergessen; aber den nämlichen Feldzug, den ich für die Freiheit, für die Demokratie unternommen, will ich jetzt für die Stetigkeit, für die Ordnung, für die Regirung führen. Er beantragte sodann ein Vertrauensvotum nicht für das Ministerium, sondern für Pi y Margall persönlich; dasselbe wurde mit 137 gegen 49 Stimmen bewilligt, und überdies noch bei der gleichzeitigen Wahl in den Verfassungsausschuß die instransigente Partei ganz ausgeschlossen. An allen Ecken und Enden brachen nun die Intransigenten los; in Madrid wurden sie glücklich niedergehalten, in Sevilla nach blutigem Kampfe besiegt, in Malaga machten sie sich, ohne Widerstand zu finden, zu Herren der Stadt und ihr Führer Carvajal zog mit 1400 Mann nach Cordoba, um auch hier die rothe Republik zu proclamiren. Zu schauerlichen Gräuelthaten kam es in Alcoy, einer Stadt zwischen Valencia und Cartagena, wo die Behörden im Rathhause verbrannt, die sich Flüchtenden unter furchtbaren Martern ermordet wurden; beispielsweise setzte man einen der Unglücklichen in eine Badewanne voll Petroleum und zündete dieses an. Auch Cartagena fiel in die Hände einer solchen Bande, obgleich hinlänglich Truppen vor der Stadt standen, um sie zu schützen. Allein Pi y Margall scheute das Blutvergießen; er betrachtete auch diese rothen Internationalisten noch als seine Gesinnungsgenossen, gegen die er keine Gewalt anwenden dürfe, wenn er nicht der Reaction die Wege bahnen wolle. Obgleich ihm von den Cortes, zunächst allerdings gegen die Carlisten, aber doch ohne ausdrückliche Beschränkung auf diese, die Vollmacht ertheilt war, alle außerordentlichen Maßregeln zu ergreifen, die zur Wiederherstellung der Ruhe dienlich seien, machte er doch keinen Gebrauch davon; ja er unterhandelte eben jetzt wieder mit einigen Intransigenten, um sie zum Eintritt in die Regirung zu bewegen. Darüber kam es denn endlich zum Bruch zwischen ihm und der Mehrheit; nach einer mehrtägigen Krisis legte er am 18. Juli sein Amt nieder, indem er erklärte, die Verhältnisse erforderten ein alle Parteien umfassendes Cabinet, das zu bilden ihm selbst unmöglich sei. Die Cortes nahmen seine Entlassung an; 93 Stimmen fielen freilich auch bei der Wahl seines Nachfolgers wieder auf ihn, allein die Mehrheit, 119 Stimmen, vereinigte sich auf Nicolaus Salmeron, von dem man strenge Maßregeln zur Wiederherstellung der Ordnung erwarten durfte.

Sein erster Schritt war, daß er die Dienste aller, auch der monar-

chisch gesinnten Offiziere in Anspruch nahm und nicht weniger als dreißig Generale dieser Kategorie wieder anstellte. Einer derselben, Pavia, wurde nach Sevilla entsendet, wo die Rothen sich trotz ihrer kürzlichen Niederlage von Neuem erhoben und an dem eidbrüchigen General Pierrad einen Führer gefunden hatten. Pavia belagerte die Stadt, nahm einige sie beherrschende Punkte und konnte schon am 29. Juli 1873 in sie einziehen, während die Socialisten, nachdem sie die Petroleumbrände der pariser Commüne nachgeahmt hatten, entflohen. Nach diesem ersten Erfolge wandte sich Pavia gegen Cadix, das unter der Tyrannei eines Wohlfahrtsausschusses schmachtete; schon die Kunde von seiner Annäherung führte eine Wendung herbei. Die Artillerie, die bisher mit den Rothen gemeinsame Sache gemacht hatte, fiel von ihnen ab; der Wohlfahrtsausschuß legte seine Gewalt in die Hände der fremden Consuln nieder und wurde verhaftet; am 5. August konnte Pavia die Stadt ohne Kampf besetzen. Von da durchzog er die Städte des westlichen Andalusiens bis nach Granada und stellte überall die Ordnung wieder her; in dem östlichen Theile der Provinz und in den nördlich daran grenzenden Küstenbezirken von Murcia und Valencia waren inzwischen andere Generale mit ähnlichem Erfolge thätig gewesen. Alcoy hatte sich schon in den letzten Tagen von Pi y Margalls Ministerium, am 12. Juli, dem Generalcapitän von Valencia, Velarde, ergeben müssen; in Malaga sammelte der Guvernör Salier die Ordnungspartei um sich und besiegte die Banden Carvajals am 25. Juli; vor Valencia erschien einen Tag später General Martinez Campos und knüpfte, da ihm eine Ueberrumpelung mißlang, unter Vermittelung der fremden Consuln Verhandlungen mit den Insurgenten an; als diese zu keinem Ergebniß führten, schritt er am 2. August zum Bombardement und erzwang dadurch am 8. August die Uebergabe der Stadt, aus der die Rädelsführer auf einem Dampfer entflohen. Dann wandte er sich über Murcia, das die Aufständischen noch rechtzeitig verließen, gegen Cartagena, die letzte und festeste Burg der Empörer.

Hier hatte seit dem 13. Juli der General Contreras mit dem Cortesmitgliede Galvez und ein paar anderen Männern sich zu einem Wohlfahrtsausschusse constituirt, die Unabhängigkeit des neuen Staates Murcia ausgerufen und durch den Uebertritt der ganzen Garnison und der im Hafen liegenden Flotte eine ansehnliche Macht in seine Hände bekommen, die er durch den Zuzug von Grubenarbeitern aus der Nachbarschaft und durch Bewaffnung der Galeerensträflinge noch vergrößerte. Da Cartagena durch dreizehn Forts, die er alle in seiner Gewalt hatte, wohl verteidigt war und das Geschwader im Hafen ihn vor Angriffen von der See schützte, so durfte er den Maßnahmen der Centralregirung mit einiger Ruhe entgegensehen. Seine Flotte sollte ihm aber auch zur Erweiterung des neuen Staates dienen. Er sandte deshalb am

25. Juli das Kanonenboot Vigilante, mit Galvez an Bord, nach Almeria, um dort die Republik von Murcia auszurufen. Unterwegs begegnete das Schiff, das die neue murcianische Flagge trug, der deutschen Panzerfregatte Prinz Friedrich Carl, Capitän Werner. Dieser hielt das Schiff an, weil es keine anerkannte Flagge führte, nahm die Besatzung an Bord des Friedrich Carl und ließ die Prise von seiner eigenen Mannschaft nach Gibraltar führen. Seitens der Madrider Regirung hatte er keinen Einspruch deswegen zu erwarten, da diese schon acht Tage vorher die meuterischen Schiffe für Piraten erklärt und die Cortes ein Tadelsvotum, das die Unversöhnlichen deshalb beantragten, mit 110 gegen 90 Stimmen verworfen hatten. Dagegen war zu befürchten, daß Contreras gegen die Deutschen in Cartagena Vergeltungsmaßregeln anwenden möchte. Der deutsche Consul Spottorno begab sich deshalb an Bord des Friedrich Carl, der vor Cartagena Anker warf, und veranlaßte auch Contreras, Unterhändler dorthin zu schicken. Man verständigte sich dahin, daß Galvez und seine Leute freigelassen werden sollten, wogegen die Murcianer anerkannten, daß Werner dem bestehenden Seerecht gemäß gehandelt habe, und versprachen, das Eigenthum der Deutschen und aller Fremden in der Stadt zu achten und bis zum 28. Juli, bis wohin Werner und der Capitän eines englischen Bootes, des Pigeon, das zu ihm gestoßen war, neue Instructionen erhalten zu haben glaubten, kein Schiff auslaufen zu lassen.

Als dieser Termin verstrichen war, machte sich Contreras persönlich zu neuen Brandschatzungen auf den Weg. Am 30. Juli beschoß er mit den beiden Fregatten Vitoria und Almansa die Stadt Almeria, ohne sie zur Ergebung oder zu einer Contribution zwingen zu können; mit besserem Erfolge holte er sich Tags darauf aus Motril seine Beute; als er aber am 1. August auch Malaga bombardiren wollte, fuhren ihm Captän Werner und der englische Captän Ward, letzterer auf der Swiftsure, entgegen, zwangen ihn an Bord des Friedrich Carl zu kommen, und brachten ihn mit seinen beiden Schiffen nach Cartagena zurück. Die letzteren wurden dann später nach Gibraltar geführt und dort der spanischen Regirung überliefert, während Contreras gleich nach der Ankunft in Cartagena seine Freiheit wieder erhielt. Das entschlossene Auftreten Werners und seines englischen Collegen hatte Malaga, und damit auch die dort ansässigen fremden Kaufleute, vor einem traurigen Schicksale bewahrt und die öffentliche Meinung zögerte nicht sich darüber im anerkennendsten Tone auszusprechen. Gleichwohl mochte Werners Verfahrens den ihm ertheilten Instructionen nicht völlig entsprochen haben; er wurde zu allgemeiner Ueberraschung abberufen und durch den Oberwerftdirector Przewisinsky ersetzt, dessen Stelle in Wilhelmshaven er seinerseits übernahm. Dem murcianischen Geschwader, das immer noch vier größere Schiffe zählte, wurden nun seitens der

fremden Flotten keinerlei Schwierigkeiten mehr in den Weg gelegt; es konnte am 27. September Alicante sieben Stunden lang bombardiren, ohne freilich die Uebergabe der Stadt zu erreichen; es forderte dann am 11. October den spanischen Admiral Lobo, der wenige Tage zuvor die Blockade von Cartagena eröffnet hatte, zum Kampfe heraus und holte sich dabei zwar eine Schlappe, fügte aber auch dem nationalen Geschwader einigen Schaden zu, so daß dieses die Blockade für kurze Zeit aufhob, und dadurch den Murcianern noch einmal die Gelegenheit zu einem Raubzuge nach Valencia gab, bei dem eines ihrer Schiffe durch einen Zusammenstoß mit einem andern verloren ging und beinah die ganze Bemannung ertrank. Vom 7. November an, wo der Admiral Chicarro mit überlegenen Kräften die Blockade wieder aufnahm, war es mit Contreras Flibustierzügen vorbei.

Dagegen behauptete er sich in Cartagena noch bis zum Anfang des nächsten Jahres. Martinez Campos, der Anfangs die Belagerung von der Landseite leitete, wurde Ende September von dem General Ceballos, dieser, der auch nichts ausrichtete, Anfang December von Lopez Dominguez abgelöst. Näher und näher rückten die Laufgräben der Umwallung und durch die heftige Beschießung wurden furchtbare Verwüstungen in der Stadt angerichtet; über 300 Häuser wurden nach und nach gänzlich zerstört, etwa 1500 mehr oder weniger beschädigt, nur 28 sollen ganz unversehrt geblieben sein. Schon Ende December hielt es Contreras für gerathen sich mit seinem Stabe an Bord der Numancia zu begeben, um desto leichter entfliehen zu können; Anfang Januar 1874 häuften sich die entscheidenden Schläge: am 6. flog das Zeughaus in die Luft, am 9. wurde ein Ausfall zurückgeschlagen, am 11. capitulirte das Fort Atalaya. Auf Verhandlungen, die ihm nunmehr angeboten wurden, ließ sich Dominguez nicht ein; doch versprach er Allen, die sich mit ihren Waffen stellen würden, mit Ausnahme der Rädelsführer und der gemeinen Verbrecher Amnestie. Darauf wollte es ein großer Theil der Cantonalisten nicht ankommen lassen, sondern flüchtete sich auf die Numancia, die mit 2500 Mann an Bord glücklich dem Regirungsgeschwader entwischte und nach Mers-el-Kebir in Algier gelangte. Chicarro folgte ihr dorthin und empfing aus den Händen der französischen Behörden nicht allein das Schiff, sondern auch die Sträflinge, welche auf demselben entflohen waren, während Contreras und Galvez mit ihren Genossen in verschiedenen Orten Algeriens internirt wurden.

Volle sieben Monate hatte es gedauert, bis der Centralregirung endlich die Unterdrückung dieser gefährlichsten cantonalistischen Erhebung gelungen war. Kein Wunder, wenn dieser hartnäckige Widerstand je länger je mehr innerhalb der republikanischen Partei die Anfangs so lebhaften Sympathieen für eine föderalistische Gestaltung des Staates

erstickt hatte. Der Verfassungsentwurf, welchen die im Juni erwählte Commission der Cortes am 17. Juli vorgelegt hatte, mußte deshalb sehr bald als ein todtgeborenes Kind erscheinen; Niemand hatte recht Lust in die Berathung einzutreten; immer von Neuem setzte man ihn wieder von der Tagesordnung ab. Die conservativere Strömung, die Männer von Castelars Bedeutung offen begünstigten, machte sich in den Cortes in jeder Weise bemerklich; daß der größte Theil der äußersten Linken die Versammlung verließ, um sich den Bewegungen in den Provinzen anzuschließen, trug vollends zur Vermehrung des Uebergewichtes bei, dessen sich die Gemäßigten jetzt erfreuten. Trotz der heftigen Einsprache, welche der Rumpf der Linken erhob, gestattete man die gerichtliche Verfolgung der aufständischen Cortesmitglieder; ja trotz der Einsprache des Präsidenten Salmeron wurde am 3. September die Wiedereinführung der alten Kriegsartikel mit Einschluß der Todesstrafe, die sie auf militärische Insubordination setzten, beschlossen und dieser Beschluß am 8. September trotz der Regirungskrisis, die daraus erwuchs, durch Verwerfung eines gegentheiligen Antrags der Linken, mit 89 gegen 85 Stimmen erneuert. Salmeron, der unbeschadet seiner aufrichtigen Vaterlandsliebe und seines herzlichen Abscheus vor den Gräueln der Cantonalisten, doch zu sehr Doctrinär war, als daß er es über sich hätte gewinnen können, die Todesstrafe, die er früher so oft bekämpft, jetzt selbst anzuwenden, trat in Folge dessen mit seinem Ministerium am 9. September zurück, und tauschte seinen Platz mit Castelar, den die Cortes am 24. August zu ihrem Vorsitzenden erwählt hatten, und der nun mit 133 gegen 67 Stimmen, die auf Pi y Margall fielen, zum Präsidenten der Regierung ernannt wurde.

In richtiger Würdigung der großen Schwierigkeiten, die er zu bekämpfen hatte, übernahm der neue Präsident sein Amt nicht eher, als bis ihm die Mehrheit die Zusicherung ertheilt hatte, daß sie ihn mit den Vollmachten eines Dictators und mit genügenden Hülfsmitteln, um den Krieg gegen die Carlisten und die Cantonalisten zu führen, ausstatten und sich dann bis zum Schluß des Jahres vertagen wolle. Diesem Abkommen gemäß wurde am 19. September ein Ferienausschuß unter Salmerons Vorsitz gewählt und der Wiederzusammentritt auf den 2. Januar 1874 anberaumt. Freilich übernahm Castelar durch diese Vereinbarungen auch die moralische Verpflichtung in der Zwischenzeit die schweren Wunden des Landes zu heilen oder doch sichtlich der Heilung entgegenzuführen. Gelang ihm das nicht, so ließ sich voraussehen, daß der rückläufige Strom der öffentlichen Meinung, der nach Pi y Margall Salmeron, nach Salmeron ihn selbst ans Ruder gebracht hatte, auch über ihn hinwegfluthen werde. Schon jetzt entwickelten die Alfonsisten offen und geheim eine rege Thätigkeit. Durch

ein Decret vom 22. August 1873 übertrug der junge Alfonso dem getreuen Haupte seiner Partei, Canovas del Castillo, die Befugniß in seinem Namen zu handeln, und im Heere machte die alfonsistische Propaganda reißende Fortschritte. Auch die geflüchteten Führer der gemäßigteren Parteien kehrten nach und nach in das Vaterland zurück, unter ihnen Serrano, oder riefen sich wie Figueras durch Briefe ins Gedächtniß der Nation zurück. Leistete also Castelar nicht, was man von ihm erwartete, so waren die Füße derer, die ihn hinaustragen sollten, schon vor der Thüre.

An gutem Willen und reger Thätigkeit ließ es der Dictator denn auch nicht fehlen, aber das Glück begünstigte ihn nur wenig. Mit Cartagena wurde er, wie schon erzählt, bis zu dem Termine, wo die Cortes wieder zusammentraten, nicht fertig. Die beiden andern Aufgaben, die er zu lösen hatte, waren die Bekämpfung des Aufstandes in Cuba und die Bezwingung der Carlisten. Was Cuba anlangte, so durfte man gewiß in der kurzen Frist nicht die Beendigung des jahrelangen Krieges fordern; allein das Unglück wollte, daß ein ungeahnter Zwischenfall grade jetzt dort drohende Verwicklungen schuf. Am 4. October 1873 brachte das spanische Kanonenboot Tornado den Dampfer Virginius, Captän Fry, der unter amerikanischer Flagge fuhr, in den Gewässern von Jamaica auf und führte ihn mit seiner Mannschaft als Blockadebrecher nach Cuba. Ein Kriegsgericht verurtheilte die Bemannung, unter der sich etwa 40 Amerikaner und Engländer befanden, zum Tode, und der Statthalter General Burriel ließ dies Urtheil, ohne auf die Bestätigung von Madrid zu warten, gedrängt durch die öffentliche Meinung, an 57 Personen vollstrecken. Darüber erhob sich nun in den Vereinigten Staaten ein furchtbarer Sturm des Unwillens, in den sich unzweideutig der Wunsch mischte, den Vorfall zu benutzen, um die Perle der Antillen für die Union zu erobern. Der Präsident ließ in drohendem Tone Genugthuung fordern und eine Flotte von 43 Schiffen zum Auslaufen bereit machen. Offenbar durfte Castelar es nicht auf einen Krieg mit den Vereinigten Staaten ankommen lassen, zumal Spanien formell durchaus im Unrechte war. Auch die europäischen Mächte riethen ihm unter der Hand entschieden zum Nachgeben, und so entschloß er sich dazu, den Virginius und die noch lebenden Gefangenen auszuliefern, die Hinterbliebenen der Ermordeten zu entschädigen und das Sternenbanner zu salutiren. Aber so unschuldig er und seine Regirung auch an dem Vorfall war, so unerbittlich ihm sein Verhalten auch durch die Zwangslage vorgeschrieben wurde, sein Ansehen erlitt dadurch doch einen schweren Stoß und der castilianische Stolz machte ihn für die Demüthigung, die er hinnehmen mußte, verantwortlich.

Ueber die Carlisten waren auch keine rechten Vortheile zu er-

ringen. Seit dem 15. Juli 1873 war der Prätendent selbst wieder auf spanischem Boden eingetroffen, wo seiner bewaffnete Schaaren von etwa 12—15000 Mann warteten. Er bildete daraus drei gesonderte Heere: das der Nordprovinzen unter General Elio, das catalonische unter seinem Bruder Don Alfonso, und das Centrumsheer in Valencia unter General Palacio. In der Nordarmee waren die bedeutendsten Divisionscommandanten Dorregaray und Ollo in Navarra, Velasco in Biscaya, Lizarraga in Guipuzcoa, Laramendi und Mendiri in Alava; unter Don Alfonso befehligten Saballs im nördlichen, Tristany im südlichen Theile der Provinz. Die republikanischen Truppen hatte bis wenige Tage vor der Ankunft des Prätendenten General Nouvilas geführt; eine Schlappe, die er Ende Juni bei Lecumberri, nordwestlich von Pamplona, erlitt, veranlaßte ihn am 10. Juli seine Entlassung zu fordern. Sein Nachfolger Sanchez Bregua beschränkte sich von vornherein darauf mit seinen geringen Truppen einige größere Städte besetzt zu halten und gab das offene Land Don Carlos preis. Dieser durchzog die Provinzen Navarra und Alava und hielt am 2. August 1873 eine feierliche Versammlung unter der alten heiligen Eiche von Guernica (östlich von Bilbao) ab, um dort die Privilegien der baskischen Provinzen zu bestätigen. Dann kehrte er nach Navarra zurück und eroberte am 18. August Estella, dessen tapfere Besatzung sich noch acht Tage in dem alten Kloster San Francisco behauptete, dann aber capituliren mußte. Nachdem zwei republikanische Abtheilungen, die vom Ebro heranrückten, bei Allo und Dicastillo zurückgeworfen waren, stand ganz Navarra bis auf das feste Pamplona zu Don Carlos' Verfügung. Auch in Biscaya waren nur Bilbao und seine Hafenstadt Portugalete, in Alava nur Vitoria noch in den Händen der Republikaner, und selbst in Guipuzcoa, wo es am besten für sie stand, behaupteten sie doch nur etwa ein halbes Dutzend Städte innerhalb des Dreiecks San Sebastian — Irun — Tolosa. Letzteres zu nehmen machte Elio mit etwa 14000 Mann Mitte September einen unglücklichen Versuch; als nicht allein General Loma aus San Sebastian, sondern auch Moriones, der an Breguas Stelle den Oberbefehl übernommen hatte, von Vitoria aus zur Hülfe herbeieilten, zog er sich schleunigst zurück. Moriones wandte sich nun nach Pamplona, um von dort aus womöglich Estella wiederzunehmen. Am 6. October stieß er eine halbe Stunde westlich von Puente la Reine bei Santa Barbara auf die carlistische Vorhut unter Oberst Rada, warf dieselbe zurück, wurde dann aber von dem herbeieilenden Ollo selbst wieder zurückgeschlagen. Nicht viel besser ging es ihm, als er vier Wochen später von Südwesten her über Los Arcos gegen Estella vordringen wollte. Er behauptete zwar bei Monte Jurra mit kaum 10,000 Mann am 7. November 16,000 Carlisten geschlagen zu haben, setzte aber seinen Marsch nicht fort,

sondern trat aus Mangel an Lebensmitteln den Rückzug an. Die erneute Bedrängniß Tortosas, das von Lizarraga umlagert wurde, rief ihn dann wieder nach Norden, und vereinigt mit Loma gelang es ihm auch glücklich den Feind nördlich von Tolosa bei Belabieta am 9. December zu schlagen und die Stadt wieder auf einige Monate zu verproviantiren. Kaum hatte er diese Aufgabe gelöst, so mußte er den weiten und gefährlichen Marsch nach Bilbao antreten, das sich kaum noch zu halten vermochte. Er zog das Oria-Thal hinab nach San Sebastian und wollte an der Küste über Zarauz und Guetaria nach Biscaya eilen; aber schon bei Cestona trat ihm Elio am 19. December mit großer Uebermacht in starken Stellungen entgegen, so daß er umkehren mußte und sich nun zur See nach Santoña begab, das in grader Linie mindestens 50 Kilometer westlich von Bilbao liegt. Allein auch hier fand er den directen Weg versperrt, und während er sich nach Süden wandte, um von Miranda am Ebro aus der bedrängten Stadt Hülfe zu bringen, schwoll die Zahl der Belagerer auf etwa 25,000 Mann an und mußte die Hafenstadt Portugalete sich am 22. Januar 1874 ergeben. Trotz seiner angestrengten Thätigkeit hatte Moriones also den Carlismus in keiner Weise eingeschränkt, und auch in dieser Beziehung konnte Castelar somit den Cortes nichts Erfreuliches berichten.

Von links wie von rechts schickte man sich deshalb an ihn bei der Wiedereröffnung der Sitzungen zu stürzen. Auf der Linken waren Pi y Margall und Salmeron die leitenden Männer, jener von blindem Hasse getrieben, dieser bereit, sich mit dem Dictator zu verständigen, wenn derselbe einige gemäßigte Minister und einige conservative Generale entlassen, den föderalistischen Verfassungsentwurf zur Annahme bringen und das Heer republikanisiren wolle. Da Castelar hierauf nicht einging, beschloß die Linke, sich mit jeder Partei zu verbinden, die Castelars Politik bekämpfen werde und verkündete dies am 2. Januar 1874 durch ein Manifest. Unter großer Erregung wurden die Cortes eröffnet und die Botschaft des Präsidenten angehört. Nach der Verlesung beantragte Olio von der Rechten ein Dankesvotum, Santa Maria von der Linken die Verwerfung desselben. Nach einer heftigen Discussion wurde die Sitzung Abends von 7—11 Uhr unterbrochen, und dann die Debatte wieder aufgenommen. Castelar sprach seine Meinung rückhaltslos aus: mit diesen Cortes könne keine Regirung acht Tage bestehen; der Entwurf der Föderativverfassung bestehe nicht mehr, der sei in Cartagena verbrannt. Salmeron und Andere traten ihm bitter entgegen; endlich schritt man zur Abstimmung und mit 120 gegen 110 Stimmen wurde das Dankesvotum verweigert.

3. Die Präsidentschaft Serranos.

Castelar erklärte nunmehr, daß er sein Amt niederlege und die Linke wollte zur Neuwahl eines Präsidenten schreiten. Da aber sprang die Mine, welche die Rechte vorbereitet hatte. Die alten Demokraten unter Martos Führung, die gemäßigten Progressisten und die Constitutionellen mit Sagasta, Serrano, Topete an der Spitze, die Alfonsisten unter der Leitung von Canovas del Castillo, sie alle waren schon seit Wochen thätig gewesen und entschlossen einen neuen Umschwung nach links hin zu verhüten. Als Werkzeug stellte sich ihnen General Pavia, der Commandant der Truppen in Madrid, zur Verfügung. Kaum war die Abstimmung in den Cortes beendet, durch welche der Abgeordnete Palanca mit der Bildung der Regirung beauftragt werden sollte, so drangen gegen 7 Uhr Morgens am 3. Januar 1874 Truppen in den Sitzungssaal und ein Adjutant Pavias forderte Salmeron auf binnen 5 Minuten für die Räumung des Hauses zu sorgen. Eine wilde Scene entstand; Salmeron protestirte; Castelar erklärte, noch sei er Präsident, und befahl den Truppen sich zu entfernen; Santa Maria entriß einem Soldaten das Gewehr, das sich entlud, worauf noch ein paar Schüsse fielen. Die Intransigenten flohen zuerst; dann wich auch Salmeron, endlich, von den Seinen mit Gewalt weggeführt, auch Castelar: die Cortes waren gesprengt. Pavia berief sofort die Häupter aller Parteien mit Ausschluß der Carlisten und Intransigenteu. Castelar und sein Freund Maisonnave, die auch geladen waren, weigerten sich zu kommen; die Erschienenen setzten eine Regirung ein, die aus Serrano, Sagasta, Topete, Zavala von den Constitutionellen, Martos, Balaguer, Echegaray und Becerra von den Radicalen und dem Republikaner Garcia Ruiz bestand. Die Proteste, die von einer großen Anzahl Abgeordneter, Castellar an der Spitze, erlassen wurden, verhallten ungehört; unter der vollen Zustimmung des Heeres, der Moriones noch am 3. Januar durch ein Telegramm Ausdruck gab, löste Serrano die Cortes auf, verhängte den Belagerungszustand über das Land und warf ohne große Schwierigkeiten die Aufstände nieder, die in Saragossa, Barcelona und andren Orten versucht wurden. Daß wenige Tage später, am 12. Januar 1874, Cartagena genommen wurde, war eine sehr werthvolle Erbschaft, die man doch ausschließlich Castelars Regiment verdankte.

An die republikanische Verfassung des Landes schienen die neuen Machthaber zunächst nicht rühren zu wollen. Allerdings betonte Sagasta in dem Rundschreiben, das den fremden Cabinetten Kunde von dem Vorgefallenen geben sollte, die Lücke, die sich in der Verfassung von 1869 in Folge der Abdankung Amadeos finde, und sprach von den Verbesserungen, welche die künftigen Cortes demgemäß würden treffen

müssen; aber wenn das etwas zweideutig klang, so betonte Garcia Ruiz in seinem Circular an die Provinzialbehörden um so schärfer den Entschluß der Regirung, die republikanische Verfassung zu schützen. Vor der Hand war jedenfalls die letztere Strömung noch die stärkere und Serrano besonders befreundete sich mit dem Gedanken, sich selbst durch ein Plebiscit auf eine bestimmte Reihe von Jahren, etwa nach dem Vorbilde Mac Mahons in Frankreich, zum Präsidenten der Republik ernennen zu lassen, ein Plan, den Martos und die Radicalen lebhaft begünstigten, und den auch Castelar als die beste Lösung anerkannte. Sehr unzufrieden war damit jedoch Sagasta, und die Furcht, derselbe möchte sich den Alfonsisten zuwenden, bewog Serrano, den entscheidenden Entschluß immer von Neuem wieder aufzuschieben, bis er endlich am 26. Februar 1874 nach einer Sitzung des Ministerrathes, in der die Gegensätze leidenschaftlich aufeinandergeplatzt waren, seine weitergehenden Absichten zwar aufgab, dafür aber den Titel eines „Präsidenten der Vollzugsgewalt der Republik" annahm und den Vorsitz im Ministerium dem Kriegsminister Zavala übertrug.

Augenscheinlich war es nichts weiter als ein Waffenstillstand zwischen den beiden Parteien im Ministerium, was so zu Stande gekommen war. Aber dieser Waffenstillstand mußte schlechterdings geschlossen werden, weil die Zustände in Biscaya Serranos Anwesenheit dringend erheischten. Moriones war nämlich in seinen Versuchen Bilbao zu entsetzen, fortwährend unglücklich. Den Plan, vom Ebro aus der Stadt zu Hülfe zu eilen, mußte er aufgeben; als er statt dessen sich wieder nach Navarra wandte, in der Hoffnung, die Carlisten würden ihm folgen, täuschte ihn auch diese Erwartung. Unermüdet wandte er sich darauf wieder der Seeküste zu, um von Santander aus gegen Bilbao vorzurücken. Auch hier war ihm das Glück feindlich. Sein Unterfeldherr Primo de Rivera, der mit 8000 Mann bei Castro Urdiales nicht weit von Portugalete landen sollte, mußte statt dessen in Santoña ans Land steigen; heftige Stürme hinderten überhaupt die erhoffte Mitwirkung der Flotte. Als endlich Moriones selbst auf dem Landwege über Castro Urdiales hinaus vorrückte und bei Somorostro am 25. Februar auf die gut verschanzten Carlisten stieß, konnte er in zweitägigem Kampfe ihre Linien nicht durchbrechen und mußte sich zurückziehen. Während dessen stieg die Noth in Bilbao immer höher, Don Carlos selbst war vor der Stadt angekommen, und wenn nicht ungewöhnliche Anstrengungen seitens der Madrider Regirung gemacht wurden, schien der Tag, an dem er in die Stadt, die sich mit Stolz die Unbesiegte nannte, einziehen würde, nicht fern zu sein.

Unter diesen Umständen reisten Serrano und Topete am 28. Februar zum Heere ab. Nicht unerhebliche Verstärkungen führte ihnen Dominguez in den vor Cartagena entbehrlich gewordenen Truppen

und Loma in der Besatzung von Tolosa, das er nun doch Preis geben mußte, zu. Erst als alle diese Streitkräfte wieder beisammen waren, nahm Serrano den Angriff vor Somorostro wieder auf. Während Topete auf der Flotte einen Theil der Carlisten durch die Beschießung Portugaletes und einiger befestigten Küstenpunkte beschäftigte, drang das Landheer in dreitägigem schweren Gefechte vom 25. bis 27. März 1874 über Somorostro auf dem Wege nach Bilbao bis an das Kirchlein San Pedro de Abanto vor. Hier aber erlahmte seine Kraft, die durch das heiße Ringen um jeden Fußbreit Boden übermäßig angestrengt war, und es trat wieder eine Pause in der Kriegführung ein. Serrano benutzte sie abermals zu einer Verstärkung seiner Streitmacht; er bildete ein drittes Corps, dessen Führung er dem Marschall Concha, Marquis del Duero, übertrug, und verabredete mit diesem einen neuen Angriffsplan. Danach begann Concha, der den rechten Flügel commandirte, am 28. April eine große Umgehung von Süden her; es gelang ihm, dem Feinde die festen Stellungen von Muñequaz und Galdames zu nehmen und dadurch in den Rücken von San Pedro de Abanto zu kommen. Da dies mithin geräumt werden mußte, konnte Serrano es am 1. Mai ohne Kampf besetzen und bis Portugalete vorrücken, das der Feind gleichfalls aufgab. Concha seinerseits drang unaufhaltsam im Thale des Flusses Cadagua, der gleich unterhalb Bilbao in den Nervion, der diese Stadt durchfließt, einmündet, vor, und Don Carlos entschloß sich endlich am 2. Mai zum Rückzug. Nachmittags 4 Uhr marschirte Concha in die unbesiegte Stadt ein, die 125 Tage der Belagerung getrotzt hatte, und seit einer Woche schon des Brodes entbehrte. Obgleich auch Serrano mit den beiden andern Corps der Generale Laserna und Palacio blutige Gefechte gehabt hatte, gebührte doch die Ehre des Erfolges vorzugsweise Concha, und der Präsident erkannte das auch rückhaltslos an, indem er ihm die Ehre des ersten Einzugs in Bilbao ließ und ihn am 5. Mai zum Oberbefehlshaber der ganzen Nordarmee ernannte.

Ihn selbst riefen die immer heftigeren Conflicte im Ministerium nach Madrid zurück. Der Gegensatz zwischen Sagasta und Martos war so groß geworden und hatte zu so bitteren gegenseitigen Schmähungen Anlaß gegeben, daß Martos endlich aus den gemeinsamen Sitzungen ganz wegblieb. Ein kurzer Besuch, den Serrano Mitte April in Madrid gemacht hatte, sowie die Vermittlung Topetes bewirkten dann wohl soviel, daß der offene Bruch noch um einige Wochen verschoben wurde, damit wenigstens der Entsatz von Bilbao nicht an diesen Parteistreitigkeiten scheitere; nun diese militärische Aufgabe gelöst war, mußte auch in der inneren Politik eine Entscheidung getroffen werden. Nach mehrfachen unglücklichen Versuchen, trotz allem Vorgefallenen ein neues Versöhnungsministerium zu bilden, warf sich Serrano

endlich völlig den Conservativen in die Arme und beauftragte Zabala am 13. Mai 1874 mit der Bildung eines Cabinets, dessen Mitglieder (Sagasta, Ulloa u. A.) sämmtlich erklärte Monarchisten waren.

Augenscheinlich war unter diesen Umständen die Rückkehr zur Monarchie nur noch eine Frage der Zeit, und daß diese Monarchie nur die Alfonsos XII. sein könne, ließ sich kaum in Abrede stellen; selbst wenn es hätte glücken sollen, noch einmal einen fremden Candidaten willig zu machen, so würde das Heer mit seinem gut alfonsistischen Oberfeldherrn Concha das nimmermehr zugegeben haben. Martos und seine demokratischen Freunde, die sich unmittelbar nach der September-Revolution von 1868 so nachdrücklich als Monarchisten bekannt hatten, die dann, als die republikanische Strömung übermächtig wurde, bereitwillig auch in dieser mitgeschwommen waren, und die es jetzt für räthlich fanden, sich wieder dem monarchischen Programme zu nähern, erklärten freilich einstweilen die Restauration der Burbonen noch für unmöglich und wärmten das alte Project einer iberischen Union unter Don Fernando von Portugal wieder auf, natürlich mit noch viel entschiedenerem Mißerfolge als früher. Auch kam es ihnen in der That wohl nur darauf an, einen Uebergang zu finden, und das gelang ihnen damit vollkommen. Ihr Bruch mit Castelar und den gemäßigten Republikanern war offenkundig, und indem sie sich dem Programm der Regirung: Neuwahl der Cortes um über die Staatsform zu entscheiden, anschlossen, ließen sie über ihre Zustimmung zu der vorauszusetzenden alfonsistischen Lösung bereits keinen Zweifel mehr.

Auf dem Kriegsschauplatze vollzog sich unterdessen ein Ereigniß, das die schnelle Entwicklung der Dinge noch einmal verzögern sollte. Concha hatte nach der Einnahme von Bilbao zunächst zwar für die Befestigung dieses Platzes und für die Verproviantirung seiner Truppen sorgen müssen, dann aber Mitte Mai die Offensive gegen Don Carlos ergriffen und Estella als den wichtigsten Punkt in Navarra zum Gegenstande seiner Operationen erkoren. Er nahm seinen Weg dorthin durch Gegenden, die größtentheils seit langer Zeit keine Regirungstruppen gesehen hatten; im Cadagua-Thale aufwärts marschirend, drang er südwestlich bis Medina de Pomar vor, wandte sich dann wieder östlich gegen Orduña, wo die Carlisten bedeutende Patronen- und andere Fabriken hatten, zeigte sich darauf der loyalen Bevölkerung von Vitoria, in deren Mitte er einige Zeit verweilte, und rückte endlich über Peñacerrada, La Guardia und Logroño am Ebro abwärts nach Lodosa, gerada südlich von Estella, vor. Hier am 9. Juni 1874 angelangt, suchte er von Truppen an sich zu ziehen, was er irgend bekommen konnte; allein da Bilbao eine erhebliche Besatzung beanspruchte und auch San Sebastian durch carlistische Schaaren bedrängt wurde, so trafen die erhofften Verstärkungen nur spärlich ein, und in ungenügender

Stärke brachen die drei Colonnen des Heeres, geführt von Martinez Campos, Echague und Concha selbst am 24. Juni gegen Estella auf. Der Operationsplan war so geschickt entworfen und wurde so gut ausgeführt, daß die erste wichtige Position, der Monte Esquinza, ein befestigter Höhenzug südlich von der Linie Estella—Puente la Reina, dem Feinde am 25. Juni entrissen wurde. Am folgenden Tage dagegen hielten die Carlisten, die Dorregaray befehligte, in den vortrefflichen Stellungen von Villatuerta bis Abarzuza, in einer Linie von etwa 10 Kilometern, so tapfer Stand, daß der Angriff scheiterte. Schlechte Wege und das Ausbleiben der Proviantcolonnen hatten das Ihrige dazu beigetragen; beide Uebelstände dauerten auch am 27. Juni fort; trotzdem aber erneuerte Concha den Angriff, der vorzugsweise dem Monte Muru, dem Schlüssel der feindlichen Stellungen, galt. Nachdem alle Anstrengungen bis zum Abend vergeblich geblieben waren, stellte sich der Marschall selbst an die Spitze einer Colonne und stürmte zu Fuß den Berg hinan; aber obwohl er den Schanzen bis auf 50 Schritt nahe kam, mußte er doch Abends $^1/_2$8 Uhr den Rückzug antreten; da traf ihn, in dem Augenblicke, als er eben sein Pferd wieder besteigen wollte, eine Kugel, die seinem Leben sofort ein Ende machte. Der Feind ahnte nichts davon und ließ den Abzug der Angreifer unbehelligt; General Echague aber, der stellvertretend den Oberbefehl übernahm, beschloß, das ganze Unternehmen einstweilen aufzugeben, und führte seine Truppen über den Monte Esquinza zurück.

Politisch betrachtet war das Mißlingen dieses Angriffs auf Estella und der Tod Conchas für die Alfonsisten ein harter Schlag; denn wäre der Marschall siegreich in die eroberte Stadt eingezogen, so würde er alsbald Alfonso XII. als König von Spanien ausgerufen haben. War Serranos Regiment somit durch diesen Unfall noch einmal verlängert, so sollte es ein blutiger Frevel der Carlisten gleichzeitig auch noch in unerwarteter Weise befestigen. In Conchas Lager hatte sich als Zeitungscorrespondent ein preußischer Hauptmann a. D. Namens Schmidt befunden. Dieser war von den Carlisten gefangen genommen und wurde am 30. Juni auf Befehl des Prätendenten erschossen. Natürlich mußte sich Deutschland Genugthuung für diese Ermordung eines seiner Bürger verschaffen; das konnte aber den Umständen gemäß nicht durch eine Kriegserklärung geschehen, da Don Carlos ja nur ein Rebell war, dem man nicht einmal die Rechte eines Kriegführenden eingeräumt hatte, sondern nur mittelbar durch Kräftigung der madrider Regirung und durch Behinderung der Unterstützung, welche die Carlisten bisher aus Frankreich bezogen hatten. Obgleich daher Bismarck, wie er später (am 4. December 1874) im Reichstag erklärte, die Regirung Serranos nicht für eine dauernde, sondern nur für eine überleitende ansah, und berechtigte Zweifel hegte, ob dieselbe von der Mehr=

heit des Volkes wirklich innerlich anerkannt werde, so betrachtete er sie doch als den letzten glimmenden Docht staatlicher Ordnung, und entschloß sich, dem Kaiser die Anerkennung derselben zu empfehlen und den übrigen Mächten Mittheilung davon zu machen. Bei England und Italien fand er sofort volle Zustimmung; Oestreich zögerte eine Weile, wohl in Folge der guten Gesinnungen, die Kaiser Franz Joseph für den jungen Alfonso hegte, der in Wien geraume Zeit mit großem Eifer seinen Studien auf dem Theresianum obgelegen hatte; endlich verweigerte man dem befreundeten deutschen Reiche aber doch nicht die gewünschte Mitwirkung. Unbeweglich dagegen zeigte sich Rußland, das bei der zweifellosen Kurzlebigkeit der Serrano'schen Präsidentur in der Anerkennung ein unzulässiges Auskunftsmittel sah, übrigens aber nachdrücklich versicherte, daß es trotz seiner Sonderpolitik in dieser Einzelfrage an keine noch so leise Lockerung des Dreikaiserbündnisses denke, und die Bitte um Anerkennung, die Don Carlos seinerseits in einem Briefe an den Zaren aussprach, schroff zurückwies. Frankreich gegenüber war die Frage, ob es sich der Anerkennung Serranos anschließen werde, im Grunde nur Nebensache; vielmehr stand hier in erster Linie die Forderung, daß der Unterstützung des Carlismus durch Zufuhr von Waffen, Munition und Mannschaft ein Ende gemacht werde. Spanien verlangte dies durch eine Note, die der Marquis Vega de Armijo dem Herzog Decazes am 16. Juli übergab; sie zählte die lange Reihe von Beschwerden auf, zu denen die französischen Grenzbehörden Anlaß gaben, und forderte die Abstellung derselben. Da Decazes wenig geneigt schien, diesem Verlangen Rechnung zu tragen, wurde der deutsche Botschafter Fürst Hohenlohe beauftragt, es seinerseits zu unterstützen; zwei Unterredungen, die er mit dem französischen Minister Ende Juli hatte, bewirkten wenigstens so viel, daß derselbe einen wohlwollenderen Ton gegen Spanien anschlug, obgleich er fortfuhr, die Berechtigung der Klagen zu bestreiten. Denn wirkliche Abhülfe zu schaffen lag keineswegs in seiner Absicht, weil er dadurch die Clericalen und Legitimisten der Nationalversammlung gegen sich in den Harnisch gebracht haben würde. Unbequem genug war es ihm schon, daß er sich in der Anerkennungsfrage, die durch eine deutsche Note vom 6. August officiell angeregt wurde, schlechterdings nicht ausschließen konnte, wenn er sich nicht ganz isoliren wollte. Daß er dadurch den spanischen Beschwerden ein viel freieres Spiel gestattete, war ja nicht zu verkennen, und kaum war die gegenseitige Beglaubigung der Gesandten vollzogen, so lief auch am 9. October eine neue klagende Note der spanischen Regirung ein, die mit genauen Belegen die zahlreichen Fälle, in denen die französischen Behörden die Neutralität hartnäckig verletzten, aufzählte. Decazes stellte eine genaue Untersuchung und ausführliche Antwort in Aussicht, und gewann dadurch vor der Hand Zeit; seine engen Beziehungen zu

den Kreisen der vertriebenen Königin Isabella gaben ihm nebenher wohl die Gewißheit, daß es mit der Regirung Serranos nicht lange mehr dauern werde, und so verstrich das Jahr, ohne daß er die zugesagte Rechtfertigung dem spanischen Gesandten übergeben hätte.

Die Carlisten waren durch alle diese Vorgänge gegen die deutsche Regirung, die sie schon an sich haßten, aufs höchste erbittert und machten ihrem Hasse Luft, wo sie irgend konnten. Wie sie den Eisenbahnzug beschossen, in dem der deutsche und östreichische Gesandte, die Grafen Hatzfeld und Ludolf, nach Madrid fuhren, so wagten sie sogar am 5. September von ihren Schanzen vor Guetaria aus die beiden deutschen Kanonenboote Nautilus und Albatros zu beschießen, die ihnen dann freilich durch eine kräftige Antwort bald Schweigen auferlegten. Als sie aber am 11. December 1874 die mecklenburgische Brigg Gustav in derselben Gegend beschossen und bei Zarauz auf den Strand trieben, war es die madrider Regirung, welche sowohl für den Schadenersatz wie für die Bestrafung der Schuldigen aufkam.

Die Mißachtung alles Völkerrechtes und die Verwilderung, die sich in allen diesen Racheacten zeigte, trat jedoch sehr zurück, wenn man sie mit den Gräueln verglich, die der Carlismus sich gegen die eigenen Landsleute erlaubte. Waren es früher nur einzelne Bandenführer wie Santa Cruz gewesen, die alle Menschlichkeit mit Füßen traten, und hatte Don Carlos selbst ihre Schandthaten mißbilligt, so überboten sich jetzt die angesehensten Häupter der Partei in Grausamkeiten und Scheußlichkeiten. Hormachea, der Generalguvernör von Biscaya, befahl alle Liberalen der Küstenstädte in den Kerker zu werfen und für jeden Schuß der Flotte gegen die carlistischen Strandbefestigungen einen von ihnen, den das Loos bestimmen sollte, über die Klinge springen zu lassen. Dorregaray, der Oberstcommandirende in Estella, erließ, als Concha anrückte, einen Armeebefehl, in dem er den Krieg ohne Pardon ankündigte, worauf Concha würdevoll erwiderte: Wir werden einem so schauderhaften Beispiele nicht folgen; unsere Aufgabe ist zu siegen, nicht zu morden. Kaum vier Wochen später ließ Saballs in Olot, Provinz Gerona, 160 Gefangene, die er schon seit Monaten in seiner Gewalt hatte, kalten Blutes ermorden und wieder einige Tage später über 86 Grenzwächter dasselbe Schicksal verhängen. Ja der eigene Bruder des Prätendenten Don Alfonso und seine Gemahlin Donna Maria, die freilich die Tochter Dom Miguels war, billigten und rechtfertigten die entsetzlichen Gräuel, die ihre Leibzuaven, zusammengelaufenes Gesindel aus aller Welt und großentheils einstmalige Communisten aus Paris, Cartagena, Alcoy ꝛc., durch Mord, Brand, Schändung und Plünderung ausübten, als sie die Stadt Cuenca am 15. Juli erobert hatten. Dem Bischof der Stadt, der um Gnade flehte, antwortete die Infantin selbst: Sei froh, daß es dir nicht geht wie jenen, und sah es ruhig an, wie

Kinder und Frauen niedergemetzelt, Kranke, um erschossen zu werden, aus dem Bett geholt und die ganze Stadt in einen Kirchhof und eine Brandstätte verwandelt wurde.

Vielleicht war doch die furchtbare Entrüstung, die sich in Folge dieser Schandthaten überall in Europa Luft machte, die Hauptursache, die Don Carlos bewog, durch ein Decret vom 9. August 1874 das catalonische Heer von dem des Centrums zu trennen, mit anderen Worten, seinen Bruder auf die Kriegführung in Catalonien zu beschränken. Dieser fühlte sich dadurch verletzt und verlangte seinen Abschied, den er dann auch nach zwei Monaten erhielt. Seiner militärischen Dienste konnte der Prätendent in der That ohne Schaden entrathen, denn was in Catalonien und südlich vom Ebro seiner Sache Förderliches geschehen war, dankte er den Saballs, Tristany, Miret und anderen Unterfeldherren, die in glücklichen Einzelunternehmungen bald hier, bald dort einen Erfolg, oft genug freilich auch eine Schlappe davontrugen, ohne daß von einem Ineinandergreifen ihrer Operationen, von einem wirklichen Feldzugsplan hätte die Rede sein können. Auch auf Seiten der Regirungstruppen stand es damit allerdings nicht viel besser. Bei der Centrumsarmee, die General Pavia befehligte, zeichnete sich Lopez Pinto durch einige erfolgreiche Kämpfe aus; er befreite die kriegsgefangene Besatzung von Cuenca, indem er die Bedeckungsmannschaft am 19. Juli bei Salvacañete (zwischen Cuenca und Teruel) überfiel, schlug im September eine größere Carlistenschaar bei Mora, südöstlich von Teruel, und erstürmte bald darauf auch die letztgenannte Stadt, die Don Alfonso und Lizarraga vergeblich mit 13,000 Mann wieder zu nehmen suchten. Da Pavia selbst während dessen glücklich das sogenannte Maestrazgo von den Feinden gesäubert hatte und Don Alfonso selbst bei Vistabella (östlich von Mora) in die Flanke kam, so war dieser in der größten Gefahr, aus der ihn unerwartet die Abberufung Pavias befreite. Diese war nämlich, wie der General behauptete, in so verletzenden Ausdrücken abgefaßt, daß ihm seine Ehre verbot, den fast gewissen Sieg zu verfolgen; und als sein Nachfolger Jovellar bei der Armee eintraf, hatte sich Alfonso natürlich aus der Klemme gezogen und behauptete sich in den Gebirgen von Gandesa am unteren Ebro, bis er am 20. October 1874, wie erwähnt, den Kriegsschauplatz verließ.

So war es mit dem Carlismus südlich vom Ebro um diese Zeit schlecht genug bestellt; in Catalonien, besonders im nördlichen Theile, sah es etwas besser aus. Die Festung Seo de Urgel am Oberlauf des Segre fiel im August, wahrscheinlich durch Verrath, in Tristanys Hände; das an demselben Flusse und hart an der Grenze belegene Puigcerda wurde dagegen durch Lopez Dominguez glücklich entsetzt. Im

Uebrigen kam es zu erheblicheren Zusammenstößen nicht und dem Guerillakriege zu folgen, gewährt kein Interesse.

Die Hauptentscheidung ruhte doch immer bei der Nordarmee. Nach Conchas Tode war der erste Gedanke der, daß Serrano den Oberbefehl wieder übernehmen müsse; allein da er Madrid aus politischen Gründen ungern verließ, ernannte er statt dessen den Kriegsminister Zabala zum Obergeneral. Dieser ließ zwei Monate verstreichen, ohne einen systematischen Angriff zu unternehmen; einzelne Erfolge, die er gewann, wie die Wegnahme des wichtigen Oteiza bei Estella durch General Moriones, wurden durch empfindliche Schlappen, wie die Brandschatzung von Calahorra oder die Ueberrumpelung von La Guardia, wieder aufgehoben. Die öffentliche Meinung und Serrano selbst erkannten Zabala, der dem Kriegsministerium mit großem Eifer und bestem Erfolge vorgestanden hatte, als ungeeignet für den neuen Posten; dieser aber fühlte sich dadurch so gekränkt, daß er auch aus dem Ministerium schied und so eine neue Krisis herbeiführte, die Sagasta endlich am 4. September 1874 den Vorsitz im Ministerium verschaffte, nach dem er schon lange getrachtet hatte. Eine Aenderung in der Politik der Regirung hatte dies Ereigniß aber nicht zur Folge, da Sagasta ja auch bisher schon die Seele des Cabinets gewesen war und fast alle seine Collegen im Amte blieben. Zum Commandanten der Nordarmee wurde Laserna ernannt, die drei Corps derselben befehligten Moriones, Ceballos und Loma. Größere Operationen sollten unterbleiben, bis die 60,000 Mann, welche die Regirung einexerciren ließ, feldtüchtig wären; dann wollte Serrano selbst bei der Armee erscheinen, um die Bewegungen zu leiten. Einstweilen erhielt Laserna wenigstens seine Truppen in Thätigkeit. Moriones verproviantirte im September Pamplona, und Laserna selbst besetzte Anfang October La Guardia wieder. Begünstigt wurde er dabei durch den Zwiespalt, der bei den Carlisten ausgebrochen war, und der, wenngleich nach Kräften vertuscht, doch durch die Absetzung Dorregarays, der sich nach Bayonne begab, und durch die Erhebung Mendiris zum Oberbefehlshaber an die Oeffentlichkeit drang. Anfang November zwangen die Carlisten ihren Gegner zu einer umfassenderen Expedition; sie sammelten etwa 12,000 Mann aus den Milizen und Streifcorps und belagerten damit Irun an der Bidassoa. Da die Besatzung der Stadt nur gering war, mußte Laserna ihr vom Ebro aus Hülfe bringen. Er begab sich also mit dem größten Theile des Corps Loma auf der Eisenbahn nach Santander und Bilbao, schiffte sich hier nach San Sebastian und Fuenterrabia ein, vertrieb die Belagerer am 10. und 11. November aus ihren Stellungen auf den Höhen von San Marcial und bei Oyarzun und kehrte dann, während Loma in San Sebastian blieb, in sein Hauptquartier Logroño am Ebro zurück. Vergeblich suchte sodann Loma am

7. und 8. December Tolosa den Feinden wieder zu entreißen; nicht ohne schmerzliche Verluste und selbst verwundet mußte er sich auf San Sebastian zurückziehen.

Inzwischen war Serrano endlich am 4. December von Madrid abgereist und in Logroño bei Laserna eingetroffen, um mit ihm einen Hauptschlag zu vereinbaren. Da die Feldarmee, über die er verfügen konnte, jetzt nahe an 80,000 Mann, d. h. etwa doppelt so stark war wie die carlistische Macht, so standen die Aussichten günstig genug: ein combinirtes Vorrücken auf Estella und Puente la Reina schien kaum fehlschlagen zu können. Allein ehe noch diese Aufgabe in Angriff genommen wurde, brachen andere Sorgen über Serrano und seine Regirung herein. Seit Ende November mehrten sich die Gerüchte, daß ein ernstlicher Versuch, Alfonso XII. auszurufen, im Werke sei. Sein Geburtstag, der 28. November, zugleich das Datum seiner Großjährigkeit, wurde von der Mehrzahl der spanischen Granden benutzt, um an den Prinzen, der damals in Woolwich die Militärschule besuchte, eine Adresse zu richten, die mit dem Wunsche endete, Alfonso möge ein Fürst werden, würdig des Namens, den er trage, des Jahrhunderts, in dem er lebe, und des Landes, in dem er die Welt erblickt. Canovas del Castillo, das anerkannte Haupt der alfonsistischen Partei, versicherte allerdings einigen Correspondenten fremder Blätter, daß die Zeit noch nicht gekommen sei, daß Serrano sich erst noch mehr abnutzen müsse, damit der Prinz von Asturien wirklich vom ganzen Lande als der einzige Retter erkannt werde; und auch die Antwort des jungen Prätendenten auf die Adresse der Granden ließ keine Ungeduld erkennen, sondern erklärte nur, daß der Prinz es an sich nicht fehlen lassen werde, wenn Gott ihn mit der hohen Sendung, die Eintracht, die gesetzliche Ordnung und die politische Freiheit in Spanien wieder herzustellen, betrauen werde. Andererseits aber nahmen die Meldungen über ein bevorstehendes Pronunciamiento die allerbestimmteste Form an. Am 21. December 1874 erfuhr Sagasta, daß Martinez Campos in Madrid angekommen sei, um dort ans Werk zu gehen. Er beauftragte den Commandanten Primo de Rivera, ihn zu verhaften. Der aber verbürgte sich für seine Treue und beschwichtigte dadurch wirklich die Besorgniß der Regirung. Martinez Campos aber fand sich durch diesen Zwischenfall zu nichts Anderem veranlaßt, als den Aufstand um acht Tage zu verschieben und an einen anderen Ort zu verlegen. In der Nacht zum 29. December traf er in Murviedro, dem alten Sagunt, ein und proclamirte hier an der Spitze von zwei Bataillonen Don Alfonso XII. als König von Spanien. Der Erste, der seinem Beispiel folgte, war Jovellar, der Chef der Centrumsarmee; da seine Truppen ihm unbedenklich folgten, war damit im Grunde die Sache schon abgemacht, denn die alfonsistische Gesinnung der Nordarmee stand

seit lange außer Frage. Nur von Madrid konnte vielleicht noch Widerstand gefürchtet werden, und deshalb war Primo de Riveras Verhalten von großem Belang. Ohne Zweifel hatte dieser das Vertrauen des Ministeriums schon am 21. December schmählich getäuscht; auch jetzt hielt er es für gerathen, sein Doppelspiel noch weiter zu treiben. Er versicherte den Ministern von Neuem seine Treue, ließ es geschehen, daß sie Canovas del Castillo und andere Alfonsisten verhafteten und ein heftiges Manifest gegen Martinez Campos und Jovellar erließen, und suchte zu veranlassen, daß Serrano ohne Gefolge nach Madrid käme, um sich seiner so ohne Kampf bemächtigen zu können. Dieser aber gab die Sache der Republik ohne Weiteres verloren; eine Besprechung mit Laserna und anderen Generalen belehrte ihn, daß von der Nordarmee in der That nichts zu hoffen sei; er kündigte daher den Ministern Abends am 30. December telegraphisch an, daß er nicht in die Hauptstadt kommen werde, und reiste dann sofort nach Bayonne ab. Während nun Sagasta seine Collegen um 9 Uhr zu einer Berathung versammelte, stellte sich Primo de Rivera an die Spitze eines Ausschusses der Besatzung von Madrid und begab sich mit demselben persönlich in den Ministerrath, um diesem die Bildung einer neuen Regirung anzuzeigen. Ein wirkungsloser Protest Sagastas war Alles, was dieser ihm entgegenstellen konnte: die Männer, die vor kaum einem Jahre durch den Gewaltstreich Pavias ans Ruder gekommen waren, hatten das allergeringste Recht, sich zu beklagen, wenn sie durch den Gewaltstreich eines anderen Generals auch ihrerseits beseitigt wurden.

4. Die Regirung Alfonso's XII.

Das Regentschaftsministerium, das nunmehr in der Nacht zum 31. December 1874 gebildet wurde, hatte zum Vorsitzenden Canovas del Castillo und zählte neben Jovellar, Salaverria, Castro, Cardenas, Orovio und dem Marquis de Molins auch zwei Männer zu Mitgliedern, die an der Septemberrevolution Theil genommen hatten: Romero de Robledo für das Innere und Ayala für die Colonien. Dem neuen Könige, der schon am 28. bei seiner Mutter in Paris eingetroffen war, wurde sofort Kunde von der gelungenen Revolution gegeben und Molins entsandt, um ihn auf einem Kriegsdampfer aus Marseille abzuholen. Am 6. Januar 1875 verließ der 17jährige Monarch Paris, stieg am 9. in Barcelona ans Land und hielt am 14. seinen feierlichen Einzug in die Hauptstadt. Die üblichen Manifeste an die Bevölkerung und das Heer, einige Wochen später auch an die Bewohner der carlistischen Provinzen betonten den lebhaften Wunsch des Königs, den inneren Frieden wieder herzustellen und ließen erkennen, daß er als die

stärksten Pfeiler desselben die Religion und die verfassungsmäßige Freiheit betrachte: beides vieldeutige Worte, deren wahrer Sinn nur durch Thaten offenbart werden konnte.

Schwierig genug war die Lage des neuen Herrschers ohne Zweifel. Allerdings fielen ihm von Anfang an eine Menge von Anhängern zu, die in den verflossenen Jahren rathlos zwischen der Republik und Don Carlos geschwankt hatten; ja ein Theil von denen, die schließlich zu dem Prätendenten als dem einzigen Träger der monarchischen Fahne übergetreten waren, wurden wieder unsicher und vertauschten einige Monate später wirklich das carlistische Lager mit dem Don Alfonsos. Aber auf einen derartigen Uebertritt in großartigem Maßstabe ließ sich doch nur dann hoffen, wenn der Papst offen gegen Don Carlos auftrat, und um das zu erreichen, waren wieder Zugeständnisse nöthig, die nicht allein jeden halbwegs liberalen Spanier, sondern nicht minder auch das Ausland der neuen Regirung abwendig machen mußten. Andererseits gab es doch auch eine Partei in Rom, die um keinen Preis von Don Carlos zu lassen entschlossen war, und der gegenüber folglich alle Nachgiebigkeit umsonst war; außerhalb des Vaticans war diese Strömung im Ultramontanismus sogar die herrschende, und die berliner Germania beispielsweise hatte für Don Alfonso nichts als Spott und Hohn. Die leitenden Personen in der Umgebung des Papstes hielten es aber für klüger, die gegebene Situation zu benutzen, um möglichst viele Vortheile für die katholische Kirche zu erpressen, und so sendete Pio IX. denn schon am 1. Januar 1875 seinem Pathen und dessen Mutter Isabella seinen Segen, und erkannte ihn als König an, freilich ohne sich deshalb ganz von Don Carlos loszusagen, der in einem zornglühenden Manifest vom 6. Januar ankündigte, daß der Donner der Kanonen seinen Protest gegen die Anmaßung seines unerfahrenen Vetters mit unwiderstehlicher Beredtsamkeit erheben werde.

Mit den Zugeständnissen, die ihr Canovas del Castillo machte, konnte die Curie allerdings wohl zufrieden sein. Wenn der Justizminister am 2. Januar den Bischöfen schrieb, der neue König sei entschlossen, der Kirche alle Leiden, die sie in den letzten Jahren erlitten, mit allen in seine Macht gestellten Mitteln zu vergüten, so verfügte der Finanzminister schon anderen Tages, daß die budgetmäßig für den Clerus ausgeworfene Summe von $3^1/_4$ Mill. Pesetas wieder auf den früheren Betrag von nahezu 42 Millionen gebracht werden solle, sobald die Geldbedürfnisse für den Bürgerkrieg befriedigt seien. Wenn das eine Sache war, die nur Spanien selbst anging, so traf die gleichzeitige Schließung der protestantischen Kirchen und Schulen in Madrid und Cadix auch das Ausland; denn der Kern der evangelischen Gemeinden bestand doch aus Deutschen und Engländern, denen sich allerdings dank ihrer nicht erfolglosen Missionsthätigkeit während der letzten

Jahre auch Spanier angeschlossen hatten. Der unvermeidlichen Einmischung des berliner und londoner Cabinets beugte nun zwar Canovas durch rechtzeitige Aufhebung jener Maßregel, noch ehe Don Alfonso am 14. Januar in Madrid einzog, glücklich vor; allein die Frage war damit noch nicht endgültig entschieden: denn die Curie bestand ihrerseits darauf, daß die Aufhebung des Concordates und die Einführung der Religionsfreiheit, wie sie durch die Verfassung von 1869 verbürgt wurde, ohne ihre Zustimmung ungültig sei, und auf diese Zustimmung zu hoffen, war kein irgend triftiger Grund vorhanden. Seitens der Regirung war das Höchste, worauf man rechnete, die Vereinbarung eines neuen, in den schlimmsten Punkten gemilderten Concordates; dies zu erreichen war die Aufgabe des nach Rom geschickten Gesandten Benavides. Auf den hartnäckigsten Widerstand der Curie war man gefaßt und, um ihn zu besiegen, zu sehr weitgehenden Zugeständnissen bereit. So wurde die Beseitigung der Civilehe schon am 9. Februar 1875 durch ein ministerielles Decret verfügt. Die Ehe wurde darin als ein von Gott eingerichtetes Institut bezeichnet, dessen Verwaltung der Kirche zustehe: nur sie vermöge gültige Ehen zu schließen; wenn der Staat sich diese Befugniß in den letzten Jahren beigelegt habe, so sei das ein Uebergriff, den man wieder rückgängig machen müsse. Für die Nichtkatholiken, denen glücklicher Weise doch die ungeheure Mehrheit der Spanier als Bekenner des einzig wahren Glaubens gegenüber ständen, müsse freilich die Möglichkeit, eheliche Gemeinschaft einzugehen, erhalten werden; aber schon die Art, in der dies anerkannt wurde, und die scharfe Sonderung, die zwischen den wahren Ehen, welche die Kirche schließe, und solchen ehelichen Gemeinschaften aufrecht erhalten wurde, war eine bittere Kränkung der religiösen Gleichberechtigung, deren sich die Nichtkatholiken bisher erfreut hatten.

Der Papst bezeugte seine Zufriedenheit über dieses Entgegenkommen durch einen wohlwollenden Brief, den er an den König richtete, und durch die Ernennung des Cardinals Simeoni zum Nuntius, ohne daß derselbe doch seinen Posten wirklich antrat. Denn das Ehedecret war doch immer nur eine Abschlagszahlung: die Aufhebung der Glaubensfreiheit, die Wiederherstellung der katholischen Glaubenseinheit blieb die unerläßliche Forderung, die wie von Rom aus, so von den spanischen Bischöfen nachdrücklich erhoben wurde. Canovas war schwach genug, seine Zustimmung auch dazu in Aussicht zu stellen, um nur erst einmal in regelmäßige Verbindung mit der Curie zu kommen; allein im Grunde seines Herzens hielt er doch diesen Schritt für unmöglich, weil er seine Stellung nach außen unrettbar verderben mußte. Er zögerte deshalb sein Wort einzulösen, und beschwichtigte die Ungeduld der Curie vorerst durch ein neues Zugeständniß, indem er durch Decret vom 27. Februar die Lehrfreiheit an den Staatsanstalten aufhob

und den Professoren streng einschärfte, daß ihr Unterricht nichts gegen die katholische Religion enthalten, und keine Lehre derselben discutiren oder gar in Frage stellen dürfe. Die meisten Docenten der Universität von Madrid antworteten darauf mit einem kräftigen Proteste; aber die Regirung, die nicht auf halbem Wege stehen bleiben konnte, forderte die Zurücknahme desselben und ließ Alle, die sich dessen weigerten, ihrer Aemter entsetzen, die gefährlichsten überdies verhaften und aus der Hauptstadt abführen, wodurch Castelar sich veranlaßt fand ins Ausland zu gehen. Nun ließ sich der Papst herbei seinen Nuntius wirklich nach Madrid zu entsenden und dadurch seine Anerkennung des Königs Alfonso in wirksamer, auch dem Volke und dem niederen Clerus verständlicher Weise zu bekunden; Canovas aber machte sich daran, die schwierige Frage der Religionsfreiheit ernstlich anzufassen. Zu lösen war sie nur im Zusammenhange mit der Verfassungsfrage. Um diese in Gang zu bringen, wurde auf den 20. Mai eine Versammlung von 5—600 hervorragenden Männern, meistens ehemaligen Unionisten und Moderados, zum kleineren Theile Progressisten vom äußersten rechten Flügel der Partei, berufen. Dieselbe wählte einen Ausschuß von 39 Mitgliedern, um eine neue Verfassung und ein Wahlgesetz auszuarbeiten; der erste Entwurf sollte von einem Unterausschuß von 9 Mitgliedern gemacht werden. Da man sich nicht darüber einigen konnte, ob man die Verfassung von 1869 zur Grundlage nehmen und in ihr das erforderliche Maß conservativer Aenderungen anbringen, oder aber auf die Verfassung von 1845 zurückgreifen und diese in liberalem Sinne umgestalten solle, so beschloß man ein ganz neues Werk herzustellen und brachte dasselbe auch Anfang Juli zu Stande. Der Grundcharakter desselben war der eines sehr gemäßigten Liberalismus und in diesem Sinne war auch der Artikel über die Glaubensfreiheit gehalten: er kam den ultramontanen Forderungen eine weite Strecke entgegen, ohne sie doch in vollem Maße zu erfüllen. Wohl wurde der Katholicismus wieder zur Staatsreligion erhoben; wohl wurde allen andern Bekenntnissen das Recht zu öffentlichen Ceremonien und Kundgebungen entzogen; wohl wurde ihre Ausübung von der Achtung der christlichen, d. h. also der katholischen Moral, nicht wie bisher von der Uebereinstimmung mit der Sittlichkeit und den Staatsgesetzen abhängig gemacht: aber es blieb doch immer die Bestimmung, daß innerhalb dieser Grenzen Niemand wegen seiner religiösen Meinungen und der Ausübung seines Cultus belästigt werden dürfe. Das genügte den Ultramontanen, um gegen den Entwurf eine heftige Agitation ins Leben zu rufen und die ungeschmälerte Glaubenseinheit auf Grundlage des alten Concordates zu fordern; die Curie selbst protestirte entschieden gegen jeden Versuch, das letztere einseitig durch eine neue Verfassung in irgend einem Punkte abzuändern, und Simeoni theilte

das den Bischöfen am 25. August 1875 in einem Rundschreiben mit, das zum Schluß sehr verständlich hervorhob, daß die Beeinträchtigung der Glaubenseinheit seitens der früheren Regirungen eine der Ursachen des Bürgerkrieges sei, der noch immer in einigen Provinzen des Reiches fortdauere. Canovas fühlte sich in die Enge getrieben. Er hatte persönlich die Unantastbarkeit des Concordates anerkannt, und konnte doch nicht daran denken, die Bestimmung desselben, die dem Katholismus mit ausdrücklicher Ausschließung jedes anderen Cultus das Recht, die einzige in Spanien zugelassene Religion zu sein, einräumte, in die spanische Verfassung aufzunehmen. Er suchte deshalb einen Vorwand zum Rücktritt und fand diesen in der Frage des Wahlgesetzes. Auf seine Befürwortung war bereits beschlossen, daß die nächsten constituirenden Cortes nach dem allgemeinen Stimmrecht gewählt werden sollten, weil nur so eine Art von Plebiscit für das neue Königthum gewonnen werden könne; daß späterhin in dem definitiven Wahlgesetze eine Beschränkung des Stimmrechtes eingeführt werde, hielt er damit für ganz vereinbar. Im Ministerium hatten die conservativsten Mitglieder sich diesem Vorschlage nur mit Widerstreben gefügt; allein er war doch angenommen worden und sie waren auf ihrem Posten geblieben. Jetzt besannen sie sich eines Andern und forderten am 11. September ihre Entlassung. Der König genehmigte sie und übertrug Canovas die Auswahl der Ersatzmänner. Da erklärte dieser, es widerstrebe ihm, einem Ministerium vorzustehen, aus dem die Moderados, seine eigentlichen Parteigenossen, geschieden seien und er müsse auch seinerseits um seine Entlassung bitten. Der wirkliche Beweggrund aber war der Wunsch, durch ein etwas mehr nach links neigendes Cabinet einen Druck auf die Curie zu üben und diese zum Einlenken geneigt zu machen; denn daß sie ihm, der durch seine früheren Versprechungen gebunden war, keine Zugeständnisse machen werde, ließ sich nach der Sprache, die Antonelli und Simeoni führten, nicht bezweifeln. Der König ging auf diesen Plan ein und der Erfolg lehrte, daß die Berechnung gut war. Jovellar bildete ein neues Ministerium, indem die liberalen Mitglieder des alten, insbesondere Romero und Ayala, blieben und andere gemäßigte Liberale hinzutraten. Der Rücktritt des Gesandten in Rom, Benavides, der sich für die frühere Politik Canovas verpflichtet hatte, verstärkte den Eindruck, den die Schwenkung bei der Curie machte, und der König selbst half noch durch eine sehr geschickte Rede, in der er bei der Preisvertheilung an der madrider Universität am 1. October die hohe Bedeutung des Unterrichtes pries und ohne wie üblich der Religion zu gedenken das Studium der Wissenschaften und Künste als die Grundlage der neuen Größe, die er für Spanien erhoffe, bezeichnete. Alles das machte die Curie doch stutzig; sie mußte sich sagen, daß sie selbst gar viel zu

verlieren habe, wenn sie die Dinge zu weit treibe, und als der neue Minister des Aeußeren Casa Valentia ihr die Zusicherung ertheilte, daß man das Concordat respectiren werde, soweit dasselbe die Unabhängigkeit der spanischen Gesetzgebung und die internationale Stellung des Landes nicht schädige, daneben aber rundweg erklärte, daß wichtige Staatsrücksichten die Wiederherstellung der Glaubenseinheit unmöglich machten, da trat man in Rom den Rückzug an. Eine Note Antonellis vom 10. November 1875 kündigte unter vielen Lobpreisungen der Glaubenseinheit, die der wahre Leuchtthurm der Civilisation sei und die man nimmermehr aufopfern dürfe, gleichwohl die Geneigtheit der Curie an, sich mit der spanischen Regirung über eine andere Fassung der Grundsätze des Concordates von 1851 zu verständigen, und meinte, bei einem solchen Ideenaustausch würde sich denn auch zeigen, in wiefern der heilige Stuhl dem neuen Verfassungsentwurf seine Zustimmung geben könne. Die spanische Regirung ergriff bereitwillig die dargebotene Hand, nicht ohne dabei nochmals ausdrücklich ihren Standpunkt zu wahren, und Canovas, der nunmehr seiner früheren Zusage entbunden war, trat am 3. December wieder in das Ministerium ein. Jovellar blieb noch einige Wochen in demselben als Kriegsminister, um dann beim Jahresschluß als Generalcapitän nach Cuba zur Bekämpfung des dort noch immer herrschenden Aufstandes zu gehen.

Ob der römische Stuhl sich so gefügig gezeigt hätte, wie er es that, wenn es mit dem Carlismus noch besser gestanden hätte, darf wohl bezweifelt werden. Allein bei allen Wechselfällen des Kriegsglücks war es doch zu offenkundig, daß es mit dem Aufstande zu Ende ging, als daß vorsichtige Politiker sich unlöslich mit Don Carlos hätten verbinden können. Freilich war der Prätendent immer noch ein höchst gefährlicher Gegner. Man durfte die Stärke seiner Heere auf mindestens 60,000 Mann schätzen, von denen etwa 40,000 auf die Nordarmee, je 10,000 auf das Centrum und Catalonien kamen. Um ihn in Navarra und den baskischen Provinzen zu besiegen war jedenfalls eine große Uebermacht nöthig; denn der Angriff mußte von mehreren Seiten erfolgen und da die Carlisten den Vortheil der inneren Linien hatten, also jederzeit ihre gesammte Macht nach einer Richtung hin concentriren konnten, so mußte jede der Angriffscolonnen ihnen gewachsen sein. Der junge König hatte dem Kriege von Anfang an seine regste Theilnahme gewidmet. Keine Woche war nach seinem Einzuge in Madrid verstrichen, als er sich schon aufmachte, um die Nordarmee zu besichtigen und an dem Feldzuge Theil zu nehmen, den bereits Serrano geplant, aber nicht mehr ausgeführt hatte. Die ersten einleitenden Bewegungen waren mit dem besten Erfolge gekrönt: Pamplona, das von den Carlisten seit Monaten blokirt war, wurde entsetzt und der Feind mußte sich in die festen Stellungen um Estella zurückziehen, die

Marschall Concha zuletzt vergeblich angegriffen hatte. Außerdem hielten die Carlisten das grade östlich gelegene Puenta la Reyna besetzt, aber die Straße zwischen beiden Orten war durch den Besitz von Lacar und Lorca und dem südwärts gelegenen Monte Esquinza in der Hand der Alfonsisten. Sie von dort zu vertreiben wagte Mendiri am 3. Februar 1875 einen Angriff. Glücklich gelang der Ueberfall von Lacar, auch in Lorca drangen die Carlisten ein, und wenn sie gleich zurückgeschlagen wurden, so räumte es Laserna doch am andern Tage; den Monte Esquinza erstürmten die Carlisten jedoch nicht, obwohl sie es dreimal versuchten, und starke Befestigungen machten ihn in den nächsten Tagen vollends uneinnehmbar. Mochte der Erfolg von Lacar Don Carlos auch Anlaß zu gewaltigen Proclamationen bieten und die Unthätigkeit, die in dem alfonsistischen Lager wieder eintrat, ihm Recht zu geben scheinen, so hatte sich seine Lage doch erheblich verschlechtert. Dazu kam der Abfall des alten Cabrera, des Nestors der Carlisten, der am 4. März 1875 in Paris mit dem neuen Könige ein Convenio abschloß und dadurch seiner bisherigen Partei einen schweren moralischen Schlag versetzte, wenngleich zunächst nur noch wenige seinem Beispiele folgten. In Madrid glaubte man aber einen neuen Angriff auf Estella nicht eher wagen zu dürfen, als bis man viel größere Truppenmassen heranziehen könne. Ende Mai wurde deshalb beschlossen, zuerst mit der Centrumsarmee den im Maestrazgo (in der Provinz Castellon südlich vom Ebro) operirenden Dorregaray zu schlagen und dann diese Armee nach Estella heranzuziehen. Jovellar, der ihr zum Befehlshaber gegeben wurde und der aus Catalonien Martinez Campos an sich zog, begann der Feldzug Ende Juni und drängte in einigen Tagen Dorregaray aus den Bergen heraus; die Festung Cantavieja mußte sich am 6. Juli mit etwa 1800 Mann ergeben; die Hauptmacht des Feindes, die sich in einem bewundernswerthen Marsche über den Ebro zurückzog, wurde von einigen Brigaden verfolgt, in mehreren Gefechten zersplittert und großen Theils nach Nordcatalonien gedrängt; im Süden des Ebro war Mitte Juli jede Regung des Carlismus erstickt. In Catalonien hatte Saballs das Commando der Aufständischen; Martinez Campos, der ihm seit dem Februar gegenüberstand, war ihm bisher nicht verderblich geworden; der Kleinkrieg erschwerte wirkliche Erfolge, so lange eine bedeutende Uebermacht fehlte. Als der alfonsistische General, wie erzählt, sich zu Jovellars Unterstützung über den Ebro gewandt hatte, drang dann Saballs, indem er mehrere Banden vereinigte, selbst vor und nahm Molins del Rey nahe bei Barcelona; allein nach wenigen Tagen vertrieb ihn Martinez' Stellvertreter Arrando von dort und verfolgte ihn bis in den nordöstlichen Winkel Cataloniens, den er gründlich von allen carlistischen Schaaren reinigte. Saballs hätte sich nun um den 20. Juli herum leicht mit Dorregaray vereinigen

können, allein das ließ die Eifersucht der beiden Führer nicht zu; sie schlugen sich vielmehr einzeln mit dem Feinde herum und erlitten dabei vielfache Verluste. Martinez Campos war inzwischen mit 7000 Mann vor Seo d'Urgel eingetroffen und belagerte diesen festen Platz, den Lizarraga verteidigte; den Versuchen Saballs und Dorregarays, ihn zu entsetzen, traten Arrando und Jovellar erfolgreich entgegen, und nach etwa fünfwöchentlicher tapferer Verteidigung mußte Lizarraga sich mit über 1000 Mann und beinah 50 Geschützen am 29. August ergeben. Während nun Dorregaray in geschickten Märschen, freilich unter Verletzung des französischen Gebietes, der großen Uebermacht entwich und nach Navarra entkam, verwandte Martinez Campos die nächsten Wochen dazu, um durch fliegende Colonnen die feindlichen Banden einzeln zu schlagen oder über die Grenze zu treiben, eine Aufgabe, die er Anfang November so weit beendet hatte, daß ganz Catalonien für beruhigt gelten konnte.

In Navarra und den biscayischen Provinzen hatte sich der Kampf inzwischen hauptsächlich um drei Punkte gedreht, um San Sebastian, Bilbao und Estella. Die erstgenannte Stadt wurde von dem Carlisten Engaña hart bedrängt, von General Blanco verteidigt. Ende Mai hatte dieser seine vorgeschobenen Stellungen am Orio-Flusse einziehen müssen und der Feind drang bis hart an die Festung vor; von da ab dauerte die Belagerung bis in den Januar 1876, wo die Carlisten sich endlich durch die Gesammtsituation zum Abzug gezwungen sahen. Für Bilbao, das von dem Carlisten Mogroviejo bedroht wurde, diente als Ersatzheer das Corps Lomas, das zugleich die Aufgabe hatte, ein Durchbrechen des Feindes nach Castilien zu verhüten. Nachdem im April wiederholt ernstlich gekämpft war, wurden die Carlisten im Juni bei Villanueve zurückgeworfen, worauf Loma seine Stellungen weit ostwärts ausdehnte und mit der Hauptarmee Quesadas Fühlung herstellte. Anfang August machte Mogroviejo einen Versuch den linken Flügel seines Gegners zu umgehen, wurde jedoch abermals in seine Stellungen zwischen Bilbao und Balmaseda zurückgewiesen, worauf von Neuem eine längere Unthätigkeit auf beiden Seiten herrschte. Vor Estella führte als Conchas Nachfolger Quesada den Oberbefehl; obgleich er über 50,000 Mann verfügte, war ihm doch nach dem allgemeinen Kriegsplan vorgeschrieben sich defensiv zu verhalten, bis die Centrumsarmee ihre Aufgabe im Maestrazgo und Catalonien gelöst habe. Die lange Linie, die er zu decken hatte, erstreckte sich von Miranda am Ebro (südlich von Bilbao) bis Pamplona. Der Schwerpunkt lag im Allgemeinen bei Estella und der Stellung auf dem Monte Esquinza; doch konnten die Carlisten, da sie den Vortheil der kürzeren inneren Linien hatten, leicht auch anderswo angreifen, und das geschah besonders Anfangs Juli, als Perula an Mendiris Stelle den Oberbefehl über

die Carlisten erhalten hatte, südwestlich von Vitoria und Treviño am Zadorra-Flusse mit der Absicht die Ebrolinie zwischen den Heeren Quesadas und Lomas zu durchbrechen. Aber da der Oberfeldherr diesen Plan richtig erkannt hatte, wurden diese Versuche am 7. Juli bei Nanclares zurückgeschlagen und wiederholte Anläufe der Carlisten hatten keinen besseren Erfolg, ja Quesada konnte sogar am 29. Juli einen Streifzug bis Villareal in Alava (nördlich von Vitoria) machen. Der Prätendent durfte sich kaum verhehlen, daß seine Lage eine sehr bedenkliche geworden sei, zumal die Basken Zeichen gaben, daß sie des Krieges müde würden und die Generaldeputation von Alava eine Massenaushebung, die Don Carlos am 26. August angeordnet hatte, verweigerte, ja sogar Anfang September eine Ergebenheitsadresse mit 30,000 Unterschriften an König Alfonso richtete. Unter den Führern selbst griff Zwietracht und Anfeindung um sich; die wichtigsten Commandos wurden oft gewechselt, Dorregaray sogar vor ein Kriegsgericht gestellt; sobald Quesada durch die Truppen Martinez Campos', dem Jovellar den Oberbefehl abgetreten hatte, als er wie oben erwähnt im September das Ministerpräsidium übernahm, verstärkt war, mußte das Schicksal des Aufstandes besiegelt erscheinen. Dieser Zeitpunkt rückte im Januar 1876 heran; sobald die Witterung wieder größere Operationen gestattete, begab sich der König selbst zur Armee; Don Carlos zog seine Truppen Ende Januar von Bilbao und San Sebastian zurück, um alle Kräfte zu concentriren. Aber auch das half ihm nicht mehr. Am 18. Februar begann der Angriff auf Estella, am 19. erstürmte Primo de Rivera den Monte Jurra, und damit war der vielumfochtene Platz unhaltbar geworden; noch am selben Tage ergab er sich auf Gnade und Ungnade. Nun trat die längst schon im Anzuge befindliche Zersetzung mit aller Heftigkeit im carlistischen Lager zu Tage; die Führer flüchteten nach Frankreich und Don Carlos selbst folgte ihrem Beispiele am 28. Februar 1876. Der Krieg war zu Ende und drei Wochen später hielt König Alfonso seinen triumphirenden Einzug in Madrid.

Die völlige Beruhigung der unterworfenen Provinzen erforderte freilich noch viel Zeit. Wenn im Allgemeinen allen am Aufstande Betheiligten Verzeihung zu Theil wurde, so waren die Ausnahmen doch zahlreich genug: mehr als 10,000 Personen wurden des Landes verwiesen, über das Vermögen von beinah 12,000 Sequester verhängt; ungefähr der vierte Theil derselben suchte dann doch persönlich um Begnadigung nach und diesem Gesuche wurde nur in wenigen Fällen nicht willfahrt. Mit den alten Vorrechten der baskischen Provinzen, den sog. Fueros, ging die Regirung merkwürdig schonend um; von der ausgedehnten Selbstverwaltung, deren sie sich erfreuten, blieb ihnen ein erheblicher Theil; die Befreiung vom Militärdienste und ihre finanzielle und wirthschaftliche Unabhängigkeit mußte ihnen natürlich genommen

werden. Weitergehende Forderungen, die sowohl im Senat wie in der Deputirtenkammer erhoben wurden, lehnte Canovas entschieden ab und die ungeheure Mehrheit beider Versammlungen stimmte dem von ihm vorgelegten Gesetzentwurfe zu. Trotzdem war die Durchführung der neuen Zustände keine leichte Sache und nur dadurch zu sichern, daß Quesada mit einer starken Armee in den Provinzen verblieb. Selbst unter diesem Drucke zeigten die Junten der drei Landestheile noch eine sehr große Sprödigkeit und drängten die Regirung dadurch auch zu einer schrofferen Haltung; eine wirkliche Verständigung und Versöhnung konnte jedenfalls nur in einem längeren Zeitraume erreicht werden.

In den übrigen Provinzen war die Opposition einstweilen so ziemlich erstickt, und die Corteswahlen vom 20. Februar 1876 hatten der Regirung eine überwältigende Mehrheit (etwa 360 unter 406 Abgeordneten) zugeführt. Die Hauptaufgabe der Versammlung war die Annahme der neuen Verfassung. Nach den Vorarbeiten der früher erwähnten Commission, welche die Ansichten der Mehrheit getreu repräsentirte, gab es dabei keine bedeutenden Schwierigkeiten zu überwinden. Am eifrigsten wurde über die Glaubensfreiheit gestritten, die nur in der Beschränkung durchging, daß jede äußere Kundgebung fremder Culte verboten wurde; selbst auf die Inschriften an Kirchen, Schulen und Missionsanstalten erstreckte sich diese Clausel. Ueberdies offenbarte die Regirung wie bisher so auch ferner die größte Aengstlichkeit gegenüber allen, auch den kühnsten Ansprüchen des Clerus; sie genehmigte die Ausgrabung von Leichen, wenn die Bischöfe die todten Ketzer nicht in der geweihten Erde leiden wollten, und sie duldete die Ausweisung protestantischer Kinder aus den Schulen, weil deren Gegenwart die Seelen der gläubigen Schüler gefährde. Alles das war mit dem Princip der Verfassung vereinbar. Angenommen wurde die letztere im Juni 1876; aber durch einen besonderen Beschluß, den die Cortes am 16. Juli faßten, trat sie nicht sofort ganz in Kraft, sondern behielt die Regirung bis auf Weiteres ihre dictatorischen Befugnisse. Ende des Jahres wurden formell die bisher suspendirten Artikel gleichfalls in Kraft gesetzt; allein daneben sollten die Specialgesetze, welche während der Dictatur die Verhältnisse der Presse, das Versammlungsrecht und ähnliche Dinge geregelt hatten, bis auf Weiteres fortbestehen, so daß sich thatsächlich gar nichts änderte und die Opposition mit einigem Rechte die ganze Maßregel als trügerischen Schein und politische Heuchelei brandmarken konnte.

Trotzdem durfte man im Beginn des Jahres 1877 die Regirung Alfonsos im Ganzen und Großen als wohlbefestigt betrachten. Einige wichtige Gesetze, wie das über die Wahlen der Abgeordneten oder das über die Bildung des Senates, sorgten für die definitive Gestaltung der großen Staatskörper. In die Finanzen wurde durch eine freilich

äußerst gewaltsame, aber kaum vermeidliche Beschränkung der Zinszahlungen Ordnung gebracht; zwölf Jahre hindurch sollten die Coupons nur zum dritten Theil, von 1889 ab zur Hälfte und erst dann zum Vollen ausbezahlt werden, wenn durch die regelmäßige jährliche Tilgung von 25 Millionen Pesetas die Gesammtsumme der Schulden so weit vermindert wäre, daß 180 Millionen zur Zinszahlung ausreichten. Zur Vermehrung der Einnahmen hatte man schon im Juni 1875 aus der schutzzöllnerischen Strömung, die ganz Europa durchfluthete, Vortheil gezogen und mit dem Beschlusse der Cortes von 1870, der eine stufenweise Verminderung der Zölle eingeführt hatte, gebrochen. Dank diesen Maßregeln, die in der Nothlage der Staatscasse ihre Entschuldigung finden mochten, wäre das Gleichgewicht des Haushaltes so leidlich gesichert gewesen, wenn nicht der Aufstand in Cuba noch immer fortgedauert und gewaltige Ausgaben erfordert hätte, denen man doch nur durch eine neue Anleihe gerecht werden konnte. Uebrigens war die Lage auf der Insel der Art, daß kriegerische Erfolge über die Banden der Empörer trotz aller Anstrengungen der Generalcapitäne — und man sandte die bewährtesten Generale wie Jovellar und Martinez Campos über den Ocean — sich nicht erzielen ließen; nur von der Erschöpfung der Rebellen war das Erlöschen des Kriegszustandes zu erwarten und diese Erschöpfung trat denn endlich, aber erst Anfang 1878, auch ein. Die größte Gefahr, die dem Mutterlande aus der cubanischen Rebellion zu erwachsen drohte, ein Krieg mit den Vereinigten Staaten, ging glücklich vorüber, so unvermeidlich sie auch einige Male schien. Mit der Bezwingung der Carlisten und mit der wachsenden Befestigung des neuen Königthums schwand ja naturgemäß die Aussicht, mit der sich die annexionslustige Partei in der Union getragen hatte, daß sie sonder große Mühe durch einen kühnen Handstreich sich der Perle der Antillen bemächtigen könne. Ein Versuch des Präsidenten Grant, sich die Einwilligung der europäischen Mächte zu einem derartigen Gewaltschritt zu verschaffen, scheiterte im November 1875 vollständig, und von diesem Zeitpunkte ab war von ähnlichen Plänen nicht mehr ernstlich die Rede. So trat Spanien in jeder Beziehung aus dem Vordergrunde der Politik, in dem es seit 1868 zu seinem Unglück mehr oder weniger gestanden hatte, wieder in die bescheidenere Stellung zurück, die seiner Bedeutung angemessen war, und die ihm die Ruhe bot, deren es zur Heilung seiner Wunden bedurfte.

Das kleine Portugal war so glücklich gewesen, die Aufmerksamkeit Europas überhaupt nicht auf sich zu ziehen. Im September 1871 waren die Conservativen unter dem Präsidium des Marquis Pereira de Mello ans Ruder gekommen und hatten mit einigem Erfolg die schlechten Finanzen des Landes zu bessern unternommen. Da dieses Ziel ohne Steuererhöhungen nicht zu erreichen war, kam es allerdings

hin und wieder zu stürmischen Kundgebungen der Opposition; im Juli 1872 wurde sogar eine Verschwörung entdeckt, an deren Spitze der Marquis von Angoja stand; allein thatsächlich wurde weder dadurch, noch durch gelegentliche Manifeste Dom Miguels, der sich umsonst den Portugiesen in Erinnerung zu bringen suchte, die Ruhe des Landes gestört. Bei den Neuwahlen des Jahres 1874 errang das Ministerium einen glänzenden Sieg, indem es für seine Anhänger 77 Sitze gewann und die Opposition auf 14 Abgeordnete herabsank; damit war denn auch das Schicksal der Verfassungsrevision, welche die liberale Partei auf ihre Fahne geschrieben hatte, entschieden. Auch die einzige Schwierigkeit der auswärtigen Politik, die sich erhob, ein Streit mit England um die Delagoa-Bai, wurde durch einen Schiedsspruch Mac Mahons zu Gunsten der portugiesischen Regirung geschlichtet. Die wirthschaftliche Lage des Landes war befriedigend und durch eine Anleihe, die zu leidlichen Bedingungen abgeschlossen werden konnte, wurden die Mittel zum Bau von Eisenbahnen, Straßen, Brücken, Telegraphen und Leuchtthürmen flüssig gemacht. Gleichwohl fand diese neue Belastung des Budgets auch lebhaften Widerspruch. Selbst im Schoße der conservativen Partei wollte eine Gruppe unter der Führung des Marquis d'Avila Ersparungen um jeden Preis, wenn auch die Regeneration des Landes — Regeneradores nannten sich nach diesem Schlagworte die Conservativen — dadurch verzögert würde. Angeblich aus Gesundheitsrücksichten entschloß sich Pereira im März 1877, dem Rivalen das Feld zu räumen, und dieser bildete nun ein Cabinet, in dem auch die progressistische Opposition vertreten war. Eine feste Stellung konnte sich dasselbe aber nicht erringen, und als es sich gar mit den Regeneradores offen überwarf, was im Herbst 1877 geschah, durfte sein baldiger Sturz mit ziemlicher Sicherheit erwartet werden.

VII. Großbritannien.

1. Das Ministerium Gladstone.

In England saß während des französischen Krieges ein Ministerium der Whigs am Ruder, das in fast allen Angelegenheiten, auswärtigen wie heimischen, eine so unglückliche Hand hatte, wie selten ein anderes Cabinet. Es würde ungerecht sein, dieses Mißgeschick ihm im vollen Umfange zur Last zu legen; einen sehr großen Antheil hatten daran die Verhältnisse, die Gladstone und seine Collegen nicht geschaffen hatten und nicht ändern konnten; aber daß es bei allem guten Willen und aller Geschäftserfahrung den leitenden Männern doch an kraftvoller Energie und unverrückbarer Consequenz fehle, war eine Thatsache, gegen die in der öffentlichen Meinung Englands, ja Europas sich kaum ein Widerspruch zu erheben, geschweige denn zu behaupten vermochte. Während des deutsch-französischen Krieges konnte sich die Regirung nicht von einer gewissen gutmüthigen Schwäche losmachen, die dem besiegten Frankreich gern allen Vorschub geleistet hätte, der sich mit der Neutralität irgend vereinbaren ließ und die deutsche Regirung nicht gar zu sehr vor den Kopf stieß. Als dann Rußland die Gunst der Lage benutzte, um sich seine Freiheit im Schwarzen Meere wieder zu gewinnen, protestirte Lord Granville zwar sehr eifrig gegen die Eigenmächtigkeit dieses Schrittes, ließ aber von vorn herein durchblicken, daß er sachlich dem Verlangen Rußlands, wenn dieses nur die gebührende Form wahre, nicht entgegentreten werde. In dem einen wie in dem anderen Falle litt das Ansehen Englands empfindlichen Schaden. Viel ernstere Schwierigkeiten als diese gab es aber mit den Vereinigten Staaten auszufechten. Der Alabama-Streit hatte sich nun schon durch sechs Jahre hindurchgezogen, ohne seiner Lösung näher zu kommen; ihn auf sich beruhen zu lassen oder gar jede Verpflichtung zum Schadenersatz schlechthin in Abrede zu stellen, wagte England nicht; Granville knüpfte daher nach dem Scheitern der früheren Versuche neue Verhandlungen mit der washingtoner Regirung an und vereinbarte mit ihr am 10. Februar 1871 die Einsetzung einer gemischten Commission, die Vorschläge zu einer

endgültigen Regelung machen sollte. Vom 8. März bis zum 8. Mai 1871 tagte dieselbe in Washington und legte dann einen Vertrag vor, der außer der Alabama-Frage auch die langwierigen Fischereistreitigkeiten zwischen den beiden Staaten beilegte und für einen Grenzconflict an der Nordwestgrenze der Vereinigten Staaten, für die sog. San-Juan-Frage, das schiedsrichterliche Urtheil des deutschen Kaisers in Aussicht nahm. Es handelte sich dabei um die kleinen Inseln zwischen dem Festlande und Vancouver, deren Eigenthum durch den Oregon-Vertrag von 1846 nicht zweifellos festgestellt war. Kaiser Wilhelm ging auf das an ihn gerichtete Ersuchen ein und entschied am 21. October 1872 zu Gunsten der Vereinigten Staaten, so daß England auch in diesem Falle den Kürzeren zog. Weitaus den wichtigsten Theil des Vertrages von Washington bildeten jedoch die Vereinbarungen über den Alabama-Streit. Auch in diesem sollte ein schiedsrichterlicher Spruch entscheiden, aber nicht der eines einzelnen Fürsten, sondern eines Gerichtes, in das außer den beiden betheiligten Mächten Italien, die Schweiz und Brasilien je einen Vertreter ernennen und das seine Sitzungen in Genf halten sollte. Drei Regeln wurden diesem Gerichte gleichsam als Basis seiner Beschlüsse vorgeschrieben und die beiden Mächte verpflichteten sich, dieselben nicht allein für sich fortan zu beobachten, sondern sie auch den anderen Seestaaten zur Annahme zu empfehlen: die erste dieser Regeln erkannte an, daß ein neutraler Staat gebührende Sorgfalt verwenden müsse, um die Ausrüstung und das Auslaufen von Kaperschiffen aus seinen Häfen zu verhüten; nach der zweiten durfte er keinem Kriegführenden gestatten, seine Gewässer als Operationsbasis zur Ergänzung seines Kriegsbedarfs oder seiner Mannschaft zu mißbrauchen; die dritte forderte die Anwendung gebührender Sorgfalt, um jede Uebertretung dieser beiden Artikel innerhalb der Jurisdiction des betreffenden Staates zu verhindern. England erklärte ausdrücklich, daß es diese Regeln nicht als zur Zeit des amerikanischen Sonderbundskrieges geltende anerkennen könne, aber es willigte im Widerspruch damit ein, ihnen rückwirkende Kraft auch für jene Zeit beizulegen. Wenn das Schiedsgericht auf Grund derselben England für schuldig befinde, solle es berechtigt sein, den zu vergütenden Schaden auf eine Pauschalsumme abzuschätzen.

Die Aufnahme, welche dieser Vertrag in England fand, war im Allgemeinen günstig zu nennen; von regirungsfreundlicher Seite wurde er sogar als der Beginn einer neuen Aera des internationalen Rechtes überschwänglich gepriesen; nur vereinzelte Stimmen, wie der alte Earl Russell und der Tory Lord Cairns, erklärten sich energisch gegen das Abkommen, ohne sich Gehör verschaffen zu können. Daß sie mit ihren Einwendungen doch nicht so Unrecht gehabt, stellte sich erst heraus, als am 17. December 1874 die amerikanische Regirung dem Schieds-

gericht die Anklageschrift überreichte und darin nicht allein für die directen Schäden, sondern auch für den indirecten Nachtheil, den die Alabama und die übrigen Kaperschiffe ihr zugefügt, Ersatz verlangte. Unter diesem indirecten Nachtheil verstand sie den Verlust, welchen ihre Handelsmarine dadurch erlitten, daß sie in Folge der Entwerthung durch die Raubzüge der Alabama zum großen Theil in englische Hände habe verkauft werden müssen, die höheren Versicherungsprämien, die amerikanische Schiffe hatten bezahlen müssen, und endlich gar die Mehrkosten, welche dem Staatsschatze aus der Verlängerung des Krieges erwachsen seien. Gegen diese Ansprüche, die sich leicht auf 5—600 Millionen Pfund (also nahezu dreifach so hoch wie die französische Kriegscontribution) belaufen konnten, legte die englische Presse laute Verwahrung ein, und die Regirung überreichte dem Schiedsgericht ihre Gegenschrift am 15. April 1872 auch nur mit dem Vorbehalte, daß sie demselben in Bezug auf diese indirecten Schädigungen keinerlei Competenz zugestehe. Bei dem washingtoner Cabinet hatte Lord Granville schon am 3. Februar Einspruch erhoben. Dasselbe ließ sich aber nicht zur Rücknahme seiner Ansprüche bewegen, wenngleich der Staatssecretär Fish in seiner Antwort vom 27. Februar unverhohlen anerkannte, daß es Phantasterei sein würde, auf so unvernünftige Entschädigungssummen zu rechnen, wie sie in der europäischen Presse genannt würden, ja obgleich er einige Wochen später noch weiter ging und versicherte, daß die Vereinigten Staaten auf jede Entschädigung gern verzichten und die Sache von dem Schiedsgericht am liebsten zu ihren Ungunsten entschieden sehen würden, da es ja in ihrem eigenen Interesse liege, daß gegen sie selbst derartige Ansprüche nie erhoben werden könnten. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen kam man denn zur Formulirung eines Zusatzartikels, der die beiderseitigen Rechtsanschauungen constatiren und festhalten, daneben aber die Erklärung einschließen sollte, daß beide Mächte in Zukunft für solche indirecten Schädigungen keinen Ersatz von einander beanspruchen wollten. Allein auch dieses Auskunftsmittel führte nicht zum Ziel, weil der amerikanische Senat den Artikel in einer für England unannehmbaren Weise veränderte; und da inzwischen der 15. Juni 1872, an dem das Schiedsgericht zu den entscheidenden Sitzungen zusammentreten sollte, nahe heranrückte, so wußte sich das englische Cabinet nicht anders zu helfen, als daß es eine Vertagung der Sache auf acht Monate vorschlug. Die Union war gern bereit, einen solchen Beschluß des Schiedsgerichts sich gefallen zu lassen, allein mit beantragen wollte sie ihn nicht; augenscheinlich machte es den amerikanischen Staatsmännern großes Vergnügen, die Engländer zappeln zu lassen. Die Schiedsrichter, die unter dem Präsidium des Italieners Sclopis beriethen, — außer ihm waren es der Engländer Cockburn, der Amerikaner Adams, der Schweizer Stämpfli und der brasilianische

Vicomte von Itajubá — machten der verwirrten Lage jedoch in sehr geschickter Art ein Ende. Den englischen Vertagungsantrag verwarfen sie, weil er nur die peinliche Spannung zwischen beiden Nationen verlängern werde; er sei aber auch ganz überflüssig, denn einer Verständigung beider Regirungen über die Zulässigkeit der Forderungen für indirecten Schaden bedürfe es schon deshalb nicht, weil das Schiedsgericht, selbst wenn sie erzielt würde, es doch ablehnen müßte, Ansprüche zu berücksichtigen, denen es an jeder völkerrechtlichen Grundlage fehle. Das englische Cabinet war über diese Entscheidung natürlich sehr vergnügt, aber auch die Amerikaner nahmen sie ohne jeden Anstand an; am 25. Juni konnte ihr Anwalt, Bancroft Davis, erklären, daß die Vereinigten Staaten auf jenen Forderungen nicht mehr beständen. Die Arbeiten des Schiedsgerichtes nahmen darauf einen streng juristischen Charakter an; es wurden die Verhältnisse jedes einzelnen südstaatlichen Kapers sorgfältig geprüft und das Maß der Verantwortlichkeit, die England in Bezug auf einen jeden treffe, festgestellt; am 15. September 1872 konnte endlich das ausführliche Urtheil verkündet werden: es sprach mit vier gegen eine Stimme (die des englischen Schiedsrichters Sir A. Cockburn) den Vereinigten Staaten eine Pauschalentschädigung von 15½ Millionen Dollars zu. Das Parlament bewilligte diese Summe natürlich ohne Einrede und damit war die leidige Alabama-Frage denn glücklich aus der Welt geschafft.

Die centralasiatische Politik des Whigministeriums und seine Abmachungen mit dem petersburger Cabinet finden ihre Darstellung besser im Zusammenhange mit den russischen Feldzügen gegen Bokhara und Chiwa. In Ostindien lag die Regirung anfänglich in den Händen Lord Mayos, der am 8. Februar 1872 auf den Andamanen von einem Fanatiker ermordet wurde. Sein Nachfolger Lord Northbrook setzte das Werk, das jener begonnen, in demselben Geiste fort. Mit glänzendem Erfolge bewährte sich die Fürsorge der Regirung während der Hungersnoth, die Indien im Jahre 1873 auf 74 befiel. Obgleich sich dieselbe mehr oder minder über ein Gebiet von 40,000 englischen Quadratmeilen mit 18 Millionen Einwohnern erstreckte, sollen doch nur etwa 30 Menschen Hungers gestorben sein, während dasselbe Schicksal in den Jahren 1866—69 beinahe 1½ Millionen und 1877—78 nicht viel weniger betroffen hat. Es handelte sich darum, einen Ersatz für den Ausfall von etwa 70 Millionen Centner Reis zu schaffen, um welchen Betrag die Ernte hinter dem Durchschnitt zurückgeblieben war. Daß dies im Ganzen und Großen gelang, war zunächst den genauen statistischen Kenntnissen, die in den letzten Jahren gesammelt waren, zu danken; dadurch wurde der Privatspeculation, der die Regirung jede Freiheit verschaffte und die sich jetzt zahlreicher neuer Verkehrsmittel (z. B. eines Eisenbahnnetzes von etwa 11,000 Kilometern) bedienen konnte, der Weg gewiesen; zu

ihrer Ergänzung trat aber die Regirung selbst auch in Thätigkeit, indem sie in kürzester Zeit über 9 Millionen Centner Reis aus Hinterindien und anderen Ländern zuführte und auf mehr als 100,000 Karren in die nothleidenden Districte vertheilte. In ihren Beziehungen zu den westlichen und nördlichen Nachbarstaaten, die als Wall gegen das Vorrücken Rußlands dienen konnten, besonders also zu Afghanistan und Kaschgar, ließ sich die Regirung unablässig von den friedlichsten und wohlwollendsten Grundsätzen lenken, vermochte sich dadurch aber kaum sehr großen Respect zu verschaffen. In Afghanistan lag die Gefahr nahe, daß bei Schir Alis Tode sein ältester Sohn, Jakub Chan, damals schon Statthalter in Herat und als Freund der Russen bekannt, den Thron besteigen werde. Es konnte deshalb für einen Sieg Englands gelten, daß Schir Ali im December 1873 seinen jüngsten Sohn, den elfjährigen Abdullah Chan, zu seinem Nachfolger ernannte. Aber freilich waren die politischen Gesinnungen dieser asiatischen Fürsten so unberechenbar, daß, als Abdullah im Jahre 1878 starb, die englische Presse das fast einmüthig als ein glückliches Ereigniß begrüßte und ihre Hoffnungen auf Jakub Chan setzte. Zu dem Herrscher von Kaschgar begab sich Ende 1873 eine englische Gesandtschaft, die aus 350 Personen, darunter vielen Offizieren, unter Führung des Sir Douglas Forsyth bestand. Die zuvorkommende Aufnahme, welche sie bei Jakub Chan — auch der Fürst von Kaschgar führte diesen Namen — fand, ließ erkennen, daß dieser kriegerische Fürst von seiner jüngsten Hinneigung zu Rußland wieder zurückgekommen war. Auf eine dauernde und zuverlässige Allianz mit dem verschlagenen und kühnen Usurpator durfte man freilich nicht rechnen: er wählte sich seine Bundesgenossen nach den Bedürfnissen des Augenblicks und trug nicht das mindeste Bedenken, wenn es ihm vortheilhaft schien, sofort wieder in das entgegengesetzte Lager überzuschwenken. Sein eigentlicher Feind war und blieb doch China, dem er die Provinzen, welche er beherrschte, entrissen hatte. Ueber die wahren Gesinnungen Englands wie Rußlands konnte er nicht im Unklaren sein. In London betrachtete man seine Macht als ein erträgliches Uebel, wenn sie sich wirklich befestigte: am liebsten aber hätte man doch die Fortdauer der chinesischen Herrschaft in diesen Gegenden, als den stärksten Riegel gegen das Vordringen der Russen, gesehen; in Petersburg dagegen begrüßte man seine Empörung lediglich deshalb mit Freuden, weil man hoffte, daß er der russischen Eroberung dadurch das Feld bereite; ein wirkliches Erstarken seines Regimentes konnte man dort weder wünschen noch zugeben, und hetzte deshalb in Peking zum Kriege, während man ihm selbst gleichzeitig Ermuthigung und selbst Unterstützung angedeihen ließ. Die Einzelheiten dieser Intrigen und Kämpfe ermangeln des allgemeineren Interesses um so mehr, als Jakub Chan 1876 starb, ohne sein Reich gekräftigt zu hinterlassen.

Ein Bruderkrieg unter seinen Söhnen wurde zwar von dem ältesten zu seinen Gunsten beendet, aber die Chinesen hatten inzwischen doch erhebliche Fortschritte gemacht, die im Januar 1878 mit dem völligen Zusammenbruche des Reiches von Kaschgar ihren Abschluß fanden.

In einen blutigen Krieg wurde England an der afrikanischen Goldküste verwickelt. Hier hatte seit alten Zeiten unaufhörliche Feindschaft zwischen dem mächtigen Reiche der Aschantis und den zahlreichen Fanti-Stämmen geherrscht; die ersteren stützten sich dabei auf die Holländer, die letzteren auf die Britten. Beide Mächte hatten eine Anzahl von Forts an der Küste, die sie im Jahre 1867 in der Weise gegenseitig austauschten, daß England alle östlich von dem Süßwasserfluß gelegenen niederländischen Besitzungen erhielt und die Niederlande dafür die westlich davon gelegenen englischen. In der Meinung, durch diese Aenderung die Sicherheit des ganzen Gebietes erheblich befestigt zu haben, verminderten dann die Engländer 1869 ihre Garnisonen, mußten aber bald sehen, daß jene Voraussetzung irrig gewesen sei. Es wurde darauf ein neuer Vertrag mit Holland geschlossen (6. April 1872), der die sämmtlichen Forts in die Hand der Engländer brachte, wogegen diese den Holländern das Protectorat in Sumatra abtraten. Damit war für die Zukunft jedenfalls ein besserer Zustand angebahnt, aber zunächst führte der Aerger der holländisch gesinnten Stämme zu vermehrten Feindseligkeiten und Gewaltthaten und Anfang 1873 zu einem kriegerischen Einbruch der Aschantis in das unter englischem Schutze stehende Gebiet. Den unmittelbaren Anlaß dazu bot das Verlangen Englands, auch das Gebiet des Fürsten von Elmina unter seine Oberhoheit zu nehmen, während dieser, ein alter Verbündeter der Aschantis, und durch Handelsinteressen — da Elmina der Ausfuhrhafen der Aschantis war — eng mit ihnen verknüpft, sich dessen weigerte. Ein Heer von 40,000 seiner Alliirten, geführt von dem Fürsten Amanquatia, kam ihm zu Hülfe und schlug die Fantis und das kleine Häuflein englischer Truppen im Frühjahr 1873 zurück, wodurch der Fürst ermuthigt wurde in seinem Widerstande zu beharren. Die Engländer schossen nun die Stadt Elmina am 13. Juni von ihrem Fort aus in Trümmer und jagten einen Aschanti-Haufen, der zur Hülfe herancilte, in die Flucht; doch blieb das Heer der Feinde den ganzen Sommer über in der nächsten Nähe von Elmina stehen und auch in anderen Theilen des Schutzgebietes hausten die Aschantis. Im October traf dann Sir Garnet Wolseley von England ein, um zur Offensive überzugehen; es entspann sich während der nächsten Wochen ein lebhafter Kampf um einzelne wichtige Dörfer, bis Amanquatia sich zum Rückzuge entschloß, nur schwach verfolgt von den kleinen englischen Abtheilungen, aber durch Krankheiten in seinem Heere und durch die bisherigen Gefechte der Hälfte seiner Krieger beraubt. Fast um dieselbe

Zeit, wo er in der Hauptstadt Kumasi wieder eintraf, erhielt Wolseley durch einige europäische Regimenter die erbetene Verstärkung. Nun rückte er an den Prah, den Grenzfluß, vor und erklärte den Gesandten, welche der König Koffi Kalkalli dorthin schickte, daß er den Frieden in Kumasi dictiren werde. Die Aschantis rüsteten sich darauf zu weiterem Widerstande, gaben aber einige Missionäre, Deutsche und Franzosen, die sie seit mehreren Jahren gefangen hielten, frei und ließen Wolseley sagen, daß sie die Entschädigung, die er fordere, entrichten würden. Dadurch getäuscht, befahl der General seinen Truppen, nur dann Feindseligkeiten auszuüben, wenn sie angegriffen würden, wodurch Amanquatia Zeit erhielt ein neues ansehnliches Heer zu sammeln, und einige Meilen südlich von Kumasi den 3000 Engländern mit siebenfacher Uebermacht entgegen zu treten. Dank ihrer besseren Führung und Bewaffnung errangen diese aber doch am 31. Januar den Sieg in einem schweren Gefechte bei Egginasi und schlugen den Feind, bei dem sich diesmal der König selbst befand, am 3. Februar noch einmal. Andern Tags konnten sie in Kumasi einziehen. Kalkalli aber weigerte sich, von seinem benachbarten Landsitz, auf den er sich geflüchtet, in die Stadt zu kommen oder auch nur einen Vertrag zu unterzeichnen, und da Wolseley die Lebensmittel ausgingen, mußte der Rückweg angetreten werden, ohne daß Frieden geschlossen war: die Stadt wurde den Flammen übergeben. Allein wenige Tage später sah sich der König doch zum Einlenken veranlaßt; auf einem anderen Wege, von Osten her, drang nämlich Capitän Glover gegen Kumasi vor und brachte den König zur Unterwerfung. Er entsagte allen Ansprüchen an Elmina und das ganze englische Schutzgebiet, und versprach 50,000 Unzen Goldes zu zahlen sowie auch die Menschenopfer abzuschaffen, wogegen die Engländer ihm freien Verkehr mit der Küste und die Anlegung einer 15 Fuß breiten Handelsstraße von Cape Coast Castle nach dem Prah zusicherten: Anfang März 1874 trafen die siegreichen englischen Truppen wieder in der europäischen Heimat ein.

In Australien befestigte England seine Machtstellung durch die Annexion der Fidschi-Inseln. Erst seit 1835 von Missionären besucht und dann allmälig von Weißen aus Australien und Amerika colonisirt, hatte dieser Archipel seitdem nicht zu Frieden und Wohlstand gelangen können, da sich theils die Häuptlinge unter einander befehdeten, theils die weißen Ansiedler mit den beiden mächtigsten Fürsten in Mißhelligkeiten lebten. Zu wiederholten Malen war bereits früher an England, die Vereinigten Staaten, 1871 auch an Deutschland die Aufforderung ergangen, die Schutzherrschaft zu übernehmen, aber stets war sie abgelehnt. Der Versuch, ein parlamentarisches Regiment zu begründen, hatte auch keinen besseren Erfolg; vielmehr lebte auch dieses Parlament in beständigem Streite mit Kakobau, dem Oberhäuptling,

und seinen beiden europäischen Ministern. Diese wirthschafteten in der That so toll mit den Einkünften der Inseln, daß sich in wenigen Jahren eine ansehnliche Staatsschuld aufhäufte und neue dringende Gesuche um Annexion nach England abgingen. Darauf hin entschloß sich denn das Ministerium Gladstone, die Lage durch einen Specialcommissar untersuchen zu lassen, und da dessen Bericht empfehlend ausfiel, wurde die Annexion beschlossen und am 23. September 1874 von Sir Herkules Robinson, dem Gouvernör von Neu-Südwales, vollzogen.

Um diese Zeit war aber das Whigministerium bereits nicht mehr am Ruder, und wie die Früchte des Ashantikrieges, so kam auch dieser kleine und doch nicht unwichtige Erwerb den Tories mehr als den Whigs zu Gute, während die letzteren doch gerade wegen ihrer unfruchtbaren und kraftlosen auswärtigen Politik von ihren Gegnern vorzugsweise verunglimpft waren. Auch mit ihren Maßregeln im Innern hatten sie allerdings wenig Glück; aber es war doch sehr fraglich, ob die Schuld dabei, wie die Tories behaupteten, daran lag, daß sie zu viel und zu eifrig reformiren wollten, oder vielmehr, wie die Radicalen meinten, daran, daß sie zu wenig Energie und Consequenz bei ihren Vorschlägen bethätigten. Auf alle Fälle stand es fest, daß sie mehr und mehr zwischen zwei Stühle geriethen. Von dem vollen Vertrauen des Landes war das Gladstonesche Cabinet schon zu Anfang des Jahres 1871 nicht mehr getragen. Der Austritt John Brights entfremdete ihm vollends die Sympathien der unabhängigen Liberalen, obgleich die unmittelbare Ursache jenes Schrittes Gesundheitsrücksichten waren. Indem am 6. Januar 1871 an die Stelle des scheidenden Ministers Chichester Fortescue, an dessen Stelle in dem Secretariat für Irland der Marquis von Hartington trat und ein paar Wochen später Göschen das Marineministerium übernahm, war das Cabinet wieder rein whiggistisch geworden und gegen manche seiner Mitglieder wie Lowe, Bruce, Ayrton, ja selbst Gladstone wurde eine wachsende Opposition bemerklich. Obendrein ließ sich nun die Regirung durch die Tories zu dem Entschlusse drängen eine Reform des Heerwesens in die Hand zu nehmen, die bei der eigenen Partei keineswegs populär war. Die von dem Kriegsminister Cardwell im Februar 1871 eingebrachte Bill bezweckte vornehmlich die Abschaffung des Stellenkaufs in der Armee, und nahm für die Entschädigung der Offiziere, denen ihre Patente nach und nach vom Staate abgekauft werden sollten, eine Summe von 150 bis 170 Millionen Mark in Aussicht. Außerdem wurde für die stehende Armee, die Milizen und die Freiwilligen eine engere Verbindung vorgeschlagen und dadurch eine scheinbar sehr imponirende Truppenmacht von 470,000 Mann geschaffen, die für lediglich defensive Verwendung auch wirklich genügen mochte. Die Hauptopposition richtete sich aber gegen die Abschaffung des Stellenkaufes, über die es

bei der zweiten Lesung im März 1871 zu einer ausführlichen Debatte im Unterhause kam. Da jedoch die einflußreichsten Führer der Tories, besonders Disraeli selbst, die Beseitigung jenes Mißbrauchs für eben so dringlich hielten wie die Regirung, so wurde der Gegenantrag des Obersten Loyd-Lindsay mit großer Mehrheit abgelehnt und die zweite Lesung genehmigt. Bei der dritten Lesung aber waren die Gegner von Neuem am Platze und entwickelten in der Bekämpfung jedes einzelnen Paragraphen eine so beispiellose Zähigkeit, daß ihre Absicht, das Gesetz durch Zeitverbrauch scheitern zu machen, unverkennbar war. Gladstone trat diesem Plane endlich dadurch entgegen, daß er die Bill bis auf die Bestimmungen über den Stellenkauf und einige andere Punkte zurückzog. Sofort erklärte nun Disraeli, eine so verstümmelte Vorlage habe gar keinen Werth mehr und er werde dagegen stimmen; Gladstone aber erwiderte, das Cabinet sei entschlossen, den Stellenkauf in jedem Falle zu beseitigen: lehne das Haus die Vorlage ab, so gebe es einen anderen Weg, den der königlichen Verordnung, der nicht nur die ungesetzlich hohen Preise, die unter Mißachtung der alten Taxen gezahlt zu werden pflegten, treffen, sondern durch Aufhebung dieser Taxen thatsächlich der ganzen Institution den Todesstoß geben konnte. Bei der Abstimmung am 3. Juli 1871 behauptete die Regirung mit 289 gegen 231 Stimmen das Feld, allein wenige Tage später nahm das Oberhaus einen Antrag des Herzogs von Richmond an, der die Zustimmung zu einer so verstümmelten Bill versagte: an die Ausführung der Gladstone'schen Drohung schienen die Peers nicht zu glauben, obgleich Lord Derby, der sich in dieser Frage überhaupt von seiner Partei trennte, ihnen vorhielt, daß, wenn nicht eine bloße königliche Verordnung, jedenfalls eine Resolution des Unterhauses dem bestehenden Unfug ein Ende machen könne. Das Ministerium zögerte nun nicht, seine Ankündigung wahr zu machen: am 20. Juli 1871 erschien die Verordnung, welche den Stellenkauf verbot. Sollten nun die zeitigen Inhaber nicht ohne Entschädigung ihres Kaufpreises verlustig gehen, was die Lords am wenigsten wünschten, so mußte das Oberhaus nachgeben, und das that es denn auch, indem es am 31. Juli zugleich mit einem Tadelsvotum die Bill annahm. Die Regirung hatte gesiegt, aber recht freuen konnte sie sich dieses Sieges nicht. Es war ein bedenkliches Beispiel, das sie gegeben hatte, indem sie die königliche Prärogative benutzte, um die Lords zu zwingen. Nicht die Tories allein, sondern fast mehr noch die unabhängigen Liberalen waren über dieses Verfahren sehr ungehalten, und die Haltung der Presse gestattete keinen Zweifel daran, daß diese Unzufriedenheit im Lande sehr weite Verbreitung hatte.

Nicht viel glücklicher war das Cabinet mit der Wahlreformbill, die Forster, der Präsident des Geheimen Rathes, einbrachte. Sie

schaffte die Vorwahl durch Händeschau ab, sicherte durch strenge Bestimmungen das Geheimniß der Wahl und übertrug die Kosten des eigentlichen Wahlactes von den Candidaten auf die Gemeinden. Das Unterhaus nahm die Vorlage unter Ausscheidung des letzten Punktes nach langen Verhandlungen an, aber von den Lords ward sie am 11. August 1871 verworfen. Erst in der folgenden Session gelang es, das Gesetz wenigstens in jener verkürzten Gestalt auch im Oberhause durchzubringen, ohne daß dieser Erfolg dem Ministerium erhebliche Stärkung gebracht hätte.

Zu sehr schwierigen Verhandlungen führten wiederholt die Verhältnisse in Irland. Auf die mehr persönlich gefärbten Debatten, zu denen das energische Auftreten des Richters Keogh gegen die priesterlichen Wahleinmischungen, und der Conflict des Priesters O'Keeffe mit dem Cardinal Cullen Anlaß gab, brauchen wir nicht einzugehen, so lebhaft sie auch das Tagesinteresse erregten. Wohl aber verdienen zwei Gesetzesvorlagen, welche die Regirung machte, eingehenderer Erwähnung. Obgleich die Ruhe auf der Insel im Ganzen nicht gestört wurde, herrschte doch in einzelnen Grafschaften ein Zustand der größten Unsicherheit, der durch den Geheimbund der Ribbon Men (der Bandmänner) verschuldet wurde. Gladstone beantragte in Folge dessen die Niedersetzung eines Ausschusses, der die besten Mittel zur Abhülfe vorschlagen sollte, und brachte dann auf Grund dieser Berathungen Ende April 1871 die sog. irische Zwangsbill ein. Obgleich den Tories diese Maßregel, die wesentlich nur in der Suspension der Habeas-Corpus-Acte für die betreffenden Grafschaften bestand, sehr ungenügend däuchte, nahm das Oberhaus sie doch mit geringer Aenderung an und auch im Unterhause war trotz der Opposition, die von dem linken Flügel der irischen Brigade gemacht wurde, eine glänzende Mehrheit für die Vorlage gesichert. Ganz anders lag die Sache mit der irischen Universitätsbill, die 1872 unerledigt blieb, und in der folgenden Session die Stellung des Ministeriums sehr erschütterte. Gladstones Absicht war, den berechtigten Klagen der Katholiken und Presbyterianer darüber, daß die Universitätsbildung in Irland fast ganz von dem anglicanischen Trinity College und der damit eng verknüpften dubliner Universität abhänge, entgegen zu kommen; er schlug deshalb vor, die genannte Universität selbständig zu machen und die dazu erforderlichen Mittel aus den reichen Fonds des Trinity College zu nehmen; von den Lehrgegenständen schloß er Theologie, Philosophie und neue Geschichte aus, um dem Streite der Confessionen die Nahrung zu entziehen. Mit einer solchen verwaschenen Vorlage war aber Niemandem gedient; Trinity College protestirte kaum eifriger dagegen, als die katholischen Bischöfe; die unabhängigen Liberalen, fast sämmtliche Irländer und vor Allem natürlich die Tories erklärten sich gegen die Vorlage; offen wurde an=

gekündigt, daß die Gelegenheit zum Sturze des Ministeriums benutzt werden solle. Und wirklich unterlag Gladstone in der entscheidenden Abstimmung am 12. März 1873 mit 284 gegen 287 Stimmen und reichte darauf sofort der Königin seine Entlassung ein. Diese berief dem Brauche gemäß Disraeli zu sich und forderte ihn zur Bildung einer neuen Verwaltung auf, erklärte sich auch ohne Schwierigkeit bereit, wenn er es verlange, die Auflösung des Parlamentes zu genehmigen. Der Führer der Opposition aber lehnte in Uebereinstimmung mit seinen Freunden Derby, Cairns und Carnarvon beides ab und meinte, Gladstones Rücktritt sei nicht genügend motivirt, worauf die Königin die bisherigen Minister ersuchte, im Amte zu bleiben. Es lag auf der Hand, daß die Tories sich ihres Sieges bei Neuwahlen noch nicht sicher fühlten und daß sie darauf rechneten, die Whigs würden sich bei längerem Regimente noch mehr compromittiren, eine Zuversicht, die sich als durchaus zutreffend erweisen sollte.

Zunächst freilich schien sich das Ministerium neu befestigen zu wollen; so brachte es glücklich die Bill durch, welche das Gerichtsverfahren vereinfachen und einen höchsten Gerichtshof einführen sollte; die Befugniß des letzteren auf irische und schottische Rechtssachen auszudehnen unterließ man, weil für diesen Fall die Tories des Oberhauses mit Ablehnung drohten. Auch in der irischen Universitätsfrage wurde wenigstens ein kleiner Fortschritt gemacht, indem aus einer viel weiter gehenden Bill Fawcetts der Abschnitt angenommen wurde, der die Leistung der Eide aufhob, durch welche die dubliner Universität den Katholiken verschlossen war. Von großer Bedeutung schien für die Kräftigung des Ministeriums eine partielle Umgestaltung zu sein, die bald nach Schluß der Session vor sich ging. Bright trat als Kanzler für Lancashire wieder in das Cabinet ein; unbeliebte oder wenig brauchbare Mitglieder, wie Ayrton, Childers, der Marquis von Ripon, traten aus, Lowe übernahm das Staatssecretariat des Innern und Gladstone selbst an seiner Stelle die Finanzen. Letzteres war besonders wichtig, da Lowes Verwaltung viel Unzufriedenheit erregt hatte. In dem Budgetentwurfe für 1872 hatte er ein Deficit von über 50 Millionen Mark veranschlagt und zur Deckung eine Umänderung der Erbschaftssteuer, eine Erhöhung der Einkommensteuer und eine Steuer auf Zündhölzer empfohlen. Die letztere wurde aber schleunigst zurückgezogen, als man des allgemeinen Unwillens, der sich unter Anderem in einem tumultuösen Aufzug von 10,000 Arbeitern kund gab, gewahr wurde; auch gegen den Plan der Erbschaftssteuerregulirung erhob sich eine gewaltige Opposition und schließlich blieb von dem ganzen Project nur die Einkommensteuer über, die um zwei Pence per Pfund erhöht wurde. Hinterdrein erwies sich das denn als ganz überflüssig, da das Budget mit einem Ueberschuß von beinahe 80 Millionen Mark abschloß, so daß

Lowe für das nächste Budget nicht allein auf den bewilligten Steuerzuschlag verzichten, sondern verschiedene andere Ermäßigungen beantragen konnte. Seiner Popularität wurde aber dadurch nicht wieder aufgeholfen, und der Eintritt Gladstones in das Schatzamt war deshalb ein unzweifelhafter Gewinn für das Cabinet.

Trotzdem zeigte fast jede Nachwahl, die vorzunehmen war, daß die conservative Strömung im Lande beharrlich wuchs. Einen großen Antheil daran maß man dem Einfluß der Schankwirthe und Bierbrauer zu, die durch eine Bill zur Beschränkung ihrer Privilegien vor den Kopf gestoßen waren. Vielleicht noch wirksamer war aber das Treiben der Radicalen, die in den letzten Jahren mit einer Heftigkeit, die den loyalen Engländer sehr verdroß, für die Republik zu agitiren und bei Geldbewilligungen für die königlichen Kinder gewaltigen Lärm zu erheben begonnen hatten. Wenn die Odger und Bradlaugh Meetings abhielten, um aus Anlaß der Dotation des Prinzen Arthur gegen solche „Beraubung der producirenden Arbeiter zu Gunsten privilegirter Nichtsthuer" zu protestiren, oder wenn gar im Unterhause selbst Taylor gegen die Aussteuer für die Prinzessin Luise sprach, weil dieselbe einen Unterthan, den Marquis von Lorne, heirate und deshalb jeder Grund für eine Ausstattung wegfalle, wenn gar Sir Charles Dilke innerhalb und außerhalb des Parlaments sich als Republikaner aufspielte und ein Comité zur Untersuchung der Civilliste eingesetzt wissen wollte, so begnügte sich die öffentliche Meinung nicht mit der Genugthuung, daß solche Anträge regelmäßig in der lächerlichsten Minorität blieben, sondern sie wendete sich instinctiv den Tories zu, die durch keinerlei Rücksichten für die Radicalen gebunden waren. Von der Stärke der Loyalität, die im Volke herrschte, hatte die Theilnahme an der gefährlichen Erkrankung, welche den doch keineswegs beliebten Prinzen von Wales befallen hatte, noch im Winter 1871—1872 redendes Zeugniß gegeben.

Mit ziemlich großer Bestimmtheit konnte man darauf rechnen, daß die regelmäßigen Neuwahlen zum Parlamente, die im Herbst 1874 statt finden mußten, die Tories ans Ruder bringen würden. Um so überraschender war es für alle Welt, daß Gladstone sich urplötzlich entschloß, diesen Zeitpunkt zu beschleunigen und am 24. Januar 1874 die Auflösung des Unterhauses von der Königin genehmigen zu lassen. Dem etwas beklommenen Schreiben an seine Wähler in Greenwich, durch das er von Neuem um ihre Stimmen bat, setzte Disraeli eine siegesgewisse Ansprache an die Wähler von Buckinghamshire entgegen. Seine Anklagen gegen Gladstone gipfelten in dem Schlagworte, daß der Führer der Whigs besser gethan hätte, ein wenig mehr Energie in der äußeren, und ein bischen weniger in der inneren Politik zu entfalten. Ohne vielleicht selbst mit 'all den radicalen Vorschlägen einverstanden zu sein, dulde er doch, daß aus der Mitte seiner Anhänger einige das

Königthum, andere das Oberhaus angriffen, während wieder andere die Regirung Irlands dem Parlamente entziehen möchten oder den Einfluß der Kirche in Staat und Schule bekämpften: die Sache der bürgerlichen und der religiösen Freiheit erheische den Sieg der Tories. Obgleich diese Tiraden zum Theil in handgreiflichem Widerspruch mit den gleichzeitigen Sympathiemeetings für den deutschen Culturkampf standen, so schlugen sie dennoch durch: der Ausfall der Wahlen vom 31. Januar brachte 351 Conservative, 242 Liberale und 60 irische Homerulers in das Unterhaus und versetzte Gladstone in die Nothwendigkeit, der Königin seine Entlassung anzubieten. Er wartete damit nicht bis zum Zusammentritt des Parlaments, der auf den 5. März anberaumt war, sondern räumte den Platz, sobald das Ergebniß der Wahlen constatirt war. Am 16. Februar 1874 wurde Disraeli von der Königin ersucht, eine neue Verwaltung zu bilden, und fünf Tage später leisteten die neuen Minister der Königin den Eid der Treue.

2. Das Ministerium Disraeli.

Die hervorragendsten Mitglieder des Tory-Cabinets waren der Lordkanzler Cairns, Lord Derby für das Aeußere, Stafford-Northcote für das Innere und die Finanzen, Salisbury für Indien, Carnarvon für die Colonien, Hunt für die Marine, Gathorne Hardy für den Krieg, ferner Malmesbury, Richmond und Manners. Von der energischeren Politik nach außen wurde zunächst wenig sichtbar, vielmehr verharrten die Tories in den Bahnen, welche die Whigs eingeschlagen hatten. Zumal Rußland gegenüber, das doch in erster Linie in Betracht kam, war von einer Erkaltung nichts zu bemerken. Durch die Vermählung des Herzogs von Edinburg mit der Großfürstin Marie, einer Tochter des Zaren, waren im Januar 1874 die persönlichen Beziehungen zwischen den beiden Höfen vertraulicher geworden, und als im Mai Alexander II. einen achttägigen Besuch in England abstattete, fand er die freundlichste Aufnahme. Als einen Act der Höflichkeit mochte man es betrachten, daß Großbritannien nach einigem Zaudern einwilligte, die Conferenz zu beschicken, welche auf Anregung Rußlands am 27. Juli 1874 in Brüssel zusammentrat, um eine Verständigung über eine Anzahl wichtiger Punkte des Kriegsrechts herbeizuführen. Aus den vierwöchentlichen Berathungen ergab sich aber mit völliger Klarheit, daß in den bedeutendsten Fragen, die angeregt wurden, die Interessen der Staaten mit großen stehenden Heeren durchaus von denen der übrigen, zu welchen vor allen England gehörte, abwichen. Man ging deshalb nach Unterzeichnung eines Schlußprotokolls unverrichteter Dinge auseinander, und als der Zar einige Monate später die Wiederauf-

nahme der Verhandlungen anregte, lehnte Lord Derby das am 20. Januar 1875 unbedingt ab, da die Wirkung einer Uebereinkunft, wenn solche überhaupt erzielt werde, nur die sein würde, Angriffskriege zu erleichtern und den patriotischen Widerstand eines angegriffenen Volkes lahm zu legen. So unangenehm diese Ablehnung auch für Rußland war, so beeinflußte sie doch äußerlich die Beziehungen der beiden Cabinette nicht weiter; ja im Mai 1875, als eine ernstliche Trübung des Verhältnisses zwischen Frankreich und Deutschland eingetreten zu sein schien und der Herzog von Decazes die guten Dienste Englands in Anspruch nahm (Bd. I, 98), wandte sich Derby seinerseits wieder nach Petersburg, um dort für die Vorstellungen, die er in Berlin machen wollte, Unterstützung zu suchen. In den parlamentarischen Debatten, zu denen diese Vorgänge führten, versicherte er dann natürlich, daß er mit der vollsten Unbefangenheit vorgegangen sei, daß er nicht die mindeste Verbindlichkeit für die Zukunft übernommen habe, und daß nach seiner Meinung die Politik der Nichteinmischung in continentale Angelegenheiten wie bisher so auch fernerhin befolgt werden müsse; aber er fügte doch auch hinzu, daß daraus weder die Isolirung Englands noch seine Gleichgültigkeit gegenüber der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens gefolgert werden dürfe, und die Times commentirten diese Worte in echt disraelischer Weise dahin, daß Großbritannien, der Flickereien an der inneren Gesetzgebung müde, die Angelegenheiten Frankreichs zur Zeit interessanter finde, als die heimischen, und daß sehr leicht das auswärtige Amt bald wieder das bedeutendste Departement der Regirung werden könne.

Diese Prophezeiung ging denn auch in Erfüllung, freilich auf andere Weise, als der Prophet gemeint hatte. Wenige Wochen später liefen die ersten Nachrichten von dem Aufstande in der Herzegowina ein, der bestimmt war, die orientalische Frage wieder in den Vordergrund der großen Politik zu rücken. Die Rolle, welche das Torycabinet in diesen Verwicklungen spielte, kann aber nicht an dieser Stelle geschildert, sondern nur in dem Zusammenhange des ganzen Dramas verstanden werden. Nur der indischen Politik, die von der Gefahr eines Zusammenstoßes mit Rußland natürlich stark beeinflußt werden mußte, gedenken wir schon hier. Das erste Symptom der gesteigerten Regsamkeit, welche die Regirung in dieser Richtung zu zeigen begann, war ihr Entschluß, den Prinzen von Wales eine Reise nach Indien machen zu lassen. Disraeli kündigte das am 8. Juli 1875 im Unterhause an, und die beträchtlichen Geldmittel, die er forderte, — sie beliefen sich mit der Beisteuer des indischen Budgets auf etwa 3 Mill. Mark — ließen erkennen, daß es darauf abgesehen war, den Eingeborenen durch die Entfaltung orientalischen Pompes zu imponiren. Am 11. October 1875 reiste der Prinz ab, traf am 8. November in Bombay ein und

langte nach achtmonatlicher Abwesenheit im Mai 1876 wieder in England an. Ohne den sehr befriedigenden Erfolg dieser Reise abzuwarten, hatte das Cabinet inzwischen andere wichtige Maßregeln ergriffen. Durch den Ankauf der Suez-Canal-Actien sicherte es sich im November 1875 den maßgebenden Einfluß auf die wichtigste Verbindungslinie mit England; der Ankauf der Stadt Mohammereh am persischen Golfe ließ darauf schließen, daß auch das alte Project der Euphrat-Bahn wieder in Betracht gezogen werde. Befremdlicher erschien es auf den ersten Blick und erwies sich in der That als ein Beschluß von großer Tragweite, daß die Thronrede vom 8. Februar 1876 ankündigte, die Königin wünsche für ihre indischen Besitzungen einen besonderen Titel anzunehmen. Welchen? verrieth der Premier auch dann noch nicht, als er die erforderliche Bill einbrachte; er bezeichnete die Wahl als ein Vorrecht der Königin, das ihr von dem Parlamente nicht verkümmert werden dürfe; gleichwohl war es ein öffentliches Geheimniß, daß es sich um den Kaisertitel handle. Erst als das Unterhaus nach heftigen Debatten unter lebhaftem Widerstande der Opposition die Bill am 16. März zur zweiten Lesung zugelassen hatte, gestand Disraeli das auch officiell ein, fügte jedoch ein paar Tage später beschwichtigend hinzu, daß dieser Titel in englischen Angelegenheiten nicht gebraucht werden solle. Dennoch äußerte sich die öffentliche Meinung in merkwürdig erregter Weise gegen das Project; mehrere Wochen hindurch waren die Protestmeetings in den größeren Städten an der Tagesordnung; im Oberhause beantragte gar Lord Shaftesbury, allerdings ohne Erfolg, am 3. April eine Adresse, um die Königin zu bitten, daß sie einen mit der Geschichte und den Gefühlen ihrer Unterthanen besser stimmenden Titel wählen möge. Nachdem die Bill in beiden Häusern angenommen war, verkündete eine königliche Proclamation vom 28. April 1876 die Annahme des Kaisertitels und nahm von der Anwendung desselben nur diejenigen Fälle aus, deren Rechtsgültigkeit sich lediglich auf das Vereinigte Königreich erstrecke. Unzufrieden mit dieser Clausel beantragten die Whigs im Unterhause am 11. Mai ein förmliches Tadelsvotum gegen die Regirung, blieben aber mit 226 gegen 334 Stimmen in der Minderheit; die Königin gab dem Premierminister ihre Dankbarkeit durch seine Erhebung zum Earl of Beaconsfield zu erkennen. In Indien wurde die Proclamation des Kaisertitels mit ungeheurem Pompe vollzogen und um die Vorbereitungen gehörig treffen zu können, bis auf den 1. Januar 1877 verschoben, wo sie der Vicekönig Lord Lytton in einer glänzenden Versammlung von Fürsten und Würdenträgern zu Delhi gleichzeitig mit der Stiftung eines „Indischen Reichsordens" verkündete. Ein böses Nachspiel zu diesen kostspieligen Festlichkeiten war es, daß bald darauf eine furchtbare Hungersnoth ausbrach, der vorzubeugen oder abzuhelfen der Regirung keineswegs wie

drei Jahre früher gelang, obwohl sie es sicher nicht an Eifer und Umsicht fehlen ließ. Wurden doch Anfang September nicht weniger als drei Millionen Menschen vollständig vom Staate unterhalten, der weitaus größere Theil sogar ohne jede Gegenleistung, während die übrigen bei öffentlichen Arbeiten beschäftigt wurden. Aber das Gebiet, über welches sich die Hungersnoth erstreckte, war zu ungeheuer, als daß man rechtzeitig mit der nothwendigen Hülfe überall hin hätte vordringen können; und so mußte man denn am Ende der fürchterlichen Heimsuchung eingestehen, daß die Zahl der Verhungerten auf etwa 1,350,000 zu schätzen sei.

Die Ernennung des eben erwähnten Lord Lytton zum Vicekönig an Lord Northbrooks Statt war auch ein Glied in der Kette der Maßregeln, welche das Toryministerium für Indien ergriff. Die glanzvolle Rundreise des Prinzen von Wales und die pomphafte Proclamation der Imperatrix Indiae mochten geeignet gewesen sein, die Gutgesinnten zu erfreuen und den Gleichgültigen zu imponiren: für die Mißtrauischen und Abgeneigten unter den indischen Fürsten waren es ernste Verdachtsmomente, und die auffälligen Zeichen, in denen sich ihre Unzufriedenheit verrieth, zwangen den Vicekönig bald zu Repressivmaßregeln, wie zu der Einführung der Censur und der strengen Weisung an die Radschahs, ihre Truppen so weit zu entlassen, wie sie nicht nöthig seien, die Ordnung im Inneren aufrecht zu erhalten: die Verteidigung nach außen, so wurde mit scharfen Worten hinzugefügt, werde die Regirung selbst besorgen.

Aber auch diese Verteidigung nach außen nahm, dem Charakter der neuen Politik entsprechend, sogleich eine offensive Färbung an. Zuerst mischte sich Lord Lytton, schon im December 1876, in die wirren Verhältnisse Beludschistans. Er lud die Häuptlinge der Beludschenstämme zu einer Zusammenkunft, erkannte englischerseits die Suprematie des Chans von Khelat an, versprach diesem Unterstützung und schickte einen Offizier mit militärischer Escorte an seinen Hof. Daraus ergab sich als nothwendige Folge, daß man die Verbindung mit Khelat sichern mußte: Oberst Sandeman besetzte den Bolan-Paß und das am jenseitigen Ausgang gelegene Quetta. Diese neue militärische Stellung aber war, und sollte wohl auch sein, eine offenbare Bedrohung Afghanistans. Schon seit längerer Zeit hatte das Verhältniß zu dem Emir Schir Ali ziemlich unfreundliche Formen angenommen: man warf ihm vor, daß er die Beraubung englischer Waarenzüge durch die Gebirgsstämme zulasse oder gar befördere; man hatte Kunde, daß russische Agenten an seinem Hofe erschienen und freundlich empfangen wurden; einen englischen Residenten in seiner Umgebung zu dulden, war er auf keine Weise zu bereden, und als der Sultan etwas später, beim Ausbruch des türkischen Krieges, ihn aufforderte, sich gegen Ruß-

land zu wenden, lehnte er das ab, weil der Zar sein Freund sei. Angesichts der unverkennbaren Gefahr, mit der das beständige Vorrücken der Russen in Centralasien die Afghanen bedrohte, angesichts des Schicksals, das es den benachbarten Chanaten im Norden schon bereitet hatte, war diese Politik Schir Alis unverständlich, wenn sie nicht von der Voraussetzung ausging, daß die von Indien her seiner Herrschaft drohende Gefahr noch größer sei. Zu dieser Voraussetzung aber war er durch die Maßregeln Lord Lyttons vollauf berechtigt, und die Besetzung von Quetta mußte ihm die letzten Zweifel rauben; denn die Engländer waren dadurch in den Besitz einer Straße gekommen, die sie jeder Zeit in seinen Rücken, nach Kandahar, führen konnte. Damit noch nicht genug, stellte nun aber der Vicekönig gar ein förmliches Programm auf, das die bisherige Politik der „meisterhaften Unthätigkeit" einfach umstieß. Aus Naini Tal, seiner Sommerresidenz am mittleren Himalaya, richtete er am 22. April 1877 ein Memoire an den Minister für Indien, Lord Salisbury, in dem er eine ganz neue Grenzpolitik empfahl. Da das Cabinet ihm, durch eine Note Salisburys vom 11. November, zustimmte, wurde das Land am rechten Indus-Ufer zu einer eigenen Provinz umgestaltet, die den Namen Nordwestgrenze und eine centralisirte Militär- und Civilverwaltung erhielt. Ein neues Regime begann, das sich sofort in kleinen Kriegen mit den Afridis, Dschowakis und anderen Afghanenstämmen zu erkennen gab. Wie des Bolan-Passes im Süden, so bemächtigten sich englische Truppen jetzt des Passes von Kohat im Norden. Schir Ali hätte blind sein müssen, wenn er nicht erkannt hätte, daß alle Vorkehrungen dahin zielten, einem englischen Heere den Einmarsch in Afghanistan zu sichern. Natürlich unterstützte er nun unter der Hand seine Landsleute, die obengenannten Stämme, und ließ sich in immer vertrautere Beziehungen mit Rußland ein, aus denen dann ein ernster Conflict mit England nach und nach mit Nothwendigkeit erwachsen mußte.

An sonstigen Verwicklungen, die mit der orientalischen Frage in keinem Zusammenhange standen, fehlte es auch in dem übrigen Asien nicht. Eine Expedition, die den Landweg durch Birma nach dem südlichen China erforschen sollte, war verrätherischer Weise im Februar 1875 überfallen und eines ihrer Mitglieder, der Dolmetscher Margary, ermordet worden. Es kostete viele Mühe, bis die chinesische Regirung sich dazu bereit finden ließ, die verlangte Genugthuung zu leisten, und auch die an Birma gestellte Forderung, einer neuen bewaffneten englischen Expedition den Durchzug zu gestatten, mußte durch eine sehr energische Sprache erzwungen werden. Zu wirklichen Feindseligkeiten kam es in Perak auf der Straße von Malakka, wo der englische Resident Birch im November 1875 ermordet war; einigen englischen Kriegsschiffen gelang es auch hier schnell, die Widersetzlichen zur Ruhe zu bringen.

In Afrika hatte schon das Ministerium Gladstone den Sultan von Zanzibar 1872 gezwungen, mit einem außerordentlichen Bevollmächtigten, Sir Bartle Frère, einen Vertrag zur Unterdrückung des Sklavenhandels zu schließen. Ein ähnliches Abkommen wurde 1877 mit dem ägyptischen Khedive und dem Sultan von Dahomey getroffen. In befremdendem Gegensatz zu dieser humanen Politik stand es, daß die Admiralität 1876 flüchtigen Sklaven die Aufnahme auf englischen Kriegsschiffen verweigerte. Die Opposition griff deshalb die Regirung an, und wenn ihre Forderung, daß der fragliche Erlaß zurückgenommen werde, auch am 24. Februar 1876 im Unterhause mit etwa 40 Stimmen Mehrheit abgelehnt wurde, so kam die Regirung diesem Verlangen doch einige Monate später aus freien Stücken nach. Eine eigenthümliche Agitation regte sich in den südafrikanischen Colonien Englands. Hier hatte das Capland seit 1854 ein eigenes Parlament, dem aber die Regirung der Colonie nicht verantwortlich war. Auf Andringen der westlichen Districte, die das Parlament beherrschten, war jedoch die Verantwortlichkeit 1872 eingeführt worden, obgleich der Osten sich dagegen sträubte, weil er bei der Regirung Schutz gegen das Parlament zu finden gewohnt war. Zum Ersatz dafür, und um sich nicht vom Westen ausbeuten zu lassen, verlangte er nun die Theilung des Caplandes und die Begründung einer südafrikanischen Conföderation, und der Minister für die Colonien, Lord Carnarvon, begünstigte diesen Plan. Er entsandte zu dem Zwecke den Geschichtsschreiber Froude nach der Capstadt, um den Widerstand des Westens durch Ueberredung zu brechen; als das aber mißlang, wurde der Plan Ende 1875 aufgegeben. Aber nur, um in veränderter Gestalt bald wieder aufgenommen zu werden. Unruhen in der Transvaal-Republik, an denen englischer Einfluß nicht unschuldig sein sollte, führten zu dem Entschlusse diese zu annectiren. Ohne sich um den Protest des Präsidenten Burgers und des Volksrathes zu kümmern, erklärte ein außerordentlicher Gesandter Englands, Sir Theophilus Shepstone, am 12. April 1877 in der Hauptstadt Pretoria die Annexion für vollzogen und das englische Parlament genehmigte darauf eine Bill, nach welcher das Capland, Natal, die Orange- und die Transvaal-Republik zu einer südafrikanischen Conföderation verschmolzen wurden. Von einem Widerstande der unfreiwillig Annectirten konnte nicht die Rede sein; dagegen begannen die unabhängigen Kaffern Ende 1877 Feindseligkeiten, die noch nicht unterdrückt sind und erhebliche Truppensendungen aus dem Mutterlande erforderlich machten.

In der inneren Politik entwickelte das Ministerium Disraeli, wie zu erwarten stand, nur wenig Energie. Von dem großen europäischen Feldzuge gegen die Uebergriffe des Ultramontanismus hielt es sich ziemlich fern, obgleich die Begründung der katholischen Universität

Kensington durch den Cardinal Manning, die Conversionen hervorragender Aristokraten wie des Lord Bute oder des Herzogs von Northumberland und des Marquis von Ripon, die Demonstrationen bei der Oconnel Feier im August 1875 und die katholisirenden Tendenzen der sog. Ritualisten, die unermüdlich ihre römischen Bräuche in die anglicanische Kirche einzuführen trachteten, die öffentliche Meinung lebhaft erregten, wie aus den Sympathiemeetings für den deutschen Culturkampf und aus Gladstones heftigen Angriffen auf den Vaticanismus deutlich hervorging. Ganz ohne Folge blieben alle diese Vorgänge nicht. So wurde schon im Sommer 1874 der halbofficielle Vertreter, den England bei der Curie zu bestellen pflegte, abgerufen, und gegen die Ritualisten auf Antrag des Erzbischofs von Canterbury eine Disciplinarbill beschlossen, die auch vom Unterhause im Juli fast einstimmig angenommen wurde, obgleich Gladstone sein früheres Liebäugeln mit der ritualistischen Bewegung bei dieser Gelegenheit noch einmal wieder zur Schau trug. Daß mit dieser Maßregel übrigens nicht viel gedient sei, wies am besten John Bright auf einem großen Meeting zu Birmingham (Januar 1875) nach, indem er in einer langen Anklageacte die Gebrechen der Staatskirche aufdeckte und den Liberalen zurief, daß sie nur durch die Aufhebung dieser überlebten Institution wieder die Zuneigung des Volkes gewinnen könnten. Die Tories umgekehrt benutzten ihre Macht, um die erschütterte Staatskirche nach Kräften wieder zu stärken und sie besonders in ihren Außenwerken, die bisher allein von den Liberalen angegriffen waren, zu befestigen. Die Processe gegen die Ritualisten führten zu manchen Verurtheilungen, ohne der Bewegung selbst Einhalt zu gebieten; ja wenn das Unfehlbarkeitsdogma nicht gewesen wäre, so würde man sich, wie aus einer Erklärung von 180 ritualistischen Geistlichen im Februar 1876 zu entnehmen war, auf einen massenhaften Rücktritt zum Katholicismus haben gefaßt machen müssen.

Wenn es in einzelnen Zweigen der Gesetzgebung zu leichten Fortschritten kam, so war das meist der Opposition zu verdanken. Bemerkenswerth waren ihre Erfolge im Schulwesen. Obgleich die Resolutionen, welche Fawcett und Dixon Jahr für Jahr einbrachten, um das System der Schulämter, das sich in den Städten gut bewährt hatte, und in Verbindung damit einen mäßigen Schulzwang auch auf die Landgemeinden zu erstrecken, von der Unterhausmehrheit regelmäßig verworfen wurden, erkannte doch das Ministerium zunächst theoretisch an, daß die bestehenden Zustände unbefriedigend seien und beantragte dann in der Session von 1876 eine Bill, die den Wünschen der Liberalen einige Schritte entgegenkam und trotz mancher mißliebigen Bestimmung von ihnen als Abschlagszahlung angenommen wurde. Ein anderer Punkt, in dem der starre Sinn eines unabhängigen Liberalen, freilich nur um den Preis eines großen parla-

mentarischen Scandals, die Regirung zum Handeln zwang, betraf die Verhinderung des Auslaufens seeuntüchtiger Schiffe. Plimsoll, der diese Sache sich zur Lebensaufgabe gemacht hatte, beantwortete die Erklärung Disraelis, daß für die Bill in der Session von 1875 keine Zeit mehr übrig sei, in so rücksichtslos grober Weise, daß er aus dem Hause verwiesen wurde; allein er nahm den Vorwurf der Schurkerei, den er ausgesprochen hatte, doch erst dann zurück, als Disraeli, gedrängt durch die Kundgebungen der öffentlichen Meinung, ein Nothgesetz vorgelegt hatte, das denn auch sofort angenommen wurde.

Andre Mitglieder, die sich bemühten, ihre Lieblingsanträge durchzusetzen, erzielten gar keine Erfolge, so Trevelyan mit seinem jährlich wiederholten und jährlich verworfenen Vorschlage des Haushaltsstimmrecht, wie es in den Städten bestand, auch auf die Grafschaften auszudehnen; nicht besser erging es ihm, als er eine neue Vertheilung der Wahlbezirke vorschlug, oder dem noch radicaleren Sir Charles Dilke, der für das allgemeine Stimmrecht eintrat. Wenn Disraeli bei solchen Gelegenheiten erklärte, die Constitution Englands sei zum Experimentiren zu gut, so hatte er nicht blos die Tories, sondern auch die Masse der Whigs auf seiner Seite, und trotz des großen Meetings zu Gunsten der Trevelyan'schen Forderungen, das am 16. Mai 1877 unter John Brights Vorsitz in London statt fand, erwärmte sich die öffentliche Meinung, die viel zu sehr mit der orientalischen Frage beschäftigt war, nicht für die Sache.

Eine eigentliche Reaction versuchte die herrschende Partei übrigens nur in vereinzelten Dingen durchzuführen, so wenn sie die Justizreform in sofern sistirte, als sie den obersten Appellationsgerichtshof, der an die Stelle des Oberhauses treten sollte, einzuführen unterließ und ihm dann einen Ausschuß des Oberhauses substituirte, dessen Zusammensetzung doch auch bei vielen Liberalen Beifall fand. Bedenklicher war es, daß der Kauf der Offiziersstellen in gewissem Umfang wieder ermöglicht wurde, indem ein Gesetz von 1875 den Offizieren gestattete, ihre Stellen auf Grund von Privatverträgen zu vertauschen. Eine umfassende Reorganisation der Armee, wie die Tories sie wohl wünschten, brachten sie bislang nicht zu Stande; die verschiedenen Denkschriften des Oberbefehlshabers, des Herzogs von Cambridge, wiesen mit guten Gründen nach, daß man entweder zum System der allgemeinen Wehrpflicht übergehen oder viel größere Summen für die Anwerbung von Truppen bewilligen müsse; allein der erste Weg war doch allzu unpopulär und der zweite wurde dadurch unmöglich, daß sich im Budget für 1876 wieder ein Deficit herausstellte und der eine Penny der Einkommensteuer, den die Tories beim Beginn ihres Regimentes — wie Gladstone das auch vorgehabt — hatten erlassen können, wieder eingefordert werden mußte. Einen Fortschritt in der Wehrhaftigkeit des Heeres

bezeichnete übrigens die Ausarbeitung eines Mobilmachungsplanes und die versuchsweise Mobilmachung zweier Armeecorps im Sommer 1876.

Im Schoße der Whigs gab man sich keinen Täuschungen darüber hin, daß trotz der unfruchtbaren inneren Gesetzgebung die Tories fest im Sattel saßen. Sie verdankten das vielleicht weniger ihrer eigenen Stärke, als der Schwäche des Gegners. Diese trat besonders in dem Mangel einer festen Leitung zu Tage. Gladstone hatte sich im Januar 1875 von der Führung der Partei zurückgezogen und war durch den Marquis von Hartington ersetzt, dem es doch an Autorität zunächst noch sehr fehlte. Das beredteste Zeugniß dafür legten die vielen Anträge ab, die von den unabhängigen Liberalen gestellt wurden; während die Dixon, Fawcett, Plimsoll, Dilke, Trevelyan auf eigene Hand Politik trieben, verhielten sich die alten Whigs ziemlich unthätig; nur die Iren wetteiferten mit den Radicalen, indem sie unablässig — und natürlich nicht zur Freude der Whigs — ihre Forderung eines besonderen irischen Parlamentes erneuerten und dabei durch Mißbrauch der parlamentarischen Formen die Thätigkeit des Unterhauses unter Umständen lahm zu legen suchten. Weit unangenehmer war es für die liberale Partei aber, daß Gladstone selbst in der orientalischen Frage einen Plänklerkrieg auf eigene Hand gegen die Regirung unternahm und dadurch mehrfach Abstimmungen herbeiführte, bei denen die Whigs sich spalten und in ihrem einen Theile die Tories unterstützen mußten. Wenn die auswärtige Politik an sich schon der feste Anker war, an dem Beaconsfield sein Regirungsschiff befestigte, so erhöhte die hastige, unruhige Art Gladstones diesen Vortheil noch ganz ungemein. Einer eng zusammenhaltenden, consequent geführten Opposition hätten sich zu verschiedenen Malen sehr günstige Chancen geboten, den Widerstand, auf welchen die Palmerstonsche Politik des Premiers im eigenen Lager stieß, und der sich am stärksten durch den Rücktritt Derbys und Carnarvons kund gab, zu ihren Gunsten auszunutzen. Allein bei der Zerfahrenheit, die unter den Whigs herrschte, mußte man ihnen, selbst wenn man die Ziele Gladstones billigte, die Regirungsfähigkeit schlechterdings absprechen, und wenn das Beaconsfield'sche Cabinet sich nicht durch seine ungewohnte Kühnheit eine außergewöhnliche schwere diplomatische oder gar militärische Niederlage zuzog, konnte es nicht blos im Parlament, sondern auch im Lande fortdauernd auf eine große Mehrheit rechnen, und wenn es dem Premier so gefiel, durch eine vorzeitige Auflösung des Unterhauses sich eine voraussichtlich noch stärkere Majorität für eine neue Legislaturperiode sichern.

VIII. Holland und Belgien.

1. Holland.

Vielleicht in keinem anderen Lande waren die Siege der deutschen Waffen mit größerem Mißbehagen und Mißtrauen verfolgt worden als in den Niederlanden. Es half nichts, daß einzelne hervorragende Männer, wie Opzoomer, in muthiger und klarer Darlegung das Recht der stammverwandten Nachbarn und die Thorheit des französischen Geredes, als ob Bismarck Gelüsten nach der Zuider-Zee trage, nachwiesen; die Volksstimmung beharrte bei ihrer vorgefaßten Meinung, und das liberale Ministerium Thorbecke, das seit dem 4. Januar 1871 am Ruder war und seinen Anhang durch die Wahlen im Juni noch um einige Stimmen verstärkt sah, entschloß sich zu außergewöhnlichen Forderungen im Belaufe von 38 Millionen Gulden, um das Befestigungssystem des Landes zu vervollständigen und neue Waffen anzukaufen; auch gedachte es, die Stellvertretung abzuschaffen und die einjährige Dienstzeit für die Freiwilligen einzuführen. Diese Pläne, die dem Lande so bedeutende Lasten auferlegten, hatten nun allerdings eine gewisse Ernüchterung im Gefolge, und da auch das Ministerium gegenüber der erwachenden Opposition einzulenken geneigt war, so schied zunächst im December der Kriegsminister Engelvaart aus dem Cabinet und wurde im folgenden Februar durch den Generalmajor Delprat ersetzt. Aufgegeben aber waren die Vorlagen deshalb nicht, und wenn sie vor der Hand von der Tagesordnung verschwanden, so lag das zum guten Theil daran, daß im Frühsommer 1872 ein Ministerwechsel nöthig wurde. Den ersten Anlaß dazu gab die Verwerfung der Einkommensteuer, welche die Regirung beantragt hatte; vollends unerläßlich aber wurde er durch den Tod Thorbeckes am 4. Juni 1872, der eine Umbildung des Cabinets unter allen Umständen erforderlich gemacht haben würde. Auch jetzt blieben die Liberalen am Ruder und einzelne der früheren Minister im Amt; aber die leitenden Männer, der Präsident de Vries und der Colonialminister Fransen van de Putte, huldigten radicaleren Theorien als Thorbecke, und waren um so mehr an

ihrem Platze, als der Ultramontanismus seit Jahresfrist auch in den Niederlanden mit verstärktem Eifer auf dem Kampfplatz erschienen war und dadurch den verschärften Gegensatz herausforderte. Erfolge zu erzielen, war ihm nicht geglückt; trotz bischöflicher Adressen an den König und Petitionen an die Kammer war vielmehr im December 1871 die Aufhebung der Gesandtschaft beim Papste beschlossen, und daß die Clericalen sich erdreisteten, das Nationalfest der Eroberung Brielles durch die Wassergeusen (am 1. April 1572) zu verunglimpfen und sogar an einzelnen Orten tumultuarisch zu stören, zog ihnen nicht allein den scharfen Tadel des Königs zu, sondern erbitterte auch die protestantische und einen Theil der katholischen Bevölkerung in hohem Grade. Die Sympathie, welche sich unter diesen Verhältnissen dem Kampfe der deutschen Regirung gegen Rom zuwandte, ließ die militärischen Pläne noch mehr in den Hintergrund treten, und als der Kriegsminister Graf Limburg-Styrum am 14. März 1873 von Neuem die Einführung der Einjährig-Freiwilligen und die Abschaffung der Stellvertretung beantragte, lehnte die Kammer beides am 30. Juni ab und veranlaßte dadurch den Rücktritt des Grafen, der durch den General Weitzel ersetzt wurde. Auch die übrigen Minister baten zwar den König um ihre Entlassung, da sie bei der mangelnden Geschlossenheit der liberalen Partei nie der Mehrheit sicher waren und verschiedene Male mit ihren Vorlagen durchfielen; allein der König lehnte das Gesuch ab, da die conservativ-ultramontane Coalition in der zweiten Kammer doch nur über 30 gegen 50 liberale Stimmen verfügte, und ungeachtet einiger Wahlerfolge im Juni 1873 nicht auf einen durchschlagenden Sieg bei einer etwaigen Auflösung zählen konnte. Eine fruchtbare Gesetzgebung durfte man aber nach dem Scheitern so mancher Pläne von diesem Ministerium nicht erwarten; wie die Militärvorlagen nicht aus der Stelle rückten, so mißlang die Reform des Wahlgesetzes, die neue Gerichtsverfassung, die Einführung der Goldwährung. Nur in der Colonialpolitik wurde mancher wichtige Beschluß gefaßt, unter Anderem die Aufhebung der Differenzialzölle, mit denen der ausländische Handel bisher zu Gunsten des niederländischen belastet war, und die Genehmigung mehrerer Verträge mit England, die in ihrem Gefolge freilich einen kostspieligen Krieg in Ostasien mit sich führten.

Durch diese Verträge hatte nämlich das Ministerium Thorbecke 1871 holländischerseits auf die Besitzungen an der Küste von Guinea verzichtet, deren Uebernahme England, wie früher erzählt, in den Ashanti-Krieg verwickelte; andererseits erhielten die Niederlande dadurch freie Hand gegen den Sultan von Atchin, dessen trotzige Anmaßung und Gewaltthätigkeit bisher gleichsam unter britischem Schutze gestanden hatte. Es war nämlich im Jahre 1824, als England und Holland

ihre Beziehungen in den ostindischen Gewässern vertragsmäßig untereinander regelten, von den Engländern das Recht der ausschließlichen Niederlassung in Atchin, dem nördlichsten Theile von Sumatra, das sie sich ein paar Jahre früher verschafft hatten, aufgegeben, dafür aber von den Holländern die Verpflichtung übernommen worden, die Unabhängigkeit Atchins zu respectiren und dabei doch für die Sicherheit von Handel und Schifffahrt in den Gewässern von Sumatra zu sorgen. In der That hatte nun eine fünfzigjährige Erfahrung gelehrt, daß sich beides nicht vereinigen lasse, und da Holland aus Rücksicht auf England nicht wagte, das Sultanat zu annectiren, so gestatteten sich die Herrscher von Atchin unausgesetzt Plünderung und Mord zu Land und See. Am Ende wurden diese Zustände so unerträglich, daß auch die englischen Kaufleute in Singapore und den übrigen Niederlassungen an der Malakka-Straße trotz ihrer Rivalität gegen die Holländer dringend Abhülfe forderten, obwohl diese dauernd nur durch die Ausdehnung der niederländischen Herrschaft über ganz Sumatra geschafft werden konnte. Dem Sultan von Atchin, oder vielmehr seinem Vormund und erstem Minister Habib Abdorrahman, der in Frankreich erzogen war, entging die Gefahr nicht, und nachdem er schon 1868 den Schutz der Türkei angerufen hatte, suchte er sich jetzt auch die Unterstützung Frankreichs und der Vereinigten Staaten zu verschaffen, während er durch einen seiner höchsten Beamten, der sich den Schein geben mußte, als ob er sein Feind sei, die Holländer in den Glauben wiegte, daß ein ihnen günstiger Umschwung bevorstehe. Unter diesen Umständen war es für die letzteren schlechterdings unerläßlich einzuschreiten, wenn sie nicht ihre Stellung auf Sumatra geradezu preisgeben wollten: durch den Vertrag mit England erhielten sie freie Hand, und als Abdorrahman, dadurch nicht eingeschüchtert, bei seiner feindseligen Politik verharrte, wurde am 26. März 1873 holländischer Seits der Krieg erklärt.

Die heimische Opposition erhob darüber freilich ein großes Geschrei, aber gegenüber den vertraulichen Erklärungen, welche Fransen van de Putte gab, fühlte sie sich doch gedrungen von einem Mißtrauensvotum abzustehen. Der Beginn des Krieges war allerdings unglücklich genug, um dem Ministerium einen schweren Stand zu bereiten. Etwa 5000 Mann hatten, unter Führung des Generals Köhler, die Landung vollzogen und einen Angriff auf den befestigten Palast des Königs, den Kraton, gemacht; allein der Oberbefehlshaber fand schon am 15. April seinen Tod und der Sturm scheiterte völlig, obwohl eine Compagnie bis in den Kraton vordrang; am 17. April schiffte man sich wieder ein, um mit verstärkter Macht die Sache später von Neuem zu versuchen. Die erforderlichen Geldmittel bewilligte die zweite Kammer am 24. Mai mit allen gegen eine Stimme; zum Führer der Expedition wurde der frühere Guvernör von Sumatra,

van Swieten, ernannt, und Anfang December 1873 konnte er mit einem Heere von 9500 Mann, ungerechnet 3000 Kulis, in Atchin landen. Den ersten Erfolg erzielte er am Weihnachtstage, indem er eine befestigte Moschee, Missigit genannt, die dem Kraton als Vorwerk diente, nicht ohne schweren Verlust erstürmte; vier Wochen später räumte der König den Kraton unter Zurücklassung von 50 Kanonen, deren älteste Jacob I. 1617 einem seiner Vorfahren geschenkt hatte, und zog sich ins Innere zurück. Ihm dorthin zu folgen, hielt van Swieten nicht für gerathen; er begnügte sich damit, den Kraton zu besetzen und zu verstärken und die Vasallenfürsten in den Küstendistricten zur Unterwerfung aufzufordern, und kehrte, als ihm das gelungen war, am 25. April 1874 mit dem größten Theil seiner Truppen nach Java zurück; in dem Kraton ließ er den Obersten Piel mit etwa 3000 Mann.

Beendet war die Sache damit freilich noch nicht, aber man gab sich der Hoffnung hin, daß die völlige Beruhigung des Landes sich mit der Zeit von selbst machen werde. Die ursprüngliche Absicht, die Fransen auch in der Kammer ausgesprochen hatte, den Sultan selbst zu einem Vertrage zu zwingen, war aufgegeben; das Land, d. h. wenigstens das Küstengebiet, sollte jetzt annectirt werden. Darüber entspann sich dann wieder ein heftiger Streit mit der Opposition, die sich vor Allem auch darin gefiel, van Swieten herabzusetzen und seinen Unterfeldherrn Verspyck zu preisen, dem allerdings an der Eroberung des Missigit das Hauptverdienst zukam. Die Mehrheit der Kammer lehnte jedoch am 8. Juni ein Tadelsvotum gegen das Ministerium ab, und ließ sich auch nicht darauf ein, für Verspyck auf Kosten van Swietens einen Dank zu votiren. Nichts desto weniger waren die Tage der liberalen Regirung gezählt. Sie hatte zwar im März 1874 noch den Erfolg erzielt, das lange verschleppte Befestigungsgesetz durchzubringen, kraft dessen ein dreifacher Festungsgürtel, verbunden mit einem künstlichen Ueberschwemmungssystem, das Land verteidigen sollte; aber im Juni erlitt sie eine sehr empfindliche Niederlage dadurch, daß ihr Entwurf zur Abänderung des Wahlgesetzes mit 39 gegen 32 Stimmen abgelehnt wurde. Der König genehmigte darauf das erneute Entlassungsgesuch des Gesammtministeriums und ermächtigte den Staatsrath Heemskerk, der früher liberal, jetzt gemäßigt conservativ war, zu dem Versuche, ein Cabinet zu bilden, das im Stande wäre, sich, außer auf die Conservativen und Ultramontanen, auch auf die gemäßigt liberale Partei zu stützen. Es fanden also ein paar der bisherigen Cabinetsmitglieder und ein katholischer Minister des Auswärtigen, Does de Willebois, Platz in der neuen Regirung, die sich am 27. August 1874 constituirte. Wirklich vermochte sie sich vor der Kammer zu behaupten, ohne freilich in einer vortheilhafteren und gesicherteren Stellung zu sein

als ihre Vorgängerin. Der Ultramontanismus fühlte sich durch den Wechsel natürlich sehr gehoben und konnte seine Herrschaft in den katholischen Landestheilen, besonders seinen mittelbaren Einfluß auf die Schule ungestört verstärken. Wenn er jedoch hoffte und dabei der Unterstützung der orthodoxen Protestanten sicher war, daß es gelingen werde, die verfassungsmäßige Confessionslosigkeit der Volksschule wieder aufzuheben, so schlug diese Erwartung fehl. Das Ministerium nahm wohl einen kleinen Anlauf dazu, indem es den König in seiner nächsten Thronrede mit unbestimmten Worten darauf hindeuten ließ; als aber die zweite Kammer diese Anspielung in ihrer Antwortsadresse nicht berücksichtigte, die erste sie unmißverständlich zurückwies, ließ Heemskerk den Plan lieber einstweilen ruhen. Dagegen wurde das höhere Unterrichtswesen gesetzlich neu geordnet und zwar in einer Weise, die den Einfluß des Staates sehr herabdrückte und den Kirchengemeinschaften wie jeder anderen Vereinigung das Recht gab, Lehranstalten in ihrem Geiste zu stiften, ohne andere Verpflichtung als die, der Regirung die Schulordnungen und Berichte mitzutheilen. Dieses Princip der vollen Unterrichtsfreiheit wurde zwar von einem Theile der Liberalen bekämpft, allein im Allgemeinen entsprach es durchaus den herrschenden Ansichten, und das Gesetz konnte schließlich am 6. April 1876 mit 67 gegen 6 Stimmen angenommen werden.

Mit ihren militärischen Vorlagen war die Heemskerksche Verwaltung sehr unglücklich. Weitzel, der als Kriegsminister aus dem alten in das neue Cabinet übergetreten war, zog sich schon im März 1875 zurück, weil die Kammer die Art, in der er das Befestigungsgesetz ausführen wollte, durch Verweigerung seiner Budgetforderungen verwarf; sein Nachfolger Enderlein folgte schon im December aus dem gleichen Grunde seinem Beispiele; und als dessen Ersatzmann Klerck die Erhöhung der jährlichen Aushebung von 11,500 auf 14,000 Mann am 16. Juni 1876 ablehnen sah, gab er den undankbaren Posten gleichfalls wieder auf. Heemskerk selbst und das ganze Cabinet waren Willens, mit ihm aus dem Amte zu scheiden; doch blieben sie, als der König ihnen mittheilte, daß der Führer der Liberalen Kappeyne van de Copello die Uebernahme der Regirung zur Zeit abgelehnt habe. Erst als im Juni 1877 durch die Erneuerungswahlen der liberalen Partei 49 unter 80 Sitzen in der zweiten Kammer zufielen, war Kappeyne mit seinen Freunden bereit, die Leitung der Geschäfte zu übernehmen; und wenn nunmehr auch sowohl der König wie Heemskerk es beim Alten zu lassen Lust hatten, so machte doch die Haltung der Abgeordneten diesem Zaudern bald ein Ende, und am 1. November 1877 wurde das liberale Cabinet eingeführt. Beneidenswerth war seine Stellung jedenfalls nicht, da es schwer an den immer noch fortdauernden kriegerischen Verwicklungen in Atchin zu tragen hatte. Da-

gegen war ein ernster Conflict mit Venezuela, dessen Regirung Ende 1875 ein holländisches Schiff wegen Waffenschmuggels und Beförderung eines Aufstandes mit Beschlag belegt, ja der holländischen Flagge überhaupt die Einfahrt in die venezolanischen Häfen versagt hatte, bereits glücklich beigelegt, obgleich es vorübergehend schon bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen gekommen war. Was Atchin anlangt, so hatte dort der früher erwähnte General Piel bis zu seinem Tode, dann seit dem 1. März 1876 General Engel commandirt. Große Unternehmungen ließen sich nicht ausführen, und ein Ende des Streites war nicht abzusehen. Die Küstenstämme hatten sich wohl unterworfen und den Seeraub und Sklavenhandel abgeschworen; aber um sie dabei zu erhalten, mußten stets Kriegsschiffe in ihren Gewässern stationiren. Auf den Kraton wurden mehrfach Angriffe gemacht und die Holländer dadurch gezwungen, die ganze Ebene bis ans Gebirge zu besetzen; in dieses selbst ohne große Streitkräfte einzudringen, wäre Thorheit gewesen. So verschlang das Unternehmen Menschenleben und Geld in ungeahntem Maße; Ende 1876 schätzte man die Opfer auf 10,000 Todte und hundert Millionen Gulden; die blühenden indischen Finanzen, auf die das Mutterland so sehr zu rechnen gewohnt war, drohten die Staatscasse arg im Stich zu lassen: das eine Jahr 1874 wies ein Deficit von circa 15 Millionen Gulden auf; ebensoviel hatte man für 1877 zu erwarten und für 1878 doch mindestens die Hälfte. Dagegen entwickelte sich der Wohlstand in der Heimat durch manche große Unternehmungen, besonders Eisenbahn- und Canalbauten, die zugleich einen engeren Anschluß an Deutschland herbeiführten; das großartigste aller Projecte, die Austrocknung des Zuidersees, wurde von dem Ministerium Heemskerk ernsthaft in Angriff genommen und versprach, das Land um eine ganze Provinz zu vergrößern. Von den politischen Beunruhigungen des übrigen Erdtheils wurden die Niederlande verhältnißmäßig wenig betroffen; ihre Beziehungen zu allen europäischen Staaten waren und blieben gut; insbesondere Deutschland gegenüber schwand das Mißtrauen und die Zurückhaltung von Jahr zu Jahr; 1874 machte der König dem deutschen Kaiser einen Besuch in Ems und nach dem Tode seiner würtembergischen Gemahlin, die ihren Groll über die Ereignisse von 1866 und 1871 unversöhnt mit in das Grab nahm, schienen sich durch die Vermählung des Prinzen Heinrich der Niederlande mit einer preußischen Prinzessin zwischen den beiden Höfen wieder Beziehungen anzubahnen, wie sie der engen Freundschaft, die in früheren Zeiten das Haus der Hohenzollern mit den Oraniern verbunden hatte, entsprachen.

2. Belgien.

In Belgien erlag unmittelbar vor dem Ausbruche des deutsch-französischen Krieges das liberale Ministerium Frère-Orban nach beinah dreizehnjährigem Regimente; unmittelbar nach Schluß des Zeitraumes, dem unsere Darstellung gewidmet ist, im Sommer 1878, kam es wieder ans Ruder. Die Neuwahlen vom 14. Juni 1870 hatten ihm eine Mehrheit von nur zwei Stimmen in der zweiten Kammer gelassen und es machte deshalb einem clericalen Cabinet Platz, an dessen Spitze der Baron d'Anethan trat. Inmitten des Kriegslärms wurde das Volk von Neuem an die Wahlurnen berufen und bestätigte das clericale Ministerium, indem es ihm eine Mehrheit von 22 Stimmen in der zweiten, von vier in der ersten Kammer gab. Vielleicht hatte der Wunsch, eine starke Regirung zu erhalten, unter den obwaltenden Umständen viele Liberale vermocht, nicht gegen die Clericalen zu stimmen; jedenfalls befand sich die Sorge für die Unabhängigkeit des Landes auch bei d'Anethan in guten Händen. Schon am 17. Juli wurde das Heer auf eine Kriegsstärke von 100,000 Mann gebracht, vier Wochen später von den inzwischen zusammengetretenen Kammern ein Credit von 15 Millionen Franken gefordert. Die Enthüllungen über die napoleonischen Gelüste, die am 25. Juli von der Times veröffentlicht waren, hatten eine starke Erregung gegen Frankreich wach gerufen, die sich auch dann nicht legte, als Frankreich ebenso wie Preußen mit England den Garantievertrag unterzeichnete, durch den letzteres sich zum Kampfe gegen denjenigen anheischig machte, der die Neutralität Belgiens verletzen werde. Allmälig wurde freilich in einigen hervorragenden Blättern, besonders in der Indépendance Belge, ein immer franzosenfreundlicherer Ton angeschlagen, aber die Regirung beharrte bei der strengsten Neutralität, und der König Leopold II. selbst wies in einer für Deutschland sehr sympathischen Broschüre nach, daß die vielfach erhobenen Beschwerden unbegründet seien. Auch Italien gegenüber ließ sich d'Anethan durch seine clericalen Gesinnungen zu keinem falschen Schritte verleiten und verweigerte den Protest gegen die Besetzung Roms, zu dem ihn die Bischöfe drängen wollten.

In der inneren Politik war eine erhebliche Herabsetzung des Census für die Wahlen zu den Provinzial- und Gemeinderäthen die wichtigste That des Ministeriums; seine weiteren Pläne auszuführen, wurde es durch einen verkehrten Schritt, der seine Entfernung zur Folge hatte, gehindert. Am 23. October 1871 ernannte es nämlich einen seiner ergebensten Anhänger Dedecker zum Guvernör von Limburg, obgleich dieser Mann sich tief in die Schwindelgeschäfte des päpstlichen Grafen Langrand-Dumonceau, die kurz zuvor enthüllt waren, verstrickt hatte. Von dem früheren liberalen Justizminister Bara wegen dieser Wahl

in der Kammer zur Rede gestellt, errang es zwar einen glänzenden Sieg, indem mit 66 gegen 44 Stimmen am 23. November der Uebergang zur Tagesordnung beschlossen wurde; allein nun begann die Bevölkerung von Brüssel zu tumultuiren und beruhigte sich selbst dann nicht, als Dedecker freiwillig von seinem Posten zurücktrat. Zur Anwendung von Waffengewalt wollte der König seine Zustimmung nicht geben, und da die Kundgebungen in anderer Weise nicht unterdrückt werden konnten, so forderte der Monarch am 1. December sein Ministerium aus eigenem Antriebe auf, ihm die Portefeuilles zurückzugeben. Seine Absicht war dabei jedoch nicht darauf gerichtet, die Liberalen wieder ans Steuer zu bringen; nur die Personen, nicht das System sollte geändert werden, und so war denn auch das neue Cabinet, in dem außer dem Präsidenten de Theux besonders der Finanzminister Malou und der des Auswärtigen d'Aspremont-Lynden von Einfluß waren, dem Schoße der clericalen Partei entnommen.

Immerhin hatten die Brüsseler durch ihre Demonstrationen einen gewissen Erfolg errungen, und das lockte die Liberalen in Antwerpen zur Nachfolge. Als Anlaß mußte der Aufenthalt dienen, den Graf Chambord im Februar 1872 in ihrer Stadt nahm. Daß man ihm gestattete, Deputationen aus Frankreich mit entfaltetem Lilienbanner zu empfangen, ja daß ihm angeblich von den Behörden officielle Besuche gemacht wurden, stellte man als eine Verletzung der belgischen Neutralität dar. Schließlich zog es Chambord vor, den unangenehmen Straßenaufläufen durch seine Abreise ein Ende zu machen; in der Kammer sorgte die Mehrheit dafür, daß die Angriffe der liberalen Opposition durch Vertrauenskundgebungen überboten wurden. Auch das Land beharrte doch im Ganzen und Großen bei seiner Unterstützung des Ministeriums, das nach dem Vorbilde d'Anethans über seinem Parteiprogramm die eigenthümliche Stellung des Landes nicht vergaß und beispielsweise seinen Gesandten beim Könige von Italien anwies, nach Rom überzusiedeln. Wenn die Provinzial- und Gemeinderathswahlen im Mai 1872 einen leichten Rückschritt der clericalen Partei anzudeuten schienen (speciell in Antwerpen wurde das ultramontane Stadtregiment gestürzt), so wuchs dagegen ihre Mehrheit in der zweiten Kammer noch um zwei Stimmen.

Dennoch gestaltete sich die Lage des Ministeriums im Herbst 1872 seiner eigenen Partei gegenüber ziemlich schlecht. Das populärste Wahlgeschrei der Clericalen war die Verminderung der Militärlasten gewesen, und nun erklärte sich im October eine Commission, welche die Mängel des Heerwesens prüfen sollte, mit Mehrheit für die allgemeine Dienstpflicht. Der Kriegsminister Guillaume stimmte ihr durchaus zu und schied lieber aus dem Cabinet, als daß er auf die Reform verzichtet hätte; so ziemlich das ganze Offiziercorps war derselben An-

sicht, und als nach viermonatlichem Suchen Ende März 1873 endlich in dem General Thiébault ein neuer Kriegsminister gefunden war, hatte man doch wieder zu einem Anhänger der allgemeinen Dienstpflicht greifen und sich damit begnügen müssen, daß derselbe bereit war, die Frage zu vertagen, wenn die Kammer einstweilen die Mittel zu den sonstigen unerläßlichen Verbesserungen im Heerwesen bewillige. Auch das war freilich eine harte Forderung, denn die Partei, welche dem Volke versprochen hatte, das Militärbudget zu verringern, sollte es jetzt um vier Millionen erhöhen; allein da das ganze Ministerium, vor Allem Malou, sehr entschieden dafür eintrat, so fügte sich die Mehrheit endlich doch und die Vorlagen des Kriegsministers wurden am 3. August 1873 genehmigt.

Vielleicht konnte man eine Wirkung dieses Beschlusses und der Enttäuschung, die er verursachte, darin sehen, daß die Ergänzungswahlen im Juni 1874 der Mehrheit in beiden Kammern zwei, resp. vier Stimmen entzogen; indeß einen nicht unerheblichen Antheil daran hatten doch wohl auch die maßlosen Agitationen des Clerus, der an Wallfahrten, Reliquienausstellungen und demonstrativen Gottesdiensten selbst Frankreich zu überbieten suchte. Den Glanzpunkt bildeten die Wundererscheinungen an der Louise Lateau in Bois d'Haine, die einen gewaltigen Zufluß von Fremden herbeilockten; praktisch bedeutender waren die Einmischungen der Bischöfe in den deutschen Kirchenstreit, die schon im Januar 1874 eine große Beunruhigung erzeugten und in Verbindung mit dem Anerbieten des Kupferschmieds Duchesne in Seraing, Bismarck zu ermorden, den belgisch-deutschen Conflict hervorriefen, dessen früher (I, 416 ff.) zur Genüge gedacht ist. Während mehrerer Monate des Jahres 1875 waren es diese Fragen fast ausschließlich, welche die öffentliche Meinung in Anspruch nahmen, und daß Ministerium und Kammermehrheit sich am Ende herbeilassen mußten, das Gebahren der Bischöfe zu tadeln, gewährte den Liberalen keine kleine Genugthuung. Daneben standen vorzugsweise immer noch militärische Fragen auf der Tagesordnung. So wurde am 27. Februar 1875 von der zweiten Kammer ein Gesetz angenommen, das der Familie eines activen Soldaten eine monatliche Entschädigung von 10 Franken zusprach, sofern dieselbe unter 50 Franken Staatssteuern bezahle; auch die Liberalen erkannten eine Entschädigungspflicht des Staates an, so lange man noch die Stellvertretung zulasse; aber sie wollten sie in der Form leisten, daß dem ausgedienten Soldaten von seinem 56. Lebensjahr an eine Rente von 150 Franken gezahlt werde. Im Jahre 1870 hatten sich die Kammern für diesen Weg erklärt, jetzt stimmten sie dem Entwurf des clericalen Ministeriums zu. Noch schärfer war der Gegensatz in der Frage der Bürgerwehren, deren Stärke die Liberalen auf 150,000 bringen, die Clericalen auf 30,000 belassen wollten. Auch sonst fehlte es nicht

an Fragen, in denen die Parteien auf einander platzten, doch konnte man unbefangener Weise nicht leugnen, daß die Minister fast immer mäßigend zu wirken suchten. Außerhalb der Kammern ging es jedenfalls viel lebhafter zu als innerhalb derselben; den clericalen Demonstrationen folgten liberale, den liberalen clericale; dazu gesellten sich noch häufige Arbeiterstreiks, die gelegentlich einen drohenden Charakter annahmen, so daß die Regirung militärisch einschreiten mußte.

Mit großer Spannung sah man den Wahlen im Juni 1876 entgegen; da zwischendurch schon für einen verstorbenen ultramontanen Abgeordneten ein liberaler gewählt war, zählte die Mehrheit nur noch 14 Stimmen; ein Wahlverein, den die Opposition unter dem Vorsitze Baras begründet hatte, arbeitete thätig im ganzen Lande; fast mit Gewißheit rechnete man darauf, den Gegnern mehr noch als die erforderlichen acht Sitze zu entreißen. Allein man täuschte sich, selbst in Antwerpen behaupteten sich die Clericalen und nur ein einziges Mandat wurde von den Liberalen gewonnen. Die Klagen über die unerlaubten Agitationen der Geistlichkeit, die nun von allen Seiten laut wurden, mochten sehr begründet sein, bewiesen aber doch nur, daß jene ihr Geschäft noch besser verstanden hatte, als der liberale Wahlverein. Baras Forderung, daß die Mehrheit die Wahlen von Antwerpen, Ypern und Brügge für ungültig erklären solle, fiel natürlich durch, und das einzige Ergebniß der mehrtägigen Debatte war, daß Malou das Versprechen gab, Ende Januar 1877 ein neues Wahlgesetz vorzulegen und sich bei der Abfassung desselben nicht von Parteiinteressen, sondern nur von dem Wohle des Landes leiten zu lassen. Daß er diese Zusage gehalten habe, wollten die Liberalen freilich gegenüber dem Wortlaute des Entwurfs nicht zugeben; sie waren einstimmig der Ansicht, daß die entsittlichende Wahlcorruption, die sich ungestört breit mache, ihre Hauptstütze an dem Beichtstuhl habe, und daß kein Gesetz den Uebelständen abhelfe, wenn es nicht auch diesen wundesten Punkt heile. Da sich weder das Ministerium, noch die clericale Mehrheit auf Amendements in dieser Richtung einlassen konnten, so stimmten die Liberalen schließlich alle gegen das Gesetz, dessen mannigfache Vorzüge in anderer Beziehung sie übrigens anerkannten. Die Annahme war aber auch ohne ihre Unterstützung gesichert und im Senate wurde es am 28. Juni 1877 sogar von beiden Parteien gegen eine einzige Stimme angenommen. Im Uebrigen war die gesetzgeberische Thätigkeit des Jahres 1877 ziemlich unfruchtbar, der feindselige Gegensatz der Parteien womöglich noch im Steigen. Das Ministerium freilich vermied es sorgfältig, sei es aus eigenem Antrieb, sei es durch den König beeinflußt, die Gegner zu reizen. Als die Bischöfe den Monarchen baten, zu Gunsten der Unabhängigkeit des Papstes einzutreten, wurden sie abschläglich beschieden, und als der Nuntius bei einem Bankett ehemaliger päpstlicher

Zuaven davon sprach, daß bald die Zeit kommen werde, wo der Triumph der Kirche auf die Arme ihrer Anhänger Anspruch machen werde, stimmte Malou selbst einer Tagesordnung Frère-Orbans zu, die alle gegen Italien gerichteten Demonstrationen scharf mißbilligte. Im Lande aber bereitete sich allmälig, befördert durch die rege Agitation der Liberalen, ein Umschwung in der Stimmung vor, der dann bei den nächsten Wahlen, im Juli 1878, dahin führte, der bisherigen Opposition wieder die Mehrheit zu verschaffen und ihr nach achtjährigem Regimente der Gegner das Ruder des Staates wieder in die Hände zu spielen.

IX. Die skandinavischen Staaten.

1. Dänemark.

Dänemarks Stellung hatte sich durch den Verlust Schleswig-Holsteins vollständig verändert; die Beziehungen, in denen es zu der großen europäischen Politik gestanden hatte, waren gelöst, es war ganz darauf angewiesen und auch ganz dazu befähigt sich selbst zu leben. Natürlich zuckte der Schmerz über die schwere Einbuße so werthvoller Provinzen noch lange nach, erweckte der französische Krieg noch manche Hoffnungen; aber man hatte aus den Erfahrungen der letzten Jahre viel gelernt und war vorsichtig geworden; die napoleonischen Anerbietungen fanden taube Ohren und die deutschen Siege sorgten dafür, daß erneute Verlockungen nicht etwa willigerem Gehör begegneten. Auf eine gütliche Verständigung mit Deutschland über die Rückgabe der nördlichen Districte Schleswigs mochte man noch geraume Zeit mit einiger Zuversicht rechnen; aber mit den Jahren trat auch diese Hoffnung mehr und mehr in den Hintergrund, ohne deshalb völlig zu erlöschen. Die Verhandlungen, die deshalb etwa gepflogen wurden, drangen nicht an die Oeffentlichkeit; wenn die Regirung gelegentlich in der Landesvertretung zur Rührigkeit gemahnt wurde, pflegte sie ausweichend oder hinhaltend zu antworten, und nach und nach verstummten auch diese Mahnungen oder dienten der Linken doch höchstens als Agitationsmittel: die inneren Angelegenheiten nahmen das öffentliche Interesse vollauf in Anspruch und so erstarb allmälig auch die Gehässigkeit, mit der man Anfangs begreiflicher Weise Alles, was Deutschland betraf, zu betrachten geneigt gewesen war.

Die Verfassungsrevision, zu der man nach der Abtrennung Schleswigholsteins hatte schreiten müssen, war bereits vor 1870 vollständig durchgeführt; nur über das Verhältniß Islands zum Königreich war eine Verständigung noch nicht erzielt. Die streitigen Punkte bezogen sich theils auf das Maß der Selbständigkeit, das der Insel einzuräumen sei, theils auf die finanzielle Unterstützung, die sie beanspruchen dürfe. Die Isländer verlangten betreffs des ersten Punktes womöglich die

reine Personalunion, betreffs des zweiten veranschlagten sie die jährliche Summe, die sie zur Erstattung der ihnen in früheren Zeiten entrissenen Fonds fordern könnten, auf 120,000 Rigsdaler. Es befriedigte sie deshalb durchaus nicht, als ein dänisches Gesetz vom 1. April 1871 bestimmte, daß der Minister für Island dem Reichstag, nicht aber ihrem eigenen Althing verantwortlich sein, und daß der jährliche Zuschuß für die nächsten zehn Jahre 50,000 Rigsdaler betragen, dann aber jährlich um 1000 Rigsdaler bis auf 30,000 herunter sinken sollte. Das isländische Althing lehnte diese Abmachung am 19. August 1871 mit 15 gegen 10 Stimmen ab und beschloß einen eigenen Entwurf auszuarbeiten, der im Juli 1873 wirklich in erster Lesung angenommen wurde. Darauf schritt die dänische Regirung zu einer Auflösung des Althings und octroyirte am 5. Januar 1874 der Insel eine Verfassung, die am 1. August ins Leben treten sollte. In manchen Stücken kam dieselbe den Forderungen der Insulaner mehr entgegen; dem Minister für Island wurde eine doppelte Verantwortlichkeit, gegenüber der dänischen Volksversammlung und gegenüber dem Althing auferlegt; dieses wurde aus zwei Abtheilungen, der oberen von 12 und der unteren von 24 Mitgliedern zusammengesetzt. Der Tag, an dem dieses Grundgesetz ins Leben treten sollte, war der des tausendjährigen Jubiläums der Insel. Der König begab sich persönlich zum Besuche dorthin und wurde freudig begrüßt; die Opposition stellte ihren Widerstand ein und begnügte sich damit auf dem Boden der neuen Verfassung die mißliebigen Bestimmungen derselben zu bekämpfen; auf allgemeineres Interesse konnten diese weiteren Bestrebungen natürlich keinen Anspruch machen.

Wohl aber waren die Parteikämpfe in Dänemark selbst geeignet auch im Auslande Aufmerksamkeit zu erregen. Das nationalliberale Ministerium, an dessen Spitze Graf Holstein-Holstenburg stand, verlor nach und nach in der zweiten Kammer, dem Folkething, auch die zweifelhafte Mehrheit, die es früher gehabt. Die Linke oder die sog. Bauernfreunde verstärkten sich durch Mitglieder der Mittelpartei und waren im Stande, die von der Regirung geforderte Einkommensteuer im Februar 1872 mit einer Mehrheit von zwei Stimmen zu Fall zu bringen. Eine unmittelbare Krisis hatte das nicht zur Folge, da im September Neuwahlen stattfanden und deren Ausfall vor der Hand abzuwarten blieb. Aber auch als die Linke dabei den Sieg behauptete und etwa drei Fünftel der Abgeordnetensitze für sich eroberte, wich das Ministerium Holstein nicht von seinem Platze, sondern verließ sich auf die Mehrheit, die es in der ersten Kammer, dem Landsthing, besaß. In Folge dessen kam es in der Session des Winters 1872/73 zu einer langen Reihe kleiner Conflicte; das Folkething faßte Beschlüsse, die keine Aussicht hatten vom Ministerium genehmigt zu werden, und

dieses wiederum mußte sich sagen, daß die umfassenden Vorlagen, die es behufs Vermehrung der Flotte und Anlage von Festungswerken eingebracht hatte, würden abgelehnt werden. Nach mehrmonatlichem Geplänkel schritt die Linke endlich zu einem Hauptangriff. Eine Adresse an den König, die am 31. März 1873 mit 55 gegen 34 Stimmen angenommen wurde — 13 Abgeordnete fehlten in der Sitzung — erklärte, daß die Minister nicht im Stande seien, eine constitutionelle Regirung im Einklange mit der Volksvertretung zu führen; die wichtigsten Zweige der Gesetzgebung seien dadurch gelähmt, Zeit und Arbeit würden verloren, im Volke herrsche eine Unzufriedenheit, die im höchsten Grade bedauernswerth und bei längerem Bestande selbst bedenklich erscheinen müsse. Mit dieser Darstellung war jedoch das Landsthing durchaus nicht einverstanden und gab seinem abweichenden Standpunkte in einer Gegenadresse vom 2. April Ausdruck. Da dieselbe mit 44 gegen 8 Stimmen angenommen wurde, konnte ihr gewiß ein erhebliches Gewicht nicht abgesprochen werden, und der König trat ganz rückhaltslos auf ihre Seite, indem er in seinen Antworten dem Folkething den Vorwurf machte, daß es sich im Widerspruch mit der Verfassung als die alleinige Vertretung des Volkes hinstelle. Die Linke wandte sich darauf mit einem Manifeste an das Land und forderte darin, daß die Minister entweder das Thing auflösen oder zurücktreten sollten; zu einer Verweigerung des Budgets konnte sie sich aber nicht entschließen; nur 39 Stimmen waren dafür, während 61 den bezüglichen Antrag verwarfen. Erst als im October die Kammern zur Herbstsession wieder zusammentraten und Graf Holstein von Neuem erklärte, er werde seinen Platz nicht räumen, weil er das Recht des Königs seine Minister frei zu wählen verteidigen müsse, kam eine knappe Mehrheit von 50 gegen 45 Stimmen zu Stande, die am 17. October das Budget wirklich ablehnte.

Nun war eine Auflösung schlechterdings nicht zu umgehen und das Volk erhielt Gelegenheit bestimmte Stellung zu dem Conflicte zu nehmen. Es entschied sich für die Opposition. Allerdings büßte diese bei den Wahlen im November 1873 zwei Sitze ein, aber auch so zählte die vereinigte Linke noch 53 unter 102 Mitgliedern, und obendrein schlug sich auch das Centrum noch theilweise zur Opposition, ja grade aus seiner Mitte wurde von Schjörring eine Adresse beantragt, die den König bat der Unfruchtbarkeit der Gesetzgebung und der wachsenden Mißstimmung des Volkes Einhalt zu thun. Mit 59 Stimmen angenommen und dem Monarchen am 17. December 1873 überreicht, bewirkte sie wenigstens soviel, daß die Minister am 22. December dem Könige ihre Portefeuilles zur Verfügung stellten, freilich mit der Anheimgabe, nur die Personen, nicht das System zu wechseln. Das erachtete der Fürst für unzweckmäßig und ersuchte seine

bisherigen Rathgeber am 2. Januar 1874 im Amte zu bleiben; dem Folkething aber versicherte er in seiner Antwort auf die Adresse ausdrücklich, daß sich die Thätigkeit der Minister in voller Uebereinstimmung mit seinem königlichen Willen befinde. Daß wenige Tage darauf die amtliche Zeitung die zwischen König und Ministerium gewechselten Actenstücke veröffentlichte, gab Anlaß zu neuem Zank. Graf Holstein-Ledreborg, der bisher keineswegs mit der Linken gegangen war, interpellirte den Conseilspräsidenten deshalb am 26. Januar und warf ihm vor, die Person des Monarchen in den Streit hineingezogen zu haben; ja er beantragte gradezu die Mißbilligung des Folkethings über diesen Schritt auszusprechen und gewann dafür eine Mehrheit von 57 gegen 31 Stimmen. Nichts desto weniger beharrte das Ministerium auf seinem Platze und ließ sich das vom Folkething erheblich veränderte Budget gefallen; zu einer abermaligen Verweigerung des letzteren zu schreiten trugen nämlich die gemäßigteren Mitglieder der Linken doch Bedenken; auch rechneten sie wohl darauf, daß die äußerste Knappheit der bewilligten Mittel die Minister bewegen werde nach Schluß der Session, zufrieden das Feld so lange behauptet zu haben, dem Könige ihre Entlassung zu geben. Das geschah denn auch wirklich. Der Finanzminister machte am 20. Mai 1874 den Anfang und schon am 14. Juli folgte ihm Graf Holstein mit allen seinen Collegen. Ein Systemwechsel wurde damit aber nicht vollzogen; denn der König übertrug die Neubildung des Cabinets dem bisherigen Minister des Innern Fonnesbech, dem die Opposition um Nichts gewogener war als seinem Vorgänger, und der überdies einen Theil seiner bisherigen Collegen beibehielt. Gleich nach dem Beginne der Session begann die Opposition dem Ministerium in jeder Weise das Leben schwer zu machen, nicht ohne sich dabei manchmal allzuweit vorzuwagen, wie wenn sie ein Tadelsvotum beantragte, weil der Minister einen Schullehrer wegen unehrerbietiger Aeußerungen über den König gemaßregelt hatte. Im Allgemeinen aber befolgte die Linke eine sehr kluge Taktik, und wie sie in dem erwähnten Falle ihren Fehler rechtzeitig entdeckte und durch Zurückziehung des Antrags wieder gut machte, so behandelte sie insbesondre die drei großen Vorlagen der Regirung, die sich auf die Heeresreform, die Vermehrung der Flotte und das Festungssystem des Landes bezogen, mit viel Geschick. Weit davon entfernt, die dazu erforderlichen Geldmittel schlechterdings zu verweigern, lehnte sie doch grade solche Posten, auf die das Ministerium bedeutenden Werth legte, wie den Bau eines großen Panzerschiffes oder die Landbefestigungen von Kopenhagen ab; allein dem gegenüber stellte sie Flottenpläne und Befestigungssysteme auf, die anstatt der von der Regirung geforderten 20 gar 34 Millionen Kronen erforderten, und somit sie vollauf gegen den Vorwurf, daß sie das Land wehrlos machten, zu schützen vermochten,

Aber auch mit dem entgegengesetzten Vorwurf, daß sie verschwenderischer seien als die Regirung, konnte man ihnen Nichts anhaben; denn von ihren Plänen versicherten sie, daß damit allen Bedürfnissen genügt werde, während das Ministerium kein Hehl daraus machte, daß auf jene 20 Millionen weitere Forderungen folgen müßten. Unter solchen Umständen ließ sich kaum erwarten, daß durch eine Auflösung des Folkethings eine Verschiebung der Parteien erreicht würde, und trotz mehrfacher Drohungen wagte Fonnesbech nicht dazu zu schreiten. Er stützte sich statt dessen auf das Landsthing und bewog es überall im Budget die ursprünglichen Forderungen der Regirung wieder herzustellen; aber auch das half ihm Nichts; denn die Opposition hatte sich inzwischen durch einige Zugeständnisse den Beistand des ganzen Centrums erkauft und verfügte dadurch über 83 von den 102 Stimmen des Folkethings und über eine ansehnliche Minorität in der ersten Kammer. Als daher die beiden Thinge zur Ausgleichung der verschiedenen Budgetbeschlüsse einen gemeinschaftlichen Ausschuß wählten, einigte sich dieser mit 16 gegen 2 Stimmen über Anträge, die im Wesentlichen den Beschlüssen des Folkethings entsprachen, und Fonnesbech konnte nicht umhin zu erklären, daß er abtreten werde, wenn beide Kammern diesen Anträgen beistimmten. Obgleich nun die äußerste Linke sich darin gefiel, diese Zustimmung zu verweigern und bei den unverfälschten Beschlüssen des Folkethings zu verharren, so wurden doch die Ausschußanträge am 14. Mai 1875 mit großer Mehrheit angenommen und wenige Tage später reichte das Ministerium seine Entlassung ein. Statt aber die Nachfolger aus der Linken oder wenigstens aus dem Centrum zu nehmen, berief der König den Großgrundbesitzer Estrup zum Ministerpräsidenten, und dieser setzte sein Cabinet so zusammen, daß es lediglich der Mehrheit des Landsthings entnommen wurde. Heftig erregt, wie die Opposition dadurch an und für sich schon war, fühlte sie sich noch mehr dadurch gereizt, daß der Landtag im October 1875 sofort nach seiner Berufung wieder vertagt und dann erst zum 29. November wieder versammelt wurde. Als Grund für dieses seltsame Verfahren gab die Regirung an, daß sie mit der Umarbeitung der Wehrvorlagen nicht rechtzeitig habe fertig werden können. Das Project, welches sie dann einbrachte, unterschied sich von dem früheren allerdings wesentlich. Obgleich es auf die Verteidigung von Jütland und Fünen ganz verzichtete, nahm es doch eine Summe von 50 Millionen Kronen in Anspruch, die besonders zur Befestigung Kopenhagens, zum Bau von Batterien am Belt, zur Anlegung einer Flottenstation an der Westküste Seelands und zur Vermehrung der Flotte dienen sollten. Die Linke war weder gewillt diese Vorschläge an und für sich gut zu heißen, noch gedachte sie auf irgend einen sonstigen Plan anders einzugehen, als unter der Bedingung einer Steuerreform, deren wesentlichstes Glied

die Einführung einer Einkommensteuer sein sollte. Nur mit diesem Vorbehalt schlug sie vor, die Befestigung Kopenhagens durch schwimmende Forts zu bewerkstelligen, lehnte dann den Bau eines Panzerschiffes und das Militärgesetz, dessen Bestätigung das Ministerium von Neuem beantragt hatte, ab und genehmigte das Budget mit solchen Abstrichen, daß Regirung und Landsthing es für unannehmbar erachteten. Den Weg, wie im Vorjahr durch einen Ausschuß beider Kammern ein Compromiß ausarbeiten zu lassen, schlug man diesmal nicht wieder ein, sondern Estrup rieth dem König zu einer neuen Auflösung, die auch am 30. März 1876 verfügt wurde. Die Linke sah dem Ausspruch des Landes mit voller Ruhe entgegen, und wie sich zeigte mit Recht: statt geschwächt zu werden, ging sie mit 71 Stimmen, d. h. mit einer starken Zweidrittelmehrheit als Sieger aus den Aprilwahlen hervor. Trotzdem machte Estrup keine Anstalten sich zurückzuziehen: er ertrug die erneute Ablehnung seines Festungsgesetzes und beantwortete ein ausdrückliches Mißtrauensvotum, das übrigens nach den erläuternden Bemerkungen Holstein-Ledreborgs nicht seiner Person, sondern dem falschen System, ein Ministerium ausschließlich aus Mitgliedern des Landsthings zu bilden, gelten sollte, am 24. Juni 1876 mit dem sofortigen Schlusse der Session. Dadurch war Frist bis zum October gewonnen, wo die Kammern wieder zusammentreten mußten: die gegenseitige Stimmung aber verschlimmerte sich dadurch erheblich. In der neuen Session wurde so ziemlich jede Vorlage der Regirung ohne Weiteres abgelehnt, darunter nun schon zum fünften Male das Armee- und Flottengesetz von 1867, das verfassungsmäßig nach fünfjähriger Wirksamkeit den Thingen zu erneuter Prüfung hatte vorgelegt werden müssen und nun seit 1872 schon Jahr für Jahr verworfen wurde. Am heftigsten entbrannte der Kampf bei den Budgetberathungen; die hervorragendsten Redner der Linken, Hansen, Berg, Holstein-Ledreborg, zogen gegen das Ministerium los, und die Mehrheit faßte Beschlüsse, die sich sogar gegen den König selbst richteten, wie die Verweigerung des Baues einer neuen Dampfyacht. In mehr als einem Punkte war das Verfahren der Linken übrigens ziemlich gefährlich: so wenn sie nicht allein die früheren Ministerien zur Rechenschaft ziehen wollte, weil dieselben für den Wiederaufbau des abgebrannten Kopenhagener Theaters etwa eine halbe Million verausgabt hatten, sondern wenn sie überdies die Schließung des Theaters vom 1. Januar 1877 ab decretirten, weil dasselbe mit einem Deficit arbeite. Vielleicht noch zweischneidiger war die Ablehnung der Theuerungszulagen für die Beamten, die man damit motivirte, daß die gleiche Maßregel durch dasselbe Gesetz auch zu Gunsten der Lehrer getroffen werden müsse, während die Regirung zu diesem Zwecke eine besondere Vorlage gemacht hatte, die aber auch keine Gnade fand. Das Budget

wurde endlich von dem Folkething in einer Form angenommen, die von den Ausgaben etwa fünf Millionen strich und für die Regirung daher schlechterdings unbrauchbar war. Wochenlang quälte man sich noch damit, auf den verfassungsmäßig vorgeschriebenen Wegen zu einer Verständigung zu kommen, auf die doch Niemand rechnete; endlich schloß der König am 4. April 1877 die Session und erließ aus eigener Machtvollkommenheit ein provisorisches Finanzgesetz für das nächste Rechnungsjahr. Trotz der ungewöhnlichen Erregung, die darüber entstand, und die in Adressen und Manifesten der Parteien sich sehr lebhaft Luft machte, trat aber doch während des Sommers bei dem gemäßigten Theile der Linken eine gewisse Ernüchterung ein, auf die der bedrohliche Zustand der europäischen Politik wohl nicht ganz ohne Einfluß sein mochte. Als der Landtag im October 1877 wieder zusammentrat, ließ sich die Spaltung zwischen den alten Bauernfreunden und dem früheren Centrum, das sich durch Mitglieder der eigentlichen Linken verstärkt hatte, nicht mehr vertuschen. In einem Ausschusse, den das Folkething zur Berathung der politischen Lage einsetzte, wurde eine Mehrheit von acht Mitgliedern, unter Führung Holstein-Ledreborgs und Boisens, für den Plan gewonnen, das vom Könige octroyirte Finanzgesetz zwar zu verwerfen, dann aber in die Berathung des neuen Budgets einzutreten, was die eigentliche Linke unter Bergs Führung entschieden tadelte. Die Mehrheit des Hauses stimmte jedoch dem Ausschußantrage bei, und der Ministerpräsident kam den versöhnlichen Absichten einen starken Schritt entgegen; er empfahl dem König nicht, wie Anfangs wohl im Plan gelegen hatte, sofort ein neues provisorisches Finanzgesetz zu erlassen, sondern ging auf Verhandlungen ein, die dann schließlich in einem regelrecht vereinbarten Budget endeten, so daß mit der Vertagung der Kammern im December 1877 dem gefährlichen Conflict seine Bitterkeit und Schärfe größtentheils bereits genommen war, wenn die neue Lage auch fürerst nur den Charakter des Waffenstillstandes, nicht den des Friedens und der Versöhnung trug.

2. Schweden und Norwegen.

Der ungestörte Friedenszustand, dessen sich Schweden-Norwegen seit den Befreiungskriegen erfreute, hatte selbst in den Jahren 1863—1864, wo die lebhafteste Theilnahme für das nahverwandte Dänenvolk die beiden Nationen erregte, keine Unterbrechung erlitten; noch weniger brauchte deshalb während des deutsch-französischen Krieges, trotz der unverhohlenen Sympathie, die König Carl XV. für das Land, dem er entstammte, zur Schau trug, eine Einmischung gefürchtet zu werden, und der schwedische Reichstag war selbst nicht am wenigsten erstaunt,

als es im Januar 1874 an den Tag kam, daß Carl XV. beinah zwei Millionen Mark für Mobilmachungsvorbereitungen verausgabt hatte. Neben anderen triftigen Gründen machte es schon die Beschaffenheit der Armee für Schweden fast unmöglich, sich mit irgend einem Militärstaate zu messen. Das stehende Heer, der sogenannte Stamm, in den im Kriegsfall die „Bewehrung", d. h. die Wehrpflichtigen von 21—25 Jahren eingereiht werden sollten, bestand aus etwa 5000—6000 Mann geworbener Truppen und etwa 20,000 Mann, die man das eingetheilte Heer nannte, und die von den Bauerstellen, die unter Carl XI. damit belastet waren, geworben und unterhalten werden mußten. Es geschah das aber in der Weise, daß jeder Mann ein Stückchen Landes mit einem Häuschen und gewisse Naturalleistungen empfing, und dann seiner Dienstpflicht in den ersten beiden Jahren je sechs Wochen hindurch, um eingeübt zu werden, weiterhin aber, bis er untauglich wurde, jährlich drei bis vier Wochen lang genügte. Daß dabei nichts Ordentliches herauskommen könne, sagte sich Jedermann, und schon 1849 war deshalb eine Reform angeregt. Aber erst 1861 kam man so weit, eine Commission niederzusetzen, die 1865 ihren Bericht erstattete und darin wohl eine Vermehrung, aber keine principielle Umgestaltung des Heeres empfahl. Wie sich erwarten ließ, fand dieser Vorschlag bei den Bauern, die in der zweiten Kammer des Reichstags die Mehrheit bildeten, durchaus keinen Beifall, weil es ihnen ja zumeist darauf ankam, sich der drückenden Last der eingetheilten Armee zu entledigen. Die Regirung machte darauf 1871 eine neue Vorlage, welche die allgemeine Wehrpflicht in der Weise einführen sollte, daß jeder Pflichtige ein Jahr als Recrut diente, dann für je zwei Jahr zu den Ersatztruppen, zum ersten und zweiten Aufgebot gehörte, endlich aber noch für dreizehn Jahr in den Landsturm übertrat. Allein da trotzdem auch die eingetheilte Armee daneben fortbestehen sollte, so verwarf die zweite Kammer, obwohl der König eifrig dafür eintrat, doch im April auch diesen Plan, und blieb dabei auch dann, als das Ministerium in einer außerordentlichen Herbstsession vorschlug, die Verpflichtung der Gutsbesitzer darauf zu beschränken, daß sie den von ihnen gestellten Recruten einen Sold von 100 Reichsthalern (etwa 112 Mark) zu zahlen hätten. Mit 109 gegen 78 Stimmen erklärte sich die zweite Kammer am 1. October 1871 gegen jede Beibehaltung des veralteten Indelta-Systems, und der König war nun Willens, die Sache eine Zeit lang ganz ruhen zu lassen. Allein damit war der Bauernpartei auch nicht gedient, sie ergriff ihrerseits die Initiative und beschloß am 6. April 1872 in Uebereinstimmung mit der ersten Kammer die allgemeine Wehrpflicht einzuführen. König Carl XV. sollte diesen Beschluß nicht mehr genehmigen; am 18. September 1872 raffte ihn der Tod dahin, und es blieb seinem Bruder Oskar II., der ihm in

der Regirung folgte, vorbehalten, die königliche Zustimmung zu ertheilen.

Aber auch so war doch nur erst ein allgemeines Princip ausgesprochen; um praktisch zu werden, bedurfte es einer ausgearbeiteten Reformvorlage und erheblicher Geldmittel. Diese von der Bauernpartei bewilligt zu erhalten, war nicht viel Aussicht vorhanden. Gestärkt durch die Neuwahlen im Januar 1873, die ihr 120 von den 192 Sitzen der zweiten Kammer zuwandten, zeigte sie vielmehr eine überaus große Sparsamkeit; sie strich dem neuen Könige 100,000 schwedische Thaler von seiner Civilliste, und war daran ihm die Kosten der Krönung zu verweigern, als er dem durch die Erklärung, sie selbst übernehmen zu wollen, zuvorkam. Und doch war die Lage der Finanzen eine so günstige, daß schon unter dem vorigen König das Ministerium die Herabsetzung der Kopfsteuer auf die Hälfte hatte beantragen können, freilich umsonst, da die Bauern durchaus keine Neigung hatten, die ärmeren Classen auf ihre eigenen Kosten zu erleichtern. Das Hauptziel der Partei war, die auf dem Grundbesitz ruhenden Lasten in möglichst günstiger Weise abzulösen. Am Schlusse der Session von 1873 erklärte sie sich bereit, die Indelta-Last nach ihrem Geldwerthe taxiren zu lassen und das Capital mit drei Procent jährlich abzuschreiben, vorausgesetzt, daß außerdem auch die Grundrente in derselben Weise abgelöst werde. Die Regirung versprach darauf einzugehen und arbeitete ein Militärgesetz aus, das sie im Mai 1874 zur Kenntnißnahme vorlegte; zur Berathung wurde es noch nicht gestellt, weil die Ablösungsgesetze noch nicht ausgearbeitet waren. Die Wehrpflicht dauerte danach vom 20. bis 32. Jahre, die active Dienstzeit $10^1/_2$ Monat; die Stärke der Armee (Linie und Landwehr) sollte 100,000 Mann betragen, das Budget etwa 16, oder mit Einschluß der Flotte 20 Millionen Mark. Gegen diese finanzielle Belastung erhob sich nun sofort ein eben so lebhafter Widerspruch wie gegen die nach schwedischen Begriffen unerhört lange Dienstzeit von $10^1/_2$ Monat; da der Reichstag über die Sache aber noch nicht zu verhandeln hatte, so machte sich die Agitation vorerst nur in der Presse und in Versammlungen bemerklich. Ein Punkt kam indes schon jetzt zur parlamentarischen Verhandlung. Die Regirung wollte festgestellt sehen, daß die künftige Wehrverfassung und das auf ihr beruhende Militärbudget jedenfalls nur auf dem Wege des Gesetzes (also mit Zustimmung des Königs), nicht durch bloßen Budgetbeschluß der Kammern geändert werden dürfe. Aber weder in der Session von 1874 noch in der nächstjährigen, wo sie diesen Antrag wiederholte, drang sie damit vollständig durch, sondern mußte sich begnügen, daß jene Garantie für das Wehrgesetz als solches, nicht auch zugleich für das Militärbudget gewährt wurde. Immerhin konnte man sich mit diesem Ergebniß beruhigen;

aber wenn die Bauernpartei dann weiterhin die Forderung stellte, die Dienstzeit von $10^1/_2$ auf 3 Monat herabzusetzen, so war das für das Ministerium schlechterdings unannehmbar und führte es zu dem Entschluß, einstweilen gar keine vollständige Reform mehr anzustreben, sondern nur im Einzelnen zu bessern. Das war auch in den letzten Jahren schon vielfach geschehen, beispielsweise durch Begründung eines Generalstabes; auch im Jahre 1876 fuhr die Regirung damit fort, aber freilich durch die Sparsamkeit der Kammer in den wichtigsten Punkten so sehr behindert, daß erhebliche Resultate dadurch nicht erzielt werden konnten. Ein nochmaliger Versuch, die Volksvertretung zur Annahme eines vollständigen Wehrgesetzes zu bewegen, wurde 1877 gemacht, hatte aber denselben ergebnißlosen Ausgang wie die früheren. Ein gemeinsamer Ausschuß beider Kammern arbeitete zunächst die Regirungsvorlage in ziemlich bedenklicher Weise um; dann erklärte sich die erste Kammer damit einverstanden und schließlich machte die zweite wieder durch ihr verwerfendes Votum dem gewünschten Ausgleich ein Ende. Die wichtige Frage wurde also ungelöst in das neue Jahr hinübergenommen.

In Norwegen gab es ähnliche Kämpfe um die Reform der Militärverfassung, und der Ausgang war etwa derselbe. Das letzte Storthing unter Carl XV. hatte über die Abänderung des Wehrpflichtgesetzes zu keinem Einverständniß kommen können; seine Beziehungen zu der Regirung waren überhaupt allmälig sehr unfreundlicher Art geworden, und als es im März 1872 vergeblich gefordert hatte, daß die Staatsräthe verpflichtet werden sollten, an seinen Berathungen Theil zu nehmen, wandte es sich mit einer Adresse direct an den König, um diesem sein Mißtrauen gegen das Ministerium auszusprechen. Carl XV. berücksichtigte diese Adresse aber nicht im mindesten; er schloß ein paar Tage darauf das Storthing, ohne derselben auch nur Erwähnung zu thun. König Oskar II. zeigte in diesem Punkte wie im Allgemeinen ein sehr viel rücksichtsvolleres Verhalten; er eröffnete am 3. Februar 1873 das Storthing mit einer gewinnenden Thronrede und theilte ihm dann in einem besonderen Schreiben mit, daß er jene Forderung, über die der Streit entstanden war, der ernstesten Erwägung unterziehen werde, worauf das Storthing unter ausdrücklicher Wahrung seines Standpunktes über die Sache einstweilen zur Tagesordnung überging. Die Wehrgesetzvorlagen, an die sich dann ein besonderes Interesse knüpfte, kamen freilich zunächst nicht aus den Ausschüssen heraus; dort aber wurden sie ziemlich gnädig behandelt: nur daß die Volksvertreter die Lasten des einzelnen Wehrpflichtigen möglichst zu vermindern trachteten und z. B. die Dienstzeit in der Linie von 7 auf 6 Jahre, die Recrutenzeit von 60 auf 42 Tage herabsetzen wollten. Allein gerade diese Aenderungen waren in den Augen des Königs so gewichtig, daß

er es vorzog, 1874 das Wehrpflichtgesetz ganz ruhen zu lassen, und es erst 1876 erheblich abgeändert wieder vorlegte. Er forderte diesmal zur Einübung der Recruten gar 90 Tage, wogegen die viermalige Nachübung von je 24 Tagen in eine einmalige von 36 Tagen umgewandelt werden sollte; das Storthing ging aber auch darauf nicht ein und die Sache blieb einstweilen beim Alten.

Auch mit dem Streite über die Verpflichtung der Minister, im Storthing zu erscheinen, wollte es nicht recht aus der Stelle. Der König erklärte sich 1874 bereit in die Neuerung zu willigen, wenn ihm dafür das Gegenrecht, die Volksvertretung aufzulösen, zugestanden werde. Die demokratische Mehrheit, deren langjähriger Führer der Bankdirector Sverdrup war, wollte davon aber nichts hören; sie erneuerte einfach den früheren Beschluß und rechnete auf die Verfassungsbestimmung, nach der ein dreimal vom Storthing in verschiedenen Sessionen und mit gewissen Zwischenräumen gefaßter Beschluß auch ohne Zustimmung des Königs Gesetzeskraft erhält. Dieser Fall trat 1877 ein, als das Storthing seinen Beschluß zum dritten Mal erneuerte. Gleichwohl wiederholte aber der König auch sein Veto, und da die Opposition das ruhig hinnahm, so blieb die Frage einstweilen in der Schwebe.

Auf die sonstige legislative Thätigkeit in beiden Königreichen einzugehen, verbietet sich durch das geringe Interesse, das sie dem Auslande einflößen kann. Erwähnt werden darf, daß erhebliche Summen für den Bau von Eisenbahnen verausgabt wurden, daß die Einführung der Civilehe weder in Schweden noch in Norwegen Anklang fand, daß in Schweden die Juden, die bisher nur in vier Städten wohnen durften, Freizügigkeit erhielten. Die im Jahre 1870 gepflogenen Verhandlungen wegen einer engeren Union der beiden Staaten waren schon im April 1871 gescheitert und wurden nicht wieder aufgenommen; nur einen neuen Handels- und Schifffahrtsvertrag genehmigten beide Theile 1874; auch gelang es, nach Ueberwindung großen Widerstandes die Norweger 1875 zu bewegen, der Münzconvention beizutreten, die am 19. December 1872 zwischen den Regirungen von Schweden, Norwegen und Dänemark abgeschlossen war. Die Volksvertretungen der beiden anderen Länder hatten sie schon 1873 genehmigt, die norwegische aber sie damals abgelehnt, wie sie denn überhaupt am wenigsten Sympathie für allgemeine scandinavische Interessen zeigte. Gelegentlich trat sogar ein nicht geringer Grad von Animosität gegen die stammverwandten Nationen an den Tag; wie man in der Münze sein eigenes Gepräge wahren wollte, so auch in der Sprache: der Volksdialekt sollte gegenüber dem Schriftnorwegischen gepflegt werden, das bekanntlich mit dem Dänischen völlig zusammenfällt. Gerade die radicale Partei erklärte sich durch den Mund Sverdrups sehr lebhaft für diesen Vorschlag,

während sie zu anderen Zeiten wieder ihrer Sympathie für die dänischen Parteigenossen kräftigen Ausdruck gab. Für die enge geistige Gemeinschaft der drei scandinavischen Staaten war es jedenfalls eine sehr bezeichnende Thatsache, daß in allen die gleiche Partei den breitesten Boden hatte; denn die bäuerliche Mehrheit, die in Stockholm, Christiania und Kopenhagen die parlamentarische Lage beherrschte, stand im Wesentlichen auf ein und demselben Grund und Boden. Von da bis zu der vielfach angeregten engen Union Scandinaviens, die doch ohne Beseitigung des dänischen Königshauses nicht durchgeführt werden konnte, war freilich noch ein großer Schritt, der kaum anders als unter dem überwältigenden Druck von auswärts drohender Gefahren möglich schien. Wenn man dem König Oscar wohl gelegentlich den Ehrgeiz, als ob er danach trachte, andichtete, so entbehrte diese Behauptung jedes thatsächlichen Anhaltes. Weder die freundschaftlichen Beziehungen, die er zu dem dänischen Königshause unterhielt, noch die Festigkeit, die er trotz alles Entgegenkommens gegenüber der Bauernpartei entwickelte, hätten einer solchen Politik entsprochen. Und daß er sich mit Deutschland auf den besten Fuß setzte, selbst wiederholt in Berlin Besuche abstattete und hohenzollersche Prinzen mit großer Auszeichnung in seinem Lande empfing, das konnte höchstens denen als ein verdächtiges Symptom erscheinen, die in Bismarck den Allerweltsverschwörer sahen; selbst die aber hätten an ihren Deutungen irre werden müssen, wenn sie erwogen, daß König Oscar eifrig für die Wiederherstellung guter Beziehungen zwischen Deutschland und Dänemark bemüht war, und daß er sich auch mit Rußland durch einen Besuch, den er in Petersburg abstattete, auf freundschaftlichen Fuß stellte, während er doch niemals erwarten konnte, daß man in Petersburg die Herrschaft über den Sund in die Hand einer stärkeren Macht kommen lassen werde. Schließlich blieb doch an dem ganzen Gerede nichts Thatsächliches oder auch nur Plausibles, als etwa die unverkennbare politische Gährung, die in Dänemark herrschte und die von Jahr zu Jahr zu wachsen schien; dieser Gährung aber waren nationale Motive, oder gar scandinavistische Gelüste völlig fremd, und wenn sie nicht durch sich selbst überwunden wurde, dann war vielleicht eine innere Revolution, aber kein Herbeirufen des schwedischen Königs als Endkatastrophe zu erwarten.

X. Rußland und der Orient.

Wenn das Jahr 1877 bestimmt war, die zeitliche Grenze für die in diesen Bänden behandelten Ereignisse zu bilden, so war damit von selbst die unliebsame Folge gegeben, daß bei mehr als einem Staate die Erzählung dessen, was sich in ihm zugetragen, an einem Punkte abbrechen mußte, der kaum nothdürftig einen gewissen äußerlichen Abschluß gestattete. Nirgends aber macht sich dieser Uebelstand empfindlicher fühlbar, als bei der orientalischen Frage, und so erschien es denn hier unerläßlich, nicht blos, wie ja auch in anderen Fällen geschehen ist, andeutungsweise und mittels kurzer Angabe der Facta in das Jahr 1878 hinüberzugreifen, sondern die geschichtliche Darstellung selbst, so gut es gehen wollte, bis zum Abschluß des Vertrages von Berlin weiterzuführen. Daß auch damit nur ein Ruhe-, kein wirklicher Endpunkt gefunden ist, daß die Congreßbeschlüsse vielmehr zum großen Theil wohl Ueberschriften für die Capitel einer Geschichte der nächsten Jahre, nicht aber das unanfechtbare Facit der jüngsten Vergangenheit bilden, das ist ja nicht erst heute, sondern das war bereits an dem Tage, wo sie gefaßt wurden, eine Thatsache, an der Niemand, und die betheiligte Diplomatie am wenigsten, zweifelte. Immerhin ist der berliner Congreß insofern ein abschließendes Ereigniß, als er von dem vereinigten Europa dazu benutzt wurde, nach zwanzig Jahren wieder einmal einen status der orientalischen Frage aufzunehmen, der freilich in vielen Stücken durch die Ergebnisse der Liquidation noch erheblich geändert werden wird. Dem unvermeidlichen politischen Bankerott der Pforte ist dadurch noch einmal für einige Zeit Einhalt geboten und vor Allem dem ungeduldigsten der Gläubiger, der auf Kosten der anderen seine eigenen Interessen voll befriedigen wollte, ein Riegel vorgeschoben, so daß eine gerechtere Abwickelung der schwebenden Verbindlichkeiten möglich geworden ist. Ob dieselbe unter fortdauernder Verständigung der Hauptbetheiligten erreicht werden wird oder nicht, vermag natürlich Niemand zu sagen; für den Augenblick jedenfalls wurde eine solche Verständigung erreicht, und so mag es denn als gerechtfertigt

erscheinen, bis zu diesem Momente hin und aus dem Gesichtspunkte dieses Momentes heraus die vorhergehenden Ereignisse zu schildern.

1. Rußland.

Für Rußland war die Periode der Sammlung und der Reformen, in die es mit dem pariser Frieden 1856 eingetreten war, im Jahre 1871 in mancher Beziehung zu einem gewissen Abschluß gekommen. Mit dem 12. März d. J. lief die Frist ab, welche für die Durchführung der Befreiung der Leibeigenen gesteckt war; es begann damit zugleich der Zeitpunkt, in dem die allgemeine Wehrpflicht in dem gewaltigen Reiche möglich wurde. Fast gleichzeitig konnten auch die umwälzenden Neuerungen, die nach dem Aufstande von 1863 in Polen angebahnt waren, für beendet gelten. Ein kaiserliches Handschreiben vom 5. April 1871 enthob den Statthalter Grafen Berg des Vorsitzes in dem Organisationscomité, das diese Umgestaltungen geleitet hatte, und löste dasselbe auf. Alle Reformen, die beabsichtigt waren, seien nunmehr vollständig durchgeführt, erklärte der Zar; alle selbständigen Centralbehörden, die früher in Warschau bestanden, seien allmälig aufgelöst, alle Theile der Verwaltung wie in den übrigen Gouvernements eingerichtet und den betreffenden Ministerien in Petersburg untergeordnet: nur Eines stehe noch aus, die Krönung aller dieser Maßregeln, das sei die Reform der Justiz, die fortan die unmittelbare Pflicht und Sorge des Justizministers sein solle. Auch in kirchlicher Beziehung geschah ein paar Monate später der letzte entscheidende Schritt: die Behörde für die nicht-griechischen Confessionen, die bisher in Warschau saß, wurde aufgehoben und dadurch auch die Leitung der katholischen Kirche nach Petersburg verlegt: Polen hatte jetzt wirklich aufgehört, eine Sonderexistenz in dem russischen Reiche zu führen.

Auch in den Finanzen war man zu einiger Maßen consolidirten Verhältnissen gekommen. Allerdings war das Deficit, mit dem seit 1831 jedes Budget abschloß, noch nicht völlig beseitigt; aber da es seit einigen Jahren stetig abgenommen hatte und für 1871 nur noch 4 Millionen Rubel betrug, ja im Anschlage für 1872 schon einem kleinen Ueberschusse den Platz räumte, so durfte die Thätigkeit des Finanzministers von Reutern mit Recht eine erfolgreiche genannt werden. Die nächsten Jahre bestätigten dieses Urtheil. Jeder Voranschlag wies einen Ueberschuß, wenn auch nur von wenigen Millionen, auf, und thatsächlich war die Regirung im Stande, bis zum Jahre 1876 etwa 50 Millionen Rubel als Staatsschatz anzusammeln, während innerhalb fünf Jahren 88 Millionen von der schwebenden Schuld getilgt waren.

Dabei wurden keine Anstrengungen gescheut, um das Land durch die Anlage von Eisenbahnen und Telegraphen zu einer reicheren Ausbeutung seiner Producte zu befähigen. Ende 1867 hatten die russischen Eisenbahnen erst eine Länge von 5000 Kilometern erreicht; aber schon im December 1868 wurde der Bau von 8, im März 1870 gar der von 19 neuen Hauptbahnen beschlossen, und am Schluß des Jahres 1876 besaß das Reich bereits ein Eisenbahnnetz von 19,470 Kilometern, d. h. etwa zwei Drittel so viel wie Deutschland. Der kühnste von allen Plänen, die auftauchten, kam freilich nicht zur Ausführung: der Vorschlag des Herrn von Lesseps, die beinah 4000 Kilometer lange Strecke von Orenburg nach Peschawer im englischen Indien zu bauen; aber die Art, wie die russische Regirung dem Vorhaben zustimmte, zeigte, daß auch dieser Plan noch seine Zukunft habe. Unter den Telegraphenlinien darf besonders die Herstellung der Verbindung mit China und Japan, die im November 1871 vollendet war, erwähnt werden.

Trotz der unleugbaren Fortschritte, die das Land somit aufzuweisen hatte, fehlte aber doch sehr viel daran, daß die Entwicklung eine allseitig gesunde gewesen wäre. Die Lage des Bauernstandes war in Folge der übermäßig hohen Ablösungssummen eine sehr gedrückte; noch 1876 gab es gegen zwei Millionen vormals Leibeigener, die mit ihren Zahlungen im Rückstande waren; in vielen Gegenden kamen wiederholte schlechte Ernten hinzu, um das Elend zu steigern. Andererseits vermehrte sich mit dem Aufschwung der Industrie das städtische Proletariat und in die völlig unreifen Massen wurden nihilistische und socialdemokratische Ideen geschleudert, die schon seit Jahren in der Jugend der höheren Gesellschaftsschichten wucherten. Wo sie sich an das Tageslicht wagten, wie bei den Demonstrationen vor der kasanschen Kathedrale in Petersburg (18. December 1876), wurden sie mit äußerster Strenge unterdrückt; aber das Uebel an der Wurzel zu fassen, gelang nicht, und je bedenklicher die Symptome wurden, um so mehr warf sich die Regirung darauf, diese Symptome wegzuschaffen, statt der Krankheit selbst durch Besserung der bösen Säfte die Nahrung zu entziehen. Attentate und Attentatversuche, wie im Februar 1878 auf Trepoff, Timascheff, Dolgoruki, im August auf Mesenzoff, von anderen minder bekannten Persönlichkeiten zu schweigen, erweckten große Angst in den Regirungskreisen, während die Processe, die aus solchen Frevelthaten hervorgingen, besonders der große Nihilistenproceß, der im October 1877 begann und fünf Monate dauerte, und mehr noch die Freisprechung und Flucht der Wjera Sassulitsch, die den General Trepoff hatte ermorden wollen, den Fanatismus der Nihilisten noch mehr entzündeten. Gewiß mit Recht schob der Kaiser die Schuld zum Theil darauf, daß der Volksunterricht, der sich langsam, aber doch stetig hob, vielfach nicht im rechten Geiste ertheilt werde; er hatte deshalb in einem Erlaß an den Minister der

Volksaufklärung gefordert, daß die Verbreitung religiöser und moralischer Grundsätze die Hauptsache sein müsse, und den Adel angerufen, daß er der Hüter der Volksschule werden möge; in welchen Formen, das bestimmte ein Ukas, der die Verwaltung und Beaufsichtigung des Schulwesens neu regelte. Auch auf die Presse wurde natürlich ein scharfes Auge geworfen und in Anbetracht der verderblichen Schriften, die in den letzten Jahren ohne Censur erschienen seien, schon am 12. Juli 1872 dem Minister des Innern ein ausgedehntes Beschlagnahmerecht ertheilt. Die politischen Processe endlich wurden mehr und mehr den ordentlichen Gerichten entzogen und vor Specialgerichtshöfe verwiesen.

Es würde vielleicht ungerecht sein, um solcher beschränkenden Maßregeln willen, der russischen Regirung den Vorwurf einer engherzigen Reaction zu machen. Unzweifelhaft aber lud sie diesen auf sich durch die maßlose Tyrannei, die sie gegen die verschiedenen Nationalitäten des weiten Reiches übte. Polen und Littauen waren in dieser Beziehung fortgesetzt am schlimmsten daran. Wenn man der polnischen Sprache bisher noch eine gewisse Anwendung vor Gericht gestattet hatte, so sollte dieselbe vom 1. September 1873 an auf die denkbar geringste Ausdehnung beschränkt werden. Ein Jahr später wurde die russische Gerichtsverfassung in dem „Weichselbezirk“, wie man jetzt zu sagen pflegte, eingeführt, womit immerhin der eine Vortheil verbunden war, daß endlich das nach dem Aufstande von 1863 eingesetzte kriegsgerichtliche Untersuchungscomité einging. Gegen den kleinen Adel führte man einen schweren Streich durch einen Ukas vom 17. September 1876, der eine Revision seiner Diplome anordnete. Als polnischer Adel wurde er dadurch mit einem Schlage aufgehoben; Männer, die sich um den Staat verdient gemacht, Beamte und Offiziere sollten in russische Edelleute umgewandelt werden. Es verbietet sich in den Grenzen dieses Werkes von selbst, auf locale Unterdrückungsmaßregeln oder persönliche Verfolgungen einzugehen. Von allgemeinerem Interesse aber war die Beendigung des Ausrottungskrieges, der gegen die unirte griechische Kirche geführt war. Diese hatte sich im Jahre 1595 von der orthodoxen griechischen Kirche getrennt und mit Rom eine Union geschlossen, die ihr die Beibehaltung des griechischen Ritus in weitem Umfange gestattete. Seit geraumer Zeit schon war aber nichts desto weniger eine immer umfassendere Romanisirung von Statten gegangen und die polnische Nationalpartei trachtete ohne Zweifel eben so sehr darnach, das Band zwischen den Unirten und den russischen Orthodoxen ganz zu zerschneiden, wie umgekehrt die Russen seit den vierziger Jahren beflissen waren, die Union mit Rom ganz zu zertrümmern. Seit dem letzten Aufstande waren sie damit wieder energischer vorgegangen; die Orgeln wurden aus den Kirchen entfernt, die katholischen Heiligenbilder verboten, der Gebrauch der russischen Kirchensprache eingeführt. Als

letzte Frist war der 1. Januar 1874 festgestellt. Als aber an diesem Tage gleichwohl in 26 Kirchspielen der Diöcese Chelm die Priester und die Gemeinden dem unirten Ritus treu blieben, schritt das Militär ein und es gab Unruhen, die an einigen Orten zu Blutvergießen führten. Natürlich beutete die katholische Geistlichkeit und die ultramontane Presse des Auslandes diese Vorgänge nach Kräften aus; auch der Papst erließ am 27. Mai 1874 ein Breve an den unirten Erzbischof Sembratowitsch in Lemberg, worin er seinen Klagen freien Lauf ließ. Trotzdem konnte von einer wirksamen katholischen Gegenagitation nicht die Rede sein, da die russische Regirung keinen Widerstand aufkommen ließ; die Widerspenstigsten der Unirten wurden nach Sibirien oder dem Kaukasus geschickt, und Anfang 1876 war die Wiedervereinigung mit der katholischen Kirche vollzogen.

Bei den Kleinrussen oder Ruthenen war dieselbe Maßregel schon unter Nikolaus durchgeführt. Jetzt war man damit beschäftigt, ihnen ihre Sprache zu nehmen, die trotz ihrer nahen Verwandtschaft mit der großrussischen doch eine eigene Literatur besaß und der russischen Nationalpartei deshalb ein Stein des Anstoßes war. Im Mai 1876 erging ein Verbot, kleinrussische Originalarbeiten oder Uebersetzungen zu drucken, theatralische Vorstellungen oder Vorlesungen in kleinrussischer Sprache zu veranstalten oder ruthenische Werke aus dem Auslande (also speciell aus Oestreich) einzuführen. Da nicht weniger als 10 — 12 Millionen Menschen dem kleinrussichen Stamme angehörten, so erschien eine derartige Gewaltthat den Slawophilen unerläßlich, um die Einheit des russischen Volkes herzustellen; die innere Unwahrheit der panslawistischen Idee konnte aber kaum in crasserer Weise constatirt werden.

Auch Finnland und die Ostseeprovinzen hatten fortdauernd unter den Russificirungsgelüsten zu leiden. Die Einführung des obligatorischen Unterrichts in der russischen Sprache und die Aufhebung der Zollgrenze in dem ersteren Lande (1872), die Bedrückung der evangelischen Kirche in Livland, die Verdrängung der einheimischen Beamten, insbesondere auch im Februar 1876 die Aufhebung des Postens eines Generalguvernörs von Esth-, Liv- und Kurland bildeten die hervorragendsten Maßnahmen der unabläßig thätigen russischen Nationalpartei. Was aber von ganz besonderem Werthe für die Unterdrückung der nationalen Besonderheiten zu werden versprach, das war die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, die nach langen und schwierigen Vorbereitungen am 1. Januar 1874 ins Leben trat. Während bisher fast nur der Kleinbürger- und Bauernstand die Last des Waffendienstes trug, sollten fortan alle Stände in allen Provinzen dazu herangezogen werden. Doch erstreckte sich das Gesetz weder auf die Kosacken noch auf die kaukasischen und transkaukasischen Stämme, für die eine abweichende Ordnung bestehen blieb. Mit dem zwanzigsten Jahre mußte

sich jeder dem Loose stellen; die Dienstzeit betrug fünfzehn Jahre, davon sechs bei der Fahne; für die, welche eine höhere Bildung besaßen, wurde diese letztere Zeit in verschiedenen Abstufungen bis auf drei Monate verkürzt; auch wurde ein Freiwilligenexamen eingeführt das zu einer nur zweijährigen Activität berechtigte. An die zehn Reservejahre, die für alle Wehrpflichtigen galten, schlossen sich dann durch Ukas vom 11. November 1876 noch vier Dienstjahre in der Landwehr (Oppoltschenie), die aber nur durch besonderen Erlaß einberufen und dann dem stehenden Heere eingereiht werden sollte. Der Widerstand, auf den die neue Einrichtung stieß, war im Ganzen gering; er beschränkte sich fast ganz auf die deutschen Mennoniten, die zum Theil die Auswanderung vorzogen, und auf die Juden. Bei der ersten Aushebung waren etwas über 700,000 Mann stellungspflichtig; die Zahl der Nichterschienenen betrug kaum 25,000; ausgelost wurden 145,000, darunter nahezu 54,000 Verheiratete. Die Kriegsstärke betrug ohne die Offiziere 740,000 Mann; das Militärbudget belief sich 1876 auf beinah 184 Millionen Rubel.

Der kaiserliche Ukas, durch den die allgemeine Wehrpflicht eingeführt wurde, versicherte natürlich, daß der Zar, wie bisher, so auch fernerhin nicht nach kriegerischem Ruhm trachten werde. Nichts desto weniger hatte es weder früher an militärischen Conflicten gefehlt, noch ließ sich verkennen, daß ernstere in Aussicht standen. Diese letzteren waren von dem Wiederaufleben der orientalischen Frage zu erwarten, die schon während des deutsch-französischen Krieges sich wieder lebhaft in die Erinnerung rief; jene kleineren Verwicklungen wurden durch die Stellung Rußlands in Centralasien herbeigeführt, die thatsächlich einem immerwährenden Kriegszustande glich. Das Programm, das Fürst Gortschakoff in seiner wichtigen Depesche vom 21. November 1864 für die russische Politik in Centralasien aufgestellt hatte, war doch längst überholt worden. Damals setzte der russische Kanzler auseinander, daß es keineswegs im Interesse des Zaren liege, sich von einer Eroberung zur anderen fortreißen zu lassen, daß er vielmehr wünschen müsse, zu festen und haltbaren Grenzen zu gelangen. Diese glaubte er in einer zusammenhängenden Kette von Befestigungen zu finden, die sich vom Aral-See längs dem Syr-Darja über das jüngst eroberte Tschemkend und den Issyk-Kul nach der chinesischen Grenze zögen; dadurch seien die nomadischen Stämme dem russischen Gebiete einverleibt und zu Nachbarn erhalte das Kaiserreich die Chanate von Chokand, Bochara und Chiwa, von deren verhältnißmäßig geordneten Zuständen sich ein friedlicher Handelsverkehr mit seinen civilisatorischen Wirkungen erhoffen lasse. Aber um diesen friedlichen Handelsverkehr zu erzwingen, war dann doch 1868 der Krieg gegen Bochara nöthig geworden, und unverkennbar lag es vor Aller Augen, daß es für den Zaren gar nicht möglich sei, die selbst-

gesteckte Grenze von 1864 wirklich einzuhalten. Die Besorgniß Englands für seine indischen Besitzungen nahm deshalb beständig zu. Wenn das petersburger Cabinet auch nicht daran denke, seinen Einfluß so weit zu erstrecken, meinte Clarendon in einer Depesche vom 27. März 1869, so entziehe sich doch Vieles, was in so entlegenen Gegenden geschehe, seiner rechtzeitigen Einwirkung: leicht könne irgend ein unternehmender General sich mit irgend einem unruhigen oder mißvergnügten indischen Fürsten in Verbindung setzen und dadurch ernste Verwicklungen zwischen Rußland und Großbritannien heraufbeschwören. Als bestes Sicherungsmittel gegen diese Gefahr betrachtete der englische Staatssecretär eine Uebereinkunft, durch welche die beiden Großmächte bestimmte Ländermassen zwischen ihren asiatischen Besitzungen für neutral erklären und sich verpflichten würden, in keiner Weise in die Angelegenheiten derselben einzugreifen. Im Princip war Gortschakoff damit vollständig einverstanden; daß er aber als dieses neutrale Gebiet Afghanistan bezeichnete, konnte den Engländern unmöglich genügen, und Clarendon schlug statt dessen am 17. April 1869 vor, den Oberlauf des Oxus als die Linie zu bestimmen, die keine der beiden Mächte mit ihren Heeren überschreiten dürfe. Allein darauf wollte Rußland nicht eingehen, weil es behauptete, daß Theile von Bochara südlich dieses Flusses lägen und sein Interesse ihm schlechterdings gebiete, dieses Chanat zu schützen, wenn es, wie die Rede gehe, von Schir Ali, dem Emir von Afghanistan, angegriffen werden sollte; auch könne die feindselige Haltung des Chans von Chiwa eine Züchtigung desselben nöthig machen: auf weitere Eroberungen sei es aber dabei nicht abgesehen und auch die Ansiedlung, die eben damals in Krasnowodsk am Kaspi-See, an der alten Mündung des Oxus, begründet wurde, diene nur Handelszwecken. Trotz dieser verschiedenen dunklen Punkte wurden die Verhandlungen in freundschaftlichem Geiste fortgesetzt und durch die Einwirkung Rußlands auf Bochara, Englands auf Schir Ali die Gefahr eines Kampfes zwischen diesen beiden Nachbarn beseitigt; nach Englands Auffassung sollte der Chan von Bochara sogar anerkannt haben, daß er südlich vom Oxus keine Herrscherrechte beanspruchen könne, und Clarendon schlug deshalb wiederholt den Oberlauf dieses Flusses bis zu einem Punkte gleich unterhalb Chodschah Saleh als Grenzlinie vor. Durch den französischen Krieg und die Pontusfrage wurde dann zeitweilig das Interesse von dieser Angelegenheit abgelenkt und erwachte erst wieder lebhafter, als der Streit mit Chiwa brennend und ein neuer russischer Feldzug immer wahrscheinlicher wurde. Die Ursachen des Streites waren dreifacher Art: der Chan beschützte die unruhigen Kirghisen, die dem Namen nach dem Zaren gehorchten, kaufte ihnen und anderen Wüstenstämmen gefangene Russen als Sklaven ab und gefährdete selbst die Reisenden und Kaufleute, die in sein Gebiet kamen. Seid Mehem-

med Rehim, der seit 1870 auf dem Throne saß, erwartete mit Gleichmuth einen Angriff des nordischen Nachbars. Allein als seine Versuche, sich von Bochara, Chokand, Stambul oder Calcutta Hülfe zu verschaffen, scheiterten, und eine russische Expedition, die 1871 unter Oberst Markusoff von Krasnowodsk gegen sein Land vordrang, ihm die Gefahr deutlicher zeigte, suchte er doch einzulenken und schickte im Frühjahr 1872 zwei Gesandtschaften mit dem Versprechen, die russischen Gefangenen freizulassen, nach Orenburg und Fort Alexandrowsk am Kaspi=See. Erst als diese mit wenig beruhigenden Nachrichten zurückkamen, eröffnete er selbst im Herbst die Feindseligkeiten. Rußland deckte sich zunächst durch diplomatische Verhandlungen die Flanke. Es schloß im December 1872 mit den Chanaten Chokand und Bochara Handelsverträge ab und schloß gleichzeitig Freundschaft mit dem mächtigen Jakub=Kuschbegi, der, ursprünglich als chokandischer General die Mohammedaner, welche sich seit 1863 in der Provinz Yünnan und Ostturkestan gegen die chinesische Herrschaft empört hatten, unterstützt, dann aber durch List und Gewalt sich selbst ein bedeutendes Reich mit der Hauptstadt Kaschgar gegründet hatte Anfangs den Engländern zugeneigt, hatte er sich in letzter Zeit Rußland zugewandt und im Mai 1872 mit dem Baron Kaulbars einen Handels= und Freundschaftsvertrag abgeschlossen. England seinerseits hatte diese Vorgänge ängstlich beobachtet. Die Frage der Oxus=Grenze erhielt durch alles, was geschah, offenbar eine sehr große Bedeutung. Bisher war das russische Cabinet einer endgültigen Antwort dadurch ausgewichen, daß es erklärte, General Kaufmann, der Oberstcommandirende in Turkestan, sei mit einer gründlichen Prüfung der Frage beauftragt. Nun aber verlangte Granville am 17. October 1872, daß die Sache endlich erledigt werde und erläuterte die englische Auffassung noch bestimmter dahin, daß er auch die östlich von den Quellen des Oxus gelegenen Provinzen Badakschan und Wakhan als Vasallenstaaten für den Emir von Afghanistan beanspruchte. Wegen dieses letzteren Punktes machte nun Fürst Gortschakoff zunächst Schwierigkeiten; als er aber sah, daß die Stimmung in England durch die chiwanische Expedition sehr gereizt wurde, sandte er im Januar 1873 den Grafen Schuwaloff als besonderen Vertrauensmann des Zaren nach London, ließ durch ihn die bestimmte Erklärung abgeben, daß es sich in Chiwa nicht um Eroberungen handle und erkannte in einer Note vom 31. Januar für Afghanistan die von England geforderte Grenze an.

Im Frühjahr 1873 begann der Feldzug unter Leitung des Generals Kaufmann, der mit der Hauptmacht aus dem vormals bocharischen Taschkent aufbrach; drei andre Colonnen rückten von Orenburg längs dem Westufer des Aral=Sees, von der Kinderli=Bucht am kaspischen Meer und von Krasnowodsk aus vor. Die letztere wurde

jedoch durch die Schwierigkeiten des Wüstenmarsches bald zur Umkehr gezwungen; die beiden mittleren Abtheilungen vereinigten sich nach schweren Strapazen am 24. Mai in Kungrad auf chiwesischem Gebiete, besiegten den Feind bei Chodschaili und zogen auf die Hauptstadt los, die sie am 9. Juni bombardirten. Erst andern Tags kam auch die Taschkenter Colonne und der Oberstcommandirende vor der Stadt an und mit vereinten Kräften wurde dieselbe genommen. Der Friede, der erst am 24. Juli abgeschlossen wurde, machte den Chan ganz von Rußland abhängig; er überlieferte dem Zaren trotz Schuwaloffs Zusicherungen das ganze Gebiet am rechten Oxus-Ufer, freilich mit dem Vorbehalt der Abtretung an Bochara, gab Rußland das ausschließliche Recht der Schifffahrt auf dem Flusse und der Anlegung von Factoreien auch am linken Ufer desselben, gestattete seinen Kaufleuten freien Handel im Chanate, hob die Sklaverei auf und bedang eine Kriegsentschädigung von 2 Millionen Rubeln, zahlbar mit 5 Procent Zinsen binnen 20 Jahren. Nach Ratificirung dieses Vertrages zog General Kaufmann im October ab. Allein hinter ihm erhob sich nun die Bevölkerung gegen den Chan, dem ihre Bezwingung nur durch die Waffen, die Rußland ihm gelassen, und durch die Nähe der russischen Truppen in dem neuerrichteten Fort Alexandrowsk am rechten Oxus-Ufer gelang. Für die Nothwendigkeit, diese Bezirke zu behalten, hatten diese Vorgänge allerdings einen sehr schlagenden Beweis geliefert.

Aber aus der einen Annexion ergab sich in Centralasien stets sofort die andere. Um die räuberischen Stämme der Steppe im Zaume zu halten, wurde im März 1874 die Organisirung einer neuen Provinz, der transkaspischen, beschlossen, die südwärts bis an die persische Grenze reichte, und deren Guvernör, General Lamakin, sofort auch die angrenzenden Stämme der Tekke-Turkmanen in Abhängigkeit brachte. An Bochara trat Rußland allerdings durch einen Vertrag vom 10. October 1873 den südlichsten Theil von Chiwa ab, bedang sich dafür aber volle Handelsfreiheit und die Aufhebung der Sklaverei aus. Der Emir Muzaffareddin stand völlig unter russischer Botmäßigkeit, befand sich aber mitsammt seinem Lande wohl dabei, da der mächtige Nachbar mit starker Hand jede Empörung unzufriedener Häuptlinge gegen seinen Schützling niederhielt. Anders lagen die Dinge in Chokand. Auch hier war der Fürst, Chudajar Chan, russenfreundlich; allein es wurde ihm nicht dieselbe Hülfe zu Theil wie dem Fürsten von Bochara. Vielmehr ließ man die Dinge sich immer ärger verwickeln, und erst als Chudajar im August 1875 von seinem alten Feinde Abderrahman Autobatschi vertrieben und sein Sohn Nasreddin zum Emir erhoben wurde, als dieser darauf den heutigen Krieg gegen Rußland proclamirte und auf Chodschent losrückte, nahm General Kaufmann den Fehdehandschuh auf. Schon Ende August war der

Feind über die Grenze zurückgeworfen, drei Wochen später die Hauptstadt Chokand besetzt und Nasreddin, der sich reuig unterwarf, gegen Abtretung des rechten Jaxartes-Ufers anerkannt. Kaum aber hatten sich die Russen weiter ostwärts gewandt um den Widerstand der besonders feindseligen Kiptschaken um Endidschan herum zu brechen, so ward Nasreddin von Autobatschi zur Flucht nach Chodschent genöthigt. Allerdings schlug nun General Skobeleff die Empörer und die Chokander ersuchten Nasreddin heimzukehren. Allein als er den Versuch dazu machte, wurde er von einem neuen Usurpator, Pulat Beg, zurückgeschlagen, während Autobatschi sich den Russen ergab. Diese wandten sich nun gegen Pulat Beg und trieben ihn im Februar 1876 in das Alai-Gebirge zurück, worauf von allen Seiten Deputationen zu General Skobeleff nach Endidschan kamen um sich zu unterwerfen. Wirklich verfügte ein kaiserlicher Ukas vom 2. März die Einverleibung des ganzen Chanates, Nasreddin wurde in Taschkent, Autobatschi in Orenburg internirt. Damit war Rußland so weit südwärts vorgedrungen, wie es nur irgend konnte, ohne Englands Interessen ganz direct zu schädigen. Bochara und Chiwa waren trotz ihrer Scheinexistenz dem Zaren unterworfen; die Steppen der Turkmanen, die unabhängigen Vasallenstaaten Afghanistans (Balch, Chulm, Kundus, Badakschan, Wakhan u. A.), das Plateau des Pamir bildeten die letzte Barriere gegen Afghanistan, wo England schlechterdings zum Kampfe bereit stehen mußte.

Aber es schien indessen so, als ob der Zusammenstoß der beiden großen Mächte früher noch als in Centralasien an einem näher gelegenen und wichtigeren Punkte statt finden werde. Die orientalische Frage war unverkennbar seit 1870 wieder in Fluß gekommen und Rußland verzichtete auf jene vorsichtige Zurückhaltung, die es ein halbes Menschenalter hindurch fast unausgesetzt beobachtet hatte. Mit dem glücklichen Ausgang der Londoner Conferenz, die ihm seine volle militärische Unabhängigkeit im Schwarzen Meere zurückgegeben, trat es der Pforte gegenüber in eine ganz neue Stellung. Es hatte ihr den augenfälligen Beweis geliefert, daß sein Ansehn in Europa wieder hergestellt sei, daß England der Türkei Hülfe zu bringen nicht wage, Oestreich es nicht wolle, Frankreich nicht könne. Je enger sich dann in der Folge das intime Verhältniß des Zaren zu seinen beiden kaiserlichen Nachbarn ausbildete, um so mehr fühlte sich auch der Sultan angetrieben sich mit Rußland auf einen guten Fuß zu stellen, und es dauerte nicht lange, so war General Ignatjeff der einflußreichste unter den fremden Gesandten am Bosporus. Daß er diese vortreffliche Position nicht dazu benutzen würde, um das türkische Reich durch gute Rathschläge zu kräftigen, lag auf der Hand; aber es bedurfte doch in der That kaum seiner Nachhülfe, um den Verfall des morschen Staats-

wesens, der mit Riesenschritten zunahm, zu beschleunigen. Wenn die russische Politik voll von Hinterhaltigkeit und Heimtücke war und deshalb die schärfste Verurtheilung verdiente, so bewegte sie sich doch in einer Richtung, die dem naturgemäßen Entwicklungsgange der Dinge auf der Balkanhalbinsel durchaus entsprach. Ein kurzer Ueberblick über die jammervolle Lage des türkischen Reiches wird dies bestätigen.

2. Die Türkei.

Sultan Abdul-Aziz war bei seiner Thronbesteigung im Jahre 1861 mit großen Hoffnungen begrüßt worden. Man rühmte ihm die besten Eigenschaften des Alttürken nach, man pries seine Aufrichtigkeit und bewunderte die sorgsame Art, in der er sein Privatvermögen verwaltet hatte; man wußte, daß er aus seinem Abscheu gegen das wüste Treiben seines Bruders und Vorgängers Abdul Medschid kein Hehl gemacht, daß er selbst nur eine Frau hatte und von kräftiger Gesundheit war. Alle diese glücklichen Auspicien erwiesen sich aber schnell als trügerisch; Charakter und Gewohnheiten des neuen Sultans änderten sich mit kaum begreiflicher Schnelligkeit; er entwickelte einen glühenden Haß gegen das Abendland und träumte von einem neuen kriegerischen Aufschwunge des osmanischen Reiches. Um diesen zu ermöglichen verwandte er riesige Summen auf die Ausrüstung der Armee und den Bau von Panzerschiffen. Aus den laufenden Einnahmen, die 1861 ungefähr 180 Millionen Mark betrugen, ließen sich solche Ausgaben nicht bestreiten; schon hatte Abdul Medschid das Beispiel gegeben Anleihen zu machen: in den letzten zehn Jahren seiner Regirung waren etwa 300 Millionen Mark aufgenommen worden. Diesem Vorbilde folgte Abdul Aziz, aber er überbot seinen Vorgänger um das Zehnfache. Die wucherischen Zinsen, die er zahlen mußte, die maßlose Vergeudung, die er sich selbst gestattete, die unersättliche Habgier, mit der er seinen Privatschatz auf Kosten des Staates füllte und selbst an den Gewinnen der Börsenmänner Theil nahm, trieben die auswärtige Staatsschuld bis zum Jahre 1873 auf die Höhe von 2690 Millionen Mark, zu deren Verzinsung und Amortisirung fast 190 Millionen nöthig waren. Eine schwebende Schuld im Inlande, die sich aus Bons für Lieferungen, aus Leibrenten, rückständigen Gehältern u. dgl. zusammensetzte, war nicht viel geringer; sie belief sich Ende 1875 auf 2200 Millionen Mark. Dabei waren die Steuern natürlich beständig erhöht worden; man hatte Salzsteuer und Tabaksregie eingeführt, man schickte sich schon an die Erzeugung und den Verkauf des Brodes und Fleisches zu monopolisiren. Wichtige Gewerbszweige, die Teppichwirkerei, die Seidencultur, der Tabacksbau, die Oelindustrie, die Landwirthschaft überhaupt

waren durch den heftigen Druck schwer geschädigt, zum Theil ruinirt. Das Budget war 1873 in Einnahme auf 375, in Ausgabe auf 389 Millionen Mark gestiegen; aber das scheinbar geringfügige Deficit war eitel Täuschung; um auf die wahren Zahlen zu kommen, hätte man ihm die sämmtlichen Gehälter vom Sultan an bis auf den untersten Beamten, ja alle Ausgaben für Cultus, Unterricht, Justiz, öffentliche Bauten hinzufügen müssen. Um dieses Loch zu stopfen gab es dann wieder kein anderes Mittel als neue Anleihen. Allerdings entschloß sich die Pforte 1873 zu zwei großen Reformmaßregeln: die geistlichen Besitzungen, die sog. Vakuf, sollten säcularisirt und die Binnenzölle zwischen den einzelnen Provinzen aufgehoben werden. Aber der erste Plan blieb auf dem Papiere stehen, der zweite konnte vielleicht mit der Zeit durch Belebung des Handels neue Einnahmen schaffen, zunächst stellte er einen Ausfall von 35,000 Beuteln (3,15 Millionen Mark) in Aussicht. Um dafür Deckung zu bekommen, wurde der drückende Zehnten um ein Viertel erhöht; aber selbst diese Mehreinnahme von mehr als 30 Millionen Mark war nur ein Tropfen auf einen heißen Stein: schon zur Bezahlung des Januarcoupons von 1874 mußte man wieder leihen und bekam in Stambul selbst das Geld (144 Mill. Mark) zu 32—35 Procent. Unmittelbar darauf ging der frühere Finanzminister Sadyk Pascha nach Paris um eine Anleihe von $2^1/_2$ Milliarden Franken abzuschließen. Um den Gläubigern Muth einzuflößen versprach er eine kaiserliche Bank in Constantinopel mit 14 Zweigbanken zu gründen, durch die alle Einnahmen und Ausgaben des Staates gehen sollten; auch wurden die Directoren berufen bei der Aufstellung des Budgets mitzuwirken. Allein selbst das zog nicht mehr; nur einen kleinen Vorschuß von 40 Millionen brachte Sadyk mit heim; für den Rest des Bedürfnisses mußte man wieder zu dem wilden Borgen in Constantinopel seine Zuflucht nehmen; schnell hinter einander folgten Anleihen von 300, 8, 18, $14^1/_2$ Millionen. Das neue Budget, das im Juli 1875 aufgestellt wurde, und das für leidlich aufrichtig galt, berechnete an Einnahmen 430 Millionen Mark (an indirecten Steuern ungefähr 300, an directen 75, an Tributen 15 u. s. f.), an Ausgaben dagegen über 520 Millionen. Darunter eröffnete den Reigen die Staatsschuld mit 270 Millionen, Heer und Flotte mit 100 Millionen Mark, und während der Civilliste 24 zugewiesen waren, mußten sich der Handel, die öffentlichen Arbeiten und der Unterricht zu fast gleichen Theilen mit in Summa 6 Millionen Mark begnügen. Eingehalten werden konnte auch dieses Budget nicht; schon nach ein paar Monaten waren durch den Aufstand in der Herzegowina 36 Millionen verschlungen. Noch einmal gelang es am 25. September 1875 eine Anleihe von 50 Millionen zu 18 Procent, rückzahlbar in vier Monatsraten zu machen. Aber das war auch der

letzte Tropfen, den man dem Staatscredit noch auspressen konnte; man stand vor der baren Unmöglichkeit mehr Geld herbeizuschaffen, und so beschloß denn der Ministerrath am 2. October 1875 den Staatsbankerott zu erklären. Durch Decret vom 7. October wurden die bar auszuzahlenden Zinsen für die nächsten fünf Jahre auf die Hälfte reducirt; für die andere Hälfte sollten Obligationen, die ihrerseits wieder 5 Procent Zinsen trugen, ausgegeben werden. Wie liederlich man selbst bei dieser Gewaltmaßregel wieder verfuhr, zeigte am besten der Umstand, daß man für die genannten fünf Procent Jahr für Jahr dieselbe Summe rechnete, während sie sich doch im zweiten Jahre verdoppeln und bis zum fünften verfünffachen mußte. Uebrigens wurden die Anleihen von 1854 und 1855, die unter Empfehlung der Westmächte aufgenommen worden waren, auf das Andringen Englands der Zinsenreduction nicht mit unterworfen; sonst wurde nur noch eine Ausnahme gemacht: Abdul Aziz selbst ließ sich vom Finanzminister am 1. Januar 1876 für die in seinem Privatbesitz befindlichen 144 Mill. Mark die vollen Zinsen ausbezahlen.

Schon dieser eine Zug lehrt, daß die jammervolle Finanzwirthschaft in erster Linie nicht diesem oder jenem Minister, sondern dem Herrscher selbst zur Last fiel. In der That blieb sich die Vergeudung völlig gleich, wie auch die Minister wechseln mochten: selbst Ali und Fuad Pascha, die dem Sultan doch verhältnißmäßig selbständig gegenüber treten konnten, hatten nichts gebessert. Mit Alis Tode, der am 1. September 1871 erfolgte (Fuad war bekanntlich schon im Februar 1869 gestorben), ging nun obendrein jene Stabilität der Regirung verloren, die während des letzten Jahrzehntes dem Reiche einen gewissen Anschein von Kraft verliehen hatte. Der neue Großvezir und bisherige Marineminister, Mahmud Nedim Pascha, suchte sich theils durch Anlehnung an die russische Botschaft, theils dadurch zu halten, daß er dem Sultan gegenüber in Geldsachen gefügig war; um das zu können, sparte er an anderen Stellen, beispielsweise indem er 5000 Beamte ohne jede Entschädigung entließ. Für sich selbst wußte er dabei um so besser zu sorgen; mehr als eine Untersuchung wurde nach seinem Sturze angestellt um die schamlosen Bestechungen aufzudecken, durch die er sich bereichert hatte; allein da Abdul Aziz in solchen Fällen auch nicht leer ausgegangen war und seinem Getreuen nach wie vor seine ganze Huld bewahrte, so kam bei der Sache nichts Rechtes heraus. Abgesehen von den finanziellen Gründen war der Sultan auch deshalb sehr für Mahmud Nedim eingenommen, weil dieser sich für den Plan hatte gewinnen lassen, die Thronfolgeordnung umzustoßen; denn Abdul Aziz strebte schon seit Jahren danach seinen ältesten Sohn Jussuf Izzeddin Effendi zum Nachfolger zu erklären, während das Hausgesetz den Thron stets dem ältesten Familienmitgliede zuspricht.

Im Frühjahr 1872 war Alles dazu vorbereitet diesen Staatsstreich zu wagen; allein im letzten Augenblicke wurde er doch wieder verschoben, weil der Sultan Furcht vor den Folgen hegte und überdies die meisten Großmächte ihm ernstlich abriethen. Bald darauf wurde Mahmud Nedim durch die vereinten Bemühungen des Khedive und Midhat Paschas gestürzt. Letzterer galt schon seit längerer Zeit in weiten Kreisen für den Staatsmann der Zukunft. Von seiner Energie und seinem staatsmännischen Geschick hatte er als Guvernör von Bulgarien redende Beweise geliefert; durch seine Reformbestrebungen stand er der Partei der Jungtürken nahe, und so abenteuerlich sein Plan, das osmanische Reich in eine constitutionelle Monarchie umzuwandeln, auf den ersten Blick auch erscheinen mochte, so waren doch seine Kenntnisse der gegebenen Verhältnisse und sein praktischer Scharfblick zu groß und zu unbestritten, als daß man eine Idee, die er mit Leib und Seele verfocht, einfach als utopisch hätte bezeichnen dürfen. Seit einigen Jahren hatte er jetzt in Bagdad als Pascha seine Reformpläne zu verwirklichen gesucht; da setzte ihn Mahmud plötzlich ab und verbot ihm nach Constantinopel zu kommen. Allein im Einverständniß mit dem Vicekönig von Egypten wagte er sich doch hin und wurde vom Sultan gut aufgenommen; da nun der Großvezir im Zorne vergaß die schuldigen Rücksichten auf die Laune seines Gebieters zu nehmen und Midhat befahl die Hauptstadt sofort zu verlassen, gelang es diesem den beleidigten Herrscherstolz Abdul Aziz' zu benutzen und demselben am 30. Juli 1872 ganz unerwartet die Absetzung Mahmud Nedims und seine eigene Ernennung zum Großvezir abzugewinnen.

Freilich war sein Triumph nur von kurzer Dauer. Da er es mit seinen Reformen wirklich ernst meinte, hatte er alle Welt zu Feinden, und auf die Gunst des Sultans durfte er vollends nicht rechnen, da er weder in Geldsachen nachgiebig noch der Aenderung der Thronfolge zugethan war. Mit Rußland suchte er sich auf den möglichst guten Fuß zu setzen und schickte den Minister des Aeußern Djemil zur Begrüßung des Zaren nach Livadia; doch konnte er über seine eigentliche Gesinnung dadurch Niemanden täuschen und Ignatjeff rührte natürlich keinen Finger für ihn, als der Sultan, erbittert weil der Vezir ihm Geld verweigerte, ihn am 19. October 1872 durch Mehemed Ruschdi ersetzte. Auch dessen Regiment war von äußerst kurzer Dauer; am 15. Februar 1873 räumte er seinen Platz dem bisherigen Kriegsminister Essad Pascha ein, von dem der Sultan hoffte, daß er die Aenderung der Thronfolge durchführen werde. Noch viel willkürlicher als mit dem Posten des Großvezirs sprang Abdul Aziz mit den Inhabern der einzelnen Ministerien um; es war ein System der Laune und der Augenblicksstimmung, das ihn bald diesen, bald jenen Würdenträger bei Seite schieben oder zu einem andern Amte berufen ließ: so

war Savfet Pascha bespielsweise je zweimal Minister des Handels, des Unterrichts, der Justiz und Präsident des Staatsraths, dreimal Minister des Auswärtigen, dazu noch einmal Botschafter in Paris, während Edhem Pascha in vier Jahren neunmal seine Stellung als Minister, Staatsrath, Gerichtspräsident, Botschafter wechselte und zwischendurch noch einige Mal Monate lang ohne Amt in voller Ungnade war. Der Großvezir Essad behauptete sich grade zwei Monat in seiner Stellung; nachdem er eine große Anleihe zu Eisenbahnzwecken bewerkstelligt und in den letzten Tagen seiner Amtsführung noch die gesammten Häupter der jungen Türkei hatte aufgreifen und ins Exil führen lassen, erhielt er am 16. April den Finanzminister Schirvanizade Mehemed Ruschdi zum Nachfolger. Auf diesen wartete bereits sein College Raschid als Ersatzmann, und als auch der weichen mußte, trat am 13. Februar 1874 Hussein Avni Pascha das oberste Amt an. Nach Gründen für diese tolle Wirthschaft zu fragen fiel bald Niemandem mehr ein; es war, wie ein Correspondent aus Stambul treffend schrieb, als ob Herrn Hüons Horn Alles zwänge sich in wilden Wirbel zu drehen. Daneben hörte man immerfort dieselben Berichte über die jammervolle Finanzverwaltung; aus Bosnien und Bulgarien, aus Creta und Epirus liefen dunkle Nachrichten von einer wachsenden Gährung um; der Sultan aber sonnte sich im Glanze seiner Hoheit, empfing in dem einen Monat August 1873 den Schah von Persien, den egyptischen Khedive und den Fürsten Milan an seinem Hofe, ließ sich von dem fernen Sultan von Atchin auf Sumatra und von Jakub Chan in Kaschgar durch Gesandte als Oberherrn begrüßen und trug nicht einmal Bedenken die Engländer zu erzürnen, indem er in der Umgebung von Aden seine Macht auszubreiten und den Sultan von Lahadsch, einen englischen Schützling, zur Unterwerfung zu zwingen suchte.

Diese Versuche, in Arabien festeren Fuß zu fassen, spielten schon seit einigen Jahren. Dem Namen nach gehorchte ja ohne dies schon die ganze Halbinsel dem Regiment der Pforte, in Wirklichkeit aber waren zahlreiche Stämme ganz unabhängig. Durch die Eröffnung des Suezcanals war es nun erheblich erleichtert worden größere Truppenmassen und Kriegsschiffe ins Rothe Meer und den persischen Golf zu schicken, und es hatte zugleich der Besitz der arabischen Küsten an Werth ungemein gewonnen. Schon Ende 1870 wurden deshalb zwei große Expeditionen geplant, die im nächsten Jahre zur Ausführung kamen. Von Bagdad, wo damals Midhat Pascha Guvernör war, zogen Truppen aus und unterwarfen die Stämme des Nedsched; von Constantinopel aus entsandte Hussein Avni, damals Kriegsminister, die Generale Redif und Achmed Mukhtar um Jemen zu erobern. Das erstere Unternehmen hatte Conflicte mit Persien im Gefolge, da die Türken die Bahrein-Inseln im persischen Golf besetzten, auf die sie nach der

Meinung des Schah kein Recht hatten; die zweite Expedition erregte wie gesagt den Unwillen Englands, das sich in dem Besitz des wichtigen Aden gefährdet sah und zuletzt den bedrängten Scheichs der Umgegend directe Hülfe leistete. Da zu der Zeit, wo diese arabischen Pläne in Angriff genommen wurden, der russische Gesandte sich des größten Einflusses bei der Pforte erfreute, so lag der Argwohn sehr nahe, in ihm den Urheber, jedenfalls aber einen Förderer dieser Unternehmungen zu sehen, die zur Verschlechterung der ohnedies schon so trostlosen Finanzlage bedeutend beitrugen und Conflicte mit dem Auslande nach sich zogen. Mindestens hätte es nicht an Gelegenheit gefehlt, die in Arabien verwandten Kräfte auf näher gelegenen Schauplätzen zu verwenden; denn sowohl in einzelnen Theilen Syriens wie in Kurdistan war der Einfluß der Pforte nicht fester begründet als am Rothen Meer und im persischen Busen; und auch in den europäischen Provinzen war grade das Jahr 1871 reich an Unruhen, die in Albanien zu blutigen Gefechten führten, während es in Bulgarien gelang ihrer ohne offenen Kampf Herr zu werden.

Für den Sultan spielte aber bei den Unternehmungen in Arabien eine gewisse Rivalität gegen den Khedive keine ganz unbedeutende Rolle. Das Verhältniß zu Aegypten war freilich, seitdem der im Jahre 1869 drohende Conflict überwunden war, fast ununterbrochen freundschaftlich. Aber grade im Frühjahr und Sommer 1871 kam es wieder zu sehr gereizten Verhandlungen, weil der Sultan darauf bestand, daß seine Truppen, die aus Arabien zurückkamen, einen längeren Aufenthalt in Aegypten nähmen. In den folgenden Jahren kam der Khedive wiederholt nach Constantinopel, jedesmal reichlich mit Geld versehen, und jedesmal durch ein neues Zugeständniß für seine Freigebigkeit belohnt. Schon 1872 wurden alle die Beschränkungen aufgehoben, die er sich 1869 in Bezug auf die Befestigung des Suezcanals, die Vergrößerung seiner Armee und Flotte, den Abschluß von Anleihen hatte gefallen lassen müssen. Er willigte dafür in die Erhöhung seines Tributes auf 9 Millionen Mark, ja er steigerte ihn 1873 nochmals um die Hälfte, als ein Ferman vom 8. Juni das Recht der Erstgeburt in seiner Familie anerkannte und alle Privilegien, die ihm früher ertheilt waren, in feierlicher Aufzählung nochmals bestätigte. Obendrein räumte der Sultan seinem Vasallen auch das Recht ein, seine Herrschaft nach Süden hin auszudehnen, und Ismaïl machte davon reichlich Gebrauch. Durch eine Expedition, die von Sir Samuel Baker geleitet wurde, ließ er 1873 die oberen Nilländer annectiren und suchte zugleich, wenn auch mit geringem Erfolg den Sklavenhandel dort auszurotten. Im Jahre 1874 unternahm er die Eroberung der Oasen Darfur und Kordofan und setzte sie nicht ohne schwere Kämpfe durch. Wieder ein Jahr später ließ er sich vom Sultan die Herrschaft über Zeyla am

Rothen Meere zusprechen und eroberte von da aus das fruchtbare Emirat Harar mit etwa 2 Millionen Einwohnern. Fast gleichzeitig (im October 1875) begann er ernstlich den unglücklichen Angriff auf Abessinien, mit dessen König Johannes er schon länger in Feindseligkeiten verwickelt war. Aber hier war ihm Nichts als Niederlagen beschieden: schon im November erlitt er eine ernste Schlappe, bei der Munzinger-Pascha seinen Tod fand. Dadurch nicht eingeschüchtert, sandte er sofort seinen Sohn Hassan mit 6000 Mann frischer Truppen nach Massaua; aber diesem erging es noch schlimmer: er wurde im März 1876 gefangen und erlitt, nachdem er ausgelöst war, bei Gura eine zweite Niederlage, in der seine Armee ganz vernichtet wurde und die auch den Verlust von Massaua nach sich zog. Da gleichzeitig die ägyptischen Finanzen in eine schwere Katastrophe geriethen, war es für den Vicekönig unmöglich, das mißlungene Unternehmen mit Nachdruck weiter zu führen.

Mit seinen Finanzen aber stand es in der That kaum besser als mit den türkischen. Nicht die Feldzüge allein und die seit Jahren auf Heer und Flotte verwandten großen Summen, sondern auch viele wirklich bedeutsame Culturaufgaben, die der sanguinische und ehrgeizige Fürst in Angriff genommen hatte, erschöpften seine Cassen. So waren ungemein große Geldmittel auf das Eisenbahnnetz verwandt, das bereits gegen 300 deutsche Meilen umfaßte und bis nach Assuan hinreichte, während in Süden von Chartum aus gleichfalls mit Vermessungen begonnen und für das Jahr 1880 die Vollendung eines Schienenweges, der Central-Afrika mit Aegypten verbinden sollte, in Aussicht gestellt wurde. Post- und Dampferlinien, großartige Hafenbauten, zahlreiche Bewässerungs- und Schifffahrtscanäle verschlangen gleichfalls große Summen und für den Suezcanal war der Khedive ja auch in erheblichem Maße eingetreten. Er interessirte sich deshalb natürlich sehr für die Rentabilität desselben und unterstützte Herrn von Lesseps lebhaft in seinem Sträuben gegen die Höhe der Taxen, die von einer internationalen Conferenz am 6. December 1873 in Constantinopel bestimmt war. Allerdings half ihm das Nichts, da die Großmächte mit Ausnahme Frankreichs unerbittlich waren und die Pforte auf der Ausführung des Beschlusses bestand, dem Herr von Lesseps trotz seiner anfänglichen Drohung den Canal ganz zu schließen sich denn auch im April 1874 fügte. Immerhin war auch so die Verzinsung der Actien noch eine zufriedenstellende und Ismail hatte deshalb in den 177000 Stück, die er besaß, ein Object, das er veräußern konnte, wenn er nicht mehr im Stande war seine Schulden zu verzinsen und zu amortisiren. Dieser Zeitpunkt trat im November 1875, fast unmittelbar nach dem türkischen Bankerotte, ein. Als nun der Vicekönig Anstalt machte, jene Actien bei pariser Bankiers zunächst zu verpfänden, trat England un-

erwartet dazwischen. Der drohende Verfall der Türkei zeigte, wie wichtig es für Großbritannien sei, sich rechtzeitig seinen Einfluß am Suez-Canal zu sichern. Derby erbot sich deshalb, ohne die Ermächtigung des Parlamentes abzuwarten, dem Khedive die Actien für 4 Millionen Pfund abzukaufen, und dieser ging am 25. November mit Freuden darauf ein. Freilich war er dadurch nur aus der dringendsten Noth befreit, denn seine schwebende Schuld wurde durch jene Summe kaum um den vierten Theil verringert. Um nur überhaupt einmal Ordnung in die schier unergründliche Finanzwirthschaft zu bringen erbat er sich darauf von England die Entsendung von Commissaren, die ihm mit ihrem Rathe beistünden. Wirklich beauftragte darauf das Cabinet Disraeli den Generalzahlmeister Cave sich mit einigen anderen Beamten nach Kairo zu begeben. Dieser erstattete nun einen Bericht, in dem er eine gründliche Besserung nur dann für möglich erklärte, wenn der Khedive sich den wucherischen Bedingungen entziehen könne, unter denen er jetzt seine momentanen Verpflichtungen erfülle; die gesammte Schuld, die consolidirte (die sich auf mehr als 1800 Millionen Mark belief), wie die schwebende, die des Staates wie die persönliche des Regenten müsse verschmolzen werden und könne bei dem Aufschwung des Landes immer noch mit 7 Procent verzinst und in 65 Jahren amortisirt werden; doch sei das nur denkbar, wenn die Verwaltung in europäische Hände komme. Auf die Bitte des Khedive gestattete darauf die englische Regirung ihrem Generalcontrollör, Sir Rivers Wilson, in ägyptische Dienste zu treten, worauf Ismaïl am 7. Mai 1876 die Conversion nach Caves Vorschlägen anbefahl und eine Staatsschuldentilgungscasse unter der Leitung ausländischer Commissare einrichtete, an die alle Einkünfte, welche bisher für die Anleihen verpfändet waren, abgeführt werden sollten.

Aber auch dieser Plan konnte nicht durchgeführt werden, und zum Theil wenigstens trat ihm eine andere Institution in den Weg, auf die der Khedive mit Recht stolz war: der oberste Gerichtshof. Dieser war nach langen Verhandlungen mit der Pforte einerseits und andrerseits mit den europäischen Mächten, von denen sich Frankreich lange Zeit sehr abgeneigt zeigte, am 1. Januar 1876 ins Leben getreten, um die bisher von den fremden Consuln geübte Gerichtsbarkeit in Processen zwischen Ausländern oder zwischen Ausländern und Aegyptern zu üben. Bei ihm wurden denn nun auch Klagen von Gläubigern gegen die Daira, die Privatschuld des Vicekönigs, anhängig gemacht, und der Gerichtshof entschied zu ihren Gunsten; ja, als der Khedive die Vollstreckung des Urtheils verhindern wollte, erklärten die ausländischen Richter, daß sie in diesem Falle ihre Thätigkeit sofort einstellen würden. Darauf wollte es Ismaïl nicht ankommen lassen und fügte sich in das Urtheil; zugleich aber war damit die Nothwendigkeit geschaffen, die

Gläubiger zu einem freiwilligen Abkommen zu bewegen. Zu diesem Zwecke traten der frühere englische Minister Goeschen und der Franzose Joubert als Bevollmächtigte auf, und arbeiteten einen Entwurf aus, der die Dairaschuld von der Staatsschuld trennte und die letztere dadurch auf etwa 1200 Millionen Mark verminderte; ihre Amortisation sollte statt zum Nominalwerthe zu 80 Procent erfolgen, die Verzinsung bis 1885 nur 6, von da ab 7 Procent betragen. Die Hauptsache war auch hier wieder, daß die Steuererhebung und Schuldenverwaltung unter die Leitung eines englischen und eines französischen Beamten gestellt wurde. Ehe er sich darauf einließ, machte Ismaïl noch vielerlei Versuche, sich selbst einen größeren Einfluß auf seine finanziellen Verhältnisse zu wahren, Versuche, die von den Comités seiner Gläubiger in London und Paris energisch bekämpft wurden und deren Detail von zu geringem Interesse ist, als daß es hier zur Darstellung gebracht werden könnte. Am Ende blieb dem Khedive doch nichts übrig als sich zu fügen und die ägyptische Finanzverwaltung thatsächlich, wenn auch unter Wahrung der Formen, die ihm als Landesherrn gebührten, den Mandataren seiner Gläubiger zu überlassen.

In seinem Verhältniß zur Pforte bewies sich der ägyptische Vicekönig durchaus loyal und zögerte nicht dem von Rußland bedrängten Sultan ein Hülfscorps unter Führung seines Sohnes Hassan zur Verfügung zu stellen. Die gleiche Unterstützung hätte man von Seiten des Beys von Tunis erwarten sollen, aber sie blieb aus, obgleich das Suzeränitätsverhältniß erst ganz neuerdings wieder ausdrücklich anerkannt war. In Folge eines Conflictes, in den Tunis mit Italien gerathen war, erschien nämlich im Juli 1871 eine türkische Flotte mit einem kaiserlichen Commissar vor der Hauptstadt und legte die Sache dadurch bei, daß sie den Vasallen zur Nachgiebigkeit zwang. Auch mußte derselbe einen Bevollmächtigten nach Constantinopel schicken, mit dem neue Vereinbarungen über die Obliegenheiten des Beys getroffen und insbesondere seine Verpflichtung, der Pforte im Kriegsfall Schiffe und Truppen zu stellen neu geordnet wurde. Ein Ferman vom 24. October 1871, der diese Bestimmungen zusammenfaßte, sollte fortan als Grundlage der gegenseitigen Beziehungen dienen. Als er aber hätte zur Ausführung kommen müssen, erwies er sich als ein todter Buchstabe, und Tunis durfte mit Recht als ein von der Türkei eigentlich schon ganz abgelöstes Glied betrachtet werden, das über kurz oder lang, sobald nur die Rivalität Italiens es zuläßt, von Frankreich verschluckt und mit Algier verbunden zu werden bestimmt scheint.

Kehren wir nach diesen Abschweifungen nach Stambul zurück, so war dort mit Hussein Avni Paschas Ernennung eine gewisse Ruhe und Sammlung eingetreten. Der neue Vezir war ein Mann von eiserner Energie, der auch dem halb sinnlosen Abdul Aziz zu imponiren wußte;

eine glückliche Hand hatte er aber nicht. Gegen das Finanzelend anzukämpfen war eben schlechterdings unmöglich geworden; überdies brach eine furchtbare Hungersnoth in Klein-Asien, eine entsetzliche Fieberepidemie und hinterdrein die Cholera in Syrien aus. Mit Oestreich kam es zu vielfachen Mißhelligkeiten: die Pforte erhob Einspruch gegen einen Handelsvertrag, den man in Wien mit Rumänien abschließen wollte; sie schickte sich an, die lange schwebende Frage, wo das türkische Eisenbahnnetz mit dem östreichischen verbunden werden sollte, im Gegensatz zu den östreichischen Wünschen zu entscheiden; dazu entstand neben den Unruhen in Bosnien ein ernstliches Zerwürfniß mit Montenegro durch das Blutbad von Podgoritza, dessen weiterhin noch zu gedenken ist, und wenn dieser Streit schließlich auch beigelegt wurde, so hatte er doch dem Vezir in den Augen des östreichischen Cabinets ernstlich geschadet. Einige Wochen später, am 26. April 1875, mußte er in Folge dessen zurücktreten, und Essad Pascha nahm seinen Platz ein. Damit war das verhältnißmäßig feste Regiment der letzten Monate wieder zu Ende; es schien unmöglich, daß sich die Dinge in Constantinopel überhaupt wieder consolidiren ließen, wenn selbst ein so entschlossener Mann wie Hussein Avni sich nicht behaupten konnte. Selbst in England erhoben sich jetzt gewichtige Stimmen, die zunächst vom Standpunkte der türkischen Gläubiger aus mit dem Regime in Constantinopel ganz aufräumen wollten: so Farley, ein gründlicher Kenner des Orients, der allen Ernstes vorschlug, der Sultan solle sein europäisches Reich an Oestreich und Rußland verkaufen und sich nach Asien zurückziehen: alle Anzeichen deuteten darauf, daß die Katastrophe nicht lange mehr ausbleiben werde.

Den wichtigsten Factor mußten, wenn es zum Zusammensturze kam, natürlich die christlichen Stämme in der europäischen, zum Theil auch in der asiatischen Türkei bilden. Daß auf ihnen ein harter Druck lastete, stand außer Zweifel; wohl aber wurde vielfach bestritten, daß dieser Druck sie schwerer treffe als die muhamedanischen Unterthanen des Sultans. Von einer Verfolgung um des Glaubens willen konnte in der That ernsthaft nicht die Rede sein; ihre politische Gleichberechtigung mit den Muhamedanern stand ja freilich nur auf dem Papier und mancherlei Beschränkungen waren sie allerdings auch in Bezug auf ihren Cultus unterworfen; aber lästiger als beispielsweise in Rußland waren dieselben doch nicht, und in den beiden kirchlichen Fragen, die besonders viel von sich reden machten, der bulgarischen und der armenischen, war die Haltung der Pforte keineswegs tadelnswerth. Der armenische Streit hatte schon eine lange Vorgeschichte. Rom bemühte sich bereits vor dem vaticanischen Concil, den katholischen Armeniern dasjenige Maß kirchlicher Selbständigkeit, das sie auf Grund der Beschlüsse des florentiner Concils von 1439 besaßen, zu entreißen und

diese Bestrebungen waren seit der Erklärung der päpstlichen Unfehlbarkeit noch eifriger geworden. Die Armenier aber verharrten in ihrem Widerstande und proclamirten ihn besonders durch eine Erklärung des Clerus vom 26. October 1870. Die türkische Regirung hatte zu diesen Streitigkeiten von Anfang an eine ganz klare Stellung genommen. Als der Papst 1857 aus eigener Machtvollkommenheit einen armenischen Primas in Constantinopel ernannte, den Monsignore Hassun, war demselben zwar vom Sultan die Bestätigung ertheilt, aber unter voller Wahrung der Rechte, welche den Vorständen der armenischen Gemeinden in Vermögens- und anderen weltlichen Angelegenheiten zuständen. Die armenischen Bischöfe, die den Patriarchen von Cilicien als ihren Primas verehrten, hatten ihn überhaupt nicht anerkannt und protestirten am 14. Februar 1871 dagegen, daß Papst Hassun auch mit dem Patriarchate bekleidete. Die Curie sandte darauf den Cardinal Franchi nach Constantinopel um die Pforte zum Einschreiten zu bewegen, aber nach sechsmonatlichen Verhandlungen mußte derselbe im November 1871 unverrichteter Dinge zurückkehren; ja Mahmud Nedim ging noch einen Schritt weiter und forderte die Armenier am 1. Mai 1872 zur regelmäßigen Wahl eines Patriarchen auf, die dann einige Wochen später auf Kupelian, Bischof von Diarbekir, fiel. Da Hassun sich nicht fügen wollte, so wurde er im Juli aus dem Reiche verwiesen und begab sich nach Rom. Im Grunde war damit die Sache erledigt. In Folge der eifrigen Unterstützung, die Frankreich den Hassunisten zuwandte, machte die Pforte jedoch später (22. Februar 1874) in soweit ein Zugeständniß, daß sie die Hassunisten als eine besondere Secte anerkannte und ihr einen Theil des armenischen Kirchenvermögens zusprach; die Patriarchatskirche in Constantinopel aber wurde den Kupelianisten überwiesen.

Von noch größerer politischer Bedeutung war die bulgarische Kirchenfrage, weil hier der nationale Gegensatz zwischen Griechen und Bulgaren zum Austrag kam. Seit etwa 100 Jahren hatte das griechische Patriarchat in Constantinopel die kirchliche Selbständigkeit der Bulgaren, die in zwei Exarchen verkörpert war, vernichtet, und seitdem unausgesetzt an der Hellenisirung dieser Nation gearbeitet. Obgleich das nun zu keiner Zeit den Wünschen Rußlands wirklich entsprach, so hatte man doch von Petersburg aus die Sache nicht beachtet, so lange man die Basis für jede Einmischung in die türkischen Angelegenheiten mehr in der Religion, als in der Nationalität suchte. Einerseits das mächtige Erstarken des Nationalitätsprincips, das in Rußland die Bildung der panslawistischen Partei zur Folge hatte, andererseits der Groll darüber, daß Griechenland im Krimkriege nicht um jeden Preis für das Zarenreich eingetreten war, brachte aber Ende der fünfziger Jahre eine Schwenkung zu Wege, die bald zu dem Auftauchen der bulgarischen

Kirchenfrage führte. Besonders seit Ignatjeff 1865 als Gesandter in Constantinopel erschienen war, wurde das Verlangen der Bulgaren nach einem eigenen Patriarchen immer lauter und bald fand man, daß der neue Diplomat es offen begünstigte. So lange Ali Pascha am Ruder war, konnte er jedoch nicht viel erreichen: die Pforte stand eher zu dem griechischen Patriarchen; doch bewirkte schon der Aufstand in Creta und die kriegerische Haltung des Cabinets von Athen eine Hinneigung zu den Bulgaren, und im Jahre 1870 bewilligte der Sultan im Princip die Wiederbegründung eines selbständigen Exarchates. Eine Notabeln=versammlung, die im Februar 1871 nach Constantinopel berufen wurde, entwarf eine kirchliche Ordnung, gegen die der griechische Patriarch Gregor VII., von Rußland und Serbien im Stich gelassen, vergebens protestirte und an ein öcumenisches Concil appellirte. Als dann im September 1871 Mahmud Nedim Großvezir wurde, machte sich der Einfluß Ignatjeffs zu Gunsten der Bulgaren noch stärker geltend; sie durften sich im Februar 1872 ihren neuen Exarchen wählen und dieser, der Bischof Anthimos von Widdin, wurde vom Sultan sofort bestätigt. Zu spät suchte nun der griechische Patriarch einzulenken; seine Anerbietungen wurden abgelehnt und die Excommunication, die er im Mai mit Zustimmung eines Concils über Anthimos und drei andere Bischöfe verhängte, blieb wirkungslos; der Patriarch von Jerusalem, den Ignatjeff erkauft haben sollte, legte sogar Protest dagegen ein, freilich zu seinem eigenen Schaden, da ihn seine eigene Synode deshalb absetzte. Aber die bulgarische Kirche behauptete ihre Selbständigkeit und der Bruch zwischen den beiden Nationalitäten war zur bittersten Feindschaft erweitert worden. Auf die Treue der Bulgaren konnte die Pforte freilich trotzdem nicht rechnen; vielmehr liefen eigentlich unaufhörlich nördlich wie südlich vom Balkan die aufrührerischen Proclamationen des bulgarischen Nationalcomités um, das schon im Jahre 1871 seinen Landsleuten verkündete, die Stunde der Erhebung stehe nahe bevor. Das treibende Motiv war eben hier sowohl wie bei der übrigen Rajah einerseits der schwere materielle Druck, der in Bulgarien seit der Ansiedlung roher und fanatischer Tscherkessen besonders unerträglich geworden war, andererseits das erwachende Nationalgefühl, das den Türken gegenüber ja naturgemäß auch eine religiöse Färbung annahm. Wenn Rußland die letztere aus alter Gewohnheit und wohl auch um seine Abneigung gegen die Griechen etwas zu verhüllen, nach wie vor in besonders hellem Lichte strahlen ließ, so konnte es dadurch doch weder Europa noch die nicht=slawische Rajah täuschen. Die Umwandlung der früher überwiegend religiösen in eine überwiegend nationale Opposition war eine Thatsache geworden und bildete auf alle Fälle einen bedeutenden Fortschritt zum Besseren, weil dadurch — trotz aller panslawistischen Redereien — die Aussichten Rußlands auf eine unbedingte Herr=

schaft über die Balkanhalbinsel erheblich geschmälert wurden. Selbst die Serben und Bulgaren, vollends aber die Rumänen und Griechen erhielten dadurch dem Zarenreiche gegenüber eine ungleich vortheilhaftere Stellung, und für Oestreich, dessen Bestand ja unverkennbar durch das erstarkende Selbstbewußtsein dieser kleinen Nationalitäten und durch ihre Begierde, sich mit den Stammesgenossen nördlich der Donau und Sau zu vereinigen, gefährdet werden konnte, ergab sich andererseits jetzt doch auch die Möglichkeit, selbst eine leitende Rolle zu spielen und den viel verspotteten und vor der Hand ja noch wenig greifbaren Gedanken einer Donau- und Balkanconföderation unter seiner eigenen Hegemonie zum Leitstern seiner Politik zu machen. Wenigstens für den Westen der Halbinsel gestand ihm Rußland diese Rolle schon jetzt ohne viele Umschweife zu; und Andrassys ganze fernere Haltung gestattet wohl die Annahme, daß er dieses Zugeständniß nur deshalb, gleichsam widerwillig, sich aufdrängen ließ, weil er nicht durch allzu beeifertes Zugreifen die Ansprüche auf den Osten, den Rußland sich selbst zu reserviren wünschte, voreilig preisgeben wollte.

3. Griechenland und die Vasallenstaaten.

Auffallend gemäßigt benahmen sich seit 1869 die Griechen, sowohl die ottomanischen Unterthanen wie die im Königreiche. Theils hatten sie durch den unerfreulichen Ausgang der cretensischen Erhebung Vorsicht gelernt, theils nahmen die inneren Parteikämpfe und die Conflicte mit anderen Regirungen sie völlig in Anspruch. Noch in das Jahr 1870 fiel das ernste Zerwürfniß mit England, das Räuber in der Gegend von Marathon durch die Gefangennahme des Lord Muncaster und die Ermordung einiger seiner Reisegefährten veranlaßt hatten; dann brachte das nächste Jahr den Laurion-Streit mit Frankreich und Italien. Angehörige dieser beiden Länder hatten in den letzten Jahren die Grundstücke erworben, auf denen die massenhaften Schlacken der alten Silberbergwerke lagen, und hatten in großartigem Umfange begonnen, aus diesen Schlacken Blei zu gewinnen. Alle gesetzlichen Bedingungen waren vollständig erfüllt und das Geschäft nahm einen glänzenden Aufschwung. Da erwachte der Neid bei den Griechen und die Kammer beschloß, diese Bleischmelzen mit einer enormen Steuer zu belegen, ja dieser Steuer rückwirkende Kraft zu geben, so daß beinahe zwei Millionen Franken nachzuzahlen wären. Allein selbst diese Beraubung genügte ihnen noch nicht; ein zweites Gesetz erklärte alle Schlacken für Staatseigenthum und bestimmte, daß ihre Ausbeutung nur solchen Gesellschaften übertragen werden dürfe, die dem Staate mindestens drei Fünftel des Reingewinns zahlten. Gegen solche Willkür legten Frankreich und Ita-

lien Protest ein und verlangten eventuell für ihre geschädigten Unterthanen eine Ersatzsumme von 16 Millionen Drachmen. Darüber entspannen sich nun lange Verhandlungen, die um so schleppender wurden, als nach griechischer Sitte alle paar Monate das Ministerium wechselte. Waren doch in den ersten acht Jahren nach der Thronbesteigung des Königs Georgios acht verschiedene Premiers zusammen neunzehn Mal am Ruder gewesen, vier von ihnen je ein Mal, Zaimis zwei, Deligeorgis drei, Komunduros vier und Bulgaris fünf Mal. Jetzt machte Komunduros im November 1871 wieder Zaimis Platz und dieser wurde im folgenden Januar durch Bulgaris gestürzt. Dem letzteren gelang es, mit der Laurion-Gesellschaft ein gütliches Abkommen zu vereinbaren, aber obgleich er sich durch Neuwahlen eine starke Mehrheit gesichert zu haben glaubte, verweigerte ihm doch die eigene Partei den Gehorsam und zwang ihn dadurch im Juli 1872 zum Rücktritt. Sein Nachfolger wurde Deligeorgis, der alle Verhandlungen mit der Gesellschaft, ja auch mit den beiden Gesandtschaften abbrach und die ganze Sache an die Gerichte verweisen wollte. Dagegen protestirten Frankreich und Italien in identischen Noten und ließen Kriegsschiffe im Piräus erscheinen; auch Oestreich mahnte zur Nachgiebigkeit und war geneigt, ein Schiedsrichteramt anzunehmen. Deligeorgis aber fühlte sich außer Stande, mit irgend einem einlenkenden Vorschlage bei der Kammer durchzudringen und ließ sich deshalb am Schluß des Jahres vom König zur Auflösung derselben ermächtigen. Auch die Neuwahlen brachten ihm nun freilich keine sichere Mehrheit, aber er rechnete darauf, daß die anderen drei Parteiführer sich nicht würden vereinigen können, und vermittelte in dieser Hoffnung einen Verkauf der Laurionbergwerke an eine griechische Gesellschaft, der denn auch als bester Ausweg aus der Sackgasse am 2. August 1873 die Genehmigung der Kammer erhielt.

Mancherlei Conflicte mit dem Könige, der sich weigerte, den russischen Privatsecretär seiner Gemahlin zu entlassen, und mit der studentischen Jugend von Athen, der das Ministerium die Erlaubniß zur Bildung einer akademischen Legion verweigerte, bildeten das Vorspiel zu dem Sturze des ungewöhnlich langlebigen Cabinets: er erfolgte am 19. Februar 1874 durch die Kammer, die Zaimis zu ihrem Präsidenten wählte. Bulgaris, der nun wieder an die Reihe kam, quälte sich erst ein paar Monate mit der bisherigen Volksvertretung herum, ließ dann die Kammer wieder einmal auflösen und blieb am Regiment, obgleich seine Partei nicht die Mehrheit hatte, sondern nur 86 unter 190 Stimmen zählte. Im Einverständniß mit dem Kammerpräsidenten ließ er das Budget am 12. December 1874 in einer Sitzung bewilligen, die gar nicht beschlußfähig war, und war im Stande, diesen Beschluß ein paar Tage darauf, als die Opposition ihn wieder umstürzen wollte, mit 86 gegen 61 Stimmen aufrecht zu erhalten. Nun

stellten 58 Abgeordnete ihre Thätigkeit in der Kammer ein und diese war in Folge dessen niemals in der gesetzlichen Zahl (96) versammelt; trotzdem faßte sie einen Beschluß nach dem anderen, indem sie durch eine andere Interpretation der Verfassung dahin gelangte, die Anwesenheit von 82 Mitgliedern für ausreichend zu erklären. Unter den so genehmigten Vorlagen befand sich auch die mit Deutschland geschlossene Convention über die Ausgrabungen in Olympia. Bis in den April 1875 schleppten sich die Dinge so fort; man glaubte allgemein, der König beabsichtige einen Staatsstreich oder werde abdanken, denn unmöglich konnte dieses Rumpfparlament so weiter wirthschaften. Nach langem Schwanken kam Georgios jedoch zu einem anderen Entschluß; er wandte sich an keinen der großen Parteiführer, sondern zuerst an Konduriottis, den Gesandten in Paris, dann, da dieser ablehnte, an Trikupis, der früher schon Minister des Auswärtigen gewesen und 1871 zum Gesandten bei der Pforte designirt, von dieser aber zurückgewiesen war. Er gehörte der äußersten Linken an und hatte den König persönlich in der Presse sehr scharf angegriffen; in der Kammer stand er fast allein und unter seine Collegen nahm er Lombardos, einen erklärten Republikaner von den ionischen Inseln, auf. Kein Wunder also, wenn das neue Cabinet von allen Seiten mit dem größten Erstaunen begrüßt wurde. Daß es auf Sympathie nicht rechnen könne, zeigten die Neuwahlen im August 1875, die nur dreißig seiner Anhänger in das Parlament brachten, während Komunduros doppelt so stark, Deligeorgis mit vierzig und Zaimis mit dreißig Parteigenossen erschienen; Bulgaris hatte es freilich nur auf siebenzehn gebracht. Bis zum Ablauf der Wahlprüfungen blieb Trikupis noch im Amte, dann berief der König Komunduros, dem Zaimis und Deligeorgis ihre Unterstützung versprachen; am 27. October 1875 trat das neue Cabinet sein Amt an.

Wie nicht anders zu erwarten, wurde nun ein förmlicher Feldzug gegen Bulgaris ungesetzliche Verwaltung eröffnet. Einunddreißig Beschlüsse der damaligen Kammer wurden umgestoßen, zum großen Theil freilich nur, um von Neuem angenommen zu werden. Zwei Minister des früheren Cabinets wurden angeklagt, weil sie einige Bischofssitze, die gerade vacant geworden waren, für 56,000 Drachmen verkauft hatten; beide wurden von den Gerichten für schuldig befunden und im April 1876 zu Gefängnißstrafen verurtheilt; die betreffenden Bischöfe kamen mit schweren Strafgeldern und mit dreijähriger Suspension davon. Ein rein politischer Proceß gegen das ganze Ministerium Bulgaris endete nach Jahresfrist, am 3. December 1876, mit der Freisprechung durch den Staatsgerichtshof, der sich damit begnügte, ihnen eine Rüge zu ertheilen. Zwischen Komunduros und der Kammer erhielt sich im Ganzen das gute Einvernehmen ungetrübt. Die begin=

nenden Unruhen in den slawischen Provinzen der Türkei spannten die Aufmerksamkeit und das Interesse aller Parteien aufs höchste; zu vorschnellem Eingreifen aber war keine von ihnen geneigt, da Sympathie für die Slawen und vollends für die Bulgaren in Hellas nicht zu finden war. Dagegen stand es überall fest, daß man sich auf die Benutzung jeder günstigen Gelegenheit vorbereiten müsse. Ob zu diesem Zwecke auch die Rundreise an den europäischen Höfen dienen werde, die König Georgios im April 1876 antrat, schien allerdings mehr als zweifelhaft; viele Griechen sahen darin nur eine verkappte Flucht, oder sie legten dem Könige die Absicht unter, als Preis für seine Rückkehr eine Verfassungsänderung zu fordern. Beide Vermuthungen erwiesen sich jedoch als irrig, als der Monarch im November wieder in Athen eintraf: ob mit irgend welchen Aussichten auf Vortheile, die seinem Lande aus den türkischen Wirren erwachsen könnten, mußte dahin gestellt bleiben.

Das Ministerium und die Kammer hatten sich in der Zwischenzeit viel mit Heeresreformprojecten beschäftigt. Das Verdienst, sie angeregt zu haben, fiel noch Trikupis zu, der auch die Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht bereits empfohlen hatte. Das Ueble war nur, daß es den Griechen immer an Geld fehlte. So kam man denn nicht viel weiter, als daß einige tausend ausrangirter Gewehre in Deutschland gekauft und durch den Oberst Koronaeos die Nationalgarde zu einer Art Landwehr umgewandelt wurde. Erst nach der Rückkehr des Königs wurden gewichtigere Beschlüsse gefaßt; am 17. November 1876 erklärte die Kammer umfassende Rüstungen für unerläßlich, und einige Tage später genehmigte sie die Organisation von 200,000 Mann in Linie, Landwehr und Bürgerwehr. Als es sich dann aber darum handelte, neue Steuern zu bewilligen, hörte der Enthusiasmus und die Einigkeit auf; die Kammer spaltete sich in zwei gleiche Hälften, und das Ministerium sah seine Vorlage mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt. Das veranlaßte Komunduros am 5. December 1876 zum Rücktritt; allein Deligeorgis, dem der König die Bildung des neuen Cabinets übertrug, wurde sofort mit einem ganz unzweideutigen Mißtrauensvotum empfangen, und schon acht Tage später war Komunduros wieder im Amte und erhielt die Bewilligung zu einer Anleihe von zehn Millionen Drachmen für Rüstungszwecke. Uebrigens hatte er schon früher (im October) erklärt, daß er, wenn die Zeit zum Handeln gekommen sei, dem Könige rathen werde, ein Ministerium aus allen Parteien zu bilden, und wenn die Verhältnisse auch eben damals durch die Conferenz in Constantinopel ein friedlicheres Aussehen gewonnen hatten, so war es doch nur ein kurzer Verzug, der den Tag, wo er sein Wort einzulösen hatte, um einige Monate hinausschob.

Von den europäischen Vasallenstaaten der Türkei hatte Rumänien

durch seine Lage und durch die Person seines Fürsten eine besonders vortheilhafte Stellung der Pforte gegenüber. Wenn die politischen Zustände trotzdem recht unerfreulich waren, so lag die Schuld fast ausschließlich an dem verkommenen Parteiwesen, das durch die blinde Nachbeterei unverstandener europäischer Schlagworte den langsamen, gedeihlichen Fortschritt fast unmöglich machte, und um die Jahreswende 1870/71 eine so beängstigende Höhe erreichte, daß Fürst Carol ernstlich den Gedanken erwog, seine Krone niederzulegen. Er meinte nicht mit Unrecht in einem Privatbriefe, der an die Oeffentlichkeit drang, sein Land habe die freieste, ja eine fast republikanische Verfassung, aber das Volk entbehre der Tugenden, die eine solche Verfassung erfordere. In der Kammer herrschte die Partei der Rothen unter Bratianos Führung, als Ministerpräsident war dem Fürsten Ende December 1870 Joan Ghika, der Exfürst von Samos, aufgedrängt, dessen ganzer Ehrgeiz dahin ging, sich selbst an Carols Platz zu schwingen. Zu diesem Zwecke wurde ein Aufstand geplant, der am 22. März 1871 ausbrechen und mit einem Angriff auf die zu einem Festmahl am Geburtstag ihres Kaisers versammelten Deutschen beginnen sollte. Der Anfang verlief denn auch ganz programmgemäß; stundenlang wurden die Deutschen, der Generalconsul von Radowitz unter ihnen, von dem Pöbel belagert und mit Steinen bombardirt. Allein zu dem Zug nach dem Palaste des Fürsten kam es nicht, weil die Bewohner der Vorstädte ihre Mitwirkung verweigerten: Ghika mußte sich entschließen, dem Rufe des Generalconsuls zu folgen und durch Truppen der Belagerung des Festsaales ein Ende zu machen. Radowitz aber begab sich gleich nach Mitternacht zum Fürsten und verlangte die Entsetzung Ghikas und des Polizeimeisters. Diesem Verlangen entsprach Carol sofort, berief dann aber die drei Männer, die ihm 1866 als Regenten die Herrschaft übergeben hatten, Catargiu, Golesco und Haralambi (der dem Rufe nicht folgte) und theilte ihnen seinen Entschluß abzudanken mit. Auf ihre dringenden Bitten, diesen Schritt wenigstens noch hinauszuschieben, ging er erst ein, als Catargiu sich bereit erklärte, ein conservatives Ministerium zu bilden, in dem besonders der Kriegsminister Florescu für den Fürsten eine zuverlässige Stütze bildete. Die Kammer begrüßte dieses Cabinet allerdings sofort mit einem Mißtrauensvotum, aber der Senat empfing es mit lautem Beifall und das Land, das durch Neuwahlen um seine Meinung befragt wurde, erklärte sich gleichfalls für den Fürsten und die conservative Partei. Da überdies Deutschland und Oestreich sehr lebhaft in den Fürsten drangen, um ihn zum Ausharren zu bewegen, so gab dieser seine Rücktrittsgedanken auf und eröffnete die neue Kammer am 4. Juni 1871 mit einer sehr hoffnungsvollen Thronrede. Wirklich zeigten die inneren Parteiverhältnisse von nun an geraume Zeit hindurch eine Stetigkeit und Mäßigung, wie

man sie lange nicht gekannt hatte. Schwierigkeiten anderer Art aber gab es unausgesetzt in großer Anzahl zu überwinden. Den arg zerrütteten Finanzen wurde durch Einführung des Tabacksmonopols und der Stempeltaxe etwas aufgeholfen. Mit der Eisenbahngesellschaft, die, wesentlich aus deutschen Actionären bestehend, unter Strousbergs Aegide die Concession zum Ausbau des rumänischen Bahnnetzes erhalten hatte, kam es, da sie ihre Verpflichtungen nicht erfüllte, zu ernsten Conflicten. Ein Vergleich, den die Regirung im Juni 1871 mit Strousberg vereinbarte, scheiterte an dem Widerspruch der Kammer; diese beschloß vielmehr, daß ein Schiedsgericht berufen werden solle, um die Strousbergsche Concession für erloschen zu erklären, was in der That im October geschah. Die Regirung ergriff darauf Besitz von den bereits fertig gestellten Bahnen und knüpfte mit den Obligationsinhabern Verhandlungen an, die zu einem Vertrage führten, kraft dessen jene sich zu einer Actiengesellschaft constituirten und die Vollendung der Bahnen auf ihre Rechnung übernahmen, wogegen die rumänische Regirung sich zur Zahlung von 7½ Procent Zinsen verpflichtete. Nachdem die Kammern Anfang Januar 1872 eine Gesetzesvorlage dieses Inhalts angenommen und auch die berliner Gesellschaft ihre Zustimmung ertheilt hatte, war die unerquickliche Sache endgültig erledigt.

Unmittelbar darauf gaben die Judenverfolgungen, die in Rumänien periodisch wiederzukehren pflegten, zu sehr ernsten diplomatischen Vorstellungen Anlaß; der nicht bezweifelte gute Wille des Fürsten und des Ministeriums wandten jedoch die drohende Einmischung der Pforte und der Schutzmächte glücklich ab. Ernstlichere Zerwürfnisse mit der Türkei drohten daraus zu entspringen, daß diese den Rumänen das Recht, Handelsverträge mit dem Auslande zu schließen, bestritt. Sie zog dabei aber sehr entschieden den Kürzeren; denn Oestreich, das am stärksten an der Sache interessirt war, ließ am 21. October 1874 in Constantinopel erklären, daß es ohne Rücksicht auf den Einspruch der Pforte einen Vertrag mit Rumänien abschließen werde, und daß es dem Fürsten nicht einmal rathen könne, zuvor die Erlaubniß des Sultans einzuholen; Rußland und Deutschland äußerten sich in demselben Sinne und der Vertrag wurde wirklich vollzogen.

Bei den Neuwahlen des Jahres 1874 behauptete die conservative Partei ihre Mehrheit, und das Ministerium Catargiu, in dessen Schoße Ende 1873 allerdings einige Personenänderungen vorgenommen waren, erfreute sich fortdauernd der Unterstützung des Senates wie der zweiten Kammer, deren Präsident Demeter Ghika seit den Wahlen von 1871 regelmäßig mit großen Majoritäten auf seinem Ehrenposten bestätigt wurde. Daß dieser einflußreiche Mann von strengconservativer und friedliebender Gesinnung Ende Februar 1876 mit der Regirung brach, weil er ihre Forderungen zur Deckung eines Deficits, das durch die

schlechte Geschäftslage des Jahres 1875 herbeigeführt war, nicht billigte, brachte endlich das Ministerium Catargiu nach fünfjähriger Amtsführung zu Fall. Doch werden wir dieser Ereignisse und der weiteren Entwickelung, die daraus hervorging, besser erst an späterer Stelle gedenken. So viel hatte Catargiu jedenfalls durch seine ungewöhnlich lange Verwaltung erreicht, daß die Zustände in Rumänien consolidirter waren als je zuvor. Zu einer selbständigen Politik war das kleine Land natürlich zu schwach; aber stark genug war es, um nicht zum willenlosen Werkzeuge Rußlands herabzusinken, sondern sein eigenes Interesse muthig, wenn auch am Ende erfolglos, gegen den übermächtigen Nachbar zu verteidigen. Schon in dem ersten Acte des großen Dramas, das sich nun bald auf der Balkanhalbinsel abspielen sollte, war diese unerwartet selbständige Haltung Rumäniens ein Moment, das die Aufmerksamkeit des Politikers in hohem Grade erregen mußte; ungleich bedeutsamer aber verspricht es noch für die späteren Acte zu werden: eine der wichtigsten Potenzen, auf die Rußland zu rechnen pflegte, hat sich als mehr denn bloße Schachfigur, hat sich als Individualität mit eigenem Willen erwiesen.

Mit Serbien verhielt es sich gerade umgekehrt. Hier lag die politische Macht, seit Fürst Michael 1868 ermordet war, mehrere Jahre in den Händen der drei Regenten Blasnavatz, Ristitsch und Gavrilovitsch, die sich Anfangs mehr zu Oestreich hielten, allmälig aber wieder ganz zu Rußland überschwenkten, eine Wendung, die offen zu Tage trat, als Blaznavatz mit dem jungen Fürsten Milan im October 1871 nach Livadia reiste, um dem Zaren seine Aufwartung zu machen. Von da ab häuften sich die Reibungen mit Oestreich und nahmen einen sehr ernsten Charakter an, als bei der Mündigkeitserklärung Milans am 22. August 1872 die ungarischen Serben sich zahlreich zur Theilnahme an den Festlichkeiten in Belgrad einstellten, und wegen der nationalen Kundgebungen, an denen es dort nicht fehlte, von dem ungarischen Ministerium zur Rechenschaft gezogen wurden. Der junge Fürst fand übrigens persönlich an diesem gespannten Verhältniß durchaus kein Gefallen, und da die Annäherung, die sich durch das Dreikaiserbündniß zwischen Oestreich und Rußland vollzog, die Möglichkeit gab, mit beiden zugleich auf gutem Fuße zu stehen, und da überdies Blaznavatz' Tod im April 1873 den Druck beseitigte, welchen dieser Staatsmann auf ihn übte, so ließ er durch Ristitsch in Wien um Entschuldigung bitten und stattete gleich darauf aus Anlaß der Weltausstellung seinem mächtigen Nachbarn selbst einen Besuch ab, der die freundschaftlichen Beziehungen wieder herstellte. Zu Ristitsch hatte man aber weder in Wien noch in Petersburg Vertrauen, da er durch seine Intrigen beide Höfe getäuscht hatte. Fürst Milan gab ihm das sofort nach seiner Rückkehr von Wien zu verstehen und veranlaßte ihn seine Entlassung

zu fordern. Zu seinem Nachfolger wurde Marinovitsch, der Führer der conservativen Partei, ernannt und durch diesen der Versuch gemacht, sich auch mit der Pforte auf einen besseren Fuß zu stellen. Das konnte freilich nur gelingen, wenn diese dem serbischen Nationalgefühl ein Zugeständniß machte, das auf die Machtverhältnisse in der That ohne jeglichen Einfluß war. Es handelte sich um einen unbedeutenden Ort am rechten Drina-Ufer, Klein-Zwornik, den die Türken als Zubehör ihrer gegenüberliegenden Festung Groß-Zwornik besetzt hielten. In der Hoffnung, die Räumung dieses Platzes, die für eine nationale Ehrensache galt, durch persönliche Vorstellungen erreichen zu können, reiste Milan im Mai 1874 nach Stambul, um dem Sultan seine Huldigung darzubringen. Allein seine Erwartungen wurden getäuscht, er kam mit leeren Händen zurück, und wenn der Unwille darüber bei den nationalen Heißspornen ganz unbändig war, wenn sie die ganze Reise nun dem ohnedies unbeliebten Marinovitsch wie ein Verbrechen anrechneten, so waren doch auch Milan und sein Minister sehr erbittert, und zeigten das durch einen Besuch, den sie auf dem Rückwege in Bukarescht abstatteten, und durch die Kreuz- und Querzüge, welche Milan im Laufe des Sommers anstellte, um mit den Kaisern von Deutschland und Oestreich und dem Präsidenten Mac Mahon zusammenzukommen. Daß die beiden ersteren es ablehnten, sich zu einer solchen Demonstration herzugeben, schädigte die Stellung des conservativen Ministeriums noch mehr, und die Skuptschina-Wahlen, die im Herbst 1874 stattfanden, fielen ganz omladinistisch aus. Eine sehr energische Adresse der neuen Nationalversammlung bewog Marinovitsch im December zum Rücktritt; zu seinem Nachfolger aber berief Milan nicht das Haupt der nationalen Partei, den Senator Gruitsch, sondern den gemäßigten Zumitsch, der jedoch einigen bekannten Nationalen einen Platz in seinem Ministerium überließ. Eine feste Stellung konnte dieses gemischte Regiment sich nicht erringen; zur Steigerung seines Ansehns trug es auch nicht bei, daß es sich mit dem deutschen Generalconsul Rosen überwarf, indem es diesem den Vorrang vor dem französischen Agenten bestritt, und daß es dann doch nachgeben und die Rückkehr Rosens, der nach Berlin gereist war, durch die Anerkennung seiner Ansprüche erkaufen mußte. Wenige Tage darauf waren die Differenzen in seinem eigenen Schoße so groß geworden, daß es um seine Entlassung bat und einem ganz unpolitischen Ministerium Stefanovitsch Platz machte. Darüber waren die Omladinisten in der Skuptschina ganz außer sich und überschütteten die neuen Rathgeber des Fürsten mit den ungemessensten Beleidigungen und Verdächtigungen; überdies brachten sie die Frage der Erbfolge zur Verhandlung und zeigten nicht übel Lust, nach dem Vorschlage des östreichischen Serbenführers Miletitsch, für den Fall, daß Milan kinderlos sterbe, den Fürsten von Montenegro zu seinem Nach-

folger zu designiren. Unter diesen Umständen blieb kaum etwas Anderes übrig als die Skuptschina aufzulösen, was denn auch am 25. März 1875 geschah. Die Stimmung im Lande aber war unverkennbar regirungsfeindlich; auch eine Rundreise Milans änderte daran nichts, und die im Juli beginnenden Unruhen in der Herzegowina erhitzten die Gemüther noch mehr. Milan gab zwar, als er im August 1875 abermals nach Wien kam, um sich dort mit der russischen Fürstin Morusi zu verloben, dem Reichskanzler Andrassy die Versicherung, daß er seiner conservativen Politik treu bleiben wolle; allein als wenige Tage darauf die Wahlen ganz omladinistisch ausfielen, mochte Stefanovitsch doch nicht bleiben, und die öffentliche Meinung, die laut den Krieg gegen die Türkei forderte, zwang den Fürsten, Gruitsch und Ristitsch in seinen Rath zu berufen. Der Austausch kriegerischer Reden bei der Eröffnung der Skuptschina im September 1875, die Forderung außerordentlicher Geldmittel, die Ristitsch noch vor Schluß des Monats einbrachte, und die Ansammlung serbischer wie türkischer Truppen auf beiden Seiten der Grenze waren deutliche Symptome dafür, daß es nur noch eines Funkens bedürfe, um den angehäuften Zündstoff in Brand zu setzen.

Genau ebenso gespannt waren die Beziehungen zu Montenegro geworden. Fürst Nikita hatte zwar seit dem günstigen Frieden, den er in den ersten Jahren seiner Regirung (1862) mit der Pforte geschlossen, ein volles Jahrzehnt hindurch sich sehr ruhig verhalten und alle Kraft auf die Entwickelung seines Ländchens verwendet: Handel, Rechtspflege, Schulwesen, auch die militärischen Einrichtungen waren wesentlich verbessert worden, aber alles das diente doch nur dem letzten Ziele, der Befreiung des ganzen serbischen Volksstammes vom Türkenjoch. Gleichwohl blieben die Beziehungen zur Pforte äußerlich ungetrübt, bis im October 1874 das Blutbad von Podgoritza alle Gemüther erbitterte. Ohne Waffen, wie es die Polizeiordnung vorschrieb, waren etwa zwanzig Montenegriner zu Handelszwecken in diese türkische Grenzstadt gekommen; da wurde der Kaufmann, mit dem sie besonders zu thun hatten, erschossen. Es verbreitete sich das Gerücht, der Thäter sei ein Montenegriner, und sofort stürzten sich die Türken über die wehrlosen Fremden und machten sie sämmtlich nieder; andern Tags erlitt eine Anzahl ihrer Landsleute in der Umgebung von Podgoritza dasselbe Schicksal. Es zeugte von einer ungewohnten Mäßigung, vielleicht auch von einem starken Drucke Oestreichs und Rußlands, wenn Fürst Nikita trotzdem sich ruhig verhielt und nur strenge Untersuchung und Bestrafung forderte; aber selbst die schien ihm versagt werden zu sollen, da die Pfortencommissäre, die nach Podgoritza entsendet wurden, nur auf Kerkerstrafe, nicht auf den Tod erkannten. Erst den dringenden Vorstellungen der Großmächte gelang es, eine Revision dieses Urtheils zu erwirken; die Vollstreckung desselben, die fünf der Schuldigen

mit dem Tode bedrohte, wurde aber nochmals aufgeschoben, indem die türkische Regirung forderte, daß vorher die betheiligten Montenegriner sich in Skutari stellen sollten, um von der türkischen Commission abgeurtheilt zu werden. Das verweigerte Nikita natürlich und die Großmächte mußten abermals in Stambul ihre drohende Stimme erheben. Endlich ging im April 1875 der Befehl, die fünf Türken hinzurichten, wirklich nach Skutari ab; aber vollzogen wurde er auch jetzt nicht, da man die Gefährdeten rechtzeitig aus dem Gefängniß hatte entschlüpfen lassen.

Vielleicht hätte Montenegro der Verlockung, den Kampf zu beginnen, schon bei diesem Conflicte nicht widerstanden, wenn es auf die Mitwirkung Serbiens hätte zählen können. Aber Milan verband mit den Betheuerungen, daß er zum Kriege bereit sei, allzuvorsichtig das Verlangen, daß Montenegro ihn eröffnen müsse, als daß Nikita diesen Verheißungen hätte trauen mögen. Er verschob den Tag der Rache also noch einmal, that aber das Seinige, um die gedrückte Bevölkerung der Herzegowina zur Erhebung gegen die türkische Herrschaft anzustacheln. In derselben Richtung wirkte, wenn das auch nicht die Absicht war, die Reise des östreichischen Kaisers nach Dalmatien: sie verbreitete den Glauben, Franz Joseph wolle Bosnien und die Herzegowina dem Sultan abkaufen. Da sich das wiener Cabinet kurz vorher der bosnischen Flüchtlinge, die im September 1873 (II, 23) aus Gradiska vor der Willkür des türkischen Paschas entflohen waren, kräftig angenommen und die Pforte zur Nachgiebigkeit gezwungen hatte, obwohl diese anfangs sehr stolz aufgetreten war und Andrassys Beschwerden mit einem förmlichen Anklageacte gegen den östreichischen Generalconsul in Bosnien beantwortet hatte, so war das Zutrauen zu den guten Gesinnungen des wiener Cabinets ja thatsächlich begründet und konnte sich bei der geringen Bekanntschaft der Bosniaken mit der politischen Gesammtlage leicht zu wunderlichen Hoffnungen steigern. Mächtiger als diese fördernden Umstände, zu denen vielleicht auch noch russische Einflüsterungen kamen, war aber doch die materielle Noth, in der die christlichen Bewohner des türkischen Nordwestens schmachteten, und diese trieb denn endlich im Juni 1875 die Herzegowina zum wirklichen Aufstande.

4. Der Aufstand in der Herzegowina.

Den ersten Anstoß gab die furchtbare Härte, mit der die Zolleinnehmer im Bezirk von Nevesinje im Januar 1875 den Zehnten von der sehr schlechten Ernte des Vorjahres einforderten. Die Bauern wurden mißhandelt, die Dorfschulzen eingekerkert, viele flohen schon da-

mals nach Montenegro, in der Hoffnung, der Podgoritza-Streit werde zum Kriege führen. Indessen kam es doch aus diesen Anlässen noch nicht zu Gewaltthätigkeiten. Ernstlicher ging es schon in Bilek und Trebinje her, wo der Bevölkerung im März schwere Frohnden für einen Brückenbau auferlegt, und solche Chicanen angewandt wurden, daß die Unglücklichen den Gehorsam verweigerten. Um diesen Widerstand zu ersticken, rückte im April die Gensdarmerie von Mostar aus; in Nevesinje fand sie die waffenfähige Bevölkerung nicht vor, sie war ins Gebirge geflohen; in Bilek aber stieß sie auf bewaffnete Bauern, mit denen sie es nicht aufnehmen mochte. Sie zog sich also zurück und Derwisch Pascha, der Statthalter von Bosnien, billigte diese Maßregel. Er bemühte sich auch, die aufgeregte Bevölkerung zu beruhigen, und versprach denen, die nach Montenegro geflüchtet waren, Straflosigkeit bei ihrer Rückkehr. Wirklich entschlossen sich darauf viele, ihren Zufluchtsort zu verlassen, zumal es Nikita sehr schwer wurde, sie zu unterhalten; aber als sie nach Nevesinje und Bilek heimkehrten, wurden den Einen von fanatischen Mohamedanern die Häuser über dem Kopfe angezündet, Andere wurden mißhandelt, Einige gar meuchlerisch ermordet, ohne daß die Behörden eine Hand rührten. Nun schaarten sich auch die Christen von Nevesinje in Banden zusammen, schickten Abgesandte in die benachbarten Bezirke, nach Stolatz, Gazko, Trebinje, um dort Beistand zu erbitten, und erklärten sich nur dann zu Verhandlungen mit einigen Bevollmächtigten Derwisch Paschas bereit, wenn daran auch montenegrinische Commissäre Theil nähmen. Der Pascha gestand ihnen das wirklich zu, ja er kam sogar persönlich nach Nevesinje und versprach alle Forderungen, darunter sogar die Aufhebung der Frohndienste und die Beschränkung der Haussteuer auf einen Ducaten, zu bewilligen, wenn die Aufständischen die Waffen niederlegten. Diese erwiderten jedoch, sie hätten dieselben nöthig, um sich gegen die Gewaltthätigkeiten ihrer mohamedanischen Herren zu schützen, und zogen sich nach Abbruch der Verhandlungen Mitte Juni in die Berge zurück. Daß es Derwisch Pascha mit seiner gütlichen Vermittelung Ernst war, bewies er dadurch, daß er den muhamedanischen Grundherren die Bitte, sie mit Waffen zu versehen, abschlug; diese aber erstürmten das Regirungsmagazin, eigneten sich die dort gefundenen Vorräthe an und begannen nun ihrerseits die Feindseligkeiten.

Nun gaben auch die Christen die Defensive auf, theilten sich in vier Banden und lieferten den Muhamedanern vom 3. Juli ab mehrere glückliche Scharmützel; und obgleich sie von Selim Pascha, der mit zwei Bataillonen von Stolatz heranrückte, am 18. Juli bei Dabra empfindlich geschlagen wurden, breitete sich doch die Bewegung mit großer Schnelligkeit aus und ergriff selbst viele Ortschaften, auf die man nicht mit Zuversicht hatte zählen können, weil die reichprivilegirten Franzis-

kanermönche zwar viel zur Schürung der Unzufriedenheit beigetragen hatten, dabei aber hauptsächlich das Ziel verfolgten, sich hinterdrein durch Beschwichtigung der Unruhen neue Vorrechte zu verdienen. Sehr bald stellte sich denn auch heraus, daß dieser Verdacht vollkommen begründet war; eine Reise des Bischofs Krajlevitsch genügte um die katholische Geistlichkeit überall zur Ruhe zu bringen, und schon nach wenigen Wochen war wenigstens am rechten Ufer der Narenta der Aufstand wieder erloschen. Um so allgemeiner wurde er dagegen im Osten dieses Flusses, und wenn eine Zeit lang die Uneinigkeit der Führer den Erfolg ernstlich gefährdete, so besserte sich dieser Uebelstand, seit durch die Vermittlung des Fürsten Nikita, der gleichzeitig 15 Pferdeladungen Munition sandte, eine Theilung des Commandos zwischen dem Montenegriner Peko Pavlovitsch und dem Serben Ljubibratitsch eingetreten war. Nachdem in den ersten Tagen des August auch der Archimandrit Melentitsch in dem Kloster Duze zwischen Trebinje und Ragusa sich der Bewegung angeschlossen hatte, war die militärische Lage für die Türken nicht unbedenklich geworden.

Inzwischen war auch die Diplomatie in Thätigkeit getreten. Savfet, der türkische Minister des Auswärtigen, nahm Englands Hülfe in Anspruch, um die östreichische Regirung zur strengen Ueberwachung der dalmatinischen Grenze zu bewegen; auch auf Serbien und Montenegro wurde ein starker Druck geübt. Oestreich beobachtete übrigens auch unaufgefordert eine Neutralität, die der Türkei keineswes unfreundlich war; es gestattete vielmehr sogar die Ausschiffung von Truppen in dem Hafen von Klek, wodurch es dem Befehlshaber Nedjib Pascha möglich wurde am 30. August das Kloster Duze wieder zu nehmen und das umzingelte Trebinje zu entsetzen. Fürst Milan erhielt in Wien bei seinem Aufenthalt zu Anfang des Monats die ernste Mahnung sich ruhig zu verhalten, mußte aber freilich gleich darauf sich, wie oben erwähnt, das Ministerium Gruitsch-Ristitsch gefallen lassen und die Skuptschina mit einer kriegerischen Thronrede, der am 20. September eine noch kriegerischere Antwortsadresse folgte, eröffnen. Andrerseits zeigte sich das wiener Cabinet aber auch empfänglich für die Klagen der Aufständischen und vereinbarte mit Rußland und Deutschland eine Verwendung bei der Pforte.

Graf Zichy und der General Ignatjeff, die sich im Urlaube befunden hatten, kehrten mit diesem Projecte Mitte August nach Constantinopel zurück; aber sie stießen zunächst auf so großen Widerstand, daß der russische Botschafter, um ihn zu brechen, in einer Audienz, die er am 19. August beim Sultan hatte, bereits eine sehr drohende Sprache führen mußte. In Folge dessen erklärte sich Abdul Aziz bereit, Server Pascha als Special-Commissär mit großen Vollmachten an die Aufständischen zu senden und seine Einwilligung zu geben, daß die Consuln der sechs Großmächte mit den Häuptern der Rebellen eine Zusammen-

kunft hätten, um ihnen auf der einen Seite begreiflich zu machen, daß sie auf keinerlei Unterstützung rechnen dürften, und um ihnen andrerseits Vertrauen in die Sendung Servers einzuflößen. England war freilich selbst einer so vorsichtigen Einmischung sehr abgeneigt; da jedoch Frankreich und Italien sie billigten und die Pforte selbst die Betheiligung Englands als einer ihr wohlgesinnten Macht wünschte, gab es mit Widerstreben nach, und wies seinen Commissär, den Consul Holmes — ohne Zweifel zur großen Genugthuung der Pforte — an, um keinen Preis den Glauben zu erwecken, als ob es die Erfüllung der Forderungen, welche die Insurgenten stellen würden, seinerseits garantiren wolle. Und doch war es grade eine solche Garantie, was die Herzegowzen brauchten. Auf die wohlklingenden Versprechungen, die Server ihnen in einer Proclamation machte, gaben sie so wenig etwas, wie auf die Umgestaltung des Ministeriums, in das am 25. August neben dem neuen Großvezir Mahmud Nedim, dem Russenfreunde, Essad, Midhat und Hussein Avni traten, so wenig wie auf den Ferman, den der Sultan am 1. September an alle Provinzialguvernöre erließ, um sie zu einer unparteiischen Rechtspflege zu mahnen, oder auf seine gleichzeitige Weisung an den Großvezir, gegen die Bedrückungen unfähiger Würdenträger und geldgieriger Pächter mit Strenge einzuschreiten. Solcher Versprechungen, erklärten die Führer der Aufständischen, hätten sie schon genug gehört, ohne davon irgend welche Wirkungen zu spüren. Sie stellten sich deshalb auch gar nicht in Mostar, wohin man sie geladen, ein, und als sich darauf die Consuln Oestreichs, Deutschlands und Italiens nach Trebinje, die der drei andren Mächte nach Nevesinje begaben, um mit ihnen zu verhandeln, war ihre Erklärung gleichmäßig die, daß sie dem Sultan als ihrem Herren (und sie nahmen ihre Mützen ab, wenn sie seinen Namen nannten) treu bleiben wollten, daß sie aber ohne die Garantie der Großmächte an keine Besserung ihrer Lage glauben und die Waffen nicht niederlegen würden. In einem ausführlichen Memorandum, das alle ihre Klagen zusammenfaßte und das vom 17. September 1875 datirte, gingen sie freilich einen Schritt weiter und forderten entweder, daß man ihnen einen christlichen Fürsten unter der Suveränität des Sultans gebe oder daß einer der Nachbarstaaten ihr Land occupire und daß die Gerichte so lange unter Mitwirkung ausländischer Beisitzer abgehalten würden, bis die Sicherheit für Leben, Eigenthum und Ehre der Christen wiederhergestellt sei; wenn nicht, würden sie entweder bis zum Aeußersten kämpfen oder schlimmsten Falls allesammt auswandern. Unter der türkischen Peitsche können und wollen wir nicht leben, schloß ein andres Actenstück: wir sind Menschen und kein Vieh; wollt ihr uns nicht helfen, so könnt ihr uns doch nicht zwingen in die Sklaverei zurückzu-

kehren; eure Verwendung gilt den Türken nicht soviel wie eine Bohnenschote; lebend werden wir nicht in die Hände unsrer Feinde fallen.

So kehrten die Consuln denn am 23. September von ihren Reisen zurück, ohne einen Erfolg erzielt zu haben; ihr gemeinsames Wirken hatte damit ein Ende, da England sich auf weiter Nichts einlassen wollte. Der Sultan dagegen faßte seine Zugeständnisse in einem Irade vom 2. October dahin zusammen, daß der früher erwähnte Zuschlag zum Zehnten wieder aufgehoben und die Steuerrückstände der bedürftigen Bevölkerung niedergeschlagen werden sollten; außerdem sollten Vertrauensmänner der Gemeinden von den Provinzialverwaltungen zu Rathe gezogen und Deputationen der jährlich abzuhaltenden Provinzialversammlungen in Constantinopel empfangen, endlich auch Reformen in der Steuererhebung in Betracht gezogen werden. Wenn man in diesem Actenstücke Midhats Einfluß erkennen konnte, so war dagegen der Kriegsminister Hussein Avni der entschiedenste Gegner jedes Scheines von Nachgiebigkeit und mußte daher seinen Posten räumen; Midhat aber, dem es mit den Reformen wirklich Ernst war, überdauerte ihn nur bis in den November, wo Mahmud Nedim, des Sultans Günstling, wieder in den Alleinbesitz der Macht trat.

Dessen Politik lief darauf hinaus, den Krieg möglichst energisch zu betreiben und dabei die Großmächte durch Scheinmaßregeln zu täuschen. Vorübergehend erreichte er damit einige Erfolge. So rechtfertigte zunächst die Abgabenverminderung, die den Unterthanen zugestanden wurde, in gewissem Sinne die Beraubung, die man gleichzeitig durch die Zinsenreduction an den Staatsgläubigern verübte. Ferner wurde die drohende Gefahr, daß Serbien die Stammesgenossen unterstütze, noch einmal hinausgeschoben; denn da sich in Folge des Irade die Dinge friedlich anließen, entschloß sich Milan, durch eine ernste Mahnung der Großmächte veranlaßt, zu einer Art von Staatsstreich: er erschien am 4. October in der Skuptschina, deren Sitzungen von Kragujevatz nach Belgrad verlegt waren, und kündigte an, daß er Ristitsch entlassen habe. Ministerium und Skuptschina waren dadurch gleichmäßig überrascht und die letztere erklärte auf die Frage des Fürsten einstimmig, daß sie für den Krieg sei. Milan ließ sich dadurch aber nicht irre machen, er entwickelte seine entgegengesetzte Meinung und berief die Versammlung ein paar Tage später in seinen Palast, um ihr dieselbe Frage noch einmal und diesmal mit umgekehrtem Erfolge vorzulegen; nur 12 Mitglieder hatten den Muth bei ihrer früheren Meinung zu beharren; auch eine mittelbare Unterstützung der Insurgenten wurde abgelehnt. Das neue Ministerium, dessen Leitung Kaljewitsch, der Präsident der Skuptschina, übernahm, gehörte übrigens trotzdem der omladinistischen Partei an und stellte sich der Volksvertretung mit einem Programme vor, zwischen dessen Zeilen deutlich zu lesen stand, daß die

ganze Komödie der letzten Tage nur ein zeitweiliges Manöver sei und daß im gegebenen Augenblicke „Serbien und das Serbenthum das erhalten würden, was die Regirung ihm in diesen Zeiten geben könne.“ Einstweilen feierte der Fürst am 20. October seine Hochzeit, die durch Specialgesandte der Kaiser von Rußland und Oestreich verherrlicht wurde.

Auf die Insurgenten machte weder des Sultans Irade noch die Ausführungsverordnung (Tansimat), die Server am 6. October erließ, irgend welchen Eindruck, obgleich sie in ihren 28 Paragraphen in Bezug auf Zehnten und Frohnden, auf Schule und Gericht, auf Verwaltungsbeamte und Gensdarmerie jedes nur wünschenswerthe Zugeständniß machte, dem Vali von Bosnien in der Person Ibrahim Beys einen christlichen Adjuncten zur Seite stellte und die Bildung jener Provinzialvertretung anordnete, die in dem Irade verheißen war und deren Berufung für das ganze Reich durch einen Erlaß des Großvezirs am 21. October nochmals eingeschärft wurde. Es lag auf der Hand, daß eine Beruhigung der Herzegowina wirklich nur dann zu hoffen war, wenn die Großmächte für die Verwirklichung der Reformen Garantie leisteten. Graf Andrassy, der im östreichischen Interesse dringend wünschte, daß mit der Schneeschmelze der Aufstand nicht wieder auflebe, nahm deshalb die Sache in die Hand und suchte eine Form zu finden, mit der auch die Pforte zufrieden sein könne; denn daß diese auf eine förmliche Garantie sich nicht einlassen werde, stand um so mehr fest, als sie bei einer derartigen Weigerung sicher auf Englands Hülfe rechnen durfte. In den Verhandlungen, die zunächst nun zwischen den drei Kaiserstaaten gepflogen wurden, verständigte man sich endlich dahin, daß die Pforte aufgefordert werden solle, den Irade vom 2. October und eine Anzahl besonderer Vergünstigungen für Bosnien und die Herzegowina den Großmächten amtlich zur Anzeige zu bringen und dadurch ihnen gegenüber sich zur Durchführung zu verpflichten. Ungenügend wie eine solche Garantie erfahrungsmäßig war, mochte Rußland wohl auf stärkere Maßregeln gedrungen haben; wenigstens vergingen Wochen, ehe eine Einigung zwischen Wien und Petersburg erreicht wurde. Endlich begnügte sich der Zar mit dem erwähnten Vorschlage und Gortschakoff hatte zum ersten Male erfolgreich das Mittel angewandt, das er fernerhin fast in jedem wichtigen Momente gebrauchte: viel zu fordern, bedeutend abzulassen, aber stets doch soviel zu verlangen, daß er auf eine Weigerung der Pforte rechnen durfte. Diese blieb auch jetzt nicht aus. Für den hartnäckigen Stolz der Pforte war selbst eine so rücksichtsvolle Einmischung zu viel, und sie hoffte ihr durch einen neuen Ferman mit noch größeren Versprechungen die Spitze abbrechen zu können. Unter dem 12. December erlassen und am 16. den türkischen Gesandten zur Kunde gebracht, erging sich das Actenstück sehr weitläufig über die Reformen in der Justiz, die von der Ver-

waltung getrennt und durch die Unabsetzbarkeit der Richter mit Garantien umgeben werden sollte; es verhieß wiederholt Aenderungen in der Erhebung und Vertheilung der Steuern, stellte eine neue Grundbuchordnung in Aussicht, sagte den Nichtmuhamedanern abermals volle Gleichberechtigung mit den Muhamedanern zu und floß bei diesen und anderen Versprechungen über von Versicherungen der Gerechtigkeitsliebe und des Wohlwollens, das den Sultan gegen alle seine Unterthanen beseele; auch wurde sofort eine Commission unter Vorsitz des Großvezirs ernannt, um die neuen Reformen ins Leben zu rufen. Natürlich ließen sich die drei Kaisermächte dadurch nicht in ihrem Vorhaben beirren; aber Andrassys Note mußte nun allerdings nochmals umgearbeitet werden, und so kam der 30. December 1875 heran, ehe sie den drei Westmächten mit dem Ersuchen sie in Constantinopel zu befürworten, übergeben werden konnte. Materiell forderte sie fünferlei: volle Religionsfreiheit, die Aufhebung des Steuerpachtsystems, Verwendung der in Bosnien und der Herzegowina aufgebrachten directen Steuern zum Besten dieser Provinzen, die Einsetzung einer zu gleichen Theilen aus Christen und Muhamedanern bestehenden Commission zur Ueberwachung der Reformen und die Verbesserung der Lage der Landbevölkerung. Formell bestand sie darauf, daß die Pforte ihren Entschluß, diese Bedingungen zu erfüllen, sowie die Iraden vom 2. October und 12. December den Großmächten amtlich zur Kenntniß bringe, um dadurch den Christen, wenn nicht die von ihnen gewünschte, doch eine relative Bürgschaft für die Verwirklichung dieses Programmes zu geben. Fast ein Monat ging darüber hin, ehe das englische Cabinet sich entschließen konnte, dieser Note Andrassys seine Unterstützung, und obendrein nur „im Allgemeinen" zu geben; ja es würde trotz der Zustimmung Frankreichs und Italiens sie vielleicht verweigert haben, wenn nicht die Pforte abermals, wie einige Monate früher bei der Consularmission, selbst sie erbeten hätte. Die türkischen Diplomaten waren nämlich mit dem stillen Vorbehalt, trotzdem zu handeln wie sie wollten, vollständig bereit, alles Geforderte zu versprechen; aber in der Form wollten sie ihre Eitelkeit geschont wissen. Eine gemeinsame Note aller Mächte weigerten sie sich daher anzunehmen; wenn aber die Botschafter einzeln die Andrassy'schen Vorschläge empfehlen wollten, hatten sie nichts dagegen. Nun verbat es sich Oestreich zwar sehr entschieden, daß man ihm Vorschriften mache, in welcher Weise es seine Rathschläge ertheilen solle, und Raschid Pascha, der Minister des Auswärtigen, versicherte darauf begütigend, so habe er es auch nicht gemeint; allein thatsächlich wählten die Mächte doch, wohl nicht ohne Rücksicht auf England, die allerverbindlichste Form. Am 31. Januar 1876 kamen nach einander die Botschafter Oestreichs, Rußlands und Deutschlands auf die Pforte und machten Mittheilung von Andrassys Note, also von einem Schriftstück,

das gar nicht an die Pforte, sondern an die östreichischen Botschafter bei den Westmächten gerichtet war; andern Tags stellten sich auch die Vertreter der letzteren ein und erklärten, daß in den östreichischen Vorschlägen keine Beeinträchtigung der türkischen Suveränität liege, und daß ihre Befolgung sehr wünschenswerth sei. Die zustimmende Antwort Raschid Paschas war im Voraus gesichert; aber eine kleine Genugthuung verschaffte sich der Türke doch noch, indem er die Verwendung der directen Steuern zum Besten der insurgirten Provinzen dahin modificirte, daß statt ihrer der Sultan einen besonderen Fonds aus der allgemeinen Staatscasse anweisen und dessen Verwendung unter die Controlle der Provinzialversammlung stellen werde.

Ehrlich erwogen war man aber doch durch diese Annahme der Andrassy'schen Forderungen, die vom 13. Februar 1876 datirte, auch nicht ein Haarbreit weiter gekommen: denn die Erklärungen der Insurgentenführer ließen keinen Zweifel darüber, daß dieselben die geforderte Garantie der Großmächte offen und unverclausulirt haben wollten, ehe sie sich unterwarfen. Von all diesen Reformprojecten, so meinten sie, verständen sie Nichts; nur die wahre Freiheit könne sie entwaffnen; das vergossene Blut schreie um Rache. Sie riefen dringender als je Serbiens Hülfe an und flehten zu dem glorreichen Rußland, daß es als Messias der slawo-serbischen Freiheit erscheinen möge. Mit den militärischen Erfolgen der Türken war es auch nicht zum besten bestellt. Den Mukhtar Pascha, der in den letzten Tagen des Jahres 1875 den Oberbefehl übernommen hatte, hinderte schon die Jahreszeit an größeren Operationen, so daß er nicht einmal den hartbedrängten Nikfitsch Proviant zuführen konnte. Auch in Bosnien gewann der Aufstand immer größere Bedeutung, von Serbien und Montenegro, von den östreichischen Slawen und von dem Slawischen Comité in Moskau erhielt er mannigfache Unterstützung, und die Wahrscheinlichkeit, daß Serbien und Montenegro mit dem Beginn der besseren Jahreszeit der Pforte offen den Krieg erklären würden, wuchs beständig trotz der ernsten Vorstellungen, die Oestreich und auch Rußland in Belgrad und Cettinje machten, und trotz der Versprechungen, die Milan und Nikita ertheilten. Von Seiten der Pforte geschah wohl manches, um ihren guten Willen zu beweisen: so wurde zum Statthalter der aufständischen Provinzen Ali Pascha, der frühere Botschafter in Paris, ein wohlwollender Mann, ernannt; ein Irade des Sultans vom 22. Februar verkündete allgemeine Amnestie und versprach den heimkehrenden Flüchtlingen den Wiederaufbau ihrer Kirchen und Häuser und die Mittel zur Wiederaufnahme der Feldarbeit; zur Ausführung dieser Versprechen wurden zwei Christen, Wassa, ein früherer Garibaldianer, und Haidar entsandt. Aber alles das erweckte kein Vertrauen; weder legten die Führer der Insurgenten die Waffen nieder, noch gelang es den Consuln eine

Notabelnversammlung zu Stande zu bringen, die sich mit den Zugeständnissen der Türken begnügt hätte. Noch wenige Wochen, und mit dem Frühjahr war ein neues, heftigeres Aufflackern des Aufstandes zu erwarten.

Da entschloß sich Oestreich zu einem nochmaligen Vermittlungsversuche. Es sandte den Commandanten von Dalmatien, General Roditsch zuerst nach Cettinje, um die Mitwirkung des Fürsten zu erlangen und ließ ihn dann einerseits mit Mukhtar und Ali, andrerseits mit den Insurgentenführern verhandeln. Obgleich die letzteren sich unbeweglich zeigten, veröffentlichte Mukhtar doch noch eine neue Amnestieproclamation, die denen, welche sich bis zum 24. April unterwürfen, Aufbau ihrer Häuser, Korn bis zum Herbst und zeitweilige Steuerbefreiung versprach; auch Nikita kam dem östreichischen Drängen einen großen Schritt entgegen, indem er versprach, Proviantzüge nach Nikſitsch durch sein Gebiet ziehen zu lassen, wenn Mukhtar dagegen die Operationen für zwölf Tage einstellen wolle, um den Insurgentenführern noch einmal Gelegenheit zu geben mit Roditsch in der Suttorina zusammenzukommen. Diese Verproviantirung von Nikſitsch war der Stein des Anstoßes, an dem bisher alle Waffenstillstandsverhandlungen gescheitert waren: Mukhtar hatte darauf als auf eine unerläßliche Bedingung nicht verzichten, die Aufständischen nicht darauf eingehen wollen. Nun räumte Nikita mit verdächtiger Bereitwilligkeit dies Hinderniß hinweg und beredete gar die Insurgentenführer wirklich, nochmals mit Roditsch zu verhandeln. Zu diesen Conferenzen erschien am 4. April auch ein Agent Gortschakoffs, Wesselitzky, der den dringenden Rath des Zaren brachte die gebotenen Bedingungen anzunehmen. Aber trotzdem war das Ergebniß, daß die Insurgenten in einer Schlußerklärung vom 7. April thatsächliche Garantien verlangten und zwar die Entfernung der türkischen Truppen bis auf sechs Garnisonen, die Beibehaltung der Waffen bis zur völligen Durchführung der Reformen, die Bestellung einer europäischen Commission zur Ueberwachung des Wiederaufbaus der eingeäscherten Kirchen und Häuser und die Ernennung russischer und östreichischer Agenten in den sechs Garnisonsorten; außerdem forderten sie, daß wenigstens ein Drittel des Grund und Bodens den mohamedanischen Begs genommen und den Christen gegeben, daß ihnen Lebensmittel für ein Jahr und Ackerbaugeräth geliefert und Erlaß der Abgaben auf drei Jahre zugesichert werde. Ganz ähnliche Forderungen stellten die bosnischen Insurgenten, zu denen sich Wesselitzky gleichfalls begeben hatte, und der russische Agent nahm diese Gegenvorschläge an, um sie — wenn auch nicht in seiner bisherigen Eigenschaft, denn er erklärte, die ihm von Gortschakoff übertragene Mission sei beendet — bei seiner Rückkehr nach Petersburg dort zu befürworten.

Das russische Cabinet war natürlich auch ganz geneigt der Pforte die Annahme dieser Bedingungen zu empfehlen; allein da Graf Andrassy sie sehr entschieden für unannehmbar erklärte, so begnügte sich Gortschakoff, der sich von der östreichischen Politik doch noch nicht trennen wollte, seine Meinung dem türkischen Botschafter in Petersburg mitzutheilen, ohne auf derselben zu bestehen. Eine günstigere Gelegenheit, die Pforte zu schrecken, bot sich in anderer Weise. Nachdem Roditsch' Verhandlungen in der Suttorina gescheitert waren, brach der Aufstand sofort wieder mit erneuter Kraft los, und obendrein unter schlecht verhüllter Theilnahme Nikitas. Aus der von ihm so bereitwillig zugestandenen Verproviantirung von Nikfitsch durch das montenegrinische Gebiet hindurch war nämlich nichts geworden, weil es an Transportmitteln fehlte: wie die Türken sagten durch Nikitas Schuld, wie Nikita behauptete durch die der Türken. Auf alle Fälle war Mukhtar der Betrogene: die Insurgenten hatten ihre Waffenruhe gehabt und die Besatzung von Nikfitsch hatte zwölf Tage länger von ihren spärlichen Vorräthen gezehrt. Nach Ablauf der Verhandlungen drang nun Mukhtar eiligst gegen Nikfitsch vor; allein im Duga-Passe wurde er am 14. April zurückgeworfen und zwar von einem Feinde, unter dem sich, wie er als positiv nach Constantinopel meldete, 7000 Montenegriner befunden haben sollten. Das war für Abdul Aziz, zu viel um es ruhig hinzunehmen. Ohne die Bestätigung der ersten Meldung abzuwarten oder auf diplomatischem Wege Aufklärung zu fordern, befahl er am 20. April ein Heer bei Skutari an der Südgrenze Montenegros zu sammeln, wies zur Deckung der Kosten Gelder aus seinem Privatschatze an und wollte Nikita direct den Krieg erklären. Erwünschteres konnte den Russen kaum begegnen. Obgleich der Großvezir Mahmud Nedim die Kriegserklärung noch hintertrieb, meldete Ignatjeff sie sofort als vollendete Thatsache nach Petersburg; Gortschakoff berief noch am 22. April die Botschafter der Großmächte zu sich, erklärte ihnen, das sei der Weg, der zum Untergang des türkischen Reiches führe, und forderte sie auf, die energische Unterstützung ihrer Regirungen für den Protest, den Rußland in Stambul erheben werde, zu erbitten. Nachdem er sich so in die drohendste Stellung geworfen, als ob er jeden Augenblick bereit sei, zum Schutze Montenegros den Krieg zu beginnen, erschien es beinahe wie ein Beweis großer Friedensliebe und Nachgiebigkeit, daß er Mahmud Nedims bestimmte Versicherung, es sei von keiner Kriegserklärung die Rede, die Ansammlung von Truppen bei Skutari sei nur eine unerläßliche Vorsichtsmaßregel, als vorläufige Beschwichtigung hinnahm, freilich mit der bedeutungsvollen Warnung: das heiße die Lunte neben das Pulverfaß legen.

5. Die Mai-Katastrophen.

Und es dauerte nur wenige Tage, so zündete sie; aber die Explosion brach nicht blos an dem einen Punkte los, sondern binnen nicht einmal zwei Wochen entschied sich die Stellung Montenegros, gelangten in Belgrad und Bukaresch kriegerische Ministerien in den Besitz der Gewalt, entbrannte in Bulgarien ein fürchterlicher Aufstand, wurden in Saloniki die Consuln Deutschlands und Frankreichs ermordet, stürzte eine Revolution in Stambul den Großvezir Mahmud Nedim, vereinigten sich in Berlin die Kanzler der drei Ostmächte, um eine neue Stellung gegenüber der gänzlich veränderten Situation zu gewinnen. Der Weg, der zum Ruine der Türkei führte, war unzweifelhaft beschritten.

Was zunächst Montenegro betraf, so fühlte es sich mit Grund gefährdet. Es sah die Truppen sich bei Skutari sammeln, die Flottille auf dem See sich vergrößern, die Grenze sperren, die Küste bei Antivari blockiren, die unentbehrliche Getreidezufuhr abschneiden; und während der Fürst mit Mukhtar über einen neuen Waffenstillstand für die Insurgenten verhandelte und bessere Bedingungen für die Verproviantirung von Niksitsch anbot, drang der türkische Muschir unter dem Schutze dieser Versprechungen unerwartet auf die Festung los und brachte ihr wirklich einen Transport Lebensmittel; schon am 29. und 30. April wurde er freilich mit großen Verlusten wieder zum Rückzug nach Gazko gezwungen. Natürlich war auch Nikita so unschuldig nicht, wie er bisher sich gebärdete; schon vierzehn Tage vorher hatte er insgeheim eine Adresse der Insurgenten entgegengenommen, in der sie sich unter seinen Schutz stellten; jetzt warf er die Maske ab, und Rußland gab ihm Recht. Gortschakoff erklärte dem türkischen Gesandten, Kabuli Pascha, in Bezug auf seine Beschwerden über Montenegro, das sei ein Roman, während er Geschichte verlange; er weigerte sich dem englischen Botschafter gegenüber, Nikita noch länger zur Neutralität zu ermahnen; er forderte von dem östreichischen Reichskanzler, daß er den Hafen von Klek für die türkischen Transportschiffe sperre. Alles das geschah am 30. April; acht Tage später legte Nikita den Großmächten in einem langen Memorandum die Zustände dar, wie er sie ansah, und schloß damit, daß die letzte und unvermeidliche Krise von selbst und durch die Macht der Umstände allen diplomatischen Noten und allen schönen Versprechungen der Pforte zum Trotz ausbrechen werde.

Zur selben Zeit wie in Cettinje ging die russische Friedenspolitik in Belgrad auf die Neige. Den ganzen Winter hindurch hatte sich das Ministerium Kaljevitsch behauptet, immerfort mit kriegerischen Vorbereitungen beschäftigt, aber stets auch betheuernd, daß dieselben nur defensiver Natur seien. In den letzten Tagen des März war eine

Zwangsanleihe gemacht, der Generalstab gebildet, die Miliz aufgefordert sich bereit zu halten. Unter großer Erregung wurde der Jahrestag der serbischen Unabhängigkeit am 9. April gefeiert und dem östreichischen Generalconsul Fürsten Wrede dabei die Fenster eingeworfen. Seit Mitte April begannen die Verhandlungen Milans mit Gruitsch, Ristitsch und Steftscha, die bestimmt waren, beim Ausbruch des Krieges die Leitung der Geschäfte zu übernehmen; am 5. Mai traten die neuen Minister ihr Amt an, und der Jubel Belgrads — das übrige Land war weniger kriegslustig — begrüßte das Ereigniß, das dem langen Harren ein Ende zu machen versprach.

Ungleich ernsthafter als Serbien hatte es Rumänien mit seinen Friedensversicherungen gemeint; aber seit dem Beginn des Jahres waren doch auch hier kriegerische Anzeichen hervorgetreten, theils im Einverständniß mit dem langlebigen Ministerium Catargiu, das 4 Millionen Francs für Militärzwecke forderte und trotz der türkischen Einsprache einwilligte, eine Ordensdecoration mit dem Bilde des Fürsten zu stiften, theils in allerlei feindseligen Demonstrationen gegen dieses Ministerium, dessen Kriegslust doch mit Recht bezweifelt wurde. Zu einem Hauptsturme benutzte die Opposition Ende Februar eine große Creditforderung, aus der das Deficit gedeckt und der Ausbau der Eisenbahnen bestritten werden sollte. In der zweiten Kammer legten die beiden Präsidenten Demeter Ghika und Boerescu ihr Amt nieder; die Mehrheit blieb jedoch Catargiu treu und ersetzte die Ausgeschiedenen ohne Weiteres durch Regierungsfreunde. Anders verlief die gleiche Demonstration im Senate. Hier wurde der Rücktritt des Vicepräsidenten Orescu mit 39 gegen 10 Stimmen angenommen und dadurch die Mißtrauenserklärung, die jener ausgesprochen hatte, bestätigt, überdies einige Tage später, am 13. März 1876, die Anleihe mit 29 gegen 25 Stimmen verweigert. Darauf löste Catargiu den Senat auf; als aber die Opposition bei den Neuwahlen vollständig siegte, trat er zurück, und Fürst Carol übertrug die Neubildung des Cabinets am 17. April dem bisherigen Kriegsminister Florescu. Allein damit war den Senat wenig gedient, denn in der Gesammtrichtung der rumänischen Politik wurde dadurch nichts geändert. Trotzdem würde das Ministerium seine Stellung verteidigt haben, wenn nicht der große Umschwung der russischen Politik eingetreten wäre. So trat es am 9. Mai zurück und das Ruder ergriffen Joan Bratianu und Cogolnitscheanu, die zwar auch mit Friedensversicherungen begannen, aber doch andrerseits den Krieg nicht scheuten und, nachdem auch die zweite Kammer durch Neuwahlen umgewandelt war, am 28. Juni die Forderungen Rumäniens an die Pforte in einem Memorandum zusammenfaßten, ja am 16. Juli sogar die Mobilisirung der Armee beantragten.

Drohend wie diese Vorgänge in Montenegro, Serbien und

Rumänien waren, wurden sie doch an Tragweite noch überboten durch den Aufstand, der am 4. Mai in der Bulgarei ausbrach. Daß auswärtige Einflüsse dabei mit thätig waren, darf als zweifellos bezeichnet werden; allein zum guten Theil waren doch auch diese Ausländer, wie es scheint, wieder Bulgaren, besonders in Serbien und Rumänien ansässige Männer, die in den letzten Jahrzehnten so eifrig für die Hebung des Schulwesens und der Literatur gewirkt hatten, und die jetzt den Zeitpunkt für gekommen erachteten, wo ihre Nation sich auch politische Rechte erwerben könne. Keine Agitation aber würde den Aufstand haben hervorrufen können, wenn nicht die Bevölkerung unter dem harten Druck der fanatischen Muselmänner, zumal der Tscherkessen, die seit anderthalb Decennien in Bulgarien angesiedelt waren, furchtbar gelitten hätte. Schon im Januar 1876 gingen Petitionen nach Stambul ab, den Schutz des Großvezirs zu erflehen, aber sie waren fruchtlos; im März erschienen etwa 20 Emissäre in der Provinz und begannen Ausschüsse in den Städten und Dörfern zu bilden; Vertreter derselben, etwa 80 an Zahl, kamen am 31. März in Otluköi zusammen und beschlossen, den Aufstand am 13. Mai zu beginnen: mit der Zerstörung der Eisenbahn wollte man anfangen, Adrianopel an 100, Philippopel an 60 Stellen in Brand stecken, desgleichen Sofia, Tatar Bazardschik und andere Städte; Muselmänner, die sich widersetzten, sollten ermordet, Bulgaren im gleichen Falle zur Theilnahme gezwungen werden. Um dieselbe Zeit tauchten Petitionen auf, die den Sultan baten, Bulgarien zu einem gesonderten Königreich zu erheben, das eine Volksvertretung in Rustschuk und eine aus Christen und Muhamedanern gebildete Regirung erhalten sollte, während die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten und des Kriegswesens der Pforte verbleibe. Bald darauf folgte, als Flugblatt gedruckt, das Manifest der geheimen Nationalregirung, das alle Bulgaren aufforderte zu den Waffen zu greifen und Verräthern und Spionen mit dem Tode drohte. Benkowsky aber, die Seele der Verschwörung, berief eine neue Versammlung nach Metzka, versicherte, daß ein gewisser Nenko der türkischen Regirung Alles verrathen habe, und erwirkte den Beschluß, daß der Aufstand sofort beginnen solle. Dies geschah denn auch am 4. Mai gleichzeitig in Drenowo südlich von Tirnowa und in Ortuköi bei Tatar Bazardschik; die Zaptiehs wurden niedergemacht, die Behörden verjagt, die Widerspenstigen gezwungen am Aufstande Theil zu nehmen oder durch Niederbrennen ihrer Häuser bestraft. Schnell verbreitete sich die Erhebung nach verschiedenen Seiten hin, besonders auch in die Gegend von Jeni-Sagra, ohne doch eigentlich allgemein zu werden. Die Türken bewaffneten sich nun auch und da reguläre Truppen nicht im Lande waren, wurden irreguläre Banden, Baschi-Bozuks, besonders Tscherkessen, aufgeboten, die mit furchtbarer Wildheit hausten. Dadurch erst wurde

die Erhebung eine allgemeine. Die schauerlichen Gräuelthaten der Muhamedaner mußten auch die scheueste Bevölkerung zu einem Verzweiflungskampfe entflammen; aber die Hülfe, die ihr durch ein rechtzeitiges Losbrechen Serbiens und Montenegros hätte gebracht werden können, wurde verzögert, und als Abdul Kerim Pascha mit regulären Truppen heranrückte, erlagen die Unglücklichen, deren jammervollem Schicksal später noch einige Worte zu widmen sind.

Welcher Art die Gewaltthaten waren, die Bulgarien zum Aufstande getrieben hatten, wurde fast an demselben Tage, wo dieser Aufstand begann, durch die Metzeleien von Saloniki der Welt offenbart. Es ist bereits an anderer Stelle (I, 419) erzählt, wie eine bulgarische Dirne, allerdings mit ihrer Einwilligung, aus ihrem Dorfe entführt und am 5. Mai nach Saloniki gebracht wurde, um dort vor dem Pascha den christlichen Glauben abzuschwören; wie sie auf dem Bahnhofe von einem griechischen Haufen den Zaptiehs entrissen und in das amerikanische Consulat geschleppt wurde; wie anderen Tages der mohamedanische Pöbel ihre Auslieferung forderte und die Consuln Deutschlands und Frankreichs, die ihn beschwichtigen wollten, ermordete. So wenig in diesem Falle von der einen oder der anderen Seite ein vorbedachtes Complott vorlag, so deutlich zeigte das Ereigniß die furchtbare Erregung des Fanatismus unter den Muhamedanern. Was in Saloniki geschehen war, konnte sich an jedem anderen Orte wiederholen, und die Schwäche, welche die türkischen Behörden an den Tag gelegt hatten, lehrte, daß von ihnen kein Schutz zu erwarten stand. Mit gutem Grunde sahen die Botschafter die Lage der Christen in Constantinopel selbst für gefährdet an; der Vertreter Englands, Sir H. Elliot, beorderte telegraphisch Kriegsschiffe nach der Besika-Bai; Christen und Türken, so berichtete er, bewaffneten sich gegen einander, Waffen aller Art würden aufgekauft und es sei sehr unwahrscheinlich, daß die Mohamedaner dabei lediglich ihre Verteidigung im Auge hätten.

Begreiflich genug war die Aufregung der türkischen Bevölkerung in der Hauptstadt ja allerdings; aber sie entsprang doch, wie die Ereignisse weiter zeigten, weniger dem Hasse gegen die Christen, als dem Zorne über die Haltung der eigenen Regirung und des Sultans. Die geheimen Leiter dieser Bewegung waren die Häupter der jungtürkischen Partei, die schon seit Monaten den Sturz Mahmud Nedims, ja des Sultans selbst betrieben. Schon am 9. März 1876 hatte Midhat Pascha, freilich anonym, aber im Einverständniß mit Männern, die keineswegs seiner Richtung angehörten, wie Hussein Avni, Kaisarly Achmed und wahrscheinlich auch mit dem in Aussicht genommenen Thronfolger Murad, ein Memorandum an die leitenden Staatsmänner in London, Berlin, Paris und Rom geschickt, in dem er auseinandersetzte, daß nicht die Lage der Christen allein, sondern die aller Ottomanen eine bejam-

mernswürdige sei und daß alle Schuld daran der Sultan trage, der elende Narr, dessen ungeheuerlichen Verschwendungen, Ausschreitungen, Grausamkeiten und Verfolgungen die Nation hülflos preisgegeben sei. Nun stehe aber nach dem osmanischen Rechte Nichts im Wege, einen Sultan, der das Gesetz so vielfältig verletzt habe, zu beseitigen, und wenn die europäischen Mächte nur der energischen und doch gemäßigten Partei, an deren Spitze Midhat stehe, ihre Unterstützung schenken wollten, so sei die Staatsumwälzung, die Einführung einer Constitution leicht durchzuführen, ja man könne vielleicht sogar den Sultan auf seinem Throne lassen. In diesem Sinne hatte die Partei seitdem unablässig gewirkt und ganz besonders die Geistlichkeit und die Studenten des Koran, die Softas, deren Zahl sich in Constantinopel auf 5—6000 belief, für ihre Sache gewonnen. Alles, was sich in den ersten Tagen des Mai zutrug, kam ihr zu Gute; neben den erzählten Vorgängen auch noch die Absetzung des Kriegsministers Derwisch Pascha am 5. Mai, den Mahmud entfernte, weil derselbe darauf bestand, Serbien und Montenegro den Krieg zu erklären. Schon diese Nachgiebigkeit gegen die Großmächte und mehr noch die Bereitwilligkeit, für den Mord in Saloniki Genugthuung zu leisten, erbitterte die fanatischen Muhamedaner aufs äußerste gegen den Großvezir, und so konnte Midhat sicher sein, diese Leute, die seinen Constitutionsplänen und seiner Reformlust zu Gunsten der Christen durchaus feindlich gegenüber standen, für seine Zwecke zu verwenden. Er selbst hielt sich sorgfältig im Hintergrunde; scheinbar war es eine ganz freiwillige populäre Bewegung, die sich unter den Softas kund gab. Am Nachmittage des 10. Mai wurde sie ungestümer; eine große Menschenmenge drängte sich um den Prinzen Izzeddin, der auf das Kriegsministerium reiten wollte, zwang ihn umzukehren und forderte, daß er von seinem Vater die Entlassung des Großvezirs und des Scheik-ul-Islam Hassan Fehmi Effendi, der getreulich zu Mahmud Nedim hielt, verlange. Der Sultan ließ sich sofort einschüchtern; er sandte einen Adjutanten in das Hauptquartier der Softas, die Moschee des Sultans Soliman, um genauer zu erfahren, was sie wollten, und entschloß sich zum Nachgeben. Als am anderen Morgen eine Deputation der Ulemas sich auf der Pforte einstellte, um ihre Forderung zu erneuern, wurde ihnen mitgetheilt, daß Mehemed Ruschdi zum Großvezir, Hassan Chairullah Effendi zum Scheik-ul-Islam ernannt sei. Als Kriegsminister wurde Hussein Avni aus Brussa herbeigerufen; erst acht Tage später trat auch Midhat ohne Portefeuille in das Cabinet ein.

Daß mit dem Sturze des bisherigen Ministeriums das letzte Ziel der Bewegung noch nicht erreicht sei, konnte man aus vielen Gründen vermuthen, besonders aber daraus, daß auch der Scheik-ul-Islam hatte fallen müssen. Da diesem höchsten geistlichen Würdenträger das Recht

zur authentischen Auslegung des Korans zustand, so bedurfte man seiner, um die Gesetzmäßigkeit einer Entthronung des Sultans zu erweisen. Und daß es sich um diese handelte, lehrten unzweideutig die in zahllosen Exemplaren von Hand zu Hand laufenden Koransprüche, die sorgfältig zu diesem Zwecke zusammengestellt waren. Schon am 25. Mai berichtete Sir Henry Elliot nach London, daß Niemand sich Mühe gebe, seine Meinung zu verbergen, daß von den Lastträgern und Ruderknechten bis zu den Paschas und Muschirs Niemand sei, auf den der Sultan sich verlassen könne, vorausgesetzt, daß der Kriegsminister Hussein Avni mit Midhat einig sei. Auch Ignatjeff, der russische Botschafter, kannte die Situation sehr wohl und soll dem Sultan die sofortige Berufung von 50,000 Russen angeboten haben; Abdul Aziz aber, dessen geistige Fähigkeiten fast völlig erloschen waren, begnügte sich damit, den rechtmäßigen Thronerben Murad und dessen Brüder innerhalb des Serails in strenger Haft zu halten. Inzwischen nahmen die Verhandlungen zwischen Midhat und Avni ihren Fortgang, ohne recht aus der Stelle zu rücken, da beide ganz entgegengesetzter politischer Richtung waren und Avni insbesondere die Constitutionspläne Midhats, für die Murad gewonnen war, verabscheute. Ein plötzlicher Befehl des Sultans an den Kriegsminister, Nachmittags am 29. Mai bei ihm in Dolma=Bagdsche sich einzufinden, machte dem Zaudern Avnis ein Ende: er mußte darauf gefaßt sein, daß es sich um seine Verhaftung, wenn nicht Schlimmeres handle. Statt dem Befehle des Großherrn zu gehorchen, berief er sofort Midhat und Mehemed Ruschdi zu sich, und da der letztere zu Allem Ja sagte, wurde die Revolution für die folgende Nacht beschlossen. Um Mitternacht kamen die drei Männer und der Marineminister Kaisarly Achmed abermals im Kriegsministerium zusammen; Avni fuhr von dort mit einem Adjutanten ins Serail, verschaffte sich Zutritt zu Murad, der benachrichtigt war, und zwang den im letzten Momente wieder Schwankenden, ihm in ein Boot zu folgen, das bereit lag und sie in das Seraskierat führte. Sofort machte sich Avni von dort wieder auf den Weg nach Dolma=Bagdsche, wohin sein Vertrauter Redif Pascha mit zuverlässigen Truppen vorangeschickt war, um dem Sultan seine Absetzung anzukündigen und ihn nach Top Kapu zu bringen. Auch dieser Theil des Planes wurde glücklich durchgeführt, während der Scheik=ul=Islam inzwischen den ganzen Vorgang dadurch legitimirt hatte, daß er sein Ja und seine Namensunterschrift unter die zwei Fragen setzte, die ihm die Ulemas vorlegten: Wenn der Sultan Zeichen des Wahnsinns und der politischen Unfähigkeit giebt, wenn er den Staatsschatz zu seinem Vortheil vergeudet, verschuldet er dann nicht den Ruin des Staates? Muß er dann nicht abgesetzt werden? Durch dieses Fetwa, das bindende Kraft für jeden Gläubigen hatte, war Abdul Aziz rechtmäßig entthront und der



Erbe des Reiches trat als Murad V. von Rechtswegen die Regirung an. Er verkündigte dies durch ein Manifest vom 31. Mai, in dem er die Minister in ihren Aemtern bestätigte, grundlegende Reformen versprach, ohne das Wort Constitution zu gebrauchen, $5^1/_2$ Millionen Mark von seiner Civilliste strich, und die Gleichberechtigung aller seiner Unterthanen anerkannte. Constantinopel jauchzte dem Ereignisse freudig zu; auch die christlichen Patriarchen beeilten sich, den neuen Herrscher anzuerkennen; der entthronte Fürst schien sich willenlos zu fügen und bat nur, von Top Kapu nach Tscheragan gebracht zu werden. Von dort verbreitete sich am 4. Juni die Nachricht, daß Abdul Aziz seinem Leben selbst ein Ende gemacht habe, indem er sich am rechten und am linken Arme etwas unterhalb der Biegung mit einer scharfen Scheere erhebliche Wunden beigebracht habe. Neunzehn Aerzte, darunter die der englischen und östreichischen Botschaft, bezeugten, daß das vorgezeigte Instrument die Wunden recht gut habe hervorbringen können und daß die Richtung und Beschaffenheit derselben auf einen Selbstmord schließen lasse. Die vorsichtige Fassung dieses Protokolls war jedoch keineswegs danach angethan, die Zweifler zu bekehren, die an einen Selbstmord des energielosen Sultans nicht glauben wollten und der Ansicht waren, daß Abdul Aziz' Tod für die Verschworenen und für Murad selbst sehr erwünscht gekommen sei. Unter den zahlreichen Depeschen Elliots, die von dem englischen Cabinet veröffentlicht worden sind, befindet sich der Bericht über die Katastrophe vom 4. Juni nicht.

Auf die Politik der Großmächte war der Thronwechsel von bedeutendem Einfluß, theils insofern Murad im Gegensatz zu Abdul Aziz ein entschiedener Feind Rußlands und Freund Englands war, theils dadurch, daß die Revolution eine neue diplomatische Einmischung, die eben im Werke war, kreuzte. Ihren Ausgangspunkt nahm dieselbe von der früher erzählten Bedrohung Montenegros durch die Türkei und den Gegenvorschlägen, welche die herzegowinischen Insurgenten in ihren Verhandlungen mit Roditsch und Wesselitzky gemacht hatten. Die Beurtheilung dieser Thatsachen in Wien und in Petersburg war doch ziemlich verschieden, und da man gleichwohl an beiden Orten sich nicht von einander zu trennen wünschte, lud Fürst Bismarck auf Gortschakoffs Wunsch den Grafen Andrassy ein, nach Berlin zu kommen, das der Zar und sein Kanzler auf der Reise nach Ems am 11. Mai 1876 berührten. Als die Zusammenkunft an dem bestimmten Tage wirklich stattfand, hatte sich die Situation durch die Vorgänge in den Vasallenstaaten und Bulgarien, in Saloniki und Stambul noch bedeutend verschlimmert; um so mehr hielten die drei Mächte darauf, sich nicht von einander zu trennen, und das Ergebniß der Conferenzen war das sog. berliner Memorandum. Dasselbe führte zunächst aus, daß die Ereignisse in Saloniki, die sich anderswo wiederholen könnten, das Zusam-

menwirken der verschiedenen europäischen Geschwader sehr wünschenswerth machten; dann aber forderte es für Bosnien und die Herzegowina einen zweimonatlichen Waffenstillstand, während dessen die Pforte direct mit den Insurgenten verhandeln könne. Zum Ausgangspunkt müsse sie dabei nehmen: den Wiederaufbau der Häuser und die Lieferung von Lebensmitteln; die Einsetzung einer christlich-muhamedanischen Commission mit einem christlichen Vorsitzer; die Concentration der Truppen an wenigen Plätzen; den Verzicht auf die vorgängige Entwaffnung der Christen wie der Mohamedaner; endlich die Ueberwachung der Reformmaßregeln durch die Consuln der Großmächte. Für den Fall, daß trotzdem keine Verständigung erzielt werde, behielten sich die drei Kaiserstaaten vor, ihre diplomatische Verwendung durch wirksame Maßregeln zur Bewahrung des allgemeinen Friedens zu ergänzen.

Dieses Memorandum wurde in einer Conferenz der drei Kanzler mit den berliner Botschaftern der drei anderen Mächte den letzteren übergeben, damit sie die Unterstützung ihrer Regirungen erbäten. Frankreich und Italien sandten dieselbe denn auch sofort telegraphisch, noch ehe Gortschakoff und Andrassy Berlin verlassen hatten; England dagegen zauderte und gab schließlich am 19. Mai eine ablehnende Antwort. Lord Derby wollte dabei das formelle Verfahren, daß man ihn nicht vorher befragt, nicht allzusehr betonen; er meinte aber, der Waffenstillstand komme nur den Insurgenten zu Gute, die Pforte sei nicht im Stande, sich neue finanzielle Lasten aufzubürden, die consularische Ueberwachung schädige ihre Autorität und was dergleichen Gründe mehr waren.

Für Rußland kam diese englische Ablehnung gewiß weder unerwartet, noch unerwünscht. Mit dem berliner Memorandum war ja das letzte Wort seiner Politik so wenig ausgesprochen, daß ihm Nichts unlieber hätte sein müssen, als wenn es dabei festgehalten wäre. War es immerhin schon ein Erfolg, daß Andrassy erheblich über das Programm seiner Decembernote hinausging, indem er das Memorandum unterzeichnete, so würde sich doch dieser Erfolg für Gortschakoff in eine Niederlage verwandelt haben, wenn England oder gar die Pforte die neuen Vorschläge ehrlich acceptirt hätten. Nach dem Beispiel des britischen Cabinets beeilte sich nun natürlich auch der türkische Minister des Auswärtigen Raschid Pascha, das Memorandum, noch ehe es ihm überreicht war, für unannehmbar zu erklären. Die Ueberreichung aber wurde verschoben, weil der Herzog Decazes sich erbot, noch einen Versuch zur Umstimmung Englands zu machen. Da dieser mißlang und die von Paris aus befürworteten Conferenzideen auch keinen Beifall, weder in Berlin noch in London, fanden, wurde die Ueberreichung des Memorandums für den 30. Mai beschlossen. Der 30. Mai aber änderte durch den Sturz des Sultans die Sachlage so vollständig, daß

man eine neue Frist bewilligen mußte, um so mehr als Murad V. sofort eine neue Amnestie für die Aufständischen verkündete und die Einstellung der Feindseligkeiten auf sechs Wochen befahl. Unbequem wie diese Verzögerung für Rußland sein mochte, ergab sich daraus doch als nothwendige Consequenz, daß es in Cettinje und Belgrad einstweilen nachdrücklich zur Ruhe mahnen mußte. Oestreich hatte niemals unterlassen, in diesem Sinne zu wirken und verlangte jetzt die ernstliche Unterstützung des petersburger Cabinets, die der Lage der Sache nach gar nicht verweigert werden konnte. Denn allerdings sah es besonders in Serbien seit der Berufung des neuen Ministeriums äußerst bedrohlich aus; ein kriegerisches Zeichen war dem anderen gefolgt, keines darunter bedenklicher als die Aufnahme des Generals Tschernajeff und anderer russischer Offiziere in die serbische Armee. Von Tag zu Tag schien man die Kriegserklärung des Fürsten erwarten zu müssen, da sein Interesse ihm gebot, loszubrechen, ehe die bulgarische Insurrection erstickt war. Verkehrter Weise ließ er aber den Türken Zeit, mit diesem Feinde fertig zu werden, und dann ihrerseits ein Ultimatum nach Belgrad zu senden, das ihn gebieterisch zur Abrüstung aufforderte. Und nun erging von Ems aus eine so nachdrückliche Mahnung des Zaren nach Belgrad, daß Milan am 8. Juni der Pforte in sehr nachgiebigem Tone antwortete und jede kriegerische Absicht weit von sich wies. Von dem Fürsten von Montenegro eine ähnliche Erklärung zu erlangen, war weniger leicht. Bezeichnend genug riethen sowohl Oestreich wie England der Pforte, ihm eine kleine Grenzberichtigung in Aussicht zu stellen, damit er nur den Insurgenten zur Nachgiebigkeit rathe. Allein ehe man sich in Constantinopel dazu entschloß, liefen bereits aus Serbien neue beunruhigende Nachrichten ein, die keinen Zweifel mehr darüber ließen, daß Milan der Kriegspartei nicht länger widerstehen könne oder wolle. Statt daß sein Abgesandter Christitsch, wie verabredet war, nach Stambul abreiste, wurde die zweite Classe der Miliz einberufen und mit der Bildung von Freischaaren begonnen. Nun ließ sich der Großvezir wenigstens dazu herbei, dem Fürsten Nikita ein äußerst wohlwollendes Schreiben zu übersenden, in dem er die von Mukhtar Pascha glücklich vollzogene Verproviantirung von Nikšitsch als einen Erfolg bezeichnete, den die Pforte der friedlichen Haltung Montenegros zu verdanken glaube und für den sie sich gegebenen Falls erkenntlich zeigen werde. Allein wenn es überhaupt mehr als fraglich war, ob sich Montenegro durch irgend einen kleinen Vortheil gewinnen lassen werde, so war jetzt der Zeitpunkt dazu jedenfalls schon verstrichen. Trotz der Eifersucht, die zwischen Milan und Nikita herrschte, war eben jetzt ein vollkommnes Einverständniß zwischen ihnen erzielt und der Ausbruch des Krieges für den 1. Juli 1876 vereinbart worden. Die Grundlage ihres Bündnisses war die Vereinigung Bosniens mit Serbien, der

Herzegowina mit Montenegro; keiner der beiden Theile sollte ohne den anderen Frieden schließen oder auch nur Verhandlungen mit der Pforte eröffnen dürfen.

In Constantinopel hatten sich mittlerweile die Zustände in einer Weise verschoben, die keinem mehr als Midhat Pascha zu Gute kam. In der Person Murads hatte man einen Sultan auf den Thron gesetzt, der nichts als eine Scheinfigur war. Schon am zehnten Tage seiner Herrschaft verfiel er einer unheilbaren Gehirnkrankheit und schied damit thatsächlich vom politischen Schauplatz, wenn ihn seine Minister auch noch beinah ein Vierteljahr auf dem Thron ließen. Der Großvezir Mehemed Ruschdi galt für einen der ehrenwerthesten Paschas, aber er war alt und des Ehrgeizes bar; den Sturz Abdul Aziz' hatte er geschehen lassen, nicht herbeigeführt. So standen sich also die beiden feindlichen Verschwörer Midhat und Avni ohne einen überlegenen Vermittler gegenüber, und die brennende Frage, ob die Türkei eine Verfassung erhalten solle, genügte, um sie scharf aneinander zu treiben. Einige Tage hindurch blieb Avni, der als Kriegsminister die stärkere Position hatte, im Vortheil; der Scheik-ul-Islam erließ sogar am 9. Juni an die Softas, die man als Midhats Armee betrachten durfte, ein Verbot, noch weiterhin Waffen zu tragen und sich mit Politik zu beschäftigen; der Verfassungsentwurf Midhats wurde in den Sitzungen des Ministeriums arg verstümmelt und selbst in dieser Gestalt heftig angefeindet. Da trug es sich in der Nacht vom 15. zum 16. Juni zu, daß ein tscherkessischer Oberst Hassan Bei in das Berathungszimmer im Hause Midhats eindrang, wo dieser selbst mit Avni, Raschid und Kaisarly Achmed versammelt war. Ein Schuß aus einem Revolver verwundete Avni, von draußen stürzten Diener zur Hülfe herein, ein wildes Ringen entstand, in dem Avni, Raschid, ein Diener Midhats und ein Soldat getödtet, Kaisarly und ein anderer Soldat sowie Hassan verwundet wurden, Midhat allein unverletzt blieb. Der Mörder starb bereits im Laufe des Tages im Gefängniß an seinen Wunden, ohne etwas über die Beweggründe seiner That gestanden zu haben; andern Tags wurde der Leichnam auch noch gehängt. Es hieß, daß Hassan ein Adjutant Izzeddins gewesen sei, daß Hussein Avni ihn nach Bagdad versetzt und, da er sich widerspenstig gezeigt, ihn vorübergehend in Haft genommen habe, und daß der Mordanschlag daher lediglich ein Act der Privatrache sei. Den Verdacht, den die Umstände auf Midhat werfen mußten, schien dieser nicht für erheblich genug zu halten, um sich dagegen zu vertheidigen.

Hussein Avnis Nachfolger im Kriegsministerium wurde Abdul Kerim, der sich das Verdienst erworben hatte, den bulgarischen Aufstand völlig zu dämpfen. Irreguläre Truppen und die bewaffnete moslemitische Bevölkerung Bulgariens hatten ihm die schwerste und blutigste

Arbeit freilich vorweg genommen. Denn die schauerlichsten Würgscenen, von denen man damals in Europa noch nichts erfuhr, fanden gleich in den ersten Tagen der Empörung statt. Der englische Botschafter in Stambul erhielt freilich sofort Berichte, die von der Wildheit der Baschi-Bozuks sprachen und meldeten, daß die Behörden sich sogar berüchtigter Räuber zur Herstellung der Ordnung bedienten. Darauf erhob Elliot sofort Beschwerde darüber, und empfing auch umgehend am 24. Mai die Versicherung, daß die Baschi-Bozuks nicht mehr verwandt werden sollten; aber wie fürchterlich diese bis dahin gehaust hatten, erfuhr man erst aus den haarsträubenden Berichten, die Anfang Juli in den Londoner Daily News erschienen und, wenn vielleicht im Einzelnen übertrieben, doch zu sehr den Stempel der Wahrheit an sich trugen, als daß die officielle Ableugnung der Pforte hätte Glauben finden können. Es genügte der erregten öffentlichen Meinung in England nicht, daß einige türkische Commissäre zur Untersuchung der Frevelthaten abgeschickt wurden; denn, wie sich voraussehen ließ, fiel deren Bericht dahin aus, daß die Bulgaren nicht blos an Allem Schuld seien, sondern noch viel unmenschlicher gehaust hätten als die Baschi-Bozuks. Der englische Botschafter schickte daher seinen Secretär Baring und der nordamerikanische Gesandte den Generalconsul Schuyler aus, deren Bericht trotz aller Zurückhaltung einen wahren Abgrund von Scheußlichkeiten enthüllten. Zu erschöpfenden und zuverlässigen Ergebnissen zu kommen, war freilich nicht mehr möglich, da absichtliche und unabsichtliche Lüge die Thatsachen nach beiden Seiten hin entstellte und beispielsweise die Zahl der ermordeten Bulgaren von den Türken auf 1836, im entgegengesetzten Extrem aber auf 200,000 angegeben wurde. Nur in ganz einzelnen Fällen ließ sich eine genaue Liste aufstellen, so in Otluköi, wo 262 Männer, 284 Frauen und 217 Kinder ermordet waren! Das schrecklichste Blutbad hatte Batak erlebt, dessen Einwohnerzahl Baring nach den Häusern auf 6500 schätzte, während nur 1500 den furchtbaren 9. Mai überlebt hatten. Im Ganzen glaubte Baring die ermordeten Bulgaren in dem Sandschak von Philippopel auf 12,000 schätzen zu dürfen, während er nur von 163 Muhamedanern (darunter 12 Frauen oder Kinder) die Ermordung constatiren konnte und höchstens das Dreifache als möglich zugeben wollte. Schrecklicher als die Zahlen waren noch die näheren Umstände der türkischen Wirthschaft, in denen sich Grausamkeit, Wollust, Habgier und Rachsucht in der scheußlichsten Weise verbanden. So hatte, um nur ein Beispiel anzuführen, in Batak ein gewisser Achmed Aga sich unter Betheuerungen seiner guten Gesinnung erst die Waffen, dann alles Geld und alle Werthsachen ausliefern lassen; darauf begann das Gemetzel, dem nur entging, wer entfloh, bis auf 80 Mädchen, die in die Harems geschleppt wurden. Noch 10 Wochen später, als Baring hinkam, lagen die Leichen unbestattet

umher, vergiftete ein furchtbarer Pesthauch die Gegend. Achmed Aga aber war zum Pascha ernannt und gehörte zu der Commission, welche die Ausschreitungen der Baschi=Bozuks untersuchen und bestrafen sollte! In ähnlicher Weise wurden andere Hauptschuldige ausgezeichnet, so Scheffet Pascha, der um Slimnia und Jamboli herum gewüthet hatte und dafür eine hohe Stellung im Palaste des Sultans erhielt. Zu Hunderten und Tausenden wurden die unglücklichen Bulgaren, die mit dem Leben davon gekommen waren, in die Gefängnisse geschleppt; in Adrianopel allein betrug ihre Zahl bis zum 5. August 1956, von denen 1400 als unschuldig losgelassen werden mußten, während je 25 hingerichtet oder im Gefängniß gestorben waren. Gegen die moslemitischen Wütheriche einzuschreiten, wollte der Pforte aber gar nicht in den Sinn, und es bedurfte des stärksten englischen Druckes, um sie dazu zu bewegen. Graf Derby ließ es daran auch nicht fehlen, denn die öffentliche Meinung Englands war in der That im höchsten Maße erregt. Ein Entrüstungsmeeting, das unter dem Vorsitze des Earl of Shaftesbury am 27. Juli in London stattfand, wurde innerhalb zweier Monate an 268 Orten nachgeahmt, und Gladstone veröffentlichte unter dem Titel „Bulgarian Atrocities“ Anfang September eine Schrift, die den Nachweis lieferte, daß für solche Gräuel nur die Entfernung der Türken aus Europa Genugthuung liefern könne. Für Rußland aber erwuchs aus allen diesen Enthüllungen mehr und mehr die Berechtigung, Bulgariens Befreiung und seine Beschützung durch eine fremde Truppenmacht als Forderung der Menschlichkeit hinzustellen.

6. Der serbisch=montenegrinische Krieg.

Beim Beginne des serbisch=montenegrinischen Krieges waren jedoch alle diese bulgarischen Gräuel noch wenig bekannt; der Zar stützte sich also auch nicht auf sie, sondern ließ die beiden Fürsten zwar gewähren, lieh ihnen aber keine offene Unterstützung; England gab die Versicherung, daß es der Pforte keine Hülfe leisten werde, so lange auch die übrigen Mächte sich nicht einmischten, und der Kaiser von Oestreich stimmte auf einer Zusammenkunft, die er am 8. Juli 1876 mit Alexander in Reichstadt (in Böhmen) hatte, bereitwillig dem Vorschlage zu, daß beide Kaiserstaaten auch fürderhin stets gemeinschaftlich handeln wollten. Unter der Hand aber empfingen sowohl Serbien wie Montenegro aus Rußland sehr wesentliche Unterstützungen, mochten dieselben nun in dem Zuzug von Freiwilligen und dem Uebertritt von Offizieren oder in der Ausrüstung von Lazarethen und Ambulanzen, in der Zusendung von Waffen und Geldmitteln bestehen.

Die Serben waren beim Beginn des Feldzugs in vier Heeren

aufgestellt. Im Westen befehligte Alimpitsch etwa 18,000 Mann, die bei Loschnitza an der Drina standen; ihm gegenüber hatte Suleiman Pascha etwa 27,000 Mann, zumeist jedoch Redifs (Landwehr) und überdies zersplittert, weil sie auch die bosnischen Insurgenten bekämpfen mußten. An der Südfront, am Ibar, commandirte der serbische General Zach etwa 13,000 Mann; sein Gegner Mehemed Ali verfügte auf der Linie von Nowowarosch über Sjenitza nach Nowibazar über 19,000 Mann. Die Hauptmacht der Serben war östlich der Morawa von Alexinatz nach Knjazewatz, 47,000 Mann stark, unter des Höchstcommandirenden Tschernajeff Befehlen aufgestellt, während Achmed Ejub Pascha in Nisch und Pirot Anfangs nur 35,000, gegen Ende Juli aber schon 60,000 Mann hatte. Endlich stand im Osten die serbische Timok-Armee unter Ljeschanin, 16,000 Mann, den gleich starken Türken unter Osman, der sich auf die Festung Widdin stützte, gegenüber. Zum türkischen Generalissimus (Serdar Ekrem) war der Kriegsminister Abdul Kerim ernannt worden.

Tschernajeff eröffnete die Feindseligkeiten, indem er am 3. Juli Nisch umging und Ak Palanka auf der Straße von Nisch nach Pirot besetzte; seine Kriegsproclamation versicherte den Serben, daß ihr Boden, falls sie unterliegen sollten, von dem theuren Blute des russischen Brudervolkes getränkt werden würde. Schon nach wenigen Tagen erlahmte seine Offensive; er befestigte die Höhe von Babina Glava, mußte aber selbst diese Stellung räumen, als Achmed Ejub am 18. Juli zum Angriff überging, und konnte nicht verhindern, daß Abdul Kerim, der inzwischen auf dem Kriegsschauplatze eingetroffen war, am 28. Juli die Grenze überschritt, das von dem serbischen Obersten Horwatowitz tapfer vertheidigte Knjazewatz am 3. und 4. August bestürmte und jenen zum Rückzug nach dem westlich gelegenen Banja zwang. Ueber den weiteren Feldzugsplan konnten nun aber auch die Türken nicht ins Reine kommen; fast vierzehn Tage vergingen, ehe sie den Gedanken, Alexinatz zu umgehen und über die Berge auf Paratschin im Morawa-Thale vorzudringen, aufgaben und zum Sturme auf Alexinatz anrückten. Hier aber hatten die Serben eine Stellung inne, die durch 19 Erdwerke befestigt und vorzüglich mit Geschütz versehen war. Vergebens setzten die Türken alle ihre Zähigkeit daran, die feindlichen Positionen in einem sechstägigen Angriffe zu nehmen; besonders am 23. August erlitten sie furchtbare Verluste, und als zwei Tage später die Nachricht einlief, daß Horwatowitz von Banja her die Armee im Rücken bedrohe, gab Abdul Kerim den Befehl, auf das linke Morawa-Ufer überzugehen, wo eine Division unter Ali Saib, der Anfangs vergeblich versucht hatte, durch den Jankowa-Paß in Serbien einzufallen, bereits während der letzten Kämpfe zur Unterstützung der Hauptarmee thätig gewesen war. Nicht ohne schwere Verluste, die besonders die Division Fazly Pascha

von Horwatowitz erlitt, wurde der Uebergang am 27. August vollzogen und nach Heranziehung bedeutender Verstärkungen aus Sofia der Angriff auf Alexinatz vom linken Ufer aus am 1. September erneuert. Nach elfstündigem Kampfe zog sich die serbische Hauptmacht, ohne doch Alexinatz zu räumen, auf das flußabwärts gelegene Deligrad zurück; die Türken aber ließen wieder mehr als eine Woche verstreichen, ehe sie die Morawa überbrückten, und als sie damit glücklich zu Stande gekommen waren, konnten sie vorerst keinen Vortheil daraus ziehen, weil die Diplomatie ihnen einen vierzehntägigen Waffenstillstand, vom 16. September an gerechnet, aufzwang.

Bei den drei anderen Armeen war nichts vorgefallen, was die Lage bei Alexinatz hätte ändern können. Am Timok drang Ljeschanin Anfangs auf türkisches Gebiet vor, mußte sich aber bald auf Saitschar zurückziehen und war zufrieden, Osmans wiederholte Versuche, den Timok zu überschreiten, abzuweisen; daß derselbe am 13. Juli die Höhen von Veliki Izvor erstürmte, konnte er nicht hindern. Den beständigen Kämpfen machte Ende des Monats die Ueberschwemmung des Timok, dann am 7. August die auf Tschernajeffs Befehl vollzogene Räumung von Saitschar ein Ende; der größte Theil von Ljeschanins Truppen wurde nach Alexinatz gezogen und auch Osman Pascha mußte einen Theil der seinigen unter Fazly Pascha zur Hauptarmee senden. Seit Mitte August ruhte der Kampf. — Am Ibar ließ Zach den Bischof Dutschitsch gegen Nowawarosch, den Obersten Tscholak Antitsch gegen Nowibazar vorrücken; er selbst wollte Sjenitza nehmen: aber keiner der drei Anschläge glückte, und als Zach in Folge eines Sturzes vom Pferde Ende Juli den Oberbefehl an Antitsch übertrug, konnte auch dieser keine Fortschritte machen. — An der Drina endlich machte Alimpitsch mit der Einnahme von Bjelina einen guten Anfang, mußte den Platz aber bald wieder räumen; dagegen befestigte er Klein-Zwornik am rechten Ufer des Flusses, das die Türken nicht zu behaupten wagten, kämpfte am 12. August nicht unglücklich bei Teotschak und nährte erfolgreich den Aufstand der Bosnier, die unter des serbischen Obersten Despotowitsch Führung am 8. September das Fort Glamosch unweit der dalmatinischen Grenze nahmen.

Mit besserem Glück als die Serben kämpfte Fürst Nikita, doch machten jene es ihm mit Recht zum Vorwurf, daß er seinen Vormarsch nicht gegen Sjenitza gerichtet habe, um sich mit Zach zu vereinigen und dann der Drina-Armee zu Hülfe zu ziehen. Ueberdies verfuhr er mit einer unbegreiflichen Langsamkeit, obgleich ihm nirgends Widerstand geleistet wurde, sondern die kleinen türkischen Abtheilungen sich auf Newesinje zurückzogen. Hier langte er erst am 15. Juli an und begann die Belagerung der Citadelle, während ein kleiner Vortrab langsam gegen Mostar rückte und am 23. im Bischina-Passe von Mukhtar



Paschas Truppen zurückgeschlagen wurde. Nun zog sich Nikita schleunig zurück, allein da der türkische General ihm unvorsichtig folgte, überfiel er ihn am 28. Juli bei Vutschidol und brachte ihm eine sehr schwere Niederlage bei. Während dessen war auch an der Süd- und Ostgrenze Montenegros gekämpft worden und zwar häufiger und blutiger als im Norden; die Montenegriner nahmen eine Reihe von Verschanzungen, sogenannte Kulas, um Medun herum, und die Türken unter Mahmud Pascha bemühten sich in vielfachen Angriffen sie wieder daraus zu verjagen, bis sie am 14. August, trotz ihrer vierfachen Uebermacht, noch entscheidender geschlagen wurden als Mukhtar bei Vutschidol. Aber weder im Süden noch im Norden wußte Nikita Nutzen aus seinen Siegen zu ziehen; er verhielt sich, von kleinen Plänkeleien abgesehen, völlig unthätig und überließ es Mukhtar und Derwisch Pascha (der an Mahmuds Stelle getreten war), die Offensive wieder aufzunehmen. Der letztere zog sich dabei nach anfänglichen Erfolgen am 6. September eine große Niederlage an der Moratscha zu, Mukhtar aber drang langsam und mit Vermeidung größerer Gefechte von Nordwesten her in Montenegro ein, bis am 18. September auch auf diesem Kriegsschauplatz die Waffenruhe in Kraft trat.

Dieser Waffenstillstand war ganz und gar das Werk Englands, das einmal durch die bulgarischen Enthüllungen, die ähnliche Gräuel auch in Serbien erwarten ließen, sodann durch das Stocken der Reformbewegung, aus seiner Unthätigkeit aufgestachelt wurde. Obgleich Midhat durch Hussein Avnis Tod freie Hand bekommen zu haben schien, zeigte sich doch bald, daß Mehemed Ruschdi den Widerstand des ermordeten Kriegsministers fortsetzte. Midhat selbst beklagte sich bei Elliot darüber, und dieser machte seinen Einfluß auf den Großvezir geltend; aber als Mehemed ihm erwiderte, bei der Unzurechnungsfähigkeit des Sultans könne man so weit tragende Reformen nicht ausführen, mußte er ihm doch Recht geben. Es lag auf der Hand, daß die Absetzung Murads V. unerläßlich war; aber konnte die Türkei diesen neuen Stoß nach so kurzer Zeit ertragen? Das war nach des Großvezirs Meinung nicht der Fall, und deshalb vertagte er die weiteren Berathungen, und ließ das unter Hinweis auf den Krieg, der alle Gedanken in Anspruch nehme, am 2. August verkünden, ja sogar jede öffentliche Besprechung der Verfassungsprojecte mit der Strafe des Hochverraths bedrohen. Midhat aber drang darauf, daß man den Thron mit einer regirungsfähigen Persönlichkeit besetze, und Elliot unterstützte ihn, weil unter den obwaltenden Verhältnissen keinerlei wichtige Entscheidung getroffen, vor Allem keine Friedensverhandlungen eröffnet werden konnten. Nach einigem Sträuben willigte denn auch der Großvezir ein, und die Sache wurde nun in überraschend prompter Weise erledigt. Nichts war nöthig, als daß ein neuer Fetwah des Scheik-ul-

Islam erklärte, daß ein Sultan, der geistesabwesend sei, nach zwei und einem halben Monat durch seinen Nachfolger ersetzt werden dürfe; sowie das geschehen war, wurde auf Grund dieses Erlasses Murads Bruder Abdul Hamid II. am 31. August als Sultan ausgerufen.

Nun widmete sich England mit Nachdruck der Wiederherstellung des Friedens, die es schon seit Mitte August sich zur Aufgabe gesetzt hatte. Den Anstoß dazu gab der britische Generalconsul White in Belgrad, der zuerst am 5. August berichtete, daß in der Umgebung Milans sich Friedenssehnsucht bemerklich mache. Aehnliche Meldungen mochten auch nach Paris gekommen sein und wurden über Wien, wo Decazes sie zur Beachtung empfahl, nach London berichtet; allein auf diese Anregung wollte weder Oestreich noch England eingehen. Erst als ein paar Tage später (11. August) der Zar bei einem Manöver den Offizieren sagte, es könne vielleicht bald die Zeit kommen, wo er auf ihre Tapferkeit rechnen müsse, und als gleichzeitig Fürst Gortschakoff mit großer Erregung von den bulgarischen Gräueln sprach, empfand Lord Derby die Nothwendigkeit, einer verhängnißvollen Wendung zuvorzukommen, und beauftragte White, am 14. August dem Fürsten Milan mitzutheilen, daß England, wenn es darum ersucht werde, die Vermittelung zu übernehmen bereit sei. Noch ehe dies Ersuchen gestellt war, mußte Elliot dem Großvezir von jenem Auftrage Mittheilung machen, bekam aber zur Antwort, daß die Pforte den Zeitpunkt noch nicht für geeignet erachte und jedenfalls ein directes Friedensgesuch Milans erwarte. Dieser hingegen zögerte, ermuthigt durch die kriegerische Sprache des Zaren, selbst mit der von England ihm empfohlenen Aufforderung, bis der Angriff auf Alexinatz ihn wieder in Angst setzte. Darauf berief er am 24. August die Vertreter der sechs Großmächte zu sich und bat durch sie die Regirungen um ihre Vermittelung. Derby beeilte sich sehr dieselbe zuzusagen und wurde dabei von sämmtlichen Großmächten unterstützt. Die Pforten-Minister dagegen wiesen zunächst auf den Zustand des Sultans hin und erklärten, nachdem der Thronwechsel vollzogen war, daß sie auf einen Waffenstillstand, der nur zu Gunsten Serbiens den Fortgang der militärischen Operationen bis zum Anbruch des Winters verschleppen werde, nur dann eingehen könnten, wenn sofort die Friedensbedingungen festgestellt würden. Dieser Haltung gegenüber zog nun auch Lord Derby andere Saiten auf. Eine Note vom 5. September mahnte Elliot eingedenk zu sein, daß in England alle Sympathie, die man früher für die Türkei gehegt, durch die bejammernswerthen Ereignisse in Bulgarien vollständig vernichtet sei, und daß, wenn Rußland der Pforte den Krieg erklären sollte, die durch alle Classen der englischen Gesellschaft verbreitete Entrüstung es der Regirung faktisch unmöglich machen werde, zum Schutze der Türkei einzutreten; die schleunige Wiederherstellung des Friedens sei

deshalb eine Sache von äußerster Dringlichkeit. Aber trotz dieser energischen Sprache beschloß der türkische Ministerrath am 10. September einstimmig, die Waffenruhe nur dann zu gewähren, wenn die Großmächte für fünf Friedensbedingungen eintreten wollten: Fürst Milan müsse von Neuem um seine Bestätigung in Stambul nachsuchen, der Pforte das Besatzungsrecht in einigen Festungen einräumen, die Zinsen der Kriegskosten übernehmen, seine Armee beschränken, insbesondere die Miliz ganz aufheben, und endlich eine türkische Gesellschaft die Eisenbahn von Nisch nach Belgrad bauen lassen. Von alle dem wollte Lord Derby Nichts hören; vielmehr bezeichnete er als die unerläßlichen Grundlagen des Friedens nicht allein die Wiederherstellung des früheren Zustandes in Serbien und Montenegro, sondern überdies die Einführung localer Selbstverwaltung in Bosnien und der Herzegowina, sowie ähnliche Garantien gegen eine künftige Mißverwaltung Bulgariens. So gewiß diese Forderungen von der Humanität geboten waren, so rief doch der zweite und dritte Punkt den Widerspruch Oestreichs hervor; die Autonomie Bosniens, äußerte Andrassy gegen den englischen Botschafter, lasse sich der Amputation eines kranken Beines vergleichen; Bulgarien autonom machen aber heiße der Türkei das Rückgrat ausschneiden. Dagegen wünschte er durch die Entsendung eines verbündeten Geschwaders nach Constantinopel, die Pforte zur Annahme des Waffenstillstandes zu zwingen, was hinwiederum Lord Derby nicht thunlich fand, da die Durchfahrt durch die Dardanellen vertragswidrig sei. Gortschakoff war seinerseits mit den englischen Bedingungen zufrieden, wenn es wirklich Bedingungen, nicht blos Rathschläge, sein sollten; unter allen Umständen aber sei Rußland jetzt entschlossen, den Waffenstillstand zu erzwingen, und hoffe, daß es dabei nicht allein stehen werde. Dieser Sprache gegenüber wichen die Türken einen Schritt zurück und überreichten ihre Bedingungen den Botschaftern mit der Bemerkung, daß sie sofort nach der Beantwortung (nicht etwa nach der Annahme) derselben die Feindseligkeiten einstellen würden; ja unter der Hand fügten sie noch hinzu, daß die bezüglichen Befehle schon an demselben Tage, dem 14. September, an die Truppencommandos abgehen sollten. Dabei beruhigte sich denn auch Rußland, das Anfangs in London den Vorschlag machte, den diplomatischen Verkehr mit der Pforte abzubrechen, und so trat die Waffenruhe am 16. September in Kraft. Daß an demselben Tage die serbische Armee in Alexinatz den Fürsten Milan als König von Serbien proclamirte, konnte unter diesen Umständen nur Achselzucken erregen und wurde von dem Fürsten und seinen Ministern natürlich zurückgewiesen.

Die kurze Dauer der Waffenruhe, die Anfangs auf zehn Tage bestimmt war und dann um weitere sechs verlängert wurde, machte es nothwendig, die Friedensverhandlungen mit großer Eile zu betreiben.

Die Leitung derselben behielt England in der Hand, und zwar beharrte es auf den drei Punkten, die Derby aufgestellt hatte: nur wurde auf Andrassys Wunsch ausdrücklich hervorgehoben, daß man unter der geforderten „localen Autonomie" durchaus nicht die Bildung tributärer Staaten verstehe; und wurde ferner das Verlangen gestellt, daß die Pforte ihre Zustimmung zur Einführung dieser localen Autonomie durch Unterzeichnung eines Protokolls, nicht in Form einer diplomatischen Note erkläre. Grade dagegen aber sträubten sich Midhat und seine Collegen aufs Aeußerste, und mit dem Worte „Autonomie" konnten sie sich gleichfalls trotz alles englischen Druckes nicht befreunden. Nach mehrtägigem Verhandeln lehnten sie am 30. September 1876 Derbys Bedingungen ab und boten dafür die ausgedehntesten Reformen für das ganze Reich an.

Rußland hatte sich von diesen Verhandlungen vollständig fern gehalten, gleichzeitig aber, in der richtigen Voraussicht, daß sie scheitern würden, den Vorschlag gemacht, durch den Einmarsch östreichischer Truppen in Bosnien, russischer in Bulgarien und das Einlaufen eines verbündeten Geschwaders in den Bosporus, die Pforte zunächst zu einem mehrwöchentlichen Waffenstillstande zu zwingen. Um für diesen Vorschlag die Zustimmung Oestreichs zu erlangen, wurde Ende September der General Sumarokoff von dem Zaren in besonderer Mission nach Wien geschickt; allein er fand bei Andrassy nur die alte Bereitwilligkeit, an einer Flottendemonstration mitzuwirken, nicht aber die Geneigtheit, auf eine Occupation Bosniens einzugehen. In London, wo Graf Schuwaloff dieselben Anträge stellte, wurde natürlich selbst die Flottendemonstration, auf die sich zu beschränken Gortschakoff allenfalls bereit war, für unzulässig gehalten, so daß der russische Kanzler seinen Plan vollständig zurückziehen mußte. Gleichwohl lag es auf der Hand, daß die Großmächte den Wiederausbruch der Feindseligkeiten, die im Morawa-Thale schon wieder im Gange waren, nicht dulden konnten, und wenn Gortschakoff nach der Ablehnung seiner weiter gehenden Vorschläge am 3. October beantragte, daß man doch wenigstens den Kriegführenden sofort einen Waffenstillstand von sechs Wochen auferlegen möge, so hatte England die triftigsten Gründe darauf schleunigst einzugehen. Es deuteten nämlich alle Anzeichen mehr und mehr darauf hin, daß Rußlands Geduld erschöpft sei, daß es ernstlich daran denke, selbst in den Krieg einzugreifen. Außer der beabsichtigten Besetzung Bulgariens sprachen dafür besonders die massenhaften Zuzüge russischer Freiwilliger, die bis zu dreihundert an einem Tage in Serbien eintrafen; es sprach dafür der Umstand, daß Fürst Milan es gewesen, der die Feindseligkeiten wieder aufnahm; es zeugten dafür endlich auch die politisch-militärischen Conferenzen, die zu Livadia in der Krim, wo der Zar sich in diesen Wochen aufhielt, veranstaltet wurden. Offenbar

konnte das Petersburger Cabinet, schon aus Rücksicht auf die lebhafte Erregung des eigenen Volkes, die Niederwerfung der Serben durch die türkische Uebermacht nicht zulassen; dauerte der Krieg fort, so war aber die völlige Besiegung Milans ziemlich unzweifelhaft; die einzige Möglichkeit, Rußlands Eintritt in den Krieg zu verhindern, bestand also darin, daß man die Türkei zum Frieden zwang. Lord Derby versuchte das am 5. October mittelst der stärksten Drohung, die ihm ohne Anwendung von Gewalt zur Verfügung stand: er wies Elliot an, einen Waffenstillstand von wenigstens vier Wochen zu fordern und dabei zu erklären, daß er im Fall der Weigerung Constantinopel verlassen werde, da es dann handgreiflich sei, daß alle Bemühungen der englischen Regirung, die Pforte vom Ruine zu retten, nutzlos geworden seien. Dieses Mittel half. Nachdem Elliot am 7. October in einer Audienz beim Sultan die Forderung seiner Regirung dringend empfohlen hatte, beschloß ein großer Diwan am 10. einen Waffenstillstand bis zum 31. März 1877, also auf fünf bis sechs Monate, anzunehmen. Gegen diese Ausdehnung ließ sich englischer Seits kaum etwas einwenden: je länger die Frist, um so größer schien doch die Möglichkeit eine Verständigung zu erzielen. Für die Türkei aber war damit sehr viel gewonnen. Midhat war es mit seinen Reformen ja wirklich Ernst, und auch der Sultan selbst verlangte nichts besseres, als daß man ihm Zeit gebe; wenn er nach Ablauf derselben seine Versprechen nicht erfüllt habe, sagte er zu Elliot, wolle er sich ohne Sträuben den Diktaten der Großmächte unterwerfen. In sechs Monaten ließ sich jedenfalls viel erreichen, wenn man ungesäumt ans Werk ging. Und das that man, indem schon am 12. October die Berufung eines Parlamentes beschlossen wurde; zwei Commissionen traten ins Leben, die eine, um unter Midhats Vorsitz die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses und des Senats zu regeln, die andere, um die Provinzialverwaltung im Sinne der europäischen Forderungen zu modificiren. Auf diese Weise hoffte man vor Ablauf der sechs Monate thatsächlich den Bedingungen der europäischen Mächte genügt zu haben und der unangenehmen Nothwendigkeit, sich ihren Geboten zu beugen, formell entgehen zu können.

Diese Absichten hatten für Rußland nichts Verlockendes, und in der That ließ sich ja gegen einen so langen Waffenstillstand mit Recht einwenden, daß er die Kräfte der kriegführenden Staaten, die doch unter den Waffen bleiben mußten, allzusehr anspanne und die nationale Erregung in Rußland nicht beschwichtige. Auch Italien theilte diese Auffassung und weigerte sich ebensowohl wie der Zar, den Serben und Montenegrinern die Annahme des Waffenstillstandes zu empfehlen; Deutschland schien Anfangs dazu bereit zu sein, trat aber doch auf Rußlands Seite über, als dessen Einwendungen dem Kaiser Wilhelm

persönlich vorgetragen wurden. Dagegen brachte das petersburger Cabinet einen Mittelweg in Vorschlag, der überall Anklang fand: die Dauer des Waffenstillstands solle auf sechs Wochen festgesetzt, zugleich aber zugestanden werden, daß nach Ablauf dieser Frist nöthigenfalls eine Verlängerung verabredet werden solle. Dadurch wurde es in die Hand der Türkei gelegt, den Wiederbeginn des Krieges allerdings thatsächlich bis zum 1. April zu verschieben, aber sie hatte nicht den Vortheil in dieser Zeit ungestört zu sein, sondern war unausgesetzt dem Drängen der Mächte preisgegeben. Gleichwohl ging die Pforte darauf ein und wollte nur von vornherein feststellen, daß die vorgesehene Verlängerung in zwei Stadien, erst auf neue sechs Wochen, dann auf zwei Monate erfolgen müsse, und daß alle Betheiligten daran gebunden sein sollten. Während darüber und über einige andere Nebenpunkte scheinbar mit dem besten Erfolge verhandelt wurde und Elliot nach London meldete, es sei an einer Verständigung nicht mehr zu zweifeln, erhielt Ignatjeff plötzlich am 30. October aus Livadia den Befehl, der Pforte das Ultimatum zu stellen, daß sie binnen zwei Tagen einen durchaus unverclausulirten Waffenstillstand von 6—8 Wochen gewähre, widrigenfalls er sofort mit der ganzen Gesandtschaft Constantinopel zu verlassen habe. Dieser Drohung fügte sich die Pforte am 1. November ohne Einwendungen und die langwierigen Verhandlungen waren somit durch ein russisches Machtwort beendet.

Dieses Machtwort zu sprechen war der Zar durch die schlimme Lage Serbiens genöthigt worden. Tschernajeff hatte am 28. September, wie erwähnt wurde, den Kampf wieder aufgenommen, Abdul Kerim aber sich aus Rücksicht auf die von der Pforte bis zum 2. October verlängerte Waffenruhe nur vertheidigt. Da die Serben gleichwohl keine Erfolge erzielten, so stellte Tschernajeff den Angriff nach ein paar Tagen ein und fing an seine Armee, deren Offiziere zum größeren Theil Russen waren, zu reorganisiren, wobei besonders die Einführung des russischen Commandos große Erbitterung hervorrief; Abdul Kerim verhielt sich aber trotz seiner Uebermacht auch jetzt noch still. Dagegen ergriffen die Türken gegen Montenegro mit ihren beiden Armeen die Offensive, und zwar gleich unglücklich; denn Mukhtar Pascha, der von Nordwesten her vordringen wollte, wurde schon am 7. October von Vukotitsch bei Klobuk mit schweren Verlusten zurückgeworfen, und Derwisch Pascha erlitt nicht blos am 10. bei seinem Angriff auf Danilovgrad eine bedeutende Schlappe, sondern sah sich auch durch mehrere kleine Gefechte und besonders am 20. October durch den Fall der kleinen Festung Medun so gefährdet, daß er sich unter Zurücklassung von Garnisonen in Spuz und Podgoritza auf Skutari zurückzog. Der von Rußland erzwungene Waffenstillstand fand daher die Montenegriner überall in den günstigsten Positionen. Ganz anders die Serben. Gegen

sie schritt Abdul Kerim, den bestimmten Weisungen des Sultans gehorchend, endlich am 19. October zum Angriff. Es handelte sich zunächst darum sie aus der Stellung am Djunis-Bache zu vertreiben, der etwas unterhalb Alexinatz von Süden her in die Morawa fällt. Drei Tage mühten sich die Türken erfolglos an dieser Aufgabe ab, ebenso erfolglos waren aber auch die Vorstöße, welche Horwatowitz gegen ihre Verschanzungen unternahm. Der 22. October verging fast ohne Kampf, theils wegen beiderseitiger Erschöpfung, theils weil der Boden ganz durchweicht war und Regen und Sturm furchtbar tobten. Am 23. aber gelang es den Türken nach neunstündigem Kampfe, dem bedeutendsten des ganzen Krieges, Djunis zu nehmen und die Serben zur Flucht auf das rechte Morawa-Ufer zu zwingen. Noch einmal trat eine Pause von wenigen Tagen ein; dann begann der Angriff am 29. October von Neuem, diesmal gegen Alexinatz und unterstützt durch schweres Geschütz, das mittlerweile endlich eingetroffen war. Die Verheerungen, welche dasselbe anrichtete, zwangen Tschernajeff in der folgenden Nacht die Stadt zu räumen und auf Deligrad zurückzugehen; er machte dem Fürsten kein Hehl daraus, daß er sich auch hier nicht behaupten könne, und so flehte Milan denn den Zaren dringend um Hülfe an, die ihm durch das Ultimatum Ignatjeffs sofort geboten wurde.

7. Die Conferenz in Constantinopel.

Mit dem größten Nachdruck bestand nun Rußland weiter darauf, daß die sechs Großmächte ohne Verzug auf einer Conferenz die Bedingungen, welche die Pforte erfüllen müsse, feststellen sollten. Allein hier gab es neue Schwierigkeiten zu überwinden, die schon während der letzten Wochen den Diplomaten viel Kopfzerbrechens verursacht hatten. Sollten die Mächte ohne die Türkei ihre Berathungen anstellen oder ihr Zutritt gewähren? Wo sollte die Conferenz gehalten werden? Sollten die auswärtigen Minister oder etwa die Botschafter in Constantinopel oder außerordentliche Bevollmächtigte zusammentreten? Und endlich vor Allem: auf welcher Basis sollten die Verhandlungen eröffnet werden? In Bezug auf alle diese Fragen besaß Lord Derby eine ziemlich genaue Kenntniß der Ansichten, die in den verschiedenen Cabinetten vorwalteten, und beantragte, darauf gestützt, am 4. November 1876 die Entsendung außerordentlicher Bevollmächtigter nach Constantinopel, die sich zunächst untereinander und mit den ständigen Vertretern bei der Pforte verständigen und sodann mit den türkischen Bevollmächtigten zu einer förmlichen Conferenz zusammentreten sollten, als deren Basis erstens die Unabhängigkeit und territoriale Unverletzlichkeit der Türkei, zweitens eine Erklärung der Mächte, daß keine von ihnen Sonder-

vortheile suche, und drittens das englische Friedensprogramm vom 21. September (status quo für Serbien und Montenegro; locale Autonomie für Bosnien und die Herzegowina; ähnliche Garantien für Bulgarien) dienen sollten. Von den verschiedensten Seiten wurden dagegen Einwendungen erhoben. Oestreich fand den Begriff der localen Autonomie immer noch zu weit, Rußland erklärte ihn für ungenügend; auch bestritt es die übereifrige Anerkennung der territorialen Integrität der Türkei. Für sich selbst verlange es freilich keinen Ländererwerb; der Zar selbst gab vielmehr dem englischen Botschafter Loftus, der sich nach Livadia begeben hatte, sein kaiserliches Wort, daß er nach keiner Vergrößerung trachte und daß er besonders auf Constantinopel nicht die leiseste Absicht habe, ja dessen Erwerb als ein Unglück für Rußland betrachten würde. Allein das ließ auch der Zar durchschimmern und erklärte Gortschakaff rund heraus als unvermeidlich, daß Bulgarien zeitweilig besetzt werden müsse, um Frieden und Wohlfahrt dort wieder herzustellen; und nicht dadurch allein, sondern auch durch unerläßliche Gebietsabtretungen an Montenegro werde die territoriale Integrität der Türkei verletzt werden müssen. Trotz dieser und anderer Einwürfe gab die russische Regirung aber schließlich doch nach und genehmigte am 10. November das englische Programm; die übrigen Mächte stimmten auch, zu und schließlich mußte auch die Türkei ihre Einwilligung geben, so lebhaft sie Anfangs auch gegen den ganzen Conferenzplan protestirt hatte.

Gleichwohl ließen sich für die bevorstehenden Berathungen keine günstigen Voraussagen rechtfertigen. Von allen Seiten kam man mit Mißtrauen und mit dem Gefühl, daß zuletzt doch die Waffen entscheiden würden. Englischer Seits gab Lord Beaconsfield dieser Ueberzeugung einen kaum mißzuverstehenden Ausdruck bei dem Lord Mayorsbankett am 9. November; wenn das Land auch den Frieden dringend wünsche, sagte er u. A., so sei es doch andrerseits so gut wie kein anderes auf den Krieg vorbereitet und werde ihn, wenn er einmal begonnen sei, nicht eher beenden, als bis es dem Recht zum Siege verholfen habe. Eine solche Sprache schien nach den freimüthigen Erklärungen des Zaren eine unberechtigte Herausforderung zu sein; indeß ließ es Alexander doch auch nicht an ähnlichen Erklärungen fehlen. Als ihm bei seiner Rückreise nach Petersburg der Adel und die Gemeindebehörde von Moskau am 10. November eine kriegerische Adresse überreichten, antwortete er darauf mit einem anerkennenden Lobe für die Montenegriner, die sich wiederum als wahre Helden gezeigt hätten, was man leider von den Serben nicht sagen könne, obgleich doch so viele Russen in ihren Reihen ihr Blut für die slawische Sache verspritzt hätten. Wohl hoffe er noch, daß man auf der Conferenz zu einem allgemeinen Einverständniß gelangen werde; wenn das aber nicht geschehe, dann sei

er entschlossen, allein zu handeln und rechne auf die Unterstützung des Landes bei dieser heiligen Mission — Worte, die ihren vollen Nachdruck dadurch erhielten, daß den Großmächten am 13. November die Mobilisirung eines Theiles der russischen Armee offiziell zur Kenntniß gebracht und eine Anleihe von 100 Millionen Rubel ausgeschrieben wurde.

Von England wurde neben Elliot als erster Bevollmächtigter für die Conferenzen Lord Salisbury, der Minister für Indien, ernannt, ein Mann, der im Cabinet zu der gemäßigten Partei Derbys gehörte, die bittre Russenfeindschaft Beaconsfields nicht theilte und doch das volle Vertrauen des Premiers besaß. Er nahm seinen Weg nach Constantinopel über Paris und Berlin, Wien und Rom, um sich persönlich von den Anschauungen, die dort herrschten, zu unterrichten: überall fand er den besten Willen an einer friedlichen Lösung mit zu arbeiten; doch ließen seine Berichte sehr wohl erkennen, daß die Auffassungen der vier Mächte erheblich auseinander gingen, daß Deutschland beispielsweise an einer russischen Occupation Bulgariens kaum großen Anstoß nahm, während Oestreich und auch Italien Nichts davon hören wollten, und somit Englands Standpunkt theilten. Uebrigens verzichteten Deutschland, Rußland und Italien darauf besondere Bevollmächtigte nach Constantinopel zu schicken und ließen sich einfach durch ihre Botschafter vertreten; Frankreich schickte neben Bourgoing noch den Grafen Chaudordy, Oestreich neben Zichy den Baron Calice. Die erste Vorconferenz, die am 11. December 1876 zusammentrat, war somit von neun Bevollmächtigten besucht, die Ignatjeff als den Aeltesten zum Präsidenten erwählten. Ohne Schwierigkeiten einigte man sich sofort darüber, daß Serbien trotz seiner Niederlagen eine kleine Vergrößerung erhalten solle, nämlich die rechts von der Drina gelegenen Dörfer Klein-Zwornik und Zakar, auf die es in der That schon seit 1829 berechtigte Ansprüche hatte; für Montenegro wurde gleichfalls eine Grenzerweiterung beschlossen, die Niksitsch, Sputz und einige andere Districte, aber keinen Seehafen einschloß, weil dagegen Oestreich und Italien Verwahrung einlegten; auch sollten die abzutretenden Bezirke unter der Suzeränität der Pforte verbleiben; der Zugang zum Meere wurde dem Fürstenthum dadurch verschafft, daß es freie Schifffahrt auf der Boyana, dem Ausfluß des Skutari-Sees, erhalten sollte. Für die Ordnung der Verhältnisse in Bosnien und der Herzegowina einerseits und in Bulgarien andrerseits wurden zwei Subcommissionen eingesetzt, deren Ausarbeitungen schließlich die Zustimmung der Vorconferenz erhielten. Darnach sollten die beiden ersten Provinzen zu einem Vilayet vereinigt werden, Bulgarien dagegen in zwei zerfallen, deren Hauptstädte Tirnova und Sofia sein sollten. In diesem Punkte hatte Ignatjeff, der Anfangs ein einziges großes Bulgarien bis ans ägäische Meer forderte, überraschend schnell

mit sich handeln lassen. Bei der Organisation ging man von der Bildung der Cantone aus, deren Bevölkerung auf 5—10,000 Seelen festgesetzt wurde; der Cantonalrath, bestehend aus Vertretern der Gemeinden, erhielt das Recht aus seiner Mitte den Maire und zwei Beisitzer zu erwählen. Mehrere Cantone sollten zusammen ein Sandschak bilden, an dessen Spitze ein Mutessarif trat, dessen Ernennung durch die Pforte erfolgte, aber auf Vorschlag des Generalguvernörs, den jede der drei Provinzen erhielt. Zu der Wahl dieses letzteren mußte die Pforte die Zustimmung der Großmächte einholen; seine Absetzung durfte nur durch Richterspruch erfolgen; in den beiden Bulgarien mußte er christlicher Religion sein. Er hatte an seiner Seite eine Provinzialvertretung, die für Bosnien zu je zwei Fünfteln aus Muhamedanern und Griechisch-Orthodoxen, zu einem Fünftel aus Katholiken bestehen sollte; für Bulgarien wurden solche Beschränkungen nicht getroffen. Aus der Mitte dieser Vertretung ging der besoldete Verwaltungsrath hervor, der dem Vali beigegeben wurde. Genaue Bestimmungen regelten die Erhebung der Steuern, von denen wenigsten 70 Procent für die Provinz verwendet werden sollten. Weiter vereinigte man sich über die Organisation der Gerichte, die in einem Appellhofe gipfelten, dessen Mitglieder und Präsident von der Pforte unter Zustimmung der Großmächte ernannt wurden. Türkische Truppen durften nur in den Festungen und den größeren Städten garnisoniren; daneben sollte eine Gensdarmerie und in Bulgarien überdies eine Miliz eingerichtet werden; die fernere Ansiedelung von Tscherkessen wurde untersagt, die Entfernung der schon angesiedelten dringend empfohlen. Endlich sollte eine internationale Commission für die Dauer eines Jahres ernannt werden, um die Ausführung der Reformen zu überwachen und die Pacification der Provinzen durch Bestrafung der Schuldigen, Rückführung der Flüchtigen, Wiederaufbau der Kirchen und Häuser rc. zu leiten. Zu ihrer Unterstützung sollte für Bosnien ein Corps von 500—1000, für Bulgarien ein solches von 2—4000 Mann aus europäischen Armeen gebildet werden. Man dachte dabei auf Anregung Chaudordys zunächst an belgische Truppen, erhielt jedoch aus Brüssel bald eine abschlägliche Antwort. Russischer Seits wurden alle diese Bestimmungen als unverkürzbares Minimum bezeichnet und hinzugefügt, daß man keineswegs von dem glücklichen Erfolge dieser Maßregeln überzeugt sei; England hatte auch keinen besseren Glauben und wollte überdies die Pforte keinenfalls zur Annahme zwingen; nur dazu verstand es sich, daß im Fall einer türkischen Ablehnung Elliot die Führung der Geschäfte einem Gesandtschaftssecretär übertragen und mit Salisbury nach London kommen solle; auch sollte der Pforte von Neuem bemerklich gemacht werden, daß sie im Kriegsfall nicht auf die Unterstützung Großbritanniens zählen dürfe.

Die öffentliche Meinung schwankte in fast allen Ländern Europas zwischen großem Mißtrauen gegen Rußland und dem Wunsche, die Lage der Christen in der Türkei gebessert zu sehen, unsicher hin und her. Am stärksten traten sich die Extreme in England und Oestreich gegenüber. Dort forderte Gladstones leidenschaftlich heftige Verdammung der bulgarischen Greuel, hier die fanatische Parteinahme der Magyaren für die stammverwandten Türken auch die entgegengesetzten Strömungen in der Presse und der öffentlichen Meinung zu immer schrofferem Ausdruck ihrer Wünsche und Ueberzeugungen heraus. Doch war nicht zu verkennen, daß in beiden Ländern die, welche mit der Haltung ihrer Regirung unzufrieden waren, sich in der Minderheit befanden. Gladstone konnte freilich einen solchen Sturm von Meetings heraufbeschwören, wie man ihn seit lange nicht erlebt hatte; er hatte auf seiner Seite Männer wie Graf Russell, Carlyle oder John Bright; von den großen Zeitungen verfochten besonders die Daily News die Sache der unterdrückten Christen mit Eifer und Geschick; aber die eigentlich leitenden Köpfe der Whigs zogen doch eine sehr viel gemäßigtere Sprache vor und hüteten sich vor bindenden Aeußerungen; sie kritisirten bitter die Haltung der Regirung, besonders ihre Weigerung das berliner Memorandum zu unterstützen, aber sie dachten nicht daran mit der englischen Orientpolitik radical zu brechen. Zum Organ dieser wesentlich conservativen, dabei aber für jede ausführbare Reform eintretenden Politik machten sich die Times: ein erheblicher Theil der Tories, auch Mitglieder des Cabinets wie Salisbury, Carnarvon und selbst Derby, standen etwa auf demselben Standpunkte, und wenn der Premier Lord Beaconsfield in seinem oft bewährten Russenhaß weiter drängte und augenscheinlich einem neuen Krimkriege ohne große Abneigung entgegensah, wenn er genug Gesinnungsgenossen in seiner eigenen Partei und selbst im Lager der Whigs bedeutende Anhänger, wie etwa Layard, zählte, so behauptete doch die friedensfreundliche, den Christen wohlgesinnte, gegen die Türken gleichgültige und gegen Rußland argwöhnische Stimmung der Gemäßigten in Presse, Parlament und Regirung die Herrschaft. Das Gleiche durfte man von Oestreich sagen. Entschieden türkenfeindlich waren ja, mit Ausnahme der Polen, alle die slawischen Stämme der Monarchie und bei den Südslawen äußerte sich diese Gesinnung in recht stürmischer Weise; die Insurgenten erfreuten sich nicht blos der Sympathien, sondern auch der thätigen Unterstützung ihrer Stammesverwandten diesseits der östreichischen Grenze, ja die hitzigsten Omladinisten wie Miletitsch arbeiteten insgeheim unverdrossen an der Förderung ihrer großserbischen Pläne, die doch nicht mehr und nicht weniger als Landesverrath waren. Aber die Slawen bildeten weniger als je einen maßgebenden Factor in der östreichischen Politik und wurden durch den magyarischen Einfluß vollständig in Schach ge-

halten. Dieser fiel theils aus Haß gegen Rußland und seine Politik im Jahre 1848, theils aus Dankbarkeit gegen die Türkei, die sich ja der ungarischen und polnischen Flüchtlinge äußerst wohlwollend angenommen hatte, vor Allem aber wegen der Gefahren, mit denen die Selbständigkeit der Balkanslawen die Integrität der Stephanskrone bedrohte, sehr gewichtig zu Gunsten der Türkei in die Wagschale. Wenn es auf populäre Demonstrationen allein angekommen wäre, so würde selbst der bewaffnete Beistand der Ungarn der Pforte nicht gefehlt haben. Die Pester Studenten planten Fackelzüge für den türkischen Consul und schickten, da diese Kundgebung an dem Verbote der Polizei scheiterte, dem Sieger von Djunis, Abdul Kerim, im Januar 1877 einen Ehrendegen, wobei es es denn nicht an dem Austausch feuriger Freundschaftsversicherungen fehlte. Klapka war schon im Sommer nach Constantinopel gereist, um sich und eine ungarische Legion dem Sultan zur Verfügung zu stellen; die magyarische Presse widerhallte von Schmähungen gegen Rußland und von Begeisterung für die tapferen Türken. Auch die Behörden begünstigten, soweit es ohne offene Verletzung der offiziellen Politik möglich war, diese Richtung, die Waffensendungen und Zuzüge von Freiwilligen, die sich nach Serbien und Bosnien auf den Weg machten, wurden nach Kräften abgefangen, Mitletitsch schon im Juli 1876 wegen Hochverraths verhaftet. Das Ministerium Tisza hielt jedoch gewissenhaft darauf Andrassys Politik nicht zu durchkreuzen und handelte daran offenbar auch vom magyarischen Standpunkt aus sehr verständig, weil der Reichskanzler sich andernfalls kaum würde haben behaupten können. Denn unter den Deutschen, sowie am Hof und im Heer fehlte es doch nicht an solchen, die am liebsten für die Insurgenten eingetreten wären und die Vereinigung von Bosnien und der Herzegowina mit Oestreich für die beste Lösung hielten; einzelne Stimmen waren selbst damit nicht zufrieden, sondern meinten mit Giskra, wenn man einmal zugreife, müsse man es gleich ordentlich thun und die Grenzen der Monarchie bis an das ägäische Meer vorschieben. Uebrigens war unter den Deutschen auch an Russenfeinden kein Mangel, und die Neue Freie Presse gab mit einigen andern Wiener Blättern den Anschauungen dieser Partei sehr energischen Ausdruck. Trotz alledem verstand es Andrassy durch alle diese Klippen hindurchzusteuern und seinem Programm in den parlamentarischen Körperschaften die Mehrheit zu bewahren. Der Kernpunkt desselben war, wenn er auch nicht als solcher hingestellt wurde, das Verharren bei dem Dreikaiserbündniß; der Kanzler erklärte des Oefteren, er habe drei Ziele: die Erhaltung des europäischen Friedens, die Beruhigung der aufständischen Provinzen und die Abstellung ihrer berechtigten Beschwerden; alle drei Ziele aber verfolge er so, daß die Interessen Oestreichs dadurch nicht geschädigt würden. Mit diesen höchst allgemein

gehaltenen Sätzen konnte er so lange auskommen, bis sich herausstellte, daß die Umgestaltung der Balkanhalbinsel weit über das erwartete Maß hinausginge. Erwies sich freilich die Bildung autonomer slawischer Staaten als unvermeidlich, dann gebot offenbar das östreichische Interesse, dafür zu sorgen, daß diese Neubildungen nicht dem russischen Einflusse überlassen wurden. Einstweilen aber vermied man es in Wien, von dieser Eventualität zu sprechen; hätte Andrassy sie damals schon durchschimmern lassen, so würden sich seine Landsleute, die Ungarn, leidenschaftlich gegen ihn gewandt und um so heftiger die bewaffnete Unterstützung der Türkei gefordert, d. h. die östreichische Politik wieder zu ihrem alten Fehler, sich für eine von vornherein schon verlorene Sache zu engagiren, zurückgedrängt haben.

Im Gegensatz zu Oestreich und Großbritannien zeigten Deutschland und Frankreich sowohl in dem Auftreten der Regirungen wie in den Aeußerungen der öffentlichen Meinung eine große Zurückhaltung, man konnte fast sagen Gleichgültigkeit. In beiden Ländern war man so ziemlich einig darüber, daß man kein directes Interesse, wenigstens keines ersten Ranges, an der Frage habe. Da die deutsche Regirung mit Rußland eng befreundet war, gefielen sich die schroff oppositionellen Parteien, besonders die Ultramontanen und Socialdemokraten, in Angriffen auf deren „Erbfreund“ und in Sympathien für die Türkei; zwei große Organe der liberalen und reichsfreundlichen Parteien, die Augsburger Allgemeine und die Kölnische Zeitung, vertraten aus Besorgniß vor einem allzu bedenklichen Anwachsen der russischen Macht denselben Standpunkt; die Fortschrittspartei stand überwiegend auf derselben Seite, während die Nationalliberalen und Conservativen durchweg die Beseitigung der türkischen Mißwirthschaft als das wünschenswertheste Ziel betrachteten und eine wohlwollende Haltung gegen Rußland für geboten erachteten. Fürst Bismarck betonte bei einem der parlamentarischen Diners, die er zu veranstalten pflegte, sehr nachdrücklich die Verpflichtung Deutschlands, Oestreich nicht im Stiche zu lassen; wenn diesem Staate eine lebensgefährliche Verwundung drohe, könne es Pflicht werden, aus der Neutralität herauszutreten. In öffentlicher Rede wies er am 5. December 1876 die Zumuthung Eugen Richters zurück, aus dem Werthe, den Deutschlands Freundschaft augenblicklich für Rußland habe, insofern Nutzen zu ziehen, daß er den Nachbarstaat zu einer liberaleren Zollpolitik dränge. Rußland verlange Nichts von Deutschland, was nicht ohnedies in Deutschlands Interesse liege; und so gewiß es Niemandem gelingen werde, in die Beziehungen der beiden Staaten eine Trübung zu bringen, einen Riß in die beiderseitig erprobte Freundschaft zu machen, so wenig könne die Rede davon sein, daß Deutschland die gesunden Knochen auch nur eines einzigen pommerschen Musketiers an Interessen setze, die ihm fremd seien, oder daß es

Rußland zu Liebe seine Freundschaft zu Oestreich oder sein gutes Einvernehmen mit England opfere: dergleichen Forderungen stelle Niemand. Eine freundschaftliche Vermittlung der widerstreitenden Interessen, die Bewahrung des Friedens zwischen allen befreundeten Mächten und die Localisirung eines Krieges, der etwa zwischen Rußland und der Türkei ausbrechen könne, das seien neben der Mitwirkung an der Herstellung besserer Zustände in der Balkanhalbinsel die Aufgaben der deutschen Politik. Mit diesen Erklärungen stimmten die Aeußerungen des Herzogs Decazes über die französische Orientpolitik in erfreulicher Weise überein, und wenn die deutsche Presse zeitweilig den Gerüchten, daß der außerordentliche Conferenzbevollmächtigte Graf Chaudordy in Constantinopel gegen Deutschland intrigire, Gewicht beimaß, so ergriff Kaiser Wilhelm selbst Ende Januar 1877 eine Gelegenheit, um dem französischen Botschafter in Berlin seine Befriedigung darüber auszusprechen, daß Frankreich sich nicht von den übrigen Mächten getrennt habe. Die gegentheiligen Bestrebungen waren also, wenn überhaupt versucht, jedenfalls in Paris selbst mißbilligt worden.

Was nun die Türkei anlangte, so verfolgte Midhat Pascha unausgesetzt das Ziel, den zu erwartenden Forderungen der Mächte durch den Erlaß einer Verfassung zuvorzukommen. Allein die Bedenklichkeiten des Großvezirs erschwerten ihm diese Aufgabe sehr, und Wochen auf Wochen verstrichen über der Berathung des längst vorgelegten Entwurfes, ohne daß die beiden Männer und ihr Anhang sich geeinigt hätten. Endlich räumte Mehemed Ruschdi am Vorabend der Conferenz seinem Rivalen das Feld; Midhat wurde am 22. December 1876 zum Großvezir ernannt und Tags darauf die Verfassung feierlich verkündigt; unter dem Donner der Kanonenschüsse, die diesen Act begrüßten, wurde die erste ordentliche Sitzung der Conferenz eröffnet.

Die Hauptgedanken der Verfassung waren etwa folgende. An der Spitze des untheilbaren ottomanischen Reiches steht als unverantwortlicher und unverletzlicher Herrscher der Sultan, der als Chalif zugleich der Beschützer des Islam ist; seine Rechte entsprechen denen der abendländischen Monarchen. Alle Unterthanen sind gleichberechtigt, auch in religiöser Beziehung, wenngleich der Islam die Staatsreligion bleibt. Die Freiheit der Presse und des Unterrichts, das Versammlungs- und Petitionsrecht werden nach Maßgabe von Specialgesetzen gewährleistet. An der Spitze des Ministerrathes steht der Großvezir; alle Minister sind dem Parlament verantwortlich; für etwaige Anklagen wird ein oberster Gerichtshof begründet. Das Parlament besteht aus Senat und Deputirtenkammer, die am 1. November jedes Jahres zu einer viermonatlichen Session zusammentreten. Die Senatoren ernennt der Sultan auf Lebenszeit; doch müssen sie ausscheiden, wenn sie ein anderes Staatsamt annehmen; ihre Zahl darf den dritten Theil der De-

putirten nicht überschreiten. Von diesen wird auf je 50,000 männliche Ottomanen einer gewählt; die Wahl ist geheim; der Abgeordnete muß dreißig Jahr alt sein und türkisch verstehen; er darf kein anderes Staatsamt bekleiden, als den Posten eines Ministers. Alle vier Jahre finden Neuwahlen statt. Die Sitzungen sind öffentlich; für Reden und Abstimmungen kann kein Vertreter zur Verantwortung gezogen werden. Die Richter werden für unabsetzbar erklärt, das Verfahren ist öffentlich. Die Provinzialverwaltung wird mit großer Selbständigkeit ausgestattet; gewählte Provinzial=, Cantonal= und Gemeinderäthe stehen den Executivbeamten zur Seite. Zu Verfassungsänderungen ist Zweidrittelmehrheit in beiden Häusern des Parlaments erforderlich.

Daß mit den Bestimmungen dieser Verfassung manche Punkte in den Entwürfen der Vorconferenz unvereinbar waren, lag auf der Hand; bedeutsamer jedoch als diese Schwierigkeiten im Einzelnen war es, daß die Pforte grade in diesem Augenblicke die Verfassung veröffentlichte und dadurch den Grundgedanken der großmächtlichen Vorschläge, die Ueberwachung der türkischen Reformen durch das christliche Europa, zurückwies. Als der präsidirende türkische Minister des Auswärtigen, Safvet Pascha, der Conferenz die Bedeutung der Kanonenschüsse erklärte, die gegen den Schluß der ersten Sitzung am 23. December 1876 ertönten, ließen die vorsichtig zurückhaltenden Aeußerungen Salisburys, Ignatjeffs und Chaudordys sofort erkennen, daß sie über diesen Theatereffect wenig erfreut seien. Dennoch war wohl Niemand auf einen so hohen Grad von Zähigkeit gefaßt, wie ihn die beiden Vertreter der Pforte in der nächsten Sitzung am 28. December an den Tag legten. Nachdem sie zunächst gegenüber dem russischen Vorschlage, den Waffenstillstand vom 1. Januar ab auf 14 Tage zu verlängern, eine Frist von zwei Monaten gefordert und auch erreicht hatten, verwarfen sie die Abtretungen an Serbien und Montenegro, die Theilung Bulgariens in zwei Provinzen, die Einsetzung einer europäischen Commission und eine lange Reihe von anderen Punkten theils unter Hinweis auf das englische Conferenzprogramm, das damit im Widerspruch stehe, theils unter Berufung auf die neue Verfassung; ja die dritte Sitzung eröffneten sie gar mit der Erklärung, daß sie ein Gegenproject ausgearbeitet hätten, dessen Uebersetzung sie im Laufe der Sitzung erhalten und mittheilen würden; in der Berathung des Entwurfes der Vorconferenz fortzufahren, könne unter diesen Umständen nicht angemessen scheinen. Das trug ihnen nun zwar von Chaudordy, Ignatjeff und Salisbury der Reihe nach sehr derbe Zurechtweisungen ein, denen sich Zichy, Werther und Corti anschlossen; aber wenn diese scharfen Worte überhaupt Eindruck auf sie machten, so war es der, daß Savfet erklärte, er bedauere, die versprochene Uebersetzung doch noch nicht vorlegen zu können und empfehle die Vertagung der Conferenz bis zum

1. Januar. In der Zwischenzeit konnten die großmächtlichen Vertreter das Pfortenproject in Muße studiren: das Ergebniß war, daß Salisbury die vierte Sitzung mit der Aufzählung von siebzehn wesentlichen Punkten eröffnete, in denen die Vorschläge der Vorconferenz verworfen seien; das sei keine Abänderung mehr, sondern schlechthin eine Verwerfung der maßgebenden Principien, wie sie weder mit der Achtung, die den Großmächten gebühre, noch mit der eigenen Würde der Pforte vereinbar sei; die türkischen Minister möchten wohl den Ernst der Situation bedenken; das Schicksal des Staates liege in ihren Händen und groß sei ihre Verantwortlichkeit vor der Geschichte. Savfet und Edhem Pascha stellten sich darüber höchst verwundert und suchten sich weiteren Erklärungen zu entwinden. Das gelang ihnen aber nicht, da ein Bevollmächtigter nach dem anderen erklärte, Salisbury habe auch seine Ansicht ausgedrückt. Nun fing Edhem Pascha an zu theilen; acht Punkte bezeichnete er als solche, über welche die Pforte gar nicht discutiren könne; über die anderen lasse sich sprechen: Ignatjeff aber erwiderte scharf, das lohne nicht mehr der Mühe, und drängte, unterstützt von seinen Collegen, Edhem endlich zu der Aeußerung, es sei schwierig, die Discussion in dieser Tonart (dans ces termes) weiterzuführen und er behalte sich vor, eine einläßlichere Antwort zu geben. Auf die dringende Frage, die von allen Seiten gestellt wurde, ob er damit eine Ablehnung ankündigen oder nur eine Vertagung vorschlagen wolle, antwortete er ausweichend, es müsse der Ministerrath befragt werden. So ging man denn auseinander, indem man eine fünfte Sitzung für den 4. Januar ansetzte: das letzte Wort aber behielt Ignatjeff, der zu Protokoll gab, daß er Befehl habe, auf keiner anderen Basis als dem Entwurfe der Vorconferenz zu verhandeln.

Von diesem Augenblick an waren die Sitzungen der Conferenz nur noch der Vorhang, von dem die eigentlichen Verhandlungen verdeckt wurden. Italien regte den Plan an, die Sitzungen ohne Betheiligung der Pforte anderswo fortzusetzen; es drang damit aber nicht durch, da Lord Derby sich dessen entschieden weigerte. Englands Haltung war überhaupt, trotz der festen Sprache Salisburys, ununterbrochen eine Ermuthigung für die Pforte. Sie sandte in diesen Tagen Odian Effendi nach London, um das britische Cabinet ganz zu sich herüber zu ziehen; seine Anerbietungen gingen aber nicht weiter als dahin, daß die neue Verfassung und die wichtigsten sie ergänzenden Gesetze den Großmächten amtlich mitgetheilt und dadurch gleichsam unter deren Garantie gestellt werden sollten. Auf solche Vorschläge wollte sich Derby natürlich nicht einlassen, er lehnte es überhaupt ab, in London zu verhandeln, während die Conferenz tage, und betonte so stark wie möglich die Gefahr eines Krieges mit Rußland. Allein die Türken antworteten ihm fatalistisch, sie müßten den Willen der Vorsehung

geschehen lassen; auf unehrenhafte Bedingungen hin könnten sie den Krieg nicht vermeiden; übrigens hätten sie 600,000 Mann unter den Waffen und fürchteten sich nicht vor einem Kampfe mit Rußland. Derby theilte diese Zuversicht nicht; es sei undenkbar, erklärte er Odian am 10. Januar, daß ein Krieg anders als unglücklich für die Pforte ende: allein zu gleicher Zeit that er Alles, um den türkischen Staatsmännern die Gewißheit zu geben, daß England sich an keiner feindlichen Action betheiligen werde; er wies sogar Salisbury an, im Fall, daß der Congreß scheitere, keinerlei identische Note und kein Protokoll zu unterzeichnen, das eine Verpflichtung auf die Vorschläge der Vorconferenz enthalte. Rußland fuhr seinerseits fort, eine ganz staunenswerthe Mäßigung an den Tag zu legen, die auf der richtigen Voraussetzung beruhte, daß die Pforte trotzdem nicht einlenken werde. Obgleich Ignatjeff das Project der Vorconferenz wiederholt als das äußerste und unverkürzbare Minimum bezeichnet hatte, lud er doch selbst seine Collegen am 2. Januar zu einer Besprechung ein, in der er einen abgeschwächten Entwurf mittheilte, ja er ließ selbst an diesem noch erhebliche Aenderungen zu, sodaß der Gebietszuwachs Montenegros verkleinert, die Abtretung von Klein-Zwornik ganz gestrichen, die Befugnisse der Controlcommission verringert, die Beschränkung der türkischen Truppen auf die Festungen beseitigt, die Bildung der Gensdarmerie aus fremden Soldaten aufgegeben und nur die Forderung fremder Offiziere und Unteroffiziere beibehalten wurde, von anderen, minder wichtigen Abschwächungen ganz abgesehen.

In der fünften Sitzung der Conferenz kam von diesen Vorschlägen noch Nichts zum Vorschein; man hörte eine lange Rechtfertigung Savfets an und verschob die Widerlegung derselben auf den 8. Januar, wo Graf Corti im Namen Aller die Nichtigkeit der türkischen Gründe erörterte und Ignatjeff die Fortsetzung der Generaldiscussion für unzulässig erklärte und den Eintritt in die Specialdebatte verlangte, für die man dann die gemilderten Bedingungen als äußerste Grenze (ohne sie der Pforte mitzutheilen) innezuhalten gedachte. Aber die Türken hatten gar keine Lust, auf solche Einzelberathungen einzugehen und wiederholten unermüdlich, daß sie niemals andere als moralische Garantien, d. h. die Verfassung, die Gesetze und die Zeit, wie Edhem sich ausdrückte, geben würden. Auch in der siebenten Sitzung am 11. Januar drehte sich die ganze Debatte lediglich um diesen Punkt, doch so, daß zwei concrete Fragen, die Einsetzung der Controlcommission und die Unabsetzbarkeit der unter Zustimmung der Großmächte zu ernennenden Valis, in den Vordergrund geschoben wurden. Trotz aller Sehnsucht, etwas zu Stande zu bringen, mußten sich endlich doch sämmtliche Bevollmächtigte sagen, daß es unwürdig sei, in dieser Art noch weiter zu verhandeln. Sie kamen also überein, in der achten Sitzung (15. Januar)

durch Salisbury das Programm vom 2. Januar als Ultimatum überreichen zu lassen. Nachdem derselbe seinen Vortrag mit den Worten geschlossen, daß dies die letzte Mittheilung seitens der Mächte sei und daß die Verhandlungen abgebrochen würden, wenn die Pforte nicht zustimme, erklärten die übrigen großmächtlichen Vertreter jeder besonders, daß sie beauftragt seien, in diesem Falle Constantinopel zu verlassen und die Geschäfte einem Geschäftsträger zu übergeben. Unerschrocken nahmen die Türken den Handschuh auf; sie wollten die Sache zwar noch einem großen Diwan vorlegen, aber sie versicherten im Voraus, daß dieser die Controlcommission und die Ernennung der Valis gewiß nicht annehmen würde. Wirklich lehnte der Diwan, der am 17. Januar abgehalten wurde und aus 237 Personen bestand, gegen die einzige Stimme des Hauptes der Protestanten die Vorschläge ab, und in der letzten Sitzung der Conferenz (am 20. Januar 1877) erübrigte Nichts, als davon Kenntniß zu nehmen und die Stellung der einzelnen Mächte noch einmal in längeren Erklärungen zu fixiren. Zwei Tage darauf verließen die Bevollmächtigten Constantinopel.

8. Zwischen Frieden und Krieg.

Die weitere Entwicklung der Dinge hing nun vornehmlich von Rußland ab, und daß dieses jetzt zum Kriege entschlossen sei, konnte nicht wohl in Frage gestellt werden. Immerhin war jedoch das fernere Verhalten der Türkei eine Sache von großer Wichtigkeit, und England bemühte sich sehr, sie zur Nachgiebigkeit gegen Serbien und Montenegro zu bereden. Midhat ging darauf anscheinend bereitwillig ein und forderte die beiden Fürsten schon am 25. Januar auf, Bevollmächtigte nach Constantinopel zu schicken; beide antworteten darauf jedoch mit dem Wunsche, daß die Verhandlungen in Wien geführt werden möchten und noch ehe die Sache in Gang kam, verschwand Midhat vom Schauplatze. Am Morgen des 5. Februar wurde er unerwartet ins Palais berufen und erhielt dort die kurze Anzeige, daß er abgesetzt und verbannt sei; ein Dampfboot lag schon zur Abfahrt bereit, um ihn ohne Verzug nach Italien zu bringen. Volle Klarheit wurde über die Motive dieser Maßregel nicht verbreitet, obgleich Ende Februar sogar ein Specialgesandter, Vahan Effendi, nach London geschickt wurde, um das Vorgefallene zu erläutern. Alles, was er vorbrachte, lief darauf hinaus, daß Midhat sich unehrerbietig gegen den Sultan betragen und den Einfluß des Herrschers ungebührlich einzuschränken gesucht habe — Anklagen, aus denen man die Verläumdungen heraushören konnte, mit denen Mahmud Damat Pascha, der Schwager Hamids, den gestürzten Großvezir angeschwärzt hatte. Uebrigens wurde auf das

nachdrücklichste hervorgehoben, daß es sich nur um einen Personen-, nicht um einen Systemwechsel handle; Edhem Pascha, der neue Großvezir, werde die Verfassungspläne und Reformen eifrig fortführen, wie er denn auch die Friedensverhandlungen wenigstens mit Serbien zum Abschluß brachte. Die serbische Forderung, in Wien zu verhandeln, hatte bereits Midhat dadurch bei Seite geschoben, daß er Pertew Effendi nach Belgrad schickte, um dort in sechs Punkten die türkischen Bedingungen vorzulegen: sie betrafen die Auflösung der revolutionären Comités, die Entfernung der fremden Freiwilligen, die Verpflichtung, keine neuen Festungen anzulegen, die Gleichberechtigung der Juden und Armenier in Serbien, die Beglaubigung eines Pfortencommissars in Belgrad und den Abschluß des Friedens in Constantinopel. Unter der erfolgreichen Mitwirkung des englischen Generalconsuls White wurde glücklich eine Verständigung erreicht, so daß Milan am 14. Februar zwei Bevollmächtigte, Christitsch und Matitsch, zusammen mit Pertew nach Stambul reisen ließ. Diese vereinbarten nun mit der Pforte eine Note, die sie ihr am 28. Februar überreichten, um durch dieselbe die türkischen Forderungen anzuerkennen. Auf Grund dieser Note wurde noch am selben Tage ein Protokoll unterzeichnet und, nachdem Milans Ratification eingetroffen war, am 4. März durch kaiserlichen Firman der Friede und der frühere Zustand wiederhergestellt.

Mit Montenegro sich zu verständigen, gelang jedoch nicht. Wien zum Verhandlungsort zu wählen, lehnte die Pforte ab, ebenso Cattaro, das Fürst Nikita vorschlug. Dank dem Drängen der Großmächte ließ dieser sich dann zwar Constantinopel gefallen und sandte Anfang März den Boscho Petrovitsch dorthin, aber die Forderungen, welche derselbe stellte, umfaßten so große Gebiete, daß die türkischen Unterhändler sie rund ablehnten. Darauf ließ Nikita zwar Manches fallen, z. B. Sputz und den Hafen Spizza; aber Nikſitsch verlangte er unbedingt und daran scheiterten die Verhandlungen, so daß der montenegrinische Bevollmächtigte wieder abreiste und nach Ablauf des Waffenstillstandes, der bis zum 12. April verlängert war, die Fehde wieder begann.

Von der Durchführung der inneren Reformen war in diesen Wochen unablässig die Rede gewesen, und der englische Geschäftsträger, Mr. Jocelyn, hatte mehrfach Gelegenheit, die schönsten Verheißungen nach London zu melden, womit dann freilich andere unter seinen Berichten, die darüber klagten, daß die Pforte sich hartnäckig weigere, an den Urhebern der bulgarischen Greuel die Todesstrafe vollstrecken zu lassen, in seltsamster Weise contrastirten. Das wichtigste Ereigniß der inneren Politik war jedenfalls die Eröffnung des Parlaments, die am 18. März 1877 vor sich ging. Wider Erwarten zeigte sich in der Deputirtenkammer, der Achmed Vefik präsidirte, ein viel regeres Leben und eine stärkere Oppositionslust, als man den Türken hätte zutrauen



sollen; dem Ausland gegenüber erwies sich das Parlament als eine Stütze der Regirung, die nicht unterließ, sich seiner gegebenen Falls, z. B. bei Ablehnung der montenegrinischen Forderungen, zu bedienen. Praktische Resultate anderer Art durfte man natürlich nicht sogleich fordern, und daß der neuen Institution nicht die nöthige Zeit gelassen wurde, sich zu bewähren, dafür sorgte die russische Politik.

Freilich strömte das petersburger Cabinet nach wie vor über von Versicherungen seiner Friedensliebe; aber angesichts der gewaltigen Rüstungen, die es aufrecht erhielt, konnte man ihm keinen Glauben schenken. Seit Großfürst Nikolai Nikolajewitsch am 6. December 1876 bei der mobilisirten Armee in Kischeneff eingetroffen war, schien diese täglich bereit zu sein, die Grenzen zu überschreiten, und man durfte sich wohl fragen, wie lange Rußland bei seinen schlechten Finanzen die drückende Last einer solchen Mobilisation — Gortschakoff selbst gab ihre Kosten auf monatlich 13 Millionen Rubel an — ertragen werde, ohne von der gezückten Waffe Gebrauch zu machen. Nach dem Scheitern der Conferenz schien der Moment zum Losschlagen gekommen zu sein; aber freilich war die Jahreszeit noch sehr ungünstig und überdies waren die anderen Großmächte noch bei Weitem nicht so gebunden, wie Rußland wünschte. Insbesondere war es Gortschakoff sehr unangenehm, daß zum Schluß der Conferenzen nicht ein gemeinsames Protokoll unterzeichnet war, als dessen Vorkämpfer die russische Armee hätte auftreten können; diese Lücke wünschte er vor Allem in irgend einer Weise auszufüllen. Nach einigem Zögern wandte er sich deshalb am 31. Januar 1877 in einer Circulardepesche an die Großmächte, um ihnen die Frage vorzulegen, was sie nunmehr zu thun gedächten; Rußland wünsche sich nicht von ihnen zu trennen, aber es müsse seine eigenen Schritte von ihren Entschlüssen abhängig machen. Diese Frage blieb ohne Antwort. Lord Derby begnügte sich, mündlich darauf hinzuweisen, wie der Sturz Midhats die Lage in Constantinopel wieder der Art geändert habe, daß man erst die weitere Entwicklung abwarten müsse, und der englische Botschafter in Petersburg sprach wohl gar von der Frist eines Jahres, die man den Türken zugestehen solle, um zu zeigen, daß sie es mit der Verfassung und den Reformprojecten ernst meinten. Es war das ein Vorschlag, der noch von Midhat stammte, und der auch für Rußland dadurch einiger Maßen annehmbar gemacht werden sollte, daß die Pforte sich verpflichtete, nach Ablauf jener Probezeit in die Einsetzung einer internationalen Ueberwachungscommission zu willigen, vorausgesetzt, daß die bis dahin erzielten Fortschritte billigen Erwartungen nicht entsprächen. Natürlich dachte aber Rußland nicht daran, sich auf eine so lange Frist einzulassen; zwei Monate wollte sich Gortschakoff allenfalls gedulden, doch verlangte er auch für diesen Fall eine Erklärung der Mächte, daß sie nach Ablauf des gedachten Termins die

Durchführung der Reformen erzwingen würden. Eine solche Erklärung aber war kaum von irgend einer Seite, geschweige denn von England zu erwarten und so verstrichen Wochen mit vertraulichen Erörterungen, ohne daß die russische Anfrage vom 31. Januar beantwortet wurde.

Da erfolgte zu Anfang März zum allgemeinen Erstaunen von Petersburg die Anzeige, daß General Ignatjeff wegen eines Augenleidens einige berühmte Aerzte zu consultiren wünsche und daß man diese Gelegenheit zu benutzen denke, um den Cabinetten von Wien und Berlin, von Paris und London die Beantwortung jener Note durch mündliche Erläuterungen zu erleichtern. Wirklich traf der General am 8. März über Berlin in Paris ein und fand hier den Grafen Schuwaloff bereits vor, der dann nach mehrfachen Conferenzen mit seinem Collegen und mit den pariser Diplomaten dem englischen Cabinet einen Protokollentwurf überbrachte, nach dessen Unterzeichnung durch die Großmächte Rußland abzurüsten versprach. Der Inhalt desselben war eine Aufzählung der Reformen, welche die Türkei durchzuführen sich verpflichtet hatte, eine Erklärung, daß die Großmächte die Erfüllung dieser Verpflichtung durch ihre Gesandtschaften in Constantinopel zu überwachen gedächten, und die lakonische Schlußphrase, daß sie eventuell für die Verbesserung der Lage der Christen selbst sorgen würden (aviseraient). Eine Frist war in dem Protokoll überhaupt nicht genannt, es schien also, als ob Rußland wirklich einen sehr starken Schritt zurückwiche, und in dem geforderten Protokoll, wie seine Diplomaten einmal über das andere versicherten, Nichts suche, als das Mittel eines ehrenvollen Rückzuges.

In London war man im Allgemeinen merkwürdig geneigt, diesen Betheuerungen Glauben zu schenken; hatte Derby doch schon im Februar die Ueberzeugung geäußert, daß der Zar persönlich den Krieg nicht wünsche. Auch Schuwaloffs Gesinnungen galten allgemein als sehr friedfertig, ja man betrachtete ihn wohl gradezu als das Haupt der Friedenspartei, und faßte die Sachlage deshalb dahin auf, daß er von Gortschakoff beauftragt gewesen sei, ein Compromiß mit Ignatjeff, dem eifrigsten Befürworter des Krieges, zu schließen, und daß dieses Compromiß nunmehr in dem Protokollentwurf vorliege. Immerhin wurde englischer Seits das russische Project doch einer sehr gründlichen Prüfung unterworfen und mit der principiellen Annahme die Forderung verbunden, daß der Wortlaut mehrfach geändert werden müsse. Dagegen schien sich Ignatjeff, der inzwischen selbst nach London gereist war, auch kaum zu sträuben, und das berliner Cabinet beförderte durch seine Befürwortung der englischen Vorschläge diese nachgiebige Stimmung auch in Petersburg selbst. Aber unerwarteter Weise erhob sich eine andere Schwierigkeit. Lord Derby bestand darauf, daß Rußland die Verpflichtung zur Abrüstung übernehmen müsse, ehe England das

Protokoll unterzeichne. Dem gegenüber bemerkten die russischen Diplomaten natürlich, daß dies der Würde des Zaren widerspreche, daß dieser keine solche Verpflichtung übernehmen könne, wenn nicht der Sultan zuvor dasselbe gethan habe. Das Protokoll aber sollte ja von der Türkei nicht mit unterzeichnet werden; es enthielt also zwar die an den Sultan gerichtete Aufforderung zur Entwaffnung, aber nicht dessen Zustimmung; folglich wollte Rußland seinerseits weder durch das Protokoll, noch gar durch eine vorgängige Erklärung sich zu einer solchen Maßregel anheischig machen. England hingegen erklärte, daß es ohne ein russisches Versprechen der Entwaffnung überhaupt keinen Grund habe irgend ein Protokoll zu unterzeichnen. So blieben die Verhandlungen einige Tage in der Schwebe, bis Schuwaloff — Ignatjeff war wieder abgereist — den Vorschlag machte, er wolle bei der Unterzeichnung des Protokolls eine Erklärung abgeben des Inhalts, daß der Zar, wenn der Friede mit Montenegro geschlossen sei, wenn die Pforte das Protokoll annehme und wenn ein türkischer Gesandter nach Petersburg komme, um über die Entwaffnung zu verhandeln, seinerseits bereit sei, derselben zuzustimmen. Mit diesem Auswege war das englische Cabinet zufrieden, indeß doch wieder nur mit einem Vorbehalte: es wollte auch seinerseits bei der Unterzeichnung eine Erklärung abgeben, in der ausgesprochen werden sollte, daß es an das Protocoll nur dann gebunden sei, wenn dasselbe seinen nächsten Zweck, die Abrüstung der beiden Staaten, wirklich erreiche. Dagegen hatte Rußland nichts einzuwenden, und nun wurde der Wortlaut des Protokolls selbst und der beiderseitigen Erklärungen ohne große Schwierigkeit vereinbart. Am 31. März konnte dasselbe den versammelten Botschaftern vorgelegt, und da diese keinerlei Bedenken geltend machten, sofort vollzogen werden. Nur der Vertreter Italiens gab dabei noch ausdrücklich zu Protokoll, daß die verpflichtende Kraft seiner Unterschrift erlösche, sobald die glücklich erzielte Uebereinstimmung der Mächte verloren gehe, d. h. sobald England sich von derselben lossage — ein Vorbehalt, der von den andern Mächten wohl nur deshalb nicht gemacht wurde, weil er sich von selbst verstand.

Das Protokoll begann damit die fortdauernde Einmüthigkeit der Mächte und ihr ungeschmälertes Interesse an dem Loose der christlichen Rajah zu constatiren, nahm sodann Act von dem Frieden mit Serbien und empfahl die Grenzberichtigung zu Gunsten Montenegros. Darauf folgte der Rath an die Pforte, zu entwaffnen nnd die Reformen, die für die Ruhe Europas unerläßlich seien, zu beschleunigen; durch ihre diplomatischen und consularischen Vertreter würden die Mächte den Fortgang derselben beobachten lassen; sollten sie in ihren Erwartungen abermals getäuscht werden, so würden sie das für unverträglich mit

ihrem Interesse erachten und gemeinsam auf Mittel denken, um das Wohl der Christen und den allgemeinen Frieden zu sichern.

Es fragte sich nun, wie die Pforte, der das Protokoll mitsammt den dazu abgegebenen Erklärungen sofort durch den englischen Geschäftsträger mitgetheilt wurde, sich dazu stellen würde. Da man eine ausdrückliche Zustimmung von ihr gar nicht forderte, so brauchte sie nur zu schweigen und die Bedingungen der russischen Declaration zu erfüllen, d. h. mit Montenegro Frieden zu schließen und einen Specialgesandten nach Petersburg zu schicken. Aber von dem Allen that sie grade das Gegentheil. Bezüglich der beiderseitigen Entwaffnung, so meinte Savfet Pascha, bedürfe es keiner Verhandlungen und keines Specialgesandten: das könne telegraphisch abgemacht werden; Montenegro wolle man gern durch eine Grenzberichtigung befriedigen, da es ja doch einen Bestandtheil des ottomanischen Reiches bilde und dessen Integrität also durch etwaige Abtretungen nicht verletzt werde; eine Motivirung, die dem seine volle Suveränität beanspruchenden Fürsten die Annahme jedes materiellen Zugeständnisses unmöglich machte; das Protokoll endlich könne man auf der Pforte nicht ignoriren, da es die Würde des Sultans, die Unabhängigkeit seines Reiches und den pariser Vertrag von 1856 verletze: vielmehr müsse man dagegen ausdrücklich protestiren und es für gänzlich unverbindlich erklären, was denn auch in einem langen Circular vom 9. April geschah. Vergebens hatte England mit all seinem Einfluß diesen „unweisen" Entschluß bekämpft; vergebens hatte Derby den türkischen Botschafter Musurus Pascha, der den Verlust von einer oder zwei Provinzen für ein kleineres Unglück als die geduldige Hinnahme des Protokolls erklärte, darauf hingewiesen, daß ein unglücklicher Krieg viel mehr als den Verlust von zwei Provinzen zu bedeuten habe, daß er die gesammte Existenz der Türkei bedrohe: die türkische Regirung war für keinerlei Gründe und keinerlei Drohungen empfänglich, und da Gortschakoff seinerseits keinen Zweifel daran aufkommen ließ, daß die Ablehnung des Protokolls und der russischen Forderungen die Kriegserklärung zur Folge haben werde, so ergaben sich auch die englischen Staatsmänner in das Unvermeidliche, und die Aera der Verhandlungen war zu Ende. Zwar wurde schleunigst ein neuer Botschafter in der Person Mr. Layards, eines Whigs, der bisher Gesandter in Madrid gewesen war, nach Constantinopel gesandt, aber die Anknüpfungen, welche dieser gleich am Tage seiner Ankunft, am 20. April 1877, zu gewinnen suchte, die Anrufung der Mächte zu freundschaftlicher Vermittelung auf Grund des pariser Vertrages, der dringende Vorschlag Italiens, daß die Pforte einen Gesandten ins russische Hauptquartier schicken möge, alles das waren einseitige Schritte, auf deren Gelingen sich selbst ihre Urheber nicht die mindeste ernstliche Hoffnung machten. Denn inzwischen hatte Rußland durch ein Circular

vom 19. April den Großmächten angezeigt, daß sein eigenes Interesse ihm gebiete, den orientalischen Wirren ein Ende zu machen, und daß die Armee des Zaren demgemäß den Befehl zur Ueberschreitung der Grenze erhalten habe.

9. Die erste Phase des Krieges.

Diese Armee war nun bereits seit dem November 1876 in sechs Corps unter dem Oberbefehl des Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch, eines Bruders des Zaren, in den südlichen Guvernements zusammengezogen. Das Hauptquartier befand sich in Kischeneff; Generalstabschef war Nepokoitschitzki, dem der jüngere Generalmajor Lewitzki zur Seite gestellt war. In der Mobilisirung waren kraft Ordre vom 11. März 1877 weitere neun Corps begriffen; mit Rumänien kam am 16. April eine Convention zu Stande, die den Durchzug der russischen Armee regelte, und wenn die Regirung des Fürsten Carol dabei doch ihre Neutralität wahren wollte, wenn sie die Großmächte anrief, den drohenden Einmarsch der Türken zu verhindern, so wurde das überall als eine Fiction erkannt, die den Uebergang zu einem Bündniß mit Rußland vermitteln sollte. Aber wenn in Folge dieser Erkenntniß die Großmächte es auch ablehnten, den Türken das Ueberschreiten der Donau zu wehren, so unterblieb dasselbe doch aus anderen Gründen; der türkische Generalissimus Abdul Kerim verfügte zunächst über eine zu geringe Truppenzahl, als daß er die Offensive zu ergreifen gewagt hätte, und als er sein Heer auf etwa 120,000 Mann gebracht hatte, war die Occupation Rumäniens durch die Russen bereits eine vollendete Thatsache. Am Tage nach der Absendung des Gortschakoff'schen Circulars hatte sich der Zar persönlich zur Armee begeben. In Kischeneff angekommen, erließ er am 24. April ein Manifest, in dem er den Beginn des Krieges ankündigte, während gleichzeitig Gortschakoff der türkischen Regirung dieselbe Anzeige machte. Noch ehe diese Mittheilung in Constantinopel übergeben war, überschritten die russischen Truppen in der Frühe des 24. April den Pruth, rückten in Eilmärschen gegen die Donau und den Sereth vor, besetzten die nah an der Mündung des letzteren Flusses gelegene Brücke von Barboschi und versicherten sich des unteren Donaulaufes von Braila bis Kilia. Unbehindert folgte dann den fliegenden Colonnen, welche mit großer Schnelligkeit diese wichtigen Positionen eingenommen hatten, das Gros der Armee und rückte bis zum 20. Mai in die ihm angewiesenen Stellungen ein. Bukarescht selbst blieb mit russischer Besatzung verschont, auch wurde die Aluta nicht überschritten, um der östreichischen Regirung Gewähr für das Versprechen zu geben, daß

Serbien nicht in den Krieg gezogen werden solle. Für den Fall, daß dies doch geschähe, hatte Andrassy nämlich sowohl in Petersburg wie in Constantinopel ernste Gegenmaßregeln ankündigen lassen und dadurch beide kriegführenden Theile zur Anerkennung der serbischen Neutralität bewogen. Somit war der Donau-Uebergang der Russen nur abwärts von Nikopolis zu erwarten, und der Umstand, daß sie einerseits in der Nähe dieser Stadt und andererseits zwischen Braila und Reni den Fluß durch Torpedos sperrten, wies noch bestimmter auf die in Aussicht genommenen Punkte hin. Von der türkischen Flottille, welche durch diese Maßregeln verhindert werden sollte, den Brückenbau zu stören, war übrigens wenig zu bemerken, und das Wenige, was man hörte, beschränkte sich auf Nachrichten von Verlusten: am 11. Mai wurde ein Panzerboot durch eine russische Ufer-Batterie, am 26. ein anderes durch ein Torpedoschiff zerstört. Wenn der Uebergang der Russen sich dennoch verzögerte, so war daran einerseits der hohe Wasserstand, andererseits die Schwierigkeit, das Material auf den schlechten Wegen schneller herbeizuschaffen, Schuld, und beide Hemmnisse wurden durch unausgesetztes Regenwetter verlängert und verschlimmert, so daß ein Stillstand in den Operationen eintrat, der bis in das letzte Drittel des Juni währte.

Diese Zeit war indessen auf einem anderen Kriegsschauplatze nicht ungenutzt verstrichen. An demselben Tage wie in Europa hatten die Russen auch in Asien den Kampf begonnen. Die dort verfügbaren Truppen, gegen 100,000 Mann, standen unter dem Obercommando des Statthalters im Kaukasus, Großfürsten Michael Nikolajewitsch, und sollten in vier Colonnen vorrücken. Auf dem rechten Flügel wurde General Oklobschio gegen die Hafenfestung Batum vorgeschickt; weiter südlich und ohne Fühlung mit ihm General Dewel gegen Ardagan; die Hauptarmee unter Loris-Melikoff hatte gegen Kars zu operiren, der linke Flügel unter Tergukassoff gegen Bajaset. Ganz schlecht gingen die Dinge von vorn herein bei dem Rion-Detachement, wie Oklobschios Corps von seiner Basis, dem Rion-Flusse, gewöhnlich genannt wurde. Um Batum zu erreichen, mußte es auf erbärmlichen Wegen eine Reihe tiefeingeschnittener Thalschluchten passiren, deren jede den Türken vortreffliche Defensivstellungen bot. Nach heißem Kampfe wurde die erste derselben am Kintrischi zwar glücklich am 11. Mai genommen; der Angriff auf die zweite am Zichisdsiri hatte aber (23. Juni) keinen entscheidenden Erfolg, und als die Türken unmittelbar darauf zur Offensive übergingen, hielt es Oklobschio für gerathen auch den Kintrischi wieder aufzugeben, zog sich bis Muchaestate zurück und verharrte hier, wenig belästigt, bis Ende November in der Defensive. Die Türken aber benutzten ihre Ueberlegenheit zur See, um durch eine Expedition nach der kaukasischen Küste, deren Führung dem Sohne

Schamyls, Fazly Pascha, anvertraut wurde, einen Aufstand der Abchasen und Daghestaner im Rücken der Russen anzustiften. Schon am 16. Mai zerstörten sie Suchum Kaleh an der kaukasischen Küste, acht Tage später das Fort Adler, und bald war das ganze Hinterland aufgewiegelt. Dadurch wurden die Russen zu Detachirungen gezwungen, und wenn der Kleinkrieg gegen die unbotmäßigen Stämme auch an sich ohne Bedeutung war und in dieser kurzen Darstellung ungeschildert bleiben darf, so störte er doch bis in den August hinein die Communicationen der Russen und erschwerte ihre Operationen.

Die Dewel'sche Colonne kam ohne Hindernisse von ihrem Ausgangspunkte Achalkalaki in die Nähe von Ardagan und stellte die Fühlung mit dem Hauptcorps unter Loris-Melikoff her. Da sie zur Erstürmung der Festung zu schwach war, schickte ihr Melikoff einen Theil seiner Truppen unter General Heimann zur Hülfe, und begab sich auch selbst am 14. Mai an Ort und Stelle. Unter dem Schutze von 11 Batterien griff er am 16. das befestigte Lager der Türken, das östlich von der Stadt, gedeckt von dem Fort Emir Oglu, lag, an und erstürmte nicht nur das Lager, sondern auch das Fort. Andern Tags begann das Bombardement der Stadt, und da man bald große Verwirrung in derselben bemerkte, wurde Abends um 6 Uhr der Sturm befohlen. Mehrere Vorwerke waren bereits genommen, als die Dunkelheit dem Kampf ein Ende machte, aber in der Nacht räumte der Commandant Hassan Pascha nicht nur die Stadt, sondern auch das noch ganz unversehrte stärkste Fort Ramasan, das nördlich von derselben lag. Mit einem Verlust von 540 Mann hatten die Russen den wichtigen Platz gewonnen; die Türken zählten allein an Todten 1750 Mann.

Damit war die Specialaufgabe des Dewel'schen Corps gelöst, und während nur ein Theil desselben unter Oberst Komaroff als Besatzung in Ardagan zurückblieb und von dort aus kleinere erfolgreiche Expeditionen unternahm, stießen Dewel selbst und Heimann schon Ende Mai zu der Hauptarmee. Diese war von Alexandropol ausmarschirt und hatte bei Saim, nordöstlich von Kars, ein Lager bezogen; mehrere Wochen verstrichen mit der Herbeischaffung der Belagerungsgeschütze; kleinere Unternehmungen, so ein Streifzug des Fürsten Tschawtschawadse, der die Telegraphenlinie zwischen Kars und Erzerum zerstörte, füllten neben dem Heimann'schen Marsche nach Ardagan die Zeit aus. Auch auf türkischer Seite blieb aber diese Frist nicht unbenutzt. Der Oberstcommandirende, Mukhtar Pascha, hatte Kars verlassen und sich nach Erzerum begeben, wo er ein Entsatzheer sammelte und mit demselben hinter dem Saganlug, einem Gebirge, durch das die Straße von Kars nach Erzerum führt, Aufstellung nahm. Ein Vorstoß, den Mussa Pascha von dort mit einem starken Reiterdetachement gegen die südlich

von Kars bei Ardost stehenden Russen machte, zog ihm am 29. Mai bei Bechli-Achmed eine Niederlage durch die Reiterdivision Tschawtschawadse's zu, die in Verbindung mit General Heimann am 3. Juni auch einen Ausfall der Garnison von Kars glänzend zurückwies. Dennoch erschien es als nothwendig, daß die Russen selbst gegen den Saganlug vorrückten. Der Angriff auf Kars wurde deshalb auf die beiden nördlich, rechts und links vom Kar-Flusse gelegenen Forts Arab und Muchlis beschränkt, das Commando daselbst General Dewel übertragen und während der nächsten Wochen aus stets zahlreicheren Batterien ein lebhafter Artilleriekampf geführt und fast täglich Ausfälle der Türken zurückgeschlagen.

Den Vormarsch gegen Mukhtar Pascha, dessen Hauptstellung bei Siwin hinter dem Saganlug war, leitete Loris Melikoff selbst; Heimanns Corps, über das er zu diesem Zweck verfügte, war etwa 15,000 Mann stark. Als er aber mit demselben am 23. Juni bei Medschingert, 7 Kilometer südöstlich von Siwin, anlangte, erhielt er von dem General Tergukassoff, dem Führer des vierten, gegen Bajaset entsandten Corps, die Meldung, daß Mukhtar sich mit 15,000 Mann gegen diesen gewandt habe und südlich von Medschingert, bei Delibaba, stehe, während nur die andere, gleich starke Hälfte der Türken unter Ismail Pascha bei Siwin geblieben war. Tergukassoffs Unternehmungen waren bis dahin erfolgreich gewesen. Er hatte Bajaset am 30. April von der türkischen Garnison verlassen gefunden und besetzt, war dann, unter Entsendung von Streifcorps gegen die Kurden, die Bajaset bedrohten, nach Westen vorgerückt und am 9. Juni bis Seidekan, südöstlich von Delibaba, gekommen. Hier erhielt er den Befehl, gegen Mukhtar Pascha vorzugehen, den mit Heimanns Corps anzugreifen Melikoff sich damals noch nicht entschlossen hatte. Tergukassoff gehorchte der Weisung und erstürmte am 16. Juni den Drambag, eine Bergkette, westlich von Seidekan, wobei die Türken ihren Befehlshaber Mehmet Pascha verloren. Die Folge aber war, daß Mukhtar Pascha sich mit den erwähnten Truppen gegen Tergukassoff wandte und ihn am 21. Juni bei Dajar so heftig angriff, daß die Russen nur mit äußerster Anstrengung ihre Stellung behaupten konnten. Ueberzeugt, daß ihm weitere Kämpfe gegen die Uebermacht bevorständen, ersuchte nun Tergukassoff den General Melikoff, der grade jetzt bei Medschingert anlangte, ihm durch einen Angriff auf Siwin Luft zu machen, und dieser kam der Aufforderung nach, obgleich er etwas schwächer als Ismail war und dieser vortreffliche Stellungen inne hatte. Nachmittags am 25. Juni griff General Heimann den Feind in der Front an, während Tschawtschawadse den rechten Flügel der Türken umgehen sollte. Allein beides scheiterte an der Ungunst des Terrains und nach einem äußerst heftigen Kampfe, der den Russen 860 Mann kostete, mußte das Ge-

fecht beim Dunkelwerden erfolglos abgebrochen werden. Dem russischen Oberbefehlshaber aber hatte dieser Tag die Gewißheit verschafft, daß seine Macht nicht ausreiche, um Kars zu belagern und gleichzeitig Mukhtar Pascha fern zu halten. Schnell wurde der Entschluß gefaßt, so peinlich er sein mochte, die Belagerung abzubrechen, auf die russische Grenze zurückzugehen und in der Defensive zu bleiben, bis genügende Verstärkungen angelangt seien. Langsam und von den Türken, die eines neuen Angriffs gewärtig waren, kaum belästigt, zog Heimann sich zurück, während gleichzeitig der Belagerungspark von Kars zurücktransportirt wurde. Am 10. Juli stand die ganze russische Hauptarmee wieder an der Grenze. Auch Tergukassoff trat am 26. Juni den Rückzug an, nicht wenig aufgehalten durch etwa 2500 armenische Familien, die aus Furcht vor türkischer Rache sich unter seinen Schutz begaben; auch mußte er noch einen Streifzug nach Bajaset unternehmen, wo die russische Besatzung in der Citadelle von dem Feinde blokirt wurde. Es gelang ihm, dieselbe zu befreien und zu seiner Hauptmacht zurückzuführen: alles bisher Gewonnene aber war verloren, und nur Komaroff in Ardagan und Oklobschio in Muchaestate standen Mitte Juli noch auf türkischem Boden.

Der schlimme Eindruck, den dieser überraschende Umschlag zu Ungunsten der Russen hervorrufen mußte, wurde zu ihrem Glück erheblich gemildert durch den fast gleichzeitigen Uebergang über die Donau. Am 6. Juni war Kaiser Alexander in dem Hauptquartier Plojeschti angelangt; die Rücksicht auf die früher geschilderten Hemmnisse zwang jedoch mit dem Ueberschreiten des Flusses nochmals vierzehn Tage zu warten. Endlich am 22. Juni setzte General Zimmermann bei Galatz über den Strom und entriß den Türken trotz ihrer Uebermacht die aus dem überschwemmten Terrain hervorragenden Budschak-Höhen, von denen aus er am nächsten Tage Matschin erreichte und dann, ohne erheblichen Widerstand zu finden, die ganze Dobrudscha bis zur Linie Tschernawoda-Küstendsche besetzte.

Diese Occupation war jedoch wesentlich defensiver Art; sie sollte den Feind verhindern, über die untere Donau gegen die Communicationen der Russen vorzugehen; zu weiterem activen Vorgehen war Zimmermann nicht bestimmt und blieb deshalb während des ganzen Feldzugs fast unbeweglich in den einmal besetzten Stellungen. Für die Hauptarmee wurde zum Uebergangspunkt Simnitza, gegenüber Sistowo, erwählt. In der Frühe des 27. Juni machte eine Division vom Corps Radetzki den Anfang. Obgleich die Türken energischen Widerstand leisteten, gelang es doch zu landen, die steilen Uferhöhen zu erklimmen und noch vor Abend Sistowo zu nehmen: mit dem Verlust von 820 Mann war der große Erfolg verhältnißmäßig billig erkauft. Nun wurde schnell eine feste Brücke hergestellt, und Anfang Juli standen

vier Armeecorps mit ihrer Artillerie und Cavallerie, sowie eine selbstständige Cavalleriedivision auf dem rechten Donauufer.

Türkischer Seits waren auf der directen Straße über Tirnowa zum Balkan nur ganz geringfügige Truppen verfügbar. Am Südabhange des Gebirges stand Reuf Pascha mit etwa 30,000 Mann, und ziemlich ebenso viel sammelte dort um Mitte Juli Suleiman Pascha, der mit seinen kriegsgewohnten Bataillonen aus Montenegro herbeigerufen wurde. Die nördlich vom Balkan stehenden türkischen Corps, zusammen gegen 120,000 Mann stark, standen rechts und links von der russischen Marschlinie, rechts in Widdin Osman Pascha, links in Rustschuk Esref, in Schumla Achmed Ejub und in Warna Raschid Pascha, der bald durch den Prinzen Hassan von Aegypten ersetzt wurde. Diese Stellung des Feindes in beiden Flanken nöthigte die Russen, einen großen Theil ihrer Streitkräfte zur Verfügung zu halten, so daß zum Vormarsch über den Balkan nur wenig übrig blieb. Indessen glaubte man diesen Uebelstand durch Schnelligkeit ausgleichen zu können. Bereits am 30. Juni wurde ein fliegendes Corps aus verschiedenen Truppentheilen gebildet und unter die Befehle des General Gurko gestellt. Seine Aufgabe sollte sein: nach Besetzung von Tirnowa einen Balkanpaß zu nehmen, die Reiterei voraus in das Tundscha-Thal zu senden und den Uebergang über das Gebirge für schwere Fahrzeuge passirbar zu machen. Mit Leichtigkeit setzte sich Gurko am 7. Juli in den Besitz von Tirnowa, säubert die Umgegend von feindlichen Abtheilungen und bemächtigte sich am 12. Juli des unbesetzten, kaum wegsamen Passes von Chainköi, an dessen Ausgang im Tundscha-Thale er nur 300 Türken fand, die er mit Verlust von nur sechs Mann verjagte. Allerdings genügte der Besitz dieses schlechten Passes noch nicht; aber Gurko wandte sich nun sofort nach Westen, um den brauchbaren Schipkapaß von Süden her anzugreifen, während gleichzeitig nach Verabredung — der 17. Juli war dazu bestimmt — von Gabrowa im Norden aus General Swiatopolk Mirski vordringen sollte. Letzteres geschah auch; allein Gurko wurde durch den Feind, der sich ihm vor Kasanlyk entgegenstellte, mehrere Stunden aufgehalten und konnte erst am Abend des 17. das Dorf Schipka nehmen; Mirski erzielte zwar einige Vortheile, konnte sie aber nicht behaupten und mußte Abends in seine Stellungen zurückgehen. Am nächsten Tage griff nun Gurko seinerseits an, ohne daß Mirski darum wußte, und so vermochte auch er den Feind nicht zu vertreiben. Indessen sah dieser, den Mehmet Pascha befehligte, doch ein, daß seine Stellung unhaltbar sei; am Morgen des 19. erklärte er sich bereit, um 12 Uhr zu capituliren. Gurko war bereit, bis dahin zu warten; allein als die Stunde gekommen war, stellte sich heraus, daß Mehmet mit den Seinen auf Schleichwegen entschlüpft war. Die Tags vorher gefallenen Russen

fand man arg verstümmelt vor den Verschanzungen auf dem Nikolaus-Berge; auch auf einen Parlamentär, in dessen Begleitung sich der deutsche Militärbevollmächtigte von Lignitz befand, war hinterlistiger Weise geschossen worden — Verletzungen des Völkerrechts, die Rußland nicht unterließ, den europäischen Mächten zu denunciren. Aber Europa hatte begreiflicher Weise zur Zeit wenig Interesse für derartige Zwischenfälle: Alles war voll Staunen über den unerwarteten großartigen Erfolg der Russen. Mit kaum nennenswerthen Opfern war der Balkan, den man als schwer übersteigbares Bollwerk zu betrachten gewohnt war, genommen. Drang jetzt die russische Hauptmacht mit derselben Schnelligkeit vor, so konnte der Krieg in wenig Wochen beendigt sein.

Allein jetzt sollte sich herausstellen, daß die russischen Streitkräfte fast sämmtlich durch die türkischen Flankenstellungen beschäftigt waren. Gegen Osten machte das 12. und 13. Corps unter dem Oberbefehl des Großfürsten Thronfolgers Front; man mußte hier darauf gefaßt sein, einem starken Feinde zu begegnen, da Nichts im Wege stand, daß Abdul Kerim aus den Truppen von Rustschuk, Schumla und Warna eine Feldarmee von 60—80,000 Mann zusammenzog. Allein das geschah nicht; die Russen überschritten nach leichtem Kampfe bei Obretenik die Jantra, und wenn sie nach dem Gefecht von Kadiköi am 19. Juli am Lom Halt machen mußten, so hatten sie hier doch hinreichend Luft bekommen, um vor der größten Gefahr sicher zu sein. Anders entwickelten sich die Dinge im Westen. Zwar hatte das neunte Armeecorps unter General Krüdener die Operationen mit einer glücklichen Unternehmung begonnen. Es griff am 15. Juli die Stellungen der Türken vor der Festung Nikopolis an und bemächtigte sich, wenn auch mit erheblichen Verlusten, der entscheidenden Punkte. Einem Theile der Garnison gelang es dann zwar, sich Nachts in der Richtung auf Plewna durchzuschlagen; der Commandant Hassan Pascha dagegen mußte mit 7000 Mann am anderen Morgen capituliren. Mit diesem ersten Erfolge war jedoch die Aufgabe Krüdeners keineswegs gelöst. Es stand fest, daß südwestlich von Nikopolis in Plewna sich eine türkische Streitmacht sammelte, und diese mußte durchaus von dort verdrängt werden. Von ihrer Stärke hatte man ganz unrichtige Vorstellungen; man wußte nicht, daß Osman Pascha sein widdiner Corps dorthin geführt hatte und an 30,000 Mann, d. h. mehr als doppelt so stark wie Krüdener war. Dieser beauftragte nun am 18. Juli den General Schilder-Schuldner mit der Expedition und gab ihm gegen 8000 Mann mit. Am 20. erfolgte der Angriff; allein trotz der glänzenden Tapferkeit der Russen, für die der Verlust von 2840 Mann, also eines starken Drittels, genügend Zeugniß ablegt, wurden alle ihre Stürme abgewiesen und General Schilder mußte den Rückzug befehlen, der vom Feinde nicht gestört wurde. Vielmehr beschloß Osman, in Erwartung eines

neuen Angriffs, die im Osten und Norden von Plewna liegenden Höhen stark zu verschanzen und das südöstlich gelegene Lowatzsch zu besetzen, um eine Umgehung zu erschweren. Krüdener brannte denn auch vor Ungeduld, die Scharte auszuwetzen. Nachdem erhebliche Verstärkungen, insbesondere eine Division des frisch in Rumänien eingetroffenen vierten Corps, seine Streitmacht auf etwa 30,000 Mann gebracht hatten, begann er am 30. Juli den Angriff. Aber der Ausgang war diesmal nicht günstiger, als zehn Tage früher. Vergebens suchte der rechte Flügel der Russen unter Weljaminoff die östlich von Plewna gelegene Griwitza-Redute zu nehmen; alle seine Angriffe wurden mit schrecklichen Verlusten zurückgeschlagen und es half Nichts, daß der Kampf an einzelnen Stellen die Nacht hindurch bis zum frühen Morgen fortgesetzt wurde: dieser Theil der Armee war schließlich völlig zerschlagen und aufgelöst und trug die Panik nach Sistowo und ins Hauptquartier. Der linke Flügel unter Schachowskoi war glücklicher gewesen; er hatte die zwei Reduten von Radischewo, südöstlich von Plewna, genommen, aber auch seinem weiteren Vordringen gebot die türkische Uebermacht Halt. Besonderen Ruhm erntete der junge Generalmajor Skobeleff, der ganz links die Straße von Lowatzsch her überwachen sollte, als aber von dort kein Feind kam, auf Plewna selbst losging, eine dominirende Höhe nahm und sie gegen den weit überlegenen Feind behauptete, bis Schachowskois Rückzug auch ihn zum Weichen zwang. Nicht weniger als 7300 Mann hatten die Russen an diesem unglücklichen Tage eingebüßt.

Im russischen Hauptquartiere sah man nun wohl ein, daß man wie in Asien so auch in Europa den Kampf mit zu geringen Hülfsmitteln begonnen habe, und beeilte sich, nun das Versäumte wieder gut zu machen. Eine Ordre des Zaren, die übrigens schon vor der zweiten Schlacht von Plewna, am 22. Juli, erging, befahl die Mobilisirung des Gardecorps und fünf anderer Divisionen, sowie die Einberufung des ersten Aufgebots der Landwehr. Bis diese Maßregeln wirksam wurden, mußten aber Wochen verstreichen, und die Zurückverlegung des Hauptquartiers von Tirnowa über Biela nach Gordni Studen war ein deutliches Symptom dafür, wie unsicher man sich fühlte.

Die Wirkungen dieser Ereignisse mußte natürlich auch Gurko empfinden; die Verstärkungen, die er so dringend brauchte, blieben aus, während ihm gegenüber Suleiman Pascha, dem Reuf untergeordnet wurde, gegen 60,000 Mann vereinigte, und überdies der neue türkische Generalissimus Mehemed Ali, ein geborener Magdeburger, Namens Detroit, der am 22. Juli an Abdul Kerims Stelle getreten war, das Corps des Generals Radetzki, das die Verbindung zwischen dem Schipka-Paß und der Donau deckte, wegzudrängen drohte. Die nächste Folge war, daß Gurko das Tundscha-Thal wieder räumen mußte. Er hatte

am 24. Juli Eski Sagra besetzt und von dort den Herzog von Leuchtenberg gegen Jeni Sagra vorgeschickt. In den schweren Kämpfen des 30. Juli behaupteten die Russen noch das Feld, aber am anderen Tage rückte Suleiman selbst heran und zwang Gurko unter beständigen Kämpfen von Dalboka bis Eski Sagra zurückzugehen und endlich auch diesen Ort zu räumen. Dann aber hielt der türkische Feldherr inne, um erst Mitte August zum neuen Angriff zu schreiten. Gurko war in diesen Tagen abberufen, um das Commando des Gardecorps zu übernehmen; statt seiner leitete Radetzki die Verteidigung von Tirnowa aus. Durch Demonstrationen Suleimans gegen die Päſſe von Chainköi und Bebrowa am 16. und 19. August ließ er sich um so mehr über dessen wahre Absicht täuschen, als alle Grundsätze der Strategik die Erwartung rechtfertigten, daß der türkische General sich auf dem schnellsten und sichersten Wege, durch einen der offenen östlichen Päſſe, mit Mehemed Ali zu verbinden suchen werde. Aber Suleiman hoffte darauf, den Schipka-Paß im ersten Anlauf nehmen zu können, und die 30,000 Mann, welche er dazu bestimmte, schienen den Erfolg zu verbürgen, da General Stoletoff ihn nur mit 4000 Russen besetzt hielt. Am 21. August begann ein wüthender Angriff, die Russen concentrirten sich auf dem höchsten Punkte, dem Nikolaus-Berge, und hielten der Uebermacht unerschrocken Stand; Suleiman errang bedeutende Vortheile, aber vertreiben konnte er den Feind nicht. Dennoch beharrte er auf seinem Vorhaben und erneuerte sechs Tage hindurch seine Angriffe. Am verzweifeltsten war die Lage der Russen Nachmittags am 23. Ihr rechter Flügel kam ins Weichen; schon hatte er, nur noch 150 Mann stark, seine Verschanzung verlassen, als 200 Schützen auf Kosackenpferden von Gabrowa zur Hülfe kamen und den Punkt hielten, bis ein paar Stunden später ihre Brigade nachkam. In der Nacht und am nächsten Morgen folgten weitere Verstärkungen, Radetzki selbst traf ein und ging, wenngleich immer noch in der Minderzahl, zum Angriff über. Es gelang ihm, eine besonders gefährliche Position der Türken, den Waldigen Berg, zu nehmen, doch scheiterten seine Anstrengungen an dem dahinter gelegenen Kahlen Berge. Allmälig erlahmte auf beiden Seiten die Kraft; am 26. erstarb das Gefecht; die Russen hatten 3500 Mann, die Türken mehr als das Doppelte verloren: Suleimans Armee bedurfte der Ruhe nicht minder als seine Gegner. Gleichwohl gab er seinen eigensinnig festgehaltenen Plan nicht auf, so dringend Mehemed Ali seine Truppen brauchte. Er verschanzte sich den Russen gegenüber und erneuerte seinen Angriff am 17. September durch einen nächtlichen Ueberfall. Und wirklich gelang es ihm diesmal, die Schanzen von St. Nikolaus zu überrumpeln, aber nur, um nach ein paar Stunden wieder daraus vertrieben zu werden. Erreicht hatte er Nichts, wohl aber viel Zeit verloren und seine an an-

deren Punkten hochnothwendigen Truppen der Verwendung des Oberfeldherrn ohne den mindesten Gegengewinn entzogen.

10. Montenegro und die neutralen Mächte.

Nach dem Rückzuge der Russen in Armenien, nach Suleimans stürmischen Angriffen auf den Schipka-Paß, nach der zweiten Schlacht von Plewna und dem Stocken des russischen Vormarsches am Lom trat auf allen diesen Kriegsschauplätzen eine erhebliche Pause in der Action ein, die russischer Seits zur Genüge durch das Bedürfniß, Verstärkungen heranzuziehen, begründet war, während bei den Türken das mangelhafte Zusammenwirken der einzelnen Befehlshaber und ihre geringe Befähigung und Neigung zur Offensive die Ursache war. Rußland war durch die Erkenntniß, daß seine disponiblen Mittel nicht ausreichten, dahin gedrängt worden, auch die Hülfe der Vasallenstaaten in Anspruch zu nehmen. In den ersten Monaten des Krieges hatte sich nur Montenegro thätig daran betheiligt und war besonders im Juni hart bedrängt worden. Während Mehemed Ali an der Ostgrenze zum Eingreifen bereit stand, rückte Suleiman am 4. Juni durch den Duga-Paß, den Nikita nicht behaupten konnte, von Norden aus vor; gleichzeitig griff von Süden her Ali Saib den Boscho Petrovitsch bei Nowoselo an, konnte ihn aber weder an diesem Tage, noch in den Kämpfen des 6. und des 20. Juni aus seinen Stellungen vertreiben. Gleichwohl geriethen die Montenegriner in eine kritische Lage, da Suleiman nicht allein Niksitsch verproviantirte, sondern am 17. Juni auch den Ostrog-Paß erzwang und sich am 24. — freilich auf türkischem Boden — nahe bei Spuz mit Ali Saib vereinigte. Dies war auch für Mehemed Ali das Signal zum Einmarsch, und wenn es auch den Montenegrinern unter Wukowitsch und Pejowitsch schon am 24. gelang, ihn bei dem Kloster Moratscha zum Rückzug zu zwingen, so drohte die große Uebermacht des Gegners ihnen doch verhängnißvoll zu werden. Aber Gurkos Balkanübergang nöthigte, wie oben erzählt, die Pforte, Suleiman und Mehemed Ali auf den wichtigeren Kriegsschauplatz zu rufen, und so bekam Nikita mit einem Male Luft und benutzte die günstige Gelegenheit, um die Belagerung von Niksitsch wieder aufzunehmen und es am 8. September zur Capitulation zu zwingen; auch der Duga-Paß mit seinen Befestigungen fiel wieder in seine Hand.

Für die Russen erwuchs aus diesen Erfolgen der Montenegriner natürlich keinerlei Vortheil; sie konnten wirksame Hülfe nur von Rumänien, Serbien und vielleicht von Griechenland erwarten. In Rumänien hatten nun allerdings die Kammern schon am 22. Mai, dem elften Jahrestage der Thronbesteigung des Fürsten Carol, die Un-

abhängigkeit des Landes proclamirt, ein Schritt, gegen den selbst England irgend etwas zu thun trotz des türkischen Protestes sofort ablehnte; die Feindseligkeiten der Türken, die vom rechten Donauufer die rumänischen Städte und Dörfer beschossen, führten dann zum wirklichen Kriegszustande, aber zu einer activen Betheiligung am Kampfe durfte Rumänien zunächst nicht schreiten, weil Rußland aus Rücksicht für Oestreich, und vielleicht mehr noch, um den Rumänen keine zu günstige Stellung einzuräumen, davon Nichts hören wollte. Nach den Vorgängen des Juli änderten sich aber diese Dispositionen und am 1. September überschritt Fürst Carol die Donau an der Spitze seines Heeres, um mit diesem und den russischen Truppen, deren Commando ihm gleichfalls anvertraut wurde, den Angriff auf Plewna auszuführen. Auch Serbiens Wiedereintritt in den Krieg schien um diese Zeit bereits bevorzustehen. Ende April hatte Milan freilich in Wien und Constantinopel bestimmt erklären lassen, daß er neutral bleiben werde, und auch Gortschakoff hatte Andrassy gegenüber eine entsprechende Zusage gemacht, nachdem dieser ihm sowohl wie der Pforte angezeigt hatte, daß Serbiens Betheiligung am Kriege Oestreich zu ernsten Maßregeln zwingen werde. Trotzdem hatten sich die Beziehungen zwischen Belgrad und Constantinopel mehr und mehr verbittert; dort klagte man über die Ansammlung türkischer Truppen an der Grenze, hier über die schlecht verhüllten Absichten Milans, den Frieden zu brechen, die sich besonders Mitte Juni durch einen Besuch des Zaren in dessen Hauptquartier Plojeschti verrathen hätten. Nach der ersten Schlacht von Plewna rief die Pforte bereits die englische Vermittlung an, der jedoch durch erneute Erklärungen, die Serbien und Rußland in Wien abgaben, noch einmal die Spitze abgebrochen wurde. Unmittelbar darauf aber reiste der östreichische Militärbevollmächtigte im russischen Hauptquartier, Bechtolsheim, nach Ischl, wo Franz Joseph am 9. August eine Zusammenkunft mit Kaiser Wilhelm hatte, und es galt als zweifellos, daß der Zweck und der Erfolg dieser Sendung gewesen sei, Oestreichs bisherigen Widerspruch gegen die Theilnahme Serbiens am Kriege zu beseitigen. Authentische Aufklärung wurde darüber nicht ertheilt, aber die angekündigten militärischen Vorkehrungen Oestreichs unterblieben, und auch der englische Generalconsul in Belgrad berichtete wenige Tage später, Milan scheine gewiß zu sein, daß sich Oestreich seiner Betheiligung am Kriege nicht widersetzen werde. Darauf hin machte Lord Derby dem serbischen Cabinet Ende August ernstliche Vorstellungen, denen Deutschland sich anzuschließen ablehnte, während Rußland erklärte, es müsse dem Fürsten Milan selbst überlassen, zu beschließen, was er für angemessen halte. Zugleich sandte es ihm durch den Fürsten Tsereteleff eine Million Rubel, die zu Kriegsrüstungen verwandt wurden, widerrieth aber sehr entschieden die Anstellung des Ge=

nerals Fadejeff, der im Auftrage des Moskauer Slawencomités in Belgrad erschien und nicht übel Lust hatte, die Rolle Tschernajeffs zu spielen. Diesem Rathe kam die serbische Regirung bereitwillig nach, ja sie zeigte überhaupt, gewitzigt durch die Erfahrungen des letzten Jahres, so lange es den Russen schlecht ging und ihre Hülfe den größesten Werth hatte, eine überraschende Zurückhaltung, und ließ noch Monate verstreichen, ehe sie zu einem Entschluß kam. Erst als der Stern Rußlands wieder im glänzenden Aufsteigen war, sprach Milan endlich das entscheidende Wort und ließ am 14. December seine Kriegserklärung in Constantinopel überreichen.

Viel verwickelter und schwieriger noch als Serbiens Stellung war augenscheinlich die Griechenlands. Daß Rußland seinen Eintritt in den Kampf und die daraus erwachsende Berechtigung, beim Friedensschluß einen Beuteantheil zu fordern, nicht wünschte, stand fest; aber das konnte am Ende doch nur ein Grund mehr sein, der Pforte den Krieg zu erklären und so die hellenischen Interessen gegenüber den slawischen zu wahren. In der That beschränkte das Ministerium Deligeorgis seine Zusicherungen auch von Anfang an darauf, daß die Türkei augenblicklich von ihm Nichts zu befürchten habe; aber Mr. Layard konnte schon am 28. April berichten, daß der Gesandte in Constantinopel für den Fall eines Zusammenbruches des osmanischen Reiches Epirus, Thessalien und Macedonien als bestberechtigter Erbe reclamire und überdies andeute, daß aus den traurigen Zuständen in Creta sich leicht ein Kriegsfall entwickeln könne. In dieser Voraussicht wurden dann auch die Rüstungen so eifrig betrieben, wie es die schlechten Finanzen nur irgend zuließen, und die Besorgniß in Constantinopel war deshalb in beständigem Wachsen. Vollends als die verschiedenen politischen Parteien sich Ende Mai dahin verständigten, ihren Hader ruhen zu lassen, und als nach längeren Verhandlungen am 7. Juni wirklich ein Ministerium zu Stande kam, in dem die Fractionsführer einträchtig bei einander saßen, Kanaris als Premier, Komunduros als Minister des Innern, Trikupis als Chef des auswärtigen Amtes, und neben ihnen in den anderen Ressorts Delijannis, Deligeorgis, Zaimis, Zimbrakakis, da schien der Ausbruch des Krieges unmittelbar bevorzustehen. Die Pforte wandte sich an England, um durch dessen gute Dienste die Hellenen einzuschüchtern; aber Lord Derby mußte sich bald überzeugen, daß sein Rath ohne feste Versprechungen wirkungslos verhallen werde. Trikupis verharrte auf dem bisherigen Standpunkte: zur Zeit gedenke man die Türkei noch nicht anzugreifen, auch keine Aufstände in Thessalien zu entfachen; ja man wolle diese zu verhindern suchen, wenn England verbürge, daß die griechischen Interessen beim Friedensschluß eben so wirksam vertreten werden sollten, wie wenn die hellenische Bevölkerung sich gegen das Türkenjoch erhoben hätte; ohne eine solche Zusicherung aber müsse sich

das Cabinet vollständig freie Hand wahren, zu handeln, wie es das nationale Interesse erfordere. Ueber diesen Punkt kam man trotz fortgesetzter Besprechungen nicht hinaus; die Rüstungen dauerten an, die Pforte hörte nicht auf, sich zu beschweren, in Thessalien und Epirus wuchs die Unruhe, die von dem Centralcomité in Athen geschürt wurde. Auf die türkischen Klagen antwortete das griechische Cabinet mit Gegenklagen; besonders die Niedermetzelung der hellenischen Bevölkerung in Kavarna, einer Stadt am Schwarzen Meere, gab Trikupis zu einer drohenden Note Anlaß. Von Neuem rief die Pforte darauf die englische Hülfe an und wieder erhob Lord Derby die alten Vorstellungen in Athen; aber auch die Antwort war dieselbe, und es lag offenbar nur an den ungenügenden Zusagen Gortschakoffs, wenn die Griechen trotzdem nicht losschlugen. So allgemein gehaltene Versprechen wie die, daß beim Frieden das hellenische Element auf gleichem Fuße mit dem slawischen behandelt werden solle, konnten in Athen unmöglich genügen; man hatte keine Lust, für Rußland die Kastanien aus dem Feuer zu holen; und so kam man denn zu dem Entschluß, sich still zu verhalten, so lange Rußland keinen großen Erfolg erziele, auf alle Fälle aber loszuschlagen, ehe es zum Friedensschluß komme.

Bis zu einem gewissen Grade hatten übrigens Rußland und England über die Bestimmungen des künftigen Friedens schon Fühlung mit einander gewonnen. Nachdem Lord Derby in seiner Antwort auf die Gortschakoffsche Note vom 19. April, welche die Kriegserklärung zu seiner Kenntniß brachte, diesen Schritt sehr entschieden mißbilligt hatte, gab er einige Tage später, am 6. Mai, dem russischen Botschafter, der nach Petersburg berufen war, eine Erklärung mit, welche die Punkte aufzählte, aus denen England eventuell einen Kriegsfall machen werde. Es waren das in erster Linie die Bedrohung des Suezcanals, jede auch nur vorübergehende Occupation von Aegypten, die Besetzung von Constantinopel und die Verletzung des Dardanellenvertrags, außerdem in weiterer Ferne die Schädigung der englischen Interessen am Persischen Busen. Ueberdies wurde dem Zaren ins Gedächtniß gerufen, daß er im November 1876 sein Ehrenwort gegeben habe, Bulgarien, wenn er es überhaupt besetzen müsse, doch wieder zu räumen, sobald das Loos der Christen gesichert sei. Gortschakoff antwortete darauf am 30. Mai in Bezug auf den Suezcanal und Aegypten lediglich zustimmend, in Bezug auf die Dardanellen und Constantinopel, das keinenfalls in die Hände einer anderen europäischen Macht kommen dürfe, mit dem Zugeständniß, daß diese Fragen nur durch gemeinschaftliche Berathung der Großmächte entschieden werden könnten; an ein Hereinziehen Persiens in den Krieg denke man nicht; die Erwähnung Bulgariens wurde mit Stillschweigen übergangen. Viel bedeutsamer als diese officielle Antwort waren jedoch die Erklärungen, welche

Schuwaloff bei seiner Rückkehr am 8. Juni dem englischen Minister mündlich und sodann in Form eines Memorandums über ihre Unterredung auch schriftlich gab. Er wahrte darin Rußland das Recht Constantinopel vorübergehend zu besetzen und nach siegreicher Beendigung des Krieges eine Aenderung des Dardanellenvertrags zu beantragen. Sodann erklärte er, daß wenn der Sultan um Frieden bitte, ehe die Russen den Balkan überschritten hätten, die Bedingungen folgende sein würden: Nordbulgarien müsse autonom und von den türkischen Truppen geräumt werden, Südbulgarien und die andern christlichen Provinzen Bürgschaften für gute Verwaltung erhalten; in Bezug auf Bosnien und die Herzegowina sei Oestreich ein entscheidender Einfluß einzuräumen; Serbien und Montenegro würden einen Gebietszuwachs erhalten, ersteres aber Vasallenstaat bleiben; über die rumänische Unabhängigkeit hätten die Großmächte zu entscheiden; werde sie verworfen, so solle das Land durch die Dobrudscha vergrößert werden. Dagegen fordere Rußland für sich das 1856 abgetretene Stück von Bessarabien zurück und überdies Batum mit Umgegend. Verlange Oestreich eine Compensation für die Verschiebung der Machtverhältnisse, so habe der Zar Nichts dagegen, daß man sie ihm in Bosnien und der Herzegowina bewillige. Dieses Programm binde Rußland aber nur für den Fall, daß der Friede vor Ueberschreitung des Balkans hergestellt werde. Das petersburger Cabinet halte einen solchen Entschluß des Sultans zwar für durchaus unwahrscheinlich; aber es theile seine Absichten der englischen Regierung mit in der Hoffnung, deren Neutralität sich dadurch zu sichern. Auch Andrassy und Bismarck wurden im tiefsten Vertrauen davon unterrichtet, und Schuwaloff sprach die Ueberzeugung aus, daß keine Macht des Festlandes sich diesem Programm widersetzen werde. Acht Tage später mußte er jedoch im Auftrage Gortschakoffs einen Punkt von äußerster Wichtigkeit nachträglich umändern: nicht Nordbulgarien, sondern das ganze Bulgarien bis zum ägäischen Meere müsse in einen autonomen Staat verwandelt werden.

Lord Derby theilte diese Ideen dem Botschafter in Constantinopel mit, und dieser rieth auf das dringendste davon ab, sie zur Kenntniß der Pforte zu bringen; angenommen würden sie doch nicht und ihre Uebermittelung könnte allem englischen Einfluß ein Ende machen. Erst wenn die Russen am Balkan ständen und Armenien in Besitz hätten, wäre es vielleicht möglich von solchen Dingen zu sprechen. Möglich, daß von dieser Auffassung, die das londoner Cabinet theilte, dem Zaren Kenntniß gegeben wurde; jedenfalls sah dieser sich veranlaßt, als der bezeichnete Zeitpunkt gekommen, ja als Gurko bereits im Besitze des Schipka-Passes war, durch den englischen Militärbevollmächtigten Colonel Wellesley in London wissen zu lassen, daß er noch immer unter der alten Bedingungen zum Friedensschlusse bereit sei und —

wie er diesmal gar hinzusetzte — bereit bleiben werde, so lange England nicht aus seiner Neutralität heraustrete; auch versicherte er weiter, daß er selbst zu einer blos vorübergehenden Besetzung Stambuls nicht aus Gründen der militärischen Ehre, sondern nur im Falle wirklicher Nothwendigkeit schreiten werde, und gab zu erwägen, ob der englische Einfluß nicht im Stande sei, den Sultan zu einem Friedensgesuche zu bewegen. Darüber suchte sich denn Lord Derby durch Layard Gewißheit zu verschaffen; aber die Antwort fiel verneinend aus: unter dem Eindruck der Siege bei Plewna und in Armenien, so berichtete der Botschafter am 2. August, gebe sich die Pforte den kühnsten Hoffnungen hin, zumal Mehemed Ali versichere, daß er in wenigen Tagen die Offensive ergreifen werde. In Folge dessen wurde Wellesley am am 14. August benachrichtigt, daß man zur Zeit beim Sultan keine Friedensneigungen voraussetzen könne, daß aber England keine Gelegenheit, die sich zur Herstellung des Friedens bieten könnte, außer Acht lassen werde. War bei diesem wiederholten Meinungsaustausch auch das russische Programm von England niemals ausdrücklich als zulässig anerkannt, so lag es doch auf der Hand, daß in dem Stillschweigen selbst eine ziemlich weitreichende Billigung gefunden werden durfte.

Ueber die Stellung der andern Großmächte ist bis zur Stunde wenig Licht verbreitet. Oestreich hatte in ähnlicher Weise wie England seine Vorbehalte gemacht, es hatte, wie Andrassy sich später in den Delegationen ausdrückte, in Petersburg die Consequenzen des Krieges, die es nicht zugeben könne, präcisiren lassen, sich aber jedes Versuches enthalten, die möglichen Neugestaltungen im Oriente zum Voraus in positiver Weise zu regeln, weil das nur möglich gewesen sei, wenn es sich mit Rußland über eine Theilung der Türkei habe verständigen wollen. Auch im cisleithanischen Reichsrathe hob der Minister Lasser am 4. Mai nachdrücklich hervor, daß die Zielpunkte der östreichischen Politik nach jeder Richtung hin rechtzeitig zum Ausdruck gebracht seien, und in ganz ähnlicher Weise sprach sich Tisza am 26. Juni im ungarischen Parlamente aus. Bemerkenswerth war es dabei, daß er zwar entschieden die Behauptung bestritt, das Ministerium habe die Occupation von Bosnien beschlossen, dabei aber doch zugestand, daß dieser Plan discutirt sei, und sich zugleich dagegen verwahrte, daß man seine Worte als auch für die Zukunft bindend betrachte. Das russische Anerbieten, das in Schuwaloffs Memorandum vom 8. Juni enthalten war, galt also der östreichischen Regirung für eine offene Frage, und die Art der Entscheidung war von dem Gesammtergebniß des Krieges und insbesondere von der Gestaltung der Verhältnisse in Serbien, Montenegro und Rumänien abhängig. Für die russische Diplomatie

aber war es ohne Zweifel ein glänzender Erfolg, daß sie auf diese Weise sich der Neutralität Oestreichs versichert hatte.

Was Deutschland anbetraf, so machte das Auswärtige Amt aus seiner Sympathie für Rußland durchaus kein Hehl. Es trat das besonders hervor, als die Pforte sich bei den Großmächten über die barbarische Kriegführung der Russen in einer langen Reihe von Noten beschwerte und ihre Verwendung bei dem Zaren anrief. Herr von Bülow lehnte dieselbe seinerseits rundweg ab; dagegen ergriff er die Initiative, um in Constantinopel gegen die Verletzungen der Genfer Convention zu protestiren, deren sich türkische Truppen einige Male schuldig gemacht hatten. Daß der Krieg an entsetzlichen Gräueln, an furchtbaren Acten der Rachsucht und aller schlechten Leidenschaften, an Brandstiftung, Plünderung, Mißhandlung und Massenmord reicher war als irgend einer der letzten Jahrzehnte, war gewiß eine zweifellose Thatsache; wenn die Tscherkessen und Baschibozuks entsetzlich hausten, so trieben es die Bulgaren und mindestens zum Theil auch die Kosaken ganz eben so arg, und die öffentlichen Blätter wie die diplomatischen Berichte strotzten von den haarsträubendsten Schilderungen ihrer Unthaten. Aber diese Schilderungen selbst waren im Einzelnen wieder völlig uncontrollirbar, da man auf beiden Seiten in der widerwärtigsten Weise übertrieb und dazu log, oder auch die Schuld der eigenen Truppen durch Ableugnung und gefälschte oder erzwungene Zeugnisse zu vertuschen suchte. Die enggesteckten Grenzen dieser Darstellung gestatten nicht, auf die Einzelheiten einzugehen; daß man Seitens der Pforte die gehäuften Anklagen politisch zu verwerthen und die russischen Schandthaten von 1877 gegen die „Bulgarian atrocities“ des Jahres 1876 auszuspielen suchte, mußte jedenfalls zur Vorsicht mahnen, und die deutsche Regirung war weit davon entfernt sich durch das Aushängeschild der Humanität zu irgend einer für Rußland verletzenden Maßregel verleiten zu lassen. Uebrigens enthielt sie sich jeder auffälligen Theilnahme an den sonstigen diplomatischen Zwischenfällen und beobachtete in dieser Beziehung eine Haltung, die von Seiten Frankreichs und Italiens gleichfalls als die richtigste anerkannt und, soweit sich übersehen läßt, ununterbrochen befolgt wurde.

11. Die zweite Phase des Krieges.

Auf dem armenischen Kriegsschauplatze standen sich inzwischen die beiderseitigen Heere fast regungslos gegenüber. Weder auf den beiden Flügeln — bei Batum, wo Derwisch Pascha dem General Oklobschio, und bei Igdyr, wo Ismail dem viermal schwächeren Tergukassoff gegenüberstand — noch bei der Hauptarmee im Centrum schritten die Türken

zum Angriff. Mukhtar wählte sich östlich von Kars bei Wisinkiöi eine gute Verteidigungsstellung, deren Schlüsselpunkt der Aladscha-Berg war, während etwas vorgeschoben zur Rechten der Jnach-Tepes, zur Linken der große und der kleine Jagny lagen. Alle diese Höhen waren von den Türken besetzt; dagegen konnten die Russen schon am 18. Juli den noch etwas weiter vorgeschobenen Kisil-Tapa occupiren und blieben hier unbehelligt. Als dann Anfang August eine frische Division zur Verstärkung eingetroffen war, beschloß Loris Melikoff einen größeren Schlag auszuführen. Am 18. August rückte General Dewel gegen den Jnach-Tepes, Komaroff gegen den Großen Jagny vor, während Heimann die zwischen beiden in der Ebene gelegenen Dörfer angriff und nahm. Auch Komaroff bemächtigte sich seines Zieles schnell, allein von überlegenen Truppen, die Mukhtar sofort seinem linken Flügel zu Hülfe schickte, angegriffen, wurde er bald wieder zurückgeworfen und zwang dadurch Heimann, der ihn nicht genügend unterstützt hatte, gleichfalls die meisten der gewonnenen Positionen wieder aufzugeben; Dewel hatte gegen den Jnach-Tepes überhaupt nichts Ernstliches unternommen, als er die Festigkeit dieser Stellung erkannte. So war der Tag fast ganz ergebnißlos geblieben, ein Mißerfolg, den die Russen dadurch zu verhüllen suchten, daß sie ihren Vormarsch als eine bloße Recognoscirung bezeichneten. Mukhtar-Pascha aber nahm acht Tage später mit besserem Erfolge seine Revanche. Er überfiel in der Nacht zum 25. August mit großer Uebermacht den Kisil-Tapa und behauptete denselben siegreich, wenn gleich mit schweren Verlusten. Weiteren Vortheil aber zog er aus diesem Gewinne nicht; die Russen bezogen neue Stellungen an der Straße von Wisinkiöi nach Kars und konnten hier wieder ungestört während des ganzen Monates September die allmälig anlangenden Verstärkungen erwarten. Am 2. October ergriff dann Großfürst Michael, der jetzt selbst das Obercommando führte, wieder die Initiative und nahm im Centrum, wo General Scheremetjeff befehligte, den Großen Jagny, während die Angriffe der rechten und linken Colonne auf den Kleinen Jagny und den Awliar scheiterten. Nach einem schwachen Versuche, den Mukhtar am nächsten Tage zur Wiedereroberung der verlorenen Stellung machte, räumten die Türken ihre vorgeschobenen Positionen und gaben ihrer bisher ostwärts gekehrten Front eine nordöstliche Richtung. Großfürst Michael faßte darauf den Plan diese Stellung von Südosten zu umgehen; General Lasareff überschritt rückwärts den an der Grenze entlang fließenden Arpatschai, marschirte auf russischem Gebiete einige Meilen südwärts, ging dann wieder über den Fluß und gelangte ungestört nach Digor im Rücken der türkischen Stellung. Hier griff er am 14. October die Orlok-Höhen an und machte sich in heißem Kampfe zum Herrn derselben. Von diesem Erfolge benachrichtigt eröffnete der Großfürst früh am

15. October den Angriff auch in der Front. Nach langem Kampfe gelang es gegen Mittag dem General Heimann den Awliar zu erstürmen, während Lasareff den westlich davon gelegenen Berg von Wisinköi nahm. Damit war die türkische Stellung durchbrochen, der rechte Flügel auf dem Aladscha und dem benachbarten Tschift-Tepes von dem linken auf dem kleinen Jagny völlig getrennt. Ehe jener den beschlossenen Rückzug nach Kars antreten konnte, wurde er von dem linken russischen Flügel heftig angegriffen, während Tschatschawadse mit der Reiterei ihm den Rückzug abschnitt. Ohne einen Versuch zum Durchbruch zu machen, boten die Türken darauf eine Capitulation an und ergaben sich, etwa 10,000 Mann stark, mit dem commandirenden General Omer Pascha. Der linke Flügel und die Reste des Centrums entkamen nach Kars, von wo Mukhtar mit einigen Bataillonen sofort den Rückzug über den Saganlug nach Erzerum zu fortsetzte. Die Russen hatten den glänzenden Sieg verhältnißmäßig billig erkauft; während sie am 25. August über 3000 Mann verloren hatten, kostete ihnen dieser Tag nicht ganz die Hälfte.

Die russische Heeresleitung nahm nun genau dieselben Operationen wieder auf, die im Juni an den Höhen von Siwin gescheitert waren: General Heimann rückte wieder gegen Erzerum vor und Tergukassoff, vor dem sich Ismail nun auch zurückzog, kam zu seiner Unterstützung heran, während die Hauptarmee, 30,000 Mann unter Lasareffs Befehl, Kars belagerte. Am 4. November war der Belagerungstrain vollständig zur Stelle, Tags darauf wurde ein Ausfall der Türken nicht allein glänzend abgeschlagen, sondern selbst das Fort Hafiz im Osten der Stadt genommen. Acht Tage darauf begann die Beschießung und für die Nacht vom 17. zum 18. November wurde der Sturm beschlossen. Derselbe sollte sich gegen die drei Forts der Südfront Hafiz, Kanly und Suwari richten, während gegen die übrigen Befestigungen nur demonstrirt wurde. Unbemerkt von den Türken setzten sich die russischen Colonnen um ½9 Uhr Abends in Bewegung, und Fürst Melikoff war so glücklich noch vor 10 Uhr im ersten Ansturm Fort Suwari zu nehmen. Um so blutiger war die Arbeit beim Fort Kanly; die Führer der beiden Colonnen, die es angriffen, wurden der eine, Oberst Woschdakin, schwer verwundet, der andere, Graf Grabbe, getödtet; auch den Obersten Belinski, der ihn ersetzte, traf eine tödtliche Kugel, und obwohl die Russen in das Fort eindrangen und 500 türkische Leichen später von dem blutigen Handgemenge Zeugniß gaben, mußten sie es doch wieder räumen, weil sie von einer uneinnehmbaren Caserne aus furchtbar beschossen wurden. Doch hielten sie sich in den Gräben, bis ihnen Oberst Bulmerincq, der das Commando übernahm, Verstärkungen zuführte und sie nun gegen 1 Uhr wieder in das Fort eindrangen. Abermals scheiterten ihre Angriffe an der Caserne, in



der Daut Pascha commandirte; bis früh 4 Uhr leistete derselbe Widerstand, dann mußte auch er capituliren und das ganze Fort war im Besitz der Russen. Ungleich viel leichter bemächtigten sie sich des Forts Hafiz, ja noch vor demselben des nördlich davon gelegenen Karadag und schließlich auch des nördlichsten, Arab, gegen die eigentlich nur demonstrirt werden sollte. Damit waren sie Herren aller Befestigungen auf dem rechten Ufer des Kars-Flusses. Nicht so gut erging es ihnen auf dem linken Ufer. Dort wurde besonders um die Schanze Tschim gekämpft, die dem Fort Suwari gegenüber lag. Melikoff, der sich nach der Einnahme des letzteren gegen jene wandte, wurde schwer verwundet; auch Komaroff, der von Westen her gegen sie demonstrirte, erzielte keine Erfolge, und ebenso stand es vor den übrigen Forts des linken Ufers. Aber auch so war das Schicksal von Kars entschieden. Von den genommenen Befestigungen aus drangen die Russen in die Stadt ein und wandten sich gegen die Citadelle; und noch vor Tagesanbruch capitulirte nicht diese allein, sondern die ganze außerhalb der Stadt und in den noch nicht genommenen Forts befindliche Armee, 17,000 Mann mit 5 Paschas und 800 Offizieren; 4500 Verwundete und Kranke befanden sich außerdem in den Hospitälern. Der Verlust der Russen betrug gegen 500 Todte und 1800 Verwundete.

Heimann und Tergukassoff hatten sich inzwischen in den letzten Octobertagen bei Köprüköi vereinigt und am 4. November die feste Stellung angegriffen, die Mukhtar und Ismail auf dem Dewebojun, einem Gebirgszug, 10 Kilometer östlich von Erzerum, einnahmen. Während es nicht gelang, den südlich von der Straße gelegenen Theil dieser Höhen zu nehmen, wurde gegen Abend trotz der dreifachen türkischen Uebermacht und der festen Positionen der nördlich liegende Tschobandag erstürmt, wobei 43 Geschütze und 400 Gefangene den Russen in die Hände fielen. Auch der südliche Theil des Gebirges wurde nun natürlich von dem Feinde geräumt und der Rückzug nach Erzerum angetreten. Gegen diese Festung unternahm Heimann in der Nacht zum 10. November einen Handstreich, der das Fort Asisie in seine Hand brachte; doch konnte dasselbe allein nicht gehalten werden und wurde deshalb gegen Morgen wieder geräumt. Zu einer förmlichen Belagerung von Erzerum kam es nicht mehr, die schlechte Jahreszeit machte überhaupt den Operationen fast völlig ein Ende. Nur eine erfolgreiche Expedition von Ardagan nach Ardanutsch am 14. December und ein sehr unglücklicher Angriff Oklobschios auf die türkischen Stellungen am Kintrischi vor Batum am 30. Januar 1878 waren noch von größerer Bedeutung. Die eigentliche Entscheidung fiel inzwischen auf dem Hauptschauplatze des Krieges, in Europa.

Hier hatte, wie früher erzählt, seit dem Stocken des russischen Vormarsches am Lom (19. Juli), seit dem zweiten Angriff auf Plewna

(30. Juli) und seit Suleimans vergeblichem Sturm auf den Schipka=Paß (26. August) thatsächlich an den drei wichtigsten Punkten Waffenruhe geherrscht. Mehemed Ali machte derselben am Lom ein Ende, als er die Nachricht von Suleimans Angriffen erhielt; er vertrieb am 22. August die russischen Vorposten aus Ajaslar am rechten Ufer des Kara Lom, ließ es dann aber geschehen, daß in der folgenden Nacht General=Leutnant Prochoroff den diese Stellung beherrschenden Berg Kiritschan wieder nahm und ihn mit 7 Bataillonen gegen 16 türkische bis Nachmittags 4 Uhr hielt, worauf er seine völlig erschöpften Truppen freilich zurückziehen mußte. Statt hier seinen Vortheil zu verfolgen, griff der türkische Generalissimus einige Tage darauf die weiter nördlich stehenden russischen Vorposten in Sadina und Karahassanköi und zwar mit achtfacher Uebermacht an. Auch hier gelang es ihm, sie nach heißem Kampfe über den Kara Lom zurückzudrängen, auch ging er selbst folgenden Tags, am 31. August, über den Fluß; allein eine weitere kräftige Anstrengung machte er nicht, sondern gönnte sich erst wieder sechs Tage Ruhe. Dann griff er am 5. September die letzte Stellung der Russen am rechten Ufer des Kara Lom, bei Katzelewo, an und erzwang auch deren Räumung, worauf der Großfürst Thronfolger die Linie dieses Flusses aufgab und den etwas westlicher fließenden Banitza Lom zur Deckung wählte, ein Resultat, zu dessen Erreichung Mehemed Ali volle 14 Tage gebraucht hatte, obgleich er zwei starke Corps, Achmed Ejub und Prinz Hassan von Aegypten, zusammen an 70,000 Mann, zur Verfügung hatte, und ganz abgesehen von dem widerspenstigen Suleiman, leicht noch 20,000 Mann aus den rückwärts liegenden Festungen hätte heranziehen können. Indeß zufrieden mit dem Erreichten, verschwendete er abermals zwei Wochen mit Nichtsthun, um dann am 21. September einen lahmen Angriff auf die russischen Vorposten unter Tatitscheff bei Tschairköi am linken Ufer des Banitza Lom zu machen. Hauptsächlich durch die Schuld der ägyptischen Truppen auf dem linken Flügel mißlang dieses Unternehmen vollständig und brachte den Türken einen Verlust von 1500 Mann, dreimal so viel wie den Russen; und obwohl auch die letzteren nicht zum Angriff schritten, gab Mehemed auch ohne das alle Stellungen am linken Ufer des Kara Lom auf und ging auf das rechte Ufer zurück. Dieser Mißerfolg brachte denn endlich die in Stambul schon lange rege Unzufriedenheit zum Ausbruch. Der Oberfeldherr wurde abberufen und Suleiman, der in diesen Tagen den letzten Angriff auf den Schipka=Paß gemacht hatte, wurde sein Nachfolger.

Von dessen Energie erwartete man nun endlich den starken Vorstoß, den die türkischen Interessen durchaus erforderten. Allein auch er war, sowie er am Lom auftrat, wie umgewandelt. Zunächst begnügte er sich damit seine Armee etwas anders zu gruppiren: die

Aegypter wurden nach Warna zurückgeschickt; das Centrum, 40,000 Mann stark, wurde um Rasgrad concentrirt, die beiden Flügel, zusammen eben so stark, bei Rustschuk und Osman Bazar. Ihm gegenüber dehnte sich die russische Linie von Pyrgos an der Donau bis zum Chainkiöi-Paß aus; den linken Flügel commandirte des Kaisers zweiter Sohn Wladimir, das Centrum Fürst Dondudoff-Korsakoff, den rechten Flügel Baron Dellinghausen. Um Mitte October unternahm zuerst Suleiman einige größere Recognoscirungen, ohne daß sich daraus erhebliche Gefechte entwickelten; dann folgte der Großfürst-Thronfolger seinem Beispiele und gewann daraus die Ueberzeugung, daß etwas gegen seinen linken Flügel im Werke sei. In dieser Ansicht ließ er sich auch weder durch die Demonstrationen, welche am 15. und 17. November bei Katzelewo und Slataritza gegen sein Centrum und seinen rechten Flügel stattfanden, noch dadurch beirren, daß am 19. ein Angriff bei Pyrgos ebenfalls nur den Charakter einer Recognoscirung trug. Acht Tage darauf, am 26., schritten denn auch die Türken wirklich an dieser Stelle zu einer Offensive in größerem Maßstabe; mit etwa 30,000 Mann rückten sie gegen die Dörfer Metschka und Trestenik vor, wurden aber von den nicht halb so starken Russen mit einem Verlust von 1200 Mann zurückgeschlagen. Vermuthlich in der Hoffnung, den Großfürsten zu starken Detachirungen zu veranlassen, gab Suleiman darauf Befehl, den rechten Flügel der Russen um Elena herum kräftig anzugreifen. Fuad Pascha setzte sich zu diesem Zwecke am 2. December von Osman Bazar aus in Bewegung, während 10 türkische Bataillone von Sliwno aus den Russen in den Rücken fallen sollten. Obgleich nun die letzteren am 4. December erst bei Maren, dann bei Elena selbst den tapfersten Widerstand leisteten, mußten sie doch — ihrer 5000 gegen 20,000 — mit Verlust von mehr als 1800 Mann und 11 Geschützen beide Punkte aufgeben und sich auf der Straße nach Tirnowa bis Jakowzy zurückziehen. Andern Tags griff dann Fuad nicht diesen gut befestigten Ort, sondern das nördlich davon gelegene Slataritza an, wo gleichfalls nur schwache feindliche Kräfte standen, so daß die Türken der Stellung Herr wurden. In der folgenden Nacht aber traf eine Brigade vom linken russischen Flügel zur Verstärkung ein, und der Führer derselben, Generalmajor Malachoff, ging am Morgen des 6. December sofort zum Angriff über, nahm Slataritza und warf die Türken in wilder Flucht auf Elena zurück. Zu weiterem Vordringen war er nicht stark genug, doch zog der Oberbefehlshaber des rechten russischen Flügels, Dellinghausen, in den nächsten Tagen seine ganze Macht, 36 Bataillone, 18 Schwadronen und 100 Geschütze, um Jakowzy und Slataritza zusammen, entschlossen eine kräftige Offensive zu ergreifen. Inzwischen gedachte Suleiman am 7. December wieder bei Pyrgos anzugreifen, indem er meinte, der linke Flügel der Russen

werde beträchtliche Truppenmassen — nicht bloß die eine Brigade Malachoff — dem rechten zur Hülfe geschickt haben. Heftiges Regenwetter verzögerte jedoch seinen Angriff bis zum 11. December, und dann war der Verlauf derselbe wie am 26. November; nur daß die Russen, nicht damit zufrieden, bei Metschka den Angriff abzuschlagen, in die Offensive übergingen und den Feind vollständig in die Flucht warfen; Suleiman selbst entging kaum der Gefangennahme und 2000 Türken — gegen 700 Russen — bedeckten das Schlachtfeld. Diese Niederlage war denn auch für Fuad das Zeichen zum Rückzug. Noch ehe Dellinghausen den beabsichtigten Angriff unternehmen konnte, wurde Elena von den Türken geräumt, und jeder Vortheil, der in den Tagen vom 2. bis 5. December errungen war, ohne Kampf wieder aufgegeben.

So hatte der russische Thronfolger die Aufgabe, die ihm oblag, vollkommen gelöst: von Mitte Juli bis Mitte December hatte seine Armee wie eine lebendige Mauer, die Front gegen Osten, gestützt auf die Jantra, von der Donau bis zum Balkan gestanden und jeden Durchbruch der Türken verhindert. Dieser Durchbruch aber mußte das Ziel Mehemeds und Suleimans sein, weil sie nur dadurch dem tapferen Verteidiger von Plewna, Osman Pascha, Entsatz bringen konnten. Jetzt war es dazu zu spät: am 10. December, also schon einen Tag vor Suleimans letztem Angriff, war Plewna gefallen. Nach dem glänzenden Erfolge, den Osman am 30. Juli davongetragen, hatte er selbst auf eine Offensive vollständig verzichtet und statt dessen die Befestigungen um Plewna herum in wirksamster Weise verstärkt. Auch die Russen verfuhren nothgedrungen ebenso. Während nach und nach, aber zunächst doch sehr spärlich, die neu mobilisirten Truppen aus der Heimat anlangten, verschanzten sie sich westlich von Plewna bei Pelischat und Sgalewitza und schlugen hier am 31. August einen Ausfall Osmans mit einem Verlust von reichlich 1000 Mann siegreich zurück. Wenige Tage darauf stieß das zweite rumänische Armeecorps zu den beiden russischen Corps, die bisher die Belagerungsarmee gebildet hatten, und Fürst Carol übernahm an Stelle des Generals Sotoff den Oberbefehl. Um die Verbindung mit dem Centrum bei Tirnowa herzustellen, standen außerdem südöstlich von Plewna frisch angekommene Truppen unter dem Fürsten Imeretinski; doch waren sie selbst in ihrer Flanke durch die Türken bedroht, welche Lowtscha besetzt hielten. General Skobeleff erhielt deshalb den Befehl, am 3. September diesen stark befestigten Platz anzugreifen. Er erstürmte zunächst die am rechten Ufer der Osma gelegenen Verschanzungen, besonders den Rothen Berg, dann die Stadt selbst und endlich mit schweren Verlusten die westwärts gelegene Redute. Weit erheblicher als die Zahl der russischen Todten und Verwundeten, die sich auf 1500 Mann b,

lief, war die der Türken, die 2200 Leichen auf dem Schlachtfelde ließen. Nur der Mangel an Reiterei verhinderte die Russen, den Fliehenden sammt und sonders den Rückzug abzuschneiden. Osman Pascha that nichts Entscheidendes, um ihnen Hülfe zu bringen. Erst gegen Abend entsandte er eine Abtheilung aus Plewna, die dann am 4. September Skobeleff angriff, nach einem resultatlosen Gefecht aber auch wieder den Rückweg antrat. Imeretinski rückte nun mit den unter seinem Befehle stehenden Truppen bis Bagot vor, um an dem Angriff auf Plewna Theil zu nehmen. Schon am 7. September erhielt er Befehl, sich der südlich gelegenen Grünen Hügel zu bemächtigen. Skobeleff, mit der Ausführung beauftragt, nahm in der That die drei Hügelrücken, die unter diesem Namen zusammengefaßt wurden, mußte aber die beiden vorderen wieder räumen, weil sie von dem Feuer der westlich davon liegenden Krischina-Schanze bestrichen wurden. Erst für den 11. September war der allgemeine Sturm befohlen. Skobeleff eröffnete ihn um 10 Uhr damit, daß er die geräumten Stellungen wieder besetzte. War das schon nicht ohne heißen Kampf möglich gewesen, so kostete es noch ungleich viel mehr Anstrengung und Blut, die Hügel hinab zu steigen, an ihrem Fuße einen kleinen Bach zu überschreiten und dann den Abhang hinauf gegen die Redute Nr. 1 zu stürmen. Und als um ½5 Uhr diese schwierige Aufgabe gleichwohl gelöst war, fanden sich die schon sehr zusammengeschmolzenen Truppen in der genommenen Stellung einem verheerenden Kreuzfeuer ausgesetzt, dem sie jedoch unverzagt Stand hielten. Aus der Reserve verstärkt, eroberten sie dann sogar noch die Redute Nr. 2 und trotzten in diesen Stellungen den feindlichen Batterien, die sie die ganze Nacht beschossen. Nicht minder gut als auf dem linken Flügel war der Angriff auf dem rechten, wo vornehmlich die Rumänen im Gefecht standen, von Statten gegangen; zwar vermochten sie ihr Ziel, die Griwitza-Schanze, östlich von Plewna, lange nicht zu nehmen; aber sie behaupteten sich in den genommenen Stellungen vor derselben, drangen dann in das die Schanze von hinten deckende Lager ein und hielten dasselbe, bis ein neuer Frontangriff auf die Schanze selbst diese in ihre Gewalt gebracht hatte. Hätte das Centrum, das gegen die Schanzen von Radischewo vorging, einen ähnlichen Erfolg gehabt, so würde das Ergebniß des Sturmes sehr befriedigend gewesen sein. Indessen hier waren die wiederholten Angriffe des Generals Schnischnikoff ganz und gar fruchtlos, und das hatte zur Folge, daß Skobeleff am Abend des nächsten Tages Befehl erhielt, die beiden von ihm genommenen Reduten, die er im Laufe des Tages gegen fünf Stürme der Türken behauptet hatte, wieder zu räumen, ein Befehl, dem zu gehorchen, ihm und seinen Soldaten natürlich furchtbar schwer wurde. So blieb nur die Griwitza-Schanze in der Hand der Angreifer, die in den sechs Tagen vom 7. bis 12. September nicht

weniger als 13,000 Mann verloren hatten. Solche Opfer standen zu dem Gewinn augenscheinlich in keinem Verhältniß, und man hütete sich deshalb, sie bei einem neuen Sturme zu verdoppeln; nur die Rumänen, die sich in der Griwitza-Schanze gegen einen Angriff Osmans am 14. September tapfer behauptet hatten, machten am 19. October noch einmal den Versuch, zwei vor derselben liegende Werke zu nehmen; im Uebrigen suchte man durch regelrechte Belagerung, wenn auch langsamer, doch billiger zum Ziele zu kommen, und übertrug die Leitung der Belagerungsarbeiten dem General Todleben, dem Verteidiger von Sebastopol, der Ende September vor Plewna eintraf.

Eine schlimme Unterlassungssünde beging die oberste Heeresleitung aber dadurch, daß sie die Verbindungen Osmans mit dem südwestlich gelegenen Sofia nicht unterbrach. Zwar war schon Anfang September eine Cavalleriedivision über den Wid geschickt, um Zufuhren abzuschneiden; allein als am 21. September 10,000 Türken mit bedeutenden Vorräthen von Sofia heranrückten, war der Divisionschef Kryloff dieser Macht nicht gewachsen und die Feinde gelangten glücklich in die Stadt. Genau dasselbe wiederholte sich, als Anfang October Scheffet-Pascha von Orkhanje aus sich auf den Weg machte; er schlug die viel zu schwachen Russen bei Radomirze aus dem Felde und traf am 12. October in Plewna ein. Nun erst wurde eine Armee von genügender Stärke dazu bestimmt, weitere Vorkommnisse dieser Art zu verhüten. Aus 43 Bataillonen Rumänen und frisch in Bulgarien angelangter Gardetruppen, aus 60 Schwadronen und 120 Geschützen zusammengesetzt, erhielt sie den General Gurko zum Anführer und überschritt am 22. October südlich von Plewna den Wid. Ihr nächstes Object mußte Gorny Dubniak sein, das, grade westlich von Plewna gelegen und stark befestigt, den Uebergang über den Wid deckte. Am 24. October erfolgte der Angriff, während gleichzeitig die Belagerungsarmee Osman Paschas Aufmerksamkeit durch ein heftiges Bombardement von Gorny Dubniak ablenkte. Allein trotz aller Bravur der Russen wurden ihre Stürme vollständig abgeschlagen und der Kampf erstarb; erst nach Eintritt der Dunkelheit sollte, so hatte Gurko befohlen, ein neuer Versuch gemacht werden. Ungeachtet dieser Anordnung aber schlich sich das Regiment Ismailoff auf den Knieen bis dicht an die Redute, welche den Schlüsselpunkt der Stellung bildete, und überraschte die Türken durch einen unerwarteten Angriff; sofort waren auch die andern benachbarten Regimenter zur Hand und im Umsehen war die Schanze genommen, der Commandant Achmed Pascha mit 2300 Mann gefangen; den Russen aber hatte der Tag 3300 Mann gekostet. Andre Theile der Gurko'schen Armee hatten gleichzeitig die nächstliegenden befestigten Etappen des Feindes, besonders Telisch und Dolny Dubniak angegriffen, um die Besatzung derselben zu beschäftigen; dies war auch gelungen,

ein weiterer Erfolg aber nicht erzielt; doch mußte Telisch nach einer heftigen Kanonade am 28. October mit 2—3000 Mann capituliren, während Dolny Dubniak am 1. November heimlich geräumt wurde. Einen Theil seiner Truppen entsandte Gurko dann in der Richtung nach Widdin, um durch Besetzung von Rahowa, Lom Palanka, Belgradschik und andern Punkten eine Annäherung des Feindes aus dieser Richtung unmöglich zu machen; wieder andere Detaschements drangen westlich vor und nahmen unter Anderm am 8. November Wratza; von Lowtscha aus, wo eine von Gurko unabhängige Armeeabtheilung unter General Sotoff stand, wurde das am oberen Wid nahe dem Balkan gelegene Tetewen fast ohne Opfer besetzt; Gurko selbst wandte sich nach Prawetz, dessen Besitz über den von Orkhanje entscheiden mußte. Von den zwei Colonnen, welche den Angriff ausführen sollten, vermochte die eine unter General Ellis gegen die rechte Flanke der Türken nichts auszurichten; um so glänzender erreichte die andere unter General Rauch ihr Ziel, indem sie nach einem äußerst schwierigen Marsch auf Bergpfaden am 23. November dem Feinde in den linken Flügel fiel und ihn zur Räumung von Prawetz und Orkhanje zwang, während gleichzeitig ein anderes Detaschement unter General Dandeville das weiter östlich gelegene Etropol nahm und dadurch den Zugang zu einem wichtigen Balkanpasse gewann. Durch alle diese Operationen war die vollständige Isolirung Plewnas glücklich erreicht worden; von Osten her, von Suleiman, hätte noch Hülfe kommen können; das aber wurde, wie oben erzählt ist, von der Armee des Thronfolgers mit bestem Erfolge vereitelt.

Vor Plewna nahmen die Dinge inzwischen ihren regelmäßigen Verlauf; die Cernirungslinie wurde geschlossen, überall Befestigungen angelegt, ein starkes Bombardement unterhalten. Am linken Ufer des Wid standen im Norden die Rumänen unter General Tschernat, dann folgte Krüdener von Griwitza bis Radischewo; an ihn schlossen sich Sotoffs Truppen bis Tutschenitza und den übrigen Raum bis zum Flusse occupirte Skobeleff, der sich am 9. November auch wieder der Grünen Hügel bemächtigte. Westlich vom Wid commandirte ihm zunächst General Katalei und weiter nördlich, an der Stelle, wo man einen Durchbruchsversuch am ersten erwarten mußte, General Ganetzki, der nicht weniger als 33,000 Mann zur Verfügung hatte. Eine Aufforderung zur Capitulation, die am 13. November an Osman Pascha gerichtet wurde, lehnte dieser natürlich ab; er zehrte seine Vorräthe auf, und als sie dem Ende nahe waren, beschloß er am 10. December, den Versuch zum Durchbruch zu machen. Die Russen waren, Dank ihren eigenen Beobachtungen und den Aussagen von Desertören, darauf vorbereitet; allein da der bestimmte Punkt, auf den sich Osman werfen werde, doch nicht fest stand und dichter Nebel obendrein die Marsch-

richtung eine Zeit lang verhüllte, so gelang es der Wucht des türkischen Angriffs, die russische Stellung zu durchbrechen und dabei sogar acht Geschütze zu nehmen. Allein dem 9. Grenadier-Regimente, das geworfen war, kam schnell das 8. zu Hülfe und brachte den Vormarsch des Feindes zum Stehen; dann folgten rasch auf einander das 12., 11. und 7.; die verlorenen Stellungen sammt den Geschützen wurden wieder genommen, sieben türkische dazu erobert; langsam und zögernd fing der Feind an sich rückwärts zu bewegen. Mittlerweile aber war Plewna selbst bereits in die Hände der Russen gefallen. Schon in frühster Frühe hatte Skobeleff die geräumte Krischina-Schanze besetzt, ohne Kampf waren auch die übrigen Werke genommen, nur die Rumänen fanden bei Opanetz einigen Widerstand und machten 2000 Gefangene. Sie waren es auch, die zuerst, gegen 10 Uhr, in die Stadt selbst eindrangen; russische Regimenter folgten ihnen, die Wid-Ufer wurden besetzt und die Türken zwischen zwei Feuer genommen. So blieb ihnen nichts mehr übrig als zu capituliren, und als gegen 12 Uhr die fünf russischen Grenadier-Regimenter sich mit aller Wucht auf die weichenden Linien des Feindes warfen, schickte der durch einen Schuß in den Schenkel verwundete Osman einen Parlamentär an Ganetzki ab, um die Bedingungen der Uebergabe zu erfragen. Der russische General ritt selbst in das Quartier Osmans, und die Capitulation auf Gnade und Ungnade wurde vollzogen. Es waren gegen 44,000 Mann, darunter 10 Paschas und über 2000 Offiziere, die so in russische Gefangenschaft geriethen. Osman selbst wurde von dem Zaren, der andern Tags seinen Einzug in Plewna hielt und ihm sofort seinen Degen zurückgab, sehr freundlich behandelt und nach Charkow internirt; mochte es auch ein Fehler gewesen sein, daß er nach dem 30. Juli in Plewna geblieben war, so hatte er doch die militärische Ehre in achtunggebietender Weise gewahrt, und jedenfalls von allen türkischen Befehlshabern am meisten dazu gethan, den Siegeslauf der Russen zu hemmen und der Sache des Sultans eine bessere Wendung zu geben.

Kaiser Alexander kehrte nach dem Fall von Plewna in seine Hauptstadt zurück; auch Fürst Carol und mit ihm die rumänische Armee überschritt wieder die Donau; aber die weiteren Operationen wurden deshalb doch mit der größesten Energie von dem Oberstcommandirenden, dem Großfürsten Nikolaus, angeordnet, und auch die diplomatischen Folgen des großen Sieges waren ihm dabei nicht hinderlich. An die Stelle der Rumänen traten jetzt in elfter Stunde als active Bundesgenossen die Serben. Fürst Milan nämlich, der schon lange zwischen Krieg und Frieden schwankte, entschloß sich jetzt urplötzlich zum Kriege und verkündete seinem Volke in einer Proclamation vom 13. December, daß jetzt oder niemals die Stunde geschlagen habe, das große nationale

Werk zu vollenden. Unter einigen nichtigen Vorwänden, deren Haltlosigkeit gradezu mitleiderregend war, machte er dem Sultan bekannt, daß er sich fortan als im Kriege mit der Pforte befindlich betrachte, und ließ am 14. December seine Truppen die Grenze überschreiten.

In Constantinopel erregte dieser Ueberfall natürlich gewaltige Erbitterung; allein man war durch die Katastrophe von Plewna bereits so sehr niedergedrückt, daß man sehnlichst den Frieden wünschte. In einem Circular vom 12. December rief der Großvezir die guten Dienste der Großmächte an, freilich ohne dabei im mindesten anzudeuten, daß die Türkei bereit sei, Opfer zu bringen. Die deutsche Regirung erklärte sofort, daß sie ihrerseits keinen Anlaß sehe, aus ihrer bisherigen Zurückhaltung herauszutreten, sondern es der Pforte überlassen müsse, sich direct an Rußland zu wenden. Die übrigen Großmächte, mit Ausnahme Englands, beantworteten das Circular in derselben Weise. Lord Derby dagegen verband am 24. December mit der Anzeige, daß die gemeinschaftliche Vermittlung durch die Weigerung Deutschlands unmöglich geworden sei, die Erklärung, daß die britische Regirung, wenn der Sultan es wünsche, in Petersburg anfragen wolle, ob der Zar zur Eröffnung von Friedensunterhandlungen geneigt sei. Nachdem darauf sofort von Seiten der Pforte die Ermächtigung zu dieser Anfrage ertheilt war, wurde dieselbe am 27. December an das Petersburger Cabinet gerichtet. Gortschakoff nahm sie in freundschaftlichster Weise entgegen, forderte aber, daß die Pforte sich direct mit einem Gesuche um Waffenstillstand an die russischen Höchstcommandirenden in Europa und Asien wenden müsse. Umsonst versuchte Lord Derby dagegen Einwendungen zu machen, indem er erwiderte, da der Waffenstillstand doch auch für Serbien und Montenegro mit gelten müsse, so sei es wünschenswerth, daß er nicht von den Generalen, sondern von den Regirungen selbst abgeschlossen werde. Der russische Kanzler beharrte einfach auf seiner Forderung und fügte hinzu, die Instructionen an die Oberstcommandirenden seien bereits von Petersburg abgesandt. Nunmehr entschloß sich der englische Minister, diese Eröffnung am 8. Januar der Pforte zu übermitteln und diese, die freilich gehofft hatte, er werde auch die Basen des Waffenstillstandes mit Rußland vereinbaren, nahm den Vorschlag sofort an. Zu ihrer und des englischen Cabinets großer Ueberraschung antwortete aber Großfürst Nikolaus auf das Waffenstillstandsgesuch, er habe es dem Zaren übersandt; übrigens könne keine Waffenruhe geschlossen werden, wenn nicht zugleich die Grundlagen des Friedens vereinbart würden. Danach schien es also, als ob der Großfürst die Instructionen, von denen Gortschakoff gesprochen, nicht erhalten habe, und Lord Derby beschwerte sich deshalb lebhaft in Petersburg. Der Reichskanzler aber erwiderte ihm, er habe nur gesagt, die Instructionen seien abgesandt, und das sei in der That schon am

3. Januar geschehen; aber erhalten könne sie Großfürst Nikolaus nicht vor 10, Großfürst Michael nicht vor 15 Tagen, da man sie ihrer Wichtigkeit wegen nicht durch den Telegraphen, sondern durch Couriere übermittelt habe. Trotz der principiellen Annahme des Waffenstillstandes dauerten die Feindseligkeiten vor der Hand also noch ununterbrochen fort.

In Wahrheit hatte das russische Cabinet die Uebersendung der Instructionen natürlich auch nur deshalb verzögert, weil es den Vormarsch gegen Constantinopel möglichst spät unterbrechen wollte. Diesen auszuführen, waren die Generale Gurko und Radetzki bestimmt; der letztere, der Hüter des Schipka-Passes, dessen Ausgang noch immer in der Gewalt der Türken war, erhielt Verstärkungen, die seine Armee auf 60,000 Mann brachten; Gurkos Truppen wurden auf etwa 75,000 Mann vermehrt. Seine Aufgabe bestand zunächst darin, zwischen Sofia und Slatitza den Balkan zu überschreiten. Angesichts der 80 Bataillone Mehemed Alis, der seit Mitte November in Sofia ein neues Heer zu bilden suchte, mehr aber noch angesichts der furchtbaren Kälte und der Schneestürme, die das Gebirge fast unpassirbar machten, war es ein gewaltig schwieriges Unternehmen, an das Gurko sich wagte. Indem er starke Detaschements zurückließ, um die türkischen Truppen bei Arabkonak, Slatitza und Ljutakowo zu beschäftigen, theilte er das übrige Heer in drei Colonnen, von denen die mittlere unter Kataleis Führung auf einem Wege, der erst gebahnt werden mußte, am 25. December den Uebergang von Wratschesch nach Tschuriak antrat. Mit unglaublicher Anstrengung wurde bei 22 Grad Kälte die 16 Kilometer lange Strecke in 6 Tagen zurückgelegt; das 1. Garde-Regiment war ohne Artillerie und Cavallerie vorangeeilt, um das Debouchiren im Tschuriak-Thal zu sichern. Noch schrecklicher als bei der Hauptcolonne waren die Mühen und Leiden des Uebergangs bei den Seiten-Detaschements; das zur Rechten unter Weljaminoff gelangte jedoch glücklich in das Tschuriak-Thal, das zur Linken unter Dandeville mußte umkehren, nachdem in einer Nacht 53 Soldaten der Kälte erlegen und 829 durch Erfrieren der Gliedmaßen kampfunfähig geworden waren; erst am 2. Januar 1878 langte es in Slatitza an. Für die Türken ergab sich daraus der große Vortheil, daß sie ihre Rückzugslinie einige Tage länger frei behielten. Gurko wandte sich nämlich gleich nach seiner Ankunft im Tschuriak-Thale östlich gegen das Dorf Taschkissen, das den Schlüsselpunkt der türkischen Stellung bildete. Es gelang ihm, dasselbe und die umliegenden Ortschaften dem Feinde zu entreißen; dagegen vereitelte der Schnee die Anordnungen, die er gegen den Rücken des Feindes getroffen hatte, und da auch Dandeville noch nicht im Süden des Balkans angelangt war, so blieb den Türken der Weg nach Osten offen. Aber auch westlich von dem russischen Debouché, in

Sofia, standen immerhin noch etwa 25 Bataillone, die es nun in erster Linie zu vertreiben galt. Während des Kampfes bei Taschkissen hatte Gurko sie durch einige Bataillone Weljaminoffs beobachten lassen; gegen diese brachen sie am 1. Januar 1878 vor, wurden aber vollständig zurückgeschlagen. Am nächsten Tage drangen die Russen sogar über den zugefrorenen Isker bis unmittelbar an die Stadt vor und schickten dann einige Bataillone rechts ab, um durch eine Umgehung an die Nordseite von Sofia, die ganz unbefestigt war, zu gelangen. Das warteten die Türken aber gar nicht ab, sondern entflohen bei Nacht, so daß Gurko am 5. Januar ohne Kampf in die alte Bulgaren-Hauptstadt einziehen konnte.

An diesem selben Tage begannen die Operationen, welche der Radetzki'schen Armee den Schipka-Paß zu eröffnen und den Vormarsch nach Adrianopel zu ermöglichen bestimmt waren. Zu beiden Seiten des Passes, dessen Ausgang Wessali Pascha mit etwa 32,000 Mann besetzt hielt, sollte eine Colonne auf Bergwegen den Balkan überschreiten, im Westen unter Führung Skobeleffs mit dem Zielpunkt Imetli, im Osten unter dem Fürsten Mirski in der Richtung auf Janina; für den 8. Januar war dann ein combinirter Angriff auf die türkische Stellung bei Schipka in Aussicht genommen. Allein Skobeleffs Marsch verzögerte sich derartig, daß er zu der bestimmten Zeit erst mit zwei Regimentern und ohne jede Artillerie in Imetli war; Mirski hatte zwar auch mit allen Schwierigkeiten des Weges und des Wetters zu kämpfen, konnte aber doch am 8. Januar den Dispositionen gemäß zum Angriff schreiten und drang unter beständigen Kämpfen über Haskiöi bis gegen Schipka vor. Da hier der Feind hinter starken Verschanzungen stand, begnügte sich der russische General, einen heftigen Ausfall, der von dort gegen Abend gemacht wurde, zurückzuschlagen, und hoffte am anderen Tage zuversichtlich von Skobeleff unterstützt zu werden. Um demselben Zeit zu lassen, verhielt er sich selbst in der Frühe ganz ruhig, schlug ein paar Angriffe auf seinen rechten Flügel ab und ging erst um 11 Uhr, als die Türken sich gegen den linken Flügel wandten, mit diesem zur Offensive über, die dann auch mit einem Schlage durch die Erstürmung des Dorfes Schipka gekrönt wurde. In demselben Augenblicke fast erschienen von links her die ersten Truppen Skobeleffs und griffen das Dorf Schenowo auf der Rückzugslinie der Türken an; in heißem Kampfe eroberten sie es und zwangen die aus sechs Bataillonen bestehende Besatzung sich zu ergeben. Da überdies seit 12 Uhr auch Radetzki von dem Nikolaus-Berge her sich in Bewegung setzte und die türkischen Befestigungen von Norden her angriff, gab Wessali Pascha weiteren Widerstand auf und zeigte Skobeleff gegen 3 Uhr an, daß er bereit sei, die Waffen zu strecken. So war abermals eine türkische Armee von mindestens 25,000 kampffähigen

Soldaten in Gefangenschaft gerathen, ein Erfolg, der um so glänzender war, als russischer Seits von 35,000 Mann, die zur Verwendung kommen konnten, nur 17,000 im Gefecht gestanden hatten; die Ehre des Tages aber gebührte in erster Linie Mirski, nicht Skobeleff, der im Laufe des 8. und selbst in den Morgenstunden des 9. Januars von der Energie, die ihn vor Plewna auszeichnete, wenig hatte merken lassen.

Nach der Einnahme des Schipka=Passes stand dem schleunigen Vormarsche auf Adrianopel nichts mehr im Wege. An demselben Tage, an dem Derby sich in Petersburg beschwerte, daß Großfürst Nikolaus trotz Gortschakoffs Versicherungen noch ohne Instructionen wegen der Waffenstillstandsverhandlungen zu sein scheine, verlegte dieser sein Hauptquartier an den Südabhang des Balkans nach Kasanlyk und traf von dort aus am 13. Januar die allgemeinen Dispositionen für den Vormarsch. Im nördlichen Bulgarien blieben drei Armeen, die serbische, die am 11. Januar Nisch genommen hatte und jetzt gegen Mitrowitza und Prisrend operirte — die Ostarmee unter dem Großfürsten Thronfolger, die angewiesen wurde, Rasgrad zu nehmen und überhaupt östlich bis auf die Linie Rustschuk=Schumla vorzudringen — und das Unter=Donau=Detaschement des Generals Zimmermann, das jetzt erheblich weiter nach Süden vordringen, bei Prawady die Eisenbahn zwischen Schumla und Warna zerstören und eine Abtheilung über den Balkan nach Aidos (nördlich von der Hafenstadt Burgas) vorschicken sollte. Hier hatte dasselbe Fühlung mit der Armee=Abtheilung des Generals Dellinghausen zu suchen, die bisher den rechten Flügel der Ostarmee gebildet hatte, jetzt aber über die östlichen Balkan=Pässe nach Sliwno und Jamboly commandirt wurde, um als äußerster linker Flügel der Streitkräfte südlich vom Balkan zu operiren. Ihr zunächst nach Westen folgte Radetzki, der über Jeni=Sagra auf Jamboli dirigirt wurde, um von da südwärts durch das Tundscha=Thal auf Adrianopel zu marschiren. Das Centrum bildete Ganetzki, der noch jenseits des Balkans stand und seine Armee in Kasanlyk zu vereinigen hatte. Ihm voran sollte Skobeleff über Eski=Sagra nach Tirnowa an der Maritza und dann diesen Fluß abwärts gegen Adrianopel vorrücken. Zu seiner Rechten folgte General Karzoff, der Anfang Januar über den Trojan=Paß in Karlowo eingetroffen war und jetzt als Marschziel Philippopel erhielt. Den äußersten rechten Flügel endlich bildete Gurkos Westarmee, die am rechten Ufer der Maritza über Haskiöi auf Demotika, südlich von Adrianopel, vordringen sollte.

Nur dieser rechte Flügel kam noch in die Lage, einen entscheidenden Schlag auszuführen. Durch das unverteidigte Trajans=Thor war Gurko schon am 13. Januar bis Tatar=Basardschik gekommen, das bei seiner Annäherung von den Türken gleichfalls geräumt wurde. General

Schuwaloff, der die Abziehenden verfolgte, erreichte andern Tags die Nachhut noch bei Adaköi und vertrieb sie aus dem Orte; am 15. Januar zwang er sie bei Kadiköi nochmals zum Stehen und hielt sie den ganzen Tag fest. Dadurch gewannen die entfernteren Theile von Gurkos Armee Zeit näher heranzukommen, und als sich die Türken, über welche Suleiman den Oberbefehl führte, am 16. unter Preisgabe von Philippopel südlich von dieser Stadt bei Dermendere und Karagatsch in vortrefflichen Stellungen festsetzten, waren hinreichende Truppenmassen vorhanden, um beide Punkte zu nehmen und dadurch das türkische Heer in zwei Hälften zu spalten, von denen die des rechten Flügels, geführt von Schakir Pascha und dem Oberfeldherrn persönlich, sofort über Tochtali den Weg in das Despoto-Gebirge einschlug, dabei aber den verfolgenden Russen ihre ganze Artillerie, 52 Geschütze, überlassen mußte. Der linke Flügel unter Fuad Pascha leistete am 17. Januar noch einmal bei Belesnitza und Markowo tapferen Widerstand und flüchtete dann unter dem Schutze der Dunkelheit in völliger Auflösung gleichfalls in die Ausläufer des Despoto-Gebirges. Damit war die letzte feldtüchtige Armee der Türken zersplittert und die Waffenstillstandsverhandlungen konnten von den Russen unter den günstigsten Verhältnissen begonnen werden. Der Weg nach Constantinopel lag offen vor ihnen.

12. Zwischen Krieg und Frieden.

Beinah ebenso sehr wie die türkische Regirung schien sich das englische Cabinet durch diese Thatsache betroffen zu fühlen. Die Dinge hatten denn schließlich doch einen anderen Verlauf genommen, als man seit den russischen Unfällen im Juni und Juli in London erwartet hatte. Noch Anfang November führte Beaconsfield bei dem Lord-Mayors-Bankett eine wundersam zuversichtliche Sprache. Vor einem Jahre, so meinte er, sei es lächerlich gewesen, von der Unabhängigkeit der Türkei zu sprechen; jetzt sei diese Unabhängigkeit, wie auch der Krieg weiter laufen möge, durch eine halbe Million Krieger unwiderleglich demonstrirt worden. Selbst von der Möglichkeit eines baldigen Friedens sprach er, und die Art, wie er das that, schloß jeden Verdacht aus, als ob er dabei an willenlose Unterwerfung des Sultans denke. Noch schlimmer verkannte Lord Derby die Sachlage, als er am 28. November einer russenfeindlichen Deputation, in der löblichen Absicht, sie zu beruhigen, versicherte, Constantinopel befinde sich nicht in dringender Gefahr; man unterschätze die Schwierigkeiten, welche die russische Armee vor sich habe und vor sich behalten werde. Kaum 14 Tage später waren diese Schwierigkeiten schon so bedeutend vermindert, daß sich der englische Minister gedrungen fühlte, den russischen

Gesandten an die früheren Verhandlungen über Constantinopel zu erinnern und ihm die Hoffnung auszudrücken, daß die siegreiche Armee weder die türkische Hauptstadt noch die Dardanellen besetzen werde, weil England sonst Gegenmaßregeln ergreifen müsse, um seine eigenen Interessen zu schützen. Gortschakoff erwiderte darauf am 28. December, wenn solche Aeußerungen auf der Pforte bekannt würden, werde diese es geflissentlich dahin zu treiben suchen, daß Rußland Stambul angreife; in der Freiheit seiner militärischen Operationen könne sich kein kriegführender Staat beschränken lassen; übrigens möge England die Interessen, für die es fürchte, näher bezeichnen, dann lasse sich wohl auf gütliche Weise ein Ausweg finden. Darauf antwortete Lord Derby am 12. Januar mit der Forderung, daß der Zar sich verpflichte, die Halbinsel von Gallipoli nicht zu besetzen, mit andern Worten, der englischen Flotte die Möglichkeit zu lassen, jederzeit vor Constantinopel zu erscheinen. Für den Fall einer ablehnenden oder ausweichenden Antwort, war das britische Cabinet in seiner Mehrheit entschlossen, den Russen zuvorzukommen. Nur ein Mitglied, der Colonialminister Carnarvon, wich von dieser Ansicht ab: ihm schien ein Krieg zwischen England und Rußland, wie er durch jene Maßregel leicht heraufbeschworen werden konnte, ein zu großes Unglück, als daß er das Land wie zu den Zeiten des Krimkrieges allmälig wollte hineintreiben lassen, und er hatte diese seine Meinung auch in sehr durchsichtiger Weise vor dem Publikum geäußert, als er am 2. Januar eine Deputation von Kaufleuten empfing, die ihn wegen der Unruhen am Cap der guten Hoffnung zu befragen wünschten. Schon aus diesem Anlaß war es zwischen ihm und Beaconsfield zu Auseinandersetzungen gekommen, die der Premier wohl nur deshalb fallen ließ, weil er angesichts des Parlaments, dessen Eröffnung aus Rücksicht auf die Lage im Orient um einige Wochen verfrüht und auf den 17. Januar 1878 anberaumt war, den Zwiespalt im Cabinet zu verhüllen suchte, und überdies nicht sicher war, wie weit Lord Derby Carnarvons Beispiel folgen werde. Als nun aber am 15. Januar das Cabinet, in Ermangelung einer befriedigenden Antwort aus Petersburg, wirklich beschloß, die Flotte nach Gallipoli zu senden, erbat Carnarvon seine Entlassung. Unmittelbar darauf traf jedoch die Erklärung Gortschakoffs ein, daß die russische Armee nur dann ihren Marsch auf Gallipoli richten würde, wenn reguläre türkische Truppen sich dort sammelten — vorausgesetzt, daß auch England nicht zur Besetzung der Halbinsel schreite. Gleichzeitig berichtete der Gesandte in Petersburg, daß der Sultan sich in einem Telegramm direct an den Zaren gewandt, und daß letzterer erwidert habe, Großfürst Nikolaus sei mit Instructionen für einen Waffenstillstand unter gleichzeitiger Feststellung der Friedensbasen versehen; auf eine bloße Waffenruhe könne Rußland aber nicht eingehen. Da über-

dies die türkischen Bevollmächtigten, Server und Namyk Pascha, sich bereits auf der Reise ins feindliche Hauptquartier befanden, so verschob das englische Cabinet die Ausführung des der Flotte ertheilten Befehles, und eröffnete das Parlament mit einer ziemlich zurückhaltenden Thronrede, die nur von der Möglichkeit unerwarteter Vorfälle, die zu Vorsichtsmaßregeln zwingen könnten, sprach. Aber das beständige Vordringen der Russen, die am 20. Januar bereits Adrianopel ohne Kampf besetzten, das Ausbleiben jeder officiellen Meldung von dem Verlauf der Waffenstillstandsverhandlungen und die wachsende Erregtheit der öffentlichen Meinung in England, veranlaßten das Cabinet am 23. Januar den Beschluß, daß die Flotte in die Dardanellen fahren solle, zu erneuern, und Carnarvons Entlassungsgesuch wurde jetzt angenommen.

Aber auch Lord Derby billigte die Entsendung der Flotte nicht und wollte zurücktreten. Da kam dem Premier, der diesen Schritt sehr ungern sah, der Umstand zu Hülfe, daß Schuwaloff einen kurzen Entwurf der Friedensbedingungen mittheilte und dadurch dem Cabinet einen paßlichen Vorwand bot die Flotte nochmals aus den Dardanellen zurückzurufen, Lord Derby aber, sein Entlassungsgesuch zurückzunehmen. Allein trotzdem hatte die Lage nunmehr einen sehr ernsten Charakter angenommen. Angesichts der Möglichkeit des Krieges mußte das Ministerium Geldmittel vom Parlamente fordern: am 28. Januar brachte Sir Stafford Northcote den Antrag auf Bewilligung eines Credites von 6 Millionen Pfund ein. Zur Begründung desselben wies der Finanzminister besonders auf die peinliche Ungewißheit hin, in der das Cabinet über die russischen Friedensbedingungen gelassen werde. Zwar habe Schuwaloff am 25. officiös die erwähnte Aufzeichnung überreicht; aber dieselbe sei weder bindend noch detaillirt genug, um sich dabei zu beruhigen. Ueberdies wolle Rußland die Pforte zu Vereinbarungen in der Frage der Dardanellen nöthigen, obgleich es zugebe, daß diese Abmachungen hinterdrein von Europa gebilligt werden müßten; England aber dürfe nicht gestatten, daß die Pforte bei diesen späteren Verhandlungen bereits durch einen Specialvertrag mit Rußland gebunden sei. Diese letztere Einwendung wurde nun allerdings hinfällig, als Gortschakoff nach einigen anderen minder bestimmten Erklärungen am 30. Januar sich bereit finden ließ, den Dardanellen-Artikel ganz zu unterdrücken. Aber diese Bereitwilligkeit hatte in Wirklichkeit so gut wie gar keinen Werth, weil sie sofort durch die Thatsachen überholt wurden; denn schon am nächsten Tage, also am 31. Januar, wurde in Adrianopel das Protokoll über die Friedensbasen unterzeichnet, und darin bestimmte der fünfte Paragraph, daß die Pforte nicht allein Rußland durch Geld, Land oder auf andre Weise für seine Kriegskosten entschädigen, sondern sich auch mit ihm über die

Wahrung seiner Rechte und Interessen im Bosporus und an den Dardanellen verständigen werde. Die anderen vier Artikel stipulirten außerdem, daß Bulgarien, und zwar zum mindesten in dem Umfang, den die Stambuler Conferenz festgestellt habe, ein autonomer Vasallenstaat mit christlicher Regirung und ohne türkische Garnisonen werden solle, erkannten die Unabhängigkeit Montenegros, Rumäniens und Serbiens an, sicherten ihnen Vergrößerungen oder Grenzberichtigungen zu, und verhießen Bosnien und der Herzegowina eine autonome Verwaltung, den andern christlichen Provinzen ähnliche Reformen. Der gleichzeitig abgeschlossene Waffenstillstand überlieferte den Russen Widdin, Rustschuk und Silistria und zog eine Demarcationslinie, welche die Türken in Bulgarien auf die Gegend von Warna und Schumla beschränkte, den Russen aber bis wenige Meilen von Constantinopel vorzurücken gestattete. Daß sie von dieser Berechtigung vollauf Gebrauch machten und am 5. Februar die wichtige Stellung bei Tschataldja besetzten, erregte aber in Constantinopel wie in London die größte Unruhe, weil man die genauen Bedingungen des Waffenstillstandes erst nach mehreren Tagen erfuhr und sich das Vorrücken des Feindes deshalb gar nicht erklären konnte.

Inzwischen war nun der Moment gekommen, wo Europa Stellung zu den russischen Forderungen nehmen mußte. Andrassy, der so oft erklärt hatte, daß Oestreich seine Interessen beim Friedensschluß in vollem Umfang wahren werde, ergriff deshalb bereits am 5. Februar die Initiative um die Großmächte zu einer Conferenz einzuladen. Er mochte durch die wiederholten Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg annähernd die Gewißheit haben, daß er mit seinen Forderungen durchdringen werde; aber zufrieden mit den Basen von Adrianopel war er er keineswegs; vielmehr hob die Antwort, welche am 19. Februar auf parlamentarische Interpellationen in Wien und Pest gegeben wurde, ganz nachdrücklich hervor, daß einige von den Abmachungen den Interessen der Monarchie durchaus widersprächen. Es handelte sich jetzt für Oestreich augenscheinlich um ein Doppeltes. Einerseits mußte es trachten, den russischen Einfluß so weit herabzudrücken, wie irgend möglich; andrerseits mußte es Garantien für seine eigenen Interessen auf der Balkanhalbinsel suchen und konnte diese schwerlich auf andere Weise, als durch die Besetzung von Bosnien finden. Zu dem Einen wie zu dem Andren war die Zustimmung der Großmächte erforderlich und die Conferenz galt dem östreichischen Kanzler deshalb mit Recht als das Ziel, auf das er zunächst mit allen Kräften hinzuarbeiten habe.

Aber wenn der Minister des Großstaates hoffen durfte, daß seinen Einwendungen im Rathe der Mächte Rechnung getragen werde, so befanden sich zwei kleinere Staaten, Rumänien und Griechenland, in einer ungleich nachtheiligeren Lage. Rumänien war durch den Vertrag von

Adrianopel ungefragt dazu verurtheilt, das 1856 erworbene Stück von Bessarabien gegen die Dobrudscha auszutauschen und begann nun sich auf das Aeußerste dagegen zu sträuben. Sowohl in den Kammern wie in einem Rundschreiben an die Großmächte erklärte das Ministerium Cogalnitscheanu, daß es um keinen Preis auf diese Bedingungen eingehen werde, während andrerseits von Petersburg aus ebenso bestimmt erklärt wurde, daß der Zar von dieser Forderung nicht ablassen werde, ja daß er ihre Verweigerung als eine persönliche Beleidigung betrachte. Drohte von dieser Seite also schon ein ernstlicher Conflict, so nahmen die Dinge in Griechenland eine noch viel bedenklichere Wendung an. Auf die Zusicherungen Englands bauend hatte es sich des Krieges enthalten; jetzt stand der Friedensschluß bevor und von der Befriedigung der hellenischen Vergrößerungsgelüste war nicht die Rede. Darüber entstand denn in Athen eine gewaltige Erregung, deren erste Folge war, daß am 21. Januar das bisherige Ministerium zurücktrat. Aber damit beruhigte sich die Volksstimmung nicht; es kam am 26. und 27 Januar zu heftigen Excessen, deren Komunduros, der auch dem neuen Cabinet präsidirte, zwar Herr wurde, die aber den Entschluß, die Türkei anzugreifen, zur Reife brachten. Den Vorwand dazu bot die lange vorbereitete Erhebung in Kreta, Epirus und Thessalien, die jetzt zum Ausbruch kam; mit der Versicherung, daß es sich nicht darum handle, den Krieg gegen die Türkei zu beginnen, sondern nur darum, die Sicherheit des eigenen Landes zu wahren, kündigte Delijannis, der neue Minister des Aeußern, am 2. Februar den Garantiemächten an, daß die griechischen Truppen die Grenze überschritten hätten. Darüber herrschte gewaltiger Jubel in Athen; allein der Rausch sollte schnell verfliegen. Als andern Tags die Nachricht eintraf, daß die türkische Flotte nach dem Piräus beordert sei und ein Bombardement bevorstehe, als die Großmächte obendrein in sehr ernstem Tone Vorstellungen machten, und auch die bestgesinnten unter ihnen sich unwillig darüber äußerten, daß Griechenland in diesem entscheidenden Augenblicke neue Verwicklungen schaffen wolle, da erhielt General Sutzos schon am 4. Februar Befehl nicht weiter vorzurücken, und die fremden Diplomaten wurden ersucht, die Vermittelung ihrer Regirungen zu erbitten. Nur die Zusicherung, daß die Großmächte die christlichen Bewohner von Thessalien und Epirus vor türkischen Gewaltthaten schützen möchten, wurde als Gegenleistung erbeten, und da England und Frankreich sie bereitwillig ertheilten, der fünftägige Krieg am 7. Februar durch Zurückberufung der Truppen beendigt. Der Aufstand aber war damit durchaus nicht zu Ende. Wie er in Kreta das ganze Innere der Insel ergriff, so daß selbst die englischen Minister im Unterhause zugaben, die Autorität der Pforte sei daselbst gänzlich gebrochen, so dehnte er sich in Thessalien bis in die Gegend von Saloniki aus und zwang die

Pforte zu großen Rüstungen, um seiner Herr zu werden. Erst in der zweiten Hälfte des März und besonders in den letzten Tagen des Monats gelang es, den Insurgenten am Pelion einige schwere Schläge beizubringen; von einer wirklichen Bewältigung des Aufstandes konnte aber selbst dann keine Rede sein, und Griechenland beharrte überdies unentwegt auf seiner Forderung die insurgirten Bezirke zu annectiren. Nur hoffte es jetzt dies Ziel auf friedlichem Wege durch den Congreß erreichen zu können und baute fest auf die Zusicherung Lord Derbys, daß er ihm dort Gehör verschaffen wolle.

Mittlerweise aber war der Congreß selbst schon wieder zweifelhaft geworden, obgleich England sich am 7. Februar principiell bereit erklärt hatte, an den Berathungen Theil zu nehmen. Beunruhigt durch die Nachricht, daß die Russen bis unmittelbar vor Constantinopel rückten, und durch Layards Versicherung, die Hauptstadt liege völlig wehrlos dem Einmarsche des Feindes offen, beschloß nämlich das Cabinet, und zwar diesmal unter Derbys Zustimmung, die Flotte oder doch einen Theil derselben jetzt wirklich durch die Dardanellen fahren zu lassen. Als Motiv wurde die Sicherung der britischen Unterthanen gegen einen Ausbruch des muselmännischen Fanatismus angegeben und zugleich an die andern Mächte das Ersuchen gerichtet, auch ihrerseits einige Schiffe nach Constantinopel zu senden. Dagegen erhob jedoch die Pforte, die jetzt ganz unter russischem Einflusse stand, Einspruch, und es unterblieb; nur der englische Admiral kümmerte sich um den Protest nicht, sondern passirte die Dardanellen am 13. Februar und ging mit zwei Schiffen bei Gallipoli, mit einem bei den Prinzeninseln vor Anker. Demgegenüber drohte Rußland zu demselben Zwecke wie England mit einem Theil seiner Truppen in Constantinopel einrücken zu wollen; doch wurde durch einen weiteren Austausch von Erklärungen am 18. und 19. Februar noch einmal eine Verständigung erzielt, kraft deren sich Rußland abermals verpflichtete weder Gallipoli noch die Linien von Bulair zu besetzen, wogegen England versprach keine Truppen an der europäischen oder asiatischen Küste zu landen, vorausgesetzt, daß Rußland das Letztere gleichfalls zusage. Da dies ohne Weiteres geschah, war der Gegensatz abermals für den Augenblick geschlichtet. Niemand zweifelte mehr, daß die Conferenz nun gesichert sei. Zwar erhob Rußland Einwendungen dagegen, daß sie in Wien stattfinde; allein das war ein Punkt, in dem alle Mächte gern nachgeben wollten, und es schien, als ob Baden-Baden von allen Seiten als ein geeigneter Ort anerkannt werde. Fürst Bismarck, der sich am 19. Februar von Bennigsen im Reichstage über die Orientfrage interpelliren ließ, sprach mit großer Zuversicht davon, daß die Conferenz in der ersten Märzwoche zusammentreten werde. Darüber freilich, ob sie zu einer Verständigung führen werde, äußerte er sich minder gewiß;

nur befürchtete er von dem Scheitern nicht grade einen europäischen Krieg, sondern glaubte, die Frage werde dann versumpfen und Rußland sich damit begnügen einstweilen in der Lage der beati possidentes zu sein. Von Neuem betonte er, daß Deutschland verhältnißmäßig geringe Interessen zu wahren habe, und daß er seine eigene Rolle deshalb als die des ehrlichen Maklers, nicht als die des Schiedsrichters oder Schulmeisters auffasse. Doch benutzte er die Gelegenheit zugleich um sich sehr sympathisch für Oestreich und ganz besonders für Andrassy persönlich zu äußern und dadurch verständlich genug anzudeuten, daß er von Rußland die vollste Berücksichtigung der Interessen des wiener Cabinets erwarte.

Der Präliminarfriede zwischen Rußland und der Türkei, der 14 Tage darauf endlich unterzeichnet wurde, bestätigte diese Erwartung freilich nicht. So lange er noch in der Schwebe war, konnte die Conferenz natürlich nicht zusammentreten, und die Tage und Wochen, in denen erst zu Adrianopel, dann seit dem 24. Februar in San Stefano, nahe der Hauptstadt, verhandelt wurde, waren deshalb für alle Betheiligten sehr peinlich. Worin die hauptsächlichsten Schwierigkeiten bestanden, wurde nicht authentisch bekannt: am meisten sprach man davon, daß Rußland die Auslieferung der sechs stärksten türkischen Panzerschiffe verlange und daß es den ägyptischen Tribut für die allmälige Abtragung der geforderten Kriegsentschädigung in Anspruch nehme — beides Punkte, gegen deren Genehmigung England auf das kräftigste auftrat und die sich schließlich in dem Friedensvertrage auch nicht vorfanden. Jedenfalls hatte es aber noch andre Hindernisse gegeben, die überwunden werden mußten, und deren Beseitigung zu wiederholten Malen erst durch das persönliche Dazwischentreten des Großfürsten Nikolaus und seine Drohung gegen Constantinopel vorzurücken erzwungen wurde. Auch die endgültige Unterzeichnung des Vertrages erfolgte unter einem solchen Druck; obgleich am 3. März, den die Russen im Voraus als den letzten Termin bezeichnet hatten, die Gebietsabtretungen und die Geldzahlungen noch gar nicht discutirt waren, erschien der Großfürst in der Sitzung der Bevollmächtigten, um eine letzte Frist von einer Stunde zu setzen, nach deren Ablauf dann auch wirklich Ignatjeff und Nelidoff einerseits, Savfet Pascha — seit dem 19. Februar an Servers Stelle Minister des Aeußern — und Saadullah andrerseits das von allen Seiten mit Ungeduld erwartete Document vollzogen. Auch dann mußte Europa freilich noch drei Wochen warten, ehe es authentische Kunde davon erhielt; denn erst nach der am 18. März in Petersburg erfolgten Ratification wurde es veröffentlicht und den Großmächten zur Kenntniß gebracht. Von der europäischen Türkei blieb nach diesem Vertrage nicht viel übrig. Das selbständige Fürstenthum Bulgarien erhielt eine Ausdehnung, die ihm die Küste des

Schwarzen Meeres bis Hakim Tabiassi, die des Archipelagus vom Buru-See bis zur Struma-Mündung zuwies; von letzterem Punkte aus lief die Grenze in geringer Entfernung vom Meere westwärts etwa bis zu dem Kastoria-See, um sich dann über Ochrida nach Norden bis zur Grenze des vergrößerten Serbiens zu erstrecken. Dieses Fürstenthum, das gleich Rumänien und Montenegro seine volle Unabhängigkeit zugesichert erhielt, schob seine Grenzen soweit nach Süden vor, daß nur ein schmaler Landstreifen es von der neuen Grenze Montenegros trennte. Was der Pforte in Europa verblieb, war also nur Rumelien mit Constantinopel und Adrianopel; dann, völlig davon getrennt, die Halbinsel von Saloniki, Thessalien, Epirus und Albanien; endlich, durch den erwähnten schmalen Streifen mit Albanien verbunden, die Herzegowina und Bosnien. Letzteren Provinzen wurde überdies der Zustand zugesichert, den die Conferenz in Constantinopel für sie gefordert hatte; Kreta, Thessalien und die andern Theile der europäischen Türkei sollten gleichfalls neu organisirt und dabei den Wünschen der Bevölkerung vollauf Rücksicht getragen werden. Bulgariens Abhängigkeit von der Pforte trat nach diesen Abmachungen künftig eigentlich nur noch in einer Tributzahlung zu Tage; die Einführung der neuen Verfassung und ihre Ueberwachung wurde für zwei Jahre einem russischen Commissar übertragen, der 50,000 Mann zu seiner Verfügung behielt. Die Kriegsentschädigung belief sich auf 1400 Mill. Rubel ungerechnet weiterer 10 Millionen zur Schadloshaltung von Privaten; doch sollten an Zahlungsstatt für den Betrag von 1100 Mill. Rubel die Dobrudscha, sowie in Klein-Asien Ardagan, Kars, Batum, Bajaset und das Land bis zum Saganlug angenommen werden. Die Dardanellen und der Bosporus sollten wie bisher auch im Kriege für neutrale Kauffahrteischiffe geöffnet bleiben; eine Reihe von minder wichtigen Bestimmungen, die hier übergangen werden dürfen, bezog sich auf untergeordnete Interessen.

Von Seiten Oestreichs richtete sich die Opposition hauptsächlich gegen die Punkte, welche Bulgarien und die zweijährige russische Occupation betrafen: in allem was den Nordwesten der Halbinsel, das serbo-kroatische Gebiet, betraf, war den Forderungen des wiener Cabinets so ziemlich Rechnung getragen; was daran noch fehlte, die Einladung Bosnien und die Herzegowina durch östreichische Truppen zu besetzen, das wollte Andrassy sich nicht durch russische Gefälligkeit, sondern durch das Votum des Congresses zuerkennen lassen. Aber es genügte ihm eben nicht, den östreichischen Einfluß zwischen der Sau und dem Adriatischen Meere zu sichern; er strebte nicht minder eifrig danach, den russischen im Osten zu beschränken, und als es für ausgemacht gelten konnte, daß die betreffenden Bestimmungen seinen Forderungen nicht entsprachen, kündigten die offiziösen Zeitungen Anfang März an,

der Kanzler werde sich vor Beginn der Conferenz von den Delegationen einen Credit von 60 Millionen Gulden erbitten, um für alle Fälle gerüstet zu sein. Daneben tauchten die vielfach schon besprochenen Pläne einer Occupation von Bosnien und der Herzegowina sehr nachdrücklich auf, und manche Organe der Presse, besonders auch der Pester Lloyd, empfahlen sie dringend. Andrassy freilich bestritt in den Delegationen noch immer, daß seine Gedanken darauf gerichtet seien; er suchte der Creditforderung überhaupt alles Bedrohliche zu nehmen und verteidigte gegenüber zahlreichen Angriffen seinen alten Satz, daß Oestreich vollkommen im Stande sei seine Interessen zu wahren, daß die bisherige Zurückhaltung es möglich mache, nunmehr mit voller Kraft einzutreten, daß er übrigens auch jetzt noch keineswegs beabsichtige den geforderten Credit wirklich zu benutzen. Die meisten seiner Erklärungen gab er vertraulich ab, ohne daß ihr Inhalt deshalb dem Publikum vorenthalten blieb, und trotz aller Opposition, besonders in der cisleithanischen Delegation, wurden seine Forderungen am 19. und 21. März endlich genehmigt.

Somit war Oestreich nun völlig bereit auf der Conferenz zu erscheinen; weil aber die Schwierigkeit der Sachlage die guten Dienste Bismarcks, zu denen er sich ja als ehrlicher Makler erboten hatte, dringend wünschenswerth machten, hatte Andrassy am 2. März vorgeschlagen, aus der Conferenz einen Congreß, also eine Vereinigung der leitenden Minister, zu machen, und zum Orte Berlin zu wählen. Das wurde von allen Seiten genehmigt; dagegen erhob England nun eine neue und sehr ernste Schwierigkeit. Es hatte von jeher und besonders energisch in einer Depesche Derbys vom 14. Januar betont, daß keine russisch-türkische Abmachung, welche die bestehenden Verträge von 1856 und 1871 abändere, ohne die Zustimmung der Großmächte rechtskräftig sei. Das hatte Gortschakoff zu wiederholten Malen, besonders am 25. und 30. Januar, im Princip zugegeben. Nun aber zog Lord Derby am 13. März die weitere Consequenz, und forderte ihre Anerkennung vor der Eröffnung des Congresses, daß, um zu prüfen, ob irgend eine Bestimmung den Verträgen widerspreche, der ganze Tractat von San Stefano dem Congreß zur Discussion vorgelegt werden müsse. Davon wollte Gortschakoff Nichts hören. Er war zwar bereit, den einzelnen Cabinetten den ganzen Vertrag mitzutheilen, und erkannte an, daß sie dann jeden Artikel desselben zur Sprache bringen könnten; aber er wollte nicht zugeben, daß Rußland sich dann auch auf jede derartige Discussion einlassen müsse. Hätte er dem Congresse als solchem den ganzen Vertrag vorgelegt, so würde er die Verpflichtung dazu natürlich übernommen haben; theilte er das Document nur den einzelnen Mächten mit, so mußte bei jedem Punkte, der zur Sprache kommen sollte, erst der Antrag gestellt und der Nach-

weis geführt werden, daß derselbe die bestehenden Verträge abändere. Das Recht zu solchen Anträgen wollte Gortschakoff Niemandem schmälern; Rußland erkenne jeder Macht die volle Freiheit zu, den Vertrag von San Stefano zu beurtheilen und auf Grund dieser Beurtheilung vorzugehen; aber, so mußte Schuwaloff am 19. März in London erklären, auch für sich selbst beanspruche Rußland dieselbe Freiheit der Beurtheilung und der Handlungsweise; unmöglich könne es sich gefallen lassen, allein im Voraus eine beschränkende Verbindlichkeit einzugehen. Und als Lord Derby sich darauf am 21. März eine deutlichere Erläuterung dieser Worte ausbat und es schlechterdings zur Vorbedingung des Congresses machte, daß demselben jeder Artikel des Vertrages vorgelegt werde — nicht als ob es nöthig sei jeden zu bestätigen; aber um bei jedem zu prüfen, ob er der Bestätigung bedürfe —, da definirte Gortschakoff seine Auffassung am 26. März unzweideutig dahin, daß jede Macht die Freiheit habe, jede Frage anzuregen, Rußland aber das Recht, die betreffende Discussion anzunehmen oder abzulehnen.

Damit war denn glücklich eine Schwierigkeit, die im Verlauf der Congreßverhandlungen allerdings hätte auftauchen und die dann, wenn sie nicht im concreten Falle zu begleichen war, zum Scheitern des Congresses hätte führen können, zu dem Range eines Principienconflictes erhoben. Das englische Cabinet trat am 27. März zu einer Berathung zusammen und beschloß, daß unter diesen Umständen eine Beschickung des Congresses unzulässig sei, und daß weitere militärische Vorkehrungen zur Wahrung der britischen und der europäischen Interessen getroffen werden müßten. Viel war in dieser Richtung schon geschehen. In den Arsenalen herrschte seit Wochen die größte Thätigkeit, das Canalgeschwader war nach Malta beordert, für den Fall eines Krieges war Sir Napier of Magdala bereits zum Oberbefehlshaber, Sir Garnet Wolseley zum Generalstabschef ernannt. Jetzt wurde die Einberufung der Reserven beschlossen und von dem Parlamente die Ermächtigung verlangt, dieselben außer Landes verwenden zu dürfen. Ueberdies wurde die Berufung indischer Truppen nach dem Mittelmeer in Aussicht genommen, vorerst aber noch geheim gehalten. Beiden Beschlüssen versagte Lord Derby seine Zustimmung und erbat und erhielt am 28. März seine Entlassung. In den Kreisen der Russenfeinde war man mit diesem Rücktritt sehr zufrieden; denn Derbys beschwichtigende Thätigkeit im Schoße des Cabinets hatte seit lange das größte Mißfallen der Heißsporne erweckt und lauter Jubel erscholl darüber, daß Gladstone nunmehr keinen Vertreter mehr in der Regirung habe. Einiger Maßen betroffen war man über die Wahl des Nachfolgers: es war Salisbury, der das indische Amt dem bisherigen Kriegsminister Gathorne Hardy übergab, während ein Bruder Derbys, Lord Stanley, die Verwaltuug des Militärwesens übernahm. Von Salisbury hatte man, nach seinem

Auftreten auf der Stambuler Conferenz zu urtheilen, doch eine ähnlich gemäßigte Haltung wie von Derby zu erwarten, und mit großer Spannung wurde deshalb seiner ersten Aeußerung entgegengesehen.

Sie bestand in einem langen Rundschreiben vom 1. April, das zunächst den Gang der diplomatischen Verhandlungen seit dem Januar recapitulirte und dann den Nachweis führte, daß jede wesentliche Abmachung des Vertrages von San Stefano eine Abweichung von dem pariser Tractat enthalte. In einer Kritik der Bestimmungen, die Bulgarien betrafen, kam der britische Minister zu dem Ergebniß, daß dadurch der russische Einfluß zum Nachtheil nicht allein der Griechen, sondern aller Völker, die im östlichen Mittelmeere Interessen zu wahren hätten, vermehrt werde. Ebenso würde das Schwarze Meer und die Straße von Trapezunt nach Persien ganz in die Gewalt Rußlands gerathen, und der Druck, den man von Petersburg aus mit Hülfe der Schuldforderung Jahre lang auf die Türkei ausüben könne, werde auch die Pforte ganz in Abhängigkeit bringen. Jede dieser Bestimmungen könne vielleicht einzeln erträglich sein, aber in ihrer Gesammtheit seien sie unannehmbar, und deshalb müsse der ganze Vertrag von dem Congresse geprüft werden dürfen, wenn England daran Theil nehmen solle.

Damit war denn also der bisherige Standpunkt unverändert festgehalten; das Rundschreiben enthielt kaum ein Wort, das nicht auch Derby hätte unterzeichnen können, und nur der Umstand, daß es sofort veröffentlicht wurde, verschärfte den Gegensatz vielleicht noch etwas. Bedrohlicher als dieser diplomatische Schritt waren jedoch unfraglich die militärischen Vorkehrungen, die auf beiden Seiten mit großem Eifer betrieben wurden. Rußland schien auf den Kriegsfall durchaus gefaßt zu sein und nur darauf zu denken, wie es ein englisch-östreichisches Bündniß durchkreuzen könne. Zu diesem Behuf sandte der Zar den General Ignatjeff nach Wien, um sich Gewißheit über den Umfang der östreichischen Forderungen zu verschaffen. Vier Tage hindurch, vom 27.—31. März, verweilte der militärische Diplomat in der östreichischen Hauptstadt und nahm von dort das Programm Andrassys zur Berichterstattung mit, ohne bereits die Zustimmung seiner Regirung erklären zu können. Obgleich über die betreffenden Verhandlungen Nichts an die Oeffentlichkeit gedrungen ist, läßt sich doch aus späteren Aeußerungen soviel als gewiß betrachten, daß der östreichische Kanzler die Ausdehnung Bulgariens bestritt, weil sie fremde Nationalitäten bulgarisire und deshalb keine Bürgschaft der Dauer und des Friedens in sich trage, daß er ferner die Anwesenheit der russischen Truppen auf der Balkanhalbinsel verkürzt wissen wollte, und daß er endlich zur Wahrung der östreichischen Interessen an der Adria die Besetzung von Bosnien und der Herzogowina in Aussicht nahm. Eine schroffe Ablehnung erfolgte darauf nicht, aber auch keine einfache Zustimmung, sondern die



Aeußerung des Wunsches, durch weitere Verhandlungen eine Verständigung anzubahnen. Gleichzeitig aber rückten russische Truppenmassen in Rumänien ein, und wenn das zunächst natürlich eine Drohung gegen diesen Kleinstaat war, der seine Opposition gegen die Abtretung Bessarabiens sehr geräuschvoll fortsetzte, so war es doch gleichzeitig gewiß auch eine Vorsichtsmaßregel gegen Oestreich. Daß der Zar nicht von ferne daran denke, auf die rumänischen Proteste Rücksicht zu nehmen, wurde den bukareschter Staatsmännern in gradezu brutaler Weise immer von Neuem bemerklich gemacht. Diese glaubten ihrer Sache zu nützen, indem sie derartige Mittheilungen zur Kunde des Publikums brachten; erreicht wurde damit aber gar Nichts, und als Bratiano in den ersten Apriltagen Wien und Berlin besuchte, mußte er sich überzeugen, daß man beider Orten durchaus nicht die Absicht hatte, auf die bessarabische Frage großes Gewicht zu legen.

Die deutsche Regirung glaubte jedoch, daß jetzt die Zeit gekommen sei, wo es ihr gezieme, die beiden Hauptgegner, die thatsächlich kaum noch Anknüpfungspunkte für weitere Verhandlungen hatten, einander wieder näher zu bringen. Unter ihrem Einflusse erließ Gortschakoff am 7. April in sehr gemäßigtem Tone eine Antwort auf das Rundschreiben Salisburys und sprach darin den Wunsch aus, daß England der negativen Kritik nunmehr positive Vorschläge, wie es die Dinge in der Türkei geordnet zu sehen wünsche, folgen lassen möge. Gleichzeitig wurden durch Vermittlung des berliner Cabinets Verhandlungen angeknüpft, deren Ziel war, die Entfernung der russischen Truppen aus der Nähe von Constantinopel und der englischen Flotte aus dem Marmara-Meere zu vereinbaren. Im Princip erklärten sich beide Mächte dazu bereit; doch stieß man bald auf die Schwierigkeit, nach welchem Maßstabe der beiderseitige Rückzug angetreten werden solle. Der nahe liegende Gedanke, daß die Zeit, welche nöthig sei, um in die verlassenen Positionen wieder einzurücken, dabei zu Grunde gelegt werden müsse, erwies sich praktisch doch auch als unbrauchbar, weil für die Flotte Wind und Wetter dabei eine große Rolle spielten, während andererseits den Russen jede Garantie dafür fehlte, daß nicht etwa beim Scheitern der Verhandlungen die Pforte dem Wiedervormarsch des Feindes thätlichen Widerstand entgegenstelle. Da die Cabinette über diese Schwierigkeiten nicht hinwegkommen konnten, so übertrugen sie die „technischen" Festsetzungen den militärischen Autoritäten an Ort und Stelle, was einem Aufgeben des ganzen Projectes so ziemlich gleich kam. In der That machte dasselbe auch nicht die geringsten Fortschritte; ja als General Todleben am 30. April den Oberbefehl an Stelle des nach Petersburg zurückreisenden Großfürsten Nikolaus übernahm, schob er die russischen Stellungen sogar noch ein paar Kilometer näher an Constantinopel hinan. So erhielten die Friedenshoffnungen, die sich an die

deutsche Vermittlung knüpften, sehr schnell wieder einen harten Stoß, und alle Symptome deuteten auf Krieg. Verschiedene Congreßformeln, die in Vorschlag gekommen sein sollten, waren nach den Zeitungen von England verworfen, die Idee einer Vorconferenz, zu der man die Botschafter in Berlin wollte zusammentreten lassen, tauchte zwar wiederholt, aber stets nur in nebelhaften Umrissen auf. Dagegen lehrten die Geldsammlungen zum Bau einer Kreuzerflottille, die unter dem Schutze des Thronfolgers in Moskau und Petersburg veranstaltet wurden, die überraschende Meldung, daß ein hamburger Dampfer mit russischer Schiffsmannschaft in den Vereinigten Staaten angekommen sei, und andere ähnliche Thatsachen, daß Rußland seine Vorbereitungen zum Kriege eifrig fortsetze, und als Ende April die ersten indischen Regimenter in Malta ankamen, schien der letzte Hoffnungsschimmer zu schwinden.

Obendrein sah es auf der Balkanhalbinsel selbst und in Armenien äußerst bedenklich aus. Trotz alles Drängens konnten die Russen von der Pforte nicht die vertragsmäßig stipulirte Räumung von Schumla, Varna und Batum erreichen. In der Umgebung der letzteren Festung rüsteten sich die kriegerischen Lasen zur gewaltsamen Abwehr der Russen, ob mit, ob ohne Zustimmung des Sultans, war nicht recht zu entscheiden. Viel weiter noch gedieh der populäre Widerstand gegen die Ausführung des Friedens von San Stefano in Europa. Einerseits organisirten sich die Albanesen, um die Abtretung von Podgoritza und anderen Gebieten an Montenegro gewaltsam zu hindern; andererseits wuchs seit Mitte April aus den Trümmern von Suleimans Armee, die sich in dem Rhodope-Gebirge herumtrieben, durch den Anschluß der eingeborenen Pomaken eine sehr erhebliche Kriegsmacht heran, die zum offenen Angriff auf die Russen schritt und diese zur Entfaltung bedeutender Streitkräfte nöthigte. Es kam zu einem thätigen Kleinkriege, der die schauerlichsten und grausamsten Formen annahm; wenn die Pomaken über die Bulgaren herfielen und sie niedermachten, so vergalten diese und die Russen das in nicht minder entsetzlicher Weise, so daß die Anklage nicht unberechtigt schien, sie hätten es auf vollständige Ausrottung der Muhamedaner innerhalb der Grenzen des zukünftigen Bulgariens abgesehen. Die Pforte erklärte sich zwar bereit, gemeinsam mit Rußland zur Beschwichtigung der Gemüther beizutragen; aber ihre Commissare, Wassa und Samih Pascha, erreichten thatsächlich bei den Aufständischen gar Nichts; vielmehr traten diese mit den Albanesen in Verbindung und gewannen an dem englischen Capitän Saintclair, einem geborenen Polen, einen tüchtigen Führer. Auch in Thessalien dauerten die Kämpfe fort. Zwar machten hier die englischen Consuln energische Anstrengungen, eine Waffenruhe zwischen den Insurgenten und der Pforte zu vermitteln, und an einzelnen Orten, wie in Lutron und

am Olympus, konnten sie auch Anfang Mai einige Erfolge verzeichnen; aber dieselben waren doch immer local beschränkt und trugen selbst dann ebenso wenig Gewähr für ihre Dauer in sich, wie die gleichartigen Abmachungen, die der Consul Sandwith vorübergehend in Kreta zu Stande brachte. Alles war in vollster Gährung, und wenn der Krieg zwischen England und Rußland ausbrach, mußte man auf wahrhafte Ausrottungskämpfe in fast allen Provinzen der europäischen Türkei gefaßt sein.

Allein hinter diesem düsteren Vorhange vollzog sich doch eine sehr ernsthafte, friedliche Arbeit, deren einzelne Stadien sich unserer Kenntniß noch entziehen. An die Oeffentlichkeit drang sie erst, als am 7. Mai der russische Botschafter in London, Graf Schuwaloff, nach einer langen Conferenz mit Beaconsfield, die Reise nach Petersburg antrat, am 9. mit Bismarck auf dessen lauenburgischer Besitzung Friedrichsruh conferirte, den nächsten Tag in Berlin eine Audienz beim Kaiser hatte und darauf acht Tage in Petersburg zubrachte. So viel wurde bald bekannt, daß er im Stande sei, dem Zaren die von Gortschakoff gewünschten positiven Vorschläge Englands mitzutheilen. Nur trugen diese nicht den Charakter von Vorschlägen; darauf sich einzulassen, hatte sich das britische Cabinet wohl gehütet. Aber es war doch — wie es scheint auf die Vorstellungen Bismarcks — dem russischen Begehren soweit entgegengekommen, daß Schuwaloff seinerseits mündlich das Minimum der englischen Forderungen entwickeln konnte. Ueber den Umfang desselben wurde das strengste Geheimniß erfolgreich bewahrt; aber daß darin die Möglichkeit einer Verständigung von beiden Seiten erkannt werde, das zu constatiren, wurde die officiöse Presse sofort in Stand gesetzt. Als Schuwaloff am 20. Mai wieder in Berlin, am 22. in London eintraf, hieß es von allen Seiten, daß er ermächtigt sei, den englischen Standpunkt zu acceptiren und daß von den Entscheidungen des englischen Cabinets, das am 21. Mai zu einer Berathung zusammentrat, Krieg oder Frieden abhänge.

Und diese Entscheidung fiel zu Gunsten des Friedens aus. Das Cabinet nahm die russischen Formulirungen im Wesentlichen an und erklärte sich zur Beschickung des Congresses bereit. Noch einige Tage waren erforderlich, um den Wortlaut der Verständigung in der Form eines Memorandums, das am 30. Mai die Unterschriften Salisburys und Schuwaloffs erhielt, festzustellen. Es bestand aus zwei Theilen. Der erste zählte elf Punkte auf, die für beide Mächte auf dem Congresse bindend sein sollten, sofern sie nicht nachträglich doch noch gemeinsam eine Abänderung vorzögen. Die wichtigsten Festsetzungen bezogen sich auf Bulgarien, das nur bis zum Balkan autonom werden, in seiner südlichen Hälfte aber eine Regirung, ähnlich wie die der englischen Colonien erhalten sollte. Auch wurde diese südliche Hälfte so=

wohl nach dem ägäischen Meere wie nach Westen hin erheblich verkleinert, und der Pforte das Recht vorbehalten, unter Umständen ihre Truppen einrücken zu lassen. Ferner wurde Englands und eventuell auch der anderen Mächte Mitwirkung bei der Reorganisation der griechischen Provinzen und Armeniens zugelassen; sodann die Versicherung ertheilt, daß die Kriegsentschädigung der Türkei nicht in Gebietsabtretung umgewandelt, ja daß die russische Grenze in Zukunft überhaupt nicht weiter gegen die asiatische Türkei vorgeschoben werden solle, wobei englischerseits die Bemerkung eingeschaltet wurde, daß die Aufgabe, die Türkei vor den Gefahren der russischen Nachbarschaft zu behüten, fortan besonders Großbritannien zufallen werde, eine Verpflichtung, deren Absicht und Tragweite erst recht ersichtlich wurde, als der Schleier fiel, der über den gleichzeitig in Constantinopel gepflogenen Verhandlungen ruhte. Von den im Frieden von San Stefano schon ausbedungenen Abtretungen in Asien ließ Rußland Bajaset und das Thal des Alaschgerd wieder fahren, so daß die Handelsstraße nach Persien der Türkei verblieb; dafür sollte diese jedoch zu Gunsten des Schahs auf die bestrittene Provinz Khotur verzichten. Den Erwerb von Bessarabien durch Rußland gab das britische Cabinet zu, ohne mehr als ein lebhaftes Bedauern darüber auszusprechen. In dem zweiten Actenstücke machte Salisbury dann noch sechs Punkte namhaft, über die England eine Discussion auf dem Congresse sich vorbehalte, wodurch also mittelbar zugestanden wurde, daß es seinerseits die übrigen Abmachungen des Vertrages von San Stefano nicht beanstanden werde.

Ob Oestreich zu einer ähnlichen Verständigung mit Rußland gelangt ist, muß dahin gestellt bleiben. In gleich bindender Form gewiß nicht; aber daß man materiell über die Besetzung von Bosnien und der Herzogewina einig war, ist kaum zu bezweifeln. Als in den letzten Tagen des Mai Andrassy sich aus Anlaß des 60 = Millionen = Credits wieder mehrfach über seine Politik zu äußern hatte, erklärte er u. A., daß derselbe besonders dann angegriffen werden müsse, wenn der Congreß zu einem gedeihlichen Ergebniß führe; denn dann würden alle Verhältnisse an den Grenzen sich ändern und könnten Verwicklungen entstehen, die auch nach der Einigung über die europäischen Interessen die speciell östreichischen in Frage zu stellen geeignet seien — dunkle Worte, die doch durch die beabsichtigten Truppenaufstellungen in Dalmatien einigermaßen erhellt und durch die späteren Ereignisse vollends verständlich wurden. Bezüglich Bulgariens waren Oestreichs Wünsche schon durch das englische Memorandum gewährleistet und die Anstände zweiten Ranges, die sich vom wiener Standpunkte aus gegen den Frieden von San Stefano erheben ließen, konnten unbedenklich der Discussion im Schoße des Congresses vorbehalten bleiben.

Von Deutschland, Italien und Frankreich hatten dem Beginn des

Friedenswerkes zu keiner Zeit Hindernisse gedroht; Frankreich machte nur die eine Bedingung, daß in den Verhältnissen Aegyptens und Syriens durch den Congreß Nichts geändert werden dürfe. Nachdem so der Boden vollständig geebnet war, übergaben die deutschen Botschafter an den großmächtlichen Höfen am 3. Juni die Einladungsschreiben. Als Aufgabe des Congresses wurde darin die Erörterung des Friedens von San Stefano bezeichnet und die Voraussetzung hinzugefügt, daß die betreffende Regirung bereit sei, diese Erörterung für den ganzen Inhalt des Vertrages zuzugeben und ihrerseits an einer solchen Erörterung Theil zu nehmen. Als Tag des Zusammentritts wurde der 13. Juni vorgeschlagen. Von allen Mächten erfolgte sofort die formelle Zustimmung, Seitens des englischen Cabinets unter besonderer Bezugnahme darauf, daß die Einladung überall in demselben Wortlaut übergeben und in dieser Form angenommen sei. Dem Parlamente wurde davon sofort Mittheilung gemacht, und die Anzeige hinzugefügt, daß Beaconsfield und Salisbury persönlich die Vertretung Englands in Berlin übernehmen würden.

Im tiefsten Geheimniß aber traf das britische Cabinet gleichzeitig noch eine andere Maßregel, die bestimmt war, dem russischen Einfluß in Constantinopel ein dauerndes Gegengewicht zu bieten. Am 4. Juni unterzeichnete Layard einen Vertrag, der den Engländern das Recht gab, die Insel Cypern militärisch zu besetzen und in Verwaltung zu nehmen, wogegen sie sich verpflichteten, in Zukunft für die Integrität der asiatischen Türkei mit den Waffen in der Hand einzustehen, während der Sultan versprach, daselbst die Reformen einzuführen, über die er sich mit England verständigen werde: in Kraft treten solle der Vertrag, wenn Rußland auf dem Erwerb von Kars, Batum und Ardagan bestehe, erlöschen, wenn es diese Gebiete der Türkei zurückgebe. Von der europäischen Türkei war in dem Abkommen überhaupt nicht die Rede; es schien, als ob England die Fürsorge dafür der östreichischen Monarchie, als der nächst betheiligten, überlassen wolle, und sich mit der Hoffnung trage, daß Andrassy die Occupation von Bosnien um diesen Preis zu erkaufen bereit sein werde.

13. Der Berliner Congreß.

Mit großer Spannung, aber doch auch mit großer Zuversicht sah Europa dem Zusammentritt des Congresses entgegen. Daß die Erwartungen, die man auf seine Verhandlungen baute, weit auseinander gingen, war ja nach der Lage der Dinge ganz selbstverständlich; aber eine sehr breite Strömung in der öffentlichen Meinung ging doch, nach den Aeußerungen der Presse zu urtheilen, von vorn herein dahin,

daß es thöricht sei, auf eine Lösung zu hoffen, durch welche die orientalische Frage nun ein für allemal beseitigt werde. Man verhehlte sich nicht, daß diese Frage ja dazu durchaus nicht reif sei, daß man zufrieden sein dürfe, wenn der Satz, daß der Orient dereinst sich selbst gehören müsse, theoretisch anerkannt, und wenn praktisch nach Kräften dafür Sorge getragen wurde, daß dieser künftigen Lösung nicht durch ein allzugroßes Uebergewicht Rußlands unübersteigliche Hindernisse bereitet würden. Für den Augenblick war das brennendste Interesse unzweifelhaft das, einen Krieg zwischen England und Rußland zu verhüten. Daß ein solcher Krieg, wenn er zu Gunsten des Zarenreiches endete, die freie Entwicklung der Balkanvölker, ja die Zukunft Europas in bedenklicher Weise gefährden müsse, wenn aber England den Sieg davontrug, keine größere Gewähr, als der Krimkrieg sie geboten, für die dauernde Zurückdrängung der russischen Gelüste leisten könne, war eigentlich zu handgreiflich, als daß es von irgend einer Seite bestritten wäre; es wurde von den Partisanen des Krieges höchstens ignorirt. Besten Falls ließ sich von einem Siege Englands erhoffen, daß er den aufstrebenden Nationalitäten eine längere Frist zum Erstarken und damit größere Aussichten für einen erfolgreichen Widerstand gegen die Russificirung gewähren werde; aber dasselbe durfte man — und ohne dabei die gefährliche Eventualität eines russischen Sieges zu riskiren — auch von einem Zustande erhoffen, der den östreichischen und englischen Einfluß neben dem russischen gebührend zur Geltung kommen ließ. Nicht dem aufmerksamen Beobachter allein, sondern selbst dem allerflüchtigsten mußte doch einleuchten, daß der Zug der Entwicklung sehr beachtenswerthe Symptome aufwies, die für Rußland keineswegs glückverheißend waren. Das Selbstbewußtsein der Rumänen und der Hellenen zeigte bereits eine Stärke, die der Panslawismus in seinen ehrgeizigen Träumen noch vor einem Decennium für unmöglich gehalten haben würde. Und wenn bei beiden Völkern auch die Stammesverschiedenheit diesen Umschwung erheblich erleichtert hatte, so durfte man doch daraus wohl den Schluß ziehen, daß — vielleicht minder rasch und minder tiefgreifend — aber doch stark genug, um das Gespenst der russischen Hegemonie bis an die Adria und den Archipelagus zu bannen, ein ähnlicher Proceß auch bei den Serben und Bulgaren sich vollziehen werde.

Für die Türkei um ihrer selbst willen trat auf dem berliner Congreß auch nicht eine einzige Macht mehr auf; man sagt kaum zuviel, wenn man behauptet, daß alle Staatsmänner, auch die englischen, von der Ueberzeugung geleitet wurden, es sei nur noch eine letzte Frist, die man dem Pfortenregiment in Europa gestatte und gestatten müsse, weil man nicht anders könne; deshalb war Salisbury der erste, der die Occupation Bosniens durch Oestreich empfahl; deshalb hütete man sich in London wohl, das Schutz- und Trutzbündniß mit der Türkei auf

ihre europäischen Provinzen auszudehnen. Trotz mancher Milderungen des Vertrages von San Stefano, die der Pforte zu Gute kamen, war deshalb das Ergebniß des berliner Congresses im Grunde nur eine Verschlimmerung ihrer Lage: wenn sie einige Landstriche zurückgewann, die eigentlich schon für des Sultans Scepter verloren waren, so wurden dafür Anwartschaften auf viel größere und wichtigere Gebiete von Europa ausgetheilt; wenn sie von dem russischen Drucke, der auf ihr lastete, zum Theil befreit wurde, so tauschte sie dafür eine Controlle der sämmtlichen Großmächte ein, die von einer Curatel nicht sehr verschieden war. Eine hülflosere und bedauerlichere Rolle als die Vertreter des Sultans in Berlin haben wohl nie die Bevollmächtigten irgend einer Macht auf einem europäischen Congresse gespielt.

Die erlauchte Versammlung begann ihre Thätigkeit am 13. Juni. Anwesend waren die Kanzler und Premiers Bismarck, Gortschakoff, Andrassy und Beaconsfield; die Minister des Auswärtigen Bülow, Salisbury, Waddington und Corti; die Botschafter in Berlin Karolyi, Saint Vallier, Launay, Odo Russell, Oubril und Saadullah; der deutsche Botschafter in Paris, Hohenlohe, der russische in London, Schuwaloff, der östreichische in Rom, Haymerle; endlich für Frankreich noch der Director im auswärtigen Amte Desprez und für die Türkei — doch erst von der zweiten Sitzung an — der Muschir Mehemed Ali und der Bautenminister Karatheodory. Die erste Versammlung eröffnete Andrassy mit dem allseitig gebilligten Vorschlage, Bismarck den Vorsitz zu übertragen, und mit lebhaften Wünschen für die baldige Genesung des deutschen Kaisers, den das zweite frevelhafte Attentat kaum vierzehn Tage vorher auf das Krankenlager geworfen hatte. Auf Bismarcks Vorschlag wurde sodann das Secretariat des Congresses aus Herrn von Radowitz, dem französischen Gesandtschaftssecretär Mouy, den Herren Busch, von Holstein und Herbert von Bismarck zusammengesetzt, die Leitung des Archivs Lothar Bucher übertragen. Als erster Gegenstand der Verhandlungen wurde die bulgarische Frage erkoren, Beaconsfields Wunsch, die Entfernung der russischen Truppen aus der Nähe von Constantinopel in Erwägung zu ziehen, auf Bismarcks Rath der Vereinbarung zwischen Rußland und England überlassen, endlich Salisburys Ankündigung, daß er die Zulassung Griechenlands zur Sprache bringen werde, entgegengenommen und nach Erledigung einiger Geschäftsordnungsfragen die Berathung geschlossen. In der zweiten Sitzung begründete Salisbury ausführlich die Zulassung Griechenlands, die Desprez dahin begrenzte, daß ein hellenischer Vertreter dann zugelassen werden solle, wenn man über das Schicksal der an Griechenland stoßenden Provinzen verhandle oder es sonst aus irgendwelchen Gründen wünschenswerth finde. Die Debatte und Abstimmung über diese Anträge fand aber erst in der dritten Sitzung am 19. Juni statt

und fiel zu Gunsten der französischen Fassung aus. Auch über die bulgarische Frage kam man in der zweiten Sitzung zu keinerlei Verständigung, obgleich die schließliche Entscheidung ja durch das englisch-russische Memorandum schon getroffen war. Aber Rußland wollte es sich nicht nehmen lassen, erst noch einmal für seine Forderungen einzutreten. Als daher Salisbury beantragte, daß sich der neue Vasallenstaat nur bis zum Balkan erstrecken solle, nahm Schuwaloff für denselben wenigstens die Grenzen der Conferenz von Constantinopel in Anspruch, während Andrassy sich sofort im Sinne des englischen Vorschlages erklärte. Da nun über diesen doch nur noch demonstrativen Gegensatz offenbar in privaten Verhandlungen leichter hinwegzukommen war als im Schoße des Congresses, so wurden auf Bismarcks Vorschlag die drei betheiligten Mächte ersucht, sich unter einander zu verständigen. Nach einigem Sträuben fügte sich Rußland in diesen Separatverhandlungen in die nöthigen Zugeständnisse: Bulgariens Südgrenze wurde der Balkan; nur bei Sofia ging sie darüber hinaus; Südbulgarien erhielt den Namen Ostrumelien, wurde vom ägäischen Meere gänzlich abgeschnitten und auch an der Westgrenze erheblich verkleinert, die genauere Feststellung der Grenzen sollte eine europäische Commission an Ort und Stelle vornehmen; die Provinz verblieb unter der unmittelbaren Autorität des Sultans, der die Grenzen, besonders also die Balkanpässe, militärisch besetzen und auf Verlangen des Generalguvernörs seine Truppen auch in das Innere einrücken lassen durfte. In diesen beiden letzten Punkten war das Einverständniß zwischen Rußland und England freilich noch kein vollkommenes. Schuwaloff forderte, daß eine europäische Commission die türkischen Garnisonsorte bestimmen, und daß der Congreß selbst die Fälle, in denen der Generalguvernör die türkischen Truppen rufen dürfe, festsetzen solle. Einstweilen bestand er indessen auf diesen Forderungen nicht, sondern willigte ein, daß Waddington beauftragt werde, durch eine neue Redaction des Compromißvorschlages denselben möglichst gerecht zu werden. In diesem Sinne wurde in der vierten Sitzung am 22. Juni Beschluß gefaßt und dann am 24. in der Berathung der anderen, Bulgarien betreffenden Artikel fortgefahren. Auch in dieser Sitzung wurde eine Reihe von Fragen nur erst angeregt, nicht erledigt: so von Seiten Frankreichs die Freiheit der Culte, von Italien die handelspolitische Stellung Bulgariens und Ostrumeliens, von England die Frage, was geschehen solle, wenn der von den Bulgaren gewählte Fürst nicht die vorausgesetzte Zustimmung aller Großmächte finde. Dagegen kam man nach langem Feilschen um einige Monate zu einem Beschlusse über die Dauer der russischen Occupation, die von zwei Jahren auf neun Monate (für Rumänien auf ein Jahr) verkürzt wurde. Auch die Punkte, die man vorerst ausgesetzt hatte, wurden zum großen Theil schon am

nächsten Tage geordnet. Rußland begnügte sich damit, daß die Pforte die Motive, aus denen der Generalguvernör gegebenen Falls ihre Truppen ins Land gerufen habe, den großmächtlichen Vertretern in Constantinopel anzugeben verpflichtet wurde, und es ließ sich als Ersatz für die Fixirung bestimmter Garnisonsorte die Vereinbarung gefallen, daß die türkischen Truppen bei ihrem Marsch an die Grenzen nirgends im Innern sich aufhalten und überhaupt nie bei den Einwohnern einquartirt werden dürften. Aber inzwischen war eine neue harte Zumuthung aufgetaucht. Andrassy forderte, daß statt der russischen eine europäische Commission die Organisirung Bulgariens überwachen solle; ja Salisbury erweiterte diesen Antrag dahin, daß die besagte Commission auch die Verwaltung des Fürstenthums an Stelle des russischen Militärguvernörs übernehmen solle. Hier kam nun zwar Bismarck den Russen zu Hülfe, und meinte etwas verdrießlich, diese Details seien nicht von allgemein europäischem Interesse; sie verzögerten den Gang der Congreßarbeiten und würden es ihm, bei seiner schlechten Gesundheit, unmöglich machen, das Präsidium bis zu Ende zu führen; aber der Erfolg dieser Bemerkungen war doch nur, daß die betreffenden Punkte dem Grafen Corti überwiesen wurden, um über dieselben eine Verständigung anzubahnen, und da sich dies Verfahren als zweckdienlich erwies, so wurde es auf Bismarcks Vorschlag in der siebenten Sitzung in erweiterter Form als regelmäßige Einrichtung angenommen: man setzte eine Redactionscommission nieder, die unter dem Vorsitze Hohenlohes aus Haymerle, Desprez, Russell, Launay, Oubril und Karatheodory bestand, und die fortan eine sehr rege und sehr ersprießliche Thätigkeit entwickelte.

Fürst Gortschakoff hatte während der zwei Sitzungen, in denen Schuwaloff die bedeutendsten Zugeständnisse machte, angeblich aus Gesundheitsrücksichten gefehlt. Als er am 26. Juni wieder erschien, gab er sehr deutlich zu verstehen, daß damit die äußerste Grenze der Nachgiebigkeit erreicht worden sei, daß man somit in den andern Fragen bei Rußland nicht auf dieselbe Bereitwilligkeit zu Concessionen stoßen werde wie in der bulgarischen. Diese wurde noch in derselben Sitzung erledigt. Der russische Militärguvernör behielt, bis die Wahl des künftigen Fürsten vollzogen sei, die Verwaltung Bulgariens; doch wurde ihm ein türkischer Commissär und je ein Consul der Großmächte zur Controle an die Seite gestellt, und für den Fall von Conflicten die Entscheidung den großmächtlichen Vertretern in Constantinopel überlassen; die Organisirung und einstweilige Verwaltung von Ostrumelien sollte dagegen gleich nach dem Friedensschluß in die Hände einer europäischen Commission gelegt werden.

In der Sitzung vom 28. Juni trat man sodann in die Berathung der Fragen ein, die auf Bosnien und die Herzegowina, auf

Montenegro, Serbien und Rumänien Bezug hatten. Andrassy eröffnete die Discussion mit der Verlesung eines Memoires, das nachwies, wie Bosnien für den Genuß der Autonomie, die ihm der Friede von St. Stefano zuerkannte, nicht reif sei, und wie die Pforte schlechterdings nicht vermöge, die religiösen und socialen Gegensätze in der Bevölkerung auszugleichen. Diesen negativen Ausführungen fügte dann Salisbury den positiven Vorschlag hinzu, die Pforte solle in ihrem eigenen Interesse Bosnien und die Herzegowina Oestreich zur Besetzung und Verwaltung überlassen. Von Bismarck lebhaft unterstützt, wurde dieser Antrag von Karatheodory unbedingt verworfen; da jedoch auch Frankreich, Rußland und wenngleich etwas zögernd auch Italien für ihn stimmte, erklärte Bismarck den Türken in sehr entschiedener Sprache, daß die Beschlüsse des Congresses ein Ganzes bildeten; daß die Pforte nicht vergessen möge, wie sie durch die bisherigen Abmachungen das viel werthvollere Ostrumelien zurückbekommen habe, und daß der Congreß deshalb erwarten dürfe, daß die ottomanischen Bevollmächtigten bald andere Instructionen über diesen Punkt erhalten würden. Man ließ ihnen zu diesem Zwecke das Protokoll offen und behielt auch über einen Nebenpunkt, den Rußland einstweilen anfocht, in der 10. Sitzung aber doch zuließ, die Entscheidung vor: über die von Andrassy geforderte Ausdehnung der Occupation auf das Sandschak von Novi Bazar, dessen Verwaltung übrigens den Türken überlassen bleiben sollte. Die Zustimmung der Pforte zu der östreichischen Occupation erfolgte erst am 4. Juli, und auch dann mit der Clausel, daß sie sich darüber zuvor direct mit dem wiener Cabinet verständigen werde — ein Vorbehalt, den der Congreß passiren ließ, ohne ihm eine, die Ausführung seiner Beschlüsse auch nur verzögernde Wirkung beizumessen. Weiter wurde die serbische Frage noch in derselben Sitzung ziemlich glatt erledigt, die Unabhängigkeit des Fürstenthums anerkannt, daneben aber trotz anfänglichem Widerspruche Gortschakoffs die Freiheit der Culte, besonders für die Juden, gefordert und die Verpflichtungen Serbiens in Bezug auf Handelsverträge und Eisenbahnen festgestellt. Die Bestimmung der Grenzlinie und die Entscheidung darüber, ob Serbien einen Theil der türkischen Schuld übernehmen müsse, wurde Specialcommissionen überwiesen, ein Verfahren, dem man auch weiterhin treu blieb, sobald analoge Fragen in Bezug auf andere Gebiete an die Reihe kamen.

Da man sich nun der Prüfung der griechischen und rumänischen Angelegenheiten zuwandte, wurden die Vertreter der beiden Staaten vorgelassen, um ihre Wünsche vorzutragen. Die Griechen, Delijannis und Rhangabé, erschienen am 29. Juni, die Rumänen, Bratiano und Cogalnitscheano, am 1. Juli. Jene forderten die Annexion von Kreta, Thessalien und Epirus, diese, deren Zulassung die Russen und auch Bismarck anfangs bekämpft hatten, außer der Unabhängigkeit ihres

Landes und einer Kriegsentschädigung noch die Donaumündung mit der Schlangen-Insel, vor Allem aber Schutz gegen die Ansprüche Rußlands auf Bessarabien und auf das Recht, seine Armee rückwärts durch Rumänien zu führen, da ihm doch der Seeweg offen stehe. Rußland aber hatte schon in der vorhergehenden Sitzung auf das bestimmteste erklärt, daß es auf Bessarabien nicht verzichten werde, und keine der großen Mächte dachte ernstlich daran, es deshalb zu einem Bruch kommen zu lassen. So beschloß man denn, daß Rumänien seine Unabhängigkeit nur erhalten solle, wenn es in den Tausch Bessarabiens gegen die Dobrudscha willige; und nur das setzten Frankreich und Italien noch durch, daß zur Dobrudscha der Landstrich von Rassowa an der Donau bis Mangalia am schwarzen Meer geschlagen wurde; Silistria, das sie gleichfalls für Rumänien forderten, wurde von Rußland hartnäckig für die Bulgarei festgehalten. Andere Bedingungen der Unabhängigkeit waren wie bei Serbien die Cultusfreiheit und politische Gleichberechtigung der Juden. Der Besitz der Schlangen-Insel war mit dem Erwerbe der Dobrudscha von selbst gegeben. Das Durchzugsrecht der Russen anzutasten, konnte den Großmächten natürlich nicht in den Sinn kommen; dadurch, daß sie es auf ein Jahr beschränkt hatten, war Alles, was sie für Rumänien thun konnten, bereits gethan.

Ohne große Schwierigkeiten ward dann noch in derselben Sitzung vom 1. Juli die Unabhängigkeit und Vergrößerung Montenegros anerkannt und die Fixirung der Grenzlinie der betreffenden Commission überwiesen. Am Tage darauf, in der 11. Sitzung, verhandelte der Congreß über die Donauschifffahrt und die Festungen an diesem Strome. Die Forderungen Oestreichs, daß die letzteren geschleift und der ganze Unterlauf der Donau mit Einschluß der Ufer und Inseln neutralisirt werden, daß die europäische Commission unter Zuziehung eines rumänischen Vertreters fortbestehen und daß die Sprengung des eisernen Thores ihm selbst übertragen werden solle, stießen auf den Widerspruch Rußlands und wurden zunächst der Redactionscommission überwiesen, damit diese aus dem langen Antrage Haymerles die principiellen Punkte, die allein den Congreß beschäftigen dürften, ausscheide. Dann erörterte man die von Rußland ausbedungene Kriegsentschädigung von 300 Millionen Rubel. Trotz der Klagen Karatheodorys, daß die Türkei ganz außer Stande sei eine solche Summe zu bezahlen, ließ sich der Congreß nicht darauf ein, diese Bedingung zu streichen, sondern bezeichnete sie als außerhalb seiner Aufgabe liegend. Dagegen wurde Act genommen von den Erklärungen Rußlands, daß es diese Geldentschädigung nicht in eine Gebietsabtretung verwandeln und ihr keinen Vorrang vor den älteren, hypothekarisch begründeten finanziellen Verpflichtungen der Pforte vindiciren wolle.

In der 12. Sitzung legte die Grenzregulirungscommission ihre Arbeit betreffs Montenegros vor. Dadurch wurde Antivari dem Fürstenthum überwiesen, das Gebiet von Spizza aber (etwa eine halbe Quadratmeile mit 1500—2000 Einwohnern) Oestreich zuerkannt; die Anstrengungen Mehemed Alis, Antivari und Podgoritza für die Pforte zu retten, blieben erfolglos. Weiter regelte man darauf die Donaufrage. Noch einmal stießen Oestreich und Rußland aneinander; aber indem man die Sitzung für eine halbe Stunde suspendirte, erreichte man schließlich doch eine Verständigung auf Grund der öſtreichischen Forderungen. Endlich wurde an diesem Tage auf Salisburys Antrag die politische Gleichberechtigung aller Confessionen im türkischen Reiche beschlossen; den Gesandten und Consuln wurde das Schutzrecht über Geistliche, Mönche, Pilger und fromme Stiftungen ihrer Nationalität zuerkannt, den Russen überdies noch die Obhut über die Athos-Klöster, den Franzosen der bisherige Einfluß in den heiligen Stätten von Palästina gewährleistet.

Am 5. Juli kehrte man sodann zu der einstweilen ausgesetzten griechischen Frage zurück. Der Insel Kreta und den hellenischen Provinzen wurden Reformen zugesichert, die von einer Commission, in der die Eingeborenen genügend vertreten seien, entworfen und von der europäischen Commission für Ostrumelien genehmigt werden sollten. Darüber wurde ein Einverständniß ohne Mühe erreicht. Allein Frankreich und Italien nahmen sich sehr energisch auch der Forderung Griechenlands nach Gebietserweiterung an, und wenn sie derselben auch ziemlich enge Grenzen steckten (den Lauf des Salamvrias in Thessalien, den des Kalamas in Epirus), so erklärten sich die Türken doch außer Stande, darauf einzugehen. Da sich dies vorhersehen ließ, so war dem Antrage die Form gegeben, daß der Congreß die Pforte einlud, sich über jene Grenzberichtigung mit Griechenland zu verständigen, und daß er erst für den Fall, daß dies nicht gelinge, die Vermittelung der Großmächte in Aussicht stellte. Diesem Vorschlage stimmten alle außer der Türkei, deren Einwilligung ja bei dieser Form entbehrt werden konnte, England freilich mit etwas sauersüßer Miene, bei, und die Frage war damit erledigt. Ein nachträglicher Versuch der ottomanischen Bevollmächtigten, die in Aussicht gestellte „Vermittelung" der Großmächte zu einem bloßen Anerbieten ihrer „guten Dienste" zu machen, wurde von dem Congreß kurz und scharf abgewiesen.

Ernsthafte Schwierigkeiten tauchten erst wieder auf, als man am 6. Juli zu den Gebietsabtretungen in Klein-Asien kam. Der Verzicht Rußlands auf Bajaset und das Thal des Alaschgerd stand ja bereits fest; aber damit nicht zufrieden, erneuerte England, wenn auch in ziemlich schüchterner Form, den Wunsch, daß auch Kars, Ardagan und Batum der Pforte verbleiben möchten. Das treibende Motiv dabei

war ohne Zweifel das, den geheimen Vertrag mit der Pforte zu rechtfertigen; beharre Rußland auf den Annexionen, so deutete Salisbury an, dann müsse England sich das Recht wahren, seine Interessen in geeigneter Weise sicher zu stellen. Nun kam ihm Gortschakoff wirklich noch einen Schritt weiter entgegen und erklärte, daß der Zar Batum, um die Handelsinteressen der Neutralen, besonders Englands, zu schonen, in einen Freihafen umzuwandeln bereit sei. Aber so begierig die britischen Bevollmächtigten dieses Zugeständniß auch ergriffen, so forderten sie doch mehr: gestützt auf den heftigen Widerstand der Lasen gegen ihre Einverleibung in Rußland, wollten sie diesen Stamm für die Türkei noch retten, und erreichten wenigstens, daß die Frage zu weiterer Verhandlung gestellt wurde. Aber gewonnen hatten sie damit nichts; denn in diesen Grenzfragen war Rußland unerschütterlich. Die Verhandlungen, die zwischen den beiderseitigen Bevollmächtigten außerhalb des Congresses geführt wurden, nahmen einen sehr lebhaften Charakter an, und man sprach davon, daß an diesem Punkte die ganze Verständigung noch scheitern könne. Allein wenn man die Protokolle des Congresses liest und sich des Abkommens vom 30. Mai erinnert, so kann man nicht darüber in Zweifel sein, daß es sich auf Beaconsfields Seite nur um ein diplomatisches Strategem handelte, daß es ihm nur darauf ankam, der Convention mit der Türkei ein besseres Relief zu geben. So ließ er denn endlich seinen Widerspruch auch fallen und begnügte sich mit dem Triumphe, den ihm die überraschende Bekanntgabe des cypriotischen Vertrages, die am 9. Juli erfolgte, sowohl in England wie im übrigen Europa bereitete. Ein beinah komisches Nachspiel fand die asiatische Grenzfrage noch, als am 8. Juli der persische Gesandte Malcom Khan vorgelassen wurde, um sich über die Abtretung von Khotur an Persien zu äußern. Er erklärte, daß er nichts darüber zu sagen habe, als daß der Schah den District gern annehmen werde, und in diesem Sinne wurde denn auch der Beschluß des Congresses gefaßt.

Mit großer Schnelligkeit wurde die Meerengenfrage erledigt; wäre Batum ein Kriegshafen geworden, erklärten die Engländer, dann würden sie für sich das Recht, mit ihrer Flotte ins schwarze Meer einzulaufen, gefordert haben; jetzt seien sie — und das waren Alle — damit einverstanden, daß Alles beim Alten bleibe. Ueber den Wortlaut dieses Beschlusses wurde freilich trotzdem noch Tage lang verhandelt. Im Groben aber war nunmehr das Werk des Congresses erledigt. Was noch zu genehmigen blieb, bezog sich auf untergeordnete Punkte und auf die definitiven Grenzbestimmungen, die von der dazu eingesetzten Commission ausgearbeitet waren. In der 15. Sitzung begann man damit, diese Vorlagen zu ratificiren. Hier und da gab es noch eine Discussion und eine Abstimmung über die in Vorschlag ge-

brachte Linie, aber das waren natürlich keine Fragen, über die noch ein ernstlicher Hader hätte entstehen können. Auch mit der Forderung, die Rußland zu guter Letzt noch vorbrachte, daß die Mächte sich in einem besonderen Artikel für die Durchführung ihrer Beschlüsse verpflichten sollten, stand es nicht anders. Entweder war eine solche Verpflichtung selbstverständlich; dann brauchte man sie nicht feierlich auszusprechen. Oder sie sollte Rußland eine Handhabe zu künftigen Einmischungen bieten; dann durfte man nicht darauf eingehen. Fürst Bismarck hob in sehr verständlicher Weise hervor, daß er für Deutschland keinerlei bindende Beschlüsse annehmen könne; denn der Congreß vermöge doch immer nur ein menschliches, und somit den Schwankungen der Ereignisse unterworfenes Werk herzustellen; eine absolute Verpflichtung auf die getroffenen Bestimmungen sei deshalb unzulässig. Und obwohl darüber noch viele Worte gewechselt und Vorschläge und Gegenvorschläge gemacht wurden, so war das Ende doch schließlich die Ablehnung aller Anträge, und die Protokollnotiz, daß man von dem Versprechen der Türkei, ihren Verpflichtungen getreu nachzukommen, Act nehme. Ganz außerhalb der directen Aufgaben des Congresses lag ein Beschluß vom 11. Juli, nach dem die blutigen Ereignisse im Rhodope-Gebirge von einer europäischen Commission an Ort und Stelle untersucht werden sollten; in der Vertragsurkunde war davon nicht die Rede. Zur Unterzeichnung der letzteren schritt man in der 20. Sitzung. Graf Andrassy sprach zuvor in den wärmsten Ausdrücken dem Fürsten Bismarck den Dank des Congresses für die Weisheit und die unermüdliche Energie aus, durch die er so viel zur glücklichen Erreichung des Zieles beigetragen habe. Der Reichskanzler antwortete darauf mit dem Ausdruck der Ueberzeugung, daß der Congreß sich um Europa wohl verdient gemacht habe. „Wenn wir nicht jedes Verlangen der öffentlichen Meinung befriedigen konnten," sagte er, „so wird die Geschichte doch unsere Absichten gerecht beurtheilen: wir haben die Gewißheit, Europa — so weit das möglich ist — den schwer bedrohten Frieden gesichert zu haben, und dieses Ergebniß kann keine abgünstige Parteikritik schmälern. Ich habe die feste Ueberzeugung, daß mit Gottes Hülfe das gute Einverständniß Europas von Dauer sein, und daß die herzlichen persönlichen Beziehungen, die sich zwischen uns gebildet, auch die Freundschaftsbande zwischen unseren Regirungen befestigen werden."

Damit wurde um 5 Uhr am 13. Juli der berliner Congreß nach grade einmonatlicher Dauer geschlossen. Die wenigen Monate, die seitdem verflossen sind, haben schon zur Genüge gezeigt, wie ernste Schwierigkeiten auch nach der glücklich erfolgten Verständigung der Großmächte übrig geblieben sind, und es ist in der europäischen Presse fast zum guten Tone geworden, nur mit spöttischen Seitenhieben von der berliner Versammlung zu sprechen. Ohne allen Zweifel mit vollem

Unrecht, ja selbst ohne jeden Schein der Berechtigung, wenn man nicht vorher dem Congresse Ziele und Absichten unterschiebt, die er niemals hatte und haben konnte. Denn auch ohne daß Fürst Bismarck es in seiner Schlußrede hervorhob, verstand es sich von selbst, daß die vereinigte Diplomatie Europas nur ein vergängliches Werk zu schaffen vermochte. Unmöglich konnte sie die widerstreitenden Interessen der größten Staaten durch Worte und Paragraphen in Harmonie bringen wollen: ihre Aufgabe war keine andere, als den drohenden Conflict dadurch beizulegen, daß sie gegenseitige Concessionen der einzelnen Staaten an die Interessen der anderen bis zu dem Punkte vermittelte, wo die Zukunft und gedeihliche Entwicklung des concedirenden Staates selbst, nach der Ansicht der ihn leitenden Diplomaten, in Frage gestellt wurde, und daß sie andererseits die übrigen Staaten geneigt machte, sich mit diesem äußersten, überhaupt erreichbaren Maße von Concessionen zu begnügen. Daß eine solche Vereinbarung keine dauernde Lösung zu Wege bringen konnte, daß sie im Gegentheil fast in jedem Punkte nicht blos das Zeugniß eines überwundenen, sondern auch den Keim eines werdenden Conflictes in sich trägt, ist selbstverständlich. Wer etwas Anderes wollte, der mußte den Krieg fordern; denn nur durch den Krieg wäre es überhaupt möglich — aber darum noch keineswegs wahrscheinlich — geworden, daß der eine oder der andere Staat hinreichend geschwächt worden wäre, um seine bisherigen Bestrebungen aufgeben zu müssen. Wer aber den Krieg nur als die ultima ratio der Politik betrachtet, die nur dann berechtigt ist, wenn die begütigende Vermittlung jede Aussicht auf Erfolg verloren hat, der wird dem berliner Congreß das Zeugniß nicht versagen können, daß er eine überaus schwierige Aufgabe erfolgreich bewältigt hat, und daß ihm Anerkennung selbst dann gebühren würde, wenn über kurz oder lang die provisorische Lösung, die er erzielte, doch in dem Donner der Schlachten einer Revision unterzogen werden müßte.

Schlußbetrachtung.

Ein kurzer Zeitraum, kaum sechs bis sieben Jahre sind es, die der Leser, der uns bis hierher gefolgt ist, in der anspruchsvollen Ausführlichkeit zweier Bände sich hat ins Gedächtniß zurückrufen lassen. Und doch sind dabei noch große, wenn auch entlegenere Kreise von Ereignissen, die sich in fremden Erdtheilen vollzogen haben, ausgeschlossen geblieben, da es dem Verfasser nicht thunlich erschien, auch ihnen schon nach so kurzer Zeit eine zusammenfassende Darstellung zu widmen. Selbst die Vorgänge in den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika, vollends aber die in den übrigen transatlantischen Republiken oder in den Ländern Ostasiens, erfordern eine größere Spanne Zeit um Stoff zu einer solchen Schilderung zu bieten, will man nicht entweder in eine doch kaum zu rechtfertigende detaillirte Erzählung sich einlassen oder andrerseits in eine kaum minder erfreuliche kurze Aneinanderreihung der Thatsachen verfallen. Was jenseits der Meere mit directem Bezug auf Europa sich zugetragen hat, ist ja an seinem Orte erzählt worden, und wer über den Alabama-Streit, oder die Virginius-Affäre, über die Kriege mit den Ashantis oder in Atchin, über die Wirren in Centralasien oder die Vorgänge in Aegypten Aufklärung wünscht, wird sie schon in diesen Bänden finden, weil Europa unmittelbar davon betroffen wurde; was aber die innere Entwicklung, die Parteikämpfe und die Culturfortschritte der civilisirten Staaten außerhalb Europas an Ereignissen aufzuweisen haben, das mag eine spätere Fortsetzung dieses Werkes mit mehr Nutzen in einem größeren Rahmen zusammenfassen.

Wenn trotz dieser Beschränkung die Fülle des Stoffes eine übergroße zu nennen ist, so fühlt man um so mehr das Bedürfniß gewisse Fäden aufzusuchen und zu verfolgen, die wenigstens einen Theil der Erscheinungen, die in den einzelnen Staaten zu Tage treten, in Beziehung zu einander setzen. Es handelt sich dabei gewisser Maßen darum, die Elemente herauszuheben, welche die politische und sociale Gesammtatmosphäre Europas constituirt haben, oder wenn man den noch etwas gewagteren meteorologischen Vergleich gestatten will, der Bewegung des barometrischen Minimums in politischem Sinne zu folgen.

Da drängt sich denn nun als augenfälligste Thatsache die Verschiebung auf, die gegen Ende des Jahres 1875 eintrat. Während bis dahin der Kampf gegen den Ultramontanismus der Zeit die Signatur aufdrückt, fällt von da an der Schwerpunkt mehr und mehr in die orientalische Frage. Nicht ohne vielfache Beziehungen zu beiden, aber doch in eigenen Bahnen läuft daneben gleichzeitig die wirthschaftliche Bewegung her und zeigt das deutliche Bestreben aus einer socialen zu einer eminent politischen Frage zu werden.

Der Kampf gegen den Ultramontanismus erscheint seinem Wesen nach als der Kampf, in dem die Reaction gegen den neuen Zustand Europas, wie ihn der Frankfurter Friede geschaffen, zurückgeschlagen wird. Nicht als ob ihm eine davon ganz unabhängige culturgeschichtliche Bedeutung abgesprochen werden sollte. Diese hat er so gewiß, wie er seinem Ursprunge nach unendlich viel älteren Datums ist. Aber nur dadurch, daß die Curie sich an die Spitze der Feinde des neubegründeten deutschen Reiches stellte, wurde dieser Kampf zu jener Heftigkeit entfacht, die ihn zu dem wichtigsten politischen Ereignisse machte. Die nächste Folge des Schlachtrufes, den der greise Papst anstimmte, war ein bedeutender Aufschwung des specifisch ultramontanen Geistes. War dieser schon durch die Ereignisse der zwei vorhergehenden Decennien, durch die Epoche der Concordate, den Untergang des Kirchenstaates, die Proclamirung der Unfehlbarkeit, mächtig angestachelt, so schien er jetzt das höchste Maß von Energie zu gewinnen, dessen er überhaupt in unserer Zeit fähig ist. Hauptsächlich von Frankreich ausgehend verbreitete sich das Wallfahrten- und Processionswesen wieder durch alle katholischen Länder, und bald wurde die Welt durch Wunder und Zeichen der crassesten Art überrascht und erschreckt: Marpingen und Dittrichswalde concurrirten erfolgreich mit Lourdes und Bois d'Haine. Bewirkten die Führer dadurch die Fanatisirung der Massen, so wußten sie für ihre politischen Pläne Zuzug aus allen reactionären, und gelegentlich wohl auch aus den radicalen Parteien sich zu verschaffen. In Deutschland gewann des Centrum in Verbindung mit Polen, Franzosen, Welfen und einzelnen katholisirenden Protestanten eine ansehnliche parlamentarische Stellung; in Frankreich bildete der Ultramontanismus den Kitt, der Legitimisten, Orleanisten und Bonapartisten zu einer antirepublikanischen Liga verband; in Spanien erschien Don Carlos als Vorkämpfer zugleich seiner eigenen und der päpstlichen Sache. Nicht minder große Anstrengungen wurden in den anderen europäischen Staaten gemacht; neben Griechenland blieben vielleicht nur die scandinavischen Reiche außer der Gefechtslinie; Rußland wurde durch die Polen, die Türkei wenigstens durch die Armenier hineingezogen. Dauernde Erfolge aber erzielte der Ultramontanismus nirgends; vielmehr häuften sich seine Niederlagen allmälig in bedenk-



licher Weise. Wie in Deutschland, so wurden in der Schweiz, in Oestreich, in Italien kirchliche Gesetze erlassen, die der Hierarchie und dem Mönchswesen starke Schranken zogen und der politischen Macht der Kirche größeren Abbruch thaten, als ihr durch das Massenaufgebot ihrer Anhänger an Stärke zuwuchs. Am günstigsten stand die Sache der Curie wohl im Herbst 1873, als in Frankreich die Rückkehr Chambords nicht aussichtslos war, in Spanien die Republik sich als lebensunfähig erwies und Don Carlos nicht unerhebliche Fortschritte machte. Aber von da ab verschlimmerten sich die Dinge sichtlich; die französische Republik wurde fest begründet, der carlistische Aufstand unterdrückt; in Italien kam die Linke an das Staatsruder und schließlich brach auch das einzige clericale Regiment in Europa, das belgische Ministerium, zusammen. Mit dem Tode des hochbetagten Pius kehrte größere Besonnenheit und Vorsicht in die Curie zurück, und wir sehen sie jetzt den Versuch machen, durch Versöhnlichkeit und List das wieder zu gewinnen, was sie durch Leidenschaft und Trotz verloren hat.

Der clericale Sturmangriff hatte aber außer den erwähnten noch zwei andre wichtige Folgen. Einmal schlossen sich die durch Rom bedrohten Regirungen um so enger zusammen, und dann erkannten sie als nothwendig, sich auf den Liberalismus zu stützen und räumten diesem deshalb einen größeren Einfluß auf die Gesetzgebung und die Verwaltung ein, als er durchschnittlich je zuvor in friedlichen Zeiten in Europa gehabt hatte. Die Solidarität der Regirungen gab sich übrigens nicht etwa durch die Verabredung gemeinsamer Schritte gegen den Ultramontanismus kund; vielmehr verfolgte in dieser Beziehung eine jede ihren Weg selbständig, was nicht ausschloß, daß sie vielfach zu denselben Maßnahmen gedrängt wurden. Allein um so überraschender und erfreulicher war die enge Fühlung, welche die meisten Cabinette mit Deutschland zu finden suchten. Wenn unmittelbar nach dem Frankfurter Frieden in Rom der Gedanke auftauchen konnte, daß das deutsche Reich gänzlich isolirt sei, und höchstens etwa auf Rußland zählen könne, so änderte sich das von Jahr zu Jahr. Schon im Herbst 1871 wurde durch Beusts Sturz ein herzliches Einvernehmen mit Oestreich möglich, das dann im September 1872 zu dem Dreikaiserbündniß führte. Wieder ein Jahr später sah man den König von Italien nach Wien und Berlin reisen, während der neue schwedische König außer in Berlin auch in Petersburg freundschaftliche Beziehungen anknüpfte. Die Schweiz war durch den Culturkampf schon längst Deutschland näher getreten; auch Dänemark und Holland überwanden am Ende ihre Antipathien; zu England war das Verhältniß wohl nicht besonders herzlich, aber doch ungetrübt, und wenn es mit dem clericalen belgischen Cabinet einige unangenehme Conflicte gab, so sympathisirte die liberale Partei und das Königshaus in Brüssel um so mehr mit Deutschland.

Spanien verdankte dem Fürsten Bismarck, daß seine Regirung endlich wieder von Europa anerkannt wurde, und was endlich Frankreich betraf, so suchte es durchweg in verständiger und anerkennenswerther Weise jedem Mißverständniß aus dem Wege zu gehen und trat sogar seit dem Umschwung 1877, seit Waddington Minister des Auswärtigen und Saint Vallier Botschafter in Berlin war, in ein intimeres Verhältniß zu der deutschen Politik. Wenn hier und da — von der orientalischen Frage einstweilen abgesehen — auch düstere Wolken vorübergehend den diplomatischen Horizont verfinstert hatten, so darf man doch sagen, daß seit dem frankfurter Frieden ein so lebhafter Wunsch sich zu verständigen und eine so geringe Geneigtheit zu intriganten Coalitionen in den europäischen Cabinetten geherrscht hat wie nicht einmal in den besten Zeiten der Heiligen Allianz. Die bedenklichste Ausnahme scheint der russische Kanzler im Mai 1875 gemacht zu haben, indes sind darüber die Acten noch nicht geschlossen, und auf alle Fälle waren seine Intrigen wohl weder ernsthaft gemeint noch — Dank den Gesinnungen des Zaren — im Stande gefährlich zu werden.

Der Liberalismus erzielte naturgemäß in denjenigen Staaten die bedeutendsten Erfolge, in denen die Regierung seiner am dringendsten im Kampfe gegen Rom bedurfte. Besonders beachtenswerth war seine Stellung in Deutschland. Ohne daß er hier durch seine Führer direct an der Regirung Theil genommen hätte, beeinflußte er doch den Gang der Gesetzgebung in hervorragendem Maße, und wurde zeitweilig ziemlich allgemein als der Erbe des leitenden Staatsmannes angesehen. Mancherlei Umstände trugen dann freilich dazu bei, seinen Einfluß wieder stark zu beschränken, nicht zum wenigsten die löbliche Abneigung seiner Führer, einen directen Antheil an der Macht durch Aufgabe principieller Forderungen zu erkaufen. Aber auch das Ersterben des Culturkampfes mußte das politische Gewicht des Liberalismus vermindern, während auf der andern Seite das Auftreten radicaler Bestrebungen ihm nicht allein Concurrenz in der öffentlichen Meinung machte, sondern auch Verdächtigungen zuzog, die nicht wirkungslos blieben. Daß der Radicalismus durch ganz Europa hin in verschiedener Gestalt an Geltung wuchs, ließ sich unmöglich verkennen. Am weitesten kam er in Spanien, wo er im Zeitraume von wenigen Monaten sich nach und nach in allen seinen Schattirungen erst ans Ruder brachte und dann unmöglich machte. Eine ähnliche Abnutzung, wenn auch in langsamerer Folge, scheint sich in Italien zu vollziehen, während in Ungarn das Gefühl der Verantwortlichkeit offenbar mäßigend auf die zur Herrschaft gelangte Linke einwirkte und ihrem Regimente eine ansehnliche Dauer verlieh, der sie nicht gezwungen, sondern freiwillig eben jetzt selbst ein Ende machen zu wollen sich den Anschein giebt. Noch stärker trat das in Frankreich hervor, wo die Schwierigkeit des Sieges, der nur nach gefahr-

vollen Kämpfen hatte errungen werden können, einem großen Theile der Radicalen als ernste Lehre diente und sie bewog, ihre Stunde geduldig abzuwarten. Auch in den scandinavischen Ländern, besonders in Dänemark, sowie in der Schweiz waren die extremen Parteien zeitweilig stark in der Aggressive und gewannen bedeutend an Boden, ohne sich doch der Herrschaft bemächtigen zu können; während in England der conservative Zug so stark war, daß die Abneigung gegen den doch nur sporadisch auftretenden Radicalismus auch die Stellung des gemäßigten liberalen Whigcabinets untergrub. Am beständigsten erwiesen sich die herrschenden Parteien in Belgien und im cisleithanischen Oestreich; dort behauptete sich ein gemäßigter Ultramontanismus bis zur Mitte dieses Jahres, um dann den Liberalen das Feld zu räumen; hier überdauerte das liberale Ministerium, das der Reaction des Jahres 1871 gefolgt war, alle Angriffe von rechts und links und würde noch heute lebensfähig sein, wenn die Parteien, auf die es sich stützen muß, nicht vielfach von persönlichen Ambitionen beeinflußt wären. Die russischen Verhältnisse dulden kaum das Maß der europäischen Parteischablone und die fortschrittlichen Ideen, die in der Türkei zum Erlaß einer Constitution führten, sind ebenfalls so durchaus specifischer Art, daß ihr Sieg mit der allgemeinen Bewegung des europäischen Geistes kaum zusammenhängt.

Davon abgesehen ist der gemeinsame Zug dieser Bewegung nicht zu verkennen. Der Liberalismus steigt auf, wird früher oder später, stärker oder schwächer von dem Radicalismus gehemmt oder überholt, und ist fast überall rückläufig oder droht es zu werden. Von bestimmendem Einfluß dabei ist in vielen Ländern die wirthschaftliche Bewegung. Die freiheitliche Tendenz, welche dieselbe seit 1860 charakterisirt hatte, kam bald nach 1870 ins Stocken. Zunächst dienten in Frankreich die Finanznöthe als Vorwand, um zu höheren Zollsätzen zurückzugreifen; verwandte Motive machten sich in Italien und Spanien geltend; dann ebnete der gewaltige Rückschlag, der auf die übertriebene Productivität der Gründerjahre folgte, ähnlichen Bestrebungen auch in Oestreich, Deutschland, und manchen der kleineren Staaten die Wege. Die Geschlossenheit der liberalen Parteien wurde gesprengt; nicht allein daß der Gegensatz in wirthschaftlichen Fragen die politische Eintracht unter den parlamentarischen Führern gefährdete, es bildeten sich auch in den Massen der Bevölkerung theils von selbst, theils durch künstliche Nachhülfe Interessentengruppen, die den bisher gebilligten politischen Principien untreu wurden und in das conservative Lager einschwenkten. Noch erheblicher war freilich der Verlust, der wenigstens in Deutschland dem Liberalismus aus dem Erstarken der Socialdemokratie erwuchs. Denn einerseits recrutirte dieselbe sich doch vorzugsweise aus den Kreisen, die bisher zur liberalen Fahne gestanden hatten, andrerseits schreckte

die Gefahr, die von der neuen Secte drohte, viele ängstliche Gemüther der Art, daß sie dem Liberalismus den Rücken kehrten. Anderswo konnte die Socialdemokratie sich zu der gleichen Bedeutung wie in Deutschland nicht aufschwingen. In den romanischen und slawischen Ländern trug sie meistens den Stempel des Anarchismus, der an sich schon abschreckend wirken mußte und der vollends theils durch die Erinnerung an die Greuel der pariser Commune und an die Schandthaten, deren Zeuge Spanien gewesen war, theils durch die bald lächerlichen bald verabscheuungswürdigen Putsche, die man in Italien, der Schweiz und — in Gestalt von Mordversuchen — auch in Rußland erlebte, weiteren Schichten der Bevölkerung unmöglich zusagen konnte, so fanatisirend sich seine Kraft auch in den engeren Kreisen der Adepten erweisen mochte. Die deutsche Socialdemokratie dagegen hatte es verstanden dadurch Anhänger zu gewinnen, daß sie die Idee des Staates und der staatlichen Ordnung auch für sich acceptirte und dadurch die Aufmerksamkeit der Arbeiter lediglich auf diejenigen Institutionen des gegenwärtigen Staates hinlenkte, die ihnen naturgemäß minder gefallen konnten, und zu denen neben der Besteuerung und der Militärpflicht in erster Linie nach Lassalle'scher Theorie auch die ganze sociale Gliederung gehörte, die ja nur eine „historische Kategorie" sein sollte. Der Zukunftsstaat besaß also in der Phantasie der gläubigen Hörer alle die guten Eigenschaften, die sie instinctiv mit dem Begriffe Staat verbanden; aber er war frei von alle dem, was sie jetzt drückte, und sie begnügten sich bescheiden mit diesem negativen Ideal, ohne zu fordern, daß ihnen nun auch die positive Ausführbarkeit und Lebensfähigkeit der Zukunftszustände nachgewiesen werde.

Bei dem internationalen Charakter der socialistischen Bewegung hätte es nahe gelegen, auch eine internationale Gegenbewegung seitens der Regirungen zu organisiren; allein es kam dazu in diesem Falle so wenig wie in dem Kampfe gegen den Ultramontanismus, und offenbar mit viel besserem Rechte; denn wenn der Ultramontanismus so ziemlich überall derselbe ist und jedenfalls von einem Punkte aus gegängelt wird, so ist es mit der Identität der socialen Parteien in den einzelnen Ländern nicht weit her: sie werden nicht von einer Stelle aus gelenkt, sondern folgen individuellen Impulsen. Allerdings schließt das nicht aus, daß sie internationale Ziele im Auge haben, aber diese sind dann doch sehr luftiger Natur. So haben es Rodbertus und Lassalle schon vor Jahren fertig gebracht, die Lösung der orientalischen Frage von dem Siege des deutschen Socialismus abhängig zu denken. Während jener noch die Zeit zu erleben hoffte, wo die türkische Erbschaft an Deutschland falle und deutsche Soldaten oder Arbeiterregimenter am Bosporus ständen, fand auch der große Agitator in der ewigen Verschleppung des Problems keinen andern Sinn als den, daß der natur-



gemäße Anwärter, die deutsche Revolution, erst heranwachsen müsse! Trotz der Absurdität dieser Ideen — die doch nebenbei auch wieder den nationalen Sinn ihrer Träger beweisen — enthält aber die orientalische Frage allerdings auch ein wichtiges sociales Problem, insofern die Zerstörung der türkischen Herrschaft in den europäischen Provinzen zugleich die Zerstörung der Latifundien mohamedanischer Herren und die Begründung eines nationalen Mittelstandes bedeutet. Aber bis zu dem Stadium, in welchem diese Seite der Sache zur Regelung kommen könnte, rückte, trotz Tscherkaßkis Verwaltung in Bulgarien, die Frage bis jetzt noch nicht vor. Das einzige Interesse, das sie den weitesten Kreisen einflößte, war das politische, war die Besorgniß vor einem übergroßen Anwachsen des russischen Einflusses, vor einer lebensgefährlichen Schädigung Oestreichs, vor einer Zertrümmerung des Dreikaiserbündnisses und daraus erfolgenden Verschiebung der europäischen Machtverhältnisse. Daß diese Besorgniß vorläufig als unbegründet erwiesen ist und auch für die Zukunft an Stärke einiger Maßen verloren hat, braucht hier nicht weiter erörtert zu werden, da das Ergebniß der voraufgegangenen Darstellung kaum ein anderes sein kann. Aber freilich ist die orientalische Frage, trotz des Jahrhunderts, das sie auf dem Rücken hat, noch immer in dem Stadium der Vorbereitung und birgt noch dunkle Räthsel in ihrem Schoße. Wer in dem Gang der Geschichte den Finger der göttlichen Vorsehung zu erkennen weiß, der wird nicht zweifelhaft darüber sein, daß die nationale Gestaltung des Abendlandes, die nunmehr vor der Hand als wesentlich vollendet zu betrachten ist, sich kraft eines immanenten Gesetzes vollzogen hat, und daß die Angriffe, die Ultramontanismus und Socialismus darauf richten, scheitern müssen — nicht ohne daß aus beiden werthvolle Förderungen des Culturlebens erwachsen werden —, daß hingegen die orientalische Frage die politische Aufgabe der Zukunft ist, deren Lösung erfolgt sein muß, ehe weitere Veränderungen im Centrum und im Westen des Erdtheils denkbar sind. Möglich, daß es dem dualistischen Oestreich, gestützt auf Deutschlands Freundschaft, beschieden ist, die Nationaliäten der Balkanhalbinsel vor der Russificirung zu schützen, um dereinst vielleicht, wenn zuvor das Zarenreich sich in einzelne lebensfähige Bestandtheile aufgelöst hat, auch seinerseits die Elemente fremder Nationen, die ihm jetzt seine Kraft verleihen, wieder in die politische Vereinigung mit dem Muttervolk zurückkehren zu lassen.

Namen- und Sach-Register zu Band I und II.





Pierer'sche Hofbuchdruckerei. Stephan Geibel & Co. in Altenburg.



